

Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll

der 30. Sitzung – Teil 1 - endgültige Fassung* -

${\bf 3.}\ Untersuchung sausschuss$

Berlin, den 18. März 2021, 11.00 Uhr 10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1 Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung	Seite
Öffentliche Zeugenvernehmung	
Stephan Freiherr von Erffa (Beweisbeschluss Z-26)	9
Thomas Eichelmann (Beweisbeschluss Z-20)	89
Daniel Steinhoff (Beweisbeschluss Z-112)	180 Protokollierung bis 0.02 Uhr
Heike Pauls (Beweisbeschluss Z-108)	

^{*}Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



 ${\it 3. Untersuchung sauss chuss}$



${\it 3. Untersuchung sauss chuss}$

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses*

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Güntzler, Fritz	
	Hauer, Matthias	
	Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	
SPD	Kiziltepe, Cansel	
	Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	
FDP	Toncar Dr., Florian	
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fraktionsmitarbeiter*

Günther, Kevin
Gerster, Cornelius
Brandt, Wolfgang
Feser Dr., Andreas
Genske, Marlene
Schauhoff, Lenard
Sondhauß, Nora
Schneider, Yannik
Hawxwell, Anne
Weber, Saskia
Sacharow, Alexander
Heinrichs, Jana
Schinzel, Boris
Dabelstein, Lorenz
Buchholtz, Immanuel
Reuss, David
Forster, Simon
Iza Schilling, Philipp
Olschewski, Niklas
Olschewski, ivikids
Kern, Florian



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung*

BMF	RDn Barczyk
	RD Fritz
BMWi	RD Rosenberg
BMJV	Zorn
	ORR Scholz
BKAmt	RD Mai
	MRn Bosch
BMI	ORRn Allabaei

Teilnehmer Bundesrat*

Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RR Schweers

^{*} anwesend laut Unterschriftenliste



 ${\it 3. Untersuchung sauss chuss}$



 ${\it 3. Untersuchung sauss chuss}$



 ${\it 3. Untersuchung sauss chuss}$

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.54 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, verehrte Kollegen! Vor Eintritt in die Tagesordnung eröffne ich unsere 30. Sitzung, die zugleich unsere 17. Beweisaufnahmesitzung ist. Ich schaue mich noch mal um und stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist. Und ich begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter der Bundesregierung und des Bundesrates wie immer herzlich willkommen. Vielen Dank. Ebenso begrüße ich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Streamingsälen. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- und Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Stephan Freiherr von Erffa (Beweisbeschluss Z-26)

Thomas Eichelmann (Beweisbeschluss Z-20)

Daniel Steinhoff

(Beweisbeschluss Z-112) Sandra Schuster

(Beweisbeschluss Z-113)

Heike Pauls (Beweisbeschluss Z-108)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Vernehmung des Zeugen Stephan von Erffa

Unser erster Zeuge, Herr Stephan Freiherr von Erffa, hat bereits Platz genommen. - Herr von Erffa, ich heiße Sie herzlich willkommen im Namen unseres Untersuchungsausschusses. Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Frau
Dr. Sabine Stetter Platz genommen. Frau Stetter,
auch Sie darf ich recht herzlich willkommen
heißen. Und wie Sie wissen, dürfen Sie den
Zeugen beraten, Ihnen steht jedoch selbst kein
Rede- und Fragerecht an dieser Stelle zu.
Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten
während seiner Aussage keine inhaltlichen
Hinweise geben. Gegebenenfalls - und das ist
natürlich selbstverständlich - können Sie oder Ihr
Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke
der Beratung mit ihm beantragen. - Bestehen da
Ihrerseits noch Fragen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist nicht der Fall. Wunderbar. - Herr von Erffa, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür erst mal mein Dankeschön, weil in der Reihe der vielen Zeugen erspart uns das eine Menge, Menge Zeit. Dafür vielen Dank.

Damit kann ich mich insoweit an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssten, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich an dieser Stelle um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann möchte ich Sie noch bitten, darauf zu achten - das ist sehr

Nur zur dienstlichen Verwendung

wichtig -, immer das Mikrofon einzuschalten, da wir auch ein Tonprotokoll als Rückfallebene anfertigen. Das ist relativ einfach: Sie betätigen einfach den roten Knopf mit dem Zeigefinger. Dann leuchtet diese schöne Diode oder LED, und dann ist Ihr Mikrofon aktiv geschaltet. Selbiges bitte ich auch, falls die Rechtsanwältin was zum Verfahren zu sagen hat oder eine Unterbrechung möchte.

Ja, Herr von Erffa, ich würde Sie zunächst zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf, Wohn- oder Dienstort entsprechend mitzuteilen.

Zeuge Stephan von Erffa: Mein Name ist Stephan von Erffa. Ich bin 46 Jahre alt, wohne

. Mein Beruf ist: Ich

bin Director Accounting bei der Wirecard gewesen und im Moment ohne Arbeit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Herr von Erffa, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Herr von Erffa, Sie haben das Wort.

Zeuge Stephan von Erffa: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Gottschalk! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen und den anderen Ausschussmitgliedern dafür bedanken, dass ich im Dezember mit einer Videovernehmung Stellung nehmen konnte. Ich hatte damals versprochen, dass ich im Falle eines weiteren Termins hier persönlich zur Verfügung stehen werde. Deshalb bin ich heute selbstverständlich auch nach Berlin gekommen.

Ich möchte auch vorab klarstellen, dass mir die Insolvenz der Wirecard und damit natürlich auch die Folgen für die Mitarbeiter, für die Partner, Lieferanten, aber auch die Aktionäre sehr nahegehen. Es war für mich unvorstellbar, dass so was passieren konnte. Eigentlich dachte ich, dass wir bei der Wirecard ganz gut aufgestellt sind. Wir hatten verschiedene Gremien wie den Compliance-Ausschuss, die interne Revision, auch eine Abteilung für Risk und den Aufsichtsrat, der

auch stetig erweitert wurde. Außerdem gab es natürlich die internen und auch die externen Prüfungen. Aber die bestehenden Mechanismen, wie wir ja heute wissen, haben den Skandal leider nicht verhindert, was mir wirklich sehr leidtut.

Die Fragen, die Sie mir heute stellen werden, werde ich bestmöglich und so weit, wie es möglich ist, beantworten. Aber wie Sie wissen, ist immer noch ein Ermittlungsverfahren anhängig, in welchem meine Verantwortung innerhalb des Wirecard-Komplexes geprüft wird. Fragen zu diesem Verfahren selbst, aber auch dem Ermittlungsgegenstand kann ich leider daher nicht beantworten und berufe mich in diesem Bereich auf mein Auskunftsverweigerungsrecht nach § 22 PUAG. Aber Fragen insbesondere zu Themen wie der DPR-Prüfung oder zur Finanzholding oder Kontakte zur BaFin oder Finanzamt oder auch Kontakte zum ehemaligen Polizeipräsident Kindler usw. beantworte ich, soweit es mir bekannt ist, sehr gerne.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr von Erffa. - Ja, dann würde ich - das hat schon gute Tradition jetzt - zunächst mal mit allgemeinen Fragen, die ich dann für die Kollegen sozusagen gleich mit so ein bisschen abräume, beginnen und frage ganz einfach noch mal: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Also, konnten Sie noch beispielsweise Unterlagen oder andere Dinge einsehen, erhalten? Wie hat das funktioniert?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe mich insofern vorbereitet, dass ich die Kontakte noch mal nachvollzogen habe in E-Mails, die ich zu öffentlichen Stellen habe. Ansonsten habe ich natürlich im Zuge der letzten Monate mich umgehend* mit diesem Thema auseinandergesetzt und - - Aber diese spezielle - - die Berührung mit öffentlichen Stellen, das hatte ich tatsächlich jetzt noch mal nachgelesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie uns --Man konnte jetzt einiges natürlich googeln; aber wie sagt man so schön: Nichts ist wichtiger und doch dann genauer als die eigene Schilderung. -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, können Sie vielleicht kurz Ihren beruflichen Werdegang im Vorlauf zu Ihrer Tätigkeit bei der Wirecard AG mal darstellen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja. Also, ich hatte vorher bei Mitsubishi Heavy Industries als Controller gearbeitet und hatte - - Oder fangen wir vorher an: Ich hatte zuerst MBA studiert an der TU München, abgeschlossen mit einem Betriebswirtschafts- - Diplom-Betriebswirt*, und habe dann bei Mitsubishi Heavy Industries angefangen. Habe da ein paar Jahre gearbeitet, bis ich dann mich bei der Wirecard beworben hatte. Ich hatte über einen Bekannten gehört, dass dort eine Stelle vakant ist als Controller und habe dementsprechend mich dort beworben. Hatte dort ein Bewerbungsgespräch mit einem Herrn Kleber (?)*, der damals im Finanzbereich zuständig war und hatte dann die Stelle auch bekommen, wo ich dann als einziger Controller angefangen hatte - 2005.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Können Sie mir noch mal kurz erläutern - weiß ja auch nicht vielleicht jeder -, welche Aufgaben Ihnen innerhalb des Konzerns genau übertragen waren im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit für die Wirecard AG?

Zeuge Stephan von Erffa: Es kommt drauf an, welchen Zeitraum Sie jetzt genau ansprechen. Am Anfang hatte ich, wie gesagt, angefangen im Controlling.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wann war das?

Zeuge Stephan von Erffa: Das war 2005, Anfang 2005. Später dann, als ich - - oder nachdem ich dort die Aufgabe übernommen hatte, war es so, dass der Herr Kleber (?)*, der mich auch im Bewerbungsgespräch interviewt hatte, gerne CFO werden wollte, als ein CFO gesucht wurde. Soweit ich das damals gehört hatte, wollte der Aufsichtsrat den Herrn Kleber (?)* nicht als CFO haben, weswegen der Herr Kleber (?)* dann entschieden hat, seine berufliche Karriere woanders fortzusetzen. Und entsprechend wurde Herr Kleber (?)* im Bereich Buchhaltung und Finanzen ersetzt durch eine Dame, die die Nachfolge übernehmen sollte. Als CFO kam dann

2006 Herr Ley. Und Herr Ley bat mich dann, nachdem diese Dame die Buchhaltung nicht wirklich organisiert bekommen hat, um Unterstützung, dass ich die organisatorischen Aufgaben der Buchhaltung mitübernehmen sollte, das bedeutet, nicht das fachliche Knowhow, sondern die organisatorische Abhandlung der Abteilung.

Ich sollte damit die Prozesse und Arbeitsabläufe strukturieren. Ich sollte die Schnelligkeit der Buchhaltung verbessern, was ich auch in den ersten Monaten und Jahren dann tat. Die Personaldecke im Accounting war immer recht dünn und wurde auch, soweit ich das in Erinnerung habe, regelmäßig auch von den Wirtschaftsprüfern moniert. Wir mussten relativ viel manuell zu der damaligen Zeit machen. Das hat sich leider nicht bis zum Schluss auch nicht - grundlegend geändert. Es wurde zwar sehr viel automatisiert, aber es kamen immer neue Dinge hinzu, sodass wir tatsächlich stark ausgelastet waren.

Wir waren Ende 2015 für den Konzernabschluss vier* Mitarbeiter. Und mittlerweile haben wir die grob verdreifacht, die Zahl vom Anfang. Nachdem ich eben auch darauf sehr gedrungen habe, dass wir sehr adäquates Personal - - Also, da hatte ich 2017, Ende 2017, zwei Wirtschaftsprüfer - also von der Ausbildung her Wirtschaftsprüfer - eingestellt, die dann eben auch die fachliche Leitung des Abschlusses übernahmen.

Grundsätzlich wollte ich immer mehr Personal haben: aber es wurden dann im Rahmen des Budgets auch oft wieder einige Positionen herausgestrichen, weil wir als Hauptaufgabe eben auch die neuen Produkte einführen mussten. Wir mussten dafür die Anforderungen definieren. Wir mussten für die alten Produkte Prozessverbesserungen einführen, einen Qualitätszirkel einführen und eine Automatisierung vorantreiben. Das eine war auch ein großes Projekt von uns, dass wir 2016 eine neue Software eingeführt haben, die internationale Finanzkonzerne auch einsetzen, um eben auch dort die Internationalität in die Software hineinzubringen, weil mit der ersten Software war ein Ausrollen international nicht möglich.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn wir 2015 eben anschauen, da waren es, wie gesagt, tatsächlich vier Mitarbeiter im Abschlussbereich. Wir waren komplett anders aufgestellt zu dem, wie wir heute waren. Wir haben sowohl im Output als auch in den Anforderungen an uns tatsächlich vieles, vieles verbessert, was uns auch so von den Wirtschaftsprüfern und auch von anderen Abteilungen widergespiegelt worden ist.

2016, im Oktober, bekam ich den Titel vom Herrn Lev des Deputy CFOs, wobei dieser Titel keine Funktionsänderung beinhaltete. Es war auch keine Kompetenz damit verbunden oder Ähnliches. Es war schlussendlich ein Titel, der es dem Herrn Ley erlaubte, repräsentative Aufgaben, zum Beispiel der Empfang von wichtigen Personen, Partnern von anderen Unternehmen oder Institutionen - - zu begrüßen, dass die sich auch adäquat begrüßt fühlten. Es war damit, ich sage mal überspitzt, so eine Art Grüßonkeltitel, den man bekommen hat. Es hat weder eine monetäre noch eine disziplinarische Erweiterung des Jobs von mir bedeutet. Auch die Tätigkeit hat sich dadurch nicht geändert. Ich war weiterhin verantwortlich für die Buchhaltung innerhalb des Wirecard-Konzerns. Das bedeutet, ich hatte sowohl die beleghafte Buchhaltung am Standort München als auch die Konzernbuchhaltung am Standort München unter mir, wobei jeweils natürlich leitende Angestellte die jeweiligen Abteilungen geführt haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann würde ich noch von den allgemeinen jetzt schon zu den konkreteren, spezielleren Fragen kommen. Hatten Sie selbst jetzt - Sie haben das so gesagt - in Form dieses "Grüßaugust" Kontakt oder auch weiter gehenden Kontakt zur Bundesregierung oder Mitgliedern der Bundesregierung?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, zu Mitgliedern der Bundesregierung hatte ich zu keiner Zeit Kontakt. Mir war tatsächlich noch nicht mal bekannt, dass wir diesen Kontakt hatten.* Ich hatte in dieser Funktion einmal den Kontakt zum Staatsministerium für Finanzen in Bayern, um dort abzuklären, welche Projekte machbar sind. Dieser Kontakt kam damals über den Herrn Kindler, der Landespolizeipräsident war, glaube ich,

früher in Bayern. Aber sonst hatte ich so keinen, also keinen Kontakt im Sinne von Lobby oder Ähnlichem.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wäre so meine nächste Frage gewesen. Nämlich am 19. November 2018 besuchte ja die Staatsministerin für Digitales, Dorothee Bär, MdB, den Hauptstandort der Wirecard AG in Aschheim. Neben Frau Staatsministerin Bär nahmen auch Herr Dr. Markus Braun, Herr Burkhard Ley, Herr Dr. Günther Beckstein, Herr Waldemar Kindler - den Namen hatten Sie eben schon angesprochen - teil. Das ergibt sich aus einer E-Mail der Leiterin des Büros von Frau Bär, nachzufinden auf MAT A BKAmt-8.02 Blatt 10 f. - Können Sie uns hierzu was schildern, was Ihnen von diesem Treffen sowohl im Vorfeld als vielleicht auch von dem Tag bekannt war? Nahmen Sie vielleicht auch dran teil? Können Sie also da einiges zu diesem Treffen am 19. November 2018 berichten?

Zeuge Stephan von Erffa: Zu dem Treffen kann ich nichts berichten. Ich weiß, dass die bei uns am Standort waren. Aber es war auch ein Treffen - aber ich glaube, nicht dieses -, an dem ich mal teilgenommen habe. Das war ein - - Es ging allerdings nicht über die Firmenpräsentation schlussendlich hinaus und ein kurzes Hallo-Sagen. An so einem Meeting habe ich teilgenommen und dann, wie gesagt, noch mal ein Meeting im Finanzministerium in München.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, da haben wir auch nichts. - Dann würde ich zunächst mal meine Fragen, wie wir es immer so haben, abschließen. Und dann schaue ich. - Dann ist Matthias Hauer für die CDU/CSU an der Reihe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr von Erffa, mich würde zunächst interessieren: Könnten Sie noch mal genau darstellen - Sie hatten das gerade schon mal so angerissen -, was Ihre genaue Zuständigkeit im Konzern jetzt war? Also, was umfasst jetzt den Bereich Buchhaltung? Was haben Sie da konkret gemacht?

Zeuge Stephan von Erffa: Meine Aufgabe ist es, den Finanzbereich - - Nein, wir machen es genauer: Meine Aufgabe ist es, den Bereich

Nur zur dienstlichen Verwendung

Accounting - also, mein Titel ist Head of* Accounting - zu leiten. Das bedeutet, ich war für die Bereitstellung der Ressourcen, für die Entscheidungen, welche Prozesse, welche Software, welche was auch immer eingeführt wird oder eben nicht eingeführt wird - - Ich war dafür zuständig, dass wir die internationale Zusammenarbeit mit den - - also die Zusammenarbeit der verschiedenen Standorte regeln und welche Anforderungen wir an neue Produkte oder neue Prozesse stellen, damit wir sie in der Buchhaltung abbilden können. Das bedeutet, ich war eine Schnittstelle zu den anderen Fachabteilungen, die mit diesen Punkten ankamen, und habe dann die Informationen, die wir hatten, oder die Entscheidungen, die wir hatten, dann an die Abteilung weitergeben. Steuer war auch in meinem Bereich.

Und ab 2017 wurde mir das Controlling unterstellt. Das war aber eigentlich nur eine hierarchische Umorganisation. Selber habe ich das Controlling jetzt nicht - - habe ich im Controlling jetzt keine Tätigkeiten entfaltet. Das wäre auch dann nicht mehr machbar gewesen vom Zeitaufwand. Und ich denke, so wie wahrscheinlich Sie vielleicht noch ein paar Stunden mehr, aber bei mir waren es auch 60, 70, manchmal auch 80 Stunden die Woche, sodass für das Controlling dann keine Zeit war. Rein organisatorisch hing es unter mir dann ab 2017.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Könnten Sie darstellen, inwieweit Sie dann einbezogen waren in die KPMG-Sonderprüfung? Wie hatten Sie da Berührungspunkte?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte es - - Für einen Bereich - das war dieses Merchant Cash Advance - war ich der Hauptansprechpartner für die KPMG. Und in dem Bereich TPA war ich der Ansprechpartner, wenn es um buchhalterische Belege ging. Und auch sonst natürlich, falls die KPMG buchhalterische Belege brauchte, war ich der Ansprechpartner, der interne Ansprechpartner zumindest, um dann die entsprechenden Anfragenden mit den Informationen - - versorgte. Das fing anfangs an mit zum Beispiel der Zusammenstellung sämtlicher Geschäftsberichte oder

Ähnlichem, Kontoauszüge oder dann irgendwelche tatsächlichen Auszüge aus der Buchhaltung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie da, was diese Kommunikation gegenüber KPMG angeht, selbst entschieden, was Sie da rausgeben und was Sie nicht rausgeben? Oder haben Sie sich da mit dem Vorstand abgestimmt? Oder wie lief da die Kommunikation mit dem Vorstand zu dieser KPMG-Sonderprüfung?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, die Ansprechpartner für mich waren eigentlich der Herr Steinhoff vom Compliance als Hauptansprechpartner und die Frau Dagmar Schneider, die eben Ressort Marsalek war und den Vorstand in gewisser Weise vertrat in dem Komplex oder in dem Prüfungskomplex KPMG.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, die Frau Schneider hat da eine maßgebliche Rolle dann, wie ich das jetzt höre von Ihnen, gespielt.

Zeuge Stephan von Erffa: Für die Prüfung als -- Ja, also für die Prüfung als organisa*- - Sie hat jetzt - - Sie war die Organisatorin, also das bedeutet, sie hat die Anfragen von KPMG angenommen und hat die Anfragen weitergegeben an die Fachabteilung, die Sachen eingesammelt und dann auf die Laufwerke für die KPMG bereitgestellt. Also, sie war jetzt nicht diejenige, die Entscheidungen getroffen hat; aber sie war diejenige - - die organisatorische Projektleiterin neben dem Herrn Steinhoff.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie zu diesem Thema mal mit Herrn Marsalek oder Herrn Braun gesprochen, über diese KPMG-Sonderprüfung?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gab - - Natürlich gab es Gespräche. Mit dem Herrn Marsalek, glaube ich, weniger, aber mit dem Herrn Braun gab es mal ein Gespräch über die Sonderprüfung. Und Marsalek vielleicht fachlich, aber wir hatten kaum Berührungspunkte, weil mein Bereich, dieses Merchant Cash Advance, war nicht sein Bereich unbedingt. Und die anderen Bereiche, wie zum Beispiel die Belege, da brauchte man mit

Nur zur dienstlichen Verwendung

keinem zu sprechen, sondern es war einfach klar, dass man diese Belege alle raussucht und abgibt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Könnten Sie bitte darstellen, was Sie dazu mit Herrn Braun dann in diesem Gespräch erörtert haben?

Zeuge Stephan von Erffa: In dem Gespräch mit dem Herrn Braun - - Also, ins Detail möchte ich da jetzt an dieser Stelle nicht gehen. Also, es war nur allgemeiner Bereich. Aber, wie gesagt, da möchte ich jetzt, weil es das Ermittlungsverfahren natürlich auch betrifft, deswegen da nicht bis in die Details hineinsteigen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie das denn irgendwie umreißen, um was es da thematisch ging? Ging es da um dieses MCA, TPA oder um die Kommunikation mit KPMG?

Zeuge Stephan von Erffa: Na ja, es ging um die Zeitschiene und die Prüfung - - für die EY-Prüfung, welche Auswirkung das für die EY-Prüfung hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es ging nicht inhaltlich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Haben Sie die Sonderprüfung von KPMG in irgendeiner Weise anders empfunden als die Korrespondenz mit EY? War das eine andere Qualität? Oder hatten Sie den Eindruck, die prüfen genauso, wie EY prüft?

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist ein anderer Ansatz gewesen. Also, es ist eine forensische Prüfung gewesen, die grundsätzlich anders läuft als eine Wirtschaftsprüfung. Hat natürlich auch ein anderes Themengebiet gehabt, wobei - - Also, sonst - - Beide Prüfungen - sowohl die von EY als auch von KPMG - sind intensive Prüfungen für alle Beteiligten. Aber es ist jetzt nicht so, dass der eine jetzt - - Also, ich fand jetzt nicht, dass die einen in der Qualität besser oder schlechter waren. Das ist ein anderer Ansatz. Die forensische Prüfung ist immer eine größere Herausforderung für alle als die Wirtschaftsprüfung, weil es dort eben

kein Maßgeblichkeitsprinzip gibt, sondern immer nur Vollständigkeit.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde Ihnen gern mal ein Dokument vorlegen, und zwar ist das MAT A Wirecard-1.06.13, Blatt 72 und Blatt 73. Das sind Chatverläufe zwischen Jan Marsalek, Dagmar Schneider. Und da, auf der zweiten Seite dort - das ist Blatt 73 -, gibt es eine Nachricht von 15.40 Uhr. Da schreibt Dagmar Schneider:

Das wäre KPMG Stil - nicht EY.

Können Sie sich da ausmalen, was das sein könnte, was da gemeint sein könnte?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge sowie sein Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)

Zeuge Stephan von Erffa: Müsste ich den Anfang noch mal lesen. Moment.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielleicht können wir kurz unterbrechen. Ich würde Sie gleich ohnehin noch weiter zu diesem Chatverlauf fragen. Vielleicht lesen Sie ihn gerne einmal komplett durch.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay, mache ich. - Okay, ich wäre jetzt einmal durch. Alles verstehe ich nicht von dem Chat, aber ich kann es versuchen

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Wir gehen das einzeln durch. Also, mich interessiert jetzt zunächst einmal die Kommunikation da um 15.40 Uhr, wo darüber diskutiert wird: Was ist jetzt EY-Stil, und was ist KPMG-Stil? Also, haben sie da unterschiedliche Herangehensweisen, jetzt außer dass das eine forensische Sonderprüfung ist und das andere eine Jahresabschlussprüfung?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, also, das ist ja nicht - - Das ist schon ein wesentlicher Unterschied. Also Forensiker, die prüfen halt wirklich bis zum Ende. Und das kann manchmal in der

Nur zur dienstlichen Verwendung

Prüfung mehr als mühsam sein, weil dann irgendwie noch so für Kleinstsachen noch Hunderte von Belegen gesucht werden müssen. Und KPMG war manchmal als Prüfer unangenehm in dem Sinne, dass sie natürlich sehr hartnäckig auch nachfragten.

Was jetzt der Bereich - - Wie gesagt, dieser Bereich - - Es scheint um diesen TPA-Bereich zu gehen. Da war ich tatsächlich nur insofern involviert, dass ich die Belege liefern sollte. Ansonsten war ich in der Prüfung nicht drin. Ich finde es ganz interessant, manche Aspekte an diesem Chat. Aber ich weiß nicht, was für ein "Style" es ist. Ich schätze, dass es sich entweder um einen Kommunikationsstyle handelt - dass der eine unfreundlicher oder freundlicher kommuniziert hat - oder aber die Hartnäckigkeit, bis zum letzten Beleg irgendwas zu erfragen. Also, ich weiß nicht genau, auf was sich das bezieht, -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, die Herangehensweise - -

Zeuge Stephan von Erffa: - auf welchen Vorsatz. Auf was beziehen Sie dieses? Was wäre der eine Style oder der andere? Also, die 15.40, auf was bezieht sich das Ihrer Meinung nach?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, gut, das läuft ja hier so, dass ich Sie befrage. Also, das ist ja - - Ich habe das ja nicht aufgeschrieben, sondern das ist ein Chatprotokoll. Insofern muss ich Sie ja nach Ihrer Wertung fragen. Mir liegt auch dieses Dokument vor. Ich kann auch meine Schlüsse daraus ziehen, auf was es bezogen ist.

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, ich meine - - Passt, ja, natürlich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich interessiert jetzt, wie Sie die - - ob Sie persönlich die Herangehensweise von EY anders empfunden haben. Sie haben gerade gesagt, Sie haben KPMG da eher als unbequem wahrgenommen. Haben Sie also EY nicht so unbequem wahrgenommen?

Zeuge Stephan von Erffa: Die waren genauso unbequem, aber sie - - Unbequem im Sinne von:

Also, man konnte - - Bei einer forensischen Prüfung kann man nichts anderes liefern als das, was sie genau fragen. Und entweder hat man es, oder man hat es nicht. Bei einer Wirtschaftsprüfung geht es darum, dass man den Nachweis liefern muss für das Thema A, B oder C. Und wenn man nicht genau diesen Nachweis hat, kann man einen alternativen Nachweis liefern. Die prüft der Wirtschaftsprüfer, und wenn er damit zufrieden ist, ist das gut; wenn er damit nicht zufrieden ist, ist nicht gut.

Aber auch EY war genauso knallhart. Und wenn sie was haben wollten, haben sie gesagt: Also, entweder liefert ihr dieses, oder ihr kriegt halt euer Testat nicht. - Und da sind die auch bis zum Schluss hart geblieben, in dem Punkt. Also, da haben sie sich jetzt nicht unterschieden. Aber der große Unterschied ist eben der Ansatz: forensisch oder nicht forensisch. Das war für mich, aus meiner Warte zumindest, der Punkt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Im Zuge der KPMG-Ermittlungen wird ja in diesem Chat auch diskutiert, ob Sie, Herr von Erffa, als mögliches Leak in Betracht kommen. Also, hier ist ja - - Wenn ich mal die Korrespondenz hier sehe: 15.37 Uhr, da schreibt dann Herr Marsalek:

> Für die TPA Themen natürlich. Und ich natürlich auch. Solange wir nicht sicher sind, wer und wo Leaks sind, müssen wir höllisch aufpassen.

Eine Minute später dann:

Stephan von Erffa noch und Brigitte (in Teilen)

Aber sonst lass uns da vorsichtig

Und dann geht es noch mal weiter; wieder eine Minute später schreibt Herr Marsalek da noch mal als Antwort:

Du meinst SvE

- da ist ja wahrscheinlich Stephan von Erffa gemeint -

Nur zur dienstlichen Verwendung

oder Brigitte sind ein Leak?

Also, das ist da ja Thema. Und können Sie sich irgendwas darunter vorstellen, was da gemeint sein könnte?

Zeuge Stephan von Erffa: Die Kundenbeziehungen waren immer heilig. Und die wurden sehr vertraulich verarbeitet. Also, es war tatsä- - Also, diesen Chat kann ich jetzt nicht einordnen; aber ich weiß, dass wir zum Beispiel in der DPR-Prüfung - - sollten Kundenlisten an die DPR geschickt werden, die - - Ich war der Absender dieses Briefes, allerdings die Kundenlisten selbst wurden von der Frau Schneider direkt an die DPR überliefert, damit ich diese nicht einsehen konnte, weil ich nicht vertrauenswürdig genug war, diese Kundenlisten zu sehen. Aber das weiß ich, oder das habe ich natürlich, weil ich die DPR-Kommunikation übernommen habe, dort gesehen. Ansonsten hatte ich auch die Kunden nicht bei uns drin. Aber ansonsten kann ich die Diskussion jetzt nicht einordnen. Wir hatten aber allgemein große Angst überall vor Leaks, weil natürlich alles irgendwie, was in der Wirecard passierte, in der Presse auftauchte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber, ich sage mal, so eine undichte Stelle - - Ich sage mal, hier geht es ja um die Kommunikation gegenüber KPMG in einer Sonderprüfung, wo sowieso KPMG, ich sage mal, Informationen erlangt.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich hatte dies, also den Chat, jetzt anders gelesen. Ich dachte, dass sogar die Frage ist, ob eventuell EY oder KPMG etwas herausgegeben haben - also, wenn ich diesen ganzen Chatverlauf gelesen habe -, weil dann hieß es ja irgendwo später, diese - -

> (Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen weiter in den dem Zeugen zuvor vorgelegten Unterlagen)

Irgendwo hatte ich gelesen, dass das irgendwie - - dieses "EY vertraue ich nicht" usw. Und dann - - Also, anscheinend habe ich das - - Ich habe das jetzt so gelesen, dass irgendeine Information anscheinend rausgegangen ist oder von anderer

Seite an den Vorstand zurückgespielt worden ist, die nur wenigen Leuten, unter anderem den Wirtschaftsprüfern, vorlag. Aber es kann auch falsch liegen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ich lese das eher so, dass es da um die Geschäftspraktiken von Wirecard geht, die auch jetzt zu dem gesamten Skandal und strafrechtlichen Ermittlungen führen. Und da ist ja so ein Vorwurf, der im Raum steht, dass Sie quasi etwas preisgeben könnten, was jetzt nicht an die Öffentlichkeit gelangen soll, nämlich da wird ja diskutiert, ob Sie ein Leak sind vielleicht oder nicht. - Aber das sehen Sie nicht so? Das habe ich so verstanden, dass das damit nicht gemeint - -

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, ich glaube, es geht tatsächlich um Kundenkontakte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, dann haben wir da eine andere Wahrnehmung dieses Protokolls. -Die Kontakte zur BaFin, können Sie uns dazu etwas sagen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, wir hatten verschiedene Kontakte zur BaFin hin, die über das Legal laufen, also viel über den Herrn Steinhoff. Ich hatte mit der BaFin Ende 2017 - - Nein, ich hatte keinen Kontakt mit der BaFin; ich war nur in einen E-Mail-Verkehr involviert, in dem auch ein Kontakt mit der BaFin unten dranhing. Damals ging es um das Thema Finanzholding.

Für uns gab es in der Wirecard öfters diese Themen immer: Finanzholding, Finanzunternehmen oder auch das Thema Notenbankfähigkeit der Wirecard AG. Und Ende 2017 wurde wohl vom Herrn Ley aus mit der BaFin besprochen, ob die Wirecard AG eigentlich eine Finanzholding ist oder nicht ist. Damals kam die BaFin in der E-Mail, die ich gelesen hatte oder die an einem E-Mail-Thread dranhing, den ich bekommen hatte - - war die BaFin der Meinung, dass die Wirecard AG keine Finanzholding ist, allerdings die Wirecard Acquiring & Issuing. Und dann wurde überlegt, wie man diesem Konstrukt entgehen kann, dass die Wirecard Acquiring & Issuing zu einer Finanzholding wurde. Und da wurde mit der BaFin besprochen, dass dann die

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard Bank AG direkt unter die Wirecard AG gehängt werden sollte, um zu vermeiden, dass es eine Finanzholding wird, also die A & I, Acquiring & Issuing, eine Finanzholding wird.

Dieses kam dann zu mir, weil ich, als es dann um die Umhängung ging, die steuerlichen Voraussetzungen prüfen sollte, was wir dann gemacht haben und auch die Umhängung als Projekt vorangetrieben haben, die auch in der Umsetzung gewesen ist bis zum Schluss, allerdings ja jetzt eben nicht mehr vollzogen worden ist.

Das andere Thema, was wir mit der BaFin hatten, war mal, dass wir ein Strafverfahren hatten oder eine Strafe bekommen hatten von 1,5 Millionen, weil wir den Bilanzeid im Halbjahresbericht nicht mitveröffentlicht hatten. Und sonst gab es noch, wo ich nur informativ involviert war, irgendwelche Themen mit Ad-hocs, die geschaltet worden sind zu Stimmrechtsmitteilungen, die nicht schnell genug oder Ähnliches waren. Das war allerdings nicht meine Zuständigkeit, deswegen - - Das kenne ich nur aus Informationen, die ich bekommen hatte. Also, für mich ist das Hauptthema, wo ich bis zum Schluss auch dran beteiligt war als Zulieferung für die Rechtsabteilung von uns, das Thema Finanzholding gewesen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie sind da die internen Diskussionen gelaufen zu diesem Thema? Es war ja Ziel, dass man möglichst nicht unter die BaFin-Aufsicht gelangt.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Insofern: Wie ist da intern diskutiert worden bei Ihnen? Wer waren da Ihre Ansprechpartner, außer der Rechtsabteilung?

Zeuge Stephan von Erffa: Es war immer die Rechtsabteilung, der Herr Steinhoff meistens, und der CFO, der Herr Ley damals. Und später Herr von Knoop hat das dann schlussendlich geerbt, als er dann 2017 Vorstand wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und was war da sozusagen Ihre, ich sage mal, Mission?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, meine Aufgabe war - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, möglichst -- War Zielrichtung, das zu verhindern oder, ich sage mal, gesellschaftsrechtlich zu schauen und steuerrechtlich, wie man das vermeiden kann, unter diese zusätzliche Aufsicht zu gelangen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, meine Aufgabe war schlussendlich, einen steuerrechtlich gangbaren Weg zu finden, wie die Wirecard-Bank-AG-Aktien, die die Wirecard Acquiring & Issuing gehalten hat, umgehängt werden können in die Wirecard AG. Das führte dann zu einem Inhaberkontrollverfahren auf Ebene der Bundesbank und EZB, was wir dann durchgeführt haben oder bzw. in der Durchführung war, bis es eben dann im Juni, zumindest für mich, nicht mehr weiterging.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie haben Sie da die Zusammenarbeit mit der BaFin in diesem Zuge empfunden? Hat man da, ich sage mal, konstruktiv zusammengearbeitet, weil man da eine rechtliche Klärung wollte? Oder hatte die BaFin den Wunsch sozusagen: "Wir wollen möglichst alles beaufsichtigen", und Sie hatten das Ziel, möglichst nicht so viel? Oder wie war da so die Gemengelage?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich hatte selbst mit der BaFin keinen Kontakt. Ich hatte nur in einer E-Mail, die ich bekommen hatte - - war hinten noch eine E-Mail von der BaFin an den Herrn Ley drin, in dem - - und vorher Herr Ley an die BaFin. Dort haben wir verschiedene Szenarien der BaFin geschickt, was Möglichkeiten sind, um die Finanzholding zu vermeiden. Und die BaFin hat schlussendlich in einer konstruktiven, nüchtern-behördlichen Antwort genannt, dass sie im Moment die Wirecard AG nicht als Finanzholding sehen, allerdings die A & I, und dass sie, falls die Aktien umgehängt oder falls die Wirecard Bank umgehängt werden würde, dann immer noch nicht die Wirecard als Finanzholding sehen. Aber sie weisen uns darauf hin, dass auch dann dieses sogenannte Inhaberkontrollverfahren - ich glaube, es heißt Inhaberkontrollverfahren; das ist eine bankenrechtliche Geschichte nötig werden würde.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also letzte Frage vielleicht kurz: Sie haben das als gute Zusammenarbeit mit der BaFin empfunden?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es klang also für mich, als ich diese E-Mail gelesen habe, als konstruktive Zusammenarbeit, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank einmal an den Kollegen Hauer. - Dann ist jetzt Dr. Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr von Erffa, Sie haben eingangs gesagt, Sie hätten sich nicht vorstellen können, dass die Wirecard insolvent geht, und noch mal betont, welche Governance-Schritte es gab. Nun gab es ja aber über Jahre hinweg nicht nur immer wieder Berichterstattung, sondern auch mit steigendem Konkretisierungsgrad. War Ihr Nicht-vorstellen-Können alleine auf Governance-Verbesserungen gestützt, oder muss ein Head of Accounting nicht vielleicht auch noch - na ja, wie soll man sagen? Sie kennen ja die Zahlen - - Können Sie mal ein bisschen erläutern, warum Sie sich das nicht haben vorstellen können, obwohl die Berichte ja dichter und konkreter wurden?

Zeuge Stephan von Erffa: Es fing ja schon 2017* an mit Vorwürfen. Die Vorwürfe wurden regelmäßig dann auch extern überprüft, nicht nur intern, sondern auch extern überprüft. Das fing damals 2017* mit einer Sonderprüfung von EY an. Wir haben dann auch den Wirtschaftsprüfer gewechselt, um ein Big Four in das Unternehmen reinzukriegen. Und immer wenn es Berichte gab, wurde das zwangsläufig natürlich auch von den Wirtschaftsprüfern überprüft. Und wir haben intern das auch überprüft.

Aber alle diese Überprüfungen haben schlussendlich nicht dazu geführt, dass - - Also, es wurde nichts unbedingt Falsches entdeckt.

Manchmal wurde gesagt, wir müssen da ein bisschen die Qualitäten verbessern, was wir auch getan haben. Wir haben entsprechend zum Beispiel eben - was ich ja auch ausführte - - dass wir dann

2017 zwei Wirtschaftsprüfer noch mit eingestellt haben, um diesem gerecht zu werden. Auch die Internationalisierung, auch die Einführung von Software war ein Verbesserungsprojekt. Um mehr Kontrolle - zum Beispiel Singapur, als das Thema aufkam - auch über die Auslandsstandorte zu bekommen, wurde dieses Projekt noch mal forciert - und wir waren da auch schon bei etwa 80, 90 Prozent Umsetzung -, um direkt in die Zahlen der Tochtergesellschaften hineingucken zu können.

Also, da gab es schon durchaus Verbesserungspotenzial, was gehoben worden ist. Es wären auch noch weitere Projekte jetzt - nicht jetzt, also 2020 - zur Umsetzung gekommen, auch Compliance-Projekte, zu denen es jetzt nicht mehr kam. Aber grundsätzlich haben auch viele dieser Punkte sich, zumindestens aus damaliger Sicht, nicht bewahrheitet, sondern auch zum Teil diesen Mythos - den man heute sagen muss -, dass es Shortseller sind, zumindestens intern in der Wirecard durchaus eher manifestiert als infrage gestellt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben gerade gesagt, Sie hätten, ich glaube, 2017 zwei Wirtschaftsprüfer eingestellt. Habe ich das richtig verstanden? Und wer hat die eingestellt? In welcher Funktion im Konzern wurden die angehängt? Und was war sozusagen deren Aufgabe?

Zeuge Stephan von Erffa: Sie wurden eingestellt - Also, ich hatte sie eingestellt. Sie waren - Der eine war für das sogenannte externe Reporting, also das bedeutet: den Geschäftsbericht, zuständig, und der andere war für Accounting Policy zuständig, eine damals dann von mir neu geschaffene Abteilung, die die Aufgabe hat, neue Produkte oder auch alte Produkte bilanziell zu bewerten, insbesondere auf Neuerungen im IFRS und die Erfüllung von Vorgaben aus diesen Standards.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm, okay. - Und Sie haben dann noch mal gesagt, Sie hätten den Prüfer gewechselt, um eine Big-Four-Gesellschaft an Bord zu kriegen. Das würde ich einfach gern noch mal abklären. Nach meiner Kenntnis war

Nur zur dienstlichen Verwendung

EY ja elf Jahre Prüfer bei der Wirecard AG. Wo war da - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, genau, und davor war es ein - - 2007 kam EY dazu oder 08. Nee, 2007* war diese Schutzgemeinschaft*. Das bedeutet, 2008 war EY Prüfer* und war dann elf Jahre* dabei. Das ist richtig.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, aber was war dann der Prüferwechsel, von dem Sie gesprochen haben?

Zeuge Stephan von Erffa: Das war dieses - - 2008 kam EY dazu, und vorher war es Rölfs, glaube ich.

Dr. Florian Toncar (FDP): In Ordnung. Es war kein Prüferwechsel, den wir bisher nicht kannten, sondern der -

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nee.

Dr. Florian Toncar (FDP): - aus dem letzten, vorletzten Jahrzehnt, okay. - Sie haben die Sonderuntersuchung EY angesprochen, die unter "Project Ring" ja auch firmiert. Haben Sie mitbekommen, wie die beendet wurde?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe es - - Also, ich habe jetzt ein bisschen was aus den News herausgel- - Damals, weiß ich, dass dieses Projekt - - dass darüber diskutiert wurde, ob es eigentlich jetzt fertig ist oder nicht fertig ist, dieses Projekt. Da hatte ich noch mal nachgefragt, weil ich mich für den nächsten Jahresabschluss vorbereiten wollte. Und da hieß es, dass der jetzt - - dass man mit EY gesprochen hat und einvernehmlich diese Prüfung jetzt beendet hätte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war Ihr Kenntnisstand?

Zeuge Stephan von Erffa: Das wurde mir vom CFO Ley damals, glaube ich, noch mitgeteilt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben jetzt vorhin gesprochen über das, was Sie sich haben vorstellen können und warum auch nicht. Ich würde es noch mal einfach so hinnehmen. Aber ist Ihnen

denn in Erinnerung, dass es mal jemanden aus dem Vorstand gegeben hat, der gesagt hat - nach Zatarra oder nach den Sachen in Singapur oder nach den "Financial Times"-Berichten über das TPA-Geschäft; da gab es ja auch mehrere 2019 -, irgendjemanden aus dem Vorstand außer Ihnen -bzw. überhaupt aus dem Vorstand -, der gesagt hat: "Da müssen wir doch jetzt mal ganz anders rangehen, um das aufzuklären und mal zu gucken: Was ist da Sache in Asien?"?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es gab einen - -Nach diesem Asien-Fall gab es eine große Richtungsänderung insofern, dass man das Compliance stark an Bedeutung hat gewinnen lassen. Man hat Compliance jetzt unabhängig geschaffen. Vorher war das unterhalb der Rechtsabteilung angegliedert. Der Herr Steinhoff hatte die Aufgabe, umfangreich Mitarbeiter einzustellen. Es wurden auch tatsächlich sehr, sehr viele - wie viele es am Schluss waren, weiß ich nicht -, aber sehr, sehr viele Mitarbeiter eingestellt. Es wurden externe Berater eingestellt, die sowohl in Asien als auch in den anderen Standorten Verbesserungsmaßnahmen identifizieren und Verbesserungen vorschlagen sollten, die wir dann auch unter Federführung des Compliance - - die dann auch abgearbeitet worden sind.

Es war natürlich ein Projekt, was noch immer im Wachsen war und immer nicht final angekommen war. Wir hatten von unserer Seite auch Compliance-Maßnahmen gemacht. Wir hatten zum Beispiel die Führung in Asien ausgetauscht. Und wir hatten die Buchhaltung in Asien wesentlich enger an die Konzernbuchhaltung angeschlossen, um da eine bessere Kommunikation zu schaffen. Also, da gab es was, und das war von - - Ich glaube, das war auch noch von Herrn Ley zur damaligen Zeit in Auftrag gegeben, das Projekt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich würde gerne noch mal insistieren kurz, weil mir das schon wichtig ist. Sie haben jetzt abstrakt beschrieben, was aus Ihrer Sicht Compliance-Verbesserungen waren sozusagen in den letzten Jahren und nach dem Asien-Vorgang. Aber meine Frage war eigentlich: Herr Braun hat die Vorwürfe ja immer extrem schroff zurückgewiesen und auch sehr dezidiert.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Gab es im Vorstand auch Stimmen, die gesagt haben - vielleicht jenseits von Herrn Braun -: "Wir müssen nicht nur abstrakt Compliance ausbauen, sondern diese Vorwürfe, dass unsere Bilanz nicht stimmt, dass ein Teil des Geschäfts nichts existiert, und zwar ein großer Teil, auch selbst mal untersuchen. Da muss mehr passieren"? Gab es jemanden im Vorstand, der das gesagt hat oder gedacht hat oder mit Ihnen mal besprochen hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Sie haben sich - - Also, das ist jetzt subjektiv: Ich denke, dass sie sich auf die externen Prüfungen verlassen haben. Also, selbst haben sie es nicht untersucht. Wir hatten ja - - Also, es gab ja die Compliance-Untersuchung, die ja, um das ein bisschen neutraler zu machen, auch an externe Anwaltskanzleien outgesourct worden ist. Also, das war die Prüfung, die sie ja veranlasst hatten, der Vorstand mit der Compliance-Abteilung zusammen. Und dann später haben sie sich sehr auch auf die Prüfungen, die dann durch EY - - durchgeführt haben, diese Sonderprüfungen, auch verlassen, also würde ich subjektiv sagen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich zur SPD-Fraktion. - Dr. Zimmermann, bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Jawohl. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielleicht zu Beginn: Welche Rolle ist Ihnen in Ihrer Position zugefallen bei der Erstellung der Jahresbilanzen?

Zeuge Stephan von Erffa: Bei uns - - Meine Rolle - - Ich rede jetzt von der Abteilung, also nicht von mir als Person singulär. Die Rolle von uns war, sämtliche Einzelunternehmen zu bitten, nach vordefinierten Vorgaben uns die Einzelbilanzen zu schicken. Wir haben diese dann auf Konzernebene konsolidiert. Wir haben letzte Bewertungen dort gemacht, haben geschaut, ob die Konsolidierungen aufgehen, haben Qualitätsprüfungen gemacht, also auf Plausibilitäten geprüft, und haben daraus dann den Konzernabschluss, also den textlichen Teil noch drumherum, geschrieben und dafür natürlich noch weitere Informationen ganz banaler Art wie Mitarbeiterzahl oder komplexerer Art wie Anlagespiegel oder sonstige Sachen, die dort hinten im

Anhang erfragt werden - - eben mit einzusammeln. Für den Standort München und bzw. für die Firmen, die am Standort München verbucht waren, war ich dann außerdem noch zuständig für den gesamten - - also vom Beleg bis zur Einzelbilanz auch.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und welche Jahresbilanz war die erste, die Sie quasi verantwortet haben?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich schätze, 2007. Aber es könnte auch 2006 - - Weiß ich nicht. Ich habe es irgendwann im Laufe - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, kein Problem. - Aber das ist mir einfach nur noch mal wichtig: Also, Sie haben wirklich die ganze Entwicklung auch des Unternehmens, die Bilanzen, die Jahresabschlüsse begleitet. - Ich frage das natürlich auch deshalb, weil ich - - Mich würde noch mal interessieren: Wie haben Sie diese Entwicklung auch - - Also, weil ich meine, Sie sind ja - Sie mit Ihren Leuten - an der Stelle gewesen, wo man mit am tiefsten, was die Zahlen angeht, ins Unternehmen reinschaut, jetzt mal ganz unabhängig davon, wo die Zahlen herkommen. Sie müssen eigentlich gar keine - - in dem Sinne jetzt erst mal gar nicht wissen, was für Geschäfte das genau sind. Aber Sie sehen ja erst mal nur die Zahlen. Und ich habe mich einfach gefragt: Ist Ihnen dann nicht irgendwie aus den Zahlen heraus irgendwann mal was merkwürdig vorgekommen?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, merkwürdig ist es mir nicht vorgekommen. Wir hatten jedes Jahr von Neuem Themen im Jahresabschluss - dazu gehörte auch der Bereich TPA; war immer ein Hauptprüfungsschwerpunkt auch wegen der Größe - - Es gab jedes Jahr von Neuem auch für uns organisatorisch Schwierigkeiten, alle nötigen Informationen zu erlangen, sodass ich tatsächlich dann auch gesagt habe: Das - -

Also, unsere Aufgabe war es immer, dann der Durchreicher zu sein. Das bedeutet, die Fachabteilung zu bitten, dem Wirtschaftsprüfer etwas mitzuteilen oder zu übergeben. Das hatten wir dann auch irgendwann gesagt, dass wir das - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

dass der Wirtschaftsprüfer doch sich direkt an die Fachabteilung wandte. In größeren Bereichen ist das auch normal. Also, kleinere Anfragen oder die neu sind das erste Mal, da ist man dann so ein bisschen derjenige tatsächlich - - der Postbote. Man fragt an, damit man denen auch erklärt, was der Wirtschaftsprüfer wissen will, weil Fachabteilungen das zum Teil natürlich nicht einordnen können. Aber bei so Abteilungen wie zum Beispiel eben da im Bereich TPA war es so, dass der Wirtschaftsprüfer direkt mit der Fachabteilung gesprochen hat. Aber ich weiß, dass dieser Bereich immer einer war, der bis zum Schluss offen war, weil der Wirtschaftsprüfer noch eine tiefer gehende Information brauchte oder es eine weiter führende Information gab, die immer bis zum Schluss wartete.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und wenn Sie - - Also, auch noch mal ganz offen gefragt, weil wir gleich so voll in die Tiefe gegangen sind: Können oder wollen Sie was dazu sagen, was aus Ihrer Sicht am Ende, sage ich mal, schiefgelaufen ist? Also sozusagen, wir sitzen ja auch so ein bisschen hier: Was ist eigentlich passiert? - Ich weiß nicht, können Sie dazu was sagen aus Ihrer Sicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Dazu kann ich leider nichts sagen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, okay, das verstehe ich auch. - Aber Sie haben ja jetzt selbst das TPA-Geschäft angesprochen. Wie hat sich das von der Accounting-Perspektive für Sie dargestellt? Also, es gab ja durchaus - - Er hat das TPA-Geschäft angesprochen; deswegen frage ich nach. - Aber sozusagen: Können Sie dazu was sagen, also wie das vom Accounting her gelaufen ist? Weil da - - Das war ja auch mit einer speziellen Konstruktion.

Zeuge Stephan von Erffa: Das war - - Fürs Accounting ist das ein schwieriger Bereich gewesen, weil wir das sehr genau untersuchten mussten, ob das eigentlich jetzt - - wie das umsatztechnisch zu bewerten ist. Ansonsten - also, das ist jetzt aber eine IFRS-spezifische Frage - führte - wäre aber jetzt - - Also, wäre es real gewesen oder nicht real, wäre die Frage trotzdem dieselbe gewesen aus der Accounting-Sicht. Aber es war natürlich schon Thema.

Also grundsätzlich: Wir haben die Kunden nicht direkt gehabt, sondern die Kunden waren bei den Partnern aufgeschaltet - so dachten wir auf jeden Fall -, und wir haben von den Partnern die Belege bekommen, auf deren Grundlage wir, also die Buchhalter, dann die Buchungen getätigt haben. Also, wie es genau technisch geht: Es gibt da auch ein Schreiben von uns an die DPR, was Sie wahrscheinlich haben, in dem das relativ detailliert erläutert wird mit so ein paar Screenshots, also auf Papier, wo man das ein bisschen erläutert. Also, wenn Sie da - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Belege: großes Thema im Accounting, großes Thema auch hier bei uns. Hatten Sie mal in der ganzen Zeit einen Fall, wo bei Ihnen das Thema aufkam bzw. eben bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass man daran gezweifelt hat, dass irgendwelche Belege authentisch sind, die zur Verbuchung von was auch immer eingereicht wurden, vorgelegt wurden?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wir hatten keine - - Uns kamen* nie Zweifel, dass irgendwas nicht authentisch ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm.

Zeuge Stephan von Erffa: Wie rum? Habe ich es jetzt richtig gesagt? Also - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, nee, ich habe es aber - - Gut. Also, weil das ist ja sozusagen - - Aber war das bei der Konsolidierung des Konzernabschlusses irgendwo gängige Praxis, gewisse Posten auch noch mal sozusagen - - sich da noch mal Bestätigungen kommen zu lassen?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir haben uns immer von externer Seite auch noch Bestätigungen kommen lassen, also auch über Saldenbestätigungen von den Externen uns das noch mal bei großen Salden bestätigen lassen - das brauchte man auch für die Wirtschaftsprüfung -, ob die Buchhaltungsstände auch passen oder nicht passen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und sozusagen - - Also mal ganz praktisch: Was haben Sie da bekommen? Was haben Sie da von wem bekommen?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir hatten sowohl von den TPA-Partnern als auch von dem Treuhänder jeweils Bestätigungen bekommen über die Salden und damit eben auch eigentlich einen Dreiseiten - - Also, weil der Treuhänd- - Der Partner hat auch wieder bestätigt, was beim Treuhänder liegt. Also, das bedeutet, dass wir eigentlich zwei unabhängige Quellen hatten, die uns die Salden bestätigt hatten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber sozusagen - - Sagen wir mal - - Deswegen hatte ich auch gefragt, seit wann Sie dabei waren. Weil, sagen wir mal, je länger das ging, sind ja die Salden bei den Treuhändern, sage ich mal, schon in exorbitante Höhen gekommen. Gab es da von Ihrer Seite irgendwann auch mal den Versuch, zu sagen: "Okay, ich hätte einfach gerne auch mal eine Bankbestätigung"?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es war zum Schluss so, dass dieser Bereich komplett - - die Diskussion komplett bei der Fachabteilung lag und wir diese Diskussion auch mit den Wirtschaftsprüfern gar nicht mehr in der Buchhaltung geführt hatten. Wir hatten tatsächlich nur noch das Zahlenwerk hinzugeliefert und den gesamten anderen Bereich an die Fachabteilung outgesourct, weil es einfach in diesem Bereich sehr viele Fragen logischerweise gab. Und deswegen war das dann komplett in der Fachabteilung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Jetzt nicht erschrecken, weil ich jetzt eine Ultraspezialfrage stelle: Bei den Akquisitionen von Unternehmen da in Indien hat Herr Marsalek selbst die Programmierung von Internetseiten für diese Unternehmen in Auftrag gegeben bei einer Werbeagentur irgendwo in der Nähe von München. Das Interessante ist: Aus meiner Sicht sind diese Webseiten in Auftrag gegeben worden, bevor diese Unternehmen überhaupt akquiriert waren, also deutlich davor. Könnte jetzt auch meinen, der Herr Marsalek hat für diese Hüllen, die da gekauft

wurden für viel zu viel Geld - - die erst mal aufhübschen lassen und hat das noch mit Wirecard-Geld bezahlt. Sind diese Buchungen irgendwie mal Thema gewesen oder so? Oder ist das sowieso irgendwie mal Thema gewesen? Ich glaube, der Herr Marsalek, der - - Also, ich würde das ja wirklich gerne - - Also, wie hat man denn das alles bei Ihnen verbucht, was der alles irgendwie verausgabt hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, diese angesprochene Ausgabe, die sagt mir nichts.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das habe ich jetzt tatsächlich das erste - - Das habe ich auch nicht in den Akten, die wir von der Staatsanwaltschaft bekommen haben, gelesen. Also, das wusste ich gar nicht, dass er irgendwelche Aufträge für Webseiten erteilt hat. Für unsere indische Firma oder für welche?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, damals war es noch nicht Ihre indische Firma.

Zeuge Stephan von Erffa: Ach, das war noch vor - - Ah.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Deswegen frage ich so danach.

Zeuge Stephan von Erffa: Ach so.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sonst würde mich das relativ wenig interessieren. Aber es ist kein Problem. Aber noch mal kurz zu Herrn Marsalek: Gab es da irgendwie mal - - War das irgendwie mal Thema, dass es vielleicht schwierig ist, gewisse Dinge ordentlich zu verbuchen, die er verausgabt hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gab öfters mal Themen, wo wir Fragen gestellt haben zu den Ausgaben, wo der Belegfluss, zum Beispiel von Kreditkartenabrechnungen oder Ähnlichem, nicht rechtzeitig kam, aber es - - auch Berater, die er in Auftrag gegeben hat. Aber schlussendlich - - Da er der Vorstand ist und wenn er sagt: "Das ist betriebsnotwendig", dann wurde das von den

Nur zur dienstlichen Verwendung

Buchhaltern auch entsprechend überprüft. Die liefen jetzt nicht über meinen Tisch, solche Sachen. Ich habe es manch- - Also, jetzt zum Beispiel natürlich, wenn Belege nicht kamen, dann lief das mal über meinen Tisch, weil sie ungern den Vorstand gefragt haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Klar.

Zeuge Stephan von Erffa: Aber ansonsten ist das natürlich operativ abgewickelt worden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Sie hatten vorhin gesagt, dass Sie Wirtschaftsprüfer eingestellt haben. Gab es da auch Personalempfehlungen von EY, also dass man da gesagt hat: "Hier, da wäre jemand"? Oder ist jemand aus dem EY-Umfeld von Ihnen eingestellt worden?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, es ist so, dass wir eine - - Also, eine Dame, die kam von Telefónica, glaube ich, vorher, wo sie schon in einer ähnlichen oder der gleichen Position gearbeitet hat. Und ein Herr, der war früher mal bei EY - das stimmt -, ist dann allerdings in eine Wirtschaftsprüfungskanzlei gegangen. Und dann haben wir diesen gezielt von unserer Seite aus angesprochen, weil - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Entschuldigung, weil meine Zeit abläuft. Ein Herr Ron Franke, -

Zeuge Stephan von Erffa: Genau.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - der wurde Ihnen nicht von EY empfohlen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, der wurde - - Der war bei EY, ist dann zu einer anderen Wirtschaftsprüfungskanzlei gegangen. Und dann haben wir ihn eingestellt und haben nur bei EY einmal nachgefragt, ob das aus Compliance-Gründen in Ordnung ist, also jetzt nicht unbedingt, um eine Freigabe zu bekommen, sondern eigentlich eher, um sie nicht von unserer Seite zu - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Verstanden.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, um da nicht eine Überraschung zu schaffen, einfach mit offenen

Karten zu spielen. Und dann haben wir ihn tatsächlich - Also, von unserer Seite kam die Initiative, und ich bin - Ich glaube, von unserer Seite kam die Initiative oder vom Herrn Franke selbst. Nein, von unserer Seite kam die Initiative und dann aber das Okay von EY.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Wir haben hier eine E-Mail vorliegen, wenn ich das richtig sehe, die ging jetzt nicht an Sie; aber da schreibt Herr Ley an Herrn Loetscher [sic!]:

Wie mit Herrn Loetscher besprochen, sende ich Ihnen anbei die Kontaktdaten von Herrn Franke zu Ihrer Information. Ich gebe ihm auch Bescheid. (?)

Also irgendwie waren die - - scheint das eher so, dass das - - Und es kam von einem EY-Prüfer, von Herrn Fichtelberger. Der hat an Herrn Ley und an Herrn Loetscher geschrieben:

Anbei sende ich Ihnen die Kontaktdaten von Herrn Franke. (?)

Deswegen sind wir drauf gekommen.

Zeuge Stephan von Erffa: Wir wussten, dass er nicht mehr bei EY war und hatten dann - - Das kann sein, dass der Herr Ley - das war mir jetzt nicht bekannt, aber - - dass er noch mal gefragt hat, ob sie die Kontaktdaten vom Herrn Franke haben, um ihn zu kontaktieren*. Aber das war jetzt nicht eine Empfehlung von denen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, verstanden. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr von Erffa, Hand aufs Herz: Hatten nach Ihrer Kenntnis Herr Ley, Herr Braun oder Sie selbst Kenntnisse von betrügerischen Machenschaften bei Wirecard?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kann für andere nicht sprechen; ich hatte es nicht*.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Unterhalten Sie Verwandtschafts- oder Nahverhältnisse zu politisch exponierten Personen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe eine Cousine, die in der Politik tätig ist, zu der ich allerdings - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sagen Sie doch mal den Namen. Namen sind immer ganz gut.

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist die Frau von Storch. Allerdings habe ich auch wegen ihrer Politik relativ - - oder keinen Kontakt in den letzten Jahren gehabt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben sich da nicht ausgetauscht -

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - zu Sachverhalten, die unsere Untersuchung betreffen? Okay. - Können Sie noch mal den Kontakt zu Herrn Kindler und, ich glaube, Sie erwähnten das bayerische Finanzministerium, darstellen? Da soll es um Projekte gegangen sein. Es ging ja sehr häufig um Projekte bei Wirecard.

Zeuge Stephan von Erffa: Es ging darum: Also, der Herr Kindler arbeitet, glaube ich, seit Mitte 2015 für die Wirecard mit, ich glaube, auch einem Beraterhonorar von um die 3 000 Euro, wenn ich das - - Also, ich weiß nicht, ob es die ganze Zeit war, aber es gab Rechnungen in Höhe von 3 000 Euro vom Herrn Kindler. Und dafür hat er verschiedene Kontakte hergestellt.

Mein einziges Thema, wo ich einspringen sollte für Herrn Ley, war, dass wir mit einem Herrn Bauer und Herrn Koch vom Staatsministerium für Finanzen gearbeitet haben, und dort wurde geprüft, inwieweit wir - - Da ging es mal um eine sogenannte Bürgerkarte, die wir da vorgestellt hatten, oder auch verschiedene Zahlverfahren in Ämtern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ging es da auch um eine Flüchtlingskarte, Refugee Card, oder so was? Wurde uns mal hier erzählt.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kenne das vom Thema her, aber da ging es damals nicht drum.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es ging zwar eben um so eine Bürgerkarte. Was das jetzt war, wie das definiert war, weiß ich nicht. Also, wie gesagt - - Aber das war auch - - Das erste Meeting, was wir hatten, war so ein Meeting, um eigentlich die operativen Abteilungen mit Ideen - - oder so eine Art Brainstorming, wo Zusammenarbeitsfelder wären. Und dann sollten die operativen Abteilungen das zusammen diskutieren. Da war dann - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sind Sie - - Verzeihung, wenn ich Ihnen manchmal ins Wort falle.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, kein Problem.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist nur aufgrund der knapp bemessenen Zeit. - Sind Sie jemals - -Hatten Sie weitere Kontakte oder Kenntnisse von Kontakten Ihres Unternehmens zum sicherheitspolitischen Umfeld?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein. Ich hatte da noch einen vom Investorenservice von Bayern, aber das war nur so ein ganz kurzer - sicherheitspolitisch nichts.

Fabio De Masi (DIE LINKE): "Investorenservice Bayern", meint das "Land Bayern"?

Zeuge Stephan von Erffa: "Head of Investor Services and Deputy Head of Invest in Bavaria at Bayern International" - was auch immer das ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Sie haben vorhin beschrieben diesen Austausch zur Frage des Inhaberkontrollverfahrens mit der BaFin. Interpretiere ich das richtig, dass die BaFin - das hat sie auch selber eingeräumt - nicht nur Kenntnis davon hatte, dass es natürlich Ziel von Wirecard war, die Aufsicht der BaFin für die AG zu vermeiden, sondern dass die BaFin auch selber ein Interesse daran hatte, dass sie nicht zuständig wird für die Aufsicht über die Wirecard AG? War das Ihr Eindruck?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe - - Mein Eindruck ist eine E-Mail von etwa 15 Zeilen, und ich würde es schon so sehen, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich würde auch noch mal das Sekretariat drum bitten, dass wir vielleicht verifizieren, ob diese E-Mail in unseren Beständen vorhanden ist. Ich glaube, die ist ganz interessant noch für den weiteren Fortgang.

Ich würde Sie gerne auch noch fragen zu dem Komplex Citadelle. Citadelle hat gegenüber EY meines Wissens dargestellt - ich glaube, im Juni 2020 -, also der Treuhänder in Singapur, bevor das dann auf die Philippinen wanderte, dass sie seit 2017 keine geschäftlichen Beziehungen mehr zu Wirecard unterhalten hätten. Mir liegen hier aber Anweisungen, Zahlungsanweisungen vor, die zwischen Citadelle und Wirecard laufen, wo Sie als Kontaktperson genannt werden. Können Sie uns dazu etwas sagen? Also, ist diese Auskunft von Citadelle gegenüber EY zutreffend?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich weiß, dass der persönlich vor Ort war bei der Prüfung, die 2018 lief. Da war er persönlich vor Ort. Insofern halte ich diese Aussage nicht für richtig.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also Citadelle war persönlich - -

Zeuge Stephan von Erffa: Dieser Herr, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der Vertreter.

Zeuge Stephan von Erffa: - den wir "Shan" nennen, war bei der Prüfung dort, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dürfte ich Sie noch fragen: Haben Sie jemals an einen Prüfer von EY, der im Rahmen seiner Pflichtrotation aus dem Spiel genommen wurde, eine Art Abschiedsmail geschrieben nach Ihrer Erinnerung, wo Sie sich noch mal für die besonderen Dienste, sage ich mal, bedankt haben?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, würde ich nicht ausschließen wollen, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, normalerweise haben wir - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, es gab da schon ein gewisses Nahverhältnis auch zu einem Herrn Then, glaube ich, heißt er.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, Nahverhältnis im Sinne von irgend- - Also, ich habe jeden von denen nur gesiezt. Wir hatten ein distanziertes Verhältnis zueinander. Nichtsdestotrotz hatte man sehr intensiv mit den Kollegen von EY zusammenarbeiten müssen. Keinen von denen würde ich als meinen Freund - - mit keinem würde ich einen Kaffee trinken gehen. Aber wenn ein Prüfer ausscheidet oder ein neuer hinzukommt, dass man den nett begrüßt und nett verabschiedet, das ist aber eigentlich eher wie die Gratulation zu einem Geburtstag oder Ähnlichem.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie mit Herrn Marsalek jemals einen Kaffee getrunken in der Prinzregentenstraße oder irgendein anderes Getränk?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich war nie in der - - Ich wusste noch nicht mal von der Prinzregentenstraße, bis es in der Zeitung stand.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann hat als Nächstes das Wort Dr. Bayaz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Moin, Herr von Erffa! - Ich will auch noch mal kurz anknüpfen an das Dokument, was Herr De Masi auch gerade erwähnt hat. Wenn man sich das, was die Trustee Accounts angeht, genauer anschaut, haben Sie zwischen August und September 2018 256 Millionen Euro von den Trustee Accounts bei Citadelle überwiesen zu verschiedenen Firmen, auch an Al Alam. Können Sie das erläutern, warum? Oder können Sie sich erklären, warum das dort steht, aus den Unterlagen hervorgeht?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Zu den Unterlagen selbst: Das ist halt sehr tief in dem Ermittlungsverfahren, weswegen ich da jetzt nicht im Detail drauf eingehen will, also auf die einzelnen Überweisungen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie die Details, die das behindern sollten, weglassen könnten, könnten Sie es abstrakt sagen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich bräuchte noch mal bitte - entschuldigen Sie - die Frage dann.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn man einfach die schiere Menge sich anschaut: Da reden wir über 256 Millionen, die von den Trustee Accounts bei Citadelle wegüberwiesen wurden an unterschiedliche Unternehmen, unter anderem Al Alam. Dafür muss es ja einen Grund gegeben haben. Welche ökonomischen Aktivitäten oder Intentionen verbergen sich dahinter?

Zeuge Stephan von Erffa: Ach so. Das waren damals Gelder, die - so die Information - für die Vorfinanzierung von Händlervolumen benötigt wurden, da man den Kunden die Vorfinanzierung angeboten hat gegen ein Entgelt, gegen einen Aufschlag auf die Gebühren. Und dafür war dieses Geld verwendet worden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorfinanzierung im Sinne von MCA?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, genau.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie persönlich mal in Dubai?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich war in Dubai vor zehn, zwölf, elf Jahren. Nee, mein Pass hat zwei Dubai-Reisen, glaube ich, dringehabt. Also, der Pass ist zwölf Jahre gültig, also war ich, ich glaube, 20- - Wissen Sie es noch?

> (RAn Dr. Sabine Stetter: Nee, weiß ich jetzt auch nicht!)

Ich war zweimal* in Dubai; das war vor sechs, sieben Jahren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beruflich, also - -

Zeuge Stephan von Erffa: Beruflich in Dubai, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie die CardSystems Middle-East dort besucht?

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, ich war bei der CardSystems Middle-East, und ich war auch in dem Büro der Al Alam.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns kurz erklären - ich habe auch immer nur wenig Zeit -, was der Geschäftszweck der CardSystems Middle-East war?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gab zwei Firmen in Dubai, die rein von unserer Seite als Einheit gesehen wurden: Das waren die CardSystems Middle-East und die Wirecard Processing. Die CardSystems war der vertriebliche Arm und die Processing der technischere Arm. Das wurde deswegen getrennt, weil es gesellschaftsrechtliche Verträge noch gab mit dem Vorbesitzer, sodass Neukundengeschäft dann bei der CardSystems Middle-East aufgehängt worden ist und nicht in der Processing. Sie hatten die Aufgaben neben ebendieser technischen Abwicklung, das bedeutet, die letzte Anbindung an Visa- und Mastercard-Server, was wir vorher noch nicht im Konzern hatten, zu ermöglichen und darüber hinaus eben auch Kunden sowohl im Issuing, wie wir es nennen, als auch im Acquiring aufzuschalten und insbesondere eben auch das TPA-Geschäft mit zu übernehmen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie sagen, dass es sich hier um klassisches Finanzdienstleistungsgeschäft handelt? - Was heißt "klassisch"? Schon natürlich technologisch getrieben. Aber ist das ein Finanzdienstleistungsunternehmen gewesen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, also im Sinne der juristischen Anforderungen, glaube ich nicht,

Nur zur dienstlichen Verwendung

weil kein Geldfluss durchs Unternehmen ist, aber im Sinne dessen, dass das, was dort passiert ist, Finanztransaktionen waren, ja, also das schon.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Mai 2020 wurde ja Al Alam, also der TPA-Partner, liquidiert. Haben Sie Kenntnisse über die Hintergründe, warum diese Gesellschaft liquidiert worden ist?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, also habe ich tatsächlich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ja vor dem Juni 2020, deswegen gibt es da ja keine Interaktion sozusagen mit der Insolvenz der Wirecard AG. Deswegen frage ich: Was ist da vorher passiert?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, tatsächlich hat es mich auch überrascht; aber es hieß oder aus den öffentlichen Unterlagen ging hervor, dass das wohl schon ein Jahr vorher beschlossen gewesen sei.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war Ihnen nie - - Also Sie haben das aus Unterlagen entnommen, Sie waren darüber nicht in Kenntnis, was mich ja wundert - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte es während der Abschlussprüfung 20*- - also im Jahr 2020 mitbekommen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Klingt aber jetzt für mich nicht so, dass Sie da so tief drin gewesen sind - dafür, dass Sie jetzt irgendwie stellvertretender CFO waren und diese Gesellschaft - - irgendwie 58 Prozent des Konzerngewinns im Jahr 2018 von dort gekommen ist. Also, da hätte ich jetzt irgendwie einen tieferen Einblick erwartet.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte den Titel stellvertretender CFO, ich war aber kein stellvertretender CFO im Sinne dessen, was man sich vorstellt, wenn man es hört. Also, ich war - so auch meine Visitenkarte und so auch meine Signatur in der E-Mail - für das Accounting zuständig, als EVP Accounting, und hatte tatsächlich

daher - - Also, bei uns in der Wirecard war diese Businesswelt, also die Beziehungen zu Kunden, zu Partnern, nicht in der Buchhaltung aufgehängt, sondern in den Fachabteilungen aufgehängt oder dann eben beim Vorstand.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das war nicht so - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, verstehe: Die Titel kann man nicht für bare Münze nehmen. - Die Staatsanwaltschaft München hat übrigens Herrn Marsalek als Chief Compliance Officer geführt. Also offenbar kommt man da mal durcheinander, was Titel angeht.

Ich will die letzte Sekunde noch für eine Frage verwenden, Herr von Erffa. Und zwar berichtet heute das "Handelsblatt", und ich zitiere da aus dem Artikel. Da heißt es:

Zum Konflikt zwischen EY und Wirecard kam es am 9. und 10. Juni 2020. Nach einem Austausch mit dem zuständigen Prüfer entstand im Aufsichtsrat ein schwerwiegender Eindruck: Danach soll EY für eine Erteilung des Testats zur Auflage gemacht haben, dass die parallel laufende Sonderprüfung durch KPMG gestoppt werde.

Zitat Ende. - Was können Sie uns zu diesem Sachverhalt sagen?

Zeuge Stephan von Erffa: Sorry, können Sie den letzten Halbsatz noch mal- - "EY ..."

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danach soll EY für eine Erteilung des Testats zur Auflage gemacht haben, dass die parallel laufende Sonderprüfung durch KPMG gestoppt werde.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich hatte, ehrlich gesagt, immer den anderen Eindruck, dass EY die

Nur zur dienstlichen Verwendung

KPMG-Prüfung will und braucht und dass sie allerdings auch ihr Testat davon abhängig macht, dass das Testat von - - oder dass die Prüfung von KPMG abgeschlossen ist. Aber dass sie eine Prüfung gestoppt haben will, also, den Eindruck hatte ich nicht. Also, an der Aufsichtsratssitzung habe ich natürlich nicht teilgenommen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen frage ich Sie ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, jetzt rein subjektiv dachte ich: eher andersrum.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, vielen Dank. Dann würde ich jetzt weitermachen. - Herr von Erffa, bekanntlich startete die "Financial Times" am 03.01.2019 eine Artikelserie über die Wirecard-Gruppe. Am 07.02.2019 publizierte die "FT" einen Bericht mit dem Titel "Wirecard: inside an accounting scandal". In dem Artikel wurde vermerkt, dass "Financial Times" Unterlagen vorlägen, wonach Thorsten Holten und Sie, Herr von Erffa, Kenntnis von diesem Roundtripping-System hätten. Nachzulesen ist das unter MAT A BayStMI-3.02 DVD, Blatt 15. Haben Sie den Artikel damals zur Kenntnis genommen? Wussten Sie, dass Sie dort namentlich erwähnt worden sind?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, den Artikel - - Es gab zwei Artikel, glaube ich, in denen ich namentlich erwähnt worden bin. Die habe ich zur Kenntnis genommen. Das war auch tatsächlich ein Thema, dass ich da noch mal nachgeguckt habe, was da eigentlich gemeint worden ist, weil es mir erst mal nichts gesagt hatte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Hatten Sie den Eindruck, dass der Verfasser gut informiert war, oder hielten Sie diese Recherchen seitens der "Financial Times" eher - wie bei der BaFin - für schlecht und unsachgemäß?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich hatte schon den Eindruck, dass sie Unterlagen hatten oder

zumindest teilweise Unterlagen hatten, die aus unserem Hause kamen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Deswegen vielleicht die Vorsicht vorhin, die so erwähnt wurde, nach Leaks oder so was.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, genau, deswegen dieses Thema. Also, sie hatten schon Informationen bekommen. Ich glaube nicht, dass sie jede Information einordnen können - es ist ja manchmal schwierig, Informationen einzuordnen -, aber sie hatten schon interne Informationen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was löste das bei Ihnen persönlich aus?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das ist zwiegespalten. Diese Artikel haben immer dazu geführt, dass die Arbeit auf seinem eigenen Schreibtisch nicht unbedingt geringer geworden ist. Man hat, gerade wenn sein Name natürlich kommt, auch noch mal nachgeprüft, was dort Sachverhalt war. Aber es war -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz: Was ist Ihr Ergebnis gewesen, also für Sie, in Ihrer eigenen Binnenbetrachtung, zu sagen: "Also, aus meiner Sicht ..."? War das Quatsch? Oder haben Sie da mit jemandem im Unternehmen mal drüber gesprochen? Weil man denkt ja dann mal: Jetzt möchte ich eine Richtigstellung haben. - Also, wenn so was über mich jetzt in der Zeitung stünde, dann würde ich trotz aller Pressefreiheit natürlich mal sagen: So, Freunde, jetzt geht es ein bisschen weit.

Zeuge Stephan von Erffa: Das hatten wir - - Tatsächlich hatte ich die Rechtsabteilung gefragt, ob man da nicht eine Richtigstellung oder irgendwas erreichen kann. Dann hieß es: Medienrecht, und wenn man das tut, dann wird es nur noch mehr Aufmerksamkeit auf das Thema - - und dann kommt das noch breiter in die Öffentlichkeit, sodass schlussendlich das Recht, was man hier hat, nicht durchsetzbar sei, so die Einschätzung der Rechtsabteilung.

Ich meine, das war ja auch damals die Phase, wo man mit der Staatsanwaltschaft, glaube ich, in

Nur zur dienstlichen Verwendung

München gesprochen hat. Ich war auch bei einer Zeugenvernehmung dann. In München bei der Staatsanwaltschaft ging es auch um diese Themen. Aber, wie gesagt, ich habe die E-Mail auch inhaltlich gesehen. Es stimmt so nicht, wie es da drinstand, dass wir da von irgendwas Kenntnis hatten.

Es gibt eine Mail, aus der zitiert worden ist, in der ich noch nicht mal kopiert worden bin. Ich bin nur dann ganz am Ende in dieser Mail, als dieser Rattenschwanz, der immer an diesen E-Mails hängt - - Ganz am Ende ist die E-Mail mir weiterge- - oder ist an mich geschickt worden, nicht wegen des Rattenschwanzes, sondern wegen der Information, die obendrüber war, wo es einfach um eine operative Tätigkeit von uns oder von mir ging. Die operative Tätigkeit haben wir ausgeführt. Danach hatte ich diese E-Mail gelesen, die dort ist. Sie ist tatsächlich auch missverständlich formuliert; aber es war für mich - - Auch beim Nachprüfen entbehrte zumindest der Inhalt dieser E-Mail dann den Tatsachen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Warum hat Dr. Markus Braun Herrn De Masi im April 2020 nach Aschheim eingeladen? Zu finden unter MAT A Wirecard-1.01 USB_VS-NfD, BB WC-1 Ziffer 3, Korrespondenz mit Herrn De Masi? Ist Ihnen dazu was bekannt?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nicht. Gut. - Dann mal weiter: Am 15.02.2019 beauftragte die BaFin die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung, DPR - hatten Sie auch gesagt, dazu würden Sie aussagen -, mit der Prüfung der Rechnungslegung der Wirecard AG. Hierüber wurde dem Finanzvorstand Alexander von Knoop am 18.02.2019 durch die DPR informiert, verbunden mit der Bitte, "Auskunftspersonen zu benennen", die die DPR "wegen weiterer Auskünfte oder Unterlagen" kontaktieren könne; MAT A BMF-4.50, Blatt 10, siehe Anlage 4, Seite 2. Daraufhin annoncierten die Herren Markus Braun und Alexander von Knoop der DPR mit Schreiben vom 26.02.2019 Ihre Person, Herrn von Erffa, als Ansprechpartner für die anstehende Prüfung, dies wiederum nachzulesen auf MAT A BMF-

4.50, Blatt 12. Können Sie sich an diesen vorgetragenen Sachverhalt erinnern?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, an den kann ich mich erinnern. Ich war als Verantwortlicher für die Buchhaltung immer der Ansprechpartner für die DPR, also dann im Laufe jeder Prüfung. Es waren ja sieben Anfragen von der DPR, fünf Prüfungen wurden durchgeführt, und davon ist eine jetzt die, die Sie angesprochen haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie uns darlegen, wann und von wem Sie über dieses Schreiben der DPR an die Wirecard AG informiert worden sind?

Zeuge Stephan von Erffa: Von wem, weiß ich nicht; aber dieses Schreiben geht mir in der Regel unmittelbar nach Eingang, wenn DPR draufsteht, als Kopie zu. Also, das geht dann über das Vorstandssekretariat, weil der Vorstand adressiert ist, und dann kommt es zu mir. Wahrscheinlich geht das an den CFO; aber das weiß ich nicht genau, woher es kam. Aber es kommt am gleichen Tag zu mir.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Was haben Sie denn damals so gedacht, als Sie die Nachricht bekamen: "DPR durch BaFin beauftragt", was ging Ihnen da so durch den Kopf?

Zeuge Stephan von Erffa: Noch eine Prüfung! - Also, mir war natürlich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na ja, das ist ja eine besondere. Das ist ja nicht so eine, wo man sagt, die ist so turnusgemäß.

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, DPR-Prüfungen sind nie turnusgemäß, auch wenn sie nicht auf Anfrage sind. Aber schlussendlich - - Also, dieses "auf Anfrage" hatte für mich in dem Moment keine Bedeutung, sondern schlussendlich, dass es jetzt die DPR-Prüfung ist, die jetzt noch zusätzlich zu dem anderen kommt. Und wir hatten uns aber von Anfang an gesagt, dass wir diese Prüfung ohne irgendwelche Verzögerungen versuchen wollen durchzu- -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer ist "wir"? Also, wie lief dieser Abstimmungsprozess damals im Wirecard-Management zwischen dem Erhalt des Schreibens der DPR und der entsprechenden Antwort an die DPR durch den Wirecard-Vorstand? Hat man Sie da hinzugezogen, und wie lief dieser Abstimmungsprozess neben "eine Prüfung mehr"?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich kriege das Schreiben mehr oder weniger kommentarlos, und damit übernehme ich die Aufgabe dieser DPR-Prüfung. Rein formal wird das erste Schreiben von den Vorständen unterschrieben, nämlich dieses, was Sie gerade zitiert hatten. Nichtsdestotrotz liegt der gesamte Bereich eigentlich bei mir. Ich rufe dann - in diesem Status noch nicht, nämlich in diesem Status brauchen sie nur Geschäftsberichte, also im ersten Schreiben, aber sobald dann das zweite Schreiben kommt mit den Fragen -, wir rufen dann die Fachabteilungen, die dafür nötig sind, die Juristen, die Fachabteilungen und ähnliche Abteilungen, wozu Informationen nötig sind, Risikoabteilung oder Ähnliches, zusammen. Man setzt sich zusammen in den Konferenzraum und geht das Schreiben durch und sagt: "Wer übernimmt die Fragen 1 a bis 1 c, und wer übernimmt 1 d?" usw., bis die Fragen aufgeteilt sind. Danach liefern alle Fachabteilungen mir zu. Ich mache daraus eine Antwort und schicke sie dann zurück an die DPR oder frage noch weitere Informationen von den Fachabteilungen an.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Vielen Dank. Meine Zeit ist dann leider auch vorbei. -Dann schaue ich. - Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Ja, Herr von Erffa, vielen Dank. - Ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen ja den Auftrag und die Aufgabe, Aufklärung zu führen. Bisher war es leider so, dass die Wirecard-Mitarbeiter nicht wirklich zur Aufklärung beigetragen haben. Ich schätze, wenn Sie das heute tun wollen. Und Sie haben gesagt: "Ich hätte gerne den Skandal verhindert"; eingangs haben Sie das verlautbart. Das ist natürlich als Aussage für uns jetzt positiv,

allerdings muss man natürlich hinterfragen: Ist das realistisch?

Seit 2008 wurde Wirecard von der "Financial Times" - in dem Klassiker "The House of Wirecard" natürlich dann noch im April 2015 - Betrug, Bilanzbetrug, vorgeworfen. Haben Sie diese Berichte damals gelesen, haben Sie die zur Kenntnis genommen?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir haben die gelesen und natürlich zur Kenntnis genommen und auch sowohl in die externe Prüfung - floss es sowieso ein - als auch intern in die Prozessabläufe mit aufgenommen, wobei wir anmerken müssen, dass zu den meisten Vorfällen bis hin jetzt* am Ende jeweils eine Aufklärung stattgefunden hat. Wir haben den Singapur-Fall zum Beispiel in - weiß ich nicht - 20, 25, 30 Einzelpunkte unterteilt. Zu jedem dieser Einzelpunkte wurden Überprüfungen durchgeführt. Es wurden Lieferanten und Kunden befragt. Und schlussendlich führte es dazu, dass wir zwar Änderungen im Accounting machen mussten, weswegen wir auch dort Strukturen änderten, aber die waren im Millionenbereich, also im einstelligen Millionenbereich, was auch für uns natürlich trotzdem groß genug war, um Änderungen zu machen. Aber wir redeten damals nicht über Vorwürfe, die sich bewahrheitet haben, über die wir heute leider reden müssen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Also, ich kann mir doch vorstellen, wenn man Chefbuchhalter ist, dass man dann, wenn man solche Vorwürfe, zum Beispiel im Juli 2015 von der "FT" - - Die Wirecard-Bilanzen sind systematisch gewissermaßen mit Scheinfirmen letzten Endes bestückt worden. Und das sind derartig klare Vorwürfe, und da können Sie doch eigentlich als Chefbuchhalter überhaupt nicht drüber hinweggesehen haben und sagen: "Ich habe hier Prüfungsanmerkungen gemacht" oder so. Ist das bei Ihnen nicht hartnäckig verfolgt worden oder - -

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist* hartnäckig verfolgt worden. Jeder dieser - - Nein, nicht nur jeder dieser dort angesprochenen Sachverhalte, sondern alle Sachverhalte aus diesem Bereich - global - wurden überprüft, auch als forensische



Nur zur dienstlichen Verwendung

Prüfung auch mit den Wirtschaftsprüfern von EY. Es wurden Tausende von Prüferstunden - sowohl intern als auch Mitarbeiterstunden von unserer Seite - investiert, um den gesamten Komplex, und zwar nicht nur beschränkt auf das Gebiet, was dort angesprochen ist, sondern wirklich ausgeweitet über den gesamten Konzern, nicht nur über das Jahr, sondern auch über Vorjahre hinweg, zu untersuchen. Das sind umfangreiche Dokumentensammlungen, die daraus entstanden sind, inklusive Interviews mit IT-Spezialisten, mit Kunden und Lieferanten, um genau die Aufklärung zu betreiben. Dieses hat dazu geführt, dass sich das grundsätzlich weitestgehend bestätigt hat. Nichtsdestotrotz hatten wir darauf dann auch Accounting-Richtlinien noch mal nachgezogen, aber das war jetzt nichts, wo wir wirklich einen Betrug identifizieren konnten.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Ist für mich eigentlich kaum nachvollziehbar. Wurde da Druck ausgeübt vom Vorstand? Waren da Einschüchterungen durchgeführt worden, so wie wir es zum Beispiel vom Bankvorstand der Wirecard Bank AG gehört haben, von Herrn Wexeler, dass sich der Braun da aufgebaut und gesagt hat, allein er bestimmt, was Sache ist? Weil es ist ja nicht nachvollziehbar, dass wir den Umstand jetzt wissen, dass Geschäftspartner gar nicht existiert haben, und das haben Sie ja alles festgestellt, nach Ihrer Aussage.

Zeuge Stephan von Erffa: Damals war ja nicht das Thema - - also, da ging es ja noch nicht um TPA, sondern Softwareverkäufe wurden damals angesprochen. Wir haben dieses - - Nein, es wurde kein Druck vom Vorstand ausgeübt. Es war sogar so, dass aufgrund dessen, weil es ja in den normalen Jahresabschluss lief, wir eine gesonderte Gruppe gebeten haben, die sonst nur am Rande damit zu tun haben, um eben mehr Manpower auf der internen Seite von Wirecard auch zu haben, die voll autark in diesen Bereichen arbeiten konnten und die da überhaupt keine Vorgaben bekommen haben von oberen Hierarchien.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Also Sie haben sich konfrontiert gesehen, dass es finanzielle Unregelmäßigkeiten

bei Wirecard gibt, und da haben Sie was unternommen? Das möchte ich noch mal wissen.

Zeuge Stephan von Erffa: Wir haben einerseits die Prüfung durch externe Kanzleien, dann durch den Wirtschaftsprüfer und auch intern durchgeführt, und wir haben, was ich vorhin erwähnt hatte - da ist Compliance federführend zuständig gewesen -, Compliance-Verbesserungen, IKS-Verbesserungen identifizieren und Maßnahmen ergreifen sollen.

Wir haben außerdem in Asien das Management im Bereich Finance gewechselt, und wir haben die Anbindung an den Konzern, also die Überprüfbarkeit durch den Konzern, dadurch erhöht, dass wir in Asien die dann schon eingeführte Finanzsoftware auch ausgerollt haben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Sie haben Prüfungen angestellt, aber haben doch dann auch feststellen müssen, dass es Scheinfirmen gibt, die gar nicht in Wahrheit existiert haben. Was haben Sie denn damit dann gemacht?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, es gab zu dem -- Es sind keine Scheinfirmen entdeckt worden zu dem Thema. Alle Beziehungen haben sich bestätigt. Die Kunden haben den Erhalt der Leistung bestätigt. Die Forensiker haben in der IT die Spuren der Leistungserstellung gefunden. Und intern bei der Wirecard wurden die entsprechenden Mitarbeiter interviewt und haben es auch bestätigt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Kann man sich nicht vorstellen, weil aus unserer heutigen Prüfung war es so, dass im Januar, Februar und März 2019 die "Financial Times" praktisch von Wirecard-Partnern gesprochen hat, die frei erfunden waren oder Scheinfirmen waren, und das hat sich alles als wahrheitsgemäß heute, nach unserer Recherche, dargestellt. Und nach Ihrer Recherche soll das in Ordnung gewesen sein?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wenn ich die Artikel jetzt nicht durcheinanderbringe. Also, das Bereich TPA, also dieses Third Party Acquiring,

Nur zur dienstlichen Verwendung

da hat es sich ja jetzt herausgestellt, dass dieses Geschäft nicht geht. Bei den anderen Beziehungen, die wir bisher hatten, bin ich noch nicht in der Kenntnis, dass das sich um Scheinumsätze handelt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. Das war aber letzten Endes der Vorhalt im Januar, Februar, März 2019 von McCrum von der "Financial Times".

Zeuge Stephan von Erffa: 20-

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): -19, Januar, Februar, März 2019 gab es diese Artikel über die frei erfundenen Firmen und über die Scheinfirmen, dass die angegebenen Firmen gar nichts wissen von einer Zusammenarbeit mit Wirecard.

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, das war Januar, Februar, März 2019. Das ist dann in die Jahresabschlussprüfung für das Jahr 2018 geflossen, ja, und wurde dort überprüft. Also auch da haben wir ja das be- - also auch die Wirtschaftsprüfer haben diesen Bereich überprüft. Also es sind ja nicht nur wir intern, sondern auch die Wirtschaftsprüfer, die diesen Bereich geprüft haben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Und Sie haben bei Ihrer Prüfung nichts festgestellt?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wir hatten - - Also, dafür haben wir auch eine Textpassage im Geschäftsbericht geschrieben. Es wurde was festgestellt; es wurden sowohl Abgrenzungsfehler festgestellt als auch Buchungsfehler, die dann aber von kleinen einstelligen Millionenbeträgen in etwa waren. Also die größte Summe war mal, dass es 10 Millionen - - die aber sowohl auf Ausgabenseite als auch Einnahmeseite nicht gebucht wurden, sondern nur aggregiert gebucht worden waren. Aber ansonsten, wenn wir über den gleichen Sachverhalt reden, war da nichts. Also, das ist ja dann auch in den Abschluss 2019 eingeflossen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Haben Sie vom Vorstand von

Wirecard irgendwelche Vorbedingungen zur Aufstellung der Bilanzen bekommen, und gab es diese Vorgaben von den jeweiligen Vorstandsmitgliedern? Sie müssen doch Fragen gestellt haben.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wir haben sehr intensiv im Vorfeld von Bilanzpressekonferenzen oder Analystentelefonaten über die Bilanzen gesprochen. Wir haben auch im Vorfeld, wenn Produkte eingeführt wurden, darüber gesprochen, welche Auswirkungen die auf die Bilanz potenziell haben, welche Bilanzpositionen sich dadurch stark erhöhen oder nicht stark erhöhen. Aber Vorgaben im Sinne von: "Ihr müsst das und das* erreichen" gab es nicht, wobei man natürlich auch schon wusste, dass zum Beispiel größere Schwankungen in der Steuerquote oder größere Schwankungen in irgendwelchen anderen Positionen zu Nachfragen führten, und wenn man legale - um das zu betonen - Möglichkeiten hat, diese Punkte zu glätten, dann hat man auch* Spielräume natürlich* genutzt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. Aber Sie haben ja auch die notwendigen Eingaben dann gegenüber dem Finanzamt gemacht, und das ist ja auch alles strafbewehrt. Haben Sie da mit ruhigem Gewissen dann diese steuerlichen Bilanzen und Anmeldungen auch vollzogen, oder hat das dann der Vorstand gemacht, oder wie ist das vorgenommen worden?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, die Steuerabteilung lag bei mir, also wir hatten dann zum Schluss zumindest eine Steuerabteilung. Vorher war das von den Buchhaltern mitgemacht worden. Wir hatten sowohl die IFRS-Bilanz als auch eine Steuerbilanz. Also, drei Bilanzen - HGB, IFRS und Steuer -, die laufen ja auseinander, stark auseinander zum Teil. Und insbesondere in unserem Geschäftsfeld waren die sehr stark auseinanderlaufend.

Und wir haben natürlich - wenn ich vorhin sagte, dass wir innerhalb der legalen Möglichkeiten der Bilanzoptimierung - - darauf geachtet, dass das in allen Bereichen natürlich legal war. Es gibt aber auch jetzt Rückstellungsbereiche, die in der Steuerbilanz anders zu gliedern sind. Dementsprechend würden sie dann auch, wenn wir so einen

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fall hätten, in der Steuerbilanz anders gegliedert werden. Aber, also, da ist mir jetzt nichts bekannt. Also, wir haben die Steuerbilanz nach bestem Wissen und Gewissen gemacht.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Jetzt ist es so, dass es ja einen Kronzeugen gibt, der sagt, Sie haben das alles gewusst. Was sagen Sie dazu?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kenne die - - Ach so, also, das ist natürlich was, wo ich jetzt keine Aussage zu machen kann, weil das eben tiefstes Ermittlungsverfahren ist.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Und aus einem Chat von Ihnen*, zwischen Herrn Marsalek und Ihnen*, geht hervor, dass Sie zum Kreis von Eingeweihten in Bezug auf das TPA-Geschäft gehört haben müssen. Im Zuge der KPMG-Ermittlungen wurde diskutiert, ob Sie als mögliches Leak in Betracht kommen, woraufhin die Frau Schneider, die persönliche Mitarbeiterin von Herrn Marsalek oder Büroleiterin, angibt:

Stephan würde es nie absichtlich tun.

Wenn die Frau Schneider das schreibt, dann sagt die doch: "Na ja, gut, der wusste Bescheid" - geht doch daraus hervor. Also, wenn die sagt - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das ist diese E-Mail, die mir vorhin vorgelegt - - oder dieser Chatverlauf, der mir vorhin vorgelegt worden ist.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß, wie gesagt, dass man mir anscheinend nicht so weit traute, dass ich Kundenlisten bekam. Sonst hätte man sie mir auch für die DPR-Prüfung zur Verfügung gestellt. Sie wurde direkt von der Fachabteilung an die DPR geschickt, nicht über mich gehend. Ich bewerte das insofern, dass es tatsächlich die Information ist, die rausgegangen ist - ganz raus, meine ich jetzt, nicht an die Prüfer, sondern an die Presse. Und es geht hier meines Erachtens

um - - Also, ich hätte es jetzt so interpretiert - ich hoffe, dass wir den mal kriegen, dass ich den noch mal in Ruhe lesen kann -, dass es hier um Kundennamen geht, also Kundenlisten, die ja dann auch öffentlich diskutiert worden sind in der "Financial Times" und ähnlichen Zeitungen.,

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Welche Personen bei Wirecard agierten da im Hintergrund, um die tatsächlichen Kenntnisse zu verhindern, zu verschleiern, Wegnahme der Kundenliste usw. Wer hat also diese etwas ungewöhnliche Geschäftspraktik denn durchgeführt? Wer war das?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, dass da irgendwas verschleiert worden ist, wie gesagt, das weiß ich jetzt im Nachgang. Damals war es nicht bekannt. Wer für den TPA-Bereich zuständig war, war für uns der Herr Marsalek und der Herr Bellenhaus. Das waren auch die Ansprechpartner für die Wirtschaftsprüfer und auch für uns Buchhalter. Also, die Buchhalter haben sich direkt an die zwei Herren oder auch über mich an die zwei Herren gewandt, meistens den Herrn Bellenhaus, um die nötigen Informationen zu bekommen.

Dass da verschleiert und, was weiß ich, wird: Es gab ein paar Sachen, wo man nicht so drüber redete, aber das hatte* für uns eher* den* Eindruck, dass es sich um Kunden handelt, die weniger vorzeigbar sind, und nicht darum, dass es das Geschäft nicht gibt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Dann gab es ja dieses "Project Panther". Was war das? War das ein Ausstiegsplan, und war das ein Ausstiegsplan aus dem Bereich des Bilanzbetrugs? Was wurde da und von wem vorgedacht, um letzten Endes vielleicht den großen Teil Bilanzbetrug zu verlassen oder gar letzten Endes das auf Dauer zuzudecken, wenn es überhaupt möglich war aufgrund der Entwicklung? Wie können Sie uns da was erklären?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe "Project Panther" - - erst aus den Akten Kenntnis darüber erhalten, was mich auch etwas verwundert hat, weil ich eigentlich gedacht hätte, ich hätte es wissen - - oder ich dachte, dass man so was, so

Nur zur dienstlichen Verwendung

große Aktionen, mit mir besprochen hätte. Hat man aber nicht. Es gab ein paar Bereiche, die ich jetzt im Nachgang festgestellt habe, die nicht über meinen Tisch gingen.

Also, ich halte das als Ausstiegsszenario, wenn man diesen Dingen folgt - - Ich glaube nicht, dass das machbar gewesen wäre, weil wir reden über 2 Milliarden. Also, auch einem Deutsche-Bank-Prüfer, auch wenn die Bilanzsumme größer ist, fällt so was auf. Also, das ist für mich kein Ausstiegsszenario für irgendwas gewesen. Aber, wie gesagt, dieses Projekt ist komplett ohne mich gemacht worden. Da war die Strategieabteilung anscheinend wichtiger für dieses Projekt zu befragen als der Accounting-Leiter.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Jetzt noch mal zu den Ermittlungen von KPMG: Wie wurde intern darüber bei Wirecard kommuniziert? Welche Informationen genau wurden an KPMG weitergegeben? Warum gab es da scheinbar dann doch ein Konkurrenzverhältnis zwischen EY und KPMG oder, umgekehrt, KPMG und EY? Was können Sie uns zu diesem Zeitraum noch mal berichten, insbesondere zum Zeitraum April 2020?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich muss da ein bisschen aufpassen. Also grundsätzlich: Ich möchte da nicht zu sehr ins Detail gehen.

Ich habe die Zusammenarbeit zwischen EY und KPMG eher als konstruktiv als als destruktiv erlebt, also, soweit ich es mitbekommen habe; aber ich war auf der Außenlinie. Also, ich wurde zwar - - Am Anfang wurde ich vom Vorstand zwar irgendwie beauftragt, diese KPMG-Prüfung intern zu übernehmen, mit dem Herrn Steinhoff zusammen. De facto war es aber so, dass ich diese KPMG-Prüfung keineswegs übernommen hatte und auch nicht übernehmen sollte. Das war komplett im Bereich vom Herrn Steinhoff, später dann, wie gesagt, von dieser Frau Schneider.

Das Verhältnis EY-KPMG: Also, ich war bei einer Aufsichtsratssitzung oder Prüfungsausschusssitzung, glaube ich, war es, dabei. Da ging es darum, dass EY sehr klar ausgedrückt hat, dass sie ihr Testat nur erteilen, wenn die KPMG-Prüfung

durch ist. Und der Aufsichtsrat war der Meinung, dass das unabhängig voneinander ist. Da war ich zugegen. Das war das Einzige, was ich da jetzt in der direkten Konfrontation sozusagen - - Aber da, wie gesagt, war EY eher so: Wir wollen eine fertige Prüfung von KPMG haben, erst dann kriegt ihr das Testat. - Und der Aufsichtsrat war da ein bisschen anderer Meinung. Der meinte, das ist eine Prüfung für abgeschlossene Zeiträume und hat deswegen keine Auswirkungen auf das Testat für - wann war das? - 2019.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): 19. Klar. - Vielen Dank, Herr von Erffa.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Ja, ich würde noch ein bisschen bei den DPR-Fragen, wo wir eben waren, weitermachen wollen. Schildern Sie uns doch mal, wie Sie die Bilanzprüfung und die Arbeit der DPR insgesamt erlebt hatten. Also, hatten Sie den Eindruck, dass Sie hier mit Profis arbeiten und es zu tun hatten? Wie nahmen Sie damals deren Arbeitsweise wahr, und hatten Sie den Eindruck, dass die DPR gründlich und effizient arbeitet?

Zeuge Stephan von Erffa: Die DPR war - - Also, jede dieser Prüfungen, die wir hatten - - Das sind schon Vollprofis in ihrem Gebiet. Also, mir war der Zusammenhang natürlich jetzt erst im Nachgang - - Also, die DPR ist, glaube ich, als Organisation hoch- - also wirklich gut aufgestellt, was das Thema Bilanzierung im Sinne von IFRS, im Sinne von Rechnungslegungsstandards angeht. Ich hatte nie das Gefühl, dass die DPR Belegprüfungen macht, also wirklich wie der Wirtschaftsprüfer, der sich dann einfach mal die Konten gibt und dementsprechend sagt: Jetzt bitte von diesem Konto bitte 20 oder 80 Belege als Stichprobe. -Solche Prüfungen hat die DPR nicht gemacht, sondern die DPR ist eher konzeptionell, das bedeutet über Standards, rangegangen und hat dann gefragt, ob der oder der Sachverhalt richtig bilanziert ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auf welchem Weg lief denn die Kommunikation zwischen Ihnen und der DPR? Haben Sie DPR-Prüfer auch mal persönlich getroffen, und welchen Eindruck

Nur zur dienstlichen Verwendung

machten die Vertreter auf Sie? Haben die was fallen lassen oder - -

Zeuge Stephan von Erffa: Wir hatten ja fünf durchgeführte Prüfungen, und ich glaube, bei einer oder bei zwei Prüfungen waren die definitiv bei uns vor Ort, wirkten auch dort sehr kompetent und haben wirklich sehr tiefgehende Fragen im Bereich der Rechnungslegung, im Bereich der Bilanzierung gestellt, das schon sehr professionell. Sie sind sehr tief in den Themen drin gewesen. Die Unterlagen, die wir ihnen geschickt haben - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Darf ich da gleich einhaken?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aus unseren Unterlagen geht nämlich hervor, dass die DPR bei Ihnen am 1. April - gar kein Aprilscherz - 2019 um zusätzliche Informationen und Unterlagen bat. Das ist nachzulesen auf MAT A BMF-4.50, Blatt 13; könnte ich Ihnen vorlegen. Nach all dem, was uns bislang aber hier auch so im Untersuchungsausschuss, glaube ich, gegenwärtig geworden ist, berichtet worden ist, steht zu vermuten, dass Wirecard auch der DPR gegenüber eine Hinhaltetaktik anwandte. Können Sie diese Vermutung bestätigen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, wir haben ein einziges Mal eine Fristverschiebung - - Ich glaube, am 5. April 2019 haben wir gebeten, eine Fristverschiebung oder eine* Fristverlängerung zu bekommen. Das lag daran, dass wir am 24.04. den Konzernabschluss veröffentlichen wollten und am 23.04. die Frist* ablief. Daraufhin hatten wir gebeten, dass sie uns nach der Veröffentlichung des Konzernabschlusses noch ein paar Wochen geben.*

Nichtsdestotrotz hatten wir eben nicht hinhalten wollen, sondern trotz dem, dass wir die Fristverlängerung akzeptiert bekommen haben, haben wir ihnen schon am 23.04. oder in dem Zeitraum auf jeden Fall - - nee, bis zu der ersten, also 23.04. - genau! -, also vor Ablauf* der ursprünglichen Frist, bereits den ersten Teil mit mehreren

Hundert Seiten geschickt. Und den Rest, also nur einen kleinen Rest, hatten wir ihnen an diesem Termin 23. Mai 2019, also dem zweiten Fristverlängerungstermin*, dann zukommen lassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Eine Frage so zwischendurch. Ich glaube, Kollege Toncar oder De Masi hatte was zum MCA-Geschäft gefragt. Ich habe mich immer gefragt, ich glaube, auch viele andere - das fällt mir jetzt so ein irgendwie -: Wie kam man auf diesen Einbehalt von 33 Prozent? Ist Ihnen da was gegenwärtig, oder musste in Ihrer Abteilung - - Oder wer hat diese merkwürdige Zahl berechnet?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das ist die Fachabteilung, also das weiß ich nicht. Also, 33 Prozent ist - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Welche, wenn wir über Fach- - Wer berechnet so was bei Ihnen oder hat es berechnet im Hause, welche Fachabteilung, und gibt es da einen Namen?

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist dann alles, was um den Herrn Bellenhaus herum ist. Das ist Herrn Bellenhaus', Herrn Marsaleks Bereich gewesen, dieser TPA-Bereich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, Bellenhaus und Marsalek haben dann sozusagen diesen Einbehalt von 33 Prozent von - -

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, es ist 33 Prozent von einem Volumen, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, ja, genau.

Zeuge Stephan von Erffa: - also nicht vom gesamten Volumen, sondern nur von dem Volumen, wie es hieß "at risk" - so wurde das genannt. Das sind dann in Summe etwa 4 Prozent vom Transaktionsvolumen. Also, 33 klingt erst mal viel, ist es aber schlussendlich dann - - Das habe ich nämlich auch mal diskutiert bei uns, und das waren dann 4 Prozent, die es dann in Summe sind, vom Transaktionsvolumen - 4, 5 Prozent, so was.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben ja nachher noch Herrn Eichelmann hier. Und uns liegt

Nur zur dienstlichen Verwendung

ein E-Mail-Schriftwechsel zwischen Ihnen und Herrn Eichelmann vom 20.02. vor. Hierin beschweren Sie sich bei ihm über sein Verhalten und betonen, dass Sie in 15 Jahren - ich habe mir das mal durchgelesen - bei der Wirecard niemals einen solchen Umgang mit Mitarbeitern erlebt hätten. Am Ende des Tages schrieb Herr Eichelmann Ihnen, dass er keine Basis mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sehe, er würde aber nach seinem Urlaub dann auf Sie noch mal gesondert zukommen. Bis dahin sollen Sie - - Ich glaube, da war irgendwas dann Mitte, Ende März. Können Sie sich an diesen Mailwechsel mit Herrn Eichelmann erinnern?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, an den kann ich mich erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie lief Ihre Zusammenarbeit mit Herrn Eichelmann bis zum damaligen Zeitpunkt, und können Sie uns darlegen, weshalb Herr Eichelmanns Verhalten von Ihnen mit so derart doch scharfen Worten erwidert wurde?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, die Zusammenarbeit mit dem Herrn - - Also, Herr Eichelmann hat mich nie zu irgendwelchen Themen gefragt oder Ähnliches, sondern - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, und dann ging es ja um steuerliche Beurteilung, Sie wollten was tun.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es ging immer nur - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da wurde in einer E-Mail gesagt: Das ist nicht unsere Aufgabe.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es ging immer hier - auch in diesem Fall ging es darum - um das Wichtigste, nämlich die Rechnungen. Es war so, dass er uns Rechnungen zukommen hat lassen, für den Aufsichtsrat und für die Gremientätigkeit und Reisekosten. Diese Reisekosten waren noch nicht bei mir angekommen, weil sie immer an den CFO gerichtet werden. Dann kamen sie nicht zu uns runter, und wir haben die Rechnungen nicht bezahlt, und andere Rechnungen waren

dann auch noch falsch, also buchhalterisch falsch, gestellt. Es fehlte ganz einfach der Adressat. Und dann hatte ich ihn gebeten, doch - - Also, dann gab es den Streit darüber, dass ich gesagt habe: Ich hätte gerne den Adressaten auf der Rechnung. - Und dann wurde das gemacht, und dann wurde auch der Adressat ergänzt.

Und dann ging es auch um die Reisekosten. Ich hatte die Belege nicht. Dann habe ich gesagt: Es tut mir leid, dass ich die Belege nicht habe. - Dann hieß es: Doch ich habe sie Ihnen aber geschickt, sogar per Einschreiben. - Dann habe ich gesagt: "Wohin?" - wie so eine Diskussion dann läuft. Auf jeden Fall sagte er mir zum Schluss: Und ich erwarte, dass das Geld bis Freitag da ist. - So. Also, ich glaube, es war Freitag. Ich weiß nicht, welcher Tag es war; man müsste es noch mal überprüfen. So.

Und dann sagte ich: Solange ich da keine Anschrift drauf habe, kann ich es nicht bezahlen, und solange mir die Belege nicht vorliegen, kann ich es auch nicht bezahlen. - So. Die Belege kamen - so schlimm*, wie es immer ist - kurz nach der Mail in mein Büro; sie wurden uns vom CFO unabhängig von der ganzen Kommunikation gerade zeitgleich gegeben. Wir haben die dementsprechend verbucht, und er hat tatsächlich sogar sein Geld bekommen.

Aber es ging eigentlich darin tatsächlich nur um in Anführungszeichen - blödsinnige Abrechnungsthemen. Da hatte ich regelmäßig Diskussionen. Es ging um Kilometerpauschalen fürs Privatfahrzeug usw. Es war immer etwas, es musste immer diskutiert werden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist ja schon meine Zeit ist um - starker Tobak, wenn Herr Eichelmann aus dem Aufsichtsrat dann sagt: Ich sehe keine Basis mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, Sie müssen den Herrn Eichelmann natürlich kennen: Er ist sehr impulsiv, und ich verstehe diese E-Mail auch so. Ich glaube nicht, dass er ein Freund von mir wer-

Nur zur dienstlichen Verwendung

den wird; aber ich glaube, dass er fachlich durchaus kompetent ist, und ich glaube, dass das aber auch so ein bisschen das Polternde von ihm ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann, wer möchte? - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr von Erffa, Sie sind seit 2005 bei Wirecard. Jetzt haben wir seit letztem Jahr diesen Skandal, und Sie hatten auch genug Zeit, um zu reflektieren und auch mal die Sachen für sich vielleicht zu ordnen. Sie haben eben erwähnt, dass vieles nicht über Ihren Tisch gegangen sei. Wer ist denn aus Ihrer Sicht verantwortlich für diesen kriminellen Bilanzbetrug?

Zeuge Stephan von Erffa: Es ist eine schwierige Frage. Also, natürlich die Täter erst mal, wer auch immer das jetzt tatsächlich ist. Ansonsten glaube ich, dass sehr viele Leute zumindest - also, ich möchte mich da auch nicht rausziehen - eine gewisse Verantwortung durchaus zu tragen haben. Jeder von uns muss reflektieren: Wann hat er was wo falsch gemacht, und wo war man vielleicht zu gutgläubig? Rein vom Prozessualen, glaube ich, - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also gutgläubig gegenüber wem?

Zeuge Stephan von Erffa: Wie bitte?

Cansel Kiziltepe (SPD): Gutgläubig gegenüber wem?

Zeuge Stephan von Erffa: Na ja, wenn man jetzt sieht, dass das ganze TPA kein Geschäft ist, dann hätte man vielleicht da - - Bei den Kundenbeziehungen muss man jetzt tatsächlich fragen: Hätte ich an irgendeiner Stelle tiefer einsteigen müssen in das Thema? Hätte man irgendwo noch mal hartnäckiger nach irgendwelchen Belegen oder nach anderen Belegen fragen müssen oder Ähnliches?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das wissen wir auch. Aber können Sie den oder die Täter benennen, aus Ihrer Sicht? Zeuge Stephan von Erffa: Ich selbst* - - Also, heute heißt es ja in allen Zeitungen: Herr Marsalek war es. - Wenn ich mich festlegen würde, würde ich es auch sagen. Aber, ehrlich gesagt: Ich habe keinen einzigen wirklichen Beweis, wo ich schwarz auf weiß habe, dass Herr Marsalek tatsächlich der Täter ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. Aber ich meine, im Jahr 2016 erhebt ein Mitarbeiter von EY Indien schwere Vorwürfe gegen den Vorstand, hier spielt auch der Fonds EMIF natürlich eine Rolle, und EMIF wird als Vehikel des Senior Managements benannt. Sie kennen diese Diskussionen, richtig?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Auch Ihr Name fällt in diesem Zusammenhang, und es werden hier Bestechungsvorwürfe gemacht. Was können Sie uns zu diesen Vorkommnissen sagen?

Zeuge Stephan von Erffa: Das stimmt, also ich wurde von den forensischen Prüfern von EY interviewt. Und am Schluss kamen sie damit, dass es einen Whistleblower gäbe. Ich hatte daraufhin gebeten, dass sie mir das Whistleblower-Papier zur Verfügung stellen sollten, was sie aus Datenschutzgründen nicht konnten oder nur in Auszügen. Wenn ich das jetzt lese, diese Auszüge, ist es so, dass das erst der Vorwurf ist, und beim zweiten Mal, als man den Whistleblower befragt hat, hatte sich das Ganze revidiert; er redete immer nur von Management aus Aschheim oder aus München und hat dann meinen Namen dazugedichtet.

Also ist es so, dass ich in diese gesamte M & A-Transaktion Indien - so wie jede andere auch, auch China oder Ähnliches - in keinster Weise eingebunden bin*. Also, das ist* in einer ganz anderen Abteilung. Ich kriege es* dann am Schluss - wenn der Deal perfekt ist*, kriege ich* die Closing-Dokumente, um sie dann bei uns zu konsolidieren -, im Vorfeld nicht. Das können alle juristischen und wirtschaftlichen Berater, die Abteilung usw. bestätigen, sodass das tatsächlich eher fast schon amüsant war. Aber es hat mir natürlich damals den Aha-Effekt gegeben, weil

Nur zur dienstlichen Verwendung

ich dann wusste, warum die Anfragen von EY, wenn ich gesagt habe: "Das ist irgendwie sehr schwierig zu bekommen", immer interessanter wurden. Das lag daran, dass - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber warum wurde dann Ihr Name genannt?

Zeuge Stephan von Erffa: Weil ich der Ansprechpartner für buchhalterische Themen in Indien war, also nicht "in Indien", sondern für die indischen Mitarbeiter am Standort München als Zuständiger für die Teilkonzerne, was Rechnungslegung angeht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also Sie hatten nichts mit den Bestechungsvorwürfen zu tun.

Zeuge Stephan von Erffa: Überhaupt nicht, nein. Also, das ist - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben gesagt, EY FIS hat Sie interviewt. Wurden auch Ihre E-Mails durchsucht?

Zeuge Stephan von Erffa: Die E-Mails wurden nicht durchsucht, aber es wurden halt sämtliche Belege der Buchhaltung durchforstet, also forensisch untersucht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wer steckt eigentlich hinter EMIF 1A?

Zeuge Stephan von Erffa: Das weiß ich nicht, aber KPMG müsste es wissen. Deswegen fand ich das eigentlich - - Also, KPMG war ja der Berater für den EMIF-Fonds. Ich weiß es nicht. Ich hatte da genauso viele Informationen oder wahrscheinlich noch weniger, als wir heute haben, nämlich damals hatte ich die Kaufdokumente, die Closing-Dokumente und auch natürlich die Due-Diligence-Berichte.

Cansel Kiziltepe (SPD): Im Ergebnis wurde ja das Team in Indien ausgetauscht, und dann ging es munter weiter wie bisher. Haben Sie sich nicht gewundert? Erst kommen diese Vorwürfe. Hat EY aus Ihrer Sicht richtig geprüft, also in der Frage EMIF und dieser Vorwürfe von EY Indien? Zeuge Stephan von Erffa: Also, richtig im Sinne der Wirtschaftsprüfungsordnung: kann ich nicht beurteilen. Richtig im Sinne von mir als außenstehendem Beobachter: Sie waren sehr intensiv, und insbesondere Indien war mehr als intensiv.

Cansel Kiziltepe (SPD): Glauben Sie eigentlich, dass die Wirtschaftsprüfer von EY von diesem Bilanzbetrug wussten?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, sicher nicht. Also, so wie ich sie einschätze, waren das wirklich typische Wirtschaftsprüfer, die sehr genau wissen, was sie tun und was sie dürfen und was sie nicht dürfen. Also, es war auch keine Zusammenarbeit in der Art und Weise. Im Gegenteil: Also, man hat ja versucht - - Oder was heißt: "man hat versucht"? EY* hat ja auch keine Beratungsaufträge oder* nur sehr* geringe* Beratungsaufträge von uns erteilt bekommen*.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wie noch mal bitte?

Zeuge Stephan von Erffa: Wie bitte?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ihr letzter Satz noch mal.

Zeuge Stephan von Erffa: EY hat ja von uns* - - Also, es gab ja keine Zusammenarbeit in irgendeiner anderen Form außer der Wirtschaftsprüfung, also Beratungen hatten sie ja keine. Es gab solche Grenzbereiche, nämlich* die IT-Prüfung zum Beispiel*. Das ist ein genehmigungsfähiger Bereich, wenn man zum Beispiel eine sogenannte ISAE-Prüfung macht. Das bedeutet, man prüft die Technik auf die nötigen Sicherheitsvorkehrungen oder auf die nötige Prozessintegrität. Solche Sachen macht der Prüfer im Jahresabschluss sowieso. Wenn man aber diese Zertifizierung braucht, ist das ein bisschen mehr Aufwand. Das kostet dann 20, 30*- -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Herr von Erffa, haben Sie gerade gesagt, es gab für EY keine Beraterverträge?

Zeuge Stephan von Erffa: Bis auf diese Ausnahmen, wie ich jetzt dann sagte. Also, es gibt diese - - Also, nein, Beraterverträge in dem Sinne

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht, sondern sie haben Prüfungen durchgeführt*, zum Beispiel für* die ISAE-Prüfungen.
- Doch, sie hatten eine* Beratung im Bereich Geldwäsche, in der Bank allerdings, nicht im Konz- - also nicht von der AG aus. Und sonst hatten sie keine, durften sie auch* - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, mir sind da im Zeitverlauf eher andere Entwicklungen -

Zeuge Stephan von Erffa: Okay. Welche?

Cansel Kiziltepe (SPD): - sehr, sehr auffällig, seit 2015 etwa, dass das Verhältnis sich da so ein bisschen verschiebt zwischen Prüfung und Beratung.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und Sie schreiben auch - Können Sie mir vielleicht sagen, was eigentlich die "Grenze des Erlaubten" ist?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, die "Grenze des Erlaubten": Es gibt einen Katalog in der Abschlussprüfungsverordnung*, der* die Grenzen als Beispiele aufzeigt*. Also, immer dann, wenn es gestaltend ist, dürfen Sie es nicht machten. Und wenn es prüfend ist, also wenn Sie - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie schreiben in einer E-Mail:

Um sicherzustellen, dass wir nicht über die Grenze des Erlaubten überschreiten [sic!], muss sehr deutlich sein, dass jeder Auftrag nur ein Approval bis zum genannten Maximalwert hat. (?)

Also. Sie tauschen sich - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ach so, okay, das meinen Sie. - Es gibt eine Grenze von der EU, dann umgesetzt in deutsches Recht, die eine Maximalsumme vorschreibt für solche Projekte, die nicht Abschlussprüfungen sind.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also Beratung?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja,* Beratung ist es* nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Man kann es auch "Projekt" nennen. Wirecard hat alles "Projekt" genannt: "Project Panther", "Project Ring".

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es ist aber* zum Beispiel Beratung, was ich eben als Beispiel nannte: die Prüfung der IT im Sinne von ISAE 3402 zum Beispiel. Das ist jetzt -

Cansel Kiziltepe (SPD): Gab es jetzt nur IT-Prüfungen?

Zeuge Stephan von Erffa: - Beratung nicht im Sinne von Stunden, sondern die prüfen diese Technik durch. Das zählt aber als diese* Nichtabschlussprüfungsleistung.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie sprechen jetzt von dieser IT-Prüfung. Gab es noch andere Beratungsverträge?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gibt - - Oder zum Beispiel auch die DPR-Prüfungen* haben sie begleitet, von der Wirtschaftsprüferseite*. Das ist auch* was, was man jetzt* genehmigen lassen muss durch den Aufsichtsrat und auch dann entsprechend als Beratung im Geschäftsbericht auftaucht. Also, wir haben es ja im Geschäftsbericht ausgewiesen, die Summen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie schreiben dann 2017 in einer Mail an Herrn Ley und an Herrn Loetscher:

> Ich darf Ihnen heute zu Ihrer und meiner Freude wieder einmal einen Stapel Pre-Approvals zusenden. (?)

Also Vorberatungsverträge.

Zeuge Stephan von Erffa: Vorgenehmigungen, genau.* Also, bevor ein - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Einen Stapel Beratungsverträge oder - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das ist* nicht nur EY Deutschland, sondern diese Pre-Approvals haben wir gemacht für alles, was EY war. Das bedeutet, da sind - - Und wenn es ein 2 000-Euro-Auftrag war für ein Umsatzsteuerthema in, weiß ich nicht, Singapur oder in Südafrika, dann war das auch ein Sachverhalt, der vorab zu genehmigen ist, bevor EY überhaupt anfangen darf. Also, ich kann Ihnen sicherlich, wenn Sie das wollen, diese Pre-Approvals von damals zukommen lassen. Es sind immer - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Die habe ich sogar schon, und daraus ergibt sich ja meine Frage.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und aus unseren Recherchen heraus und Aufstellungen heraus wird hier deutlich, dass zum Beispiel diese - wie hieß das noch mal, diese kritische Grenze, diese EU-Rechts-Grenze - -

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, diese Abschlussprüferverordnung, die eine Grenze bei* - - Ich weiß es nicht mehr; die monetäre Grenze kann ich Ihnen nicht nennen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Hier, Moment: "die Grenze des Erlaubten", genau. Die Grenze des Erlaubten, ist sie überschritten, wenn die Beratung fast das Doppelte als die Prüfung an Euro beträgt?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das - - Nein, es darf nur, ich weiß es nicht, -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, wir haben das mal berechnet - -

Zeuge Stephan von Erffa: - 30* Prozent der durchschnittlichen Prüfungsleistung der letzten drei Jahre oder irgend so was sein, heißt es im Gesetz.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also müssen diese Beratungsverträge deutlich kleiner -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): - vom Volumen her sein als die Prüfungsbeträge. Richtig?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): So. Und nach dieser Aufstellung von Ihnen - Stapel Beraterverträge - kommen wir auf eine Zahl für 2020 mit 2,7 Millionen Beratung und 1,6 Millionen Prüfung.

Zeuge Stephan von Erffa: Für 2020?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, also -

Zeuge Stephan von Erffa: Das muss ein Fehler sein.

Cansel Kiziltepe (SPD): - aus einer Rechnung, ja, was alles aufsummiert natürlich.

Zeuge Stephan von Erffa: Von wann ist denn dies- -

Cansel Kiziltepe (SPD): Und da ist, glaube ich, die Grenze des Erlaubten - -

Zeuge Stephan von Erffa: Aber die E-Mail, die Sie zitieren, ist ja nicht 2020.

Cansel Kiziltepe (SPD): Nee, die ist 2017. Aber wir haben ja noch diverse andere E-Mails, die ich jetzt aufgrund der Zeit -

Zeuge Stephan von Erffa: Ach so, okay.

Cansel Kiziltepe (SPD): - nicht vortragen konnte, aber vielleicht in der nächsten Runde.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, leiten Sie die gerne zu, dann kann ich auch prüfen, inwiefern wir da Ihnen schriftlich was geben können, weil im Moment würde ich sagen, das ist ein Fehler.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, worauf ich hinauswill, ist ja, ob vielleicht die Abhängigkeiten hier, im Falle von EY und Wirecard, so engmaschig waren, dass immer, wenn es zu Krisen kam, solche Beraterverträge angeboten wurden, um alles so ein bisschen zu schlichten, sage ich mal.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich hätte jetzt tatsächlich gesagt - - Also, weil Sie sagen: 2,7 - - Ich hätte 2020 wahrscheinlich auf Anhieb überhaupt gar kein einziges Projekt, außer eine technische Prüfung, zusammengekriegt. Deswegen wundert mich die Zahl. Aber ich möchte das nicht in Abrede stellen. Das gucke ich mir gerne noch mal an. Also, ich glaube nicht, dass das - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist die Rechnung aus 2019, die 2020 rausgegangen ist, genau.

Zeuge Stephan von Erffa: Aber das ist dann Prüfung.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber in der nächsten Runde; meine Zeit ist jetzt vorbei. - Danke erst mal bis hierher.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und als Nächstes hat dann Dr. Toncar für die FDP-Fraktion das Fragerecht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr von Erffa, können Sie beziffern oder gegebenenfalls schätzen, wie hoch das Gesamthonorar von EY für die Abschlussprüfung der Abschlüsse 2018, sagen wir mal, und die Prüftätigkeit für 2019 war? Was haben die für einen normalen Jahresabschluss so in den letzten Jahren bekommen?

Zeuge Stephan von Erffa: In den letzten Jahren ist das stark angestiegen, die Prüfungen. Ich würde es zwischen 2 und 3 Millionen jetzt schätzen. Es waren so um die 25 000 Stunden. Ich müsste es jetzt - - schätze ich, dass das so 25 000 Prüferstunden sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): 25 000 Stunden, 2 bis 3 Millionen war so in den letzten Jahren - - Größenordnung reicht mir.

Zeuge Stephan von Erffa: Genau. Also, in den letzten Jahren wurde ja stetig mehr verlangt, als ursprünglich veranschlagt, weil die Sonderprüfungen das immer gesprengt haben. Und es ist ja nicht so, dass man einen Fixpreis hat, sondern der Wirtschaftsprüfer rechnet ja immer auf Stunden ab, die dann tatsächlich anfallen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie, was "Project Ring" gekostet hat insgesamt, also die forensische EY-Untersuchung zu Indien?

Zeuge Stephan von Erffa: Das müsste ich jetzt ins Blaue raten, aber ich denke, auch knapp unter 1 Mio., würde ich jetzt schätzen. Aber das ist jetzt ins Blaue hinein geraten.

Dr. Florian Toncar (FDP): 1 Million.

Zeuge Stephan von Erffa: Unter. Also, ich würde sagen - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Unter.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hätte jetzt so "800 000" gesagt; aber das ist jetzt eher aus dem Gefühl als fundiert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Von wann bis wann lief das noch mal, "Project Ring", die Untersuchung?

Zeuge Stephan von Erffa: Die war im Abschluss 2018, glaube ich. Also, die lief - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. - Ich habe hier - das kriegen Sie gleich vorgelegt; aber ich will es einfach noch mal für die Zuhörer sagen - eine Rechnung von EY an Wirecard, Herrn Jan Marsalek, Leistungszeitraum 11.12.2017 bis 11.04.2018, also vier Monate um den Jahreswechsel 17 auf 18, "Project Ring", Honorare insgesamt brutto mit Umsatzsteuer: 17 198,09 Euro, für vier Monate 17 000 Euro. Da ist auch eine Stundenaufzählung dabei, die das belegt. Da sind von Dezember bis April 42 Stunden abgerechnet worden.

Ich gebe es Ihnen mal, damit Sie es nicht jetzt sozusagen ins Blaue hinein noch mal kommentieren müssen. Aber vielleicht könnten Sie es uns mal einordnen, was das mit der Rechnung auf sich hat und ob es da vielleicht noch viel, viel mehr oder weitere gab.

> (Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Das kann nicht sein. Also, es klingt für mich nicht realistisch. Ich hätte das wesentlich höher eingeschätzt. Das können die auch nicht in sieben - - Also, es kann sein, dass sie das in die Jahresabschlussprüfung reingesetzt haben, aber - - Ich kann versuchen, auch wenn ich nur sehr begrenzten Zugriff auf Informationen habe, dem noch mal nachzugehen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sehr gern, sehr gern, weil, sagen wir mal, weshalb ich das ja frage, ist: 42 Stunden für eine forensische Untersuchung, da fragt man sich ja, ob das eigentlich eine ernsthafte Untersuchung gewesen ist.

Zeuge Stephan von Erffa: Die waren ja auch mehrfach in Indien. Da kommt man noch nicht mal für 42 Stunden hin und her, so ungefähr.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, die fahren ja immer zu mehrt. Ich glaube, dass das - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Wenn Sie die Möglichkeit haben, das sozusagen noch aufzuklären im Nachgang, dann wären wir dankbar.

Zeuge Stephan von Erffa: Das schreibe ich mir mal auf. Wo schreibe ich es hin?

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben dargestellt, dass Sie mehr mit dem TPA-Geschäft, aber weniger mit MCA zu tun hatten. Wer war denn verantwortlich für das Thema strategische Kreditvergabe, und was war Ihre Rolle dabei?

Zeuge Stephan von Erffa: Meine Rolle war immer die Verbuchung sämtlicher Sachverhalte. Aber ich war nie in der - - Also, für die Vergabe der Kredite war ich jetzt nicht verantwortlich. Das war immer entweder beim Vorstand direkt oder eben bei den entsprechenden Fachabteilungen, aber strategisch - - Also, MCA ist ja dann noch mal ein bisschen was anderes wie diese strategischen - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Wer hat denn das entschieden? In wessen Händen lag das? Vorstand.

Und dann sozusagen in welcher Abteilung unter dem Vorstand ist das gemacht worden?

Zeuge Stephan von Erffa: Die meisten kamen vom Herrn Marsalek direkt selbst. Also, wir müssen jetzt unterscheiden: Strategische Kredite waren bei uns in der Wirecard Kredite an die - - sowohl von der Bank als auch von anderen Gesellschaften. Das war jetzt nicht unbedingt im Zusammenhang mit MCA. Und dann gab es auch noch diese MC- -

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, genau, ich habe die drei Bereiche ja auch sozusagen bewusst auseinandergehalten.

Zeuge Stephan von Erffa: Genau. Und die meisten Sachverhalte waren tatsächlich also in der Bank. Da waren es dann meistens, glaube ich, so wie ich es gehört habe, Herr Marsalek - - Da war ich in keinster Weise involviert, weil es halt Bank war und da der Bankvorstand für zuständig war. Ich habe es dann über den Jahresabschluss nur natürlich in den Bilanzen gehabt, diese Geschichten um Ocap herum, die es dann noch mal gab. Das kam auch direkt - - Marsalek mit seinen Kollegen, die darüber gesprochen haben, verantwortlicher Bereichsvorstand Marsalek, der das dann im Vorstand vorgestellt hat, soweit ich weiß, es dort genehmigt bekommen hat. Also, das weiß ich, dass es genehmigt worden ist und dann auch entsprechend umgesetzt wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und bei Ihnen kam dann der Vorstandsbeschluss, der ja meistens vor der Kreditvergabe erfolgte, und dann kam: "Bitte auszahlen!", oder was war der Ablauf?

Zeuge Stephan von Erffa: Na ja, das Auszahlen macht dann das Treasury wiederum. Aber es gab Verträge, wo ich gebeten worden bin, die zu unterschreiben, nachdem die Vorstandsfreigaben da waren, die dann auch unterschrieben worden sind. Aber die Auszahlung selbst lief dann wieder über das Treasury.

Dr. Florian Toncar (FDP): Warum unterschreibt dann der Head of Accounting Kreditverträge?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Weil, na ja, nicht die Kreditvert- - Ja, doch, es sind Kreditverträge, also diese MCA-Verträge. Das liegt einfach - - Ich war Prokurist, und damit hatte ich öfter Sachverhalte, die jetzt abteilungsfremd waren, unterschrieben, wenn der Vorstand aus rein technischen Gründen zum Beispiel nicht greifbar war.

Dr. Florian Toncar (FDP): Klingt aber doch ein bisschen nach "stellvertretender CFO", oder nicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, es war jetzt -Nein, nein, also, die Entscheidungsgewalt hatte
ich nicht. Ich war Prokurist wie vier andere
Leute - - drei andere: die Leiterin der Rechtsabteilung oder der Leiter des Treasurys, der*
auch Prokurist* war*. Wir hatten die
Unterschriftsberechtigung nach außen hin, aber
nicht nach innen hin. Also, das bedeutet: Sobald
die Freigaben vom Vorstand da sind, konnten wir
Verträge im Sinne des Vorstands unterschreiben.
Nach innen hin wäre mir natürlich die
Verantwortung in keinster Weise gewährt
worden, solche Kreditverträge zu genehmigen
oder überhaupt zu diskutieren.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Bevor ich Herrn von Erffa befrage, werde ich gleich einfach eine Frage von Herrn Gottschalk beantworten, die Sie vorhin an Herrn Erffa gestellt haben - vielleicht weil Sie sich geärgert haben, dass ich nach Verwandtschaftsverhältnissen gefragt habe; aber für die kann man ja selber nichts -, warum Herr Braun mich eingeladen hat nach Aschheim: weil ich ihm einen vierseitigen Fragenkatalog zu Geldwäschevorwürfen geschickt habe, und zwar weit vor dem Wirecard-Skandal. Und das ist auch bekannt. Das ist nämlich auf Twitter veröffentlicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist das so in den Unterlagen, und ich finde das gut, weil -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, sehr gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - es geht ja um Herrn Braun und seine Kritiker.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es gab nämlich Leute, die haben schon vor dem Skandal die Hausaufgaben gemacht. - So, und jetzt kommen wir zu Herrn von Erffa.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Falls genommen, läuft auch da die Zeit natürlich erst ab jetzt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr von Erffa, bei Ihnen steht ja im Raum, dass Sie sich geweigert hätten, während Untersuchungshandlungen von EY E-Mails zu offenbaren. Können Sie dazu ausführen, was Sie daran gehindert hat, diese E-Mails zu offenbaren?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe mich nicht geweigert, die E-Mails herauszugeben*. Es ging nur darum, dass ich diesen Vorwurf für so abwegig hielt, dass ich mit dem Vorstand - - den Vorstand gefragt habe, ob sie das jetzt wirklich wollen oder nicht. Und ich habe gesagt, dass ja mein E-Mail-Durchforsten - - Nur, dazu kommt, dass sie nichts gefunden haben, was mich - - Und ich wollte eigentlich einen "Freispruch" - in Anführungszeichen - dadurch erreichen, dass sie einfach Interviews führen mit der M & A-Abteilung, mit den Beratern, die dieses M & A-Projekt mitbegleitet haben, um einfach zu fragen, wie oft sie denn ein Involvement von mir dort drin gesehen haben. Dann hätten sie die klare Antwort bekommen. dass es kein Involvement gibt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber hätten die E-Mails nicht dazu beitragen können, gewisse Vorwürfe vielleicht zu entkräften?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, Sie - -

Zeuge Stephan von Erffa: E-Mails können niemals beitragen, dass die Vorwürfe entkräftet werden, sondern E-Mails können nur - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das wäre ja "belasten".

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, die werden ja nicht finden - - Da wird ja keine E-Mail drinstehen, wo drinsteht: "Ich bin nicht korrupt", sondern es steht immer nur: Wenn es was gäbe, gäbe es vielleicht was Belastendes - was es nicht gibt. Die E-Mails liegen der Staatsanwaltschaft - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, und wie ist denn dann im weiteren Fortgang verfahren worden?

Zeuge Stephan von Erffa: Der Vorstand wollte - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Herr Marsalek hat gesagt: "Kommt nicht in die Tüte!", und EY hat gesagt: "Super, danke!", oder wie darf ich das zusammenfassen?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe das mit dem Vorstand diskutiert, habe dem Vorstand gesagt: Ihr kriegt meine E-Mails; aber ihr entscheidet das. - Es gibt nur auch vielleicht E-Mails, wo ich sage - - wo ich vielleicht schreibe, dass der Wirtschaftsprüfer mich jetzt gerade geärgert hat oder Ähnliches, was dann zu schlechter Stimmung führt. Sie sollen das entscheiden, und sie haben gesagt, ja, sie reden mit den Prüfern. Und daraufhin habe ich dann auch nichts groß mehr gehört. Da gab es zwei, drei E-Mails zu dem Thema, und dann - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das heißt, EY hat nicht insistiert, sondern dann war klar: Schlechte Stimmung will keiner, und dann ist gut.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte dann noch mal nachgefragt, weil mich EY noch mal angesprochen hat auf das Thema, ob sie denn kommuniziert hätten mit EY, also ob der Vorstand mit EY kommuniziert hätte. Und daraufhin wurde dann von Herrn Ley und Herrn Marsalek gesagt, dass sie das jetzt tun würden, und dann habe ich tatsächlich nichts gehört, wie es dann mit - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, vielen Dank.

Zeuge Stephan von Erffa: War ich nicht mehr involviert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Kennen Sie die Firma First Line Consultance Limited mit Sitz in Hongkong - manchmal wird sie auch Mauritius zugeordnet -, und haben Sie sich 2013 mit Herrn Bellenhaus über diese Firma unterhalten oder in einem anderen Jahr?

Zeuge Stephan von Erffa: First Line Consulting sagt mir was. Das ist eine Firma, die in unserer Buchhaltung auftaucht. Den Zusammenhang, wo sie auftaucht, weiß ich nicht. Und ob ich mich mit Herrn Bellenhaus darüber unterhalten habe, das weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, ich komme noch mal später darauf zurück. - Zu EMIF und den ganzen Transaktionen in Indien: Haben Sie sich da nie kritische Fragen gestellt, warum innerhalb so kurzer Zeit es zu solchen Kaufpreisen kommt, also von 50 auf einmal auf 350 Millionen? Man guckt sich ja Earn-out-Ratios und Ähnliches an. Also, wie fanden Sie das?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir hatten uns das natürlich angeschaut, auch im Zuge der Prüfung, also nicht dieses "von 50 auf 350", sondern ob die 350 gerechtfertigt ist. Wir hatten dazu verschiedene Unterlagen und verschiedene Studien und auch verschiedene Käufe in Indien. Also, nicht wir; ich habe es nur bekommen als Information von der M & A-Abteilung. Und diese Information der M & A-Abteilung, die öffentlich zugänglichen Tabellen, mit dem Businessplan, den wir hatten, machte einen durchaus plausiblen Eindruck für den Kaufpreis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Von wem stammten denn diese Unterlagen, die Sie da hatten?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, stammen tun sie - - Vom Herrn Helms hatte ich sie zugeleitet bekommen. Und stammen tun sie aus öffentlich zugänglichen - also, ich habe sie selbst nicht überprüft - - aber aus öffentlich zugänglichen Tabellen. Die wurden auch - - Es war auch eine Frage übrigens aus der Prüfung von der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung. Die hatten

Nur zur dienstlichen Verwendung

auch genau dieses angefragt und KPMG natürlich auch.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass die Deutsche Prüfstelle Rechnungslegung Wirecard danach gefragt hat, wie man denn argumentieren könne, dass man Betrugsvorwürfen nicht nachgehrt, dass sie nach Argumenten bei Ihnen angefragt haben?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist Ihnen nicht bekannt. - Und war es üblich, dass man hier so in umfangreichen Track Changes - - EY also auch Beratungsleistungen hinsichtlich der Beantwortung von Anfragen von DPR erbringt, also sehr umfangreich hier eingegriffen hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das ist tatsächlich, also soweit ich weiß, üblich; zumindest war es für uns üblich. Also, das ist auch eins von den Themen, zu denen ich vorhin befragt worden bin. Es gibt auch einen Auftrag - das sind immer so 20 000 Euro oder so was - für eine DPR-Prüfung, für die Begleitung, und dazu gehört eben auch das Durchschauen der Schreiben an die DPR.*

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, meine Zeit ist schon wieder um, auch weil ich ja noch selber hier Fragen beantworten musste.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auch das ist unzutreffend, weil wir haben die Zeit erst in Gang gesetzt, als dieser Fragenkomplex abgehandelt war. Bleiben wir bei der Wahrheit. - Und als Nächstes Kollege Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich habe noch mal ein paar buchhalterische Fragen, und ich glaube, dass Sie als jetzt - wir gehen nicht in die Details - - Aber ich habe jetzt die Hoffnung, dass Sie als Chief Accountant das beantworten können.

Was mich jetzt, ehrlich gesagt, wundert, ist, dass ja Wirecard auf der Bilanz immer sehr hohe Liquiditätsbestände ausgewiesen hat und trotzdem zunehmend Kredite aufgenommen hat. Das muss doch bei Ihnen Fragen aufgeworfen haben. Wie lässt sich das beantworten, oder wie lässt sich das plausibilisieren, dieser Umstand?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das stimmt, wir hatten relativ viel Liquidität. Aber wir waren natürlich auch im Bereich der Finanzdienstleistungen tätig, sodass wir auch Liquidität brauchten. Das war in gewisser Weise unser Working Capital auch. Das bedeutet: Wie ein Kleidungsverkäufer für sehr viel Geld Kleidung kauft und deswegen wenig Geld und viel Vorrat hat, war für uns das Geld ein Mittel. Wir wissen, dass wir in dem TPA-Bereich sehr viel gebunden hatten als Cash-Sicherheit. Und auf der anderen Seite gab es natürlich dann tatsächlich die Schulden, die aber auch verstärkt oder eigentlich fast ausschließlich oder ausschließlich für M & A-Projekte hergegeben worden sind, weil man gesagt hat: Die M & A-Projekte möchte ich aus dem externen Cashflow und die operativen Themen aus dem internen Cashflow stemmen. Das war also die Diskussion. Aber es stimmt: Diese Diskussion kam oft auch von den Analysten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Borgwerth und Frau Rinker und andere Experten, die wir auch hier hatten, haben uns das immer in so dieser Metapher beschrieben: "Wir haben es hier mit Autos zu tun, die in einen Tunnel fahren, aber dann nie wieder herauskommen", was die auch gewundert hat. Das hat Sie, dieser Umstand, offenbar nicht gewundert.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, es hat mich - Ich wusste ja - dachte, zu wissen, wo das Geld ist, nämlich eben auf diesen Treuhandkonten. Und das war ja schlussendlich das, was man am Ende auch ein bisschen machen wollte: dass man sehr viele externe Geldgeber bekommt, die in diese Working-Capital-Finanzierung hineingehen, nämlich zum Beispiel das Merchant Cash Advance machen. Das waren diese Verbriefungsstrukturen, die zum Schluss auch angedacht waren, um eben externe Geldgeber reinzuholen, weil das natürlich tatsächlich nicht auf Dauer skaliert.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stichwort Treuhandkonten: Wenn man in die

Nur zur dienstlichen Verwendung

Jahresabschlüsse, wenn man in den Geschäftsbericht schaut, dann gibt es keine Angaben darüber, wie Treuhandkonten verbucht wurden. Wer hat das denn entschieden, dass das nichts im - -

Zeuge Stephan von Erffa: Es gibt eine Angabe zu dem Treuhandkonto im Geschäftsbericht, wo drinsteht, wer - - also wann ein Treuhandkonto wie zu verbuchen ist. Aber wer das entschieden hat: Also, schlussendlich haben wir genau zu dem Thema verschiedene Gutachten eingeholt, um das noch mal zu klären.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von EY? Nein.

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nee, jetzt zum Beispiel von Professor Lüdenbach und, ich weiß nicht, ein Professor - - Ich kriege sie nicht zusammen; zwei, glaube ich, zwei Gutachten, die wir eingeholt haben, die das noch mal für uns klären sollten. Aber sonst haben wir natürlich auch solche Sachen vorab durch die Wirtschaftsprüfer, durch die Accounting Policy geklärt und entsprechend dann auch verbucht. Aber es gibt eine Angabe im Geschäftsbericht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es finden ja regelmäßig auch Gespräche statt, wo sich über Wertminderungen bei immateriellen Assets unterhalten wird, also Goodwill, Firmenkunden, Firmenkontakte etc. Waren Sie bei diesen Gesprächen involviert? Müssten Sie ja in Ihrer Funktion.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß nicht genau, auf welche Gespräche Sie rausgehen. Also, natürlich ist in jedem Geschäftsabschluss ein Impairment-Test durchzuführen. Das bedeutet: Jedes Jahr einmal, am Ende des Jahres bzw. zum Ende des Jahres, wird der Goodwill überprüft durch den sogenannten Impairment-Test, genauso wie die Kundenbeziehungen - - werden auch überprüft. Und entsprechend dem, was da rauskommt, wird entweder ein Impairment durchgeführt oder nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und den Prozess haben Sie begleitet. Zeuge Stephan von Erffa: Also als Verantwortlicher. Ich selber bin in dem Thema - - Also, so weit reicht mein Know-how nicht, um diesen Impairment-Test durchzuführen. Aber jetzt als Übergeordneter habe ich das begleitet, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte Sie noch was anderes fragen, und zwar gibt es eine E-Mail zwischen Herrn Ley und Ihnen vom 10. März 2016. Da geht es um den Zatarra Report, und da schreiben Sie - ich zitiere - an Herrn Ley adressiert:

Was meinst du? Kann es sinnvoll sein, von uns aus eine Stellungnahme ähnlich der Analystenschreiben an den Prüfer zu senden, damit er sich informiert fühlt? (?)*

Und Herr Ley antwortet: "Ja*, gute* Idee" (?)*. -War es bei Ihnen auch Strategie, offensiv mit Vorwürfen gegenüber Wirecard umzugehen und das gegenüber dem Prüfer auch zu thematisieren?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe es immer - da stehe ich auch zu - für wichtig gehalten, dass man offen kommuniziert. Das bedeutet: Wenn es so ein Vorwurf ist, ist das Beste - - Ich meine - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben Zatarra ernst genommen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, selbstver- - Jeden Report, der kam, nimmt man ernst und muss sich mit dem auseinandersetzen, auch wenn es zum Schluss nichts - -

(Fabio De Masi (DIE LINKE): BaFin!)

Also, wenn ein Vorwurf kommt, dann muss man ja entweder sagen: "Oh, ja, das stimmt, da muss ich was korrigieren", oder ich muss sagen: "Das stimmt nicht, und das ist der Fakt. Und jetzt beurteilt selbst." Also, man muss ja eine Erklärung liefern, ob es stimmt oder ob es nicht stimmt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann haben Sie EY gegenüber das geflaggt. Was war die Reaktion?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, die lesen natürlich selber diese Reports. Ich weiß gar nicht, was wir dann geschrieben haben. Das müsste ich dann nachschauen. Aber sie haben in ihrem Jahresabschluss diese dort vorgetragenen Themen als Sonderprüffeld mit aufgenommen und entsprechend durch ihre Prüfungsfelder abgedeckt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie auch sichergestellt, dass das, die Anschuldigungen in Zatarra, durch EY sozusagen durchgeführt wurde.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, das ist nicht mein Thema, das sicherzustellen. Also, das kann ich auch nicht sicherst- - Den Prüfungsrahmen und die Prüfungsvorgaben macht EY selbst. Da kann ich - - werde ich nicht gefragt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das geflaggt, und damit war das für Sie erledigt. Sie haben Ihre Schuldigkeit getan.

Zeuge Stephan von Erffa: Wir informieren EY über kritische und nichtkritische, also über positive und negative, Berichterstattung über die Wirecard und geben entsprechende Detailinformationen hinzu. Und die Beurteilung überlassen wir natürlich EY selbst.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und als Nächstes Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. -Herr von Erffa, Sie waren ja dafür zuständig, auch der Ansprechpartner für Belege zu sein. Und da würde mich mal interessieren: Bei dieser ganzen KPMG-Untersuchung, ist Ihnen da - - oder ist man da an Sie herangetreten, dass es da Probleme gibt bei der Belegbeschaffung?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, nicht dass es Probleme gibt. Wenn man Belege wollte, ist man an uns herangetreten, also buchhalterische Belege, aber nicht KPMG direkt, sondern, wie gesagt, über den Umweg. Einzig der Bereich, den ich direkt mit KPMG geklärt habe, waren diese MCA-Volumen in Brasilien und Türkei insbesondere, die wir dann geliefert - - Aber da gab es jetzt in dem Sinne nicht die Probleme. Von den anderen Problemen hat man es mitgekriegt, weil sich die Prüfung ja jedes Mal verzögert hat; aber jetzt nicht die konkreten Themen, also jetzt, welche. Ich könnte Ihnen jetzt keine Liste geben mit irgendwelchen Belegen, die nicht gegeben sind oder doch gegeben worden sind. Also, das hat man nur von der Außenlinie dann begleitet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als Unternehmen muss man ja ein großes Interesse daran haben, dass solche Vorwürfe, die ja immens sind, dann auch ausgeräumt werden. Und wenn dann in Rede steht, da werden irgendwelche Belege nicht beigebracht, dann müsste man doch an sich, würde ich jetzt vermuten, da auch ja sehr sensibilisiert sein und dann auch dafür Sorge tragen, dass die Belege da landen, wo der sie braucht, der am Ende einen Bericht darüber schreibt. Und das verstehe ich hier nicht so ganz, dass man da nicht mehr, stärker hinterher war, wenn Sie doch in gutem Glauben waren, da ist alles in Ordnung, dass man da nicht versucht, diese hanebüchenen Vorwürfe - so müssten Sie das ja, wenn ich das jetzt mal konsequent weiterdenke, damals empfunden haben - - Da müssen Sie doch Ihren Teil dazu beitragen wollen, das auszuräumen.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wie gesagt, dieser Bereich, wo die Belege fehlten, lief nicht über meinen Tisch. Das bedeutet: Dass da Belege fehlten, kriegte man in der Brisanz nicht mit, sondern man hat nur ab und an gehört, dass sich eben - - Oder was heißt - - Man hat halt mitgekriegt, dass sich die Prüfung verzögert hat, und hat dann nachgefragt, was denn der Grund ist, weil das natürlich Auswirkungen auf meine Prüfung hat, nämlich die von EY. Und dann hieß es: Es sind irgendwelche Belege nicht gebracht worden usw. Aber ich glaube, dass tatsächlich - das war mein subjektiver Eindruck - von oberster Stelle, Braun, Knoop, alle sehr vehement dahinter waren, um alles menschlich Mögliche zu schaffen, um diese Belege zu bekommen. Aber soweit ich das mitbekommen habe, war das ja

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht immer nur - - also Belege, die in unserer Ho- - oder waren es nicht Belege, die in unserer Hoheit sind, sondern eben auch Belege oder Informationen, die in den Unterlagen von Al Alam und den anderen Partnern waren, worauf wir jetzt gar nicht direkten Zugriff haben. Aber da müssen Sie tatsächlich - - Da ist der Herr Bellenhaus sicherlich der bessere Ansprechpartner, weil der eben diese Prüfung in dem Bereich wahrscheinlich viel hautnaher mitbekommen hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als die Treuhandkonten eingerichtet wurden, wissen Sie, von wem da die Initiative ausging, die einzurichten?

Zeuge Stephan von Erffa: Das weiß ich nicht. Ich weiß, dass die Kritik unter anderem auch von den Wirtschaftsprüfern kam, dass diese Forderungspositionen bei den einzelnen TPAs zu hoch sind und dass die Solvenz dieser TPAs diese Forderungshöhe nicht rechtfertigt und dass es nötig ist, wenn man die Werthaltigkeit - - also um die Werthaltigkeit und die Forderung nicht ausfallend werden zu lassen, dass man - - das nicht weiter steigen kann. Und dann wurden die Treuhandmodelle eingeführt. Wir hatten früher öfters gesagt, dass der Vorschlag von EY kommt. Das kann ich allerdings nicht - - Ich habe das noch mal nachgeguckt. Also, das weiß ich nicht. Ich hätte das noch vor einem halben, Dreivierteljahr gesagt, aber nach - - Ich habe es jetzt noch mal nachgeguckt in den Unterlagen. Ich finde nichts, wo irgendein Hinweis dazu kommt. So kann das sein, dass eben tatsächlich nur die Kritik von EY kam und das dann von den Fachabteilungen diskutiert worden ist, also das bedeutet, im Ressort Marsalek diskutiert worden ist, und dann von dort der Vorschlag kam. Das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, habe ich Sie richtig verstanden: Sie sagen, EY hat das damals kritisiert, die Einrichtung der -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - Treuhandkonten.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, nee, nee, nee, EY hat die kritisiert, dass es so hohe Forderungsbestände gibt, und hat gesagt: Es kann nicht weiter so steigen, weil die Solvenz der Gesellschaften das nicht - - da in keinem Verhältnis steht. Daraufhin, wo ja das kam, wurde der Vorschlag gemacht auf jeden Fall - ich kann nicht sagen, von welcher Seite der kam - mit dem Treuhandmodell. Und das wurde sowohl von EY als auch von uns als sinnvolles und gutes Projekt - - guter Prozess gesehen, weil es eben die Solvenz der TPAs außen vor lässt und eben das Geld und die Bestände sichert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und warum hat man sich für diesen Treuhänder entschieden, und warum gab es dann, ich sage mal, diesen Wechsel nach Manila?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, der Wechsel nach Manila, da war ich genauso überrascht wie die Prüfer, warum es dieser ist. Der* sei sehr bekannt in der Branche und würde dieses auch für andere machen und verfügt über gute - - oder ist dann irgendwie Bluepartner von der OCBC usw. Da gab es viele Argumente, wobei ich die jetzt nur im Zuge der Beantwortung von Fragen auch für Behörden eben in Erfahrung gebracht habe. Schlussendlich: Die Auswahl der Partner obliegt dann auch nicht tatsächlich - - Da sind wir als Accountant* außen vor.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie in irgendeiner Weise mal die wirtschaftlichen Parameter des TPA-Geschäfts plausibilisiert? Also, wir haben ja festgestellt im Laufe dieser Arbeit des Untersuchungsausschusses, dass es bei solchen Zahlungsdienstleistungen - - ein sehr margenarmes Geschäft ist, und in dem Zusammenhang mit Wirecard gab es ja extrem hohe Margen. Und wie das zusammengepasst haben kann - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich möchte nicht zu sehr ins Detail gehen, -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Na, machen Sie ruhig. Wir nehmen uns die Zeit.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: - weil ich grundsätzlich - - Die Margen entsprechen dem Kundenportfolio, und hohe Margen - - Also, ich kenne es jetzt auch immer nur vom Hörensagen, weil das ist - ich bin nicht Vertriebler - - Aber es gibt Kunden - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, je dubioser, desto höhere Margen.

Zeuge Stephan von Erffa: Na ja, nicht dubios. Ich glaube nicht so, ich sage mal, also jetzt Erwachsenenunterhaltung usw., wo es einfach aus Reputationsgründen schwieriger ist. Da gibt es weniger Banken, die das machen, und entsprechend sind die Margen höher.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, wenn man da ein bisschen schmutzige Geschäfte annimmt, dann steigen die Margen. Könnte man auch so zusammenfassen.

Zeuge Stephan von Erffa: Mit dem steigenden grundsätzlichen Risiko, aber das geht dann jetzt - - Also, das ist natürlich - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es interessiert uns schon, weil es ist ja ein Hauptpunkt, wo wir uns wundern, wenn ein margenarmes Geschäft auf einmal angeblich so hohe Margen abwirft, wie das dann so zusammenpassen kann und ob da nicht der eine oder andere vielleicht mal doch hätte was merken können auf dem Weg zu so einer Bilanz.

Zeuge Stephan von Erffa: Wenn, wäre es das Controlling gewesen, das die Margen berechnet. Wir verbuchen den Bereich, aber, wie gesagt, wir haben nicht die Fachexpertise im Accounting, um die Details dazu zu liefern. Es war ein Bereich, der regelmäßig vom Aufsichtsrat, vom Vorstand diskutiert worden ist, die den Bereich besser einschätzen können. Also, ich fand da jetzt nichts, was mich - - wo irgendwo die Alarmglocken angegangen sind.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war aus Ihrer Wahrnehmung aber alles im legalen Bereich, was da passiert ist, also was die Partner da an Geschäft betrieben haben, oder ist Ihnen auch mal was aufgefallen, was illegales Geschäft war, im Bereich Glücksspiel, Erwachsenenunterhaltung, wie Sie das genannt haben?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe die Kundenverträge nicht geprüft. Dafür hatten wir eine eigene Abteilung. Also, ich habe keine Kenntnis von illegalen Geschäften.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir haben ja festgestellt, dass Wirecard recht kontinuierlich gewachsen ist, immer ähnlich, 30 Prozent so jährlich. Und gleichzeitig stellen wir fest, dass in den einzelnen Geschäftsbereichen sehr starke Schwankungen stattgefunden haben. War das irgendwann mal Thema bei Ihnen?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir hatten stetig - - Wir sind gewachsen über verschiedene Bereiche, einmal über die Expansion global als auch über die Expansion, was die Produkte angeht, und es gab Schwankungen. Es gab immer regionale Schwankungen, und es gab auch Schwankungen in den Produktbereichen. Das war natürlich Thema eher im Controlling, also nicht für uns im Accounting. Aber es war ein Thema in der Wirecard, dass es da Schwankungen gab, aber jetzt nicht ein Thema im Sinne von irgendwas Dubiosem oder sonst was, sondern nur, dass man dann wieder in einem Bereich sich konzentrieren sollte, um dort Margenverbesserung zu erreichen oder Cross-Cutting oder Ähnliches.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben ja vorhin auch was zum Thema DPR-Prüfung gesagt. Haben Sie die Auffassung, dass die DPR Sie da gründlich geprüft hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Jede der Prüfungen der DPR bildet immer einen Ausschnitt ab, was Prüfungsschwer- oder was ihr Prüfungsgebiet ist. Und in diesem Ausschnitt haben die sehr gründlich geprüft. Das ist keine Vollprüfung im Sinne einer Wirtschaftsprüfung oder Ähnliches, sondern sie greifen sich ein spez- oder nicht einen, sondern drei, vier spezielle Bereiche heraus, eine Bilanzposition oder einen Punkt aus dem Lagebericht oder aus dem Anhang. Und da gucken sie dann sehr dezidiert rein, und das war's.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich will Ihnen mal etwas vorlesen, was innerhalb der BaFin im Mai 2020 geschrieben wurde. Und da ist eine E-Mail von der Frau Roegele, Exekutivdirektorin, an Herrn Hufeld. Das ist MAT A BMF-25.28, Blatt 7. Da heißt es:

... wir haben gestern auf mehrfache Nachfrage von Herrn Prof. Ernst (bislang nur mündlich) erfahren, dass die DPR auf unsere Mitte Februar 2019 beauftragte Prüfung des Halbjahresabschlusses 2018 der Wirecard AG praktisch voraussichtlich seit Juni (?) 2019 inhaltlich nichts mehr gemacht hat.

Und dann, etwas mehr als einen Monat später, schreibt der Staatssekretär Herr Kukies an die Mitarbeiterin Frau Dr. Wimmer - Zitat jetzt; das ist MAT A BMF-24.54, Blatt 10 -:

> Hat DPR eigentlich inzwischen seinen Tiefschlaf beendet und die Arbeit aufgenommen?

Also, so war jetzt die Wahrnehmung im Finanzministerium und bei der BaFin, was die Prüfung der DPR angeht. Können Sie das irgendwie nachvollziehen, oder sagen Sie: "Die haben einen guten Job gemacht bei der DPR"?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir haben tatsächlich im Juni 2019 noch mal sehr viele Seiten hinterher- oder nicht hinterhergeschickt, sondern noch mal Anfragen - - Also, Anfragen kamen davor, und im Juni 2019 haben wir diese beantwortet. Und danach gab es tatsächlich eine lange Zeit, in der wir ab und an die DPR informiert haben, dass jetzt die KPMG-Prüfung losgeht und wo wir gerade stehen. Aber wir hatten tatsächlich keine Anfragen von der DPR mehr bekommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Seit wann? Seit Juni 2019?

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen) Zeuge Stephan von Erffa: 18. Juni 2019 habe ich hier ein letztes Schreiben von uns mit weiteren Details für die Prüfung, und dann gibt es in den Monaten danach - - Ich habe das jetzt hier nicht genau, aber ich schätze, dass das sowohl Telefonnotizen sind als auch kurze Updates per E-Mail sind, dass bis zum Mai 2020 wohl dann wieder eine Anfrage kam.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gab es eigentlich irgendwelche Einladungen zu Festivitäten in irgendeiner Weise, wo EY zugegen war, seitens Wirecard, mal eine Betriebsfeier oder so was?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, so was nicht. Ich glaube, es gab einmal eine - - oder es gab am Ende vom Prüfungszeitraum, dass man dann zusammen abendgegessen hat oder so was. Also, so ein - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Jedes Mal oder - -

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nicht jedes Mal.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nicht jedes Jahr?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nee, in den letzten Jahren gar nicht mehr.*

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nee, letztes Jahr nicht, aber - -

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich meine, in den letzten Jahren gab es das auch nicht mehr.* Das kam eigentlich von den alten Wirtschaftsprüfern, wo wir noch eine sehr kleine Firma waren, und das ist dann - - Ich fand das immer - - Ich fand das nicht - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber es gab jetzt keine rauschenden Partys zwischen Ihnen, -

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - Herrn Marsalek und EY oder - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ich bin nicht der rauschende Partygänger. Nein, also, das gab es überhaupt nicht. Also, es gab mal für eine Zeit - ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

weiß nicht, wann es aufgehört hatte -, dass* man so ein Essen hatte, was man gemeinsam gemacht hat als so ein Abschlussessen. Aber das war kein - - Das war jetzt sehr bodenständig. Das war weder im "Käfer" noch sonst was, sondern im ganz normalen Lokal, ein Italiener oder so, wo die Mahlzeiten auch - - *

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Dann übergebe ich jetzt an den Kollegen Dr. Michelbach.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Herr von Erffa, ich habe ja die Situation, dass Sie als führender Mitarbeiter für uns vielleicht noch mal erhellend erklären können, was zur Wirtschaftsethik, zur Unternehmenskultur bei Wirecard stattgefunden hat. Wir wollen uns ja ein Bild umfassend machen. Sie informieren uns ja; viele andere haben das ja leider nicht gemacht.

Wir haben also einen Bericht der "Süddeutschen Zeitung" vom 19. Januar 2021 gelesen. Und da hieß es, Herr Dr. Braun "habe in der mutmaßlichen Bande bei Wirecard als "Kontroll- und Steuerungsinstanz" fungiert und "ein "hierarchisches System" aufgebaut, das nach dem Prinzip "teile und herrsche" funktioniert habe".

Dazu hat uns der Herr Wexeler, also der Vorstand bei der Bank, Wirecard Bank AG, berichtet, dass er unter Druck gesetzt wurde, als die Vergabe eines Darlehens an die Partnerfirma Al Alam aus Dubai infrage gestellt wurde. Wörtlich - er zitiert uns -: Ich musste in sein Büro, und ich wurde eingeschüchtert.

> ... da musste ich in seinem Büro in Anführungszeichen - "antanzen", und er hat sich dann vor mir aufgebaut; hat sein Sakko angezogen ... hat gesagt: Ich bin Eigentümer, und nur ein Eigentümer kann ablehnen.

Also, können Sie uns mal berichten: Wie war da das Verhältnis zu den Mitarbeitern? War das so unter Druck gestanden, die ganze Führung, oder wie lief das ab? **Zeuge Stephan von Erffa:** Das sind jetzt natürlich Zitate gewesen aus der Ermittlungsakte, und es ist, glaube ich - - Da möchte ich deswegen nichts - - drauf eingehen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Das ist nicht aus der Ermittlungsakte, das ist aus dem Protokoll, was er uns hier verkündet hat, der Herr Wexeler. Das ist aus dem Protokoll des Untersuchungsausschusses, und dazu müssten Sie eigentlich eine Aussage treffen. Das hat mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen null zu tun. Es geht hier um das Protokoll, das Herr Wexeler geführt hat [sic!].

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe es nicht so empfunden. Es gab immer Druck, klar, im Sinne aber von Ziel-Erreichen und nicht im Sinne von irgendwas jetzt durchzusetzen. Also, ein Chef muss einen gewissen Druck ausüben, um etwas zu erreichen. Ich habe es jetzt aber nicht anders erlebt als in anderen Unternehmen, wo es einen starken Chef gibt. Herr Wexeler ist als Bankvorstand - - habe ich es jetzt nicht so erlebt, dass er nicht unabhängig gewesen wäre - - und auch glaube, Herrn Wexeler nachsagen zu können, dass er von seiner Personalität her genügend Rückgrat hat und auch hatte, die Entscheidungen in der Bank selbst zu treffen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut, hatte aber dann doch die Kredite vergeben. - Also, jetzt wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, weil sie nicht den Anweisungen der Konzernspitze gefolgt sind. Haben Sie Kenntnis von Abfindungen, die an Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter gezahlt worden sind, um sie zum Schweigen zu bringen? Klare Frage zu der Unternehmenskultur.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, überhaupt nicht. Also, in keinster Weise ist mir irgendwas bekannt, wo irgendjemand zum Schweigen gebracht werden sollte; auch keine Abfindung oder Entlassung.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Okay, danke.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da stelle ich noch mal um, nur dass ich es richtig verstanden habe: Sie haben jetzt eben gesagt, Sie haben Herrn Wexeler nicht als eine Person wahrgenommen, weil er hat uns das hier anders in diesem Gespräch dargestellt

> (Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ia!)

und ist deshalb ja auch so rausgegangen und Exit-Gespräch - - Nur noch mal deutlich und damit wir uns nicht missverstanden haben: Sie haben ihn wahrgenommen als eine Person, die nicht so, nennen wir es mal, widerstandsfähig bei Druck sei.

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nee, die Rückgrat hat und die Entscheidungen nach seinem - - seine Meinung auch durchsetzt. Also, Wexeler lässt sich nicht durch einen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Unter Druck setzen.

Zeuge Stephan von Erffa: Lässt sich nicht unter Druck setzen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ah, okay, alles klar. - Eine Nachfrage noch mal, weil ich hatte mir jetzt mal notiert - - Sie haben sehr, sehr oft - habe ich jetzt auch noch mal geguckt - gesagt - - Thema Steuern, das ist jetzt relativ oft bei Ihnen gefallen. Ich würde das gerne mal an der Stelle konkretisieren wollen.

Das Bundeszentralamt für Steuern hat in seiner Betriebsprüfung 2017 - - Was haben die so festgestellt? Also, vielleicht können Sie ja auch abstrakt, unter Berücksichtigung des Steuergeheimnisses, das mal für uns darstellen, was die Prüfer bei dieser Sonderprüfung des Bundeszentralamts für Steuern 2017 so festgestellt haben oder auch nicht.

Zeuge Stephan von Erffa: Wir hatten ja drei Prüfer: Das ist Körperschaftsteuer- - Wie heißt das?

(Der Zeuge berät sich* mit seinem Rechtsbeistand)

Amt für Körperschaften, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: - das uns geprüft hat, dann das Landesamt für Steuern und dann eben Bundeszentralamt für Steuern, jeweils beauftragt natürlich von Körperschaften. Ich dachte, dass der Prüfer, nach meinen Erinnerungen jetzt - - Es gab mehrere Anfragen, zu denen ich jetzt thematisch tatsächlich keine Angaben - - Nicht weil ich es nicht will. Ich müsste es nachschauen, was das für Themen sind; die habe ich einfach nicht parat. Aber sie waren auch jetzt keine großen Themen.

Das Landesamt für Steuern, das war da stärker fokussiert auf die Auslandsverbindungen, und da ging es dann - - Wir hatten ja zwei Prüfungen laufen: 2006 bis 09 und 2010 bis 15. Die Prüfung 2006 bis 09 ist ja auch noch nicht geschlossen gewesen, weil wir da Differenzen in der Auffassung haben, was die Verrechnungspreise angingen mit Auslandsgesellschaften. Und für die Prüfung 2010 bis 15 gab es auch viele Anfragen, aber es war jetzt - - Da ging es, ich glaube - - auch Anfragen zum Bereich TPA. Also, da war es noch nicht so weit, diese Prüfung, dass wir da eine Prüfungsfeststellung hatten in dem Sinne, sondern das Einzige, wo wir wirklich, ich sage mal, im juristischen Disput waren, war diese Verrechnungspreisthematik mit Gesellschaften im Ausland.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Was mich auch immer so ein bisschen, uns hier alle, glaube ich, stutzig gemacht hat - Frau Quadir hat das ausgeführt, Dan McCrum -: Die fühlten sich - Belege sind da natürlich schwer beizubringen - doch merkwürdig von vielen Detektiven und merkwürdigen Umständen, als sie sehr kritisch zu Wirecard berichtet haben, unter Druck gesetzt. Das sind die subjektiven Schilderungen. Sind Ihnen denn jemals in Ihrer Arbeit Belege, die in einer größeren, gehäuften Zahl - - mit London und dann mit angeblich über 20 Privatdetektiven, die auf Herrn Dan McCrum seitens Jan Marsaleks

Nur zur dienstlichen Verwendung

angesetzt worden sein sollen, über den Weg gelaufen oder Belege, die möglicherweise auf der Zeitachse zunächst mal, ohne weitere Verdachtsmomente da jetzt auszusprechen, mit New York und Frau Quadir im Zusammenhang stehen könnten?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, mir sind keine, überhaupt keine Belege bekannt in irgendwelcher nennenswerten Größenordnung für irgendwas, was mit, ich sage mal, Sicherheit - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Privatdetekteien oder so was.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich meine jetzt nicht den Objektschutz bei uns natürlich, aber alles andere, so was, Privatdetektei, Sicherheit oder Ähnliches ist mir nicht untergekommen in einem - - Ich habe nicht jeden Beleg natürlich auf dem Tisch, wenn - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, das reicht ja, wenn Sie sagen - - Jetzt ist ja meine Zeit auch sehr knapp.

Zeuge Stephan von Erffa: Ach so, okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das reicht schon, also wenn Ihnen da nix untergekommen ist. - Ich möchte noch mal auf die Ocap-Darlehen eingehen. Ich glaube, Kollege Toncar hatte da schon was angesprochen. Wir hatten ja den Kollegen Jaffé zu Gast, und der führte aus - ich zitiere mal aus dem Protokoll -:

Der Darlehensvertrag, damals Wirecard Acquiring & Issuing GmbH als Darlehensgeber und Ocap, wurde unterzeichnet von Herrn Knoop, Stephan von Erffa und Carlos-Dieter Häuser. Und was in diesem Zusammenhang vielleicht interessant ist: dass anhand der internen Kommunikation Herr Holten ... an dem relevanten Tag, an dem 26., informiert hat über Telegram - das war ja das bevorzugte Instrument der Kommunikation ...

- innerhalb des Unternehmens -

... dass es an sich mehr oder weniger die letzte Liquidität wäre, bevor man am 01.04. wieder Zugriff auf frisches Geld hätte. Da hat Herr Knoop ... darauf antwortend nur die Frage gestellt, wie lange man denn heute noch ... Geld überweisen könnte. Das war, wie gesagt, mehr oder weniger die 100-Millionen-Zahlung, die relevant war.

Ist Ihnen da was zu diesem Zeitpunkt von bekannt gewesen? Weil wir haben natürlich schon gestaunt, dass man so einen Gap hat von ein paar Tagen. Da war quasi ja schon einmal Wirecard, sagen wir mal, zumindest illiquide.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das ist jetzt genau -- Dieser Bereich ist natürlich auch Thema des Ermittlungsverfahrens. Deswegen will ich da jetzt, vor allen Dingen, weil ich ja den Vertrag auch unterzeichnet habe, nicht drauf eingehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kann ich verstehen einerseits; aber wenn Sie ihn unterzeichnet haben, unterstelle ich Kenntnis.

Zeuge Stephan von Erffa: Sorry, jetzt war ich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na ja, wenn Sie den unterzeichnet haben, dann unterstelle ich ja Kenntnis, weil 100 Millionen ist ja nicht so ein - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann würde ich gerne noch wissen wollen: Am 22.04.2020, alles so in der Ecke, lancierte die Wirecard AG eine Pressemitteilung, in der es Bezug nimmt auf die KPMG-Sonderuntersuchung und in der es unter anderem hieß - ich zitiere -:

> Bislang haben sich entsprechend des Prüfungsauftrages in allen vier Prüfbereichen ...

- weitere Ausführungen -

keine

Nur zur dienstlichen Verwendung

- so geht es dann weiter -

substanziellen Feststellungen ergeben, die für die Jahresabschlüsse im Untersuchungszeitraum 2016, 2017 und 2018 zu Korrekturbedarf geführt hätten. Belege für die öffentlich erhobenen Vorwürfe der Bilanzmanipulation wurden nicht gefunden.

Auffindbar ist das unter www.gdk.de [sic!] usw., News Ad-hoc. - Können Sie uns schildern, wer aufseiten der Wirecard für diese Pressemitteilung verantwortlich war? Und in dem Zusammenhang: Wussten Sie, dass diese Pressemitteilung publiziert werden würde, oder haben Sie erst im Nachgang davon erfahren?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe im Nachgang von beiden Ad-hocs in diesem Zusammenhang - ich weiß nicht, ob das die erste oder die zweite war zu KPMG; ich schätze, es war die erste, ne? - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm, die erste.

Zeuge Stephan von Erffa: - - im Nachgang davon erfahren. Ich gehe davon aus - das ist jetzt Mutmaßung - - Also, verantwortlich ist der Herr Braun dafür als Verantwortlicher für die Abteilung IR. Veröffentlicht hat sie dann die IR-Abteilung, also Investor Relation, ich schätze mal, in persona Frau Stöckl; aber das weiß ich nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, so eine Pressemitteilung, weil Herr Braun verantwortlich war - das deckt sich ja so ein bisschen mit dem, was wir von Herrn Wexeler so erfahren haben -, die hat Herr Braun so, weil er aus Ihrer Sicht da über der Materie schwebte, dann erfunden; weil mit Ihnen und irgendjemand anderes im Unternehmen scheint die ja nicht rückgekoppelt zu sein.

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, das stimmt, die ist nicht mit mir rückgekoppelt worden. Also, nach meinen Informationen, die ich danach hatte, sei die mit KPMG abgesprochen, wenn es die erste ist. Also, die erste sei mit KPMG abgesprochen gewesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist Ihnen kommuniziert worden.

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist mir kommuniziert worden, im Nachgang, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das wäre ja noch mal eine Frage, interessant, an die KPMG. Meine Zeit ist da leider auch um. - Dann Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank. - Herr Erffa, ich hätte mal eine Frage: Wer hat die EMIF, diesen Kaufvertrag, unterschrieben vonseiten Wirecard? Wissen Sie das noch?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, das weiß ich - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann würde ich bitten, die Uhr kurz anzuhalten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, gerne.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann würde ich Ihnen ein Dokument vorlegen aus den - - Also, uns liegt der Vertrag vor - auch toll: ich habe Ihnen den EMIF-Vertrag hier mal mitgebracht -, und da sind auf der allerletzten Seite - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, EMIF hat auf jeden F- - Ja?

Zeuge Stephan von Erffa: Dieses, ja.

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, da sind - - Oben hat, glaube ich, EMIF irgendwie unterschrieben, unten hat Citadelle unterschrieben, und in der Mitte, da sind so zwei schwarze, gut sichtbare - - Wissen Sie, welche Unterschriften das sind?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Das sind Braun und ich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ach so, Sie haben den sogar unterschrieben?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ah, ja, okay. Das ist ja interessant. - Also, Herr Braun und Sie haben den EMIF-Vertrag unterschrieben. Hat das eigentlich im weiteren Verlauf dann, nach der ganzen Abwicklung usw., noch mal irgendwann eine Rolle gespielt, EMIF-Vertrag? Haben Sie den sich irgendwann noch mal rausgesucht, später?

Zeuge Stephan von Erffa: Für die Prüfungen haben wir die sehr häufig rausgesucht. Also, die werden von den verschiedenen Prüfern natürlich angefragt, weil es ja eine wichtige M & A-Transaktion ist. Und dann wird der entsprechend auch vorgelegt, ja. Also, das ganze Package liefert dann die M & A-Abteilung - - macht dann immer so ein Package fertig.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist der Kaufvertrag, die Due-Diligence-Verträge - - die Due-Diligence-Berichte usw.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, das ist ja jetzt hier sozusagen einfach der Scan gewesen, und das war sozusagen hier - - 2015 haben Sie da mit Herrn Marsalek das alles da hin- und hergemailt. Aber interessanterweise haben wir festgestellt, dass Sie sich - - Wenn Sie Beratungs- -

(Der Zeuge liest in seinen* Unterlagen und berät sich mit seinem Rechtsbeistand*)

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, ich guckte nur.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Wegen "Herr Marsalek, hin- und hergemailt": Das war mir - - Ich wunderte mich, warum ich mit Herrn Marsalek geemailt hätte; aber das stimmt, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und Sie selbst hatten - - Also, wir haben in Ihrem Posteingang gesehen, dass Sie 2020 den auch noch mal irgendwie sich selbst, glaube ich, schicken wollten; aber das ist nicht raugegangen. Das ist in unversendeten Mails hängen geblieben. Hatte das irgendeinen besonderen Grund?

Zeuge Stephan von Erffa: 2020 war die DPR noch mal auf das Thema zu sprechen gekommen; vielleicht in dem Zuge.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Gut. - Dann: Alex Herbst, sagt der Ihnen was?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, der war früher mal, also vor meiner Zeit, anscheinend Vorstand - oder was heißt "anscheinend"? Er war früher Vorstand bei der - - ich weiß nicht, bei welcher Gesellschaft.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Einer.

Zeuge Stephan von Erffa: Na ja, weil wir früher - - Früher, als wir gekommen sind, war ja nicht die börsennotierte Wirecard AG die oberste Gesellschaft, sondern da gab es eine Holding. Irgendwo da.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, also, es war jemand, der mal bei Wirecard gearbeitet hat.

Zeuge Stephan von Erffa: Im Umfeld, ja, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und wann hat er aufgehört, ungefähr?

Zeuge Stephan von Erffa: Weiß nicht. Ich bin 2005 da - - Ich habe jetzt in einem Buch gelesen, dass es 2004 war, als er aufgehört hat. Das kann ich aber nicht sagen, wann er aufgehört hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, aber sozusagen - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Vor 2005.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und was hat er danach gemacht, oder was hat - -

Zeuge Stephan von Erffa: Der ist immer noch in der Payment-Branche tätig und macht, glaube ich - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und was war Ihre Beziehung, sage ich mal, 2015 noch zu ihm?

Zeuge Stephan von Erffa: Er hat ab und an mal Kundenbeziehungen - ich weiß zum Beispiel eine, ADAC-Oberrhein oder so was, die er der Wirecard vermittelt - - weiß ich nicht, ob er es wollte oder hat, und dann entsprechend - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, weil er hat Ihnen im März 2015 eine Mail geschickt, die ist auch relativ kurz:

Hello Stephan, what's about our hangman or did he save his life? Alex. (?)*

Können Sie sich an diese Mail eventuell erinnern? Wir können sie Ihnen auch noch mal vorlegen.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich kann mich nicht erinnern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir legen sie Ihnen gerne noch mal vor. Ist auch relativ - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Zeit ist auch gestoppt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Stellt sich für mich die Frage: Who the fuck is hangman? Ist das Jan Marsalek, vielleicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Er ist cc-gesetzt. Nee, wer ist - - Ach nee, er ist an - - Also, nein, glaube ich nicht, dass es Marsalek ist. Herbst hatte mit

Marsalek wenig zu tun gehabt. Herbst war eigentlich eher eine Beziehung - - Also, da war eigentlich die Relationship zum Herrn Ley. Kann ich nichts mit anfangen. Ich schätze auch nicht, dass ich sie groß beachtet habe. Der Herr Herbst ist manchmal - - hatte er so den Drang, in eine Richtung, in der ich - ins Lustige, nennen wir es mal so - nicht mitgegangen bin und auch irgendwie - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, gut, aber wissen Sie - - Aber sozusagen Sie kriegen so eine Mail, die ja jetzt extrem flapsig ist, und leiten sie kommentarlos an den Vorstand weiter.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich müsste in dem Zusammenhang gucken, um was es in dem Zeitraum geht. Ich kann es - -

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlangen)

So, 24 - - weitergeleitet 13.19 Uhr, 13.06 Uhr - - Müsste ich nachschauen. Also, vielleicht kriege ich es aus dem Zusammenhang von anderen Mails hin, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, na ja, gut, ich sage mal so: Entweder Sie wissen es und wollen es uns sagen, oder Sie wissen es nicht, und dann war es nicht so relevant wahrscheinlich. Also, es sagt ja auch ein bisschen was aus über offenbar Ihren Kommunikationsstil mit Herrn Marsalek. Weil ich sage mal, Sie waren der Chefbuchhalter, aber sozusagen dem Vorstand kommentarlos mal so ein Ding weiterleiten - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das muss man im Zusammenhang sehen. Eventuell haben wir vorher telefoniert über einen Sachverhalt oder ein Meeting gehabt zu einem Sachverhalt oder Ähnlichem, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: - weil sonst, gebe ich Ihnen recht, ist das - - Sonst würde ich solche E-Mails nicht kommentarlos an Marsalek weiterleiten.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut. - Können Sie uns noch mal was - - Meine Kollegin hatte Sie vorhin nach diesen ganzen Beratungsverträgen gefragt. Und können Sie uns mal erklären, was Pre-Approvals sind, also wie das funktioniert hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist die gesetzliche Anforderung, dass Leistungen des Wirtschaftsprüfers außerhalb der Abschlussprüfung im Vorfeld durch einen Prozess freigegeben werden, bevor der Wirtschaftsprüfer damit anfängt. Und dieses geht dann über den Aufsichtsrat oder, je nachdem - - Wir hatten damals noch keinen Prüfungsausschuss, deswegen über den Aufsichtsrat, der dann rein formal dafür verantwortlich ist. Der Aufsichtsrat hat dann an den Herrn Franke oder mich das zurückdelegiert, Aufträge bis zu* 100 000 Euro, glaube ich*.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - In 2017 - - Oder war das üblich, dass das Volumen der Beratungsaufträge an EY so scharf berechnet werden musste, dass man nicht über die Grenzen, die pro Jahr zulässig sind, an Beratungsverträgen zu vergeben - - dass das irgendwie kritisch war?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das Juristische ist, glaube ich, erst 2019 oder 20 eingeführt worden, diese Grenze. Wir wollten sie nur auf - - Da müssten Sie einen Juristen fragen, oder ich könnte es auch nachgucken.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Das heißt aber, es hat keine Rolle gespielt offenbar.

Zeuge Stephan von Erffa: Im Vorfeld hat es eigentlich keine Rolle gespielt. Wir wollten trotzdem nicht drüberkommen, weil wir natürlich den Sinn - oder weil ich zumindest diesen Sinn des Gesetzes durchaus gutheiße, dass man möglichst wenig Beratungen macht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, okay, okay. -Haben Sie sich da mit Herrn Loetscher darüber verständigt, wie in 2017 das auch aufzuteilen ist und was da an Aufträgen möglicherweise kommt? Zeuge Stephan von Erffa: Es ging nie - - dass Aufträge kommen, sondern wenn ein Auftrag kam - - Also, wir müssen ein bisschen* unterscheiden zwischen Deutschland-EY - das ist* eigentlich nur* eingezogen in diese Grenze* - und International-EY.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber war denn nicht Herr Loetscher auch - -

Zeuge Stephan von Erffa: Herr Loetscher musste auf seiner Seite die Freigabe machen. Also, das ist ein Doppelprüfprozess. Wir mussten es freigeben, und auf deren Seite durfte auch kein Partner weltweit einen Auftrag an EY geben*, ohne dass der Mandantenleiter - ich weiß nicht, wie der Ausdruck ist -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja.

Zeuge Stephan von Erffa: - es auf EY-Seite freigibt. Und das hat Herr Loetscher gemacht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, okay. - Ist Ihnen bewusst gewesen, dass es im März 2017 ziemlich eskaliert ist zwischen EY und dem Vorstand, was die Erteilung des Jahresabschlusses, des Testates, 2016 betrifft?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es war jedes Jahr - - gab es zum Schluss große Diskussionen um irgendwelche Belege. Aber 2017 - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es ging nicht um Belege in 2017.

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, dann habe ich es nicht mitgekriegt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): In 2017 hat EY einen Brief an den Vorstand geschrieben. Da stand so was drin: "Wenn binnen einer Woche nicht das, das, das geliefert wird, dann gibt es kein Testat, und" - ich sage mal, ich paraphrasiere - "dann kündigen wir hier dieses Mandat." Das war nicht: Wir suchen irgendwie zwei, drei Belege noch. - Können Sie sich daran erinnern, dass es da - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es ging nicht um ein, zwei Belege, sondern es ging dann meistens tatsächlich am Ende, dass noch irgendwelche - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herr Erffa, seien Sie mir nicht böse: Ich habe Sie ganz konkret gefragt: Können Sie sich daran erinnern, dass es im März 2017 zu erheblichen Verwerfungen mit EY kam, was den Jahresabschluss 2016 angeht?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kann mich daran erinnern, nicht aber allerdings an so einen Brief und nicht, dass sie das Mandat schmeißen wollen; aber an sich, dass es Verwerfungen gab, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Der ging ja auch nicht an Sie. - Okay, also, wir halten fest: Sie können sich daran erinnern, erhebliche Friktionen am 16. März, auf den ist das auch datiert. Und ich frage auch deshalb so, weil am 21. März - da haben wir von Ihnen so ein Pre-Approval-Papier - legen Sie dem Aufsichtsrat Beratungsverträge für EY in Höhe von 400 000 Euro vor.

Zeuge Stephan von Erffa: Für was?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, 16.03. kommt ein Brandbrief von EY, und fünf Tage später kommt ein Non-Audit Service Pre-Approval, Autor: Stephan von Erffa, Version 5.0. Und da geht es eben um gut 400 000 Euro an Beratungsgeschichten, und da zuständiger Partner bei EY ist dann Herr Loetscher.

Zeuge Stephan von Erffa: Er ist immer unser zuständiger Partner, ja. Also, weiß nicht. Für was für einen Auftrag ist das? Steht da die Überschrift, so wie bei - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das sind zum Teil auch mehrere, aber das heißt sozusagen, Sie können uns jetzt nicht bestätigen, dass es irgendwelche - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kann - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dass die zeitlichen Zusammenhänge reiner Zufall sind von: EY setzt Wirecard die Pistole auf die Brust, binnen einer Woche muss Material geliefert werden, 400 000 Euro Beratung wird beauftragt, und plötzlich wird eine Woche später, ohne dass sonst irgendwas getan wurde, das Testat für 2016 erteilt. Das ist einfach nur die Aktenlage, die ich hier habe, und jetzt habe ich - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich kann den kausalen Zusammenhang da von meiner Seite zumindest definitiv ausschließen. Wenn ich das nachschaue, was das für Projekte sind, werden wir sicherlich auch schon Anbahnungsgespräche finden mit EY, weil wenn wir das Pre-Approval haben, haben das zum Beispiel die IT-Abteilung, wenn es um IT-Prüfung geht,* schon längst mit dem Partner durchgesprochen - das kommt am Schluss erst bei uns auf - oder die Auslandsgesellschaft*. Also, da wird es sicherlich E-Mails geben, die auch vielleicht davor diesen Prüfungsoder diesen Beratungsrahmen erfüllen. Es gibt keinen kausalen Zusammenhalt [sic!]*, und die werden sicherlich die Belege bekommen haben, sonst hätte EY dann auch nicht testiert.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, nee, die haben die Belege nicht bekommen. Das ist ja Teil des Problems. Und ich versuche ja, hier herauszufinden, -

Zeuge Stephan von Erffa: Okay.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - warum die, ohne dass sie die Belege bekommen haben, am Ende Brief und Siegel gegeben haben, und ich verstehe es nicht. Das ist für mich ein Anhaltspunkt. Und das war eine ganze Latte von - - Also, es waren, glaube ich, vier oder fünf unterschiedliche Dinge. Aber die werden da freigegeben. Und am Jahresende gibt es noch mal eine ganze Reihe, auch wieder über Herrn Loetscher, glaube ich, für Indien, noch mal 400 000 Euro. Also, binnen eines Jahres, 2017: Die Bude brennt; 800 000 Euro Beratungsverträge an EY, die da rausgehen. Und wenn ich es richtig sehe - wir haben das mal zusammengerechnet gehabt -: Das war ja irgendwie das Verhältnis, was über den ganzen Zeitraum der Geschäftsbeziehungen - - 13 Millionen Euro Prüfungskosten und 2,8 Millionen Euro Beratungskosten. Und alleine in 2017 macht es "Psch!", und es geht fast 1 Million für Beratung

Nur zur dienstlichen Verwendung

raus, so. Das ist irgendwie auffällig, weil das ist nicht irgendwie so "Das war ja immer so" und "Wir haben da immer was rausgegeben", sondern in dem Jahr gehen die Schleusen auf. Und plötzlich ist auch die Beziehung wieder gekittet.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich kann das* definitiv ausschließen, dass es da einen kausalen Zusammenhang gibt. Man müsste sich jetzt die Projekte angucken und mit den projektverantwortlichen Mitarbeitern bei uns sprechen, die sicherlich sagen können, zu welchem Zeitpunkt das eingeleitet ist und zu welchem Zeitpunkt EY ist* und ob sie eine Vorgabe von dem Vorstand bekommen haben, dass sie EY nehmen. Also, mir ist es nicht bekannt, dass der Vorstand - - Wenn ich irgendwelche Themen hatte, ist der Vorstand auf jeden Fall nie auf mich zugekommen und hat gesagt: Bitte, nimm EY! - Im Gegenteil: Eigentlich habe ich* zum Beispiel den Leuten immer gesagt: "Bitte, nehmt nicht EY" und "Nehmt nicht einen Prüfer in den Gesellschaften als Berater oder als Dienstleister für irgendwas", weil es eben genau zu diesen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Zimmermann, ehe Sie jetzt ansetzen - - Ich sehe das schon.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich weiß. Ja, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, weil das hat sich jetzt am Ende ziemlich unplausibel angehört, wenn Sie gesagt haben - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haken Sie da gleich in der nächsten Runde noch mal nach.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben da immer von abgeraten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann habe ich als Nächstes Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön, Herr Gottschalk. - Herr von Erffa, ich komme noch mal zurück zu "Project Ring". Übrigens: Aus den Unterlagen von KPMG geht hervor, dass EY nicht in Indien vor Ort war beim "Project Ring", weil Sie das vorhin im Kontext der Rechnung so erwähnt hatten. Müssen wir aber - - Will ich jetzt gar nicht - - Wollte ich nur mal noch mal klarstellen. - Sind Sie im Rahmen von "Project Ring" von EY interviewt worden?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja - - Ich weiß nicht, was ein Interview ist. Ich hatte einen Termin mit Muth oder dem anderen. Wie heißt der?

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es auch mal die Anfrage nach einem sogenannten forensischen Interview mit Ihnen?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gab dieses Interview. Nee, eine andere Anfrage gab es nicht. Also, ob das forensisch war, weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Wissen Sie, ob der Vorstand von EY interviewt wurde im Kontext "Project Ring"?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, das weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich würde Ihnen gerne - ich zeige es Ihnen auch gleich noch mal - aber einfach noch mal vorlesen, was hier in der Akte steht. Gesprächsprotokoll von KPMG mit EY zum "Project Ring", MAT A KPMG-1.02, USB-53005399, Blatt 362 f., Gesprächsprotokoll, das vom 03.01.2020 stammt. Darin wird ausgeführt:

Christian Muth erklärte bzgl. der forensischen Interviews, dass diese weder mit WD Mitarbeitern noch mit Mitarbeitern von z.B. Hermes oder GI Philippines stattgefunden haben. In diesem Zusammenhang erklärte er,

- und jetzt kommt es -

dass eine Einwilligung für ein forensisches Interview mit Stephan von Erffa ... selber und vom Management vorab zurückgezogen worden sei. Es seien aber zahlreiche Informationsgespräche geführt worden ...

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich zeige es Ihnen gerne noch mal, wenn Sie wollen. Aber wenn Sie das hören oder vielleicht auch gleich sehen, wäre meine Frage - aber nehmen Sie sich die Zeit -, wie Herr Muth darauf kommt, dass Sie und das Management die Einwilligung für ein forensisches Interview bei "Project Ring" zurückgezogen haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einsicht -Der Zeuge berät sich* mit seinem Rechtsbeistand)

Können wir die Uhr - - genau.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich erinnere mich nicht, dass ich ein forensisches Interview abgelehnt hätte. Ich sehe auch keinen Grund, ein forensisches Interview abzulehnen. Dies ist der zweite Absatz, der hier genannt ist. Das ist das, was ich vorhin erwähnt hatte. Dass es eine Interviewanfrage gab, ist mir nicht bekannt gewesen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich würde es ganz gerne noch mal nachgucken in irgendwie Kommunikation, aber - - Also, tatsächlich auch das Wort "forensisches Gutachten" höre ich, ehrlich gesagt, das erste Mal.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Aber man weiß ja in der Regel, egal ob man jetzt eine Vorstellung davon hat, was forensisch ist oder nichtforensisch, ob man eine Anfrage, eine Einwilligung mal zurückgezogen hat, oder? Also, haben Sie mal was zurückgezogen gegenüber EY?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, aus diesem Gutachten wurde die Diskussion, ob Mails freigegeben worden sind oder nicht - - Daraufhin habe ich mit dem Vorstand gesprochen, und der Vorstand hat dann gesagt: Nein, wir geben die Mails nicht raus. - Da gab es noch eine oder zwei Mails danach, wie ich vorhin ausführte. Aber ich erinnere mich nicht, dass ich ein Gespräch zurückgezogen hätte, also nicht von mir aus zumindest. Glaube ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Dann müssen wir vielleicht versuchen, das noch mal mit EY weiter aufzuklären. - Waren Sie beteiligt in der, sagen wir mal, Vorbereitung eines Termins im Jahr 2020 in Manila, wo Herr Marsalek mit den Prüfern von EY und KPMG vor Ort war?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, also, der ganze Bereich war rein in dem anderen Feld.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ihnen wird sicherlich der Name Bettina Funk etwas sagen.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist ja eine frühere leitende Mitarbeiterin von Wirecard aus dem Personalbereich, die dann ausgeschieden ist aus dem Unternehmen.

Zeuge Stephan von Erffa: Dass sie ausgeschieden ist, das wusste ich nicht. Aber sie war dann krank irgendwann. Aber ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Oder so. Also, dann war sie einfach länger nicht da.

Zeuge Stephan von Erffa: Genau.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie, ob diese Frau eine Abfindung in erheblicher Höhe bekommen hat oder gefordert hat? Gab es da Verhandlungen über Abfindungszahlungen?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ob es Verhandlungen gab über Abfindungen, weiß ich nicht. Ob sie welche bekommen hat, weiß ich auch nicht. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass sie, wenn sie es gefordert hätte, eine bekommen hätte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Also, Sie waren mit dem Vorgang einer möglichen einvernehmlichen Trennung von dieser Mitarbeiterin nicht befasst. Oder an welcher Stelle waren Sie befasst?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich war mit dem Vorgang nicht befasst. Ich hatte im Vorfeld mitbekommen, dass man mit der Qualität nicht ganz

Nur zur dienstlichen Verwendung

zufrieden war - also, ich war auch nicht ganz zufrieden mit der Qualität -, und deswegen wurde überlegt, wie man die Qualität im HA*-Bereich verbessern konnte. Und dann wurde eine zweite Dame, Frau Roesener, glaube ich, eingesetzt, die dann eine Weile parallel dazu arbeiten sollte, und dann irgendwann - so ist meine nichtoffizielle, also meine Flurfunkwahrnehmung - eben den kompletten Bereich HA* übernehmen sollte, was sie dann ja auch zum Schluss getan hat.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie hatten mit dem Herrn Kindler - habe ich Sie richtig verstanden? - nur Berührungspunkte im Kontext des Themas "Bürgerkarten, bayerisches Finanzministerium", sonst nicht mehr, oder gab es noch etwas anderes?

Zeuge Stephan von Erffa: Vielleicht auch für eine Rechnungsklärung oder so was.

Dr. Florian Toncar (FDP): Seiner eigenen Rechnungen.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, so was; aber sonst nix, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut, das kann ich mir vorstellen. Okay. - Hatten Sie mal mit Klaus-Dieter Fritsche zu tun?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie, wer das ist? - Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Jetzt ja. Also, vorher hätte er mir nichts gesagt, aber jetzt hier aufgrund der Medien sagt er mir was.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Können Sie uns was sagen über die variable, die erfolgsbezogene Vergütung der Firma Spitzberg Partners im Kontext AllScore-Erwerb?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, also, auch Spitzberg Partners war mir - - Also, mir war gar nicht bekannt, dass wir eine - - wobei mir Spitzberg Partners als Name auch nicht den Zusammenhang hergestellt hätte zum Herrn von Guttenberg.

Eine variable Vergütung ist mir nicht bekannt. Spitzberg Partners hatte ich gehört. Als Namen hätte ich den gehabt, weil er mir mal bei der Rechnungsprüfung durchgelaufen ist. Dass das einen Zusammenhang mit dem Herrn zu Guttenberg gegeben hat, wusste ich zu dem Zeitpunkt allerdings nicht. Und dass es eine Variable gibt, wusste ich auch nicht, also höre ich jetzt erst.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann hat als Nächstes das Wort der Kollege Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

(RAn Dr. SabineStetter meldet sich zu Wort)

RAn Dr. Sabine Stetter: Herr Vorsitzender, Entschuldigung bitte. Könnten wir mal eine kurze Pause machen, und wäre es bitte möglich, dass wir auch wieder neues Wasser usw. bekommen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das Erste auf jeden Fall sowieso. Ich wollte eigentlich auch anbieten - ich habe das hier eben schon, deswegen bin ich ein bisschen rumgelaufen, mit den Kollegen besprochen -: Wir hätten jetzt noch den Kollegen De Masi, den Kollegen Bayaz, und dann wollte ich Ihnen eh eine Unterbrechung und Pause anbieten. Wäre das okay? Das wäre jetzt vielleicht noch eine Viertelstunde in etwa. Halten wir die noch durch? Weil dann wollte ich eine Pause machen - dann wäre die Runde abgeschlossen -, wenn das okay ist.

Und für Wassernachschub: Selbstverständlich bitte ich, dass sowohl dem Rechtsbeistand als auch dem Zeugen Getränke in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Das ist völlig klar.

RAn Dr. Sabine Stetter: Danke sehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das machen wir. Und wenn Sie damit einverstanden sind, dann würde ich eben nach Herrn Bayaz unterbrechen, damit Sie auch mal entsprechend die Gedanken frei laufen lassen können.

Nur zur dienstlichen Verwendung

RAn Dr. Sabine Stetter: Danke sehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne, Frau Stetter. - Jetzt, genau, Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. Bei mir vergeht die Zeit auch immer wie im Flug. - Herr von Erffa, ich habe Sie ja vorhin danach gefragt, ob es jemals eine Kommunikation mit der DPR gab, wo die DPR nahegelegt habe, dass sie Betrugsvorwürfe nicht zum Prüfungsgegenstand machen wolle. Und Sie haben das verneint. Ich könnte Ihnen jetzt einen sogenannten stillen Vorhalt machen einer E-Mail, die von der DPR an Sie gerichtet wurde. Dann könnten Sie sich noch einmal überlegen, ob Sie die Frage noch mal anders beantworten wollen. Ich könnte aber auch einfach aus der "Financial Times" zitieren. Ich darf ja nicht aus der E-Mail zitieren; aber ich darf aus der "Financial Times" zitieren. Und die "Financial Times", diese Schlingel, schreiben nämlich: "Accounting watchdog told Wirecard did 'not want' to investigate fraud" am 11. Februar 2021. Und die "Financial Times" führt aus:

After BaFin, Germany's financial regulator, asked the accounting watchdog to take the allegations into consideration, an FREP employee in June 2016 wrote an email to the company's head of accounting Stephan von Erffa, according to people familiar with the email. "We do not want to turn [the fraud allegations against Wirecard] into a topic of our evaluation," the FREP employee stressed, adding that the accounting watchdog "cannot fully neglect the issue either".

Die E-Mail könnte ich Ihnen hier noch mal vorhalten, wenn Sie möchten. Dann können Sie sich auch versichern, dass die "Financial Times" ihre Recherchen ordentlich macht.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, gerne. Also, mir sagt die jetzt so inhaltlich nichts. Hier wird wahrscheinlich auch nicht die Halbjahresprüfung

sein. Da habe ich eigentlich den Mailverkehr hier.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich würde vorschlagen, wir halten die Zeit an und wir legen Ihnen die E-Mail mal vor.

Zeuge Stephan von Erffa: Gerne, danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Stopp! Ganz kurz: Unseren stillen Vorhalt machen wir immer so: mit Rechtsbeistand; Herr Olschewski bleibt unter dem Rang stehen, weil da dürfen tatsächlich nur Menschen mit der entsprechenden Einstufung reinschauen, und damit, falls jemand mit einem Opernglas dort oben im Rang sitzt - - Genau, das läuft. Genau, dann gehen Sie dort bitte hin, schauen sich das ganz in Ruhe an.

(Dem Zeugen werden am Rand des Sitzungsaales Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Da könnte etwas drinstehen, was die "Financial Times" schon berichtet hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Jetzt komme ich aufgrund der Eleganz von Herrn De Masi in die Verlegenheit. Also, Sie dürfen aus dieser Mail jetzt nicht zitieren. Andererseits: Das, was Herr De Masi eben aus der "Financial Times" vorgelesen hat, ist damit natürlich öffentlich. Aber lesen Sie das erst mal in Ruhe.

Sollte aber über die Ausführungen von Herrn De Masi mehr in diesem stillen Vorhalt stehen, bitte ich Sie, nur mit "Ja", "Nein", "Ist mir bekannt", "War mir nicht bekannt", "Stimmt" zu antworten. Und dann sind wir alle auf der sicheren Seite, und unser Staat bricht nicht zusammen.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay. - Ich muss an das Mikrofon.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich wollte Sie jetzt eigentlich nur fragen, ob Sie Ihre Aussage noch mal korrigieren möchten.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das ist eine E-Mail von 2016. Also, ich war jetzt bei - - Also, da hätte ich - - Zu 2016 kann ich - - Also, gemeint hatte ich jetzt die Prüfung, die jetzt aktuell für diese Vorhalte oder für diese Themen rund um das TPA-Geschäft und um die Singapur-Affäre geht.

Diese Prüfung von 2016: Das bedeutet, das ist der Prüfungszeitraum

> (Der Zeuge liest in seinen* Unterlagen)

2014. Das wird die Prüfung 2014 sein, schätze ich. Ich kann noch mal gucken, was wir darauf geantwortet haben, aber wahrscheinlich - - Ich weiß nicht, ob Sie das haben; sonst kann ich das gerne noch mal nachschauen, was wir da geschaut haben.

Also, die E-Mail von vorhin oder die Antwort von vorhin war auf dieses bezogen gewesen, wobei ich diese auch nicht in Erinnerung hätte und vielleicht sogar dasselbe beantwortet hätte, einfach aus dem Grund, dass mir das in keinster Weise präsent gewesen wäre.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber das wäre "terrific", wenn Sie da noch mal nachschauen könnten und - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, was wir da geantwortet haben, können wir sicherlich nachschauen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Müssen Sie nicht jetzt machen; Sie haben ja später auch Pause und so. Mir ging es einfach nur darum, dass Sie vielleicht dann später noch mal darstellen können, wie denn dann so der Austausch mit der DPR ablief.

Ich würde Sie auch gerne noch einmal zu weiteren Vorgängen befragen. - Jetzt muss ich gucken. - Genau. Haben Sie Kenntnis von den Testüberweisungen der viermal 110 Millionen Euro, die von EY gefordert wurden vom Treuhänder?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe Kenntnis, dass die von EY gefordert worden sind und dass da, ich glaube, vom Treasury, auch irgendwas veranlasst worden ist. Das habe ich. Wann, wie wo und in welchem Zeitraum usw., die Details: Habe ich keine, habe ich nicht, die Kenntnisse.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Holten beklagte sich am 27. Mai 2020, dass Markus Braun nervös wurde wegen der Zahlungen. Wissen Sie hierzu etwas?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, da kann ich auch nichts zu sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Laut Frau Schneider war das Geld am 27.05.2020 noch immer nicht unterwegs, über zwei Wochen, nachdem Herr Fichtelberger Frau Schneider das Drohen einer Probeüberweisung angekündigt hatte. Dazu wissen Sie auch nichts?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich weiß, dass diese Testüberweisungen nicht eben in einem normalen Zeitraum eingegangen sind und dass das zu, nennen wir es mal, Missstimmung bei allen Beteiligten geführt hat. Das weiß ich. Aber jetzt die Details, warum sie nicht eingegangen sind, ob sie schon in Auftrag gegeben worden sind oder Ähnliches: Dazu kann ich nichts sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr von Knoop hat bereits am 25. Mai 2020 angekündigt, dass die Jahresabschlussprüfung 2019 zur Not mit eingeschränktem Testat abgeschlossen werden sollte. Kennen Sie Hintergründe zu diesem Vorgang?

Zeuge Stephan von Erffa: Wem hat er das zugesichert? Also, nee, das kenne ich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Kennen Sie nicht? Okav.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kenne die nicht. Also - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das reicht erst mal so weit. - Ihre Kollegen wundern sich - - Also, Herr Holten war in der Kommunikation mit einem Herren, dessen Namen - - Rastede, Herr

Nur zur dienstlichen Verwendung

Rastede. Und er wunderte sich am 2. Juli 2020, dass Burkhard Ley nicht von der Staatsanwaltschaft vorgeladen würde. Haben Sie hierzu irgendwelche Erkenntnisse, die Sie dem Ausschuss mitteilen wollen? Oder würde Sie das auch - - Hat es Sie gewundert, dass Herr Ley wieder herausspazieren durfte?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich glaube, dass jeder, der im Vorstand und Aufsichtsrat ist, von der Polizei oder Staatsanwaltschaft zu diesem Themenkomplex zu befragen ist. Aber dass der jetzt irgendwo als tatverdächtig gilt und deswegen nicht rausspazieren dürfte: Nee, also - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat Sie nicht gewundert? - Okay, gut. - Erst mal für diese Runde. Und dann noch eine weitere.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr von Erffa, kennen Sie einen Mann namens Henry O'Sullivan?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kenne ihn vom Namen her, und ich habe ihn ein einziges Mal für - Also, ich bin zu Herrn Marsalek in den Raum rein, und er ist raus, und wir haben kurz Guten Tag gesagt. Und ich kenne ihn als Vermittler von großen Kunden von uns, also eine Airline - Monarch Airlines zum Beispiel hat er uns vermittelt und haben wir über die Bank abgewickelt, und andere Kunden auch.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war die Wahrnehmung, dass das seine Rolle ist für Wirecard, Kundenakquise?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wenn Sie mich so fragen: Er war einer, der in der gleichen Branche tätig war und über Kundenbeziehungen daher verfügte, die er manchmal, wenn er sie nicht selber in seinem Konzern oder in seinen Unternehmungen abwickelte, dann bei uns platzierte - - und entsprechend natürlich das über die normalen Reseller-Verträge dann abgehandelt worden ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist Ihnen dabei - also im Kontext des Namens - mal etwas verdächtig vorgekommen?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, der ist bis jetzt in der Tiefe, wie wir es jetzt haben, vorher nie als ein wichtiger Player für mich in Erscheinung getreten, sondern das war eine Berührung, die wir damals hatten. Und dann gab es ab und zu mal eine Berührung, weil irgendjemand sagte, dass die Firma in den Netzkreis von Herrn O'Sullivan ging, aber jetzt nicht im Sinne von "betrügerisch" oder Ähnliches.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wissen Sie über die Unternehmensgruppe Hermes?

Zeuge Stephan von Erffa: Die indische? Also, das, was ich - - Wir kriegen von denen natürlich regelmäßig die Jahresabschlüsse, um sie bei uns zu konsolidieren. Wir haben sie gekauft. Wir machen mit der Hermes in Indien unser Geschäft mit dem Verkauf von Flugtickets in sogenannten Smartshops. Auf was - - Ist das das, was - - Antwortet das - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welcher Verbindung stehen Sie zu dieser Unternehmensgruppe?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich gehöre einem Konzern an, für den ich die Buchhaltung übernehme, dessen - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darüber hinaus: Sie persönlich haben -

Zeuge Stephan von Erffa: Darüber hinaus? Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - keine Verbindung zu diesem Unternehmen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein. Und vor Kauf gar keine Beziehungen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich richtig informiert bin, dann gab es ein Ereignis 2016, wo ein Whistleblower auch Ihnen

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorwürfe gemacht hat. Sind Sie da bereit, auszusagen, welche Vorwürfe das gewesen sind und wie Sie dazu stehen, ob diese zutrafen?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wie ich dazu stehe, ist: Also, ich glaube, dass das ein großes Missverständnis ist; das hatte ich vorhin schon angedeutet. Ich werde da nur am Rande - - Und in der zweiten Aussage dieses Whistleblowers, dessen Namen natürlich mir unbekannt ist, wird das alles auch wieder revidiert und damit eigentlich von selbst entkräftet.

Die Details: Weiß ich nicht, ob die öff- - Könnte ich jetzt auch - - Müsste ich mir tatsächlich erst wieder raussuchen. Also, dazu habe ich keine Kenntnisse. Und ich denke, dass das auch - - Das sollte dann die Staatsanwaltschaft machen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht springe ich noch einmal ganz kurz mit der verbliebenen Zeit zu dem Thema Treuhandkonten, weil ich das auch noch nicht ganz durchblickt habe, um ehrlich zu sein. Sie sagten ja vorhin, das wäre im Geschäftsbericht irgendwie erwähnt gewesen. Was da explizit nicht ausgeführt ist, ist, dass unter Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten auch die Guthaben auf den Treuhandkonten zugeordnet werden. Warum ist das so? Warum wird darauf explizit nicht hingewiesen? Weil das doch eine wichtige Information ist.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich bin der Meinung, dass es drinsteht. Also, ich kann das gleich in der Pause noch mal überprüfen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre super.

Zeuge Stephan von Erffa: Oder haben - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie die Möglichkeit, das zu überprüfen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß nicht, wie weit ich komme, ob ich zu meinem Raum komme. Dann könnte ich es, glaube ich, überprüfen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre super; dann könnten wir da noch mal in der nächsten Runde den Faden aufnehmen, genau.

Dann möchte ich Sie noch mal fragen: Wir haben ja den Umstand gehabt, dass auf diesen Treuhandkonten Forderungen sehr lange offen gewesen sind - da stellt sich auch die Frage für einen Buchhalter, ob es da nicht irgendwie auch vielleicht - Pflicht zu Abschreibungen an der Stelle kam - und dass diese Forderungen insgesamt einfach besonders hoch waren. War das nicht ein Thema, was Sie aufgerüttelt hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Die Forderungen waren besonders hoch, und deswegen waren sie ja auch für alle - ich glaube, auch für uns, für den Abschlussprüfer auch, glaube ich, für den Vorstand - durchaus so, dass der Stand auch immer bekannt gegeben worden ist. Es ist auch dem Aufsichtsrat jedes Mal vom Wirtschaftsprüfer dargelegt worden, welche Summen das hat.

Beim Treuhandkonto ist es ja so ähnlich wie beim Bankkonto. Also, das bedeutet, es muss ein bestimmter Stand an monetären Mitteln dort vorliegen. Das bedeutet, es ist nicht so wie eine Rechnung, die offen ist, sondern es muss zum Stichtag - 31.12., 30.06. - ein gewisser Stand, nämlich diese 33 Prozent von diesem sogenannten At-Risk-Volumen usw. - - Wenn das dann stimmt, dann passt es. Wenn das Volumen niedriger wäre, müsste eben dann was ausbezahlt werden, und wenn es höher ist, dann müsste entsprechend, je nachdem, wie man es vereinbart, auch sogar nachgeschossen werden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war für Sie immer alles okay? Also, es gab nicht den Moment, wo Sie mal zu Herrn Marsalek gegangen sind und gesagt haben: "Ich habe da Bauchschmerzen", oder: "Ich finde das komisch. Müssen wir da nicht was machen? Muss das auf den Treuhandkonten geparkt sein?"? Das ist doch eine Frage, die sich ein Accountant mal stellen darf nach - -

Zeuge Stephan von Erffa: Wir haben es sehr genau über die Entwicklung, Auswertung - oder

Nur zur dienstlichen Verwendung

was heißt "Auswertung"? -, Zusammenstellung - gemacht, die wir auch natürlich zur Verfügung gestellt haben, um das zu beobachten. Aber es ist jetzt nicht so in dem Sinne, dass es, weil wir das jetzt als Abschreibebedarf gesehen haben - das haben wir natürlich auch im Auge gehabt - - Es ging eher auch, dass natürlich dieser Bereich einfach auch eine Aufmerksamkeit bekommen hat von allen, dass wir auch da die Auswertung für eigene Zwecke, um Antworten geben zu können, auch gemacht haben. - Und ja, die Salden waren sehr hoch, und deswegen waren das ja auch Themen, die im Vorstand diskutiert wurden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist abgelaufen. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Dann, wie wir uns committet haben, würde ich jetzt unterbrechen. Ich frage mal: Ist das so, wenn wir so gegen 16 Uhr fortsetzen, okay?

RAn Dr. Sabine Stetter: Also, wenn wir jetzt zu diesem anderen Raum gehen sollen, in dem die Sachen sind, wo wir nachschauen könnten, um diese Frage zu klären, dann wären wir wahrscheinlich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Brauchen Sie länger?

RAn Dr. Sabine Stetter: Da müsste uns halt jemand hinführen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich weiß nicht, wo der Raum ist. Deswegen - -

Zeuge Stephan von Erffa: Der ist zwei Stockwerke hoch und dann irgendwie -

RAn Dr. Sabine Stetter: - ganz hinten.

Zeuge Stephan von Erffa: "Landwirtschaft" ist da irgendwo.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was brauchen Sie dann? Zehn nach vier?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das sollte gehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

RAn Dr. Sabine Stetter: 20 Minuten oder so wahrscheinlich.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das wäre jetzt - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, Sie sollen ja auch eine Pause haben. Also deswegen.

RAn Dr. Sabine Stetter: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, wäre 16 Uhr okay? Dann hätten Sie 17, 18 Minuten. Um und bei 16 Uhr?

RAn Dr. Sabine Stetter: Wir versuchen das.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Wir sehen, wann Sie wieder auftauchen. Aber verschnaufen Sie auch ein bisschen.

RAn Dr. Sabine Stetter: Es müsste aber bitte jemand uns dort hinführen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das macht Herr Fleischer. - Ja, super. Herr Fleischer kommt zu Ihnen und geleitet Sie dann in den Zeugenraum. Machen Sie sich da ein bisschen frisch, nehmen Sie was zu sich. Und dann setzen wir so um und bei 16 Uhr fort. Und für die anderen Kollegen heißt das auch Pause. - Und Dr. Zimmermann weiß schon, was jetzt kommt. - Also, so weit: Ich unterbreche bis etwa 16 Uhr.

(Unterbrechung von 15.43 bis 16.01 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann, um 16.01 Uhr, setzen wir die Beweisaufnahme fort. Und es macht weiter der Kollege Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! -Herr von Erffa, habe ich das richtig verstanden vorhin, dass Sie den Klaus-Dieter Fritsche - - dass das Ihnen erst durch die Medien bekannt geworden ist, dass der für Wirecard unterwegs war?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das ist mir erst durch die Medien bekannt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Warum brauchte Wirecard eigentlich einen Berater für Sicherheitsfragen?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, mir war weder die Beziehung - - oder die ganze Beziehung zur Bundesregierung noch zu diesem, warum wir einen Berater für Sicherheitsfragen haben - - kann ich nicht beantworten. Ich glaube nicht, dass wir einen gebraucht hätten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde Ihnen gern mal was zeigen, und zwar MAT A BKAmt-4.20, Blatt 248 bis 251. - Einmal die Zeit bitte stoppen. - Und zwar ist das der Beratervertrag zwischen der Wirecard AG und Herrn Fritsche. Der stammt vom 31.07.2019.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Und da würde ich Sie bitten - auf der letzten Seite sind Unterschriften - uns zu sagen, wer da zwischen Herrn von Knoop und Herrn Fritsche unterschrieben hat.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das bin ich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Ja, das wundert mich nämlich, weil Sie ja den Vertrag mit unterschrieben haben, den Beratervertrag mit Herrn Fritsche, aber uns gerade gesagt haben, auch auf meine nochmalige Nachfrage, dass Ihnen das erst durch die Medien bekannt geworden ist, dass Herr Fritsche für Wirecard tätig war.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, ich bleibe bei der Aussage. Also, es ist jetzt nicht falsch. Also, die - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also haben Sie das nicht unterschrieben, obwohl da Ihre Unterschrift drauf ist? Zeuge Stephan von Erffa: Doch, ich habe ihn unterschrieben. Es ist so, dass ich diesen Beratervertrag sicherlich unterschrieben habe mit dem Hinweis von der Rechtsabteilung, dass es um einen Beratervertrag geht und dass es um den Sachverhalt geht. Und da ich weiß, dass der - - und um welches Volumen es geht, nämlich diese 1 500 Euro, und da der Herr von Knoop vor mir unterzeichnet hat, habe ich den mit unterzeichnet, aber jetzt nicht - - Also, wie gesagt, selbst der Name "Fritsche" würde mir oder hat mir damals als Name nichts gesagt. Und deswegen ist er mir auch nicht in Erinnerung geblieben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie also blind unterschrieben, -

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, nicht - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - ohne sich damit zu befassen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, definitiv nicht.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, haben Sie mal nachgeguckt, wer der Herr Fritsche ist?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, das habe ich nicht nachgeguckt, wer Herr Fritsche ist. Ich habe die monetären Themen - - gucke ich mir beim Vertrag an und lasse mir erläutern von der Rechtsabteilung, um was es ging. Und wenn es ein Beratervertrag ist, den der Vorstand mit unterzeichnet hat in einem - - Dann habe ich da kein Problem, die Zweitunterschrift zu leisten, die notwendig ist, um einen rechtskräftigen Vertrag zu bekommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dass der Herr Fritsche gleichzeitig das Innenministerium der österreichischen Bundesregierung berät, das war Ihnen nicht bewusst?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich habe das - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und auch die Historie von Herrn Fritsche bei den Nachrichtendiensten des Bundes?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, finde ich nicht so ganz plausibel, weil Sie uns gerade gesagt haben, Sie haben das erst durch die Medien erfahren, aber gleichzeitig einen Beratervertrag unterschrieben haben. Finde ich, passt nicht so ganz zusammen.

Mich würde noch mal interessieren das Thema Burkhard Ley. Der war ja bis Ende 2017 im Vorstand. Und anschließend hat er noch einen Beratervertrag gehabt. Haben Sie den auch unterschrieben?

Zeuge Stephan von Erffa: Weiß ich nicht, wer den unterschrieben hat. Der Beratervertrag, der anschließend unterzeichnet worden ist, ist die Fortsetzung des Vertrags als Vorstand. Er hatte einen Wettbewerbsverbot im Vertrag des Vorstandes, und dieses Wettbewerbsverbot sah eine Entschädigung vor für dieses - - also als Gegenpol zu dem Wettbewerbsverbot. Und das Honorar, das er damals bekommen hat für seinen Beratervertrag, der sich an seine Vorstandstätigkeit anschloss, war in etwa - - war nicht in etwa, sondern deckte einfach dieses Wettbewerbsverbot ab. Und dafür war Herr Ley als Berater für die Wirecard unterwegs. Und - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das waren die 900 000 Euro brutto jährlich, -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, genau, das war dieses* - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - plus Auto, Assistentin, Bonus usw.?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, die Summen kann ich jetzt nicht bestätigen, aber so in der Größenordnung, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und welche Leistung hat der Herr Ley dafür noch erbracht?

Zeuge Stephan von Erffa: Beratertätigkeit im Bereich von M & A usw.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber kann jetzt nicht sein, dass er einfach ganz gute Kenntnisse hatte über das, was so passiert im Konzern, und deshalb da bei Laune gehalten werden sollte? Da haben Sie nichts zu gehört?

Zeuge Stephan von Erffa: Das wäre nicht meine Entscheidung gewesen, aber ich glaube, den Grund Ihnen vorhin genannt zu haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie ist das eigentlich bei den Altersversorgungsthemen der Vorstände gelöst? Gab es da auch irgendwelche Gelder, die dafür vielleicht auf Treuhandkonten oder so deponiert wurden?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, die Altersversorgung: Es gab eine feste Summe, die im Namen des Vorstands an irgendwelche Lebensversicherungsgesellschaften gezahlt worden ist. Und ansonsten gab es Gehaltskomponenten, die den Titel trugen "Altersvorsorge", aber de facto wie ein Fixgehalt zu sehen waren, die auch entsprechend im Geschäftsbericht erläutert worden sind. Und - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber mich interessiert konkret diese Altersvorsorge, die dann angelegt wurde auf - -

Zeuge Stephan von Erffa: Bei Herrn Ley gab es einen ein bisschen anderen Vertrag für den letzten Zeitraum seiner Tätigkeit, in dem 4,2 Millionen - glaube ich, war die Summe - angesammelt werden sollten und im Falle des Ausscheidens oder Ablebens an ihn bzw. die Hinterbliebenen zu zahlen wären.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das waren aber andere Regelungen als jetzt bei anderen Vorständen. Das war schon mehr, oder?

Zeuge Stephan von Erffa: Das war schon mehr, ja, deut- -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, ist das nicht eher so ein Abschiedsgeschenk dann?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Es war kein Abschiedsgeschenk, weil er das schon in dem anderen gekriegt hat. Aber wenn Sie mich fragen: Also, ich fand diese - - Also, ich habe ja nichts an den Vorstandsverträgen zu tun, außer dass ich darüber im Geschäftsbericht berichten kann. Und als ich dieses aufgearbeitet habe, um den Text im Geschäftsbericht zu textieren, hatte ich mich tatsächlich über diese Passage gewundert, weil sie im Endeffekt belohnt, wenn man geht, und nicht belohnt, wenn man bleibt. Also, wie es zu dieser Sache kommt, das ist natürlich - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie wurden die Gelder angelegt, diese 4,2 Millionen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, sie wurden nicht angelegt, sondern sie wurden nur buchhalterisch - Rückstellungen gebildet. Und dann wurden die ausgezahlt mit Ausscheiden - Wann das genau ausgezahlt ist, das müsste man die Personalabteilung fragen; aber es wurde ja dann mit dem Ausscheiden irgendwann fällig, dieses Geld. Und dann wurde es - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): An ihn persönlich ausgezahlt? Oder wohin wurde das ausgezahlt?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, das macht - - Ich glaube, an ihn persönlich, ja. Also, wäre jetzt meine Annahme, aber da müssten Sie die Personalabteilung - - oder fragen lassen oder den Insolvenzverwalter.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ist nicht an irgendein Treuhandkonto ausgezahlt worden oder so?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein. Also, ich habe keine Kenntnisse darüber, sagen wir es so. Also, ich habe weder das - - noch dass es nicht ist, aber ich glaube, dass der normale Gehaltslauf über die Personalabteilung war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie viele Mitarbeiter waren in Ihrer Abteilung mit TPA befasst?

Zeuge Stephan von Erffa: Die operativen Buchhaltungen und wahrscheinlich die - - also die

operativen Buchhaltungen und der Group Accounting, alle, die die Firmen betreut haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, wie viele Personen sind das so?

Zeuge Stephan von Erffa: Sechs, acht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und die haben hauptsächlich mit so Excel-Tabellen gearbeitet, oder haben die auch mal irgendwelche Buchungsvorgänge gesehen?

Zeuge Stephan von Erffa: Der Detailgrad - - möchte ich nicht weiter eingehen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Würden Sie sagen, das entspricht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung, wenn man so mit Excel-Tabellen hantiert?

Zeuge Stephan von Erffa: Wie gesagt, ich möchte auf die Detailebene nicht herunter, weil das zum Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gehört

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist es richtig, dass in die Jahresabschlüsse auch TPA-Umsätze eingeflossen sind, die von den TPA-Partnern erst nach dem Jahresabschluss gemeldet wurden?

Zeuge Stephan von Erffa: In jedem Jahresabschluss werden sämtliche Sachverhalte eingebucht, die für den alten Zeitraum, also vom 01.01. bis zum 31.12., relevant sind; das bedeutet sowohl Kosten als auch Erträge.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also ja. Also könnte man auch sagen Ja. Da sind auch nachträglich gemeldete, weil sie für diesen Zeitraum relevant waren, noch eingebucht worden?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, gut. Wir sind durch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wenn nichts mehr ist? - Gut. - Ja, einige Fragen sind mir jetzt schon vorweggenommen worden. Ich muss jetzt doch

Nur zur dienstlichen Verwendung

noch mal schauen, was hier überhaupt noch großartig bei mir offen ist. - Also, ich stelle auch fest von meiner Seite jetzt aus, dass ich keine Fragen mehr habe, weil die Frage eben, die hat mir der Kollege Hauer sozusagen vor der Nase weggeschnappt, was noch mal den Herrn Fritsche angeht.

Also, insoweit schaue ich mal zu den Kollegen der SPD-Fraktion rüber. - Wer möchte? - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, vielen Dank. - Mich beschäftigen die Beraterverträge noch immer sehr, weil das doch sehr auffällig ist, wie sich das verschiebt über die Zeit hinweg. Ich möchte jetzt ein Beispiel, ein Jahr rausgreifen, 2019. Dort ist eine Übersicht der angefallenen Arbeitsstunden für die Wirecard-Jahres- und -Konzernabschlussprüfung 2019. Und hier wird genau aufgelistet, wie viele Stunden wofür geleistet wurden.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)

Genau. Und in der ersten Spalte - Darstellung nach Arbeitsbereichen - steht dort - - ist etwa in der Mitte, was auch grau unterlegt ist, ein Gesamthonorar festgelegt für 2019. In der zweiten Spalte steht dann ein Wert, 3,5 Millionen Euro.

Zeuge Stephan von Erffa: Da unten, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie es?

Zeuge Stephan von Erffa: Unten in diesem großen - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Ja, da.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Und dann werden die 3,5 Millionen noch mal aufgesplittet für die Abschlussprüfung und für Beratungsleistungen. Und der erste Wert ist der Wert für Beratungsleistungen; 2,096 steht dort, also 2,1 Millionen. Und

dann steht eine Zeile darunter: Davon Abschlussprüfung, also von den 3,5 Millionen, 1,4 Millionen. Und das Verhältnis von Beratung mit 2,1 Millionen zu Abschlussprüfungsleistungen mit 1,4 Millionen ist schon bemerkenswert, finde ich.

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist keine Beratung; das ist alles Abschlussprüfung. Der Bereich, den sie nur unterschieden haben, ist die Abschlussprüfung von den Sachen, die vor der Auftragsannahme oder bei der Beauftragung des Auftrags bekannt waren, und dem, was sie jetzt hier "Allegation" nennen. Also, das ist alles, was über jetzt zum Beispiel Presse oder Whistleblower oder was auch immer auf sie noch hinzukam. Das wird extra aufgelistet nach dem Motto: "Schaffen sie eigentlich das, was sie geplant haben an Kosten?", also: "Haben sie falsch geplant, oder ist das jetzt was Neues?" Das ist das Entscheidende. Dieser ganze Zettel als Ganzes, jede einzelne Zeile auf diesem Zettel ist Abschlussprüfung.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie sagen also, in dieser Übersicht ist keine Leistung, die Beratung beinhaltet?

Zeuge Stephan von Erffa: Keine einzige, ja.*

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Ich lese noch mal die E-Mail dazu, nicht dass sie da - - Aber diese Tabellen haben wir regelmäßig im Abschluss bekommen, um einfach zu sehen, ob wir noch Rückstellungsbedarf hatten für die Kosten. - Ja, also, es ist nur Abschlussprüfung 2019.

Cansel Kiziltepe (SPD): Können Sie dann noch mal darlegen, wie "Allegations" als Abschlussprüferleistung definiert werden kann?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, den Begriff selber: Wie sie ihn definieren, kann ich nicht sagen. Also, so wie ich es verstehe, ist "Allegation" das, was die Vorwürfe, die kommen aus dem Markt, nenne ich es jetzt mal, also sowohl von Pressevertretern als auch Whistleblowern als auch von

Nur zur dienstlichen Verwendung

irgendwelchen anderen Seiten, potenziellen anderen Seiten - - Diese Vorgänge nennen sie - - Das sind diese Allegations. Und wenn sie da, um diese zu überprüfen, tätig werden, dann kommt das in diese Kategorie. Also, damit - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, aber noch mal, Herr Erffa: Vielleicht können Sie es noch mal ausführen oder Beispiele geben, was alles darunterfällt. Aber es ist ja schon ein Batzen, der ist ja fast doppelt so groß wie die Prüfungsleistungen, Prüfungshonorare. Und da hatte ja EY - also, wenn Sie das so erklären - mehr mit diesen Vorwürfen zu tun als mit der Prüfung.

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist so, ja; das ist tatsächlich so. Das liegt daran, dass Sie in diesen Bereichen zum Teil forensische Aspekte haben, das bedeutet, sehr tief gehen, sehr viele auch Beraterstunden in Interviews verwenden oder verwendet haben. Das ist dieses, ich glaube, was der Herr Hauer angesprochen hat, dieser Bereich, wo wir auch geguckt - - was die Folge aus diesen "FT"-Artikeln war; das ist nämlich genau dieses. Also, es sind tatsächlich diese Bereiche, weil Sie das dann auch extra groß ausweiten und auch Bereiche, die nicht in den Vorwürfen sind, mit überprüfen, damit Sie eben dann auch eine ganzheitliche Sicht des Ganzen haben.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie meinen, EY hat in diesen Fällen, bei den Vorwürfen, forensisch geprüft?

Zeuge Stephan von Erffa: Forensische Aspekte drin gehabt in den Prüfungen, also dass sie zum Beispiel auch bei "Ring" oder so was Forensiker mit eingesetzt haben und die ihre forensische Prüfung - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber wir wissen ja, dass beim Projekt "Ring" nichts rausgekommen ist und am Ende das Ganze von Marsalek auch beendet wurde?

Zeuge Stephan von Erffa: Nichtsdestotrotz haben sie es forensisch geprüft.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, wahrscheinlich hätten sie forensisch auch woanders prüfen müssen,

zum Beispiel bei den Saldenbestätigungen. Aber für mich ist das noch nicht so nachvollziehbar, wie eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die beauftragt ist mit der Abschlussprüfung, hier mehr mit den Vorwürfen zu tun hat und auch Honorare dafür bekommt - - als für die Abschlussprüfung.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das ist - so weit haben es die Wirtschaftsprüfer uns erläutert - Pflicht eines Wirtschaftsprüfers, sämtliche Vorwürfe, die im Raum sind, abzuklären, um ein Testat zu erteilen. Und dafür sind diese Sonderprüffelder einfach nötig. Und der Wirtschaftsprüfer darf halt alles in Rechnung stellen, was in der Prüfung anfällt, und hat kein Limit nach oben, damit er eben nicht in die Not gerät - in Anführungszeichen -, ins Negative zu laufen und deswegen die Prüfung vorher aufzuhören, wie es für die Prüfung notwendig ist. Das ist so der Hintergrund, wie es mir erläutert worden ist. - Aber alles Abschlussprüfung.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das werden wir morgen noch mal ansprechen und dem auf den Grund gehen, aber nicht nur morgen.

Dann habe ich hier eine E-Mail von Ihnen vorliegen, die richtet sich an Jan Marsalek. Dort schreiben Sie, dass noch - Also, da sind Rechnungen aufgelistet, die insgesamt etwa 150 000 Euro machen. Und Sie schreiben ihm, dass das alles noch offen ist und dass Sie die nicht mehr länger in der Bilanz haben können, da es sich hier um ein Mitarbeiterdarlehen handelt und verzinst werden müsste und dann auch als Organkredit angabepflichtig ist. Dann fragen Sie, ob Sie das dem Lohnbüro zur Verrechnung geben könnten. Können Sie dazu was sagen? Also, war das üblich, dass solche Rechnungen lange Zeit offenblieben und Druck gemacht werden musste, hier mal ein bisschen - -

Zeuge Stephan von Erffa: Das sind die vorhin erwähnten nicht eingegangenen Reisebelege im großen Stil oder im größten Teil gewesen. Das bedeutet, da war Herr Marsalek tatsächlich einer, der sehr lange die Reisekostenabrechnung nicht abliefern hat lassen oder selber abgeliefert hat an die Assistenz - weiß ich nicht -, auf jeden Fall

Nur zur dienstlichen Verwendung

uns nicht zugeleitet hat. Und solange die offen sind, die Reisekosten, also solange kein Hotelbeleg oder was weiß ich bei uns eingegangen ist, halten wir das offen gegen den Verursacher. Und das sind diese Summen. Und da habe ich jetzt einfach den Druck noch mal versucht zu erhöhen, dass wir endlich diese Belege bekommen, dass der Sachverhalt für uns aus - - dass wir diese offenen Posten da weghaben. Und ansonsten müssen wir es tatsächlich - - Haben wir auch in Einzelfällen gemacht, wenn sie dann die Belege nicht bringen, dass wir es dann vom Gehalt einfach verrechnet haben, um dann den Posten - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Wurde das auch hinterfragt oder so? Weil hier ist zum Beispiel eine Rechnung allein über 61 000 Euro, und da fragt man sich schon, was für Reisekosten das sind. Sind das Jachtkosten

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Trinkgeld!)

-oder Trinkgeld oder? Also, 61 000 Euro.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Stephan von Erffa: Also, da müssten Sie sich - - Also, nein, das sind jetzt natürlich ganze Perioden, also das ist hier dann - - Diese 61, das ist jetzt die Periode 1. Januar bis November 2013. Also das ist aufgelaufen, das ist nicht eine Rechnung, sondern das ist ein aufgelaufener Saldo für einen Zeitraum, genauso wie diese anderen dann: 12/2013 sind es dann 17 000 usw.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, okay. Danke schön. - Ich gebe mal weiter an meinen Kollegen Jens Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich will zum Abschluss unserer Fragezeit Sie noch mal auf diese Konstruktion mit Herrn Ley ansprechen, weil - - Also, können Sie uns das noch mal erklären? Ein Berater, der ein Vorstandsgehalt bekommt: Was ist denn das?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich bin dann jetzt nur - - Ich kann nur das jetzt erzählen, was ich aus dem Vertrag, den ich damals durchgearbeitet habe, um einen Geschäftsbericht zu beantworten - - Also, ich habe da keinerlei Gestaltung oder Ähnliches im Vorfeld mitbekommen oder initiert oder Ähnliches. Dieser Vertrag, der Vorstandsvertrag, war so aufgebaut, dass es diese Summe von 4,2 Millionen in 100 000-Euro-pro-Monat-Schritten - - sozusagen aufläuft auf ein buchhalterisches - also nicht ein finanzielles Konto, sondern buchhalterisches - Konto. Und dann sollte es ausbezahlt - - Ach, nee, sorry! Sie wollten die Berater- - Und es gab dann ein Wettbewerbsverbot - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie lang ging das?

Zeuge Stephan von Erffa: Das Wettbewerbsverbot? Ich glaube, also, ich hätte jetzt gesagt, drei Jahre. Also, ich könnte es jetzt nicht beschwören, aber eben für die Zeit, wie der Beratervertrag jetzt lief.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ach so.

Zeuge Stephan von Erffa: Also - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es gab das Wettbewerbsverbot - - Ich habe ja gedacht, es gab mit dem Ausscheiden aus dem Vorstand das Wettbewerbsverbot, -

Zeuge Stephan von Erffa: Genau.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - und man hat ihn dann über diesen Beratervertrag weiter kompensiert irgendwie, oder?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee. Er hätte sowieso dieses Geld bekommen als Wettbewerbsverbot. Und dann hat man - wer auch immer "man" ist, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: - also die zwei Vertragsparteien Wirecard und Herr Ley - sich darauf geeinigt - - Oder was heißt "darauf geeinigt"? Man hat dann ihn als Berater weiterbeschäftigt,

Nur zur dienstlichen Verwendung

und er hat als Beraterhonorar schlussendlich genau die Summe bekommen, die er als Wettbewerbsverbot sowieso bekommen hätte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Verstanden. Wissen Sie, ob er sich seine Altersvorsorge, seine Zusagen von Wirecard, hat auszahlen lassen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, also, ich meine, sehr sicher mich erinnern zu können, dass im Geschäftsbericht das auch - also, da gibt es die Zahlung, "Auszahlung", "Zufluss" - - dass ich das da aufgenommen hatte als Auszahlung.*

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und gab es irgendwann mal mit dieser Konstruktion dann Probleme, mit dieser Beraterkonstruktion, Stichwort "Scheinselbstständigkeit", oder so was?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß, dass es eine Diskussion gab, wie das jetzt abzurechnen ist, also was das jetzt ist, also ob das jetzt - - ob wir eigentlich das Wettbewerbsverbot bezahlen oder die Beratertätigkeit bezahlen, wo ich dann, ich glaube, auch mal gefragt worden bin von der Personalabteilung - - wie die das sieht. Und dann sagte ich: Also, ich kann es nicht beurteilen, ich bin kein Personalrechtler. Aber ich würde es im Zweifel einfach als Angestellter machen; da macht man auf keinen Fall was falsch. - Das war meine These, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Haben Sie auch einen Dienstwagen für Herrn Ley die ganze Zeit dann noch in den Büchern gehabt?

Zeuge Stephan von Erffa: Das weiß ich, ehrlich gesagt, nicht, ob er auch einen Dienstwagen - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Wäre das aus Ihrer Sicht eher ungewöhnlich für einen externen Berater, dem einen Dienstwagen zu stellen vonseiten des Unternehmens?

Zeuge Stephan von Erffa: Für einen externen Berater? Also, im klassischen Sinne - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, der Herr Ley war natürlich kein externer Berater; der hat ja zur Familie gehört. Aber - - **Zeuge Stephan von Erffa:** Ich glaube, dass er als Angestellter angemeldet worden ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, natürlich, als Angestellter ist ja was anderes. Aber er ist ja bei Ihnen dann als Externer geführt worden.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich weiß nicht - - Also, tatsächlich: Mit dem Dienstwagen weiß ich es nicht. Also, da müssten - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das wäre dann die Sache also auch der Personalabteilung. Aber grundsätzlich: Externe Berater haben eigentlich keine Autos.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber Sie waren doch auch zwischenzeitlich noch für das Controlling verantwortlich, oder?

Zeuge Stephan von Erffa: Rein formal war ich für das Controlling - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, aber wissen Sie: Also, diese rein formale Geschichte, das ist - - Also, ich meine - -

Zeuge Stephan von Erffa: Aber auch das Controlling hat nicht die Dienstwägen verwaltet, sondern das HR.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das Controlling sollte andere Dinge machen; das stimmt. Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist als Nächstes Dr. Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, vielen Dank. - Herr von Erffa, können Sie sich erinnern, dass im Herbst 2019 es Diskussionen gab zwischen der Wirecard AG und der Wirecard Bank AG im Hinblick auf bestimmte Wertberichtigungen im Kreditportfolio der Bank, die Wertberichtigungen aufseiten der Wirecard AG für dieselben Kreditnehmer nach sich ziehen könnten?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ist auch Thema des Ermittlungsverfahrens, deswegen - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Also, insofern kennen Sie das Thema; aber ich verstehe, dass Sie das jetzt jedenfalls nicht sagen müssen hier. In Ordnung.

Im Jahr 2020 gab es ja eine Diskussion, ob möglicherweise die Bezirksregierung Niederbayern für die Geldwäscheaufsicht über die Wirecard AG zuständig ist. Hatten Sie damit zu tun, oder welche Abteilung im Konzern wäre gegebenenfalls, also auf Konzernebene, das gewesen, die da die Gespräche führt?

Zeuge Stephan von Erffa: 2020 wurde ich von der Rechtsabteilung angefragt, ein paar Bilanzwerte zu liefern wegen des Finanzunter- - also, Stichwort "Finanzunternehmen" nach GwG. Das war 2020. Ich wusste nicht, dass das von extern kommt; ich dachte, dass das eine interne Frage war, die man klären wollte. Aber das kam tatsächlich in 2020 von der Rechtsabteilung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die Rechtsabteilung - okay - war da der Ansprechpartner.

Zeuge Stephan von Erffa: Herrn Steinhoff könnten - - Der ist ja heute noch da.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau. Dann werden wir das da weiter forcieren. - Dann habe ich noch eine Frage zum Thema EY. EY hat für die Anleiheemissionen SoftBank einen Comfort Letter oder einen Letter of Comfort erstellt. Ist das richtig?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sonst würde ich Ihnen noch mal eine E-Mail vorlegen, aber - -

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, das stimmt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es stimmt, ne? Genau.

Zeuge Stephan von Erffa: Aber ich glaube, es war nicht für die SoftBank, sondern für die andere Anleihe. Aber - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Oder für alle vielleicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Für die 500er.

Dr. Florian Toncar (FDP): Für die andere, okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Aber es war ja jetzt zeitlich ein enger Zusammenhang.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, okay. Können Sie noch mal beschreiben, was EY zur Ausstellung dieses Comfort Letters an Informationen angefordert und bekommen hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Nicht im Detail, aber sie haben ja den Letter of Comfort zum 31.12. meines Erachtens gegeben, wenn ich mich richtig - - Also, das bedeutet, sie haben den Letter of Comfort auf ihren Prüfungshandlungen - - oder konnten auf ihren Prüfungshandlungen fußen und hatten dazu natürlich für den Abschluss schon umfangreiche Unterlagen. Ich glaube, schlussendlich ging es tatsächlich rein formal um ein Herausnehmen von Zahlen aus dem Geschäftsbericht und das Übertragen in diesen Comfort Letter.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, wenn man das - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich glaube nicht, dass da viel Neuinformation hinzugekommen ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wenn man das letztlich zusammenfasst, ist das zwar ein Beratungsmandat, wenn ich das richtig verstehe; aber es ist eines, das eigentlich mit den Erkenntnissen aus der Abschlussprüfung erfüllt wird und auch erfüllt werden kann.

Zeuge Stephan von Erffa: Es ging tatsächlich rein um die Zahlen aus dem Geschäftsbericht, Haken zu machen, ob es in diesem Prospekt auch so richtig übertragen worden ist, wenn ich das richtig erinnere.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es andere Wirtschaftsprüfer außer EY, die mal Comfort Letter oder andere, ähnliche Bescheinigungen ausgestellt haben für die Wirecard AG?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Ich glaube, dass wir 2005 einen Börsenprospekt rausgegeben haben mit dem damaligen Wirtschaftsprüfer, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: - wo auch ein Comfort Letter da ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Während - -

Zeuge Stephan von Erffa: Aber sonst hatten wir keinen Comfort Letter je gebraucht, glaube ich. Also, jetzt würde ich - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Das ist ja auch schon neu für uns, weil wir das jetzt auch nicht wissen, wann genau Sie einen Comfort Letter eingesetzt haben. Okay, also das war der einzige, der Ihnen in Erinnerung ist.

Ist Ihnen bekannt, dass bei Wirecard ein Merchant mit dem Namen "Palmyra" geführt wurde?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das ist dann auch wieder Thema des Ermittlungsverfahrens.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist Thema des Ermittlungsverfahrens. Gut. - So, und dann: Können Sie was sagen zu dem Beratungsmandat, das Herr Wolfgang Gattringer bei Wirecard hatte?

Zeuge Stephan von Erffa: Wer?

Dr. Florian Toncar (FDP): Gattringer. - Wolfgang Gattringer hat wohl einen Report mal geschrieben, "The Russian Federation: Political Economy and Security Trends", und hat dafür wohl auch Geld bekommen, zumindest eine Rechnung gestellt. Wolfgang Gattringer.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das sagt mir nichts, aber möchte ich nicht ausschließen. Also, es wird wahrscheinlich stimmen, also wenn Sie es sagen. Aber sagt mir - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist ein privater Geschäftspartner von Herrn Marsalek, der vor allem im Nahen Osten mit ihm Geschäfte gemacht hat.

Zeuge Stephan von Erffa: Weiß nicht, ob das über meinen Tisch -

Dr. Florian Toncar (FDP): Russland-Bezug.

Zeuge Stephan von Erffa: - gelaufen ist. Weiß ich nicht. Also, ich erinnere mich - - Also, der Name: Normal erinnere ich mich, aber dieser Name sagt mir gar nichts.

Dr. Florian Toncar (FDP): "Gattringer" sagt Ihnen nichts, okay. - Jetzt haben Sie vorhin ausgesagt zum Thema Kredite auf die Frage von Herrn Bayaz, warum so hohe Fremdkapitalaufnahme, es habe sozusagen die Policy gegeben, dass man die Akquisitionen über Kredite finanziert. Das war so, oder? So war Ihre Aussage. Oder würden Sie noch mal präzisieren oder in Erinnerung rufen?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gibt keine Policy in dem Sinne, sondern es war so, dass wir gesagt haben - - oder dass nichts anderes über Kredite finanziert werden soll und dass M & A über Kredite finanziert werden können, nicht müssen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wenn das so ist: Warum hat man mit dem Bankenkonsortium 2019 eine Veränderung der Konditionen des Konsortialkredits ausgehandelt, und zwar in die Richtung, dass eine Zweckbindung, die es vorher gegeben hatte, nämlich auf Akquisitionen, weggefallen ist und der Konsortialkredit in erhöhtem Volumen für alles, für jeden betrieblichen Zweck und nicht nur für Akquisitionen, verwendet werden konnte?

Zeuge Stephan von Erffa: Im Detail war ich natürlich in die Kre- - Das war alles beim Treasury. Nach meinen Erinnerungen haben wir 2019 - - war eine andere Vertragsherangehensweise. 2019, da in diesem Zeitraum, war es so, dass die Wirecard den Kreditvertrag als Ganzes durch eigene Anwälte erstellt hat und den Banken die präsentiert hat und sie gebeten hat, entweder mitzumachen bei dem Kredit oder nicht mitzumachen, während wir - - in dem ersten Kreditvertrag so war, dass die Banken den Kreditvertrag gemacht haben und dann die Wirecard gefragt haben, ob sie so mitmacht oder nicht mitmacht. Also, der

Nur zur dienstlichen Verwendung

Lead des Vertrages hat sich geändert, und dementsprechend sollte der Vertrag einfach - - oder war die Empfehlung der Rechtsanwälte, sie einfach zu vereinfachen und möglichst wenige Regelungen zu haben, die später das Handling komplizieren.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber um das noch mal klarzuziehen: Auf wessen Initiative ging es jetzt zurück, dass 2019 die Zweckbindung des Kredits entfallen ist?

Zeuge Stephan von Erffa: Das kann ich nicht sagen; also da müssten Sie den Herrn Holten vom Treasury fragen, ob das von ihm oder vom Vorstand kam. Das kann ich nicht sagen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber von Wirecard ging diese Initiative aus? Das würde mir schon mal reichen. Oder ging sie von den Banken aus?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich denke, dass es von - - Also, wir, also die Wirecard, haben diesen Vertrag als Muster aufgebaut und dann alle gebeten, daran teilzunehmen oder nicht. Genau, also, von Wirecard, würde ich sagen. Genaue Details - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Hätte ich jetzt auch gedacht. Das ist ja auch im Interesse von Wirecard, -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): - keine Zweckbindung mehr zu haben. - Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann hat als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke das Wort.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Danke. - Herr von Erffa, konnten Sie jetzt womöglich schon in der Pause sich noch mal vergewissern, wie der Austausch mit der DPR stattgefunden hat, den ich vorhin angesprochen habe, also was Sie da zurückgemeldet haben an - -

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, Entschuldigung. Das habe ich tatsächlich nicht ge- - Ich habe die

Zahlungsmittel - - Wer war das? Das waren auch Sie - - Nee, das war - - Waren Sie mit den Zahlungsmitteln? Nee, diesen anderen Punkt: Entschuldigung, das habe ich vergessen.

> (Der Zeuge berät sich* mit seinem Rechtsbeistand)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, dann müssen wir das noch nachholen. - Ich würde Sie gerne fragen, ob Sie Kenntnisse haben von Briefkastenfirmen, die in Hongkong und auf den British Virgin Islands mutmaßlich von Herrn Bellenhaus aufgesetzt wurden und über die auch Gelder an Wirecard-Mitarbeiter liefen.

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist jetzt auch tiefstes Ermittlungsverfahren, deswegen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, Sie haben Kenntnis davon, aber es ist Gegenstand des Ermittlungsverfahrens?

Zeuge Stephan von Erffa: Aus dem Ermittlungsverfahren habe ich Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich Sie fragen, ob jemals bei Wirecard - - Es gab ja mal - ich glaube, im Zuge der Paradise Papers - auch Ermittlungen wegen Zahlungsabwicklungen für Onlineglücksspiel. Waren Sie damit jemals befasst, mit diesen Ermittlungen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein. Also, das lief immer über die Compliance-Abteilung bzw. im Legal.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie Kenntnis davon, dass jemals Risiken aus Zahlungsabwicklungen im Bereich der Pornografie auch im Hinblick auf kinderpornografische Angebote thematisiert wurden bei Wirecard?

Zeuge Stephan von Erffa: Dass wir Kinderpornografie abgewickelt hätten?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein. Es gab einen - - Ich weiß, dass ganz am Anfang, als ich da war,

Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Ermittlungsverfahren ging, wo wir mit einem BKA-Beamten zusammengearbeitet hatten, um herauszubekommen, ob in einem ganz speziellen Fall es potenziell um Kinderpornografie geht. Aber was da rausgekommen ist, weiß ich nicht. Ich hatte es nur am Rande mitbekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wissen Sie noch, welches Jahr das war?

Zeuge Stephan von Erffa: 06, 07, so was.

Fabio De Masi (DIE LINKE): 2006, 2007, okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, aber - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, wir müssen uns noch mal an das Bundeskriminalamt wenden; gut.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß nur noch, dass es, ich glaube, ein Herr Katz war. - Nee, Herr Kind oder Herr Katz.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Es gab ja eine interessante Abrechnungspraxis. Hat denn jemals eine Corinna Müller bei Ihnen Dinge abgerechnet?

Zeuge Stephan von Erffa: Corinna Müller?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. - Oder kennen Sie dieses Akronym, sage ich mal, "Corinna Müller", wissen Sie, wer sich hinter "Corinna Müller" verbirgt?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Henry O'Sullivan, also eine etwas behaarte Corinna Müller sozusagen.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay. Nein, also - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das war Ihnen nicht bekannt? - Okay. Sind Ihnen Abrechnungen für, ich sage mal, Ausflüge nach Benguerra in Mosambik bekannt?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. - Nee, ich frage nur. Ich vermute jetzt auch, dass Herr Marsalek nicht nach dem 19. Juni noch irgendwelche Reisekostenabrechnungen bei Ihnen eingereicht hat.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, nein.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, die Cessna!)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weiß ich nicht, also über Österreich und Minsk. Gut, Spaß beiseite!

Dann würde ich Sie gerne fragen zum Thema "Escrow Accounts": Herr Holten, der Treasurer von Wirecard, wunderte sich darüber, dass in 2019 ein Nettoaufbau von 900 Millionen Euro auf den Treuhandkonten stattfand, während es in den Jahren 2015 bis 2018 nur rund 300 Millionen Euro im Jahr waren. Wie haben Sie sich denn diese Steigerung erklärt?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, auch das ist natürlich jetzt wieder tiefstes Ermittlungsverfahren; deswegen will ich da jetzt nicht -in die Details gehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Braun hat Anfang Juni offenbar erklärt, dass das Geld der Probeüberweisung von der Zentralbank der Philippinen aufgehalten worden sei. Was wissen Sie hierzu?

Zeuge Stephan von Erffa: Das habe ich als Flurfunk auch gehört; wissen tue ich dazu nichts.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Wissen Sie denn, wie die angeblichen Guthaben während der laufenden KPMG-Untersuchung auf die Konten von Tolentino* gelangt sein sollen, von welchem Konto und wann? Und haben Sie sich darüber vergewissert als Head of Accounting?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir hatten Kontoauszüge von dem neuen Treuhänder bekommen. Aber von welchem Konto es ging oder Ähnliches: Nein, das wir haben uns nicht vergewissert, sondern es entsprechend umgebucht von dem einen

Nur zur dienstlichen Verwendung

Treuhandkonto aufs andere, weil das die Information war, die uns gegeben worden ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben das umgebucht von Citadelle -

Zeuge Stephan von Erffa: Genau.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - nach - - Okay. Und das heißt, da standen Sie auch im Austausch mit Citadelle zu diesem Zeitpunkt zu dieser Umbuchung?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, wir bekommen die Informationen von der Fachabteilung zugeleitet und buchen und sind im Austausch mit der Fachabteilung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und ist es zutreffend, dass Sie zu keinem Zeitpunkt mit dem neuen Treuhänder Tolentino - ich muss immer an Quentin Tarantino denken; ich weiß nicht, warum - -

(Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ich auch!)

ein Vertrag vorlag, ein schriftlicher? Weil - -

Zeuge Stephan von Erffa: Es gab einen Vertrag also, das ist das, was ich aus den Unterlagen habe - zwischen Citadelle und Tolentino, aber - der dann später erst zu uns - - den ich dann später erst in die Buchhaltung bekommen habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und "später" hieß dann: nach der Untersuchung durch KPMG? Weil die haben sich ja - -

Zeuge Stephan von Erffa: Im März oder April, würde ich sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, weil KPMG hat in ihrem Bericht dargestellt, dass kein Vertrag produziert wurde, dass kein Vertrag vorhanden war, und die waren dadurch alarmiert. Selbst die Staatsanwaltschaft war dadurch alarmiert.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß nicht, wann das Datum ist. Aber - - Also, wie gesagt: Die Kommunikation mit KPMG lief ja nicht über uns in diesem Bereich. Wann das Datum ist, also, das kann man sicherlich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Dann könnten Sie bitte als zusätzlichen Arbeitsauftrag zu meiner Eingangsfrage zur DPR vielleicht noch mal verifizieren, wann Sie diesen Vertrag erhalten haben. Sie kriegen hier immer ein paar Hausaufgaben mit; das ist leider so in Untersuchungsausschüssen. Ich habe auch immer viele Hausaufgaben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich muss gucken, ob ich an die Infor- - Ich habe ja nur begrenzten Zugriff. Aber kann ich gucken.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar, danke. - Bisschen mit Fiction, hatte ich eben gesagt, hat das Ganze ja auch zu tun. Vielleicht deshalb der Zusammenhang.

Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr von Erffa, ich habe noch nicht ganz verstanden: Sie haben jetzt mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie ja gegenüber außen sozusagen als Vertragspartner aufgetreten sind, unterschrieben haben als Chef der Buchhaltung und eben als Prokurist, aber dass Sie die Kompetenzen intern, im Unternehmen, nicht hatten - so habe ich Sie zumindest verstanden -, dass Sie da über die Entscheidungen, wie Kredite usw. zustande gekommen sind, eben nicht vollständig im Bilde waren. Aber das ist doch für Sie dann ein Haftungsproblem. Also, de facto ist doch: Wenn andere Leute die Entscheidungen treffen - der Vorstand oder wer auch immer - und Sie müssen dann den Kopf dafür hinhalten, weil Ihre Unterschrift drunter steht, das ist doch keine gute Situation. Deswegen habe ich noch nicht genau verstanden, warum Sie das dann immer so unterschrieben haben, wenn ich das richtig verstanden habe, also zum Beispiel

Nur zur dienstlichen Verwendung

bei dem EMIF-1A-Fonds. Weil - das ist zwar richtig - als Prokurist ist ja Ihre Haftung erst mal eingeschränkt - das staffelt sich dann aber nach Fahrlässigkeit -; aber es ging ja schon um größere Sachverhalt, und Sie waren ja lange in dem Unternehmen und haben ja viel unterschrieben.

Deswegen wollte ich einfach noch mal wissen: Diese Differenz, sozusagen dieser Spagat zwischen - - Sie haben jetzt mehrfach gesagt: Nach außen hin, da war ich derjenige, der unterschrieben hat; aber nach innen war ich ja nur formal derjenige und hatte ja nicht tatsächlich alle Kompetenzen, die man eigentlich mit dem Titel verbindet. Das ist doch für Sie persönlich ein Haftungsproblem gewesen.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen verstehe ich das noch nicht, dass das so weit auseinandergehen konnte, Ihre Wirkung nach außen und Ihre Wirkung nach innen.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte nicht die Kompetenz, das alleine zu entscheiden. Ich hatte allerdings, sobald ich die Freigabe vom Aufsichtsrat oder Vorstand - also vom Vorstand; ist ja für mich das relevante Gremium - - Sobald die Vorstandsfreigabe war, hatte ich ja sowohl intern als auch extern dann die Kompetenz, zu unterzeichnen. Also, ich habe einen - - Also, ein Kaufvertrag für Indien war natürlich durch externe Anwälte aufbereitet worden, war durch Vorstands- und Aufsichtsratsbeschlüsse abgesegnet worden. Und dann ging es schlussendlich um die formale Unterschrift, die dann aber natürlich autorisiert war durch eben die Gremien - - und somit meine Unterschrift ein formaler Akt ist, aber die Entscheidung schlussendlich über dieses Geschäft beim Vorstand lag und der sie ja auch allein, also als Vorstand, getroffen hat.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fühlten Sie sich da ausreichend abgesichert? Also, wie haben Sie das denn dann jeweils sozusagen entschieden, also zum Beispiel bei dem EMIF-1A-Fonds?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, die Frage, ob ich ausreichend abgesichert bin, die habe ich mich wahrscheinlich nicht gefragt. Aber ich hatte - - Wenn Sie mich fragen, hielte ich das für richtig, dass ich das unterschreibe, dann würde ich heute noch sagen: Ja, ich hielt es für richtig, weil ich eben die Autorisierung vom Vorstand bekommen habe, dass dieses Geschäft im Sinne der Wirecard ist und dass dieses Geschäft dann entsprechend auf Weisung des Vorstands abzusegnen ist.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn Dinge vom Vorstand abgesegnet waren, dann haben Sie für sich nicht noch mal persönlich geprüft, inwieweit Ihre Unterschrift für Sie persönlich - - Wie war sozusagen das dahinterstehende Geschäft? Brauchten Sie da nicht mehr plausibilisieren, sondern sozusagen das interne Go vom Vorstand hieß, dass sie, extern, haften?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, was man natürlich gemacht hat, ist, geguckt, ob das eben mit dem übereinstimmt, was der Vorstand wollte, also dass der Kugelschreiber nicht 2 000 Euro kostet, sondern 2 Euro, jetzt mal bildlich gesprochen. Das hat man natürlich überprüft, hat auch natürlich überprüft, woher der Vertrag kam, nämlich vom externen Anwalt bzw. von der Rechtsabteilung. Und entsprechend, wenn das erfüllt war, habe ich es unterschrieben, ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sind die Unterlagen jetzt nicht selber noch mal vollständig durchgegangen? Weil Sie ja mehrmals sagten sozusagen, Sie sind jetzt eher formal und für die Prozesse zuständig. Aber jetzt in dem EMIF-1A-Fonds, da haben Sie sich die Gutachten jetzt nicht alle noch mal angeschaut, ob das alles plausibel ist? Weil ja vorher, kurz vorher, er für wesentlich weniger Geld sozusagen verkauft worden ist -

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, das ist - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dann der Wert ja drastisch gestiegen ist plötzlich, -

Zeuge Stephan von Erffa: Das - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Wirecard ja deutlich mehr dafür bezahlt hat.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, die M & A-Abteilung hat natürlich die Verantwortung über das Ganze gehabt, über das Projekt. Und die stand bis zum Schluss dahinter; und es ist dokumentiert, dass sie dahinterstand. Insofern: Es ist faktisch natürlich nicht machbar, dass ich jetzt als Prokurist da jetzt die gesamte Due Diligence noch mal allein - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es in der ganzen Zeit - seit 2006 waren Sie bei Wirecard, richtig? -

Zeuge Stephan von Erffa: 2005, ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - 2005, Entschuldigung - irgendwann mal einen Fall gegeben, wo Sie den Eindruck hatten: "Da gehe ich selber zu stark in die Haftung", dass Sie etwas nicht unterschrieben haben oder dass Sie eine Diskussion hatten?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es gab sicherlich - - es gab Fälle, wo ich den Vertrag nicht unterschrieben habe, weil entweder Informationen fehlten oder Freigaben fehlten oder auch irgendwelche anderen Sachverhalte vorlagen. Also, ich kann jetzt die nicht konkret auflisten oder Ähnliches. Aber: Ja, natürlich gibt es Dinge, die man auch nicht unterschreibt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber im Zusammenhang mit dem, was jetzt inzwischen öffentlich geworden ist, all die großen Fälle, wo Sie beteiligt waren, da könnten Sie uns jetzt nicht sagen, da haben Sie zwischendurch noch mal nachgefragt, noch mal andere Unterlagen haben wollen? Wenn das vom Vorstand oder Aufsichtsrat abgesegnet war, haben Sie unterschrieben?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich denke, dass ich da jetzt wenig Neues -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: - auf die Frage beitragen kann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich nochmals in die Runde, ob das Bedürfnis besteht, weitere Fragen an Herrn von Erffa zu richten. - Ich schaue noch mal zur SPD, CDU/CSU. - Nein. Ich schaue mich an und stelle fest: Nein. Ich gucke hier noch mal rüber. - Das ist nicht der Fall. Dann - -

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Moment!)

- Bitte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben mich nur ganz kurz angeguckt. Ich habe noch ein, zwei, wenn das geht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, ja, wunderbar.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Herr von Erffa, diesen Vertrag, den Sie angesprochen haben, zwischen Citadelle und -

Zeuge Stephan von Erffa: Tolentino.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - Tolentino, der ist ja nachträglich erstellt worden, korrekt?

Zeuge Stephan von Erffa: Das weiß ich nicht. Also, ich glaube, das war so im Februar, März also, wie gesagt, ich kann den Zeitraum nicht genau einschränken -, als ich den das erste Mal gesehen hatte. Aber ich bin auch nicht - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie näher beschreiben, wie der zu Ihnen kam? Ist der vom Laster gefallen, hat den ein Vögelchen auf den Schreibtisch gelegt?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich glaube, dass der über die operativen Buchhalter zu mir kam, die die Firmen verbucht haben, und dass die Fachabteilung die an die Buchhalter geleitet hat und die dann wieder an mich. Aber das müsste ich nachschauen. Also, nur als Scan habe ich den bekommen, um das klarzu- - also als digitales Dokument.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie werden ja genannt im Zusammenhang mit "Project Ring" von einem Whistleblower in Singapur. Wie erklären Sie sich das denn?

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist das, was ich vorhin ausgeführt habe. Also, es gibt, soweit ich das in Erinnerung habe, zweimal eine - - weiß ich nicht, ob es eine Befragung oder eine Information von diesem Whistleblower - - Bei dem Ersten ist mein Name noch involviert, und beim Zweiten werden - irgendwie waren das zwei, drei Punkte alle, komplett alle, durch den Whistleblower selbst relativiert, und er sagte, er weiß gar nicht, ob ich es bin oder nicht bin. Er ist nur - - Ich sei, weil ich Schnittstelle zum Accounting dort war - - wäre der Ansprechpartner für Accounting-Themen gewesen. Und darüber, glaube ich, kam es, dass es einfach der Kontakt für das Accounting war hier in München und damit sozusagen das Management München - ich schätze, dass dieser Mensch aus dem buchhalterischen Bereich kam - für die Buchhaltung war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sind jemals Ihnen Abrechnungen präsentiert worden - - Es gab mal so ein Abendessen in München mit Herrn Sarkozy und so einer ominösen Gesellschaft, hinter der ein CSU-Stadtverordneter aus München stand; Felix-Somary-Gesellschaft, genau, so hieß die.

Zeuge Stephan von Erffa: Noch mal?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sind Ihnen da - - Da soll Wirecard die Auslagen gezahlt haben. Kennen Sie dazu Buchungsvorgänge? Es war ein Abendessen in München mit, ich sage mal, im weitesten Sinne sicherheitspolitischem Umfeld, militärpolitischem Berater der Kanzlerin, Herr Marsalek war dabei, Herr Sarkozy. Wirecard soll zumindest den Wein bezahlt haben; der war sehr teuer. Ich weiß nicht, ob Sie sich -

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, also das -

Fabio De Masi (DIE LINKE): - um solche Popelbeträge kümmern.

Zeuge Stephan von Erffa: - ist mir jetzt also wissentlich nicht über den Weg gelaufen. Ich habe mal eine Einladung vom Herrn Sarkozy auf dem Schreibtisch von Herrn Marsalek gesehen. Aber -- Also, Kosten sind -- Also, irgendwelche Ausgaben sind mir --

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Können Sie --Was da auf Ihrem Schreibtisch lag mit Herrn Sarkozy: Können Sie da noch mal ein paar Details beisteuern?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß nicht, irgendein Dinner, ich glaube, noch als er Präsident war. Aber war nur eine - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so? Herr Marsalek war zu Herrn Sarkozy eingeladen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Auch gut. Mich hat Herr Sarkozy nie eingeladen. Irgendwas habe ich falsch gemacht.

Gut. Dann würde ich gerne noch einmal zurückkommen auf diesen Zusammenhang mit der Zahlungsabwicklung für Kinderpornografie und den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes. Das war in welchem Zeitraum, sagten Sie, ungefähr, nach Ihrer Erinnerung ungefähr?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hätte jetzt gesagt, 06, 07. Aber - - Also - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und Sie nannten vorhin den Namen. War das der BKA-Beamte, den Sie da nannten?

Zeuge Stephan von Erffa: Genau. Das war irgendwie - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und können Sie den noch mal nennen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich glaube, es war Kind.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Kind?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Glaube ich, weil es so Kinderpornografie und dann der Name war; deswegen hatte ich ihn in Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Alles klar. Aber Sie wissen nicht, ob es da zur Einstellung der Ermittlungen oder Ähnlichem kam? Das wissen Sie nicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es war so - - Also, wie diese Ermittlungen weiter - - sind, weiß ich nicht. Es kam nur dann - - Zig Jahre später gab es dann einen Mitarbeiter aus der Buchhaltung, der ausgeschieden ist und der dann das Gespräch gesucht hatte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie den Namen nennen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, ist ein Herr Zapf.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Zapf.

Zeuge Stephan von Erffa: Und der sagte dann, dass er irgendwann in der Vorzeit eine Hausdurchsuchung bei sich hatte -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: - wegen der Transaktionen auf der Firmenkreditkarte. Wir konnten uns das nicht erklären. Und er kam auch zig Jahre danach, was halt ein bisschen ungünstig ist, weil dann kann man relativ wenig tun. Und das wurde dann von der Compliance aufgearbeitet, und die hat dann festgestellt, dass diese Transaktion, die damals in diesem Zusammenhang - die lief eigentlich gar nicht direkt über uns, sondern über PayPal - - kinderpornografischer Natur ist und im Auftrag vom BKA gemacht oder im Auftrag des BKA-Beamten gemacht worden ist, was dann halt drei Jahre später keiner mehr wusste. Deswegen ist mir das ein bisschen in Erinnerung geblieben, weil es ein Mitarbeiter - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie erläutern, was Sie meinten mit "im Auftrag des BKA-Beamten"? Das war dann - -

Zeuge Stephan von Erffa: Es sollte* eine Testtransaktion auf einen Kundenaccount gemacht werden, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: - und irgendwie hatten die keine eigenen Kreditkarten und baten uns, das zu machen. Wir haben eine Firmenkreditkarte gemacht, die rein namentlich auf diesen armen Sachbearbeiter lief. Und dadurch - - drehte sich dann der Kreis. Aber das wurde erst drei Jahre später durchs Compliance dann aufgeklärt, weil eben sich dann der Mitarbeiter darüber zu Recht jetzt - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, seine Kreditkarte wurde quasi genutzt für eine Fake-Transaktion?

Zeuge Stephan von Erffa: Genau. Das war so eine globale, also global als Firmenreisekarte benutzte Kreditkarte - damals hatten wir noch nicht so viele -, wo er als Sachbearbeiter dahinter stand, weil er die Buchhaltung für diese Karte gemacht hat, und entsprechend lief das irgendwie auf seine Person zurück.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, es ging nicht darum, dass - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so. Ja, ich fand es gerade so spannend. Aber - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, wir bewegen uns aber außerhalb des Untersuchungszeitraums, wollte ich nur so kurz - - Der ist 01.01.2014 bis Oktober 2020.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, wenn es drei Jahre später - - Na ja, gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: War ja nur so ein Hinweis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich glaube, da gibt es - - Also, es gab ja - - hat er geantwortet so und hatte einen Rechtsbeistand dabei. - Das heißt, es

Nur zur dienstlichen Verwendung

ging niemals darum, dass Wirecard selbst Zahlungsabwicklungen vorgenommen hat für kinderpornografische Inhalte und es deswegen Ermittlungen gab?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein. Also, es war eine große Aufregung, falls das kam, und ich glaube, der Kunde wurde sofort abgeschaltet. Jeder - - Also, soweit ich es weiß oder - - Ich bin davon eigentlich überzeugt gewesen zumindest, dass jeder ganz klar alles, was nur in die Richtung geht - auch welche, die 18 sind, aber nicht so aussehen - - Es wurde komplett abgelehnt, also da war es eigentlich immer sehr streng.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie Kenntnis - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi, nur ganz kurz.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, wenn Sie jetzt weiterfragen wollen, sagen, Sie haben nur noch zwei Fragen, dann sage ich: Okay. - Ansonsten ist das Zeitlimit, der Saldo recht groß.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich frage noch ein bisschen weiter. Ich kann jetzt auch warten, bis die Runde wieder zurückkommt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, ich möchte das nur klar haben. Dann würde ich einmal sagen, dann machen wir noch eine Runde, weil Dr. Bayaz ist dann noch mal dran, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - der guckt mich an -, und dann machen wir halt noch eine Runde. - Bitte schön, Dr. Bayaz.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, wir brauchen keine mehr nach der. Aber Herr De Masi soll sich die Zeit nehmen, die er braucht; ist doch klar.

Ich wollte noch mal fragen: Hatten Sie eigentlich Einblick in die Payroll, also im Sinne von Gehaltsstruktur von Mitarbeitern?

Zeuge Stephan von Erffa: Ganz am Anfang hatte ich es mal, und dann ab 2007 nicht mehr.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum dann nicht mehr?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte es am Anfang, weil wir noch so klein waren und ich eigentlich die Liste bekommen habe, um andere Auswertungen zu machen; da war das noch drin. Später wurde man ein bisschen professioneller und hat zu Recht die nötige Schutz-

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das war richtig, dass Sie dann später keinen Einblick mehr hatten, -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aus Compliance-Gründen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, genau, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie können auch keine Aussage darüber tätigen, ob da irgendwie jemand herausgeragt hat, der angesichts seiner Qualifikation oder des Levels überproportional gut verdient hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein. Also, ich kenne die Vorstandsgehälter, weil sie öffentlich sind, und mein eigenes und das meiner Abteilung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Braun war ja auch hier Zeuge im Untersuchungsausschuss und hat uns gesagt, dass er mit der ganzen Sache nichts am Hut hat. Halten Sie das für plausibel?

Zeuge Stephan von Erffa: Es ist schwierig zu beantworten, also wirklich schwierig zu beantworten. Also, ich möchte es nicht ausschließen, dass das richtig ist.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trauen Sie es ihm denn zu?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte bisher kein schlechtes Gefühl mit Herrn Braun - aber das hatte ich mit den anderen auch nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Herrn Marsalek auch nicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, dass der - -

(RAn Dr. Sabine Stetter: Herr Vorsitzender, ich glaube, jetzt geht es drum, den Fragen bitte Einhalt zu gebieten! Das sind Mutmaßungen!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Entschuldigung? Bitte noch mal.

RAn Dr. Sabine Stetter: Ich hätte die Bitte, dass diese Fragen, wo es um Mutmaßungen geht - -

(Zuruf des Abg. Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU))

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz ruhig, ganz gesittet! Ich möchte nur, einfach hören, was die Anwältin sagt. - Bitte schön.

RAn Dr. Sabine Stetter: Ich hätte die Bitte, dass Fragen, wo es um Spekulationen, Mutmaßungen und Bewertungen und so was geht, bitte Einhalt geboten wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist Ihr gutes Recht. Der Zeuge soll sagen, was er wahrgenommen, tatsächlich gesehen, geschmeckt, gefühlt, gerochen etc. hat. Insoweit muss der Zeuge sie nicht beantworten, aber Herr Bayaz kann es natürlich versuchen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, also - -

> (Der Zeuge berät sich* mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, also, ich glaube, dass schlussendlich das auch gesagt ist zu dem Thema, was ich - - Also, es ist tatsächlich nur Mutmaßung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich keine weiteren Fragen; danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Danke, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich noch mal - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte noch mal ein Thema zu dem Geschäftsbericht, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut.

Zeuge Stephan von Erffa: - Seite 142.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann investiere ich die 3,33 Minuten; die haben Sie, um das noch aufzuklären.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, genehmigt.

Zeuge Stephan von Erffa: Seite 142 im Geschäftsbericht 2018, unter dem Kapitel "Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente". Da steht dann ein Zitat, was dann in der Mitte des Satzes - - "die zum Teil nicht - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie die Seite noch mal? Entschuldigung!

Zeuge Stephan von Erffa: 142.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also: Mittel, "die zum Teil nicht direkt" -- oder -- "auf Rechnung von Wirecard gehalten werden", und dann geht der Satz entsprechend weiter. Also, das Wort "Treuhand" kommt nicht drin vor, sondern Zahlungsmittel, "die nicht direkt" oder "zum Teil nicht direkt" -- oder -- "auf Rechnung von Wirecard gehalten werden"; das ist die Formulierung im Mittelteil des Satzes.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das muss ich mir auch noch mal in Ruhe anschauen. Dann kommen wir vielleicht noch mal auf Sie zu.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, gut. -Dann schaue ich noch mal zu den Koa-Fraktionen - nein -, schaue mich an - nein -, schaue jetzt etwas länger Richtung Fabio De Masi und habe schon Dr. Toncar mit dem Kopf schütteln sehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): So. Herr von Erffa, haben Sie denn Kenntnis von Parteispenden, die von Wirecard oder vom Wirecard-Vorstand in Deutschland oder in Österreich getätigt wurden?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gibt eine, ich nenne es jetzt mal, Richtlinie - ich weiß nicht, ob die formal verabschiedet ist - oder eine Übereinkunft, dass keine Parteispenden gemacht werden. Ich weiß das deswegen, weil wir einmal an - wie heißt der Laden? - Wirtschaftsverein -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wirtschaftsrat der Union, -

Zeuge Stephan von Erffa: - der Union.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - haben Sie gesponsert, ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Da haben wir mal was gesponsert. Habe ich gefragt: Ist das - - Dann hieß es: Nein, es ist keine Parteispende, sondern ein Wirtschaftsverein, der einer Partei nahesteht, und das sei vom Gesamtvorstand - - okay.

(Unruhe bei der CDU/CSU und der SPD)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Lassen Sie sich nicht irritieren da!

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Waren Sie fertig mit Ihrer Antwort?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Sie haben noch mal diese Einladung von Herrn Marsalek durch Herrn Sarkozy - - Können Sie sich noch erinnern, was das war, also, weiß ich nicht, Foie gras testen irgendwie?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe das - - Es fiel auf, weil es so ein - - Es lag bei der Assistenz noch auf dem Schreibtisch, als ich da gewartet habe, so ein formelles, dekoratives Schreiben mit so einer schön gedruckten Schreibschrift, wo er zu einem Regierungsdiner oder Regierungsabendessen eingeladen war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Ja, die geben sich Mühe, die Franzosen. Ich bin Mitglied der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung; die machen immer sehr hübsche Einladungskarten, das stimmt.

So, dann würde ich Sie gerne noch einmal fragen - - Ach so, genau, das hatten wir noch nicht geklärt: die Kommunikation mit der DPR. Wir müssen jetzt irgendwie eine geeignete Möglichkeit finden, dass Sie mir noch mal darstellen, was Sie denn an die DPR zurückkommuniziert haben auf diese E-Mail hin. Wie können wir das denn machen?

Zeuge Stephan von Erffa: Diese von 2016?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wären Sie in der Lage, wenn Sie jetzt noch mal diesen Raum aufsuchen, das beizubringen, oder können Sie das schriftlich machen? Oder wie - -

(RAn* Dr. Sabine Stetter: Ich würde vorschlagen, dass wir das im Nachgang anschauen und dann schauen, ob eine Antwort darauf gegeben werden kann! Und, wenn ja, dann würde ich das an den Herrn Vorsitzenden schicken!)

Nur zur dienstlichen Verwendung

- Also schriftlich wollen Sie das machen?

(RAn Dr. Sabine Stetter: Schriftlich, ja!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wäre das okay, Kollege De Masi, wenn wir es so - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, gut; danke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wenn nicht, schreiben wir halt noch mal eine Einladungskarte, auch in Schreibschrift.

Zeuge Stephan von Erffa: Haben Sie das Datum? Das war 2016, ne? Das ist März 2016, war das, ne, die - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, exakt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann machen wir das so.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann schaue ich noch mal zu Dr. Bayaz rüber. - Bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Ich habe mir das jetzt mittlerweile in dem Geschäftsbericht angeschaut, Seite 124, die Sie eben genannt hatten.

Zeuge Stephan von Erffa: 142.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 142, entschuldigen Sie. Sie sind der Buchhalter, Sie haben die Zahlen im Blick, sehr gut. - Da heißt es ja auch, dass sozusagen diese Gelder kurzfristig operativ zur Verfügung stehen. Wäre es dann nicht die Aufgabe von einem Accountant, das mal zu testen, also zu sagen: "Da liegen 1,x Milliarden. Ich lasse jetzt mal 50 Millionen Probeüberweisung machen, ob das auch kurzfristig zur Verfügung steht"? Ist das nicht ein Instrument, was Sie in Erwägung hätten ziehen sollen?

Zeuge Stephan von Erffa: Na ja, dieses Geld war ja aus dem Zwecke dort hinterlegt, um kurzfristig, nämlich für einen Schaden aus den Geschäftsbeziehungen, zur Verfügung zu stehen. Also, das bedeutet, die Idee dieses Geldes oder der Grundsachverhalt dieses Geldes ist, kurzfristig zur Verfügung stehen, denn sobald -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Stephan von Erffa: - ein Schaden bei einem unserer Kunden entsteht, hätte man dieses Geld von dem Treuhandkonto genau dafür verwendet.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber das war jetzt nicht meine Frage. Meine Frage: Warum hat man das nicht mal gechallengt und probiert, ob Sie auch wirklich kurzfristig da rankommen? Denn das ist ja offenbar nicht passiert.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, das ist nicht passiert. Aber da gab es auch nicht jetzt von unserer Seite her die Notwendigkeit, sondern das ist eigentlich Definition des Vertrages. Also, das haben wir jetzt bei der Commerzbank auch nicht gemacht. Also, wir sind, wissen Sie - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, aber Commerzbank und Treuhandkonto auf den Philippinen, hätte ich jetzt gesagt - auch als Buchhalter in Aschheim -, das sind für mich zwei verschiedene Dinge, wo man unterschiedliche Maßstäbe auch anlegen kann.

(Der Zeuge berät sich* mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Stephan von Erffa: Gut, ja, das ist natürlich dann auch wieder - Also, das ist dann wieder in dem Detailgrad, wo ich dann - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist was?

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist ein Detailgrad, in dem ich dann jetzt nicht auf diesen Sachverhalt Treuhandkonto eingehen möchte.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es die Ermittlungen betrifft?

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, weil es - - Genau

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, die Antwort auf die Frage, warum Sie das nicht mal probiert haben, kurzfristig an das Geld zu kommen, tangiert den Ermittlungszusammenhang?

> (Der Zeuge berät sich* mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dann muss ich das glauben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Hier hat sich nichts geändert. Ich schaue jetzt noch mal zu den Kollegen rüber. - Ich stelle fest, auch dort gibt es keine weiteren Fragen. Dann stelle ich fest, dass kein Bedürfnis besteht, hier in öffentlicher Sitzung zu fragen.

Ich frage der guten Ordnung halber noch: Gibt es Bedürfnis, in nichtöffentlichem Modus Fragen zu stellen? - Auch da sehe ich keine Wortmeldungen. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Des Weiteren muss ich jetzt aber noch ein Schweigegebot aussprechen, abstimmen lassen. Herr von Erffa, Frau Dr. Stetter, Sie hatten Einblick in eine VS-Geheim eingestufte Unterlage. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung und schaue ins Rund. - Sehe keinen Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen. Ich stelle fest, der Ausschuss macht dem Zeugen von Erffa und seinem Rechtsbeistand Dr. Stetter die Geheimhaltung der als Geheim oder Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihnen zur Vernehmung zur Kenntnis gelangt sind. Der Zeuge und sein Rechtsbeistand werden darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

Zeuge Stephan von Erffa: Welcher Sachverhalt ist dieses - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war der, als Sie eben noch mal - - als Herr De Masi zwar sehr geschickt aus der "Financial Times" zitierte -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - und Sie dort vor dem Stuhl -

Zeuge Stephan von Erffa: Okay, danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - quasi über dem Computer knieten, um einen stillen Vorhalt sich anzuschauen; das ist der gemeinte Sachverhalt, jetzt ein bisschen sehr abstrakt durch das wirklich geschickte Vorgehen. Aber ich muss das so tun an dieser Stelle, weil diese Unterlage eben so eingestuft ist.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ansonsten darf ich mich jetzt zur Teatime bei Ihnen insoweit verabschieden, mich ganz recht herzlich bedanken, dass Sie hier sich sehr kooperativ gezeigt haben. Ich wünsche auch der Anwältin eine gute Heimkehr. Und bleiben Sie in diesen schwierigen Zeiten beide gesund! Toi, toi, toi! Ich bedanke mich bei Ihnen, und einen guten Tag noch!

RAn Dr. Sabine Stetter: Herzlichen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan von Erffa: Ich bedanke mich auch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann rufe ich jetzt auf zur nächsten Zeugenvernehmung, das ist der Zeuge Thomas Eichelmann, und bitte, den zweiten Zeugen zu uns in den Saal zu geleiten. Wir setzen dann, denke ich, nach kurzer Zeit hier fort. Ich hoffe, das reicht jetzt noch für einen Kaffee oder so.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Thomas Eichelmann

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima, ich sehe schon, der Zeuge nebst Rechtsbeistand ist anwesend. Also begrüße ich schon mal en passant Herrn Eichelmann, heiße Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses willkommen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Dr. Rainer Spatscheck, Platz genommen; Sie begrüße ich auch recht herzlich im Namen des Ausschusses. Ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Anreise, auch, insoweit man das dann immer sagt, einen angenehmen Aufenthalt im Zeugenraum.

Herr Dr. Spatscheck, ich würde Sie kurz noch darauf hinweisen wollen: Sie dürfen den Zeugen selbstverständlich beraten, Ihnen selbst steht jedoch kein Rede- oder Fragerecht zu; insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Was aber selbstverständlich ist: Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung natürlich zum Zwecke der Beratung beantragen. Gibt es hierzu noch Fragen Ihrerseits? - Nein.

Herr Eichelmann, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge sowie zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übermittelt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür immer wieder mein Dank im Namen des Ausschusses, weil das spart uns in der Reihe der vielen Zeugen ungemein Zeit. Also noch mal danke schön an Sie beide.

Deshalb kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken: Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder

sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich Ihrerseits um einen kurzen Hinweis; der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Haben Sie zu diesen Punkten noch Fragen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

RA Dr. Rainer Spatscheck: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann möchte ich Sie abschließend noch darauf hinweisen, immer das Mikrofon zu benutzen, weil wir neben der stenografischen Aufzeichnung auch immer eine Rückfallebene, nämlich eine ganz normale Tonaufzeichnung, haben, und die funktioniert nur, wenn Sie den Knopf mit dem roten Licht und diesem Zeigefinger drücken und auch tatsächlich dann hier der rote LED-Ring leuchtet; dann ist Ihr Mikrofon sozusagen scharf geschaltet.

Herr Eichelmann, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher kurz bitten, sich vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Dienst- oder Wohnort nennen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Mein Name ist Thomas Eichelmann. Ich bin 55 Jahre alt, und ich wohne in

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Herr Eichelmann, Sie können, wenn Sie das nun wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Herr Eichelmann, Sie haben das Wort.

Zeuge Thomas Eichelmann: Vielen Dank. - Ich denke, es wäre sinnvoll, dass ich einen kurzen Abriss gebe, wie ich zunächst zu Wirecard gekommen bin, vielleicht bis zu dem Beginn der KPMG-Sonderuntersuchung. Ich denke, das ist irgendwie einer der wesentlichen Untersuchungsgegenstände.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe Ende 2018 Kenntnis davon bekommen, dass eine sehr gut reputierte Personalberatung nach einer Ersatzgestellung für den Aufsichtsrat der Wirecard AG sucht und dort eine entsprechende Longlist erarbeitet, auf der, wie mir die Personalberaterin berichtete, irgendwas zwischen 20 und 30 Personen vorgesehen waren. Man hat dann einen relativ - aus meiner Sicht - professionellen Prozess durchgeführt, ist runtergekommen auf eine Shortlist, die nach dem, was mir erzählt wurde, rund 10 Personen umfasst hat, hatte dann in der nächsten Auswahlrunde noch 3 Personen als quasi Endkandidaten identifiziert. Und es kam dann im Spätwinter/Frühfrühjahr 2019 zu einer Endauswahl, wo man an diesem Tag sämtliche damals amtierenden Aufsichtsratsmitglieder kennengelernt hat und dort in zwei Runden quasi mit jeweils drei Partnern ein entsprechendes Interview geführt hat.

An demselben Tag, noch am Abend, wurde ich dann informiert, dass die Wahl auf mich gefallen sei, und ich hatte dann entweder an dem gleichen Tag noch am Nachmittag oder am nächsten Tag das erste Zusammentreffen mit Herrn Dr. Braun - 20 Minuten Kennenlernen, einfach damit man sich gegenseitig gesehen hat -, bevor die Einladung zur entsprechenden Hauptversammlung 2019 erstellt wurde und rausgeschickt wurde.

Ich habe dann in der Zwischenzeit die Gelegenheit genutzt, habe mir einige Analysten-Reports angeschaut, genau genommen drei, um mich noch etwas vertiefter mit der Firma zu befassen, die sich alle sehr gut gelesen haben, mit hervorragenden Aussichten für die Zukunft; das war auch ein wesentlicher Bestandteil meiner Entscheidungsfindung. Darüber hinaus habe ich den damals gerade eben erst erschienenen Geschäftsbericht für 2018 mir angeschaut, der ja auch, wie Sie wahrscheinlich wissen, mit einem uneingeschränkten Testat versehen wurde - - und zumindest der öffentlich zugängliche Teil aus meiner Sicht, ich sage mal, ohne Fehl und Tadel war, wenn man das so ausdrücken darf.

Ich bin dann in der Hauptversammlung am 18.06. gewählt worden. Am Abend der Hauptversammlung gab es dann noch die übliche konstituierende Sitzung für den neu sich zusammensetzenden Aufsichtsrat. Das ehemalige Mitglied aus dem AG-Aufsichtsrat, Herr Alfons Henseler, ist ausgeschieden, und ich war sozusagen der Ersatzspieler für ihn, wenn Sie so wollen.

Es sind dann an dem Abend die entsprechenden Ausschüsse besetzt worden. Und da ist jetzt im Bezug auf den Prüfungs- und Finanzausschuss die Wahl aus dem Gremium auf mich gefallen. Das war auch im Vorfeld schon, während der Auswahlgespräche, ein Thema: dass man eben jemand gesucht hat, der den Finanz- und Prüfungsausschuss übernehmen sollte, der bis dahin ja in Personalunion von dem damals amtierenden Vorsitzenden, Herrn Wulf Matthias, geleitet wurde.

Es gab dann an dem Abend - das fand ich auch schon etwas gewöhnungsbedürftig, ehrlich gesagt - eine gewisse Dissonanz um die Frage, wer Stellvertreter im Aufsichtsrat insgesamt sein sollte, weil Herr Henseler eben auch dieses Amt innehatte, also es musste nachbesetzt werden. Man konnte sich an dem Abend dann nicht einigen und ging etwas, wie soll ich sagen, irritiert auseinander. Für mich als neues Mitglied: Habe ich in der Form noch nicht erlebt gehabt bei anderen Mandaten, und ich hatte vorher circa 10, 15 Mandate, größere, kleinere, mittlere in verschiedenen Jurisdiktionen. Und das war für mich zunächst mal irgendwie, sagen wir mal, überraschend, auch die Art und Weise, wie man sich da gestritten hat.

In den Wochen danach gab es relativ - - zunächst mal wenig Berührungspunkte mit Wirecard für mich; die beginnende Urlaubssaison hat da reingespielt. Ich hatte ein Treffen mit dem CFO, und ich hatte Anfang August dann ein Treffen mit dem Prüfer. Allerdings war auf der Prüferseite damals nur der Linksunterzeichner zugegen; die anderen beiden konnten nicht, wenn ich es richtig erinnere, einer wegen Urlaubsgründen und einer wegen beruflicher Verhinderung. Wir haben dann anlässlich dieses Termins vereinbart, dass wir uns zur weiteren Diskussion über das Geschäftsmodell, auch über Prüfungsschwerpunkte, im September noch einmal intensiv zusammensetzen wollten. - Ist irgend-

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich unterbreche nur ungern. Würden Sie immer, kurz, dann und wann den Namen dann auch, wenn Sie über Personen reden - das macht es uns leichter -, dabei nennen? Also, nennen Sie ruhig, wie sagt man, Ross und Reiter.

Zeuge Thomas Eichelmann: Gut. Welcher fehlt noch, Herr Dr. Raue?*

(Dr. Florian Toncar (FDP): "Der Linksunterzeichner" haben Sie gerade gesagt!)

- Ist der Herr Budde.

(Dr. Florian Toncar (FDP): Wer?)

- Herr Budde von Ernst & Young.

(Dr. Florian Toncar (FDP): Genau!)

Rechts unterschreibt Herr Dahmen, links Herr Budde - oder unterschrieb. Und der operative Partner war der Herr Fichtelberger.

Und das war eben so, dass der Herr Budde - was üblich ist; ich kenne es auch nicht anders -, dass der Linksunterzeichner in den operativen Ablauf nicht so intensiv eingebunden ist wie die anderen. Und er bat eben darum, weil ich ihn natürlich befragt habe: "Wollen wir noch mal aus Ihrer Sicht bitte über das Geschäftsmodell Wirecard reden?", das mit Dahmen und Fichtelberger durchzuführen, und da wurde dann ein Termin im September gesucht. Der wurde dann auch gefunden. Final fand das Treffen, wenn ich es richtig im Kopf habe, am 24.09. statt; aber bitte nageln Sie mich jetzt nicht auf den Tag fest! Wenn es sehr wichtig sein sollte, sagen Sie es mir; dann würde ich noch mal gerade eben gucken, ob ich das hier notiert habe, ja?*

So, jetzt sind wir im August. Es gab dann im August noch eine Sitzung mit dem Prüfungsausschuss, zur Feststellung der Q2-Zahlen und auch zur Vorbereitung einer Bond-Emission - es sollte im Frühherbst/Spätsommer eine Standard-Bond-Emission stattfinden, also, das heißt

500 Millionen Euro, ganz normaler Bond, verzinst und endfällig -, und diese beiden Themen waren die wesentlichen Themen auf der kurzen Prüfungsausschusssitzung.

Was ist daran bemerkenswert, oder was war für mich bemerkenswert? Ich hatte, um mich einzulesen als neuer Prüfungsausschussvorsitzender, darum gebeten, kurz nach meiner Wahl in den Aufsichtsrat, mir doch die alten Prüfungsausschussprotokolle zu überlassen. Ich habe da zunächst mal keine Antwort bekommen und habe da noch mal nachgehakt. Dann hat die Chief Legal Counsel, also die Leiterin der Rechtsabteilung, mir mitgeteilt, dass es keine Protokolle gibt. Dann habe ich gesagt: Das finde ich aber außergewöhnlich; das wird es unter meiner Ägide nicht geben, ich lege da großen Wert auf eine vernünftige Protokollierung der Dinge. -Daraufhin hat die Dame mich dann noch mal kontaktiert und mir gesagt: Ja, es gibt keine Protokolle, weil auch noch keine Sitzungen stattgefunden haben.

> (Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Das war natürlich letztlich logisch, aber natürlich nicht optimal.

Das heißt also: Für mich bin ich in der ersten Sitzung in diesem Prüfungsausschuss dann auch mit dem Herrn von Knoop kurz durchgegangen, was ich mir üblicherweise vorstelle.

Wie läuft ein Prüfungsausschuss ab? Sie haben mindestens vier, in der Regel fünf Sitzungen im Jahr, Minimum. Es gibt bestimmte Rhythmen, die Sie einhalten, wo Sie halt die üblichen Dinge überprüfen, plus dann eben einmal im Herbst Festlegung der Prüfungsschwerpunkte für das laufende Jahr und im Frühjahr natürlich irgendwie eine engere Begleitung der kurz dann - hoffentlich - sich vor Ende befindlichen Jahresabschlussarbeiten.

Es gab dann eben diesen Sommerbreak, weil, ich sage mal, im Juli/August waren sowohl von den Vorständen als auch von den Aufsichtsräten die Leute teilweise parallel, teilweise nacheinander



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Urlaub. Ich selber muss zugeben: Ich war auch im Urlaub, auch irgendwie zweieinhalb Wochen unterwegs. Ich fand es aber auch, ehrlich gesagt, nicht schlimm, weil es war damals terminiert für Ende August ein Aufsichtsratsworkshop über drei Tage. Dieser Aufsichtsratsworkshop wurde intensiv vorbereitet von einem externen Rechtsberater. Dann nenne ich hier auch den Namen - ich denke irgendwie, da werden Sie auch Wert drauf legen -: Der externe Rechtsberater war ursprünglich Latham & Watkins mit zwei Seniorpartnern, einem Herrn und einer Dame. Die Dame hat dann allerdings im Laufe des Sommers - ich weiß nicht mehr genau auswendig, wann -, wenn man so will, die Fahnen gewechselt und ist von Latham & Watkins zu Clifford Chance übergewechselt, hat aber das Mandat in Zusammenarbeit mit dem Herrn von Latham & Watkins weiterhin intensiv mitbetreut und auch eben die Vorbereitung dieses Aufsichtsratsworkshops.

Warum war der Workshop so wichtig? Bei dem Workshop sollten - und das war für mich natürlich wertvoll als neuem Mitglied; ich kannte die Firma ja bis dahin nur aus, wie gesagt, Geschäftsberichten, aus Analystenreports und natürlich auch aus den verschiedenen Presseberichterstattungen, die ja zum damaligen Zeitpunkt sowohl positiv wie negativ waren und die sich aber auch schon in die Vorjahre hinein erstreckt hatten - -In diesem Aufsichtsratsworkshop ging man noch mal die ganzen Projekte durch, die sowohl der Aufsichtsrat als auch der Vorstand angestrebt hatten, um mit diesen Anschuldigungen, die die Firma ja regelmäßig, immer wieder - ich glaube, seit 2015 und zum Teil sogar schon früher - - mit denen die Firma quasi konfrontiert war. Es wurde auch noch mal besprochen das Thema Shortselling-Verbot. Jetzt war ich früher mal bei der Deutschen Börse tätig, und es war mir klar, dass es eine außerordentliche Maßnahme ist, weil nach meiner Kenntnis war - - sozusagen nach der Installierung der BaFin gab es das nie für eine Einzelaktie. Das gab es mal im Rahmen der Finanzkrise - da war ich noch bei der Deutschen Börse selbst tätig -, da wurde für verschiedenste Finanzinstitutionen das ShortsellingVerbot ausgerufen, um eben sozusagen den Finanzplatz Deutschland entsprechend abzusichern.

Was in dem Zusammenhang von mir auch noch angesprochen wurde, das war eine Unterlage, auf die der Herr Budde in dem vorher erwähnten Meeting Anfang August - ich meine, es war der 5. oder 6. August - mich hingewiesen hatte. Es gab eine sogenannte Anlage 8 zum Prüfbericht; ich weiß nicht, ob der Ihnen hier vorliegt. Die habe ich dann kurz vor dem Workshop und kurz nach dem Workshop noch mal gelesen und durchgearbeitet, weil mir die relativ umfangreich erschien - vor dem Hintergrund meiner eigenen Mandatstätigkeiten von früher. Sie erschien mir deswegen umfangreich, weil, wie vorher erwähnt, wir hatten ja die Situation, dass es ein eingeschränktes* Testat gab und die entsprechend positiven Analystenreports dazu.

Dann wurde also quasi in dem Workshop - für mich, wie gesagt, gut - - sind die Vorstände aufgetreten, mit Ausnahme von Herrn Dr. Braun, haben ihren jeweiligen Bereich vorgestellt, die Ideen, die Strategien für die Zukunft. Die Anwälte des Aufsichtsrates haben noch mal rekapituliert, was bislang an Projekten gelaufen ist. Und zum damaligen Zeitpunkt aktuell war ja abgeschlossen gewesen - das war allerdings noch vor meinem Start - ein McKinsey-Projekt zum Thema "Compliance und Kontrollsysteme", wo bestimmte Ansatzpunkte herausgearbeitet wurden, die mir persönlich aber relativ oberflächlich erschienen. Gleichwohl wurde ein Umsetzungsprojekt, auch noch vor meinem Eintritt, schon beschlossen, das dann eben von PwC begleitet wurde. Da ging es darum, gerade im Bereich Compliance und Risikomanagement die Firma weiter zu professionalisieren, einmal was die Prozesse angeht, aber auch was die Kapazitäten angeht und was die internationale Vernetzung angeht. Das war also sozusagen gerade in dem Moment losgelaufen.

Im Nachgang zu dem Workshop des Aufsichtsrates ging es dann relativ Schlag auf Schlag. Wie gesagt, es gab dann ein sehr vertiefendes Gespräch mit den Vertretern von Ernst & Young - in diesem Fall waren das jetzt der Herr Dahmen und



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Herr Budde -, aus meiner Erinnerung heraus: 24.09. Aber noch mal: Ich mag mich da jetzt nicht auf den Tag genau festlegen. Und anlässlich dieses Tages sind wir noch mal diese Unterlage durchgegangen, die berühmte Anlage 8 oder den Managementletter von Ernst & Young. Die hatten das insgesamt auch als PowerPoint-Präsentation aufbereitet. Und mir erschienen die offenen Punkte aus dem Jahr 2018 oder aus der Prüfung 2018 relativ umfangreich. Wir sind dann in die Diskussion gekommen. Ich habe dann gelernt im Laufe des Gespräches, dass einige dieser Punkte auch bereits schon Thema waren während der Abschlussarbeiten für das Jahr 2017. Das heißt also, diese offenen Punkte wurden schon seit zwei Perioden quasi mitgeschleppt.

Ich habe mich dann bedankt für die Informationen und habe noch mal Rücksprache gehalten mit dem CFO, was der denn dazu sagt. Er hat mir dann irgendwie berichtet, dass sie dabei sind, die Punkte aufzuarbeiten. Ich habe mit den Ernst & Youngs und mit dem CFO allerdings auch besprochen, dass wir relativ zeitnah noch mal zusammenkommen müssen, um zu gucken, was jetzt von diesen Punkten bereits erledigt ist, weil der Rest daraus, zumindest schwerpunktartig, muss eben auch Prüfungsschwerpunkt werden für den Abschluss 2019, der ja bis zum Frühjahr 2020 fertig werden musste.

Parallel dazu habe ich auch angeregt beim Vorstand und auch im Aufsichtsrat, dass wir ab sofort, sprich: ab dem Jahr 2020, wozu es dann ja leider nicht mehr kam, ein sogenanntes Half-Year-Review einführen. Das heißt: Üblicherweise, insbesondere bei DAX-Unternehmen - ich meine, es gibt nur ein einziges DAX-Unternehmen außer Wirecard, wo das damals nicht der Fall war -, wird auch ein Halbjahresreview durchgeführt. Sie sind gesetzlich nicht verpflichtet - das wissen Sie wahrscheinlich -, eine formelle Halbiahresprüfung durchzuführen. Aber es ist sehr, sehr üblich, im Halbjahr den Prüfer auch über die Q2-Zahlen drübergehen zu lassen. Das hat für die Firma auch den Riesenvorteil, dass man mit dem Jahresabschluss in der Regel dann schneller ist und man die üblichen, vorgesehenen gesetzlichen Fristen besser einhalten kann. Also das war sozusagen eine der Maßnahmen,

die wir da in die Welt entlassen haben, was Ernst & Young natürlich auch gefreut hat, weil das bedeutet de facto ja, dass die dann quasi ein Jahr durchgängig bei dem Mandanten tätig sein können.

Ich habe mich dann noch mal mit insbesondere der Beraterin des Aufsichtsrates ausgetauscht und wollte noch mal etwas genauer wissen, wie der Abschluss 2018 zustande kam. Und da wurde mir berichtet, dass die Diskussionen um diesen Abschluss relativ intensiv abgelaufen sind und dass man teilweise auch die Befürchtung hatte, dass unter Umständen irgendwie das Testat gar nicht uneingeschränkt erteilt wird, sondern dass es da relativ intensive Diskussionen gab zwischen Aufsichtsrat, Vorstand und Prüfer, und dass auch ein Teil der Unterlagen - und das war für mich ein gewisses Alarmsignal - erst zu dieser Sitzung selbst präsentiert wurde.

Jetzt muss man wissen - also, wenn ich jetzt irgendwie sozusagen zu detailliert erzähle, stoppen Sie mich gerne -, der Abschluss nach meinem Dafürhalten funktioniert so: Die Company stellt den Abschluss auf, der Prüfer - sprich: unter sozusagen der Ägide des Vorstandes - prüft diesen Abschluss und erteilt ein Testat: eingeschränkt, uneingeschränkt, Hemmnis oder Hindernis; diese vier Klassen gibt es quasi. Aber dann ist er ja noch nicht fertig: Dann muss der Aufsichtsrat billigen.

Warum erzähle ich das? Ich habe das mit der Rechtsberaterin intensiv durchgesprochen. Ich persönlich hatte schlicht und einfach Manschetten davor, wenn ich das so ausdrücken darf, dann im Frühjahr 2020 dazusitzen, womöglich wieder Unterlagen erst in der Sitzung eingereicht zu bekommen, dann gucken alle Augen auf mich, und ich soll als neuer Prüfungsausschussvorsitzender etwas billigen, was eventuell gar nicht nachvollziehbar ist. Dann habe ich auch den Prüfern klargemacht, dem CFO klargemacht, dass das mit mir nicht geht und dass wir sozusagen den Prozess für den Jahresabschluss 2019 anders gestalten müssen, als es in den Jahren zuvor der Fall war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Parallel tauchte genau um diese Zeit herum ein neuer Artikel der "FT" auf und eine Meldung von einer Website "MCA-Mathematik.com" mit verschiedenen Anschuldigungen. Im "FT"-Artikel ging es aus meiner Erinnerung im Wesentlichen um die Frage, ob gewisse Kunden bei einem der TPA-Partner, also der Dritt-Acquiring-Partner - - ob diese Kunden existieren oder nicht existieren. Es gab dann um diesen Dreh herum auch noch irgendwie eine Veröffentlichung der "WirtschaftsWoche", die sich die Mühe gemacht hatten, nach Dubai vor Ort zu reisen und den potenziell wichtigsten Partner von Wirecard nicht, ich sage es mal einfach, angetroffen haben. Also, es war für mich ein etwas, ich sage mal, diffuses Bild. Und was man jetzt auch in Erinnerung bringen muss, ist, dass bereits während der Hauptversammlung, 18.06., die Forderung von verschiedenen Aktionärsvertretern, aber auch von Einzelaktionären erhoben wurde, dass die Firma eine durch die Hauptversammlung installierte Sonderprüfung durchführen soll.

All die Themen gerade eben als mehr oder weniger frisch angefangener Aufsichtsrat auf dem Tisch war die Überlegung gereift bei verschiedenen Mitgliedern im Aufsichtsrat, aber vor allem auch bei mir, dass es ideal wäre, noch ein zweites Augenpaar da draufschauen zu lassen. Dann passierte etwas, was vom Timing her uns oder mir zumindest in die Karten gespielt hat: Es gab einen Deutschland-Korrespondenten, Redakteur der "Financial Times", der den damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden persönlich angetroffen hat - entweder telefonisch persönlich oder persönlich-persönlich; das weiß ich nicht mehr und den dazu gebracht hat, sich "on the records" zu äußern. Und da gab es eben die Äußerung von dem Herrn Matthias an einem, ich glaube, Donnerstagabend oder Freitagmittag, dass er es überhaupt nicht einsieht, dass noch mal eine Sonderprüfung durchgeführt werden soll, und dass diese ganzen Anschuldigungen alles Humbug sind, und der Aufsichtsrat und die Firma haben schon alle möglichen Dinge unternommen, um die Anwürfe letztendlich sozusagen aus der Welt zu räumen, und es hätte sich nie irgendetwas bewahrheitet, und unter seiner Führung würde es jetzt keine Sonderuntersuchungsaktivität mehr

geben. Das heißt also, man würde gerne so weitermachen wie bisher.

Das führte zu einem Aufschrei, auch im Aufsichtsrat. Und ich muss an der Stelle auch sagen: Auch der CEO, also der Herr Dr. Braun, kam in dem Moment auf mich zu - warum er auf mich zukam, das kann ich Ihnen nicht sagen - und fragte mich in Bezug auf das Thema Sonderuntersuchung: Wenn man so etwas machen muss, machen möchte, machen kann, machen soll, macht man es lieber mit einem Anwalt - also, sprich, beauftragt man eine Anwaltskanzlei, die international in der Lage ist, derartige Vorgänge zu begleiten -, oder macht man das mit einem Wirtschaftsprüfer? Ich habe mich damals für den Wirtschaftsprüferweg stark ausgesprochen. Wie gesagt, Hintergrund - vielleicht nicht ganz uneigennützig - - Aber mir ging es natürlich auch darum, den Abschluss 2019 schon im Blick habend, möglichst, wenn es geht, doppelt abzusichern.

Wir haben dann im Aufsichtsrat den Beschluss dazu gefasst, dass wir uns mit dieser Auswahl befassen sollen. Aus dem Aufsichtsrat heraus wurden zwei Mitglieder damit betraut, sich an der Auswahl zu beteiligen. Das war einmal die Frau Quintana-Plaza und zum Zweiten eben meine Wenigkeit. Und wir haben dann im direkten Austausch auch mit dem Herrn Dr. Braun uns darüber verständigt, wie wir das machen, und am Schluss haben wir uns darauf geeinigt: Wir nehmen einen Wirtschaftsprüfer. Bei den Wirtschaftsprüfern kommen nur die Big Four infrage, weil die Aufgabe relativ komplex ist und man auch schnell ein großes Team hat stellen müssen. Auf der anderen Seite war EY natürlich als laufender Abschlussprüfer dafür nicht geeignet; wir wollten ja auch ein zweites Augenpaar haben. Das heißt, es blieben zunächst noch übrig: PwC, Deloitte und KPMG. PwC fiel dann aber auch raus, weil PwC just in dem Jahr 2019 die Prüfung der Bank übernommen hatte: das waren in meinen Augen Konflikte. Das heißt, es fokussierte sich dann auf die Frage: Nimmt man Deloitte? Fragt man Deloitte an? Und fragt man KPMG an? Die müssen ja auch relativ kurzfristig dann zur Verfügung stehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das Timing im Jahr war maximal unglücklich, weil mit einem beginnenden Jahresabschluss auch noch eine beginnende Sonderprüfung durchzuführen in einem Unternehmen, wo die Accounting-Abteilungen vielleicht nicht ganz optimal aufgestellt sind, ist natürlich auch noch mal eine zusätzliche Belastung; das muss man auch sehen.

Ich glaube, den Leiter des Accounting hatten Sie heute hier. Ich weiß nicht, was Sie da für einen Eindruck gewonnen haben. Also mein Eindruck war da, vorsichtig formuliert, mittelmäßig. Und wenn man dann mit der Teamausstattung parallel zwei Quasi-Abschlüsse, davon der eine noch etwas vertiefter war als ein normaler Abschluss, durchführt, dann ist es natürlich auch ein gewisser Ritt, den die Gesellschaft ja dann auch stemmen muss. Man kann sich ja nicht auf irgendwas einlassen, wo man von vornherein schon weiß, das wird am Schluss irgendwie zu keinem ordentlichen Ergebnis führen können, weil einfach die technische oder die personelle Ausstattung nicht da ist.

Wir haben uns dann dazu entschlossen, zunächst KPMG anzusprechen, haben also ein Forced Ranking erstellt. Es war dann an mir, mit KPMG Kontakt aufzunehmen. Wir haben das relativ schnell auch durchgeführt: Also, die ersten Diskussionen liefen eben am Freitagabend, am Samstagabend hatte ich noch die Chance, mit einem KPMG-Vertreter zu sprechen, der mir wiederum versprach, noch bis am Sonntag mir zu sagen, ob die in der Lage sind, a) die Prüfung kapazitativ darzustellen und auch, ob sie wollen, ich sage es mal ganz einfach, vor dem Hintergrund der damals eben auch schon virulenten Compliance-Vorwürfe gegenüber Wirecard. KPMG hat dann entsprechend zugesagt und hat auch ein sehr seniores Team gestellt, mit dem Herrn Leitz als Mitglied des Deutschland-Vorstandes und dem Herrn Geschonneck an der Spitze; das ist der Deutschland-Leiter der Forensik; ich weiß natürlich, dass er hier auch schon, ich glaube, letztes Jahr im Herbst schon gesprochen hat. Das waren die beiden führenden Partner. Darunter gab es eine Mannschaft, die sich dann, ich glaube, in der Spitze auf weit über 40 Personen hochgefahren

hat. Also es war, sagen wir mal, schon eine relativ große Aktion.

Was vielleicht dabei noch erwähnenswert ist und mir persönlich, ehrlich gesagt, auch wichtig ist: Der Auftrag von PwC wurde - und ich denke, das darf ich sagen - auf Betreiben des Aufsichtsrates so ausgestaltet, dass - -

> (RA Dr. Rainer Spatscheck: Nicht PwC! KPMG! -Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): KPMG!)

- KPMG, Entschuldigung. Ja, KPMG. - Der Auftrag wurde auf Betreiben des Aufsichtsrates so ausgestaltet, dass KPMG an den Aufsichtsrat berichtet. Warum ist das wichtig? Es gab ja in den Vorjahren schon diverseste Untersuchungen. Es gab mal in 2017 eine entsprechend vergleichbare Übung: damals forensisch, also eine vertiefte, forensische Untersuchung des Abschlussprüfers. EY wurde aber beauftragt seitens des Vorstandes und ist dann ja auch so ein bisschen wie eine unvollendete Übung dann eben ausgelaufen, ohne ein konkretes Ergebnis zu erbringen. Es gab eine Übung in dem Frühjahr 2019 im Rahmen der Singapur-Vorwürfe von einer Rechtsanwaltskanzlei namens Rajah & Tann - ich hoffe, ich spreche es richtig aus -, wo es auch diverse Kritik gab, weil nicht der komplette Bericht veröffentlicht wurde. Und es gab noch zwei, drei andere Untersuchungen mit verschiedenen Institutionen, die zum Teil vom Vorstand, zum Teil vom Aufsichtsrat angetriggert wurden. Also, mir war wichtig, dass in diesem Fall der Aufsichtsrat beauftragt, damit nicht, sozusagen wie damals bei EY, der Vorstand mittendrin abbrechen kann. Und mein Argument an der Stelle war, dem man sich da auch nicht entziehen konnte, dass zumindest einer der damals amtierenden Vorstände auch von verschiedenen Anschuldigungen betroffen war und im Übrigen auch der heute hier vor mir offensichtlich sehr lang interviewte Herr von Erffa ja auch im Zentrum von verschiedenen Vorwürfen stand. Und wenn der Chef des Accounting, also der Finanzchef des Unternehmens, der operative, und einer der Vorstände betroffen sind von An-



Nur zur dienstlichen Verwendung

schuldigungen, dann fand ich es jetzt nicht angemessen, den Bock zum Gärtner zu machen. Und ich muss auch sagen, der Dr. Braun, um da irgendwie transparent zu bleiben, hat sich der Logik dann auch nicht entzogen.

Der zweite Punkt, der wichtig ist zu erwähnen, ist, dass - auch hier wieder mit dem Gedanken im Kopf - - Und noch mal: Bitte haben Sie Verständnis, als neuer Aufsichtsrat - ich war damals geradezu begeistert von der Möglichkeit, da zu helfen, das Unternehmen aufzuräumen, organisatorisch - war es mir wichtig, sicherzustellen, dass wir nicht wieder in so einer unvollendeten Aktion enden, ja? Wie können Sie das machen? Das können Sie machen, indem Sie etwas tun, was Sie normalerweise als Manager extrem ungern tun: Sie geben die Methodenhoheit aus der Hand. Das heißt, der Auftrag an die KPMG wurde in Absprache mit der Rechtsberaterin des Aufsichtsrates so formuliert, dass die Methodenhoheit bei KPMG blieb. Das heißt also: Es war KPMG überlassen, mit welcher Intensität sie den einzelnen Anschuldigungen und mit welchen Mitteln sie den einzelnen Anschuldigungen und wie lange sie den einzelnen Anschuldigungen folgen wollten oder sollten, um eben einen entsprechend dann hoffentlich abschließenden Report zu erstellen, den wir, wie wir ja wissen, leider dann nie mehr gesehen haben. Um sicherzustellen, dass nicht kurz vor Unterschrift die ganze Sache irgendwie beerdigt wird, ist dieses Dokument in einer vertraulichen E-Mail lediglich dem Chief Compliance Officer mit der klaren Anweisung, das nicht weiterzugeben, auch nicht an den Vorstand weiterzugeben, übermittelt worden. Selbstverständlich ist der komplette Vertrag dem Aufsichtsrat, also dem vollständigen Aufsichtsrat, zur Kenntnis gegeben worden. Es wurde auch einstimmig darüber beschlossen. Und final wurde der Vertrag von dem Herrn Matthias und mir entsprechend unterzeichnet und das Projekt dann auch entsprechend gestartet. Also, ich betone den Punkt so; ich glaube, ohne diese Methodikfrage wäre am Schluss wahrscheinlich nicht diese Art von Projekt abgelaufen, wie wir sie dann - ich muss eben jetzt sagen: leider -, wie wir sie dann leider erlebt haben in den vor allen späten Frühjahrstagen 2020.

Ich glaube, jetzt mache ich mal einen Cut, ja? Jetzt fällt mir dann, ehrlich gesagt, auch nicht mehr so richtig ein, in welcher Reihenfolge - weil so viel passiert ist - ich dann weitermachen soll, und ich beantworte gern die Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank für die, denke ich, sehr aufschlussreichen. Damit haben Sie auch schon viele Fragen allgemeiner Art natürlich abgeräumt, die ich hier auch so auf meinem Zettel hatte. Eine Frage, die wir immer unseren Zeugen stellen: Hatten Sie während des Untersuchungszeitraums Wirecard-Aktien oder Derivate etc.?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ob ich welche hatte? Ich habe das akustisch nicht ganz genau verstanden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, genau, im Untersuchungszeitraum. Das umfasst den 01.01.2014 bis 1. Oktober 2020. Hielten oder hatten Sie da Wirecard-Aktien oder Derivate, Optionsscheine etc.?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, hatte ich. Ich hatte Wirecard-Aktien. Sie haben gefragt: seit 2014?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Von 2014 bis Oktober 2020.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ehrlich gesagt, bis 2014 zurück kann ich es Ihnen nicht sagen, ja? Also, ich hatte auf jeden Fall in 2016 Wirecard-Aktien, die ich gekauft hatte, wieder verkauft hatte, gekauft hatte, wieder verkauft hatte, also, ich hatte quasi eine Aktie gehandelt. Die letzten Käufe hatte ich getätigt, nach meiner Erinnerung, in 2017.

Bleiben wir mal bei den Aktien: Diese Aktien habe ich auch schon während des Auswahlprozesses - wir springen zurück in den April 2019 - dem Headhunter gemeldet. Ich habe, nachdem die Auswahl auf mich gefallen ist, diese Aktienholdings auch der Gesellschaft gemeldet, insbesondere da Sie für die Einladung zur Haupt-

Nur zur dienstlichen Verwendung

versammlung ja angeben müssen, ob Sie wesentlichen Aktienbesitz haben. Die Frage musste geklärt werden.

Die Antwort, die mir zugeleitet wurde von der Leiterin der Rechtsabteilung, ist, dass Angaben erst zu machen sind ab 10 Prozent Holding an der Gesellschaft. Gleichwohl habe ich der Dame als auch dem Rechtsberater der Gesellschaft, in dem Fall Gibson Dunn, die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt mit der Bitte, noch mal zur Sicherheit auch bei der BaFin zu prüfen, ob man das angeben muss oder ob man das nicht angeben muss. Aber die Antwort an der Stelle seitens des Rechtberaters war, dass bei der Größenordnung eine Angabe nicht notwendig ist, weil es, Gott sei Dank oder leider - das hängt so ein bisschen vom Zeitpunkt ab, wo man sich dazu äußert - natürlich keine 10 Prozent an der Gesellschaft waren. Darüber hinaus hatte ich sogenannte Barrier Reverse Convertibles.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das sind strukturierte Produkte, die eine Long-Spekulation sind, das heißt, man spekuliert auf steigende Kurse. Allerdings ist man begrenzt auf ein Maximum, was man gewinnen kann. Also, man könnte es fast unspezifisch als Verzinsung bezeichnen. Man gibt dafür quasi das Upside auf. Was bekommt man dafür? Man bekommt dafür eine Absicherung, die jeweils individuell zu regeln ist. Die Absicherung liegt, ich meine, in den Papieren, die ich hatte, in der Regel bei 50 Prozent. Es könnte aber auch sein, dass einer dabei war, der 60 Prozent Absicherung hatte.

Hier gilt im Übrigen das Gleiche wie für die Aktien: Ich habe all diese Unterlagen, inklusive der Ausschreibungen etc., dem Rechtsberater der Gesellschaft zur Verfügung gestellt, mit der klaren Bitte/Anweisung, das mit der BaFin vorab zu klären, direkt nach der Wahl im Aufsichtsrat, ob man diese Papiere melden muss oder nicht melden muss, wenn man sie hat, oder ob man sie melden muss, wenn sie auslaufen, oder ob man sie gar nicht melden muss. Das sind im Wesentlichen Baskets, das heißt, das ist jetzt keine Speku-

lation auf Wirecard; da waren einfach nur zufällig Wirecard-Aktien drin. Die meisten sind auch schon relativ lang in meinem Besitz gewesen, also da wusste ich noch gar nicht, dass ich für den Aufsichtsrat der Wirecard nominiert werde. Da waren dann irgendwie auch andere Werte drin wie beispielsweise Deutsche Bank, Münchener Rück, Allianz etc.

Die Wirkungsweise bei dem Produkt ist - und das fand ich, ehrlich gesagt, auch ein bisschen überraschend seitens der BaFin - - Die Wirkungsweise ist so: Wenn das Ding nicht unter diese 50 Prozent fällt, das heißt also, die Aktie stürzt jetzt nicht wesentlich ab, dann bekommen Sie am Ende der Laufzeit die Zinsen und das, was Sie eingesetzt haben, als Cash wieder zurück. Wenn eine der Aktien im Rahmen der Laufzeit unter diese 50 Prozent fällt - nehmen wir das jetzt mal als Arbeitshypothese an -, dann bekommen Sie am Ende der Laufzeit den, der dann am Ende der Laufzeit der schlechteste, performende Wert ist, ins Depot rein. Und jetzt muss man wiederum unterscheiden. Also: Wenn ich Geld zurückkriege, kriege ich Geld zurück. Wenn ich den Wert zurückbekomme, der Wirecard heißt, dann kann ich eine Meldung, ehrlich gesagt, nachvollziehen. Wenn ich den Wert zurückbekomme am Ende der Laufzeit - - bei einem ist es, meine ich, thyssenkrupp gewesen; da gab es auch in irgendeinem Finanzblog eine bisschen gehässige Bemerkung dazu; deswegen habe ich das irgendwie noch im Gedächtnis, ja? -, dann bekommen Sie diesen Wert rein. Was die BaFin aber als Meldung haben möchte - und das finde ich halt komisch -, ist: Wenn Sie Cash kriegen, dann melden Sie, Sie haben Wirecard-Aktien verkauft, obwohl Sie gar keine verkauft haben, sondern Sie haben quasi ein strukturiertes Produkt, das ist ausgelaufen, Sie kriegen das Geld zurück, Ende, aus, fertig. Wenn Sie Wirecard-Aktien einbuchen, dann werden die Wirecard-Aktien eingebucht und werden als Kauf vermerkt. Und wenn Sie einen anderen Wert kriegen - also bleiben wir mal im Thyssenkrupp-Beispiel -, dann wird gemeldet: "Wirecard: Verkauf; thyssenkrupp: Kauf".

Vorsitzender Kay Gottschalk: Hm, okay.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Ehrlicherweise kann ich das intellektuell nur begrenzt nachvollziehen; aber so ist es halt. Und genau so wurde es auch jeweils von dem Anwalt der Gesellschaft gemeldet, auch jeweils mit Rücksprache der BaFin - jeweils nachgefragt: ist das korrekt so, liebe Leute? braucht ihr noch weitere Informationen? -, und das Ganze auch noch jeweils im Rahmen der vorgesehenen Zeiten. Und unterm Strich ist mir persönlich an der Stelle, auf die Frage zu antworten - - wichtig, zu sagen, dass ich niemals in der gesamten Dauer, wo ich Aufsichtsrat war, aktiv gehandelt habe. Weil auch da gab es ja verschiedenste Meldungen. Also, die Presse kommt ja in den letzten Monaten extrem gut weg. Aber da gab es eben auch Bemerkungen, die waren einfach falsch, ja? Und da möchte ich mich gern dagegen verwehren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar.

Zeuge Thomas Eichelmann: Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wissen Sie vielleicht den Namen, wem das bei der BaFin gemeldet wurde? - Nein? Gut.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Es ist mit zwei Leuten gesprochen worden, die auch noch ein unterschiedliches Feedback gegeben haben. Das hat die ganze Sache etwas verkompliziert.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ah.

Zeuge Thomas Eichelmann: Und was ich auch irgendwie bemerkenswert fand: Ich habe auch noch was dabei gelernt, weil der Hinweis war - Die meisten dieser Papiere hatten vier Underlyings, also vier Werte; der Korb bestand also aus vier Basiswerten. Und der Hinweis war: Wenn man einen fünften Basiswert dazunimmt, dann hat man gar kein Problem, weil dann muss man nämlich nichts mehr melden, weil dann sozusagen die Schwelle ist: 20-Prozent-Anteil im Korb. Wenn Sie geschickt sind, nehmen Sie halt fünf oder sechs Werte, dann können Sie spekulieren, wie Sie wollen, müssen Sie gar nichts melden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ah, okay.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wollte ich aber nicht. Weil ich finde, das wäre dann schon ein aktives Eingreifen in die Struktur dieser Papiere gewesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: War ja ein guter Anlagetipp dann von der BaFin. Das ist gut.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielleicht war das ja einer der Mitarbeiter, der da auch spekuliert hat. Man weiß es nicht.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das habe ich auch erst später gelernt. Da war ich auch etwas überrascht, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Man lernt nicht aus. Gut. - Ich würde gerne noch wissen: Sie haben den KPMG-Bericht - - Da haben Sie auch viele Fragen hier bei mir abgeräumt, ich glaube, auch bei den Kollegen. Nun kam der ja am 27./28.04. in der Form auf den Markt. Was war Ihre Reaktion auf den Sonderbericht, und welche Konsequenzen haben Sie Ende April 2020 für sich in der Position des Aufsichtsrates daraus gezogen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, der Bericht kam am 27. auf 28. - - in der Nacht, sagen wir mal, kam der raus, und der wurde, glaube ich, am 28., am frühen Vormittag, nach langem Hin und Her veröffentlicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was war dieses lange Hin und Her? War das zwischen Aufsichtsrat und Vorstand? Oder war das Hin und Her eher, dass sich der Vorstand einschaltete und eventuell - Sie haben das so angedeutet -, vielleicht wieder die EY-Taktik zu der anderen forensischen Untersuchung in 2017 wollte. Was war Ihr Eindruck?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na, also vielleicht darf ich da - - Wenn ich zu langatmig werde, unterbrechen Sie mich bitte. - Ich glaube, wichtig ist, bei dem Report in der Genese zu sagen: Ursprünglich war die Idee ja - Sie kennen wahr-

Nur zur dienstlichen Verwendung

scheinlich den Untersuchungsauftrag -, der Gedanke war ja, bis Ende des ersten Quartals, also bis Ende März diese Anschuldigungen, die wir im Laufe des November und Dezember mal in vier Cluster gruppiert haben, möglichst durchzuarbeiten. Und natürlich insbesondere ich als Neuer bin davon ausgegangen, dass bei diesen Anschuldigungen, außer, ich sage mal, ein paar organisatorischen Verbesserungsnotwendigkeiten oder vielleicht auch massiven organisatorischen Verbesserungsnotwendigkeiten, kein echter Betrug dahintersteckt, ja? Im Übrigen war das auch, meines Erachtens, die Einschätzung seitens der begleitenden Berater.

Man hat dann festgestellt, circa Mitte März, dass man bis Ende März nicht fertig werden wird, und zwar jetzt insbesondere in dem einen Untersuchungsblock Third Party Acquiring, also das sogenannte Drittpartnergeschäft, während die anderen drei Blöcke insoweit ziemlich fertig ausgearbeitet waren und keine wesentlichen neuen Erkenntnisse gebracht haben.

Also springen wir jetzt in die Berichtsveröffentlichung: Da mussten am Schluss sicherlich noch einige Änderungen an dem Bericht durchgeführt werden. Es waren auch einige Fehler drin, muss man auch sagen. Es war jetzt nicht nur so, dass auf der Wirecard-Seite alleine Termine verschoben worden sind. Auch bei KPMG sind Termine verschoben worden. Also, es war am Schluss einfach so, wie das oft in solchen Sonderuntersuchungen oder in speziellen Projekten der Fall ist: Am Schluss wurde es hektisch. Und die - das muss ich aber auch an der Stelle vor allem KPMG zugutehalten - sind in ihrer Methodik und ihrer Vorgehensweise immer komplett auf Spur geblieben, haben sich da nicht beirren lassen. Weil Sie gerade angedeutet haben - - Das will ich damit eindeutig sagen: Die haben sich von niemandem beirren lassen, also weder von irgendwelchen Verbesserungsvorschlägen seitens der Vorstände noch der Aufsichtsräte. Das Ding ist von denen sauber durchstrukturiert und durchgehandelt worden. Es sind dann eben Dinge noch in der letzten Nacht verbessert worden. Da waren noch Klarnamen drin. Das ist scheinbar juristisch nicht korrekt. Ich bin kein Jurist, ich kann das nicht wirklich abschließend beurteilen. Mit "Hektik"

meinte ich: Es war wirklich bis am späten Abend des 27. - - sind noch kleinere Änderungen vorgenommen worden. Und dann ist der Bericht eben am nächsten Morgen veröffentlicht worden.

So. Der Bericht sah in, sagen wir mal, der Kurzzusammenfassung so aus, dass diese drei Untersuchungsbereiche Merchant Cash Advance, Singapur, Indien ohne Befund waren; bei Indien immer mit dem Caveat, dass die 2017er-Untersuchung ja nie zu Ende geführt wurde. Aber es ist jetzt auch bei KPMG nicht proaktiv irgendwas besonders kritisches Neues aufgetaucht. Beim vierten Untersuchungsumfang, nämlich TPA, hatten wir das Problem, dass dieser nicht ordentlich zu Ende oder überhaupt ordentlich bearbeitet werden konnte, aus dem Grund, dass die dafür notwendigen Daten - so wurde es uns zumindest mitgeteilt - eben in der Datenhoheit der der jeweiligen Drittpartner selbst liegen und dass auf diese Daten nur zugegriffen werden kann mit Zustimmung der Drittpartner. Es gab dann verschiedene Versuche, die Zustimmung kurzfristig zu erlangen. Das ist nicht gelungen. Einer der Drittpartner, nämlich die Firma PayEasy unter der Leitung von dem Herrn Bauer, der dann auf einmal verstorben ist - ich sage es jetzt mal so -, hatte damals - jedenfalls wurde mir das so mitgeteilt - versprochen

(Cansel Kiziltepe (SPD): "Auf einmal verstorben"?)

- bitte? -,

(Cansel Kiziltepe (SPD): Alles gut! Entschuldigung!)

die Daten für 16 bis 18 - das war der Untersuchungsumfang - zumindest Stück für Stück für die einzelnen Jahre nachzuliefern.

Das heißt, wir waren auch hier jetzt wieder in einer Situation der Unvollendeten, wie ich es am Anfang ja eigentlich vermeiden wollte mit der Beauftragung. Und dann ist die Idee geboren worden, 2019 dazuzunehmen, also den Untersuchungsauftrag für KPMG auf das Jahr 2019 fokussiert auf das Drittpartnerakquisitionsgeschäft zu erweitern. Warum hat man das gemacht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Der Vorstand hat im Laufe der Diskussionen, als ich auch persönlich das Geschäft immer besser verstanden habe, gesagt, dass der große Cut im Laufe des Jahres 2019 war und ab circa der zweiten Jahreshälfte alle Datenbestände unter der Hoheit der Gesellschaft lagen. Also haben wir in einer Entscheidung Mitte März uns darauf verständigt, dass die Daten, die bei der Gesellschaft liegen und normalerweise einfach zu analysieren sein müssten, von KPMG zu analysieren sind. Und hier ist auch die Besonderheit eingetreten, dass KPMG darauf bestanden hat, die Daten auf ihren eigenen Server spielen zu wollen, was dann im Laufe der letzten Märztage, Anfang Apriltage geschehen ist. Genaue Daten müsste ich sozusagen nachforschen, weiß ich jetzt nicht auswendig. Also, jedenfalls hat das auf jeden Fall bedeutet, dass der 31. März nicht zu halten war. Also entweder hätte man sagen müssen: "Wir belassen es dabei. Wir schreiben in den Bericht rein: Da ist ein Untersuchungshemmnis, da kommen wir nicht weiter", oder man musste eben die Zeit verlängern. Dann wurde zunächst eine Verlängerung diskutiert bis zum 22. April - das wurde ja auch veröffentlicht in einer Ad-hoc am 12. März. Diese Ad-hoc am 12. März* war im Übrigen insoweit nach meiner Kenntnis - - Ich war noch nicht dabei, weil die Ad-hocs werden vom Vorstand rausgegeben; aber nach meiner Kenntnis wurde die Ad-hoc mit KPMG besprochen und abgestimmt. Da stand eben drin: Wir verlängern das vor dem Hintergrund des Fokus auf 2019 für das Drittpartnergeschäft.

Am 22. April - und Sie haben es ja schon richtig gesagt: veröffentlicht wurde eben nicht am 22. April, sondern am 27. auf den 28.; also auch hier wieder eine Verspätung - war man nicht so weit. Und man stieg da noch mal in die Diskussion ein, woran es denn genau liegt und was jetzt sozusagen noch zu tun ist, um das auszuermitteln. Ich muss hier auch noch mal einen Verweis in die Vergangenheit machen. Die Prüfung des Drittpartnergeschäftes: Da prüfen Sie typischerweise - wie gesagt, stoppen Sie mich, wenn ich zu detailliert bin - zwei Dinge: Sie prüfen einmal das Cash, was irgendwo liegen muss, weil wenn ich mit dem Geschäft XY Geld verdiene, kommt irgendwo ein Gewinn an, und der Gewinn muss sich irgendwann auf

irgendeinem Konto als Konto oder Liquidität niederschlagen, oder er wird halt für irgendwas anderes verbraucht. Und auf der anderen Seite prüfen Sie korrespondierend dazu die zu dem Cash führenden, zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle. Das heißt auf gut Deutsch: Sie machen eine Stichprobe. Die Stichprobe wird üblicherweise vom Prüfer vorgegeben. Dann werden diese Geschäftspartner angeschrieben, und zwar direkt vom Prüfer, und die antworten auch wieder direkt an den Prüfer zurück. - Das ist der eine Arbeitsstrang. Da war einfach die Stichprobenauswahl noch nicht so weit, wie wir uns das gewünscht hätten. Und auf der anderen Seite: Bei der Cash-Einwertung gab es nach meiner Erinnerung Ende Januar, Anfang Februar eine Diskussion zwischen den beiden Prüfern. Wir haben ja fast vergessen, aber es lief ja parallel: die laufende Abschlussprüfung durch EY und eben die Sonderuntersuchung durch KPMG. Und dann gab es methodische Diskussionen, wie man Cash einzuwerten hat, insbesondere Cash, das auf Treuhandkonten liegt, und wie man dieses Cash nachzuweisen und zu prü-

Und im Rahmen dieser Diskussionen war auch noch eine Sache offen, weil wir dann irgendwann gesagt haben: Okay, also, ich meine, bei einem Viertel - - Gesunder Menschenverstand - ich bin selbst kein Wirtschaftsprüfer; muss ich auch noch dazusagen - sagt mir einfach: Wenn ein Viertel der Bilanzsumme in Cash irgendwo liegt, dann ist das nicht ganz unwesentlich. Dann sind mir erst mal die Wirtschaftsprüfervorgaben egal. Dann möchte ich einen Beleg dafür haben, dass das Geld da ist. Primitive Überlegung: Warum macht man nicht eine Testüberweisung? Dann wurde mir vom Finanzvorstand erläutert, auch dem Aufsichtsrat erläutert, dass in 2018 im Rahmen der Prüfung - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die 50 Millionen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie bitte?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Diese 50 Millionen, glaube ich mal, ne?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Okay. Wenn Sie es wissen, wie gesagt: Wir können "fast forward" machen. - Die Idee war dann eben - - Weil das Geschäftsvolumen größer war, war meine Anfrage: 100 Millionen. Auf irgendwelchen Wegen, die ich auch nicht mehr nachvollziehen konnte, wurden aus den 100 Millionen - vielleicht hat auch irgendwie, was weiß ich, der Projektassistent bei EY sich verguckt und nicht 100 insgesamt, sondern 100 pro Konto geschrieben - und auf einmal waren es viermal 110 Millionen, die angefragt wurden. Und das war eben die Aufgabe, irgendwie dieses Cash schlicht und einfach zu überweisen. Üblicherweise auch bei Auslandsüberweisungen, auch in der Größenordnung, geht das schon ein, zwei Wochen, vielleicht auch drei Wochen. Aber das waren eben die Punkte, wo KPMG dann wirklich, ich sage mal, konsequent geblieben ist und gesagt hat: Ich hätte a) gern die Bestätigung, wie ich sie üblicherweise bekomme, und b) ich hätte gern die Geschäftsvorfälle geprüft.

Auch hier muss man wieder dazusagen: Es war jetzt nicht ganz aus der Welt, weil Beginn des März waren beide Prüfer gemeinsam in Manila weil, wie wir ja wissen, sollten die Gelder angeblich auf zwei philippinischen Banken, gehalten durch einen Treuhänder, liegen -, und waren dort vor Ort und haben sich da die Bestätigung angeguckt, haben auch in der entsprechenden Bankfiliale eine Bestätigung bekommen. Aber der richtige Weg ist eben, nach meinem Verständnis: Prüfer schreibt aus der Zentrale nicht an eine Filiale, sondern an die Zentrale der Bank und dort auch nicht irgendwohin, je nach Jurisdiktion entweder an den Chief Compliance Officer oder an den Leiter der Internen Revision, und bittet um direkte Bestätigung dieser Accounts.

Ich muss auch dazusagen - deswegen bin ich so langatmig -, weil Sie fragen ja wahrscheinlich im Hinterkopf: Warum hat der Depp nicht mehr reagiert?

Vorsitzender Kay Gottschalk: So würde ich das nicht sagen.

Zeuge Thomas Eichelmann: De facto hatten wir natürlich die Berichte von KPMG. Aber wir haben mit den Herren auch gesprochen, und zwar immer die Frage: "Lieber Herr Leitz, das ist alles hier ein verdammtes Durcheinander. Wir müssen hier irgendwie ordentlich arbeiten. Wir müssen vor allem ordentlich dokumentieren. Und wir werden bis zum Ende durchermitteln. Und ich werde auch dafür Sorge tragen, dass es bis zum Ende geht. Aber, jetzt mal Hand aufs Herz: Was ist das Gefühl? Ist das Gefühl, die Datensätze, die Sie bekommen haben für 2019 - - sind die authentisch oder nicht? Und ist das Gefühl: Liegt hier Betrug vor? Oder ist es einfach eine verdammte Schweinerei, eine Schummelei, eine organisatorische Nachlässigkeit, die hier vorliegt?" Und da war immer Zweiteres der Fall. Also in den Gesprächen, wo auch die Rechtsberaterin des Aufsichtsrates dabei war, in den mehrfachen Gesprächen war immer die Aussage - - Beispielsweise bei den Daten war die Aussage: Wir, KPMG, haben alle forensischen Prüfungen drüberlaufen lassen. - Da gibt es bestimmte Prüfungen, die man wohl machen kann. Wenn jemand Daten fälscht, kommt beispielsweise - das habe ich inzwischen auch gelernt - zu oft die Fünf vor und Ähnliches. All diese Auffälligkeiten sind nicht aufgetreten. Das heißt: Wenn Sie gefälscht worden sind, dann waren sie sehr gut gefälscht. Jedenfalls wirkten die auf den ersten Blick zum damaligen Zeitpunkt authentisch.

So. Jetzt komme ich auf Ihre Frage zurück. Was haben wir getan? Nachdem der Bericht vorlag, haben wir zwei Dinge getan. Wir haben uns die Organisation angeguckt; und mit "wir" meine ich den Aufsichtsrat. Und was da noch zu erwähnen ist: Es gibt ja gewisse Diskussionen, und gab dann später ja auch eine staatsanwaltschaftliche Durchsuchung im Haus zu der Ad-hoc, die am 22. April durch den Vorstand in die Welt entlassen wurde. Es entsprach nicht ganz dem, was der Aufsichtsrat sich gewünscht hätte. Und das gab den Anlass dazu, die Organisation des Vorstandes noch mal deutlich zu überdenken. Wenn Sie sich erinnern, dann ist es so, dass ich ia nicht von Anfang an den Durchgriff im Aufsichtsrat sozusagen hatte, sondern ich wurde am 10. Januar in den Vorsitz gewählt von den Kollegen und Kolleginnen. Und zum damaligen Zeitpunkt



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist auch für mich bereits klar gewesen, dass wir den Vorstand erweitern müssen, dass wir ihn professionalisieren müssen. Es ist ja auch die Erwartung gewesen zum damaligen Zeitpunkt von dem einen oder anderen Shareholder, dass die Vorstandsverträge, die allesamt per Ende 2020 ausgelaufen wären, schon hätten verlängert werden sollen. Das macht man üblicherweise im ersten Quartal des letzten Jahres der vereinbarten Dienstzeit. Das haben wir bewusst nicht gemacht. Das wurde den Vorständen auch mitgeteilt von mir, dass wir das vor Abschluss, vor wirklichem Abschluss der KPMG-Übung auf keinen Fall machen. Das wäre ein völlig fatales Signal nach außen gewesen. Und im Übrigen machen wir die KPMG-Übung ja genau dazu, um festzustellen: Ist es eine organisatorische Schwäche, oder liegen hier echte Probleme vor?

Das heißt, wir waren also sozusagen in einem Zustand der Schwebe, was die Vorstände angeht, haben uns parallel am Markt umgeschaut. Auch da möchte ich einigen, sagen wir mal, komischen Presseberichten entgegentreten. Es gab sehr wohl eine Liste von qualifizierten Kandidaten, mit denen wir damals auch schon im Gespräch waren. Und das waren auch Kandidaten - ohne dass ich jetzt hier die Namen nennen möchte, weil das ja quasi öffentlich ist -, die wirklich über das notwendige Know-how verfügt haben und in meinen Augen sowohl persönlich als auch vor allem fachlich eine erhebliche Verstärkung für das Haus Wirecard bedeutet hätten. Da wir die aber nicht sofort an Bord nehmen konnten, weil jeder vernünftige Mensch natürlich sagt: "Ich komme gerne, aber ich hätte gern das Ergebnis von KPMG auf den Tisch", haben wir uns im Bereich Compliance umgeschaut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Darf ich ganz kurz nur mal einhaken? Sie erwähnten eben diese Pressemitteilung - waren Sie nicht so ganz glücklich -; 27./28. erschien ja dann der Bericht. Diese Pressemeldung zur Sonderuntersuchung erschien ja am 22.04. Jetzt haben Sie das sehr diplomatisch formuliert: Das hat uns auch veranlasst, vielleicht über Dinge nachzudenken. - Ich zitiere noch mal, wie diese Meldung hieß: Bislang haben sich entsprechend des Prüfauftrages in allen vier Prüfbereichen ... keine substanziellen Feststellungen ergeben, die für die Jahresabschlüsse im Untersuchungszeitraum 2016, 2017 und 2018 zu Korrekturbedarf geführt hätten. Belege für die öffentlich erhobenen Vorwürfe der Bilanzmanipulation wurden nicht gefunden.

Mit dem, was Sie jetzt sagen - - Eigentlich wäre ich an Ihrer Stelle da explodiert, weil das ist ja - - Oder würden Sie sagen: "Das ist alles richtig, was in dieser Meldung drinsteht"?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, die Meldung ist ja beraten worden von einem Juristen der Gesellschaft, also des Vorstandes. Und Sie kennen ja, wenn Sie diese Mail haben, wahrscheinlich auch meine Mail, oder? Weil was ist denn passiert? Das ist ja irgendwie eine entsprechende Mail - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, erzählen Sie ruhig mal.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie bitte?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Erzählen Sie ruhig mal.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. - Das ist ja an dem Abend davor - - Ich meine, 23.58 Uhr ist die Mail von mir rausgegangen. Ich weiß sie deswegen so genau, weil die war auch bei einer anderen Vernehmung irgendwie Gegenstand der Diskussionen. Ich habe es jetzt hier nicht vor mir. Aber ich nehme an, Sie haben die. Und da steht ja drin, dass der Aufsichtsrat eigentlich Wert drauf legt, drei Dinge zu lesen: Nummer eins: Das interne Kontrollsystem hat erhebliche Schwächen. Nummer zwei: Neutral formuliert, es gibt weder eine Positiv- noch eine Negativmeldung für das TPA-Geschäft. Und das Dritte war, glaube ich: allgemeine organisatorische Verbesserungsdinge. - Ich müsste die E-Mail raussuchen oder Sie müssten sie mir geben, dann kann ich dazu Stellung nehmen. Daraufhin kam - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das macht bestimmt gleich ein Kollege.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie bitte?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das macht bestimmt gleich ein Kollege.

Zeuge Thomas Eichelmann: Daraufhin kam - das werden Sie wahrscheinlich nicht kennen - um, ich meine, 1.30 Uhr oder so - da habe ich dann, Gott sei Dank, geschlafen - eine WhatsApp des CEO, wo drinsteht irgendwie, dass der Aufsichtsrat sich hier persönlich strafbar macht, wenn er eine Falschmeldung - -*

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist Dr. Braun dann, ne?

Zeuge Thomas Eichelmann: - genau - sich persönlich strafbar macht und schadensersatzpflichtig macht, wenn er hier irgendwie eine Falschmeldung gibt, also sprich: zu schlecht meldet oder zu schlecht melden will. Klammer auf: Der AR meldet gar nicht, der Vorstand meldet; Klammer zu. Und dann kam eben die Ad-hoc, die Sie kennen. Daraufhin hat der Aufsichtsrat insoweit reagiert, dass wir ihn um eine Stellungnahme dazu gebeten haben. Wir haben auch vorher die E-Mail, also die von mir versendet wurde am - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz: Haben Sie diese WhatsApp eher als eine Drohung gesehen? Weil wir haben so gehört im Laufe des Untersuchungsausschusses, dass das so ein beliebtes Spiel seitens der Wirecard AG war, unliebsamen Nachrichtenüberbringern oder wichtigen Leuten zu drohen. Wir haben sogar den Verdacht, dass Privatdetektive denen auf den Hals geschickt wurden. Wie haben Sie diese WhatsApp dann am Morgen, wenn Sie da geschlafen haben, empfunden, als Aufsichtsratschef?

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau, ich habe geschlafen. Also von daher: Ich habe sie am nächsten Morgen gelesen. - Ich weiß nicht, Herr Dr. Spatschek, haben wir die da? Darf ich die mal ganz kurz haben, diese WhatsApp von dem Dr. Braun an dem, ich meine, 23.04. oder so was?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich meine, wir haben die mitgebracht. Also, ehrlich gesagt - wie soll ich sagen? -: Wie die gemeint ist, da müssten wir jetzt den Dr. Braun fragen, ja?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber die kommt ja beim Adressaten irgendwo an, ne?

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. - Deswegen sage ich ja: Der Adressat bin ja ich, oder?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Genau.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also von daher, in meinen Augen hätte er schreiben können, was er will, ja? Wir haben hier irgendwie konsequent die Linie verfolgt, irgendwie, und haben ihn ja drauf hingewiesen. Und ich habe meine E-Mail nicht zurückgenommen. Weil die Erwartung wäre ja gewesen: Nimm die E-Mail zurück. Nee, doch alles nicht so schlimm usw. usf. Da kommen wir noch zu ähnlichen Vorfällen vielleicht später in der Diskussion. Das ist aus meiner Sicht konsequent durchermittelt, durchgehalten worden.

Was ja dann passiert ist, ist, leider mit einem Tag Verzögerung - wobei das spielt, glaube ich, dann nicht mehr die große Rolle -: Es gab ja eine, nennen wir es mal Begründung zu dieser Ad-hoc, die, nach meinem Verständnis, juristisch beraten war von dem Rechtsvertreter des Vorstandes. Die kam einen Tag später, und da steht ja drin: Man kann es so machen. - Wir haben das dann mit unserem Rechtsberater auch noch mal diskutiert. Und die Ergebnisse waren: Wir haben einfach die Vorstandszuständigkeiten geändert. - Sicherlich wurde auch mal, sagen wir mal, bei jedem Einzelnen darüber diskutiert, ob das reichen würde, jemanden abzulösen. Es war zum damaligen Zeitpunkt aber Meinung unserer Anwälte - mit "uns" meine ich jetzt den Aufsichtsrat -, dass es noch nicht reichen würde. Und das Zweite - neben der Änderung der Zuständigkeiten, was wir dann ja am 8. Mai auch, was ich einen relativ kurzen Zeitraum finde, veröffentlicht haben -, das

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zweite war, dass beschlossen wurde, mit dem einen oder anderen Long-only-Investor, der schon länger in der Wirecard investiert war, zu sprechen, um mal zu hören, was deren Feedback zu diesen entsprechenden Vorgängen - sprich: Adhoc und danach Bericht, der sich vielleicht etwas anders liest als die Ad-hoc - - was die Investoren dazu zu sagen haben. Das waren die beiden Maßnahmen. Und am Schluss, wie gesagt, kam die Reorganisation raus und die Entscheidung, irgendwie einen Compliance-Vorstand einzustellen, der, ich sage es mal umgangssprachlich, den amtieren Vorständen auf die Finger schauen sollte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aha. - Da ist die Mail. Sehr gut.

Zeuge Thomas Eichelmann: Darf ich die kurz verlesen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, selbstverständlich.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, was kam - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also das ist jetzt die Mail in der Nacht von Herrn Dr. Markus Braun an Sie.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

(RA Dr. Rainer Spatschek: Eine verschriftlichte WhatsApp!)

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau genommen ist es eine WhatsApp, die hier abgeschrieben wurde. Weil als Mail hätten Sie sie ja wahrscheinlich. Es ist eine WhatsApp gewesen. Könnte man natürlich auch denken: Wieso schreibt der eine WhatsApp, wenn sie sonst E-Mail schreiben? Aber bitte. Da steht drin:

> Was schon wichtig ist festzuhalten: Der Bericht ist schlicht falsch. Wir haben jedes Recht auf die Richtigstellung zu drängen. (?)

Hier fehlt was. - Hier steht noch drin:

Der Aufsichtsrat macht sich persönlich haftbar, wenn er zulässt, dass durch das Hinausgehen eines falschen Berichtes oder einer falschen Ad-hoc Werte zerstört werden. (?)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Hat schon was.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. - Aber die Frage war ja: Hat mich das beeinflusst? Sage ich Ihnen ganz ehrlich: Nein, hat mich nicht beeinflusst.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist gut so. -Gut. Ist es möglich, dass Sie uns diese WhatsApp zur Verfügung stellen? Dann könnten wir die kopieren und als Material natürlich in unseren Bericht aufnehmen. Das wäre sehr hilfreich und dienlich, wenn das ginge.

(RA Dr. Rainer Spatschek: Wenn ich kurz darf?)

- Ja.

RA Dr. Rainer Spatscheck: Beim Ausdrucken sind hier - ich weiß nicht; ist ein anderes Format offensichtlich als der Drucker - - sind hinten die - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Querformat.

RA Dr. Rainer Spatscheck: Ich kann Ihnen das gern per E-Mail zuschicken, -

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau.

RA Dr. Rainer Spatscheck: - wenn das für Sie in Ordnung ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das wäre sehr gut. Dann schicken Sie die an den Vorsitzenden, und wir legen das dann als Material unserem Bericht nämlich bei. Ich glaube, die ist sehr dienlich. Genau. - Aber erst mal da mein Kompliment. Weil jemand anders hätte durchaus, der nicht das Kreuz hat - wie haben Sie es wahrgenommen? - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

jemand anderes hätte durchaus einknicken können. Weil bisher ist Herr Braun - das ist ja so unser Eindruck hier - mit solchen, nennen wir es mal, Methoden ja durchaus erfolgreich gewesen. Wir haben hier zum Beispiel auch gehört, dass der Vorstand der Wirecard Bank durchaus ins Büro zitiert wurde, zu Herrn Braun, um klarzumachen, wer der Eigentümer sei und damit auch das Sagen hätte. War so was in der Folge bei Ihnen dann auch der Fall? Also nach dem Motto: "Herr Eichelmann, ich würde Sie mal gerne morgen bei mir im Büro in Aschheim sehen", oder ist Ihnen das erspart geblieben?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich meine, wenn wir uns noch mal die Corporate Governance - - Ich habe dann später vielleicht noch einen Verbesserungsvorschlag für das FISG, wo ich die ausgeschriebene Version nicht korrekt auswendig kenne. Wenn wir uns noch mal die Corporate Governance vergegenwärtigen, dann ist es ja so, dass der Herr Dr. Braun zwar einer der wesentlichen Aktionäre ist, aber er ist nun mal Vorstand. Und ich war Aufsichtsratsvorsitzender zum damaligen Zeitpunkt, und nicht umgekehrt. Bei dem Herrn Wexeler, auf den Sie sich, glaube ich, beziehen, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Genau.

Zeuge Thomas Eichelmann: - war es ja umgekehrt. Den kann er natürlich gerne zu sich zitieren. Aber am Ende des Tages - und deswegen war mir das am Anfang extrem wichtig zu betonen sind das genau die Punkte. Also, selbst wenn ich mich hätte beeinflussen lassen - nehmen wir mal an, ich wäre eingeknickt, was ich behaupte - nicht bin, oder auch die Kollegen im Aufsichtsrat -, dann haben wir durch die - und das würde ich gerne verbuchen wollen für den Aufsichtsrat - Übergabe der Methodik an KPMG ja sozusagen dort, an der Stelle diesen kleinen Fehler in den anderen Untersuchungen, wie er existierte, den haben wir ja vermieden. Selbst wenn er jemand beeindruckt hätte, ich kann mir nicht vorstellen, so wie KPMG agiert, dass die sich hätten von ihrem richtigen Weg abbringen lassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Ich glaube, da ist schon jetzt viel klar geworden. - Jetzt schaue ich mal rüber. Für die CDU/CSU: Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Herr Eichelmann, vielen Dank für die Ausführungen bislang und dass Sie sich so ausführlich da bislang einlassen. - Nach dem, was wir jetzt alles gehört haben - und Sie sind ja auch recht spät erst zu dem Unternehmen gekommen und haben einiges angestoßen -: Aus Ihrer Kenntnis von heute: Wer sind denn, aus Ihrer Sicht, die Akteure bei Wirecard, die maßgeblich die Verantwortung tragen für die Unregelmäßigkeiten?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, das ist eine schwierige Frage, ja? Und ich kann gerne zu den Sachverhalten alles sagen, was ich weiß. Deswegen lasse ich mich hier auch entsprechend ausführlich ein; aber ich würde jetzt ungern spekulieren, weil mir liegen zum Beispiel nicht die Daten vor, die Sie haben, ich kenne den E-Mail-Verkehr nicht. Ich lese natürlich ab und zu das, was veröffentlicht wird an sozusagen Pressemitteilungen aus dem Ausschuss heraus. Heute hatte ich auch genug Zeit beim Warten, mich da zu informieren. Da fallen mir Dinge auf, und Dinge fallen mir nicht auf. Aber ich kann die nicht belegen. Deswegen würde ich da ungerne spekulieren. Aber ich finde es natürlich schon bemerkenswert, wenn, egal welcher Vorstand, ein Vorstand in so einer Situation nicht mitgekriegt haben will oder soll oder kann, was da in Wirklichkeit abgelaufen ist. Weil es war ja nicht nur einmal. Also, wenn es jetzt einmal ein Vorgang gewesen wäre, der vielleicht nicht ganz korrekt abgelaufen ist, dann kann man sagen: Okay. Aber das lief ja, wie auch eingangs erwähnt, seit Mai mindestens. Also ich habe es verfolgt seit 2015 - ich glaube, da war Zatarra - oder 2016; liefen ja immer wieder neue Anschuldigungswellen auf die Firma zu. Gleichzeitig gab es eben diese Aktionen der Bundesbank, Gleichzeitig gab es ja auch Befragungen durch die Staatsanwaltschaft, auch Herr Marsalek ist ja bei der Staatsanwaltschaft vernommen worden. Also, es gab Datenpunkte für mich in beide Richtungen. Nur: Ich bin weder Detektiv noch Staatsanwalt noch habe ich eine forensische Ausbildung oder Methodik. Ich will da jetzt nicht spekulieren, ja?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber halten Sie das denn für irgendwie ansatzweise denkbar, dass ein CEO von den Unregelmäßigkeiten nichts mitbekommen haben kann die ganze Zeit?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich habe es auch nicht für denkbar gehalten, irgendwie mit Begeisterung in einem DAX-Unternehmen Aufsichtsrat zu werden, den Prüfungsausschuss zu übernehmen und ein Dreivierteljahr später irgendwie die größte Nachkriegspleite mitzumachen, jetzt hier heute im Untersuchungsausschuss zu sitzen. Wie Sie sich vorstellen können, habe ich mir das in der Form nicht vorgestellt. Aber was ich dazu sagen kann: In den Unternehmen - und ich habe ja einige gesehen in meiner beruflichen Vorerfahrung, sowohl in der Beteiligungsgesellschaft als auch in der Beratung als auch selber als Manager - - Ich hätte es mir nicht vorstellen können, dass so was an mir vorbeiläuft, ja?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als Sie dieses Auswahlgespräch 2019 - im April, hatten Sie gesagt, war das - hatten: Das war ja in sehr engem Zusammenhang, zeitlich, mit diesem Leerverkaufsverbot. Hat Sie das noch mal irgendwie ins Nachdenken gebracht? Ich meine, Sie kamen ja von der Deutschen Börse. Das ist Ihnen ja also bewusst, dass das jetzt kein alltägliches Vorgehen ist.

Zeuge Thomas Eichelmann: Hatte ich ja vorher gesagt. Also, in der Deutschen Börse war ich ja Finanzvorstand, wenn ich das so sagen darf. Die Marktaufsichtsstelle - die sitzt dort ia vor Ort berichtet natürlich nicht an den Finanzvorstand, aber die hockt da. Das heißt: Da gibt es enge Drähte. Und ich glaube, es ist jedem bekannt, und ich war ja zu einer Zeit bei der Deutschen Börse, wo es auch relativ rumpelig war, sprich: Finanzmarktkrise - - Ich kenne keinen weiteren Fall, wo es ein Leerverkaufsverbot gab, seit die BaFin in der Form existiert, wie sie existiert. Von daher war das für mich allerdings ein Gütesiegel für Wirecard logischerweise. Und wie ich ja gesagt habe: Ich hatte zum damaligen Zeitpunkt auch Aktien. Für mich war das auch ein Grund, in dem Wert investiert zu bleiben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Sie hatten vorhin berichtet bei Ihrem Eingangsstatement: Januar/Februar, da habe es Diskussionen zwischen den Prüfern gegeben, wie Treuhand-Cash zu prüfen bzw. nachzuweisen sei. Dann haben Sie gesagt - Zitat -: KPMG ist da konsequent geblieben. - Das heißt jetzt im Umkehrschluss, dass EY da eine andere Auffassung hatte?

Zeuge Thomas Eichelmann: Die beiden Prüfer hatten eine andere Auffassung. Aber man kann auch natürlich sagen: EY ist auch konsequent bei ihrer Auffassung geblieben. Also, die beiden hatten eine unterschiedliche Auffassung. Da gab es auch eine Diskussion mit den jeweiligen Grundsatzabteilungen. Da war ich persönlich zugegen, auch die Rechtsberaterin des Aufsichtsrates war zugegen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielleicht können Sie da noch mal genau sagen, wie die Position von EY war und wie die Position von KPMG war.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nach meinem Verständnis - wie gesagt, ich bin kein WP -: Ich habe es so verstanden, dass die KPMG, wie es bei einer normalen Kontoprüfung der Fall ist - - Auch wie vorher beschrieben: Der Wirtschaftsprüfer schickt aus seinem Büro direkt an die zentrale Stelle der zu prüfenden Bank oder der Bank, wo man gern den Kontonachweis herbekommen möchte, eine entsprechende Anfrage raus, und zwar dort an eine zentrale Stelle, entweder, je nach Jurisdiktion, Compliance oder Interne Revision, kriegt von dort die entsprechende Meldung zurück: "Ist korrekt" oder: "Ist nicht korrekt" oder "Wir müssen noch suchen" oder was auch immer. Also, die Kommunikation läuft zwischen Prüfer und der Zentrale auf direktem Wege. Hier gab es eine andere Kommunikation. Und die Begründung seitens EY war, dass EY gesagt hat: Das ist richtig. - Und was KPMG sagt: für normale Konten, aber bei Treuhandkonten könnte man das anders handhaben. - Und das war die Stelle, wo ich vorher gesagt habe: Für mich zählt da, an der Stelle, dann nicht mehr die WP-Methodik, sondern für mich zählte der gesunde Menschenverstand; sollte man ab und zu auch mal einschalten: keine künstliche Intelligenz, natürliche Intelligenz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und die sagt mir: Bei einer Position, die die Bilanz so dominant, so dominant beeinflusst, nämlich mein komplettes Cash auf gut Deutsch in der Höhe von circa 25 Prozent der Positionen, da wäre es mir relativ egal, was der WP sagt. Da würde ich gerne mal das Geld sehen, ja? - Und deswegen ja auch die Diskussion, die wir vorher hatten, zum Thema Probeüberweisung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Teile ich alles, was Sie gerade gesagt haben. - Nur mich würde halt diese Position von EY noch mal konkreter interessieren, was die Auffassung von EY war, was ausreichen soll.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nach meinem Verständnis war es so, dass die zugeschickten und in den Jahren davor scheinbar gezeigten - - Noch mal: Ich war in den Abschlussarbeiten 2018 nicht dabei. Vielleicht stimmt das gar nicht, was ich jetzt sage. Ich habe es so verstanden, dass dieses sozusagen für KPMG nicht ausreichende Bestätigungsmaterial nach der Definition von EY für die Bestätigungsnotwendigkeit bei Treuhandkonten ausreichend war. Und da gab es verschiedene Meinungen. Wie gesagt: Beide Grundsatzabteilungen waren am Tisch. Dann hat die Gesellschaft nach meiner Erinnerung sogar noch ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben von einem unabhängigen Professor. Auch Freshfields wurde noch beauftragt, als Kanzlei sich damit zu beschäftigen. Und am Schluss hatten wir so eine Art Pattsituation. Und, ehrlicherweise, wenn der eine Big-Four-WP und der andere Big-Four-WP, wenn die sich gegenseitig sozusagen da verhaken, dann fällt es mir als Aufsichtsratsvorsitzender relativ schwer, den Knoten zu durchschlagen. Deswegen noch mal der pragmatische Vorschlag. Und bei vielen Dingen, die sie sozusagen in der Bewertung haben, gibt es ja Bewertungsspielräume. Also, manchmal macht man es halt so, manchmal macht man es so; dafür gibt es gute Argumente. Aber hier haben sich beide halt nicht bewegt, ja?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Na, ich finde es halt nur so erstaunlich bei einer so, ja, eigentlich einfach nachzuweisenden, könnte man meinen, Position, dass man da so eine Konfrontation einerseits zwischen diesen beiden Gesellschaften hat, dass Sie sagen: "Da gab es dann noch großartige Prüfungen", anstatt mal zu sagen: Egal wie jetzt die Rechtslage ist und ob man das jetzt muss - dass man vielleicht einfach mal nachguckt. -Aber das hat ja dann im März stattgefunden.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann war ja jemand vor Ort, nämlich EY und KPMG in Manila - wir hatten das ja auch von dem Herrn Geschonneck; Sie haben das erwähnt, der war auch schon Gast bei uns -, und die haben dann versucht, sich da irgendwie schlau zu machen. Nur, Sie hatten jetzt gerade gesagt, wenn ich es richtig verstanden habe - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Darf ich - Entschuldigung - Sie da unterbrechen?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, sehr gerne.

Zeuge Thomas Eichelmann: Der Punkt Manila ist jetzt genau der richtige Punkt an der Stelle; das ist ein sehr schönes Beispiel. Was ist in Manila passiert? Die Prüfer sind beide - also jeweils mit zwei, drei Mann besetzt, plus Vertreter der Gesellschaft - zu den jeweiligen Banken gefahren. Wo sind sie genau hingefahren? Sie sind nicht in die Zentrale gefahren, sondern sie sind in die Filiale gefahren, weil der Treuhänder, dieser Herr Tolentino, meinte, dass diese beiden Filialen die entsprechenden Konten führen. In dieser Filiale wurde den Herren von den Prüfern jeweils die Kontobestätigung übergeben. Und man hätte ja sagen können: Reicht mal. - An der Stelle hat aber KPMG gesagt: Das reicht nicht; wir schicken trotzdem noch eine Anforderung einer Bestätigung an die jeweilige Zentrale. - Der Eindruck war aber - wir haben natürlich nach dieser Reise intensiv gesprochen und telefoniert; damals war ja schon Corona usw., da waren nicht mehr so viele persönliche Meetings möglich -, der Eindruck war aber, dass das Geld da ist. Und man hat eben der guten Ordnung halber noch auf die Bestätigung der Zentrale gewartet. Aber dieses Checkmark, dieses Ticken in der Box, das wurde von KPMG bis zum Schluss gefordert und führte in meinen Augen im Übrigen auch dazu, dass irgendwann, 9. oder 10. Juni oder wann es war -

Nur zur dienstlichen Verwendung

nee, bissel später -, die eben nicht vorhandenen Bestätigungen dann sozusagen geschickt worden sind von den Banken. Aber warum jetzt der eine Prüfer so und der andere Prüfer so - - bin ich der falsche Ansprechpartner, ehrlich gesagt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich hatte die Aussage von Herrn Geschonneck so in Erinnerung, dass bei diesen beiden Besuchen, die schon räumlich einen etwas eigenartigen Eindruck gemacht haben - also nicht jetzt so eine typische Bankfiliale, wie man sich das jetzt vorstellt -, dass da nicht Auskunft gegeben werden konnte zu den zum Beispiel wirtschaftlich Berechtigten bei den Konten und auch nicht über die Höhe der Beträge. Aber das, sagen Sie jetzt, war schon so. So habe ich Sie verstanden.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich war nicht dabei. Das Thema der Kontoauszüge ist ein anderes Thema. Da geht es dadrum, bei einem Treuhandkonto: Wer steht da drauf? - Normalerweise ist es so - ich mache mal ein Beispiel -: Wenn Sie eine Immobilie kaufen in Deutschland, gibt es das sogenannte Notaranderkonto. Da steht dann drin: Notar Meier für Herrn Eichelmann oder - ich gucke jetzt gerade Sie an - für Herrn Dr. Michelbach. Also, ja, da steht dann eben drin: Der Notar Meier hält es für den Herrn Eichelmann, für Herrn Dr. Michelbach oder sonst auch gerne für jeden anderen von Ihnen - als Beispiel. Und bei einem Treuhandkonto, wie ich es kenne aus meiner früheren Erfahrung, steht genauso drauf: Das ist der Herr Tolentino, der das Guthaben hält zugunsten von Wirecard, PayPal, weiß der Geier für wen. Und das stand auf den Auszügen nicht drauf. Da war die Anforderung, dass die Auszüge korrigiert werden sollten, ja? Diese Korrektur ist aber, nach meiner Kenntnis, in Auftrag gegeben worden und später auch mal übermittelt worden, aber eben wieder nicht von der Zentrale, sondern von der Filiale.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - In der Sitzung des Aufsichtsrates am 22.04.2020 berichteten Sie über einen Anruf der Herren Barth und Dr. Orth von EY. Beide werden ja auch morgen bei uns hier Zeugen sein. Beide sollen sich nach den Ausführungen im Protokoll darüber beschwert haben, dass die Ausführungen von

KPMG im Bericht misleading, also irreführend seien. Können Sie uns dazu etwas sagen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, das ist richtig. Es gab auch am 23. noch irgendwie ein Telefonat dazu, wo ich allerdings leider nur in den letzten fünf Minuten mit dabei war. Die Herren von EY waren der Meinung, dass - ich sage es mal einfach formuliert - die Kollegen von KPMG das Geschäftsmodell insbesondere im Bereich TPA von Wirecard nicht richtig verstanden hätten und dass deswegen irgendwie der Bericht unter Umständen einen falschen Eindruck hinterlassen würde. Das war eigentlich Inhalt des Gespräches.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Das muss man ja erst mal sacken lassen, die Aussage. Haben Sie diese Aussage geteilt? Sie als Aufsichtsrat haben ja sicherlich das TPA-Geschäft verstanden. Sie waren ja Aufsichtsrat.

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, wenn ich ganz ehrlich sein soll, habe ich es natürlich auch nicht verstanden*; sonst hätte ich ja früher merken müssen, dass es gar nicht existiert oder zumindest nicht in dem Umfang, wo es angeblich hätte da sein sollen. Aber ich habe mich, um genau zu sein, wie die anderen auch darauf verlassen irgendwie, dass nicht zehn Jahre lang irgendwas geprüft wird, was gar nicht existiert oder zumindest in weiten Teilen nicht existiert.

Es gab dann am 23. - nach diesem Telefonat am 22. - eine Diskussion zwischen EY, KPMG. Das war dann der Ausfluss, weil meine Meinung war: Liebe EYs, ihr könnt euch gerne bei mir beschweren. Ich nehme die Beschwerde ernst, aber ich halte es für sinnvoll, dass wir einen gemeinsamen Austausch suchen mit dem Prüfer KPMG. also hier um das Thema TPA-Geschäft, nicht um das Thema Cash. Lassen Sie uns versuchen, da durchzugehen. Sie haben die viel größere Erfahrung. Vielleicht liegt KPMG ja wirklich falsch; das mag ja sein. Aber dann wird sich das in dem gemeinsamen Gespräch ja klären lassen. - Weil bis zu dem damaligen Zeitpunkt hat ja auch KPMG diverseste Interviews mit allen möglichen Führungskräften und Vorständen aus der Wirecard AG heraus geführt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dieses Gespräch sollte bewusst ohne mich stattfinden. Als Vertreter des Aufsichtsrates war dabei die Rechtsberaterin des Aufsichtsrates, die mich dann gegen Ende des Gesprächs etwas aufgeregt anrief und mich bat, dazuzukommen. Und nach diesem wohl anderthalbstündigen Telefonat in der Mittagszeit am 23.04. waren wir genauso weit wie am Tag davor. Man hat sich etwas verhakt. Also, die einen wollten den anderen sagen, sie haben nicht verstanden, wie es geht, und die anderen sind etwas bockbeinig bei ihrer Meinung geblieben, wie zu prüfen ist und wie das TPA-Geschäft einzuwerten ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Da fragen wir sicherlich gleich noch mal weiter. - Ich komme jetzt noch mal zu einem anderen Punkt, und zwar: In der Sitzung des Prüfungsausschusses am 8. April 2020 wurde beschlossen, die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 neu auszuschreiben und EY kein Mandat mehr zu erteilen. Nach dem Protokoll der Sitzung des Aufsichtsrates vom Vortag soll Herr von Knoop gesagt haben, dass schon im Vorjahr erwogen wurde, EY das Mandat zu entziehen. Können Sie dazu bitte etwas sagen, was auch zu diesem Schritt geführt hat?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich war im Vorjahr, wie gesagt, nicht dabei. Aber jetzt sind wir ja irgendwie, wie Sie sagen, am 8. April, und das KPMG-Projekt ging ja dem Ende entgegen. Wie wir wissen, haben wir es verlängern müssen am 12. März. Also, für mich war es nach den ganzen Unstimmigkeiten und Diskussionen davor dringendst an der Zeit, dort mit einem neuen WP das Ganze noch mal bei null sozusagen anzufangen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil Sie unzufrieden waren mit EY? Kann man das so sagen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Kann man so nicht sagen, weil ich war in 2018 wieder nicht dabei. Das ist nur Hörensagen, wie gesagt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nee, aber in dem Moment, 2020, 8. April, da waren Sie unzufrieden, in dem Zeitpunkt, mit der Leistung von EY?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich war nicht mit der Leistung von EY - - die konnte ich da ja noch gar nicht richtig einwerten. Ich war an diesem Tag irgendwie der Meinung, dass, egal was die geleistet haben, egal wer jetzt am Schluss recht hat, ob es KPMG oder EY ist - ich habe natürlich ein gewisses Prä für KPMG gehabt, das gebe ich gerne zu, ja -, aber ich war der Meinung, auch als Aufsichtsratsvorsitzender - - weil das ist ja eine der ganz wenigen Entscheidungen, die der Aufsichtsrat zu treffen hat. Der schmeißt einen Vorstand raus und stellt ihn ein, und er bestimmt, wer der Abschlussprüfer ist. Und wenn ich Aufsichtsratsvorsitzender bin, dann hätte ich gerne einen Abschlussprüfer, wo ich hundertprozentig weiß - für die Firma, auch im Sinne der Aktionäre -, da gibt es kein - wie soll ich sagen? - Restgeschmäckle aus den Vorjahren, sondern da muss neu, von null auf gestartet werden. Und demzufolge war ich der Meinung, es kann nur PwC oder Deloitte werden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Der Aufsichtsrat hat sich ja immer wieder auch mit der finanziellen Lage des CEO Herrn Dr. Braun beschäftigen müssen. Und in mehreren Sitzungen ging es auch um die Gewährung eines Kredites an Herrn Dr. Braun, so auch zum Beispiel am 26 Januar 2020. Können Sie uns dazu etwas sagen, wie es mit diesen Krediten Dr. Braun aussah?

Zeuge Thomas Eichelmann: Zu den einzelnen Daten tue ich mich jetzt schwer, ohne dass ich die Protokolle, die Sie vor sich haben, selber gelesen habe. Was ich dazu sagen kann, ist, dass es einen Kredit seitens der Wirecard Bank - also nicht der AG, sondern seitens der Wirecard Bank - an den Herrn Dr. Braun gab. Und mein Verständnis war, als das Ding bei mir aufgeschlagen ist, dass der Kredit ohne eine entsprechende Genehmigung ausgezahlt wurde. Das heißt, es gibt zwei Möglichkeiten: Es wird nachgenehmigt mit einer entsprechenden Besicherung, oder das Geld muss zurückbezahlt werden. Dann hat man irgendwie hier diskutiert: Gibt es die Möglichkeit, nachzugenehmigen mit einer entsprechenden Sicherheitengestellung? Das ist ja theoretisch möglich. Dazu kam es nicht. Also wurde zurückgefordert.

Was hier vielleicht noch erwähnenswert ist, dass im Rahmen oder um diese Auszahlung herum

Nur zur dienstlichen Verwendung

sich auch der Treasurer gerührt hatte zu dem Thema und ich dem Treasurer damals ausdrücklich gesagt habe, erstens, das ist eine Angelegenheit der Bank, und zweitens, er soll bitte sicherstellen, dass die entsprechenden Beschlüsse vorliegen, bevor ausgezahlt wird. Und auf einmalschwuppsdiwuppsdi! - höre ich, es gibt einen Kredit an Herrn Dr. Braun, was in dem Zusammenhang im Übrigen ja ein Organkredit ist und demzufolge auch BaFin-relevant ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, Sie sprechen die BaFin an. Darauf würde ich auch gern zurückkommen. Die kommt ja häufig in Ihren Protokollen der Aufsichtsratssitzungen vor. Was können Sie uns zum Kontakt zur BaFin allgemein erst mal sagen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, der allgemeine Kontakt zur BaFin wird ja durch den Vorstand geführt und nicht durch den Aufsichtsrat, also keine Aufsichtsratsangelegenheit. Zu den BaFin-Kontakten aufseiten der Bank - oder was auch sozusagen nicht in dem AG-Gremium diskutiert wird oder aufseiten der Wirecard AG - müsste man theoretisch den Vorstand befragen. Den Kontakt zur BaFin hat der Aufsichtsrat gesucht nach der Veröffentlichung des KPMG-Reports.

Und ich habe da die Gelegenheit ergriffen, ein Gespräch mit dem Herrn Hufeld zu führen und ihn darauf hinzuweisen, dass wir hier mit dem KPMG-Report eben weder eine Klärung im negativen Sinne erreicht haben noch eine Klärung im positiven Sinne. Das heißt irgendwie, er sollte aus meiner Sicht informiert sein, dass das Thema Wirecard, was ja in der Presse auch hinreichend diskutiert wurde, erst mal weitergeht, bis eben dieses KPMG-Thema final abgeschlossen ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Welche persönlichen Gespräche haben Sie bis Juni 2020 mit der BaFin geführt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Persönliche Gespräche am Telefon einige mit dem Herrn Hufeld und ein gemeinsames, nachdem bekannt wurde, dass die Gelder nicht da waren - das muss irgendwann in den 20ern des Junis gewesen sein -, zusammen mit dem Herrn Freis und anderen. Und da waren

auf der BaFin-Seite noch mehrere Personen am Telefon. Das müsste ich aber nachschauen, wer da alles dabei war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe jetzt leider nur noch zwei Minuten; das würde jetzt zu weit führen. Aber ich höre schon die traurigen Kommentare der Kollegen. Aber ich komme ja gleich noch mal dran.

Deshalb noch mal zum Abschluss: Gerade war ja der Herr von Erffa bei uns. Da habe ich so ein bisschen den Unterton mitbekommen, dass Sie jetzt nicht so die besten Freunde zu sein scheinen. Können Sie uns dazu was sagen? Wie war die Zusammenarbeit mit Herrn von Erffa?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das ist ja nicht dazu da, irgendwie Freundschaften zu schließen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war auch nett von mir ausgedrückt. Ich hätte das auch negativer ausdrücken können.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie Sie mögen, ja. Man muss da unterscheiden, glaube ich, die persönliche Oberfläche, wenn Sie so wollen, und die fachliche Kompetenz.

Ich habe den Herrn von Erffa wahrgenommen als Herrn der Zahlen. Es ist ja so: Wenn Sie Prüfungsausschussvorsitzender sind, haben Sie ja mindestens viermal im Jahr eine Zahlenveröffentlichung. Und üblicherweise funktioniert es so: Ganz kurz vor der Zahlenveröffentlichung - die ist ja in der Regel dann auch ad-hoc-relevant findet ein Prüfungsausschuss statt, und in dem Prüfungsausschuss berichtet üblicherweise nicht der Finanzvorstand über jedes Detail der Zahlen, sondern üblicherweise berichtet das der operative Finanzchef. Das ist also in diesem Fall der Herr von Erffa. Da muss ich dem Herrn von Erffa zugutehalten, dass er wirklich extrem im Detail der einzelnen Zahlen drin war, also gar keine Frage. Man hatte das Gefühl, dass er absolut auf Ballhöhe ist, auch bei Detailfragen zu Steuerpositionen, zu einzelnen Ländern: "Wo fehlt noch dies, wo fehlt noch jenes?", Abschreibungsbe-

Nur zur dienstlichen Verwendung

darf: "Was ist vorsichtiger, was ist weniger vorsichtig?". Also, die üblichen Diskussionen hat er sehr gut bestritten.

Was bei Herrn von Erffa eher schwierig war, ist: Wenn man eine andere Meinung hatte als er zu einzelnen Fachfragen, dann konnte er sehr deutlich werden. Ich habe damit irgendwie grundsätzlich mal kein Problem, weil ich kann auch deutlich werden. Aber ich fand es unangemessen, sagen wir mal so. Aber das hat mit der fachlichen Kompetenz nichts zu tun.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Gleich geht es weiter.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann als Nächstes Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Eichelmann, ich möchte zum Einstieg gleich mal fragen: Was können Sie uns sagen über die Gespräche, die stattfanden im Juni 2020 rund um die Frage, ob Herr Dahmen, ob EY möglicherweise verlangt hat, dass die KPMG-Untersuchung beendet wird, damit ein uneingeschränktes Testat erteilt werden kann?

Zeuge Thomas Eichelmann: Diese Gespräche, wie Sie das nannten, begannen eigentlich um die Fragen, die vorgestellt wurden am 23. April herum. Mein Eindruck war, dass nach dem Erscheinen des KPMG-Reports und diesen Diskussionen: "Wer hat nun das Geschäftsmodell wie detailliert verstanden oder nicht?" die Nervosität aufseiten EYs etwas größer geworden war. Da gab es verschiedene Signale, einmal: "Wir prüfen nicht mehr" oder: "Wir können nicht testieren", dann kam wieder zurück: Wir können testieren.

Es gab beispielsweise am, ich meine, 18. Mai eine Mail, weil der Abschluss wurde ja verschiedenmalig verschoben; damals wurde er gerade auf den 4. Juni verschoben. Da gab es eine Mail am 18., am späten Nachmittag, frühen Abend. Da hieß es: Wir brauchen mindestens 15 Arbeitstage, um den Abschluss zu prüfen, wenn alle Unterlagen vorliegen. - Wenn ich jetzt nach Adam Riese durch den Kalender gehe, dann habe ich die

E-Mail geschrieben und bin schon in Verzug. Das heißt faktisch, wir hätten ad hocen müssen. Ich habe das beispielsweise dem Vorstand gemailt. Und auf einmal kriegen Sie am nächsten Morgen wieder eine E-Mail. Da bestätigt dann der Herr von Knoop, dass er zusammen mit dem Herrn Dr. Braun und EY besprochen hätte, dass erst am 23. geliefert werden muss, also nicht schon sozusagen in der Woche davor. Also, für mich persönlich ging es so ein bisschen hin und her.

Und es gab dann - zumindest haben die Beraterin des Aufsichtsrates und ich und auch andere Aufsichtsratsmitglieder es so wahrgenommen; wie soll ich sagen? - zarte Versuche, die auch vom CEO kamen, zu sagen: Können wir nicht KPMG unterbrechen? Wir machen erst mal den Abschluss fertig und machen dann im Herbst mit KPMG weiter, weil bei den TPAs kommen wir jetzt aktuell eh nicht weiter, und die 2019er-Zahlen können wir uns genauso gut noch im Herbst angucken. Dann haben wir erst mal einen Abschluss irgendwie eingefahren und können dann später irgendwie die internen Kontrollsystemmängel usw. ausermitteln. - Das fand ich nicht angemessen und war mit mir nicht zu machen.

Diese Stimmung ging aber eben ein paar Tage hin und her. Ich habe mich dann nach Beratung mit der Beraterin des Aufsichtsrates dazu entschlossen, eine klärende E-Mail schreiben zu lassen bewusst durch die Anwältin -, und die Anwältin hat die E-Mail, glaube ich, relativ klar formuliert. Und EY war dann eben gezwungen - ich sage es auch hier umgangssprachlich -, das Ei zu legen, also entweder so oder so. Die haben dann auch sehr korrekt, muss ich sagen, zurückgeschrieben. Ich meine, das war der 8. oder 9. Juni - aus der Erinnerung heraus -, wo dann eben klar drinstand: Nein, haben wir alles so nicht gemeint, war bestimmt ein Missverständnis aufseiten des Aufsichtsrates. Wir wollen irgendwie eine komplette Ausermittlung durch KPMG und dann erst das Testat erteilen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Konnten Sie mit der Rechtsberaterin, die ja offenbar da auch näher dran war, noch mal aufarbeiten, ob das wirklich ein Missverständnis war oder ob EY sich bereit erklärt hat oder gar die Idee hatte, im Falle einer

Nur zur dienstlichen Verwendung

Unterbrechung oder eines Abbruchs der KPMG-Untersuchung tatsächlich das Testat uneingeschränkt zu erteilen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Darf an der Stelle ausnahmsweise mein Rechtsbeistand etwas sagen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, bitte. Na klar.

Zeuge Thomas Eichelmann: Weil ich nämlich irgendwie schon befürchtet habe vor ungefähr einer Woche oder zwei Wochen, dass irgendwann dieses Thema hochkommt, und deswegen darum gebeten habe, dass die beiden Juristen - ich bin kein Jurist - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie müssen das gar nicht begründen. Machen Sie es einfach. Fragen Sie ihn. - Aber wenn die Zeit bitte gestoppt wird.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, aber wenn der Herr Dr. Spatscheck kurz das Wort ergreifen darf. Erlauben Sie das, Herr - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wenn es der Sache dient, und ich sehe, Dr. Toncar hat da auch keine Einwände, bitte schön.

RA Dr. Rainer Spatscheck: Wir hatten, als die E-Mails hier zur Lektüre kamen, überlegt, wie die Situation damals wohl gewesen war; es ist eine ganze Zeit her. Ich hatte ein kurzes Gespräch mit der Beraterin geführt, die seinerzeit den Aufsichtsrat betreut hat. Und sie sagte, sie habe es genauso verstanden. Es seien unterschiedliche Signale gekommen. Um jetzt das Ganze mal auf den Punkt zu bringen und zu klären, in welche Richtung man gehen möchte, habe sie dann per E-Mail - auch bewusst per E-Mail, damit es nicht umgangen werden kann - die Frage gestellt, die dann auch sehr sauber beantwortet wurde. Und ab da war es dann wohl auch klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Spatscheck.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. Das war jetzt natürlich sozusagen der Rechtsbeistand als Zeuge vom Hörensagen.

(RA Dr. Rainer Spatscheck: Sie hatten darum gebeten!)

- Ja, vielen Dank. Nur eine Frotzelei, alles in Ordnung. Vielen Dank für Ihren Beitrag da.

Herr Eichelmann, waren Sie persönlich involviert? Gab es da Gespräche, Telefon-, Videokonferenzen, Abklärungsprozesse, um das Missverständnis unter Beteiligung von Ihnen persönlich irgendwie aufzuklären?

Zeuge Thomas Eichelmann: Sie haben ja wahrscheinlich den E-Mail-Verkehr vorliegen, nehme ich mal an. Und in dem E-Mail-Verkehr steht es ja drin. Ich habe auch noch mal nachgehakt irgendwie. Bei solchen wichtigen Fragen verhöre ich mich selten, sagen wir es mal so, aber wenn - - Es kann auch ein Missverständnis auf der anderen Seite gewesen sein. Was ich gehört habe, habe ich gehört. Aber wir haben das dann ja ausgeräumt mit diesem E-Mail-Verkehr, und damit konnte man quasi wieder weitermachen. Es kam ja dann auch. Es war ja quasi - wie soll ich sagen? - ohne Schaden, weil einige Arbeitstage später kamen die fehlenden Kontobelege. Und demzufolge war das Ganze Makulatur.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Aber für die Bewertung des Abschlussprüfers ist es schon ein ganz relevanter Unterschied.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie gesagt, ich habe es ja deutlich dargestellt. Es gab diverse Signale, die immer unterschiedlich waren. Es gab auch irgendwie einen gewissen SMS-Verkehr, wo geschrieben wurde: Jetzt kommt dann gleich ein Problem in Bezug auf die Prüfung; wir können nicht testieren. Eine Dreiviertelstunde später kriegen Sie eine SMS: Nee, das war vielleicht doch irgendwie zu voreilig; bitte wieder alles zurück. - Und ich wollte diese Phase einfach jetzt wir hatten ja zum damaligen Zeitpunkt genug Druck irgendwie - wirklich aufklären und zu Ende bringen. Irgendwie wollte ich diese Unsicherheit an der Stelle rausnehmen und eine klare Position erzwingen bei allen Beteiligten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben angesprochen, dass Herr Braun da offenbar auch irgendwo

Nur zur dienstlichen Verwendung

in der Diskussion beteiligt war über die Frage: Stoppt man KPMG? Unterbricht man das und zieht das Testat vor? - Können Sie dazu noch mal detaillierter ausführen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Kann ich nicht viel mehr zusätzlich dazu sagen. Er hat, ich meine, in zwei Gesprächen mir gegenüber - allerdings nur mir gegenüber, da war jetzt kein Prüfer dabei - irgendwie den Vorschlag geäußert, ob es denn nicht ein gangbarer Weg wäre, dass man sagt, beides zusammen scheint uns zu überfordern in der Komplexität, KPMG mal kurz ruhen zu lassen, den Abschluss fertigzukriegen, weil wir waren da auch von der Zeit her im Druck - ab einem gewissen Zeitpunkt kriegen Sie auch eine entsprechende Strafe auferlegt, wenn Sie nicht veröffentlichen -, dieses sozusagen zu vermeiden, indem man den Abschluss fertig macht und dann später die KPMG-Prüfung weitermacht.

Noch mal - ähnlich wie vorher -: Mag sein, dass der eine oder andere sich da unter Druck gesetzt gefühlt hat. Ich habe mir das angehört, ja. Ich meine, immerhin war er noch der Vorstandsvorsitzende zum damaligen Zeitpunkt. Das hat mich aber in meinem Handeln nicht beeinflusst.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hat außer Herrn Dahmen ein anderer Mitarbeiter von EY, Herr Barth, Herr Orth oder sonst jemand anders, sich an der Diskussion beteiligt um die Frage "Unterbrechung KPMG, Vorziehen des Jahresabschlusses?", oder war ausschließlich Herr Dahmen an dem Gesprächsprozess aktiv beteiligt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Aus meiner Erinnerung - ich sage mal, an den Unsicherheiten, irgendwie Deadline setzen, wieder zurücknehmen usw. - waren sie alle beteiligt an dieser Diskussion an dem berühmten Freitag - ich müsste jetzt in den Kalender gucken -, einstelliger Juni. Es kann nur ein Freitag sein. Das waren nach meiner Erinnerung die Frau Gärtner von Clifford Chance, meine Wenigkeit und der Herr Dahmen. Ich weiß nicht, wer da noch dabei war. Ich kann aber auch nicht ausschließen, dass noch jemand dabei war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Wer möchte? - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde auch gerne eigentlich in diesem Zeitraum noch mal bleiben und würde Sie da wirklich auch noch mal nach Ihrer Wahrnehmung des Agierens von EY fragen, weil das schien ja nicht so ganz mit Ihnen - wie soll ich sagen? - - Sie waren, glaube ich, auch genervt so ein bisschen von dem Agieren. So macht es zumindest den Eindruck. Für mich stellt sich ja die Frage: Ich meine, da ist dieser langjährige Abschlussprüfer, und jetzt kommen Sie. Erst übernehmen Sie den Prüfungsausschuss, dann werden Sie auch noch der Aufsichtsratsvorsitzende, und - so ungefähr aus deren Perspektive - jetzt machen Sie denen nur Ärger. Die haben das so schön geprüft die ganze Zeit und so, niemand hat sich daran gestört, und jetzt machen Sie da so einen Aufstand. Wie muss ich mir denn diese Zusammenarbeit vorstellen? Wie war da die Stimmung auch?

Zeuge Thomas Eichelmann: Sie haben es ja selber schon ganz gut beschrieben, ja. Also, eigentlich haben Sie die Frage schon beantwortet, wenn ich das so sagen darf.

Ich muss dazusagen: Ich finde, auf der Seite von EY ist zum Teil, auch wenn sich das jetzt vielleicht etwas komisch anhört, fachlich sehr gute Arbeit geleistet worden. Also, ich fand, auf den ersten Eindruck haben die das gut gemacht. Was mich persönlich wirklich irritiert hat, das war erst mal dieses Thema mit dem Cash Accounting bei so einer wichtigen Frage. Und noch mal: Das war nicht eine einmalige Situation, wo ein Unternehmen, wo zehn Jahre alles dufte gelaufen ist, mal irgendwo - wie soll ich sagen? - in einer schwierigen Lage war, und dann hat man halt mal irgendwie nicht Fünfe gerade sein lassen, sondern einen Bewertungsspielraum ausgenutzt. Das kann man ja tun. Ich finde das auch nicht ehrenrührig. Wir waren hier aber in einer Situation: Wir haben eine Sonderuntersuchung mit riesigem Getöse eingeleitet. Es gab verschiedenste Anschuldigungen aller möglicher Couleur gegen auch alle möglichen individuellen Personen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann geht man natürlich als neuer Aufsichtsrat auf die sichere Seite.

Ich komme noch mal darauf zurück - das war mir vielleicht diese langatmige Einleitung deswegen wert -: Mir ging es darum, irgendwie das Ding wirklich vorbildlich durchzuführen. Und vorbildlich geht es halt nur, wenn man irgendwie eine klare Linie fährt und eben dann auch bei der Linie bleibt und nicht andauernd seine Meinung ändert. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn jemand eine andere Meinung hat. Sie lernen mich jetzt ja gerade erst kennen; aber ich hoffe, ich mache nicht den Eindruck irgendwie, dass man das nicht ausdiskutieren kann. Und wenn der andere recht hat, hat er recht. Aber was eben schwierig ist: Sie sagen einmal "rot", dann sagen Sie "blau", dann sagen Sie "rot", dann sagen Sie "blau". Das finde ich gewöhnungsbedürftig. Und das mag ich nicht, schon gar nicht in dem Fall, weil Sie dürfen nicht vergessen: Wenn man dann als Aufsichtsrat billigt, was ja die Jahre davor passiert ist, hat man sich ja quasi mit angreifbar gemacht. Und das wollte ich jetzt für mich ganz persönlich vermeiden, deswegen auch die intensive Einbindung der Rechtsberatung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sozusagen einfach von der Wahrnehmung kann ich mir das auch lebhaft vorstellen, also die ganzen handelnden Akteure, die wir bisher kennengelernt haben, und Sie jetzt neu mit dabei. Ich kann mir vorstellen, dass da einfach unterschiedliche Typen auch aufeinandergetroffen sind.

Aber noch mal, weil Sie das selbst auch ja so betont haben, die herausragende Bedeutung der Treuhandkonten: Ich sage mal, wenn man auf die Bilanz guckt, sieht man ja wirklich, ohne jetzt Wirtschaftsprüfer sein zu müssen, dass das für das Unternehmen von herausragender Bedeutung ist. Haben Sie sozusagen dann als Aufsichtsratsvorsitzender im Prinzip gesagt, so nach dem Motto: "Ich will mal sehen, ist das Geld da"? Und dann habe ich diese fachlich unglaublich kompetenten Wirtschaftsprüfer da, die Ihnen erklären, warum das aber gar nicht notwendig ist, dass Sie als Aufsichtsrat mal Ihr Geld sehen wollen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Aber da muss ich jetzt eine Lanze für EY brechen. Wie vorher dargestellt: Ich hatte ja den Vorschlag gemacht, wenn im letzten Jahr 50 Millionen überwiesen worden sind, dann sollen wir dieses Jahr halt 100 Millionen überweisen, und die Erhöhung dieser Summe auf viermal 110 Millionen, weil es eben vier Konten waren bei zwei Banken in Manila, dieser Vorschlag kam nach meiner Erinnerung von EY. Also, da ist ja auch EY dann sozusagen einen Schritt weitergegangen und hat das in meinen Augen sehr konsequent dann eben an dieser einen Stelle auch gemacht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das heißt, Sie gehen davon aus, dass die schon auch selbst daran geglaubt haben, dass das Geld da ist?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, absolut. Also, wenn sie nicht daran geglaubt hätten, dann hätte man, ich sage mal, die Behörden entsprechend informieren müssen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, gut. Das ist ja eine Frage, die ja durchaus im Raum steht. Also, es sind ja sozusagen - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja. Aber da muss ich - Entschuldigung, wenn ich einhake - auch irgendwie sagen: Da hat EY doch recht konsequent gehandelt, weil in dem Moment, wo die Meldung - warum auch immer sie einging und wer auch immer sie veranlasst hat - an einem bestimmten Dienstag einging, hat EY zunächst die BaFin informiert und dann den Aufsichtsrat. Das heißt, wir haben es erst erfahren, als die Messe schon gesungen war und das ganze Unheil seinen Lauf nahm. Da hat EY an der Stelle konsequent gehandelt. Ob man dann unbedingt eine Meldung in die Welt setzen muss, sie wären die großen Aufklärer gewesen, das fand ich jetzt auch ein bisschen gewöhnungsbedürftig. Aber das ist jetzt eine ganz persönliche Anmerkung von mir.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na klar, wobei natürlich zu dem Zeitpunkt - ja, gut -, da waren Sie ja sozusagen nicht mehr im Driver's Seat. Da sind die Dinge passiert, wie sie passiert sind. Aber las-

Nur zur dienstlichen Verwendung

sen Sie mich da trotzdem noch mal auch nachhaken: Wie haben Sie die Zusammenarbeit von EY mit den handelnden Akteuren bei Wirecard wahrgenommen, also mit dem Vorstand, mit Herrn Braun, mit Herrn Marsalek, mit Herrn von Erffa?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, fangen wir mal "unten" an - in Anführungsstrichen -, ohne ihm jetzt sozusagen wehtun zu wollen. "Unten" ist in dem Fall der Herr von Erffa, in der Reihenfolge, die Sie genannt haben. Da gab es zwei Gespräche, wo sich die EY-Kollegen bei mir fast ein bisschen beschwert haben über die Art und Weise, wie der Herr von Erffa mit denen umgegangen ist. Wie gesagt, ich konnte das nachvollziehen. Ich hatte auch die eine oder andere harte Diskussion mit ihm. Aber noch mal: Fachlich war das immer korrekt aufseiten von Erffa, also rein mathematisch korrekt. - Da gab es Vorbehalte aufseiten von EY, nach meinem Verständnis insbesondere bei dem Herrn Fichtelberger. Aber das ist mein Eindruck gewesen. Mein Eindruck ist mein Eindruck; der mag eben auch falsch sein. Wenn Sie mit den Herren reden, mögen die das irgendwie anders darstellen. Dann war es eben anders.

Wie vorher dargelegt war es eben so, dass manchmal Meldungen kamen: Wir müssen jetzt in soundso viel Tagen die und die Unterlagen haben, sonst können wir nicht prüfen. - Was Sie dann als Aufsichtsrat ja machen, ist - darauf kommen wir später hoffentlich noch zurück, zum FISG -: Sie haben ja keinen Zugang zu den Primärdaten. Sie sind ia auf den Vorstand angewiesen. Sie müssen also dem Vorstand sagen: Lieber Vorstand, da droht jetzt irgendwie Ungemach. Ihr habt den Prüfer sauer gefahren, so geht es nicht. Bitte liefert die Daten zeitgemäß, sonst gibt es kein Testat, und das kann einen erheblichen Schaden bei dem Unternehmen verursachen, bei den Aktionären verursachen etc. Also bitte, benehmt euch anständig und liefert die Daten, die ihr liefern müsst, oder findet irgendeine andere Regelung. - Und dann ist es halt, finde ich, komisch, wenn Sie dann irgendwie wenige Stunden später eine E-Mail-Bestätigung kriegen, wo dann irgendwie die Vorstände mit dem Prüfer gesprochen haben, und auf einmal ist dann alles doch

nicht mehr so dringend. Da komme ich mir, ehrlich gesagt, auch benutzt vor. Jemand beschwert sich bei mir, und ich lehne mich aus dem Fenster und - ich sage es mal ganz flapsig - mache den Vorstand an, und dann höre ich drei Stunden später: War alles doch nicht so wichtig,

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Das heißt, da ist auch über Bande gespielt worden, oder da sind - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Noch mal: Ich habe es jetzt beschrieben, wie es gelaufen ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja; okay.

Zeuge Thomas Eichelmann: Sie können es "über Bande spielen" nennen, wie auch immer.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, nein. Aber das ist ja interessant, weil ich meine, das ist ja die Frage von Rotationszeiten usw., welche persönlichen Beziehungen irgendwie entstehen. Das ist ja auch was, was uns interessiert. Und die Prüfer, Herr Loetscher, Herr Dahmen, waren ja lange Zeit eben auch mit den genannten Herren von Wirecard zugegen. - Wie haben Sie die Beratungsaktivitäten von EY wahrgenommen? Also, war das Thema bei Ihnen im Aufsichtsrat? Haben Sie da Dinge, vielleicht auch Prozesse verändert?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, das war Thema im Aufsichtsrat, und zwar schon im Sommer. Ich komme wieder zurück auf diesen Einführungsworkshop. Da wurden verschiedene Themen diskutiert, unter anderem auch die Frage, wie man in den USA expandieren kann. Da ging es um eine mögliche Commercial Banking License in den USA, und da brauchte man Beratungsleistungen. Und die Anfrage der Company war, ob man dafür EY benutzen darf. Ich persönlich habe aus meinen bisherigen Mandaten relativ klare Vorstellungen, wie das läuft: Der Steuerberater ist eine separate Gesellschaft, der Abschlussprüfer ist eine separate Gesellschaft, und sozusagen die Beratungsmandate werden an andere Gesellschaften vergeben, und man wechselt üblicherweise durch.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt ist das irgendwie sehr katholisch und strikt dargestellt, ja. Ich bin durchaus auch an der Stelle flexibel, dafür gibt es ja Möglichkeiten. Und wir haben uns für diesen einen Fall zum Beispiel auch ein Gutachten geben lassen, dass es durchgeht. Aber auf Dauer hätte ich das nicht gerne akzeptiert. Und es gab in dem Zusammenhang nicht mehr alles nur irgendwie auf die EY-Leute, es gab auch Diskussionen dann am Schluss. Die Idee war ja, mit PwC die Prüfung fortzusetzen. PwC hat zum damaligen Zeitpunkt die Einführung der Compliance-Prozesse und die Compliance-Organisation zur Besserung begleitet. Ich habe da auch PwC signalisiert: entweder oder! Das heißt, wenn man die Abschlussprüfung unbedingt machen will, und die Firma entscheidet sich für PwC, dann müssen wir die Compliance-Themen auf eine andere Gesellschaft überleiten, weil das einfach zwei wirklich riesige Blöcke sind. Wenn Sie jetzt irgendeine kleine Beratungsleistung, ich sage mal, irgendwie in einem Volumen von 50 000 oder 100 000 Euro haben, wo Sie halt - ich sage mal, keine Ahnung -20, 30, 40, 50 Manntage dahinter haben, da kann man durchaus auch mal flexibel sein, finde ich; ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es gab ja dann immer dieses Verfahren von Pre-Approvals für irgendwelche Beratungsleistungen. Ist Ihnen da sozusagen aufgefallen, dass das immer auf die gleichen Partner bei EY lief, die auch die Abschlussprüfer waren?

Zeuge Thomas Eichelmann: Da muss man jetzt sagen: In der kurzen Amtszeit, die ich da irgendwie verbringen durfte oder musste bei Wirecard, gab es sehr wenig solcher Aktivitäten. Von daher habe ich da nicht die notwendige Grundgesamtheit, um mir ein Urteil irgendwie erlauben zu dürfen. Und was in den Jahren davor gelaufen ist, das weiß ich wirklich nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. Das ist aber schon auch noch mal eine interessante Aussage, dass sozusagen dann ab 2019, wo Sie mit an Bord waren, Sie da zumindest keine vermehrten Aktivitäten in diese Richtung dann mehr wahrgenommen haben. Vielleicht hat man sich dann auch nicht getraut - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, nein. Also, es war nicht nur wegen mir - ich will mir jetzt auch keine Lorbeeren zuschreiben -, sondern ich muss sagen: Auch vor meinem Antritt hat der Aufsichtsrat ja durch die Gründung, also ohne mich, der Komitees sich ja bestimmte Regeln geben wollen und hat sich die auch gegeben. Und da muss ich auch sagen - das habe ich sehr positiv empfunden -, die Beratung der beiden juristischen Beistände war da sehr, sehr hilfreich. Das war eben auch Teil, wie vorher schon ausgeführt, dieses Dreitageworkshops, da irgendwie - wie soll ich sagen? - eine ordentliche Struktur hineinzubekommen. Da gehört das dann eben auch dazu.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das heißt, dass eigentlich Herr Wulf Matthias da den Laden im Griff hatte?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, zu den Vorjahren kann ich jetzt irgendwie nichts sagen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, Moment.

Zeuge Thomas Eichelmann: Aber ich will damit sagen, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, nein. Sie müssten sich -

Zeuge Thomas Eichelmann: - die Dinge sind schon angestoßen worden, bevor ich dazukam.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - aber jetzt mal entscheiden. Eben haben Sie sozusagen für die Vorjahre dem Aufsichtsrat ein gutes Zeugnis ausgestellt, und jetzt sagen Sie, Sie können es nicht beurteilen. Was ist denn jetzt richtig?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich habe für die Vorjahre überhaupt kein Zeugnis ausgestellt. Ich habe lediglich gesagt, dass die Entscheidung - und das war ja Ihre Frage -, bei den Beratungsaufträgen genau darauf zu achten, dass der Abschlussprüfer - ich sage es jetzt mal einfach formuliert - nicht zu viele Unternehmensberatungsaufträge bekommen soll, dass dieser Ansatz bereits vor meinem Beitritt in den Aufsichtsrat angeschoben, beschlossen war und auf diesem

Nur zur dienstlichen Verwendung

Workshop verabschiedet wurde, an dem ich gerade frisch dabei war - nicht mehr und nicht weniger. Was in den Vorjahren war, das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, wie viele Aufträge an EY in den Jahren - keine Ahnung - 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18 usw. vergeben worden sind. Deswegen kann ich nicht sagen, es war gut oder schlecht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Aber wenn man an Sie als Aufsichtsratsvorsitzenden herangetreten wäre und gesagt hätte: Wir wollen hier ein 600 000-Euro-Beratungsprojekt an EY quasi freihändig vergeben - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Danke, Dr. Zimmermann. - Als Nächstes dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Eichelmann, Sie haben sich Mitte Juni 2020 mit Herrn Hufeld ausgetauscht. Können Sie mir kurz sagen, wie oft Sie sich im Juni 2020 mit Herrn Hufeld ausgetauscht haben?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, das Erstgespräch, wie gesagt, nach Erscheinen des Berichtes war irgendwann im Mai. Da hatten wir verabredet, dass wir ein persönliches Meeting durchführen wollen. Es gab dann Abwesenheitszeiten von ihm und auch von mir. Ich würde sagen, wir haben uns fünf-, sechsmal ausgetauscht. Aber es kann auch sieben- oder achtmal, es kann auch nur viermal gewesen sein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber mehrere Male im Juni 2020. Korrekt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie bitte?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mehrere Male im Juni 2020?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das auf jeden Fall, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Weil er uns nur über einen Austausch informiert hat. - Ich möchte Sie von daher fragen, was denn Gegenstand dieses Austausches war. Ging es auch um das Inhaberkontrollverfahren?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Nach meiner Erinnerung war es so: In dem ersten Gespräch ich bin jetzt noch im Mai, nicht im Juni - ging es um die Frage dieses KPMG-Berichtes. Der Herr Hufeld hat mich dann angesprochen auf meine Einschätzung zu der Frage, wie denn aus meiner Sicht Wirecard durch die BaFin eigentlich zu regulieren wäre, ob ich dem Gedanken nahetreten könnte, die Wirecard als Finanzholding einzustufen. Ich habe das klar bejaht. Ich hätte das persönlich auch, ehrlich gesagt, sehr befürwortet aus dem, wie vorher schon mal dargestellt, total primitiven Grund, weil als Aufsichtsrat sind Sie ja froh, wenn Sie sozusagen eine weitere Kontrollinstanz da drin haben. Ich komme wieder zurück zum FISG. Sie haben als Aufsichtsrat null Chance, an die Primärdaten ranzukommen, wenn der Vorstand Sie vorführen will. Das heißt: Für den Fall war alles super; jetzt brauche ich es theoretisch gar nicht. Aber für den Fall, wo es kritisch wird, brauchen Sie ja externe "Hilfe" - in Anführungsstrichen -, und da kommt Ihnen der Regulator ja recht.

Außerdem ist es hier so: Wenn Sie sich die Organisation der Wirecard angucken, dann haben wir ja die Situation, dass es eine gemeinsame Treasury gab. Gleichzeitig hatte die Bank eine Vollbanklizenz. Und für mich ist es so - ich habe ganz früher mal Bankkaufmann gelernt -: Die Kernfunktion einer Vollbank ist eigentlich die Treasury. Weil was passiert da? Ich hole Geld rein und gebe das Geld auf der anderen Seite wieder raus und versuche, aus dieser Zinsdifferenz einen Gewinn zu erzielen. Und wenn diese Funktion nicht in der Bank selber sitzt, sondern sozusagen in einem Geschäftsbesorgungsvertrag oder anderweitig in der AG sitzt, dann, finde ich, ist das eigentlich ganz okay, irgendwie als Einfallstor sich auch mal die AG anzugucken. Und ob das dann ein Inhaberkontrollverfahren ist oder eine andere Prüfung, wäre mir jetzt persönlich

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das heißt, Herr Hufeld hat Ihnen signalisiert, dass er einen gewissen Spielraum sieht für Einstufungsentscheidungen hinsichtlich von Wirecard?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, Herr Hufeld hat mir signalisiert, dass er Wirecard gern enger an die Kandare nehmen möchte, und die Frage an mich als Aufsichtsratsvorsitzenden gestellt, natürlich in höflichen Worten, wie meine Meinung dazu ist. Und ich habe ihn irgendwie sozusagen ermuntert, dass meines Erachtens das eine gute Idee wäre.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Weil Herr Hufeld hat uns gegenüber dargestellt, dass er sich Mitte Juni mit Ihnen dahin gehend ausgetauscht hätte, dass das noch mal so nicht läuft mit dem Inhaberkontrollverfahren, und beim nächsten Mal seien Sie dann halt eine Finanzholding. Daran können Sie sich aber nicht erinnern, an einen solchen Austausch?

Zeuge Thomas Eichelmann: An die Abfolge kann ich mich nicht erinnern. Wir hatten im Juni, wie gesagt, auch mehrere Gespräche, also der Herr Hufeld und ich. Und wie gesagt, das Thema Inhaberkontrollverfahren - nach meiner Erinnerung - war kein Thema.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na gut. Sie haben schon ein besseres Erinnerungsvermögen als Herr Hufeld. Das ist ja schon mal was.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann werden wir uns mit ihm weiter austauschen. - Ich will noch mal zurückkommen. Sie haben ja vorhin die Presseberichterstattung aufgegriffen und haben über so einen Finanzblog gesprochen; das war "Finanz-Szene", Wirtschaftsjournalisten des Jahres, eine Auszeichnung gerade gewonnen. Die sind noch mal auf dieses Finanzinstrument eingegangen, auf das Autocallable-Barrier-Reverse-Convertible-Zertifikat. Und die erklären das so: Das ist, wie wenn ich mit fünf Hunden spazieren gehe im Park. Ich muss 1 000 Euro zahlen, um die Hunde auszuführen, und wenn ich sie heil nach Hause zurückbringe, bekomme ich

1 100 Euro, und wenn mir einer abhaut, dann kriege ich eine Strafe, je nachdem, wie weit er sich entfernt hat, also in dem Fall, ob die Aktie schlecht performt. Und wenn er ganz weg ist, dann ist mein Geld sozusagen futsch. Dann sind die 1 000 Euro weg. - So wird das dort dargestellt. Und das Interessante - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Darf ich da einhaken?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nee, noch nicht, weil ich habe die Frage ja noch gar nicht gestellt. Das ist bei mir so; da bin ich ein bisschen streng. - Sie haben gemäß den Ausführungen dieses Blogs einen Tag vor der Insolvenz einen Umtausch von 300 BRC-Zertifikaten getätigt. Können Sie dazu etwas ausführen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich muss trotzdem noch mal - Entschuldigung - auf Ihre Sachverhaltsdarstellung eingehen. Trotz der offensichtlichen Preise, die da vergeben und gewonnen wurden, ist die Sachverhaltsdarstellung nicht ganz richtig, weil - da hinkt eben das Beispiel mit dem Hund - Sie bekommen auf jeden Fall einen Hund zurück. Nur, Sie kriegen dann einen Hund, der in dem Moment vielleicht abgemagert und kleiner ist. Sie kriegen eine Aktie, auf gut Deutsch, und wenn die Aktie den Wert wieder aufholt, dann haben Sie nichts verloren. Also, von daher ist das nicht ganz korrekt, um nicht zu sagen, falsch, was gerade ausgeführt wurde.

Und in der Ausführung des Blogs dann, wenn es so dargestellt ist, muss ich mich auch dagegen verwehren. Das habe ich ja vorher schon getan. Ich habe nicht aktiv gehandelt. So wie das da jetzt beschrieben wurde, indiziert es ja, als hätte ich eine aktive Handlung vorgenommen. Es gibt einfach feste Endfälligkeitszeitpunkte. Und an diesen Zeitpunkten wird halt geguckt - am Beispiel der Hunde -, wo die vier Hunde stehen, ob die sozusagen über der Hürde stehen oder unter der Hürde. Und wenn eben einer der Hunde unter der Hürde ist, dann kriegen Sie den Hund. Sie kriegen nicht irgendwie den Komplett-Reverse*, Sie kriegen eine Aktie. Wenn - in diesem Fall war das eben Wirecard - die Aktie dann sozusagen in den Konkurs geht, was alle zehn Jahre circa mal

Nur zur dienstlichen Verwendung

vorkommt, dann haben Sie in der Tat fast einen Vollverlust. Sie haben eine unwertige Aktie. Aber Sie haben eben die Aktie als Wert bekommen. Das ist aber kein aktives Handeln.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung, wenn ich da unterbreche, -

Zeuge Thomas Eichelmann: Entschuldigung, das ist kein aktives Handeln.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - weil meine Zeit sonst zu Ende ist. Ich will einfach nur, dass wir den Sachverhalt aufklären können. Das heißt, Sie haben nicht versucht, sich von diesen Zertifikaten zu trennen, sondern Sie haben über den Automatismus quasi die Wirecard-Aktie zurückbekommen, weil die so schlecht performt hat.

Zeuge Thomas Eichelmann: Korrekt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist das korrekt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, ganz genau.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben aber nicht versucht, sich von diesem Engagement zu trennen, zu keinem Zeitpunkt, einen Tag vor der Insolvenz?

Zeuge Thomas Eichelmann: Es gab keinerlei aktives Handeln, weder einen Tag vor der Insolvenz - - Also, zwischen dem 18. oder 19. Juni - oder wann auch immer der erste Tag meines Amtsantrittes war - bis zum 25. November 2020 habe ich niemals aktiv gehandelt. Ich weiß, dass der eine oder andere das behauptet. Dagegen verwehre ich mich ausdrücklich. Und es zeigt auch, dass - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, deswegen sind wir hier. Wir sind ein Untersuchungsausschuss. Meine Zeit ist schon rum, aber ich komme dann auf die Hunde noch mal zurück.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. Gestatten Sie mir noch die Bemerkung: Wenn jemand fachlich so qualifiziert ist und dann so etwas schreibt, dann hat er irgendwie Böses im Sinn. **Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann Dr. Bayaz, bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Moin, Herr Eichelmann! Ich kaue noch ein bisschen an dem Satz, den Sie sagten, dass Herr Hufeld in dem Telefonat im Juni 2020 mit Ihnen darüber gesprochen hat, ob man Wirecard jetzt härter an die Kandare nimmt, so sagten Sie das. Für den Zeitpunkt Juni 2020 finde ich das bemerkenswert. Ich muss noch überlegen, ob mich das jetzt beruhigt, dass man da aufwacht, oder ob das vielleicht nicht ein bisschen zu spät ist, dass der Chef der Finanzaufsicht mit Ihnen darüber spricht.

Aber ich will auch noch mal nachfragen; das ist jetzt meine erste Frage. Ich hatte Sie so verstanden: Er hat Sie um Ratschlag gefragt, ob man Sie jetzt nicht als Finanzholding einstufen müsste, und Sie haben gesagt: Ja, das wäre eine gute Idee.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also erstens: Ein Gespräch zum Thema Finanzholding fand Anfang Mai statt, eben nach der Berichtsveröffentlichung. Ich bin ja aktiv auf den Herrn Hufeld selber zugegangen. Die Initiative zur Kontaktaufnahme kam von mir. Das fand Herr Hufeld auch gut. Und wir wollten uns verabreden zu einem persönlichen Termin, der später gar nicht mehr stattfand, sondern es gab dann nur noch Telefonate.

Und in diesem Erstgespräch hat Herr Hufeld irgendwie meine Einschätzung haben wollen zum Thema Finanzholding, weil er der Meinung war, die Wirecard - so habe ich ihn verstanden - müsse in den Finanzholdingstatus überführt werden, damit die BaFin da entsprechend regulieren und kontrollieren kann. Und ich habe diesen Ansatz befürwortet, gesagt, ich finde das richtig und gut aus den vorher beschriebenen Gründen. - Das war Anfang Mai 2020.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat er Sie danach gefragt, ob es jetzt technisch gerechtfertigt sei oder ob das jetzt für Sie okay ist, ob das vielleicht zusätzlich Aufwände mit sich bringt oder Unannehmlichkeiten? Wie hat er das gemeint?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Mein Eindruck war einfach, er wollte meine Position dazu haben, meine Meinung, um dann - so habe ich es verstanden - in dem persönlichen Gespräch über die konkrete Umsetzung zu reden: Wann machen wir das? Wie kann man das irgendwie einfädeln? - Das war sozusagen: Er hat seine Position deutlich gemacht und wollte meine Meinung dazu haben. Und ich habe an dieser Stelle seine Position zu 100 Prozent geteilt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommen wir noch mal auf den Tag oder die Tage nach dem Release des Sondergutachtens Ende April. Da gab es ja, finde ich jetzt in der Rückschau, eine sehr seltsame Kommunikation der Wirecard AG, wie man das wertet. Inwieweit waren Sie denn da eingebunden in diese - ich weiß nicht, ob es Ad-hoc-Meldungen waren, aber ich glaube, Sie wissen, was ich meine - Kommunikation an den Kapitalmarkt: "Wir sind sozusagen von allen Anschuldigungen befreit, und jetzt geht es weiter"? Ich übersetze das jetzt mal sehr flapsig.

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, es gab ja zwei Schritte. Das eine war diese Ad-hoc am 22. April. Dazu haben wir vorher schon gesprochen. Da hat der Aufsichtsrat eine andere Meinung gehabt. Es gab irgendwie sozusagen ein Gegengutachten des Anwalts des Vorstandes. Und dann gab es ja die echte Veröffentlichung des Berichtes.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Die meine ich.

Zeuge Thomas Eichelmann: Und nach dieser Veröffentlichung, ich meine, am 28. -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das?

Zeuge Thomas Eichelmann: - oder 29., gab es eine Pressekonferenz und eine Analystenkonferenz. Da war der Aufsichtsrat nicht eingebunden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das ja dann irgendwo entweder in der Presse gelesen oder vorgelegt bekommen. Was haben Sie denn dann gedacht in dem Moment?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, für mich war relevant irgendwie die Reaktion der Aktionäre. Und wie ich vorher gesagt habe: Wir sind dann hergegangen aus dem Aufsichtsrat und haben uns entschlossen, die wesentlichen Long-only-Aktionäre anzusprechen, um mit denen den direkten Kontakt zu suchen, was wir auch dann im Laufe der ersten Maitage getan haben, um deren Feedback auch mal zu hören in einem gemeinsamen Gespräch Vorstand und Aufsichtsrat, aber ohne den Dr. Braun, weil nach dieser Aktion ja dem Herrn Dr. Braun die Kompetenz für die Kapitalmarktkommunikation quasi entzogen wurde, mit der Veröffentlichung am 8. Mai.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Geschonneck war hier und hat in seiner sehr verbindlichen und auch sehr freundlichen Art und Weise, aber wenn man zwischen den Zeilen liest, finde ich, doch sehr deutlich uns klargemacht, dass das quasi diametral, wie er es gelesen hat, dieses Gutachten - und er ist ja der Verfasser dessen gewesen - - widersprochen. Deswegen frage ich mich, ob Ihre Reaktion als Aufsichtsrat nicht zu soft an dieser Stelle gewesen ist.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich habe es vorher ausgeführt. Wir haben uns dazu rechtlich beraten. Und die Alternative ist an der Stelle - - Sie haben ja relativ wenig Mittel als Aufsichtsrat. Sie können irgendwie die Zuständigkeiten im Vorstand neu ordnen, oder Sie können den Vorstand quasi entlassen. Und für eine Entlassung - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde das jemals konkret diskutiert, also jetzt in dem konkreten Zeitpunkt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, es wurde im Aufsichtsrat, dem richtigen Gremium, nicht diskutiert, dass sozusagen sich alle geärgert haben. Ich sage mal, in der Kaffeeküche, beim Kaffeeholen, das ist in der Tat der Fall gewesen. Aber wenn Sie so eine Entscheidung treffen - und zum damaligen Zeitpunkt, muss man ja auch sehen, war ja nun nicht klar, ob es sich hier um Betrug handelt oder ob es irgendwie doch aufgelöst werden kann, das Problem, was wir auf dem Tisch

Nur zur dienstlichen Verwendung

liegen hatten -, hätte es natürlich auch - angenommen, die Gelder wären da gewesen - am Schluss einen Riesenschaden verursacht, wenn man zu früh geschossen hätte. Und deswegen hat man sich darauf geeinigt, die Zuständigkeiten neu zu organisieren und die Kommunikation in die Hand von Herrn von Knoop als CFO zu legen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagten vorhin interessanterweise, das Leerverkaufsverbot sei ein Gütesiegel für Wirecard gewesen. Können Sie das mal erläutern?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, wenn es Anschuldigungen gibt auf der einen Seite, dass es bei einer Firma irgendwie accounting-technisch nicht korrekt zugeht, und auf der anderen Seite gibt es hervorragende Analysten-Reports und einen uneingeschränkt testierten Jahresabschluss, und dann kommt auch noch die BaFin und stellt sich auf die Seite sozusagen der Company, dann ist das aus meiner Sicht ein Gütesiegel. Warum? Weil es einmal alle x Jahre vorkommt. Ich weiß jetzt nicht, wie lange die BaFin in der Form existiert. Aber wie gesagt, das - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch nie. Also, die BaFin gibt es schon lange, aber - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja. Wie lange existiert sie? Dann könnten wir jetzt sagen: einmal in 50 Jahren oder einmal in 30 Jahren. Darauf will ich hinaus. Von daher ist das ja eine Besonderheit.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es ist absolut eine Besonderheit. Das würde sogar die BaFin so sehen. Was die BaFin nicht so sieht, die sagt: Wir haben uns da auf keine Seite gestellt, wir haben einfach nur einen Sachverhalt geklärt. - Aber Sie sagen ja sehr deutlich, so haben Sie das empfunden - ich glaube, so haben es auch der Kapitalmarkt und die Öffentlichkeit empfunden -, dass sich da eine Behörde auf eine Seite gestellt hat und gegen diejenigen, die quasi kritische Fragen gestellt haben.

Das war aber keine Frage, sondern ich habe noch eine Frage - auch mit Blick auf die Uhr, weil die Zeit läuft -: Die Frau Quintana-Plaza hatten wir auch eingeladen. Die ist als, ich glaube, portugiesische Staatsbürgerin auch nicht verpflichtet, hier zu erscheinen. Deswegen ist sie der Einladung nicht gefolgt. Das ist auch okay, legitim, was wir auch schade finden. Sie hat ja damals den Aufsichtsrat verlassen, im April 2020. Können Sie da mal die Gründe nennen? Wir hatten ja Frau Kleingarn hier. Die hatte auch ihre Gründe; vielleicht kennen Sie auch das Schreiben oder haben was der Presse entnommen. Aber vielleicht können Sie uns zu Frau Quintana-Plaza ein bisschen was sagen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das Schreiben von der Frau Dr. Kleingarn habe ich erst irgendwie nach meinem Ausscheiden kennengelernt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kannten Sie nicht vorher? Okay.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, kannte ich vorher nicht, fand ich bemerkenswert, sehr bemerkenswert. Bei der Frau Quintana-

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch.

Zeuge Thomas Eichelmann: Bitte?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch, ja.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. Interessant daran fand ich halt irgendwie, man schreibt, man will "rot", und stimmt aber für "blau". Aber sei's drum!

Bei der Frau Quintana-Plaza war es so, dass die Frau Quintana-Plaza schon damals bei dem mehrfach jetzt erwähnten Aufsichtsratsworkshop im Sommer - Ende Sommer 2019 - klar dargestellt hat, dass sie aufgrund ihrer neuen Tätigkeit in Portugal - sie ist ursprünglich nach meinem Verständnis Spanierin - bei einem der Energieversorger eine Ebene unter dem Vorstand, auch sozusagen mit der Perspektive, sich noch weiter dort zu entwickeln - - dass es bei der Gesellschaft, die zumindest in großen Teilen in Familienhand ist, gewünscht ist, dass die Topmanager

Nur zur dienstlichen Verwendung

nebenher keine fremden Mandate übernehmen, sodass immer die Frage war, dass die Frau Quintana-Plaza zu einem bestimmten Zeitpunkt idealerweise ausscheidet. Aber ich war in diese Diskussionen - also, mir war bekannt, dass es die gibt - damals nicht involviert, war auch nicht Vorsitzender. Das hat sie mit dem Herrn Matthias besprochen.

Und ich habe nur gehört, zwischendrin gab es mal die Variante, dass sie sich überlegen könnte, zum Ende des Jahres 19 bereits rauszugehen. Dann hat sich das aber zerschlagen. Und dann hat man sich halt darauf geeinigt, dass sie im April rausgeht. Wir haben das deswegen dann auch akzeptiert - weil Sie müssen ja normalerweise auch eine gewisse Grace Period absitzen -, weil wir ja eine Ersatzspielerin hatten, eine, wie ich fand, auch tolle Dame, die eine deutliche Verstärkung des Aufsichtsrats gewesen wäre. Und dann hat man sich eben darauf geeinigt, dass wir das in einem kommunizieren, das Ausscheiden von der Frau Quintana-Plaza und die Ankündigung, dass wir die Frau Stars zur Hauptversammlung in 2020 dann eben zur Wahl präsentieren möchten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, also keine Wirecard-spezifischen Gründe, zumindest sind Ihnen keine bekannt. Das Ausscheiden von - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Und ich will auch noch mal betonen: Die Frau Quintana-Plaza habe ich fachlich sehr geschätzt. Sie war ja auch bei dieser Auswahl der Prüferfrage im Herbst mit dabei, im Oktober. Also, es war ein reines Zeitthema. Und man darf auch - - oder man vergisst das ja heute zwar manchmal, und dann erinnert man sich wieder daran. Die Coronasituation hat auch dazu geführt. Sie ist eben, wie Sie sagen, in Portugal tätig. Sie hat quasi an keiner Sitzung mehr physisch teilnehmen können. Und ich hatte auch das Gefühl, dass sie wirklich sehr viel mit Arbeit belastet war in ihrer neuen, gehobenen Funktion, sodass es einfach auch eine Kapazitätsfrage war. Es gibt jetzt kein böses Blut oder so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Ich würde da gern noch mal aufsetzen wollen. Haben Sie denn je mit Herrn Hufeld mal - - weil nach meinen Hintergrundinformationen waren Sie zur selben Zeit bei der Boston Consulting Group angestellt. Von 94 bis 97 waren Sie, glaube ich, Strategieberater, und Herr Hufeld war nach Angaben der BaFin, wenn ich mich darauf zumindest verlassen kann, von 92 bis 99 als Unternehmensberater und ab 96 als Manager/Principal entsprechend tätig. Kannten Sie sich da schon näher, oder war das einfach, dass Sie zufällig zum selben Zeitpunkt in derselben Company waren?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich war von 94 bis 97 bei BCG in Frankfurt, und der Herr Hufeld war ebenfalls zu der gleichen Zeit in Frankfurt. Und wir kannten uns von daher - das ist richtig -, ohne dass wir jetzt eng befreundet wären oder so. Das war ein gutes arbeitstechnisches Miteinander. Wir haben dann auch danach - ich hatte ja BCG irgendwann verlassen, Herr Hufeld auch, ist dann zu Marsh & McLennan gegangen - immer mal wieder den Kontakt gehalten in den unterschiedlichen Funktionen, die wir hatten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das wollte ich hören. Deswegen meine Nachfrage: Wenn man sich so ein bisschen kennt - jetzt geht auf Ihre Initiative der Anruf, der hier schon beschrieben ist, vom 15. Juni 2020 raus -, haben Sie mit Herrn Hufeld mal über das Leerverkaufsverbot gesprochen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, habe ich nicht. Wie gesagt, der Inhalt des Gespräches - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: In den späteren? Sie haben ja mehrmals - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, nein, nein, nein, nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Oder dass man sich privat mal dazu ausgetauscht hat -

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, haben wir nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - und sagt: "Mensch, sag mal, Felix, wie war denn das?"?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, kein privater Austausch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kein privater Austausch. Hat sich denn jemand anders bei Ihnen noch aus dem Umfeld der BaFin oder des Finanzministeriums, also beispielsweise Herr Kukies und Herr Schmidt, gemeldet, um noch mal nachzufragen, wie es denn um die Wirecard nun bestellt sei und was Sie so als Aufsichtsratschef zur Gesamtsituation sagen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also keiner, weder Herr Kukies, Herr Schmidt oder irgendjemand anders?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann würde ich gerne noch mal, was uns hier in Erstaunen versetzt hat - - Sie haben ja ein Darlehen, haben Sie eben gesagt, gestoppt über 35. Sie haben gesagt: entweder zurückzahlen oder eben entsprechend einen finanzwirksamen Beschluss herbeiführen. - Es gibt ja noch ein weiteres Darlehen, was Herr Jaffé uns beschrieben hat, dieses sogenannte Ocap-Darlehen am 27. März, das bei 100 Millionen lag. Und jetzt - ich zitiere mal aus dem Bericht - hat Herr Jaffé hier in einem erweiterten Obleutegespräch dann gesagt:

Der Darlehensvertrag, damals Wirecard Acquiring & Issuing GmbH als Darlehensgeber und Ocap,

- als Darlehensnehmer -

wurde unterzeichnet von Herrn Knoop, Stephan von Erffa und Carlos-Dieter Häuser. Und was in diesem Zusammenhang vielleicht interessant ist:

- und jetzt die Frage: War Ihnen das auch so ein bisschen bekannt? -

dass anhand der internen Kommunikation Herr Holten praktisch an dem relevanten Tag, an dem 26., informiert hat über Telegram

- das war wohl noch so ein Nebenkommunikationskanal, neben WhatsApp, Ihnen gegenüber -
 - das war ja das bevorzugte Instrument \dots

Er führte wörtlich aus:

... dass es an sich mehr oder weniger die letzte Liquidität wäre, bevor man am 01.04. wieder Zugriff auf frisches Geld hätte. Da hat Herr Knoop letztendlich darauf antwortend nur die Frage gestellt, wie lange man denn heute noch das Geld überweisen könnte. Das war, wie gesagt, mehr oder weniger die 100-Millionen-Zahlung, die relevant war.

Waren Sie da involviert? Wenn ja, wie? Und wie hat denn der Aufsichtsrat auf so was reagiert, dass man quasi mit einem Gap von drei bis vier Tagen - ich nenne es mal illiquide, ich könnte auch was anderes sagen - illiquide ist? Was war die Reaktion des Aufsichtsrates, wenn denn bekannt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Diese Auszahlung, dieser Kredit wurde gewährt ohne Einschalten des Aufsichtsrates. Ich habe das erst im Nachhinein erfahren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was war Ihre Reaktion? Haben Sie Herrn Braun mal - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Da war ich schon lange nicht mehr tätig. Das habe ich irgendwann im Spätsommer erfahren, als die Diskussion aufkam im Rahmen dieser Veröffentlichung oder Halbveröffentlichung des Reports von Herrn Dr. Jaffé.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, diese Operation ist gezielt an Ihnen, also dem Aufsichtsrat - zumindest dem Aufsichtsratschef, ich gehe dann davon aus, auch dem Aufsichtsrat vorbei unternommen worden?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja. Ich habe mich auch noch mal mit der Rechtsberaterin vergewissert, weil ich das auch ein starkes Stück finde. Auch der war damals davon nichts bekannt, und den anderen Aufsichtsratsmitgliedern, soweit sie sich bei mir dazu gemeldet haben, war ebenfalls nichts bekannt. Und wir haben im Sommer auch nach dem Eintreten der Insolvenz noch eine oder zwei Telefonkonferenzen durchgeführt, um uns auf den aktuellen Stand zu bringen. Auch da war das Thema. Und keiner ist darüber informiert worden, jedenfalls nach Aussage der Personen zum damaligen Zeitpunkt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Auch das muss man an der Stelle natürlich mal verdauen, was da so lief. Aus Ihrer Wahrnehmung: Hat Herr Braun den Aufsichtsrat überhaupt ernst genommen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja. Ich fand, es blieb ihm ja dann nicht mehr viel anderes übrig, oder? Die KPMG-Aktion hat ja dazu geführt, dass - in meinen Augen - verschiedene Dinge ans Licht gekommen sind, leider auch in einer sehr negativen Art und Weise. Ich hätte mir das natürlich anders gewünscht. Und ich glaube, alle, auch die Damen und Herren von KPMG, die mitgearbeitet haben, haben sich das anders vorgestellt und anders gewünscht. Aber ich glaube, spätestens ab Vorlage des KPMG-Berichts war doch der Bewegungsspielraum auch von Herrn Dr. Braun relativ stark eingeschränkt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Für mich unterstützt das noch. Dem "manager magazin" - Anfang 2020 - haben Sie auf die Frage nach ersten Erkenntnissen des KPMG-Sondergutachtens gesagt - wörtlich, ich zitiere aus dem "manager magazin" -:

Aus der Tatsache, dass wir noch keine Ad-hoc-Meldung abgegeben haben, können Sie Ihre Schlüsse ziehen.

Aufzufinden auf MAT A BMF-26.27, Blatt 115.

Jetzt ist die Frage - so mein Eindruck, Sie haben schon irgendwie mehr als Bauchgefühl gehabt zu diesem Zeitpunkt -: Was wollten Sie also mit dieser Aussage bezwecken? Und war Ihnen damals bereits bewusst, welche Probleme - - Das ist eine offene Äußerung. Aber mit dem, was Sie hier heute ausführen, mit Ihrem Fachwissen, mit Ihrer, ich sage mal, Stringenz: War Ihnen damals wirklich schon eigentlich - aus meiner Sicht - bekannt, welche Probleme hier entsprechend bei den Dokumenten der Wirecard zu erwarten sind?

Zeuge Thomas Eichelmann: Auch da möchte ich in aller Deutlichkeit widersprechen. Dieses Interview wurde geführt irgendwann zwischen 10. und 16. Januar, also kurz nach der Wahl meiner Person zum Aufsichtsrat - - zum Aufsichtsratsvorsitzenden. Ich meine, das wäre ein Freitag gewesen, der 10. Und das Interview wurde am Mittwoch danach geführt, wenn ich es richtig im Kopf habe. Also war es der 10. - - 12, 13,14, der 16. Und das war definitiv so gemeint, wie es gesagt wurde. Der Redakteur hat halt gefragt irgendwie nach dem Motto: Wie weit seid ihr bei KPMG? - Für mich war das total neutral gemeint.

Und was ich in dem Zusammenhang auch noch mal wiederholen möchte, ist: Die Ad-hoc vom 12. März, die ja noch keinerlei Anlass zur Besorgnis gibt, war mit KPMG abgestimmt. Also, circa zwei Monate später waren wir alle noch der Meinung, dass es sich um normale Themen handelt und nicht um Betrug. Und am 12. Januar - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wann war Ihnen denn klar, also im Zeitablauf jetzt - interessant ist natürlich vielleicht vor dem KPMG-Bericht, der Veröffentlichung -, wann ist Ihnen klar gewesen, dass KPMG brenzlige - ich nenne es mal noch so neutral, hanseatisch zurückhaltend: brenzlige - Erkenntnisse zutage fördern würde? Ab wann war Ihnen das persönlich klar?

Zeuge Thomas Eichelmann: Können Sie das wiederholen? Welche Art von Erkenntnissen meinen Sie? Das habe ich jetzt - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na ja, die, die Sie geschildert haben, dass im Prinzip die Cash Deposits - - Irgendwann sagt man: Na ja, jetzt hoffe ich mal, dass vielleicht irgendwie noch das Gegenteil zutage kommt. - Bei mir ist das immer

Nur zur dienstlichen Verwendung

beim HSV. Ich hoffte, der steigt noch auf, wider besseren Wissens oder so. Wann war Ihnen vielleicht schon vom Bauch her klar oder einfach bewusst: "Das Geld gibt es nicht"?

Zeuge Thomas Eichelmann: An dem Dienstag, als der Anruf der Rechtsberaterin kam, die vorher - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sind mit Daten so genau. Welcher Dienstag vom Datum her genau?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das war der zweite* Dienstag im Juni. Da müsste ich jetzt in den Kalender gucken.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Da war Ihnen klar, das wird vielleicht nicht so gut ausgehen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. Also, da war zumindest - - Da gab es ja diesen komischen E-Mail-Verkehr seitens des Vorstandes, dass es alles ein Missverständnis ist, und unter Umständen sind die jetzigen Bestätigungen falsch, und die alten sind richtig, und die sind gefälscht, und die alten sind korrekt oder umgekehrt. Das hat sich dann ja relativ schnell, innerhalb von zwei Tagen, im negativen Sinne aufgelöst. Das war ja dann auch der Tag, an dem man Herrn Marsalek irgendwie abgelöst hat etc, etc. Und dann hat das ganze Ding ja eine Geschwindigkeit aufgenommen, mit der man vorher nicht hat rechnen können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann als Nächstes Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Eichelmann, ich habe drei Themenbereiche: erstens die allgemeinen Erkenntnisse, zweitens die Frage mit der BaFin und drittens die Fragen mit den Wirtschaftsprüfern.

Ich halte Ihnen ja zugute, dass Sie bewirkt haben, dass der Skandal letzten Endes dann aufgedeckt wurde durch Ihre Entscheidung zu diesem Sonderbericht KPMG. Und ich will Ihnen zunächst einmal allgemein sagen, dass Ihre Aussagen natürlich für uns wichtig sind, weil wir uns ja gerade aufmachen als Gesetzgeber, mit dem FISG neue Regularien aufzunehmen. Das ist uns wichtig, dass Sie uns Ihre Einschätzung geben.

Also, Sie haben bewirkt mit dem Sondergutachten -- Vorher war es ja immer dem Vorstand in Verbindung mit EY und vielleicht auch dem Aufsichtsrat gelungen, das Ganze zu verschleiern und quasi die Verhältnisse nicht öffentlich werden zu lassen, obwohl es ja Vorwürfe gibt. Und das ist der Punkt, wo ich Sie frage: Obwohl diese öffentlichen Vorwürfe ja breit waren, intensiv waren, warum waren Sie dann doch motiviert, da in den Aufsichtsrat einzutreten und gar den Vorsitz zu übernehmen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. In den Aufsichtsrat einzutreten, war ich motiviert. Ich war wirklich motiviert. Ich war sehr positiv, gebe ich gerne zu. Wie gesagt, ich habe mir die Analysten-Reports durchgelesen, ich habe mir den Jahresabschluss durchgelesen. Und die Vorwürfe der Presse waren zum Teil ja auch - das muss man auch sagen im Nachhinein - falsch. Es gab ja auch Vorwürfe beispielsweise, man hätte in bestimmten Ländern ohne Lizenz gearbeitet usw. Die sind einfach falsch gewesen.

Und noch mal: Ich hatte bis dahin einen sehr guten Eindruck von EY in anderen Situationen. Wenn ein reputierter Big-Four-Prüfer sagt: "Der Abschluss ist korrekt", insbesondere in so einer Situation, gehe ich davon aus, dass er noch genauer als genau hinguckt. Dann hat mir das als Qualitätssiegel an der Stelle genügt.

Die Frage zum Vorsitz stellte sich dann erst im Januar, als der Herr Matthias etwas gehandicapt war durch eine orthopädische Operation, nicht mehr reisen wollte und konnte und sich dazu entschlossen hat, quasi wieder normales Mitglied zu sein, weil in dieser Phase, wo er eben sozusagen in seiner Erholungsphase war, spielte sich ja auch relativ viel ab mit der KPMG. Da musste es irgendeiner machen. Ich habe mich da, glaube

Nur zur dienstlichen Verwendung

ich, auch nicht vorgedrängelt oder Ähnliches, sondern es war der Wunsch der Kollegen im Aufsichtsrat. Und dann habe ich das gemacht, weil die Alternative wäre gewesen, irgendwie auf die Schnelle jemanden von außen - - Zumindest funktioniert ja nicht in einem laufenden KPMG-Bericht.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Jetzt ist da ein Widerspruch. Wir haben einen Bericht der Zeitschrift "Capital", wo Sie einem Vertrauten gesagt haben sollen - ich zitiere wörtlich -:

Auch wenn ich nur eine Pommesbude führen würde, würde ich es anders machen.

Das ist ja für einen Aufsichtsratsvorsitzenden eine klare Aussage, würde ich mal sagen. Gut. -Ich will dazu nur sagen: Das war ja eine Erkenntnis, wo man hätte eigentlich sofort die Reißleine ziehen müssen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, an die Aussage im Spezifischen kann ich mich nicht mehr erinnern.* Dann müssten Sie Ross und Reiter nennen, wann ich das wem gesagt haben soll.

Was ich gesagt habe, ist in der Tat, dass es erhebliche Organisationsmängel gibt. Das habe ich auch in dem "manager magazin"-Umfeld gesagt. Und was daraus ja entstanden ist, ist die Erweiterung des KPMG-Berichtes, der KPMG-Untersuchung auf das Thema IKS, Internes Kontrollsystem. Das ist genau das Thema. Es fehlt irgendwie an dem Checks-and-Balances-System oder fehlte an dem Checks-and-Balances-System in dem Unternehmen, und genau das sollte eingeführt werden.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Ich denke mal, das Zitat wird richtig sein; es ist ja eine anerkannte Zeitschrift mit gut recherchierenden Journalisten. - Was haben Sie unternommen, um da eine Professionalisierung, eine Änderung der Strukturen einzuleiten? Vielleicht können Sie uns dazu wenigstens was sagen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie gesagt, es ging ein Auftrag an KPMG raus, die internen Kontrollsystemprozesse neu aufzunehmen und neu zu bewerten. Wenn ich es richtig weiß, war ja der Herr Vinke, der theoretisch dafür zuständig gewesen wäre, hier bei Ihnen. Mein Eindruck war, nach dem Gespräch mit ihm gemeinsam mit dem CFO und anderen, dass auf der Bankseite er das ganz ordentlich gemacht hat, aber dass auf der AGSeite noch relativ viel Verbesserungspotenzial da war.

Sie dürfen aber auch nicht irgendwie vergessen, es gab damals ja das laufende PwC-Projekt, was zumindest für den Compliance-Teil ja all diese Prozesse in einem erheblichen Umfang verbessern wollte. Es gab da irgendwie 50 Kapazitäten, die neu aufzubauen waren. Das sind die Dinge, die auch zum Teil sogar schon entschieden worden sind, bevor ich dazukam. Die waren ja am Laufen. Nur, Sie können halt die Leute kriegen - Wenn Sie heute jemanden einstellen wollen und eine Suche beginnen, dann haben Sie halt die Person erst ein halbes Jahr später an Bord. Aber das war ja schon alles angestoßen.

Und zum Thema "Interne Revision", wie gesagt, habe ich eine Ergänzung vorgenommen im Rahmen der KPMG-Übung. Das müsste Ihnen ja auch vorliegen. Der Auftrag wurde ja dann erweitert nach einer gewissen Diskussion, dass auch die Kontrollsysteme zusätzlich zu Compliance erweitert und verstärkt werden sollten.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): War bei Ihren, sagen wir mal, generellen Erkenntnissen mal auch das Thema dieser völlig überbordenden Ausgaben im Bereich Beratung und Lobbyismus - - 44,6 Millionen, sagte der Insolvenzverwalter, wurden alleine für Beratungen ausgegeben, also ein Betrag, den sich selbst viele andere Konzerne nie vorstellen konnten.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja. Also, ich meine, dass in Summe der Betrag sogar in einzelnen Perioden höher war. Die Frage bei den Beratungsausgaben war immer: Was ist an dieser Beratung IT, sprich: dringend notwendige IT-Beratung, um

Nur zur dienstlichen Verwendung

bestehende Systeme zu vereinfachen, um beispielsweise die generellen Systeme irgendwie auf ein neues Update usw. zu heben, und was ist sozusagen Beratung drum herum? Und da war die Darstellung des Vorstandes immer, dass der Hauptpunkt oder der Hauptbatzen dieser Beratungsbudgets - - es sich im Wesentlichen um ganz wichtige Kern-IT-Beratung gehandelt hat.

Das war aber ein Thema, ein Prüfungsschwerpunkt 2019. Die Prüfung, wissen wir ja, ist nie zu Ende geführt worden. Da wäre ja dann rausgekommen irgendwie: Wie viel davon ist wirklich IT, und was sind andere Themen? Und was sollte man in Zukunft abschreiben oder neu halt aufsetzen? - Das war im laufenden Prüfungsprozess noch ein offenes Thema.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Kommen wir zu den Fragen zur Aufsicht. Wir haben ja gehört von Ihnen, Sie gingen auf den Herrn Hufeld zu. Eigentlich hätte es andersrum kommen müssen, dass die BaFin auf Sie zugeht als Aufsichtsratsvorsitzenden. Das wäre doch der richtige Weg gewesen, oder?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, mein Verständnis ist ja irgendwie, dass die BaFin die Diskussion im Normalfall mit dem Vorstand führt, weil der Vorstand das Geschäftsleitungsgremium ist, und nicht mit dem Aufsichtsrat. Hier habe ich jetzt den Weg gewählt als Ausnahme, weil die KPMG-Prüfung ja durch den Aufsichtsrat beauftragt wurde und nicht durch den Vorstand. Demzufolge fand ich es angemessen, sicherzustellen, dass der Herr Hufeld in seiner Funktion über die Ergebnisse auch irgendwie eine Information aus erster Hand bekommt. Aber normalerweise ist die Diskussionsebene nicht der Aufsichtsrat, sondern der Vorstand.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Aber normalerweise hätte man erwarten können, dass vonseiten der BaFin jemand auf Sie als Aufsichtsratsvorsitzenden zugeht, standen doch massive Vorwürfe gegen Wirecard im Raum. Und da ist ja der Aufsichtsrat, der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, die richtige Adresse, oder nicht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das müssen Sie wahrscheinlich mit dem Vertreter der BaFin irgendwie diskutieren. Ich fand es jetzt, ehrlich gesagt, wichtig, dass die BaFin darüber informiert ist. Und wer dann auf wen zugeht, war mir jetzt nicht ganz so wichtig. Ich denke dann an der Stelle pragmatisch.

Herr Hufeld hatte ja auch, wie gesagt, proaktiv abgefragt, was meine Meinung zur Finanzholding ist. Die habe ich geteilt mit ihm. Und demzufolge war da ja der Boden bereitet, wenn es weitergegangen wäre, dass die BaFin eine andere Rolle bei der Wirecard einnimmt, ja?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Aber, Herr Eichelmann, wir müssen doch mal feststellen, dass die BaFin und auch das Bundesfinanzministerium uns immer das Gegenteil mitgeteilt haben, dass also eine Finanzholding nie im Gespräch war. Sie teilen uns mit, dass Herr Hufeld sich mit dem Thema Finanzholding beschäftigt hat. Also, da gibt es derartige Widersprüche - und ich bitte um Verständnis -, die müssen wir aufklären. Weil sonst hat die ganze neue Gesetzgebung überhaupt keinen Sinn, wenn ich nicht weiß, wie das läuft und was da stattgefunden hat zum Beispiel.

Zeuge Thomas Eichelmann: Gut. Das eine ist ja die inhaltliche Position der Einwertung, wie die Wirecard sozusagen als Organisationseinheit zu sehen ist. Meines Erachtens wäre es richtig gewesen, dann im nächsten Schritt die Wirecard AG auch zur Finanzholding zu machen. Aber das ist meine persönliche Meinung. Ich kann Ihnen nur sagen, was ich aus dem Gespräch mitgenommen habe; wir sind jetzt ja bei dem Erstgespräch, wo ich Herrn Hufeld angerufen habe. Und ich kann Ihnen nur sagen, dass da eben auch angedacht war, ein ausführliches persönliches Gespräch zu führen, wozu es dann aber nicht mehr kam, weil in den Anfangsjunitagen sich die Ereignisse ja überschlugen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Jetzt ist es so, dass im Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2020 zu lesen ist, die BaFin soll auf die Ähnlichkeit der Schreiben der

Nur zur dienstlichen Verwendung

Banken hingewiesen haben, welche die Treuhandkonten führen. Weiter soll sie vermuten, dass eine gegen die Wirecard gerichtete Aktion im Gange ist. Das war ja immer das Märchen, wo auch die Staatsanwaltschaft, die BaFin, die Bundesbank mehr oder minder drauf reingefallen sind. Das war sieben Tage vor der Insolvenz. Können Sie sich vorstellen, dass man - ha! - immer noch diese Märchen, die ja zum Leerverkaufsverbot geführt haben, da mit so einem Gütesiegel, wie Sie gesagt haben - - dass man immer noch sieben Tage vor der Insolvenz geglaubt hat, da sind die bösen Mächte der Leerverkaufs- - der Shortseller unterwegs? Kann man sich das vorstellen? Ich meine, Sie sind ein erfahrener Mann, waren bei der Deutschen Börse.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, Sie hatten ja vorher gefragt oder jemand aus dem Kreis hatte gefragt, ab wann mir sozusagen klar war oder die Befürchtung da war, dass diese Gelder nicht vorhanden sind. Das war, glaube ich, der Dienstag vor diesem 18.* - oder wenn der 18. - - Müssen Sie mal gucken, was für ein Wochentag das ist. Das ist genau diese Woche gewesen.

Und dann kam von einer Bank ein Schreiben. Das hatte eine komische Formulierung. Wir haben ja im Aufsichtsrat auch jemanden, der Englisch-Native-Speaker ist, also englisch muttersprachlich. Da fiel das Wort "spurious" zum Beispiel. Und das zweite Schreiben hatte genau die gleiche Formulierung. Jetzt müssen Sie mir zugestehen: EY hat uns das erste Schreiben nicht zur Verfügung gestellt, es lag nur der BaFin vor. Das zweite Schreiben haben wir dann zu Gesicht bekommen, also das, was dann an dem Mittwochvormittag oder Mittwoch um die Mittagszeit eingegangen ist. Und ob das jetzt wirklich gleich ist, weiß ich bis heute nicht, weil ich kenne es einfach nicht.

Aber es war in der Tat so, dass ich es überraschend fand irgendwie, dass - wie soll ich sagen? Sie haben es als Märchen bezeichnet, das war ja die Argumentationslinie von Herrn Marsalek und in Teilen auch von Herrn Dr. Braun -, wie vorher dargestellt, das eventuell eine Fälschung sein könnte, also das richtige Schreiben eine Fäl-

schung und nicht das falsche. Das fand ich bemerkenswert, dass man diese Meinung zumindest mal in Erwägung gezogen hat.

Abgesehen davon - das Protokoll, wie Sie sich vorstellen können - war ich mir natürlich bewusst, dass das, als es damals passiert ist, jetzt kein - wie soll ich sagen? - Spaß ist und auch irgendwie kein Missverständnis. Das habe ich mir sehr genau überlegt und sehr genau aufgeschrieben. Ich habe das Protokoll auch nicht irgendwie mit dem Protokollführer erst vier Wochen später erstellt, sondern am gleichen Tag. Ich glaube nicht, dass ich da was falsch wiedergegeben habe.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): In der Sitzung des Aufsichtsrates am 25. Juni 2020, also dem Tag der Insolvenz, wird zum Verhältnis von Bank und Konzern gefragt, ob das Verhalten der BaFin nicht koordiniert seieine berechtigte Frage. Die habe ich mir auch schon gestellt. Aber das hat mich mehr als verwundert. Was war der Hintergrund dieser Fragestellung? Welches konkrete Verhalten der BaFin gab Anlass zu dieser nicht sehr schmeichelhaften Fragestellung im Aufsichtsrat an diesem Tag der Insolvenz?

Zeuge Thomas Eichelmann: Wer hat die Frage gestellt? Also, da würde ich gerne - - Sie hatten wir vorher angeboten, dass ich das mal kurz durchlesen darf. Also, da erinnere ich mich jetzt nicht irgendwie en détail dran. Wenn ich das mal eben kurz sehen dürfte, dieses Protokoll, dann kann ich das vielleicht besser erinnern. Da bin ich mir jetzt nicht ganz - - Steht denn da drin, wer die Frage gestellt hat? Können Sie das sehen, Herr Dr. Michelbach?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Das Aufsichtsratsprotokoll 25. Juni. Das legen wir Ihnen gerade vor, ja.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich kann dem Protokoll jetzt auch nicht entnehmen, wer das gefragt hat. Ich war es nicht, also irgendjemand anders aus dem Aufsichtsrat.* Und den Rest irgendwie, das kann ich insoweit bestätigen. Das gab es wohl an dem Sonntag, da war ich noch dabei. Das war ein Donnerstag, genau. Der Sonntag muss dann der 21. wahrscheinlich gewesen sein - da müsste man auch noch mal in den Kalender gucken, nicht dass ich da was fa- - oder der 20. Da gab es einen Call mit der BaFin und vier Vertretern seitens der BaFin. Danach sind die Gespräche von dem neuen Vorstand, Herrn Dr. Freis, geführt worden. Aber wer das jetzt gefragt hat oder wer diese Bemerkung gemacht hat, das kann ich nicht nachvollziehen. Wir können höchstens den Protokollführer noch mal fragen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Herr Eichelmann, können Sie uns über Ihren Rechtsbeistand das vielleicht, weil es ist ein wichtiger Punkt, gerade auch in der Beurteilung für das FISG, schriftlich zukommen lassen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Können Sie mir dann die Kopie überlassen, oder darf ich das mitnehmen?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Eine Kopie machen wir Ihnen gleich. Dass Sie uns mitteilen, wer die Frage gestellt hat, wäre vielleicht ein wichtiger Punkt. Das ist ja eine Entscheidung für die Zukunft.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich versuche es zu eruieren. Wir können auf Frau Gärtner zugehen, die war dabei. Ich kann auch, wenn Sie das möchten, mit dem Protokollführer, dem damaligen Leiter des Aufsichtsrats, gern noch mal sprechen, wenn Sie mir das freigeben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Thomas Eichelmann: Dann würde ich ihn darauf ansprechen. Ich kann mich an diesen einzelnen Satz - - an den Rest ja. Aber wer das gefragt hat, ich weiß es wirklich nicht. Es tut mir leid.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Sie können sich sicher auch an den Herrn Jaffé wenden. Also, wichtig wäre, dass wir für das Protokoll diese Fragestellung beantwortet bekommen, wer das gefragt hat. Das ist ein wichtiger Punkt.*

Dann komme ich zur KPMG-Sonderuntersuchung, die Sie ja, Gott sei Dank, durchgesetzt haben. Wie haben Sie aus Sicht des Aufsichtsratsvorsitzenden die Mitwirkung der handelnden Personen aus dem Vorstand, aus dem Konzern wahrgenommen? KPMG teilt ja mit: War nicht sonderlich begeistert, um es sehr vorsichtig auszudrücken, wie sie dort behandelt wurden und die Mitwirkung ja unterirdisch war. Was wurde da bei Ihnen abgelastet, oder wie haben Sie das empfunden? Was haben Sie getan, um die Mitwirkung zu verbessern usw.?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, wie vorhin schon mal ausgeführt, es gab etliche Terminverschiebungen. Von den Terminverschiebungen, würde ich mal sagen, gingen zwei Drittel bis drei Viertel auf das Konto der Firma, ein Viertel bis ein Drittel auf Konto von KPMG. Also, es war jetzt nicht so, dass nur die Firma irgendwie da Termine verschoben hat. Allerdings, wenn man einen Strich drunterzieht, fand ich die Mitarbeit nicht ausreichend. Ich hatte das Gefühl, dass zunächst diese Untersuchung von KPMG ähnlich gesehen wurde wie die vorher schon erwähnten vielen anderen Untersuchungen, die man in den Jahren davor angetriggert hatte, um sozusagen irgendwas rauszufinden oder eben nicht herauszufinden.

Und was wir dann gemacht haben, ist, in regelmäßigen, ich sage mal, Erinnerungen, teilweise fast schon zwanghaft, den Vorstand irgendwie zur Mitarbeit aufzurufen. Es kamen dann auch verschiedene Dinge. Zum Beispiel im Bereich von Knoop hat es dann ganz gut funktioniert nach meiner Erinnerung. In dem Bereich von Herrn Marsalek, was ja dann am Schluss der Problembereich war, wurde eine Dame abgestellt, die sich im Wesentlichen dann nur noch um die Zulieferung zu KPMG und zu EY gekümmert hat und sonst nichts anderes mehr getan hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber im Nachhinein: Heute wissen wir natürlich, dass da schlicht und einfach falsche Daten geliefert worden sind und nicht authentische Daten. Ich möchte hier aber auch irgendwie sagen, dass ich auch nach der Insolvenz noch in Kontakt mit KPMG war und wir auch Ende Juli, also weit nach der Insolvenz, immer noch irgendwie uns ausgetauscht haben und nicht verstehen konnten, wie man eine derartige Menge von Daten in der Geschwindigkeit falsch übermitteln konnte, was dann bei keiner Prüfung auffällt. Also, wir haben da x-mal nachgehakt, sowohl der Anwalt des Aufsichtsrats, verschiedene Aufsichtsratsmitglieder, also nicht nur ich, auch andere, haben immer wieder angemahnt. Wir haben die Vorstände in Telefonkonferenzen zur Räson gerufen. Auf die einzelnen Mitarbeiter, sprich: die Ebene unter dem Vorstand, haben wir ja leider Gottes keinen Durchgriff.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Michelbach, ganz kurz: Könnten Sie uns gleich noch vom Aufsichtsratsprotokoll die MAT-Nummer - für die Protokollierung nachher - kurz nachreichen?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Ja, mache ich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Folgendes noch: Ja, Sie haben natürlich diesen KPMG-Bericht angestoßen. Sie haben ihn dann dementsprechend natürlich zur Kenntnis genommen. Aber was mich wundert, Herr Eichelmann: Warum haben Sie nach dem Erscheinen des KPMG-Berichts weiter an Herrn Dr. Braun festgehalten und weiter an die Wirecard geglaubt? Also, ich muss sagen, ich wäre da zurückgetreten.

Zeuge Thomas Eichelmann: Rücktritt irgendwie - - Ich weiß nicht, ob Sie Jurist sind oder nicht, aber die Juristen - ich bin keiner - haben mir damals gesagt, dass ein Rücktritt in so einem Moment zur Unzeit wäre. Ich konnte gar nicht zurücktreten. Und wie vorher schon dargestellt, ist es so, dass selbst die KPMG damals auch noch, nach meinem Verständnis, daran geglaubt hat, dass sich die Sache wird aufklären lassen,

dass es sich hier um Organisationsmängel handelt.

Zum Thema "Festhalten Dr. Braun" hatte ich vorher schon beschrieben: Ich habe mich dazu beraten lassen. Die Anwälte waren der Meinung, das reicht nicht für eine Demission. Im Übrigen waren die Long-only-Aktionäre alle der Meinung, man müsse Herrn Braun - bis auf eine Ausnahme - in der Firma halten. Und was haben wir dann getan? Wir haben ihm ja mehr oder weniger fast jegliche Kompetenz entzogen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Aber es war natürlich klar, dass er noch die Dinge dort weiterbetreiben kann. Und es war ja auch dann so, dass da im Nachhinein noch Abstimmungen mit dem Herrn Marsalek stattgefunden haben. Haben Sie dem Herrn Dr. Braun und dem Herrn Marsalek zu diesem Zeitpunkt, also Ende Juni 2020, noch vertraut, oder war kein Anlass dazu, zu sagen: "Denen glaube ich gar nichts mehr"?

Zeuge Thomas Eichelmann: Zu welchem Zeitpunkt war das jetzt, bitte?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Mit der Insolvenz dann.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, nach der Insolvenz irgendwie - - also klar. Also, ab dem Moment, wo die Kontoauszüge sozusagen nicht da waren respektive klar wurde - zumindest von der einen Bank haben wir das ja direkt vorgelegt bekommen -, dass die Gelder nicht vorhanden waren, haben wir ja unmittelbar - ich meine, sogar am selben Tag - irgendwie den Herrn Marsalek rausgenommen und den Herrn Freis installiert und dem Herrn Freis auch ein klares Briefing mitgegeben, dass er möglichst schnell - -

Und da kam uns auch und vor allem dem Dr. Freis Kommissar Zufall in Form einer Person zu Hilfe. Deswegen war er auch in der Lage, so schnell aufzuklären. Weil eine ehemalige Kollegin von ihm, Bürokollegin aus der BIZ, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, aus Basel, mit der er gemeinsam da gearbeitet hat, ist Chief

Nur zur dienstlichen Verwendung

Legal Counsel bei einer der beiden philippinischen Banken, sodass da die Aufklärung eben relativ schnell möglich war. Und danach war das Vertrauen vorbei, und wir haben ja auch Herrn Braun zum Rücktritt gedrängt, ja.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Wissen Sie, wo der Herr Marsalek sich aufhält?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann würde ich da noch mal gerne aufsetzen wollen. Nach einem Bericht vom "Handelsblatt" vom 29. Juni 2020 soll eine Intervention der BaFin vom 24. auf den 25. Juni 2020 den Ausschlag für die Insolvenzmeldung der Wirecard gegeben haben. Ist das zutreffend? Und wenn ja, bzw.: können Sie sich an dieses Gespräch dann noch erinnern?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das ist, wie gesagt, ein Gespräch gewesen. Es wird ja auch in dem Protokoll, was ich gerade gesehen habe, erwähnt. Ich müsste jetzt noch mal reingucken, aber ich meine, es ist das gleiche wahrscheinlich. Das ist ja nicht mit mir geführt worden oder mit dem Aufsichtsrat, das ist mit dem Vorstand geführt worden. Diese Frage müssen Sie eigentlich dem Herrn Dr. Freis stellen.* Da war ich nicht dabei. Wie gesagt, die Zusammenkunft mit der BaFin war am Sonntag davor. Und da ging es ja noch dadrum, eventuell Lösungswege zu eruieren. Später lagen ja dann die Detailzahlen vor, wie es mit Cash-Plan usw. aussah.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Hat Herr Dr. Freis Sie da auch noch mal kontaktiert, dass es da noch mal eine Kommunikation gab nach dem Motto: "Was sollen wir jetzt machen?"?

Zeuge Thomas Eichelmann: Es gab - ich müsste mir jetzt diese Woche anschauen, also quasi die Woche damals, diese 20er-Juniwoche - da ja diverseste Aufsichtsratssitzungen. Und da gab es natürlich auch verschiedene Diskussionen mit dem Herrn Dr. Freis, der versucht hat, die Zahlen in einer möglichst großen Geschwindigkeit aufzuarbeiten. Dann gab es ja da irgendwie auch einen Berater für die Gesellschaft, in dem Fall Houlihan Lokey, die geholfen haben, das irgendwie zu tun. Es gab verschiedene Rechtsberater, die in der Gesellschaft tätig waren, auch diese Zahlen entsprechend irgendwie aufzubereiten. Und es gab diverseste Sitzungen bis zur Insolvenz. Die Entscheidung über die Insolvenz ist natürlich im Vorstand getroffen worden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mich würde noch mal interessieren: Haben Sie je mit Herrn Wexeler von der Wirecard Bank AG gesprochen, und ist er Ihnen gegenüber, wie im Exit-Gespräch gegenüber der Bundesbank, mal so deutlich geworden, dass Herr Braun ihn in sein Arbeitszimmer, also in das Arbeitszimmer von Herrn Braun, zitiert habe und ihm klargemacht habe - das haben wir auch Herrn von Erffa gefragt -, wer hier die Hosen anhat und dass er der Eigentümer sei und er bestimme, welche Kredite - vielleicht auch Kredite, die Sie dann später zurückgeholt haben - hier entsprechend gewährt werden? Haben Sie da je Kontakt gehabt? Ist Ihnen das auch mal gewahr geworden?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich habe Herrn Wexeler, glaube ich, einmal gesehen am Rande von irgendeiner Sitzung, wo die Bank nach uns, also nach der AG, eine Sitzung im gleichen Raum hatte. Da gab es eine gewisse Personenüberlappung. Aber ich habe mit dem Herrn Wexeler nie ein vertieftes Gespräch geführt. Ich meine, ich habe noch nicht mal Hallo gesagt, wenn mich nicht alles täuscht. Also, ich würde ihn nicht 100-prozentig erkennen, wenn er jetzt hier vor mir sitzen würde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Ich frage das auch deshalb, weil ich dazu überleiten möchte: Wir haben hier viele Zeugen gehabt. Man kann ja im Moment nur sagen, das sind sehr glaubhafte Schilderungen gewesen.

Eine Frau Quadir, die gesagt hat: "Okay, wir haben unangenehm berichtet. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass die Federal Bank of

Nur zur dienstlichen Verwendung

Middle East, die ja aus bestimmten Ermittlungen heraus der US-Behörden wegen Geldwäsche geschlossen worden ist - - dass ein Teil dieser kompletten Mannschaft in Nordamerika dann wieder tätig war und offensichtlich noch viel größer und etwas perfekter das Spiel fortgesetzt hat" - - auf einmal ihre Server im Bürohaus abstürzten, sie überfallen worden sei mit Kopfschlag, dass wir von Dan McCrum sehr glaubhaft gehört haben, er hat sich nachher mit seinem Computer quasi im "Financial Times"-Gebäude eingemauert. Sein Computer hatte keine Verbindung zum Internet. Es war ein betonummantelter Raum ohne Verbindung, trotzdem seien seine Informanten, die er niemandem gegenüber preisgegeben hat, auf einmal kontaktiert worden. Er sei von mehr als 20 Detektiven behelligt worden.

Deswegen meine Frage: Bekanntlich - das haben wir jetzt ja auch deutlich gehört - geht die Beauftragung des KPMG-Gutachtens auf Sie zurück. Nach dem Sondergutachten stürzte die Wirecard-Aktie dramatisch ab. Gab es Anfeindungen von Wirecard-Mitarbeitern, -Vorständen gegenüber Ihrer Person, oder haben Sie andere merkwürdige Vorkommnisse, die Sie sonst in Ihrem Leben bisher nicht hatten, in dieser Zeit oder bis heute erlebt, die Sie sich nicht erklären können?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, ich habe jetzt keinerlei ähnliche Erfahrungen. Sie spielen ja da an auf diese Beschattungsthemen usw. Entweder bin ich da unsensibel, aber mir ist nichts Außergewöhnliches aufgefallen. Und es gab auch nie wie soll ich sagen? - übertriebene Aufforderungen seitens der Vorstände oder Ähnliches. Klar, man war eben bei bestimmten Themen unterschiedlicher Meinung, wie ich versucht habe darzulegen. Hier hat der Aufsichtsrat, glaube ich, konsequent seine Linie eingehalten. Also, ich fühlte mich da nicht bedroht oder so was, wenn das der Hintergrund der Frage ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Hat Frau Bäumler-Hösl Sie jemals kontaktiert von der Staatsanwaltschaft München I, um vielleicht von Ihnen auch mal Sachverhalte aufgeklärt zu haben? Sie hat ja dann nachher Dan McCrum und andere mal zu sich nach München eingeladen, um einen tieferen Einblick in die Materie zu bekommen. Zeuge Thomas Eichelmann: Es gab eine Zeugenvernehmung seitens der Staatsanwaltschaft München I, allerdings nicht mit der Frau Bäumler-Hösl, sondern mit einer Mitarbeiterin von ihr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ah, okay. - Ende April, kurz nach der Veröffentlichung des Gutachtens, des Sondergutachtens, haben Sie gegenüber dem "Handelsblatt" ein Interview gegeben. Hierin hielten Sie fest, dass KPMG keine Bilanzfälschung festgestellt hatte, und hielten die Wirecard nun - - die anstehenden Aufgaben für lösbar. War diese Sicht der Dinge nicht zum damaligen Zeitpunkt mit dem Wissen um die Vorgänge ein bisschen haltlos?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, das entsprach genau der Meinung, wie vorher schon dargestellt, wie sie auch mit dem Herrn Leitz als verantwortlichem Studienleiter seitens KPMG diskutiert worden ist. Wie gesagt, im Prinzip kulminiert doch alles um die Frage: Sind die Gelder da, oder sind sie nicht da, und sind diese Daten der Transaktionen authentisch, oder sind sie nicht authentisch? Zum damaligen Zeitpunkt sind wir alle davon ausgegangen, dass es zwar ein organisatorisch erheblicher Mangel ist, Stichwort "Internes Kontrollsystem", aber keiner hat an den Betrug geglaubt, auch die KPMG-Kollegen nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann: Laut MAT A BMWi 8.02 Blatt 287, Antwort des BMF auf ein Berichtsbitten von Fabio De Masi zur Sondersitzung des Finanzausschusses am 29.07., hat es am 21.06. ein Telefonat zwischen Ihnen, Herrn Freis, Herrn von Knoop auf der einen Seite und Herrn Röseler und Herrn Hufeld auf der anderen Seite gegeben. Erinnern Sie sich noch an dieses Telefonat?

Zeuge Thomas Eichelmann: Wenn der 21.06. der Sonntag ist. Sehen Sie das zufälligerweise?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich gucke mal. Ich habe inzwischen geklärt, der zweite Dienstag war, glaube ich, der 9. Juni. Aber jetzt schaue ich mal in meinen Kalender. Ist jetzt 20 noch offen? - Nein, ich springe mal zurück. Wie sagt Herr Rosner? (?) Ich flip hier mal.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Auf diesem Protokoll 25. steht der Wochentag drauf. Da könnte man zurückrechnen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Der 21. war ein Sonntag, in der Tat.

Zeuge Thomas Eichelmann: Dann kann ich mich daran erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das waren aber nicht nur die beiden Personen von der BaFin, da waren noch zwei weitere, meine ich, dabei. Also, es waren auf jeden Fall drei plus Herr Hufeld oder vier plus Herr Hufeld. An das Telefonat - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie sich an die Namen vielleicht auch noch dunkel erinnern?

Zeuge Thomas Eichelmann: Bevor ich jetzt was Falsches sage, das müsste ich -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, das sollen Sie nicht.

Zeuge Thomas Eichelmann: - in meinen privaten Aufzeichnungen nachschlagen.*

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielleicht können Sie ja das noch - das wäre nett - mal nachreichen. Das wäre vielleicht ganz interessant, weil, wie gesagt, nach unseren Aufzeichnungen: Herr Röseler und Herr Hufeld. Aber es wäre natürlich interessant, wer noch dabei war.

Also, können Sie ein bisschen über den Gegenstand, Verlauf und Ergebnis des Gespräches dann sagen? Sie haben ja gesagt eben, Sie erinnern sich daran.

Zeuge Thomas Eichelmann: Moment, muss ich mir aufschreiben: BaFin-Teilnehmer. - Eine Sekunde, sonst vergessen wir die Hälfte.

Ja, das war ja der Sonntag, nachdem klar wurde irgendwie, die Gelder sind quasi verschwunden, das ist ein echter Problemfall.

Darüber hinaus ist es ja so, dass zum damaligen Zeitpunkt die Bankenkredite hätten fällig gestellt werden können. Dann wäre so oder so sozusagen die Sache erledigt gewesen.

Dann haben wir die Problematik an der Stelle erörtert, dass die Bank ja unter der Aufsicht der
BaFin steht. Das heißt, die Gelder, die Wirecard
ja noch in der Liquidität hatte, was ja ein
dreistelliger Millionenbetrag war, wurden in eine
Art softes Moratorium gestellt seitens der BaFin
in der Bank, und es wurde beschlossen, dass die
BaFin ab dem Montag irgendwie entweder Leute
von der BaFin oder von der Bundesbank physisch vor Ort setzt, um Auszahlungen nur noch
durchzulassen, wenn die entsprechend freigegeben worden sind.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Fiel in Ihrem Gespräch - ich frage nur mal - der Name Kukies? Kann ja sein, weil wir hören ja gerade, dass Herr Kukies sich bei der KfW IPEX-Bank wohl als Aufsichtsrat eingesetzt hat, eventuell einen Kredit zu geben.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ist mir nichts bekannt, ja, wirklich nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Entschuldigung, ich habe Sie unterbrochen. Dann führen Sie fort, bitte.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das waren die wesentlichen Punkte. Und dann ging es eben darum, dass die Gesellschaft, sprich: der Herr von Knoop, der Herr Dr. Freis, und es war noch jemand mit dabei seitens der Gesellschaft - das weiß ich aber auch nicht mehr auswendig - - da ging es auch darum, inwieweit die BaFin irgendwie die Firma unterstützen würde bei den notwendigen dann beginnenden Gesprächen mit den Banken. Ich hatte ja vorher erwähnt: Die Gesellschaft hat sich irgendwie Beratung zur Seite geholt, weil man konnte zum damaligen Zeitpunkt ja nicht sicher sein, ob die vorhandenen Daten überhaupt korrekt sind, die vorlagen, und es musste ja eine neue Liquiditätsrechnung durchgeführt werden. Das war der Inhalt des Gespräches an der Stelle. Und am Montag sind dann nach meiner Kenntnis auch die Mitarbeiter, ich

Nur zur dienstlichen Verwendung

meine, der Bundesbank vor Ort gewesen. Es können aber auch die Mitarbeiter der BaFin gewesen sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann geht es weiter mit der SPD-Fraktion. Wer möchte? - Frau Kiziltepe, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Eichelmann, Sie haben ja offensichtlich auch an dieses Unternehmen, diesen Stern am Fintech-Himmel geglaubt. Sie haben Aktien besessen oder besitzen sie noch. Ich hatte vorhin auch Herrn von Erffa gefragt, wo er glaubt, dass die Fehler von Wirecard lagen und wer die Schuldigen und Verantwortlichen sind. Können Sie das sagen, wer an diesem Bilanzbetrug die Schuld hat?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ehrlicherweise, sagen wir mal so - - Ist das eine schwierige Frage. Ich kann das nicht ausermitteln. Ich bin kein Staatsanwalt, habe nicht die Methodik, das Know-how. Dass es ein Betrug war, dürfte zweifelsfrei feststehen, ja. Dass, ich sage mal, die Führungskräfte der Gesellschaft, um es mal so zu formulieren, da irgendwas zumindest mal übersehen haben müssen, ist, glaube ich, auch klar. Aber wer jetzt genau in persona dabei war und wer nicht dabei war, das kann ich wirklich nicht sagen.

Und ich finde es natürlich auch irgendwie interessant, wie der Kommunikationsablauf war, weil die Anschuldigungen, wie Sie ja sagen, gab es ja schon seit Jahren, und trotzdem irgendwie ist jedes Jahr der Abschluss sauber durchgelaufen usw. Also, es muss entweder extremst geschickt gemacht worden sein, oder man wird noch Ungereimtheiten finden. Aber ich kann da kein abschließendes Urteil sprechen. Ich bin kein Richter und auch kein Staatsanwalt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Bis wann haben Sie an dieses Unternehmen geglaubt? Also, es gibt ja Personen, die sogar nach der Veröffentlichung des Sonderberichts von KPMG noch Aktien gekauft haben, also bis zum Schluss, praktisch bis Juni 2020, noch daran geglaubt haben.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie vorher dargestellt, dabei bleibe ich auch: Bei mir war der Glaube vorbei, als der zweite Brief dieser zweiten philippinischen Bank auf dem Tisch lag. Ich komme wieder mit den Daten: Irgendwie an dem Mittwoch, zweiten Mittwoch im Juni, glaube ich, war das, oder dritten Mittwoch im Juni - 16., 17., 18., irgendwas um den Dreh rum -, war mir das klar, weil da habe ich es schwarz auf weiß vor der Nase gesehen. Das war diese unbehelfliche Situation, wo der Herr Marsalek noch behauptet hat, das wird sich in den nächsten drei Stunden alles aufklären. Und dann gab es irgendeine E-Mail, wo man nicht weiß, ob die richtig war oder nicht richtig war, von dem Herrn Tolentino, der gesagt hat, das ist alles ein riesiges Missverständnis, er ist auf dem Weg zur Bank, um das irgendwie auszuräumen. Also, da ging es mir dann zu weit. Und das war auch der Tag, an dem wir dann den Beschluss gefasst haben, Marsalek rauszunehmen, Freis zu mandatieren usw.

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Marsalek hat sich ja dann auch verabschiedet und gesagt, er wird das jetzt alles aufklären, er fliegt mal auf die Philippinen zu Herrn Bauer. Haben Sie Herrn Bauer persönlich kennengelernt? Der war ja zuvor verstorben, bevor Herr Marsalek dann geflogen ist. Hatten Sie ihn persönlich kennengelernt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Herr Bauer war mir nur bekannt in seiner Funktion. Also, er war der Chef von PayEasy, um es mal so auszudrücken, und er war der Gesprächspartner für die Vertreter der beiden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Anfang März - ich meine, 4. oder 5. März, aus dem Gedächtnis - waren die da unten. Ich habe mit dem Herrn Bauer weder direkt gesprochen, noch habe ich den gesehen, noch kannte ich den oder konnte ihn irgendwie einordnen. Ich fand es damals eben gut, dass er gesagt hat, er liefert die Daten nach. Dass er dann irgendwie, wie auch immer, verschwunden ist, das war für mich auch etwas strange, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Glauben Sie an den plötzlichen Tod von Herrn Bauer?

Zeuge Thomas Eichelmann: Kann ich nichts dazu sagen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Hört sich jetzt nicht so an nach Ihren Bemerkungen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich sage mal so: Ich kann dazu nichts sagen. Da kursierten alle möglichen Berichte. Deswegen sage ich ja: Das ist auch einer der Punkte irgendwie, ob der jetzt beispielsweise dabei war, nicht dabei war und ob er davon profitiert hat, nicht profitiert hat. Das muss ein Staatsanwalt ermitteln in der Hoffnung, dass es auch wirklich irgendwann mal ans Tageslicht gebracht wird.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich will noch mal zurück zur Rolle des Aufsichtsrats. Sie haben ja 20 Jahre Erfahrung als Aufsichtsrat auch. Können Sie noch mal sagen, wie Sie zu diesem Mandat kamen und wie Sie bei Wirecard den Aufsichtsrat vorgefunden haben? Also, war das typisch nach Ihren Erfahrungen oder eher anders?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich bin 55, also 20 Jahre in Lebensjahren habe ich nicht. Ich habe nur ganz viele Mandate gehabt. Wenn Sie die Mandate addieren, kommen Sie eher sogar auf 70 Jahre. Aber faktisch bin ich es, ich sage mal, seit Mitte der 2000er-Jahre gewöhnt, in Mandatsfunktionen zu agieren, in verschiedenen Jurisdiktionen auch. Ich bin an das Mandat über diesen Auswahlprozess von Zehnder gekommen. Ich meine, ich habe es eingangs schon mal dargestellt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. Ich hatte nicht ganz verstanden, in wessen Auftrag. Also, wer hat das initiiert?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das hat nach meiner Kenntnis der alte Aufsichtsrat initiiert, also - was heißt "der alte Aufsichtsrat"? - das Gremium, die sechs Personen, sprich: der Herr Matthias als Vorsitzender, der Herr Henseler, der ja ausscheiden wollte als stellvertretender Vorsitzender in der AG - in der Bank ist er ja als Aufsichtsrat verblieben -, dann gab es in der Reihenfolge der Zurückhörigkeit den Herrn Klestil, dann gab es die Frau M'Cwabeni, dann gab es die Frau Quintana-Plaza und die Frau Lauterbach. Das waren die sechs Personen. Und die habe ich auch getroffen in dem Auswahlprozess.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Und war das üblich, wenn Sie das jetzt mal vergleichen zu Ihren Mandaten bei anderen Unternehmen, wie die Arbeit da gemacht wurde?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, wie vorher dargestellt. Also, ich fand es gut, dass - die Entscheidung ist gefallen, bevor ich dazugekommen bin - man Ausschüsse eingerichtet hat. Und die Ausschüsse nahmen da gerade erst ihre Arbeit auf. Ich hätte vielleicht erwartet, dass das schon ein paar Jahre vorher passiert, aber - hätte ich jetzt fast gesagt - besser spät als nie. Und wie vorher dargestellt: So Dinge wie ein Halbjahres-Review durchzuführen bei einem DAX-Unternehmen, war mir jetzt klar, dass das notwendig ist. Das gab es halt noch nicht. Dafür hat man eben andere Dinge, wie zum Beispiel dieses Compliance-Projekt, vorher initiiert. Ich sage mal so: Man hat dann ja auch was unternommen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. - Also, Sie haben ja Frau Kleingarn nicht kennengelernt. Frau Kleingarn hatten wir hier auch zur Zeugenvernehmung, und sie war auch Aufsichtsratsmitglied bis Ende 2017. Und sie hat uns hier ja auch einige Einblicke gewährt, dass da also vieles nicht so lief, wie man sich das hätte vorstellen wollen oder können. Deshalb meine Frage auch dahin gehend, wie das in anderen vergleichbaren Mandaten bei Ihnen aussah.

Diesen Prüfungsausschuss, den gab es ja, der nie getagt hat, aber der dann ja aktiviert wurde in Ihrer Zeit. Wie verlief die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, der Prüfungsausschuss, wie gesagt, hat ja dann zum ersten
Mal richtig getagt irgendwann Mitte des Jahres,
irgendwann im August zur Verabschiedung der
Q2-Zahlen. Und zur Verabschiedung: "Wie kommen wir jetzt zu einer Bond-Emission?" war da
noch der Herr Matthias beteiligt und die Frau
Dr. Lauterbach. Das lief erst mal in dem
Ausschuss selber, fand ich, sehr konstruktiv und
gut. Und auch die Zusammenarbeit mit dem
Finanzvorstand, mit dem Herrn von Knoop, lief
an der Stelle konstruktiv und gut.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und zum Prüfer habe ich jetzt schon relativ länglich ausgeführt. Da gab es ja die Thematik: Erst im September gab es ein vertieftes Gespräch mit den beiden operativ vor Ort tätigen Prüfern, dem Herrn Dahmen und dem Herrn Fichtelberger. Und wir haben da diese Unterlage 8 oder Anlage 8 zu dem Prüfbericht durchgesprochen, Prüfungsschwerpunkte definiert für die Prüfung 2019, die ja nie zu Ende geführt wurde. Meines Erachtens lief die Prüfung 2019 bis zu dem Zeitpunkt, als der KPMG-Bericht kam, konstruktiv und normal. Und danach, wie vorher jetzt dargestellt und mehrfach besprochen, wurde es halt ein bisschen - wie soll ich sagen? - iterativ, erratisch aufseiten EYs.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also würden Sie sagen, der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben erfüllt, die gesetzlich vorgegeben sind?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, während meiner Amtszeit auf jeden Fall. Zu dem davor - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Und davor? Also, hatten Sie das Gefühl, -

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich war ja nicht dabei.

Cansel Kiziltepe (SPD): - wenn Sie bestimmte Anforderungen gestellt haben, dass Sie da auf fragende Gesichter gestoßen sind: "Nee, das haben wir bisher nicht gemacht, das ist jetzt neu" und so?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, im Gegenteil. Wie gerade - - Oder: Man kann es vielleicht so ausdrücken: Wenn ich einen Vorschlag gemacht habe, was wir ändern können oder was wir ergänzen können in der Aufsichtsratsarbeit, vielleicht gerade am Beispiel Prüfungsausschuss, das ist auf sehr offene Ohren gestoßen. Und die Entscheidungen, die Vorschläge sind alle mehr oder weniger einstimmig angenommen worden. Also, ich erinnere mich jetzt an nichts, wo ich irgendwie Schwierigkeiten hatte, irgendeine Idee dann durchzubringen.

Und letztlich ist es ja auch dadurch dokumentiert, dass wir dann am 10. Januar den Entschluss

gefasst haben, dass ich die Gesamtleitung des Gremiums übernehmen soll, weil der Herr Matthias eben gesundheitlich gehandicapt war.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ist er aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, genau. Also, er hatte eine Operation, nach meinem Verständnis eine Knieoperation, was Orthopädisches, und war dann eben nicht mehr mobil. Also, er war schon fit, sage ich mal, im Kopf, ja, aber er konnte halt nicht mehr reisen. Und es war dann ein erheblicher Anfall an Sitzungen durchzuführen, auch vor dem Hintergrund der KPMG-Aktivitäten. Und wir fanden es besser, weil er dann ja nur noch per Telefon zugeschaltet werden konnte, dass halt jemand, der wirklich im wahrsten Sinne des Wortes, also jetzt pragmatisch gesprochen, mobil war, sich der Sache annimmt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. - Wir haben jetzt im Rahmen der Aufarbeitung in diesem Untersuchungsausschuss auch gesehen, dass es immer einen gewissen Zeitdruck gab. Also, die Wirtschaftsprüfer wollten - - Es gab immer Konflikte zwischen Unternehmen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Dokumente wurden nicht zeitig eingereicht etc. Da haben Sie ja auch etwas berichtet, einen Einblick gegeben. Und dann wollte man kein Testat erteilen oder kein uneingeschränktes Testat erteilen. Und dann hat in letzter Sekunde doch alles vorgelegen, oder man hat sich entschieden, doch ein Testat zu erteilen. Und das wurde ja über zehn Jahre praktiziert praktisch.

War das in Ihrer Zeit auch so, dass Sie bestimmte Dokumente, die notwendig waren, nicht rechtzeitig bekommen haben? Weil das behindert ja auch eine Arbeit, die so nicht vernünftig gemacht werden kann.

Zeuge Thomas Eichelmann: Sie haben ja die Aufsichtsratsprotokolle alle vorliegen. Da gibt es ja diverseste Aufstellungen. Ich kann jetzt nicht einzelne Daten zitieren, aber das war immer wieder Thema, dass bestimmte Unterlagen eben zu

Nur zur dienstlichen Verwendung

spät gekommen sind, bestimmte Termine verschoben wurden usw. Das war in der Tat irgendwie ein Problemfall. Gleichzeitig mussten wir hin und wieder sehen: zwei Prüfungen auf einmal bei einer eher - wie soll ich sagen? - schmal ausgestatteten Accounting-Abteilung. Das war natürlich auch eine große Herausforderung. Aber unterm Strich war es unakzeptabel; absolut, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann wollte ich noch mal fragen: Wie ist das eigentlich mit den Testaten? Sie haben ja auch an der Deutschen Börse gearbeitet. Verlassen sich der Markt und alle Akteure auf dieses Urteil der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft?

Zeuge Thomas Eichelmann: Meines Erachtens, ia.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und hätte aus Ihrer Sicht EY diese Bilanzmanipulationen erkennen müssen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Eine spekulative Frage. Wie gesagt, ich war ja in den Jahren davor - - Interessant ist ja: In 2019 - dafür muss ich mich ja sozusagen fragen lassen - gab es kein Testat. Da haben Sie ja den Prozess mitbekommen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Herr Geschonneck von der KPMG hat gesagt - und das steht ja auch im Protokoll, auch in den Protokollen der Sonderprüfung -, man hätte das mit üblichen Wirtschaftsprüfungsstandards sehen müssen, es bedürfte keiner Forensik. Und EY hat es nicht gesehen

Zeuge Thomas Eichelmann: Noch mal: Ich bin kein WP. Dafür gibt es ja irgendwie alle möglichen Aufsichtsstellen, DPR, APAS etc. Die sind ja dafür da, so was einzuwerten, quasi die "Bilanzpolizei" - in Anführungsstrichen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Hat leider nicht funktioniert, die "Bilanzpolizei".

(Dr. Florian Toncar (FDP): Sie ist auch keine "Bilanzpolizei"!) Ich möchte zum Schluss noch auf eine E-Mail zurückkommen. Das ist eine Korrespondenz zunächst mal zwischen Ihnen und Herrn von Erffa, und dann wird das noch mal hochgereicht. Und Herr von Erffa beschwert sich hier, Sie hätten Rechnungen eingereicht ohne Namen, Datum und Anforderungen nicht erfüllt etc. pp. Er ist hier richtig konsterniert und: "So geht man doch nicht mit Kollegen um und Mitarbeitern", und er verbittet sich diesen Ton und alles usf. Erinnern Sie sich an diese E-Mail?

Zeuge Thomas Eichelmann: Selbstverständlich erinnere ich mich an die E-Mail. Dem ist irgendwie eine Schreiattacke unter Zeugen von Herrn von Erffa - nicht von mir - vorhergegangen. Für mich ist das irgendwie ein billiger Versuch, jemanden zu diskreditieren. Und dagegen habe ich mich auch verwehrt. Ich habe mich auch bei Herrn von Knoop und Herrn Dr. Braun darüber beschwert. Für mich ist Herr von Erffa persönlich nicht tragbar in der Funktion, bei aller fachlichen Kompetenz, die er hat.

Und die eingereichten Rechnungen sind selbstverständlich korrekt gewesen. Was ihn gestört hat an der Stelle, ist schließlich irgendwie die fehlende laufende Nummerierung. Darum ging es. Und da hat er sich aufgeführt wie ein, ich sage es jetzt mal platt, Irrer und hat mich da angeschrien coram publico. Also, wenn er eine laufende Nummerierung haben will, dann bekommt er eine laufende Nummerierung. Ich weiß gar nicht, wo das Problem liegt, ehrlich gesagt. Und diese E-Mail ist schlicht und einfach komplett daneben.

Cansel Kiziltepe (SPD): Hat Herr von Erffa eine Abmahnung bekommen? Weil Herr von Knoop schreibt hier dem Markus Braun:

> Wir müssen sofort telefonieren. Herr Eichelmann erwartet eine Abmahnung, andernfalls legt er sein Mandat nieder. (?)

Also, es scheint ja richtig eskaliert gewesen zu sein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja. Der Herr von Knoop hat eine Ermahnung erteilt. Ich habe darauf bestanden, dass die auch in die Personalakte kommt. Ob die das gemacht haben oder nicht, kann ich nicht kontrollieren als Aufsichtsrat. Aber eine Ermahnung in meinem Beisein an den Herrn von Erffa gab es selbstverständlich für dieses ungebührliche Verhalten.

Und ich erinnere noch mal daran: Die Vorstandsverträge waren alle ja zur Verlängerung angestanden Ende 2020. Ich kann die Mitarbeiter des Vorstandes ja nicht benennen als Aufsichtsrat. Aber das Thema "von Erffa" war ohnehin ein kritisches Personalthema, auch schon vor meinem Eintritt in die Gesellschaft, auch von anderen Aufsichtsräten und Aufsichtsrätinnen. Das wäre auch zum Thema geworden bei der möglichen Verlängerung von Herrn von Knoop.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und als Nächstes hat das Wort Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Eichelmann, über Ihre Kontakte zu Herrn Hufeld und zur BaFin haben Sie ja schon gesprochen. Hatten Sie in Ihrer Amtszeit als Aufsichtsrat und später dann Aufsichtsratsvorsitzender Kontakt zu deutschen oder bayerischen Regierungsstellen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, keinerlei.

Dr. Florian Toncar (FDP): Keinerlei Kontakte. - War auch nicht Ihre Aufgabe?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. Okay. - Waren Sie beim Thema "AllScore-Erwerb/China-Expansion" irgendwie involviert?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich war da nicht direkt involviert. Ich hatte einen - - Ich hatte ja vorher beschrieben: Im Sommer 2019, als sozusagen das Mandat losging, nach der Hauptversammlung, waren ja die meisten Leute im Urlaub. Es ging relativ langsam los.

Ich hatte in dieser Zeit irgendwann im Juli ein Gespräch mit dem Herrn Ley. Der rief mich an und bat um irgendwie eine Diskussion. Da hat der Herr Ley mir angedeutet, dass es irgendwie in China eine Akquise geben soll und dass er die als Berater irgendwie im Auftrag des Vorstandes begleitet.

Und das war dann auch Diskussion auf den Aufsichtsratssitzungen, die dann später gefolgt sind. Aber der Aufsichtsrat hat sich darüber informieren lassen, ist ja auch dann vorgelegt worden zur Entscheidung, ob man das macht oder nicht macht, ob man die Budgets entsprechend freigibt. Insofern war der Aufsichtsrat ganz normal in den Prozess involviert. Aber die Federführung bei der Akquise lag beim Vorstand.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie haben immer wieder auch erwähnt, dass Sie mit den Longonly-Aktionären - so haben Sie die Gruppe, glaube ich, genannt; so wird die vielleicht auch bezeichnet - Kontakt hatten, immer wieder wichtige Dinge abgestimmt haben. Ist denn Markus Braun auch ein Long-only-Investor gewesen, in der Klassifizierung?

Zeuge Thomas Eichelmann: Formal gesehen ja, wobei wir das nicht immer wieder hatten. Das möchte ich auch noch mal zur Klarstellung sagen. Die Kommunikation mit dem Kapitalmarkt liegt ja beim Vorstand. Wir haben nur ausnahmsweise nach der Veröffentlichung des KPMG-Berichtes mit fünf, sechs dieser Investoren gesprochen, weil auch Anfragen kamen, ob man nicht mal gemeinsam mit dem Vorstand und einem Vertreter des Aufsichtsrats reden könnte. Und da gab es jeweils irgendwie ein Gespräch, aber es war kein regelmäßiger Austausch.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber das war das Einzige, wo der Aufsichtsrat sich mit den Long-Onlys befasst hat in Ihrer Amtszeit?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich meine, ja. Also, ich muss es noch mal zur Sicherheit - - aber - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber war Herr Braun in dieser Gruppe dann auch als Aktionär dabei?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, nein, nein. Wir haben Einzelgespräche geführt, jeweils der Herr von Knoop und die Leiterin des Investor-Relations-Teams, der Leiter des Aufsichtsratsbüros zusammen mit diesen Vertretern der Investoren, aber Einzelgespräche, also jetzt nicht mit allen in einer Gruppe, sondern wir haben fünf oder sechs Einzelgespräche geführt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie, ob es unter den Aktionären auch regelmäßigen Austausch oder Absprachen gegeben hat oder Vorbereitungen von Hauptversammlungen, Personalentscheidungen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. Okay. - Wie würden Sie denn - - Noch mal eine andere Frage: Sie haben gesagt, Sie haben dem CEO Markus Braun die Zuständigkeit für die Kapitalmarktkommunikation entzogen nach der Ad-hoc-Meldung, nach dem KPMG-Bericht. Hat der Kapitalmarkt von dieser Zuständigkeitsänderung irgendwie Notiz bekommen, oder ist das geheim geblieben?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, das ist irgendwie, wie sich das - das geht ja gar nicht anders - - Das ist sehr ordentlich irgendwie - - die Ad-hocs sind sehr ordentlich veröffentlicht worden. Am 18. Mai* - ich meine, ein Freitag - ist das veröffentlicht worden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie mit der BaFin, mit Herrn Hufeld, auch mal über diese Entscheidung gesprochen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das kann ich nicht mehr erinnern. Da kann ich weder sagen, ob das Teil der Gespräche war, und ich kann aber auch nicht sagen, dass es nicht Teil der Gespräche war. Das erinnere ich nicht mehr. Aber das Thema war raus. Die Entscheidung ist ohne die BaFin gefallen. Es war eine reine Aufsichtsratsdiskussion und ist eben veröffentlicht worden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben mit Herrn Hufeld ja - am 15. oder 16. war es - noch mal gesprochen, als es eigentlich direkt schon dem Ende entgegenging. Und da haben Sie über ein weiteres Inhaberkontrollverfahren gesprochen. Das heißt doch eigentlich, über die Zukunft, über die mittlere Zukunft des Konzerns, oder nicht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Die Frage hat, glaube ich, der Herr De Masi vorher schon gestellt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, Entschuldigung.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, nee, nee. Ich will nur sagen: Ich sage ja immer das Gleiche. Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich mit dem Herrn Hufeld über das Inhaberkontrollverfahren gesprochen habe.*

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, gut. - Wie würden Sie denn das Verhältnis von Markus Braun und Jan Marsalek untereinander bezeichnen? Wie haben die beiden interagiert in der Phase, in der Sie das vor allem auch aus der Nähe beobachten konnten? Wer hat da welche Entscheidung getroffen? Wie eng haben die beiden sich abgestimmt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also erst mal: Der Herr Marsalek und der Herr Dr. Braun waren relativ oft - nach meinem Dafürhalten - gemeinsam im Büro von Herrn Dr. Braun tätig und zugange. Wenn ich jetzt irgendwie da war und den Dr. Braun treffen wollte, dann war von zehnmal vielleicht sechsmal, siebenmal der Jan Marsalek vor mir dort im Büro. Also, da gab es offensichtlich eine enge - jedenfalls habe ich es so wahrgenommen - Zusammenarbeit.

Im Verhältnis der beiden untereinander habe ich den Herrn Marsalek teilweise fast als devot gegenüber dem Herrn Dr. Braun wahrgenommen, also auch in Diskussionen, wenn es beispielsweise mit KPMG - - KPMG hat ja direkt mit den beiden sehr viel zu tun gehabt, weil das waren ja die, die die Unterlagen, die Daten usw. heranschaffen müssen. Da haben Sie als Aufsichtsrat ja null Zugang. Und wenn es zum Beispiel mal Diskussionen gab, beispielsweise Aufsichtsräte plus Legal Counsel, Aufsichtsrat plus Herrn Marsalek, und man dann gesagt hat: "So, jetzt haben wir mal ein paar Punkte endlich abgearbeitet, wo ihr liefern müsst; tun Sie uns bitte den Gefallen, informieren Sie den Dr. Braun darüber", da hat er immer gesagt: Nein, nein, nein, den Dr. Braun

Nur zur dienstlichen Verwendung

müssen Sie informieren. - Also, er war da gegenüber dem Dr. Braun relativ, fand ich, defensiv.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben ja nun auch schon einiges in der Wirtschaft gesehen, einige Aufsichtsratsmandate wahrgenommen. Wenn Sie jetzt mal den CEO Markus Braun auch in Relation setzen zu anderen Erfahrungen, die Sie in Ihrem Berufsleben schon gemacht haben: War Herr Braun jemand, der genau informiert war über die Vorgänge im Konzern und auch viel wissen wollte oder wo Sie im Gespräch gemerkt haben, dass er Bescheid weiß, dass er Detailkenntnis hat, oder war das eher ein Spiritus Rector, der gerne auf abstraktem Level über Technologie und Visionen gesprochen hat?

Zeuge Thomas Eichelmann: In dem Fall, glaube ich, beides. Der Herr Dr. Braun hat natürlich gern über irgendwelche Visionen gesprochen, auch in der Außendarstellung. Ich fand aber schon, dass Herr Dr. Braun eher in der Ecke "Kontrollfreak" unterwegs war als in der Ecke "laisser faire", um es mal so auszudrücken.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wie aktiv, inhaltlich involviert, aktiv war er denn bei dem ganzen Thema "Umgang mit den Bilanzfälschungsvorwürfen"? Hat er gesagt: "Das machen andere; von Knoop, Marsalek, kümmert euch, dass die Sache aus der Welt kommt", oder war er da aktiv und wollte die Dinge wissen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, wie vorher dargestellt: Die KPMG-Gespräche sind auch sehr oft mit dem Herrn Dr. Braun persönlich geführt worden, also telefonisch oder persönlich persönlich. Also, er war da schon relativ eng involviert.

Da gab es beispielsweise den Workshop am 11. März, der zu dieser Verlängerung geführt hat, auch zur Entscheidung, dass man die 2019er-Zahlen benutzt. Da war das Steering Committee da, sprich: der Herr Matthias am Telefon, die Rechtsvertreterin des Aufsichtsrates, von KPMG der Herr Leitz. Das war irgendwie ein sechs, sieben Stunden langes Meeting. Da war der Dr. Braun da, jetzt nicht der Herr von Knoop oder irgendjemand von den anderen. Der hat zwar dann immer wieder Rücksprache gehalten - ist

kurz rausgegangen, Rücksprache gehalten mit seinen Kollegen; mit wem auch immer er da telefoniert hat, das weiß ich nicht -, aber der war da schon aktiv mit dabei, keine Frage.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Als Nächstes hat das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Eichelmann, standen Sie jemals mit Vertreterinnen oder Vertretern der Bundesbank 2020 zu Wirecard in Kontakt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Standen Sie mit Frau Roegele in Kontakt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Zu diesem Aufsichtsratsprotokoll, das, glaube ich, der Kollege Michelbach thematisiert hatte, wo es um die Einschätzung der BaFin ging, dass diese Aussagen der philippinischen Banken, dass die Belege "spurious" seien, auch eine gegen Wirecard gerichtete Aktion sein könnten, nur zum besseren Verständnis: Diese Aussage wurde von Herrn Hufeld getroffen. Korrekt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Korrekt.* Ich habe nur mit ihm gesprochen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie auf die Ausführungen von Kollegin Kiziltepe gesagt, dass rund um den 16. Juni herum Ihnen klar war - also als klar war, das Geld ist nicht da auf den Treuhandkonten -, dass Herr Marsalek unter Umständen da mit gewisser krimineller Energie unterwegs war. Habe ich das richtig verstanden, die Aussage?

Zeuge Thomas Eichelmann: Gemeint habe ich irgendwie: Verstanden haben wir das, als wir dieses Schreiben gesehen haben, das zweite; ob es jetzt der 16., 17. oder 18. war, das vermag ich

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht zu sagen. Die Handlung war in dem Moment sofort, den Marsalek - in Anführungsstrichen - "kaltzustellen".

Wir haben Herrn Marsalek erst mal seiner Aufgaben entbunden. Warum haben wir das nur so gemacht? Mir war wichtig: Herr Dr. Freis hatte ja zum damaligen Zeitpunkt nur das Briefing von mir und keine wirkliche Möglichkeit, sich einzuarbeiten. Das heißt, das, ich nenne es mal, Abschiedsgespräch von Herrn Marsalek, was ich selbst geführt habe - ich meine, es war ein Mittwoch; aber ich müsste den Kalender haben, mit den Daten kann ich mich jetzt nicht festlegen -, habe ich zuerst mit ihm alleine geführt. Ich habe ihm gesagt irgendwie, dass es so nicht weitergeht, dass ich mich aber dazu entschlossen hätte, nach Abstimmung mit dem Aufsichtsrat, ihn jetzt erst mal quasi freizustellen, und dass ich aber darauf zähle, dass er nun noch mit dem Herrn Dr. Freis eine Übergabe macht, damit Herr Dr. Freis eben auch weiß, wo findet er möglichst schnell sich zurecht, um aufzuklären, wo das Problem liegt, wie groß irgendwie das Problem ist

Dann bin ich auch gegangen, und der Herr Dr. Freis hat mit dem Herrn Marsalek alleine weitergesprochen. Und dann irgendwann im Laufe des Abends - nach meiner Kenntnis - hat der Herr Marsalek dann die Wirecard verlassen. Ich habe ihn danach persönlich auch nicht mehr gesehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie zeitgleich irgendwelche Sicherungsmaßnahmen beauftragt, sei es von Kommunikation oder Datensätzen oder Ähnlichem?

Zeuge Thomas Eichelmann: Haben wir alles über Herrn Freis gespielt. Das war ja Teil des Übergabegespräches. Ich meine, "Übergabegespräch" hört sich jetzt so freundlich an, aber Herr Freis wollte auf der einen Seite eben lernen: Was sind die kritischen Mitarbeiter, die auf welchen Daten sitzen? Und dann hat der Dr. Freis relativ schnell reagiert und entsprechend auch den einen oder anderen Mitarbeiter freigestellt und vom Netz abgeklemmt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Fand in der Zeit irgendeine Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft in München statt oder auch mit der BaFin auf Ihre Verdachtsmomente gegenüber Herrn Marsalek?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, die BaFin war informiert, dass wir den rausnehmen. Das war Teil dieser Gespräche. Wie gesagt: Inhaberkontrollverfahren erinnere ich mich nicht, aber dass ich alle informiert habe, dass wir den Herrn Marsalek jetzt freistellen werden. Ich habe auch informiert, dass wir den Dr. Braun freistellen werden, dann natürlich später und nicht am selben Tag - das wussten wir da ja noch nicht -, sondern kurz bevor wir es auch veröffentlicht haben, und die Staatsanwaltschaft zum damaligen Zeitpunkt, ja.* Wir haben, meine ich - wenn der 16. der Dienstag ist, das war ja dieser erste Tag, wo es sozusagen rauskam -, auf der Seite des Berichtsberaters Clifford Chance dort auch den Strafrechtler oder den Leiter der Strafrechtspraxis dazugenommen.* Und der hat auch irgendwie den Kontakt zur Staatsanwaltschaft, namentlich Frau Bäumler-Hösl, aufgenommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist sehr interessant, weil Frau Bäumler-Hösl hat uns bestätigt, dass sie am 16. Juni darüber Bescheid wusste, meinte aber, sie hätte Herrn Marsalek nicht mal vorladen können, weil das zu lange gedauert hätte mit der Post, und dann war er auf einmal weg. - Gut.

Dann würde ich gerne noch wissen: Hat denn der Aufsichtsrat PR-Berater beauftragt in Ihrer Zeit?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, der Aufsichtsrat hatte mehrmals PR-Berater beauftragt. Das war am Anfang schon. Als ich dazukam, gab es einen PR-Berater. Der hat dann irgendwann mal die "Seite" - in Anführungsstrichen - gewechselt und ist zum Vorstand rübergegangen. Dann sind die mit dem Vorstand quasi nicht handelseinig geworden, wollten - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie einen Namen dazu sagen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Das war damals Hering Schuppener. Und dann war der Aufsichtsrat eine ganze Zeit ohne PR-Berater. Und wir haben dann im Rahmen der Insolvenzantragstellung oder um diese kritische Insolvenzphase herum noch mal einen PR-Berater engagieren wollen. Da kam es aber nicht mehr zu einer vertieften Zusammenarbeit, weil dann ja die Insolvenz beantragt wurde und keiner ohne Aussicht auf Bezahlung üblicherweise arbeitet.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und Edelman? Gab es auch Verbindungen des Aufsichtsrats zu Edelman und Herrn Diekmann? Oder waren Sie da involviert in die Beauftragung?

Zeuge Thomas Eichelmann: Edelman ist engagiert worden vom Vorstand. Wir haben allerdings im Aufsichtsrat uns auch von Edelman präsentieren lassen im Zusammenhang mit den verschiedenen Aktivitäten, die da geplant waren. Edelman hatte zum Beispiel den Vorschlag gemacht mit dieser Transparency Page auf der Webseite der Wirecard AG. Das haben wir uns präsentieren lassen. Aber ansonsten ist Edelman eben vom Vorstand beauftragt gewesen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Also, da bestand auch kein Kontakt zu Herrn Diekmann oder Ähnliches?

Zeuge Thomas Eichelmann: Doch, es gab ein Treffen mit dem Herrn Diekmann. Herr Diekmann hat sich bei mir vorgestellt oder mich kennenlernen wollen, aber das war es dann auch. Ansonsten hat der Herr Diekmann - nach meinem Verständnis - für Edelman helfend gearbeitet. Ich weiß jetzt nicht, ob Diekmann auch einen Auftrag direkt vom Vorstand hatte. Das weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Wenn ich noch eine Frage stellen darf? - Haben Sie denn jemals Veranlassung gesehen, ich sage mal, in die Kapitalmarktkommunikation von Herrn Braun, der jetzt auch Gegenstand von strafrechtlichen Ermittlungen ist, korrigierend einzuwirken, also in den Kapitalmarkt etwas anderes zu kommunizieren als Herr Braun?

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie beschrieben: Es geht ja um eine Ad-hoc letztlich, die falsch war. Ansonsten: Wenn er sich mit Investoren getroffen hat, waren wir ja nicht dabei als Aufsichtsrat. Wir wissen gar nicht, was er da jeweils initiiert hat oder den Leuten irgendwie versucht hat zu vermitteln oder nicht zu vermitteln. Da kann ich ihm auch nichts unterstellen.

Der Punkt des Anstoßes war diese Ad-hoc am 22. April 2020, und danach haben wir eben entsprechend agiert. Die Aktion war: Braun kriegt die Kapitalmarktkommunikationsverantwortung entzogen, und diese wechselt rüber zu Herrn von Knoop. Und ich habe danach auch Herrn von Knoop noch mal persönlich intensiv darauf angesprochen, auch im Beisein des Rechtsberaters, dass er das bitte ernst nehmen möge und dass, wenn er eine andere Meinung vertritt als Herr Dr. Braun, er dafür verantwortlich ist, dass der Vorstand ein Kollegialorgan ist und dass er dann eben auch die Verantwortung bitte übernehmen soll und dass irgendwie quasi ordentlich in Zukunft hoffentlich macht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Meine Zeit ist um. Ich bräuchte dann noch eine Runde, kündige ich an, mindestens.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klar. - Jetzt erst mal Dr. Bayaz, dann gucke ich rum. Ich habe hier noch keine Voten sozusagen und Meinungsbilder eingeholt. Aber das machen wir gleich.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Paus übernimmt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann jetzt Dr. Bayaz für Bündnis - - Oder war das eine Meldung von Frau Paus?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Frau Paus übernimmt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Deswegen, ich habe das - - Da war ein kurzer Zucker, alles klar. -Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen, bitte schön.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das wird auch noch nicht zu Ende sein. - Zwei Leftovers habe ich von dem, was vorher schon gefragt worden ist. Das eine ist, wie oft Sie mit Herrn Hufeld gesprochen hatten. Das hatten Sie schon ungefähr eingegrenzt und auch, worum es ging. Könnten Sie noch mal grundsätzlich sagen: Ihr Verhältnis zu Herrn Hufeld. Kennen Sie Herrn Hufeld?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, ich hatte es ausgeführt. Ich habe Herrn Hufeld kennengelernt. Mein Berufseinstieg nach dem Studium, wenn Sie so wollen, war die Boston Consulting Gruppe in Frankfurt. Ich meine, der Dr. Hufeld hat auch irgendwie bei BCG angefangen nach Studium, bin mir da aber nicht ganz sicher. Und da haben wir einige Jahre gemeinsam gearbeitet. Wir waren aber damals, als wir bei BCG waren, zum Beispiel, nach meiner Kenntnis, niemals gemeinsam auf dem gleichen Projekt unterwegs. Aber wir kannten uns und haben uns gegenseitig, meine ich, auch geschätzt. Und während dann beispielsweise Herr Hufeld bei Marsh McLennan war, haben wir uns vielleicht einmal im Jahr oder so was ausgetauscht; aber es war jetzt kein engerer oder persönlicher Kontakt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und geduzt haben Sie sich auch nicht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Doch, wir haben uns geduzt, weil jeder bei BCG sich duzt. Das ist so ein bisschen diese amerikanische Unart, sage ich mal.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN): Machen wir Grüne auch!)

Wir haben uns in der Tat geduzt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das hatte ich am Anfang dann offenbar doch nicht mitbekommen.

Dann habe ich noch eine Frage zu dem Organkredit von Dr. Braun. Da hatten Sie ja auch schon gesagt, als Sie davon Kenntnis hatten als Aufsichtsrat, haben Sie dann mit dafür gesorgt, dass das

sozusagen wieder rückabgewickelt wurde. Gab es dazu Diskussionen im Aufsichtsrat, und wurde der komplett zurückgezahlt mit Zinsen, oder wie war das jetzt konkret mit dem Organkredit?

Zeuge Thomas Eichelmann: Der Kredit wurde zurückbezahlt mit Zins und Zinseszins in diesem Fall, weil der sollte allerspätestens Ende März zurückgeführt werden. Er wurde dann irgendwie am 2. April, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, also ein, zwei Tage verspätet, ich sage mal, irgendwie zurückgeführt, und zwar komplett. Es sollten dann noch die Zinsen bezahlt werden. Da die Zinsen allerdings zu spät kamen, also nicht sozusagen in dem Zuge mitbezahlt worden sind, sondern erst später - ich weiß jetzt nicht mehr auswendig, wann die Zinsen bezahlt worden sind -, haben wir darauf gedrungen aus dem Aufsichtsrat heraus, dass nicht nur der normale Zins, sondern auch ein entsprechender Überziehungszins zusätzlich bezahlt werden musste. Und nach meiner Kenntnis wurde das bezahlt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es dazu Diskussionen im Aufsichtsrat, oder waren sich da alle einig?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nö, da waren wir uns, glaube ich, einig.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. -Dann wollte ich es noch mal von vorne aufrollen. Es war ja doch einige Bewegung sozusagen in dem relativ kurzen Zeitraum, wo Sie dazugesto-Ben sind. Dann hatten Sie schon darauf aufmerksam gemacht, dass ja eben die Zeit des Vorstandes auch bis Ende 20 limitiert war, und Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie im Jahr 2020 dann auch gesagt haben: Solange KPMG nicht zu Ende ist und der Jahresabschluss nicht da ist usw., gibt es da keine Zusage. Das ist ja auch üblich, das dann irgendwie in der ersten Hälfte sozusagen, im ersten Viertel des Jahres, zu machen. Ich nehme an, die Gespräche haben ja wahrscheinlich schon vorher angefangen, wahrscheinlich schon 2019. Und die Situation im Wechsel im Aufsichtsrat ist ja wahrscheinlich auch schon vorher gewesen. Könnten Sie ein bisschen was über die Gespräche - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, das ist nicht richtig. Also, der Wechsel im Aufsichtsrat war ja im Januar 2020. Das heißt, davor war ich nicht zuständig. Also, ich habe da, sagen wir mal, relativ viel aufräumen müssen sozusagen. Aber das, was davor gelaufen ist, das weiß ich nicht.

Nach meinem Verständnis irgendwie ist es so gewesen: Ich war ja auch Teil des Personalausschusses, habe den aber nicht geleitet. Es gab ja eine ARUG-Novelle. Das heißt, mit der Hauptversammlung 2020, die ja nie stattgefunden hat, hätte man ja auch über die Vorstandskompensationssystematik berichten müssen. Dazu haben wir uns beraten lassen. Das lag aber in der Hand der Leitung des Personalausschusses des Aufsichtsrates und nicht bei mir.

Und zu dem Thema "Verlängerungsgespräche des Vorstandes" haben wir uns, nachdem KPMG losgegangen ist, darauf verständigt. Die Idealversion wäre gewesen: KPMG ist Ende März fertig, und es ist alles wunderbar, dass wir dann im April im Aufsichtsrat eine Entscheidung treffen: Verlängern wir? Verlängern wir alle? Verlängern wir nur Teile? - Aber entschieden haben wir vorher schon, dass wir auf jeden Fall den Vorstand erweitern mit zusätzlichem Know-how von außen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der Wechsel im Aufsichtsrat an der Spitze ist mit dem Vorstand nicht besprochen worden, sondern haben Sie autonom entschieden?

Zeuge Thomas Eichelmann: Was die anderen besprochen haben, weiß ich nicht. Wie gesagt, die Hoheit über den Personalausschuss lag bei einer Kollegin im Aufsichtsrat.

Und die Wechselthematik war so, dass der Herr Matthias irgendwie - nach meiner Kenntnis -, als er sich dazu durchgerungen hatte, dass es für ihn quasi mobil nicht mehr machbar war, um es mal so auszudrücken, Stichwort "orthopädische Operation", sich mit den Anwälten des Aufsichtsrats beraten hat, und irgendwann kamen die dann auf mich zu. Ich habe ja auch mit dem Wulf Matthias mal telefoniert. Und dann ging es relativ schnell, wie es ja dann sein muss, ist ja ad-hoc-pflichtig,

dass wir an dem Freitag - ich war da sogar irgendwo unterwegs, musste an irgendeiner Raststätte rausfahren, war irgendwo auf der Autobahn unterwegs - - und dann ging das relativ schnell über die Bühne.

Wer vorher noch mit wem dazu gesprochen hat, das weiß ich nicht. Es war vorher schon natürlich klar - und da war auch der Dr. Braun drüber informiert -, dass wir den Aufsichtsrat erweitern wollen. Also, die Idee bestand auch schon, bevor ich dazugekommen bin. Und es gab auch Gespräche mit anderen möglichen Kandidaten für den Aufsichtsrat, also für die Erweiterung und auch für gegebenenfalls Ersatzgestellung. Herr Matthias hatte ja ein gewisses Alter erreicht. Der Herr Klestil hatte eine gewisse Tenure erreicht, war zehn Jahre dabei. Die Frau Susana Quintana-Plaza, wie Sie wissen, wollte ausscheiden aufgrund ihrer beruflichen neuen Tätigkeit in Portugal. Also, wir mussten da ja eine Menge nachholen, und gleichzeitig - das hatte ich, glaube ich, in dem Interview im "manager magazin" auch gesagt - wollten wir die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder, was ja auch vom Kapitalmarkt zu Recht kritisiert wurde, zumindest mal auf acht erhöhen. Und dafür gab es die entsprechenden Gespräche.

Nach meiner Kenntnis gab es auch noch Gespräche mit Personen, die aus dem Suchprozess noch übrig waren - nennen wir es mal so -, als ich dann damals dazugekommen bin. Wir hatten auch zwei Headhunter laufen, die sich damit beschäftigt haben.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gut. - Aber dass Sie Vorsitzender geworden sind, das war tatsächlich relativ eine Ad-hoc-Geschichte. Herr Matthias hat Sie angesprochen, und vorher hat es nie Gespräche dazu gegeben und die ganze Zeit über nicht. Und inwieweit das mit dem Vorstand besprochen worden ist seitens Herrn Matthias, wissen Sie auch nicht.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das weiß ich nicht, ob der Herr Matthias das mit dem Herrn von Knoop oder mit dem Dr. Braun, die ja da infrage kommen - von Knoop als Personalverantwortlicher und Dr. Braun als Vorsitzender - - Wann der

Nur zur dienstlichen Verwendung

wo wie mit wem dazu gesprochen hat, weiß ich nicht. Aber dass der Aufsichtsrat erweitert werden sollte und dass sich dann auch die Frage des Vorsitzes irgendwann stellt, das war dem Dr. Braun bekannt. Dem war auch bekannt, dass es diese Suchaufträge gibt. Die wurden ja bezahlt. Das sieht man ja im Accounting, wenn Sie einen Berater beauftragen, um nach neuen Vorständen oder neuen Aufsichtsräten zu suchen. Das war allen bekannt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe leider keine Zeit mehr. Nächste Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU. Bitte schön, Fritz Güntzler hat das Wort.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Eichelmann. Wir versuchen ja auch neben vielen Einzelsachverhalten das System Wirecard zu verstehen - Sie hatten ja nun einen guten Einblick gewonnen -, und wir fragen uns, ob die Governance-Struktur von Wirecard nicht manches auch ermöglicht hat. Von daher wäre die Frage - Sie haben ja schon ein bisschen darauf geantwortet -: Hatten Sie das Gefühl, dass der Aufsichtsrat, der vorher tätig war, seine Tätigkeit auch so wahrgenommen hat, wie Sie sie interpretieren?

Zeuge Thomas Eichelmann: Da eine Wertung abzugeben, fällt mir schwer. Weil die Wertung ist ja, wenn Sie sich mal an den harten Fakten orientieren: Gibt es zum Beispiel Ausschüsse? - Antwort: Die Ausschüsse wurden alle eingeführt, bevor ich dazukam.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Haben aber nicht getagt.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das stimmt so nicht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Der Prüfungsausschuss jedenfalls.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau, der Prüfungsausschuss hat nicht getagt. Der Risk- und Complianceausschuss beispielsweise hat monatlich getagt.

Zweites Thema: Halbjahresreviews hätte ich als Aufsichtsrat mir früher gewünscht, weil es einfach in meinen Augen Standard ist. Aber da mag ich jetzt vielleicht ein bisschen zu - Herr De Masi hat vorher das Wort "streng" in den Mund genommen - konsequent, wie auch immer Sie das nennen wollen - - Das finde ich bei einem DAX-Unternehmen Standard. Das gab es nicht. Also, ich sage mal, das ist aber eine Nuance. Und im Prinzip lebt doch die Qualität der Aufsichtsratsarbeit in der Konsequenz des Umgangs mit dem Vorstand. Deswegen hätte ich mir beispielsweise - jetzt bringe ich den Punkt mal, wenn ich darf - in diesem FISG auch gewünscht, dass man sich vielleicht stärker am Schweizer Modell orientiert, wo der Aufsichtsrat zumindest eine Person hat, der an die Originärdaten im Unternehmen jederzeit ohne Fragen und ohne schlechtes Gewissen rankommt, indem Sie zum Beispiel den Leiter der Internen Revision an den Aufsichtsrat berichten lassen und nicht an den Vorstand. Diese Möglichkeit haben Sie ja nicht. Und deswegen lebt es immer aus der - wie soll ich sagen? - Art und Weise, wie Sie mit dem Vorstand kommunizieren. Wenn Sie normalerweise mit dem Vorstand irgendwie ein gutes Einvernehmen haben, brauchen Sie gar keine Regularien, weil nach dem gesunden Menschenverstand und der Erfahrung ist das ein Hand-in-Hand-Spiel, wo man nicht drüber nachdenken muss, wer jetzt welche Rolle unbedingt einnehmen muss. Wir haben hier natürlich die Sondersituation bei Wirecard, die auch außergewöhnlich ist, dass eine Person, die im Vorstand ist, gleichzeitig noch wahrscheinlich der größte Aktionär des Unternehmens ist. Das verschwimmt natürlich die Grenze einen Ticken.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber Sie haben es schon sehr schön geschildert, dass ja beide Organe aufeinander irgendwie angewiesen sind, der Vorstand und der Aufsichtsrat. Jetzt könnte man streiten: Was ist Bring- und Holschuld? Es gibt Vorstände, die sehr umfassend von alleine informieren, und es gibt auch teilweise Aufsichtsräte, die noch mehr einfordern. Haben Sie das Gefühl gehabt - - Also, ich habe Aufsichtsräte auch schon erlebt, die alles sich so anhören, und dann

Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ja viel gesagt worden. Hatte dieser Aufsichtsrat ein bestimmtes Informationsbedürfnis, oder war er sehr schnell zufriedenzustellen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, wenn ich mir das angucke, sind ja gerade in dem Jahr, bevor ich dazugekommen bin, verschiedenste Aktivitäten des Aufsichtsrates entfaltet worden. Es gab das McKinsey-Projekt, es gab das PwC-Projekt, es gab irgendwie verschiedenste Konsultationen auch mit Rechtsberatung, die im Laufe der zwei Jahre davor immer stärker involviert worden sind, jetzt namentlich eben zuerst Latham und dann Clifford.

Was ich persönlich irgendwie schade fand, ist: Normalerweise wenn Sie in einen Aufsichtsrat kommen, in eine Firma dieser Größenordnung, dieser Komplexität, gibt es eine Art Aufsichtsratsbüro. Das sind teilweise, ich sage mal, bis zu 30 Personen bei großen DAX-Unternehmen. Es sind teilweise auch nur drei, vier Personen. Da hat es auch gar nicht unbedingt was mit der Kapazität und der Quantität zu tun, sondern Sie brauchen halt jemanden, eine Person des Vertrauens, der Ihnen hilft, Ihre Sitzungen vorzubereiten, nachzubereiten, weil - ich wiederhole mich - Sie haben ja keinen Zugang zu den Originärdaten, sind quasi darauf angewiesen, dass Sie ordentlich vom Vorstand bedient und informiert werden. Und wenn das nicht der Fall ist, dann tun Sie sich schwer.

Und bei Wirecard fand ich es schon extrem: Selbst die Protokollführung lag, als ich dazukam, noch bei der Leiterin der Rechtsabteilung. Als ich das geändert habe, fanden die das irgendwie, ich sage es mal, doof. Und das hätte man vielleicht schon früher ändern können. Aber an den harten Daten, Ausschüsse einführen usw. usf., kann ich jetzt nicht feststellen, dass da was versäumt wurde.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber Sie vermitteln schon den Eindruck, dass Sie das Gefühl hatten, dass es wenig professionell war, bis Sie kamen. Also, ich stelle mir vor so einen Riesenapparat Wirecard, und da sitzen am Anfang drei Aufsichtsratsmitglieder - dann waren es fünf, dann sechs - dieser ganzen Masse gegenüber. Also, wir

kennen das teilweise auch als Abgeordnete, wenn wir einem ganzen Ministerium gegenübersitzen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Na gut. Ich sage mal so: Wirecard ist natürlich auch - ich weiß gar nicht, ob man das so sagen darf - extrem schnell gewachsen. Wir wissen ja bis heute nicht - also, ich weiß es nicht -, ob das Wachstum wirklich da war oder ob ein großer Teil davon nur erfunden war. Aber de facto war Wirecard als DAX-Unternehmen ja kein wirklich großes Unternehmen. Das waren 6 000 Mitarbeiter. Es war ein Vierervorstand, also jetzt nicht so - wie soll ich sagen? schwierig zu kontrollieren, war international sehr verflochten. Das war sicherlich ein Thema, deswegen ja auch vor meinem Eintritt diese Thematik mit der Compliance-Abteilung, die sich ja weltweit global im Rahmen der Wirecard-Organisation aufbauen sollte.

Aber ich kann da irgendwie wirklich - - Also, ich finde, die haben das gut gemacht. In manchen Dingen hätte man vielleicht noch konsequenter sein können. Und ich persönlich komme natürlich eher aus der Finanzecke; deswegen gucke ich auf den Prüfungsausschuss. Dafür wurde ich ja auch, wenn Sie so wollen, geholt. Auf der IT-Seite beispielsweise war der Aufsichtsrat sehr gut besetzt. Und die Ausschüsse gab es ja erst seit Anfang 2019, wenn ich es richtig im Kopf habe. Also, von daher könnte man natürlich sagen: Warum erst Anfang 2019 und nicht schon 2015? Aber das ist für mich persönlich zu weit zurück. Da müssten Sie theoretisch mit dem Herrn Matthias reden oder mit einem anderen Aufsichtsrat oder Aufsichtsrätin, die länger dabei waren.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie haben ja dann berichtet, dass Sie ziemlich zügig, glaube ich, im August dann diese Klausurtagung über drei Tage hatten. Was für einen Eindruck hatten Sie? Es ist ja immer die Frage: Wie nah ist sich der Aufsichtsrat - oder einzelne Aufsichtsratsmitglieder - mit dem Vorstand? War man sich da eher nahe, oder war das eine kritische Distanz? Das merkt man ja, wenn man so drei Tage aufeinanderhockt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich fand, es war eine konstruktiv-kritische Distanz. Ich fand jetzt nicht, dass da - wenn das der Hintergrund Ihrer Frage sein sollte - eine zu große Nähe geherrscht hat. Das fand ich jetzt nicht, ehrlich gesagt. Also, für mich war es ja auch neu. Und wie vorher schon dargestellt: Es waren die drei Vorstände da, die operativen. Der Dr. Braun war bei dem Workshop nicht zugegen. Die haben halt ihren Bereich jeweils vorgestellt, was sie vorhaben als nächste Schritte usw. usf., dann sind sie wieder abgefahren. Dann gab es andere Themen. Dann kam der Nächste. Also, ich fand, das war konstruktiv, aber nicht buddy-buddy-mäßig, überhaupt nicht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Sie haben mehrfach erwähnt, dass Sie als Aufsichtsrat ja eine Rechtsberatung an der Seite hatten oder eine rechtliche Begleitung. Haben Sie sich die selber aussuchen können, oder war die da, oder ist die mal vom Vorstand ausgesucht worden?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, die rechtliche Beratung ist vom Altaufsichtsrat ausgesucht worden. Und noch mal: Als ich dazugekommen bin - - Ich war ja nicht Vorsitzender. Typischerweise ist das ja eine Sache, wo der Vorsitzende das letzte Wort hat. Und die beiden Personen, die da federführend waren am Anfang, als ich dazukam - - Später hat es sich dann sehr auf die Frau Gärtner konzentriert und ihre Kollegen und Kolleginnen. Ich fand die Arbeit gut. Ich konnte mir die nicht aussuchen, aber ich muss die im Nachhinein, ehrlicherweise, loben. Also, ich fand die Begleitung konstruktiv-kritisch und auch mit Augenmaß. Und in Summe, ehrlich gesagt, haben die einen großen Anteil daran, nach meinem Dafürhalten, dass die Dinge aufgedeckt worden sind, wie sie aufgedeckt wurden.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Wie war denn das Vergütungssystem für den Aufsichtsrat geregelt? War das eine reine fixe Vergütung, oder gab es auch Erfolgsbeteiligung?

Zeuge Thomas Eichelmann: Es war eine fixe Vergütung plus Sitzungsgelder, sprich: Für die einzelnen Sitzungen gab es eine Entschädigung, und

ansonsten gab es eine fixe Vergütung plus Vergütung, wenn jemand eine Ausschusstätigkeit übernommen hat.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also jetzt keine Erfolgsbeteiligung am Kurs oder Gewinn?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Ich habe dann noch mal eine Frage: Wir hatten ja schon kurz - ich glaube, dem Kollegen Toncar hatten Sie über Herrn Marsalek schon berichtet und das Verhältnis zu Herrn Dr. Braun. In der Aufsichtsratssitzung am 19. Februar 2020 war Herr Marsalek auch Thema. Da ging es um diesen Fonds EMIF 1A. Dort haben Sie ihn, so habe ich es gelesen, ja aufgefordert, unmissverständlich zu erklären, dass er nicht mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist an diesem Fonds. Was hat Sie zu dieser klaren Forderung veranlasst? Welche Hinweise gab es, oder was wollten Sie damit ausräumen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Es gab ja seit dieser Untersuchung durch EY das sogenannte "Project Ring" - ich weiß nicht, ob Ihnen das mal begegnet ist; ich meine, 2017 ist das durchgeführt worden -, was ja dann so ein bisschen halb vollendet im Raum stehen geblieben ist. Es gab ja den Vorwurf - ich weiß auch gar nicht mehr, wo der ursprünglich herkommt, irgendwo aus der Presseseite -, dass Herr Marsalek persönlich profitiert haben könnte von dem sogenannten EMIF-Deal; das heißt, er kauft diese sehr teuren Assets in Indien. Und diese Diskussion wurde schon vor meiner Zeit vom Aufsichtsrat immer mal wieder angetriggert. Es war die Idee dann, dass der Steuerberater von Herrn Marsalek eine Aussage dazu treffen soll, dass nach seiner Kenntnis, also nach Kenntnis des Steuerberaters, da keinerlei Beteiligungen existieren. Und ich habe dann, nachdem das mit dem Steuerberater irgendwie nichts geworden ist, Herrn Marsalek dazu aufgefordert, eine entsprechende eidesstattliche Versicherung abzugeben, was er dann auch getan

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Wissen Sie noch, wann er die - - ziemlich zeitnah, oder hat das wie immer etwas länger bei ihm gedauert?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Nö, das hat bei mir ganz gut funktioniert. Also, ich würde mal sagen, eine Woche oder so, also jetzt nicht, dass man ihm da zehnmal hinterherrennen musste. Das hat ganz gut funktioniert. Ich habe das Datum jetzt aber nicht im Kopf.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, ist egal. - Ich komme noch mal zu dem Themenbereich der Wirtschaftsprüfung. Sie hatten ja das Problem geschildert, dass Sie sozusagen in Ihrem Hause zwei Prüfer hatten: die KPMG mit der Sonderprüfung und EY mit der Jahresabschlussprüfung. Aber Sie haben als Aufsichtsratsvorsitzender und wahrscheinlich im Wesentlichen als Vorsitzender des Prüfungsausschusses ja Prüfungsschwerpunkte mit EY besprochen. Können Sie noch sagen - außer den Punkten, die natürlich durch die Sonderprüfung angesprochen sind, das waren auch Themen für EY -, ob es darüber hinaus noch Themen gab, die Sie in Ihrer kurzen Zeit identifiziert haben, wo Sie sagen: "Da sollte noch mal genauer hingeguckt werden"?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja. Es müsste auch ein Protokoll dazu geben. Ich meine, November, Prüfungsausschusssitzung; aber ich mag mich da jetzt auch irgendwie vertun. Neben den TPA - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): 19. November, stimmt.

Zeuge Thomas Eichelmann: Oh, okay. Gut, Gott sei Dank. Man hat immer das Gefühl, wenn man nicht jedes einzelne Datum erinnert, dass man irgendwie was falsch gemacht hat.

Meines Erachtens müsste da irgendwo auch verzeichnet sein, dass zusätzlich noch das Thema der Softwarelizenzen ein Thema im Prüfungsschwerpunkt war. Und nach meiner Erinnerung war das auch die Frage der Werthaltigkeit der teilweise verauslagten Kredite an Geschäftspartner, wo es ja um die Frage ging: Welche davon sind dann werthaltig oder nicht? Das hat ja einen wesentlichen Einfluss auf die Wertberichtigungspositionen im Jahresabschluss. Das waren die wesentlichen Punkte neben den KPMG-Themen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie haben ganz am Anfang, glaube ich - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Ach, Entschuldigung. Und das IT-System war auch noch ein Thema. Entschuldigung, jetzt habe ich es. Genau, das IT-System war noch ein Block.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie haben ganz am Anfang erwähnt, dass Sie gleich erkannt haben, dass es im Management- oder Compliance-System Probleme gab. Was für ein Gefühl hatten Sie für die Finanzbuchhaltung? Sie haben vorhin ja gesagt, Herr von Erffa, das war der Mann, den konnte man nachts wecken - also, so haben Sie es nicht gesagt -, der hatte jede Zahl im Griff. Hatten Sie das Gefühl, dass die Finanzbuchhaltung gut organisiert war, dass man auf Knopfdruck einen Überblick gehabt hätte über den Konzern?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also in der Tat, ich könnte die Formulierung sogar unterschreiben. Also, wenn ich von Erffa irgendwie angesprochen hatte auf irgendeine Detailzahl, die hatte er im Griff. Persönlich war mir das zu sehr fokussiert auf eine Person und zu wenig systemisch.

Normalerweise machen Sie da nichts mehr mit Excel usw. Teilweise waren da noch Excel-Sheets unterwegs; für mich auch einer der Gründe, warum ich gesagt habe, ich will da ein stärkeres internes Kontrollsystem haben, weil das ja die einzige Möglichkeit ist, auch hier wieder so eine Art Vieraugenprinzip irgendwie zu installieren, damit die Qualität der Finanzbuchhaltung auch kontrolliert wird, wenn Sie so wollen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Ich gebe noch mal ab an den Herrn Kollegen Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Eichelmann, noch mal zu diesen Excel-Tabellen: Da wollte gerade der Herr von Erffa nicht so ganz raus mit der Sprache, als ich ihn dazu gefragt habe, ob das denn den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung entspricht, wenn man bei den TPA-Themen da so mit Excel-Listen hantiert. Können Sie da noch mal was Konkreteres zu sagen, was da mit Excel abgehandelt wurde?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Ich weiß jetzt nicht irgendwie, wo die Schnittstelle war zwischen den einzelnen Systemen. Also, da bin ich als Aufsichtsratsvorsitzender und auch als Prüfungsausschussvorsitzender ehrlicherweise zu weit weg. Aber so wie die Frage gestellt wurde, erübrigt sich, glaube ich, die Antwort nach den GoB.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten ja vorhin dargelegt zu diesem KPMG-Auftrag, dass es Ihnen ganz wichtig war, dass der Bericht an den Aufsichtsrat erfolgt. Dann hatten Sie gesagt: damit der Vorstand dann nicht abbrechen kann. - Habe ich Sie richtig verstanden? Das war so der Hintergrund?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, es gab zwei Punkte. Es gab eigentlich drei Punkte in der Beauftragung, die mir wichtig waren.

Der eine Punkt war: Es muss an den Aufsichtsrat berichtet werden und nicht an den Vorstand, weil eben der Vorstand und auch einzelne Mitarbeiter des Vorstandes ja früher schon mal gegen die beiden Herren Marsalek und von Erffa im Zentrum von Anschuldigungen standen.

Zweitens war mir wichtig die Methodenhoheit, sprich: Wie tief darf der Untersuchende bohren? Dieses Mittel haben wir quasi aus der Hand gegeben und dem Prüfer überantwortet in der Erwartung, dass in diesem Fall jetzt KPMG das konsequent bis zu Ende durchführt.

Und das Dritte war die Frage der Veröffentlichung: Kann die Veröffentlichung gestoppt werden, wenn da irgendwas drinsteht, was sozusagen der Gesellschaft nicht passt? Das haben wir eben vermieden durch die Art und Weise, wie der Auftrag erteilt wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das zeigt ja, ich sage mal, ein gewisses Misstrauen auch gegenüber dem Vorstand. Kann man das so sagen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, ich würde es nicht als Misstrauen bezeichnen, sondern ich würde das so sehen wollen, dass die davor angestoßenen Untersuchungen, die es ja schon gab - Wie gesagt, ich komme wieder darauf zurück. EY war nach meiner Kenntnis die erste. Ich weiß nicht, ob es noch weitere gab. Dann gab es diese Geschichte Rajah & Tann usw. usf. Das waren die Fehler in dem System der alten Untersuchungen.

Und man muss auch an der Stelle sagen: Der Dr. Braun hat das ja mitbetrieben. Also, der Vorschlag kam ja auch von ihm, dass man eine Sonderuntersuchung durchführt. Und demzufolge - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, der wollte aufklären aus Ihrer Sicht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie bitte?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Der wollte aufklären, der Dr. Braun?

Zeuge Thomas Eichelmann: Was er wollte, weiß ich nicht. Aber er hat auf jeden Fall diese Untersuchung mitbefördert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Kapitalmarktkommunikation: Würden Sie sich da heute wünschen, dass Sie da stärker eingeschritten wären?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich mache nicht die Gesetze. Die Kapitalmarktkommunikation liegt beim Vorstand. Also, wenn die Frage sich - - Ich kann es ja auch irgendwie vorwegnehmen und schon beantworten: Ich glaube nicht, dass der Aufsichtsrat da einen Fehler gemacht hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, wenn zum Beispiel am 08.05.2020 in der entsprechenden Ad-hoc-Meldung steht: "Der Aufsichtsrat spricht auf Basis der vereinbarten organisatorischen und personellen Veränderungen dem Vorstand und seinem Vorsitzenden das Vertrauen aus", dann finden Sie das richtig? Ich meine, das ist ja Kommunikation, wo über den Aufsichtsrat berichtet wird.

Zeuge Thomas Eichelmann: Am 08.05. ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Zu dem Treffen mit Herrn Hufeld: Gab es da noch andere Themen außer dieses Thema Finanzholding, was Sie da besprochen haben?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, das erste Gespräch war ja kein Treffen, sondern es war ein Telefonat. Und in dem Telefonat gab es im Wesentlichen zwei Inhalte: erst mal von mir die Information, dass diese KPMG-Untersuchung nicht zu Ende gebracht werden konnte und dass wir das zu Ende führen werden, und zweitens irgendwie die von Herrn Hufeld gestellte Frage zum Thema Finanzholding, wie meine persönliche Meinung dazu wäre. Das war es.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann war das ungefähr, das Telefonat?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich würde sagen, entweder war es in - - also auf jeden Fall nach der Veröffentlichung des KPMG-Berichts. Es muss gewesen sein entweder am 29./30. April oder 1./2. Mai. Es kann auch 3. Mai gewesen sein, da dürfen Sie mich jetzt nicht drauf festnageln.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Das war das Telefonat. Und danach gab es weitere Kommunikation? In welcher Form?

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. Wie vorher dargestellt: Es gab noch weitere Telefonate. Am Ende dieses Telefonats, auf das wir gerade rekurrieren, hatten der Herr Hufeld und ich uns persönlich verabredet, haben dann aber festgestellt ich meine, er war zwei Wochen irgendwo unterwegs geschäftlich -, wir wollten uns danach dann persönlich zusammensetzen. Und dazu kam es ja aber nicht mehr, weil dann, sagen wir mal, hat der weitere Fortgang der KPMG-Prüfung viel weiter gehende Maßnahmen notwendig gemacht, als jetzt in Ruhe zu überlegen, wann man wie die Finanzholding einführen könnte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und bei diesem Telefonat Ende April/Anfang Mai etwa, hatten Sie gesagt, da ist das so passiert, was Sie gerade gesagt haben, dass Herr Hufeld signalisiert hat, dass

man - Sie hatten gesagt - das Unternehmen enger an die Kandare nehmen möchte.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das war jetzt meine Formulierung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das war meine Formulierung. Er wollte quasi mich dafür gewinnen, die Finanzholding mit zu unterstützen. Das war aber nicht notwendig, weil ich 100-prozentig seiner Meinung war an der Stelle.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie waren schon überzeugt.

Zeuge Thomas Eichelmann: So ist es.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Das heißt, zu dem Zeitpunkt wollte er die Holding als Finanzholding sehen oder einschätzen. Jetzt frage ich mich Folgendes: Es gibt ja zwei Möglichkeiten, die dann denkbar sind. Entweder spricht er Sie deshalb an, weil er irgendwie möchte, dass sich gesellschaftsrechtlich etwas verändert im Unternehmen, also eine Umstrukturierung stattfindet das ist Möglichkeit eins -, oder - und das finde ich etwas unrealistisch - dass man sozusagen auf ein Unternehmen zugeht und sagt: Strukturiere dich doch so um, dass wir dich dann stärker beaufsichtigen dürfen. - So, das ist ja Möglichkeit eins.

Und Möglichkeit zwei ist: Die BaFin ist sich nicht ganz sicher: "Ist es jetzt eine Finanzholding oder ist es keine? Und deshalb spreche ich mal mit dem Aufsichtsrat, wie der es vielleicht einschätzt", und kommt dann selbst zu der Auffassung, die BaFin, dass das Unternehmen eigentlich eine Finanzholding ist.

Und wenn ich nun die erste Variante etwas unrealistisch finde, dann bleibt ja eigentlich nur die zweite übrig. Also, ich verstehe nicht so ganz, warum Herr Hufeld Sie anspricht, ob Sie sich als Finanzholding sehen. Können Sie sich das erklären?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich fand es, ehrlich gesagt - - Also, warum Herr Hufeld das Thema irgendwie in dem Telefonat angesprochen hat, das weiß ich nicht. Da müssen Sie Herrn Hufeld fragen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mit Sicherheit. Da sind wir schon ganz gespannt.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich fand es jetzt aber auch nicht ungewöhnlich, ehrlich gesagt, weil diese Diskussion: "Ist die Wirecard irgendwie BaFin-zu-regulieren, oder ist es nur die Wirecard Bank?", die war ja schon seit einer geraumen Zeit im Raum.

Und was wir auch nicht vergessen dürfen: Das Unternehmen wollte sich ja weiterentwickeln. Und damals hat ja Wirecard - ich weiß nicht, ob Sie sich da noch dran erinnern - auch irgendwie darauf gesetzt, in der Zukunft noch mehr Finanzdienstleistungen aus der AG heraus anzubieten. Und je mehr Finanzdienstleistungen ich anbiete aus der AG heraus und nicht aus der Bank heraus, desto mehr werde ich als AG ja auch Bank. Von daher gab es da ja auch ein weiteres Argumentarium, warum die AG auch als Finanzholding gesehen werden kann und als Finanzholding reguliert werden kann, zusätzlich zu dem von mir vorher angebrachten Thema der Treasury-Funktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, auch wenn ich jetzt so kritisch nachfrage - nicht dass Sie das jetzt falsch verstehen -: Ich will Sie ja darin bekräftigen. Ich finde, es drängt sich auf, das Thema Finanzholding und die Einstufung als Finanzholding. Nur, bisher habe ich es immer anders verstanden, was die BaFin dargestellt hat, nämlich dass es ganz klar gewesen sei, dass es keine Finanzholding ist. Insofern finde ich es gut, dass offensichtlich da doch Sachverstand war, darüber nachzudenken, ob es eine Finanzholding ist. Mich wundert nur, dass man das uns gegenüber nicht so transparent darstellt.

Zeuge Thomas Eichelmann: Aber ich habe es ja relativ transparent gemacht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, Sie haben es transparent dargestellt, genau. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Bevor ich jetzt weitermache, weil das so spannend mit Ihnen ist: Wir sind fast bei dreidreiviertel Stunden, die wir Sie jetzt als Zeuge vernehmen. Und üblicherweise frage ich immer nach drei Stunden eigentlich schon, ob Sie als Zeuge jetzt zunächst mal eine Erfrischungspause wünschen, sich die Beine vertreten wollen, was auch immer, oder ob wir weitermachen wollen, ob Sie sagen: Ich bin fit.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. Ich bin heute so früh aufgestanden, um hierherzukommen, jetzt kommt es darauf auch nicht mehr an. Jetzt finde ich es besser, wenn wir durchziehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da macht das auch nichts. Das finde ich gut.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wenn ich einen Kaffee haben könnte, wäre ich dankbar. Ich weiß nicht, ob das möglich ist. Ansonsten irgendwie - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was für Sie?

Zeuge Thomas Eichelmann: Wenn ich einen Kaffee haben könnte oder einen Espresso, wäre ich dankbar. Ansonsten können wir gerne weitermachen. Das wäre mir lieber.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das bezahlt der Vorsitzende bestimmt, ja.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich zahle das auch gerne.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich glaube, das machen wir hier so möglich, dass Sie einen Kaffee bekommen können. Das kriegen wir, glaube ich, hin; Dr. Raue nickt. - Möchte der Rechtsbeistand auch einen Kaffee? - Das Lächeln war ein klares Ja. Gut. Dann machen wir das. - Ich würde darum bitten, dass wir Sie mit Kaffee versorgen. Und dann ist es natürlich prima, dass wir weitermachen können. Dann mache ich an der Stelle auch weiter.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Na ja, ich könnte da jetzt aufsetzen. Wir haben über die BaFin und auch über Geldwäsche, was ja auch immer dann im Raum steht, Geldwäschebeauftragten, der ja dann Ihrerseits auf einmal benannt wurde - - das irgendwie nie ganz so richtig geklärt war. Haben Sie das überhaupt mitgekriegt, wer denn eigentlich für die Geldwäscheaufsicht der Wirecard AG zuständig ist? Das ist ja so ein bisschen wie eine heiße Kartoffel hin und her gespielt worden.

Und als man dann im Februar irgendwo mal eine Antwort haben wollte, ist dann die Geldwäscheprävention Niederbayern in den Coronanotstand und -noteinsatz gegangen. Und man muss schon staunen: In einem Land wie der Bundesrepublik, trotz Corona, lag dann für fast drei Monate im schönen Land Bayern die Geldwäscheprävention für den Großraum München - das muss man sich auch mal alles so auf der Zunge - - Das lernt man ja en passant mit der Wirecard. Das ist ja anscheinend nicht nur Wirecard, sondern da ist ja noch ein bisschen mehr im Argen, was wir so festgestellt haben.

Ist das ein Thema bei Ihnen im Aufsichtsrat gewesen? Haben Sie das jemals andiskutiert: "Was wollen wir eigentlich? Wo wollen wir hin?"? Ein Geldwäschebeauftragter: Ging das auch mit über Ihren Schreibtisch? Das war ja doch auch wundersam, dass auf einmal quasi jemand aus dem Busch gesprungen kam und sagte: "Hier! Übrigens, ich sehe mich als Geldwäschebeauftragten der Wirecard AG", und - schwupp! - war der Kollege da. Wie ist das im Aufsichtsrat behandelt worden? Was ist Ihre Sicht der Dinge?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, zu dem Thema Geldwäsche explizit: Nach meiner Erinnerung haben wir im Aufsichtsrat nicht diskutiert. Das war ein Teil des Internen Kontrollsystems. Die Frage, die eben offen war, diese Blöcke irgendwie, die der Aufsichtsrat sich ja vor allem angucken muss, einmal das Thema Compliance, dann die allgemeine Prozess- - und dann vor allem dieses Interne Kontrollsystem, da haben wir die Mängel ja ausgemacht, wie vorher ausgeführt. Da gab es ja Herrn Vinke. Der war, meine ich, auch schon da, der das bei der Bank, glaube ich, ganz ordentlich organisiert hat. Aber ich hatte mit dem

nur ein Meeting. Wir hatten natürlich dann andere Probleme, als es losging, das Cash-Problem zu lösen; deswegen ja auch Beauftragung KPMG.

Für mich war da ein Nachholbedarf. Und der Nachholbedarf bei diesem IKS-System hätte auch das Thema Geldwäsche mit umfassen müssen. Und ich wollte dann aber, oder der Aufsichtsrat auch insgesamt wollte dann wirklich in die sozusagen richtige Version reinspringen und nicht irgendeine Zwischenlösung, weil dadurch, dass KPMG ja mit ein paar und 40 Personen da war, haben die ohnehin jeden Stein umgedreht. Also, von daher hätte ich das im Nachgang mit dem IKS-Thema versucht zu lösen.

Und, was wir auch nicht vergessen dürfen, ein Teil der Geldwäscheprävention rankte sich ja auch um die Frage der TPA-Partner, also dieser Drittpartner, Acquirer. Sie haben, glaube ich, dieses Interview vom 30.04. im "Handelsblatt" zitiert, wenn ich mich nicht irre. Da habe ich ja auch schon irgendwie fast mehr als angedeutet, dass ich dieses ganze System der Drittpartner als fragwürdig ansehe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Richtig, ja.

Zeuge Thomas Eichelmann: Weil wenn wir so ein hohes Geschäftsvolumen haben, wie das dargestellt wurde, auch jetzt hier wieder - nicht künstliche Intelligenz, sondern einfach gesunder Menschenverstand -, dann lohnt sich doch in jedem Fall eine eigene Lizenz im jeweiligen Land. Und dann gucke ich mir das betriebswirtschaftlich an und habe es viel besser im Griff. Dieses Theater, dann fremden Leuten nach meinen eigenen Daten hinterherrennen zu müssen, wäre mir viel zu blöd gewesen.

Und der Grund, warum diese Gelder bei Treuhandkonten lagen, war ja auch zumindest in der Argumentation des Vorstands dem Aufsichtsrat gegenüber darin zu sehen, dass es diese TPAs gab. Wenn es die eigene Lizenz gewesen wäre, also beispielsweise in den USA - da war es eine richtige Tochter der Wirecard AG -, da hätte man auch kein Treuhandkonto benötigt, sondern da wäre es das eigene Konto gewesen. Also, der

Nur zur dienstlichen Verwendung

ganze Rattenschwanz an negativen Folgewirkungen wäre überhaupt nicht entstanden.

Und der Logikbruch für mich - deswegen habe ich das da auch bewusst in die Öffentlichkeit entlassen - war doch: Warum brauche ich TPAs, wenn ich in dem einzelnen Markt schon stark genug bin? Andere Wettbewerber machen das auch. Wenn ich in einen neuen Markt - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich könnte jetzt auch eine Antwort geben. Es war eigentlich ein ganz genialer Trick, zu sagen: Ich mache aus Forderungen über den Umweg der TPA-Abführung auf Treuhandkonten auf einmal eine Cash-Position, und keinem fällt es auf.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wobei die Frage ja ist, ob das Cash da wäre oder nicht und ob Sie wirklich echte Forderungen hatten oder nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, gut. Das ist ja das Problem. Aber ich meine, eigentlich ist das so das Hütchenspiel. Ich mache aus Forderungen, die ich mir mal irgendwie vielleicht, könnte ja sein, ausgedacht habe - - Ich könnte ja auch sagen, ich habe eine Forderung gegen Sie, die schreibe ich in mein Buch rein. Und irgendwann sage ich: Na, komm, machen wir ein TPA-Geschäft draus. Sie führen eine Provision zur Sicherheit ab, da würfeln wir einen Betrag x aus, und den führe ich auf ein Treuhandkonto ab, und fertig. Und ich habe eine Cash-Position auf einmal aus einer Forderung gemacht. Das ist schon eine gute Leistung, ne?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, das stimmt. Aber als Einsteiger auf der Betrugsszene dürfen Sie nicht vergessen:

(Heiterkeit des Abg. Fritz Güntzler (CDU/CSU))

Sie brauchen noch jemanden, der Sie finanziert. Sie brauchen ja echtes Cash, weil Sie machen es ja nicht l'art pour l'art, um den anderen zu zeigen, dass Sie schlauer sind als alle anderen, Sie wollen ja Kohle damit machen - um es mal ganz primitiv auszudrücken -, und dafür brauchen Sie die Refinanzierungsseite. Und wenn man die

TPAs sozusagen abgeschafft hätte, spätestens dann wäre Game over gewesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber das wäre wahrscheinlich einigen nicht recht gewesen, könnte ich mir vorstellen.

War Ihnen übrigens bekannt im Zusammenhang mit der Geldwäsche, dass diese Initiative, wo denn nun die Wirecard auf einmal hingehöre, gar nicht von KPMG oder von der BaFin ausging, sondern von EY, die das Ganze dann mal in Niederbayern angestoßen haben bei einem Herrn Mulzer? Ist Ihnen das bekannt gewesen, dass eigentlich der Vorstoß: "Wo müssen wir eigentlich hin, in welches Kästchen gehören wir?" von EY ausging, und zwar auch da nicht von ihrer Wirtschaftsprüfung, sondern wohl eher aus dem Bereich Unternehmensberatung? Ist Ihnen das bekannt gewesen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, mir ist bekannt gewesen, dass das nicht von KPMG kam. Aber wer das jetzt genau bei EY gemacht hat - richtigerweise gemacht hat im Übrigen -, das kann ich nicht nachvollziehen jetzt im Nachhinein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann habe ich auch eine weitere Frage noch mal. Es hieß ja überall: die Dokumentation, Protokolle. Irgendjemand hat ja gesagt - ich weiß gar nicht mehr, wer von den vielen Zeugen mittlerweile -, das ging bei Ihnen eher noch ab wie bei einem Start-up. Ist Ihnen bei Amtsantritt auch aufgefallen, dass gerade die Dokumentation "Entscheidungen im Vorstand", "Entscheidungen auch im Aufsichtsrat", bei aller, ich sage mal, Wertschätzung, die Sie jetzt den Vorgängern gegenüber ausgedrückt haben, doch erhebliches Potenzial, um nicht zu sagen, mehr als Luft nach oben gehabt hat?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, was ich bemerkenswert fand und so nicht kannte, ist, dass es im Vorstand lediglich Beschlussdokumentation gab und keine Protokolle. Ich meine, man muss jetzt ja nicht irgendwie ein Wortlautprotokoll führen, aber die wesentlichen Punkte, so wie ich das dann ja auch eingeführt habe mit dem Prüfungsausschuss, finde ich angemessen. Man kann immer alles besser machen, gar keine Frage. Aber

Nur zur dienstlichen Verwendung

das hätte ich irgendwie gut gefunden und habe dann ja auch beim Vorstand das entsprechend eingefordert. Das hätte ich mir vielleicht früher auch schon gewünscht, das stimmt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist Ihnen das denn überhaupt in Ihrer beruflichen Praxis je untergekommen - hier kommt ja hinzu: ein DAX-Unternehmen -, dass es keine detaillierten, zumindest vernünftigen Protokolle von Vorstandssitzungen gab? Und finden Sie es dann aus Ihrer Sicht - Sie haben ja eben gelobt - nicht zumindest bemerkenswert, dass der Aufsichtsrat nicht einmal in der Zeit gesagt hat: "Leute, wir sind jetzt ab Herbst 18 DAX-Unternehmen, jetzt fangt doch wenigstens mal an, vernünftige Protokolle da im Vorstand zu schreiben"?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich war überrascht, dass es die nicht gibt. Da haben Sie recht. Die Frage irgendwie: Gibt es das bei anderen Unternehmen? Ich kenne das nur von kleineren eigentümergeführten Unternehmen: "Wir beide machen jetzt irgendwie unsere Betrugsfirma zusammen auf. Solange wir keinen Mitarbeiter haben, brauchen wir jetzt kein Protokoll zu schreiben."

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist immer beliebt, aber ja.

Zeuge Thomas Eichelmann: Kalendereintrag, ja. Aber ich fand es da ungewöhnlich, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Meine Zeit ist auch um. - Dann gucke ich. - Dr. Zimmermann, bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Waren Sie eigentlich mal mit dem Beratungsvertrag von Herrn Burkhard Ley irgendwie befasst?

Zeuge Thomas Eichelmann: Indirekt. Also wie gesagt, ich habe Herrn Ley als einen der Ersten bei Wirecard getroffen nach meiner Wahl, weil er einfach Zeit hatte, mich ansprach, ob ich nicht Lust hätte, mich mal mit ihm zu treffen. Da hat er mir das AllScore-Thema - also sprich: China, die Hintergründe - mal grob erläutert.

Ich kannte die Vertragsposition von Herrn Ley zum damaligen Zeitpunkt nicht. Ich dachte, das ist, wie das oft der Fall ist: Jemand ist im Vorstand, hört dann auf und wird noch für ein paar Jahre mit irgendwelchen Bezügen irgendwie an die Firma gebunden, hat irgendwie gute Kontakte vielleicht zu Investoren, zu was auch immer, sonstigen Geschäftspartnern, und begleitet das Unternehmen halt noch weiter, wenn er nicht beispielsweise in den Aufsichtsrat oder Beirat will.

Die Thematik mit dem Herrn Ley und seinem Vertrag ist dann wieder bei mir aufgeschlagen irgendwann Ende Januar 2020, könnte auch Anfang Februar 2020 gewesen sein, als mich der Herr von Knoop - ich glaube, sogar eher Februar darauf ansprach, dass wir den Vertrag mit dem Herrn Ley verlängern müssen. Der sei ausgelaufen Ende 2019, und er würde jetzt weiterarbeiten in einem vertragslosen Zustand.

Dann habe ich den Herrn von Knoop gefragt, was ich damit zu tun habe, weil wenn der Vorstand einen Berater haben will, ist es ja nett, dass er mal den Aufsichtsrat fragt, und dann kann man sicherlich eine Einschätzung dazu abgeben, aber de facto zur Vertragsgestaltung als solcher, wenn es jetzt nicht völlig ungewöhnlich ist sozusagen wie gesagt, ich kannte den alten nicht -, braucht er den Aufsichtsrat an der Stelle ja nicht. Und dann sagte er: Nein, der alte Vertrag oder der Vertrag von Herrn Ley - den ich aber nie gesehen habe physisch - sei sowohl vom Aufsichtsrat als auch vom Vorstand genehmigt worden. Und da habe ich ihm gesagt, das finde ich ungewöhnlich, das kann ich so nicht akzeptieren. Entweder nimmt der Aufsichtsrat einen Berater in Anspruch, für was auch immer, und beauftragt KPMG, oder der Vorstand beauftragt einen Berater, wen auch immer, für was auch immer, und dann beauftragt ihn der Vorstand, weil sonst ist es ja, ich sage mal, fast die beste aller Welten dann: Ich habe ein Mandat von beiden Organen. Dann bin ich ja gar nicht mehr zu kontrollieren. Das ist irgendwie so, als haben Sie quasi zwei Eltern. Wenn mir das Essen bei dem einen nicht schmeckt, dann gehe ich irgendwie zum anderen und esse da. Also, das geht nicht. Und da gab es

Nur zur dienstlichen Verwendung

auch eine klare Einwertung dazu, auch hier wieder seitens der Rechtsberaterin, weil ich gehe an die Dinge - das haben Sie ja wahrscheinlich schon gemerkt - immer erst mal mit dem gesunden Menschenverstand und mit einer Logik ran, ob ich mir das vorstellen kann oder nicht. Das konnte ich mir nicht vorstellen. Und wir haben dann auch eine rechtliche Kommentierung dazu abgegeben und eine relativ klare Position bezogen. Und ich habe auch dazu gesagt, dass ich nicht finde, dass der Vertrag mit dem Herrn Ley, solange das KPMG-Thema nicht final ausermittelt ist, verlängert werden sollte, weil da galt für mich das Gleiche wie für die Vorstandsverträge.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das passt aber aus meiner Sicht vollkommen ins Bild, dass das einer der Ersten war, denen Sie da begegnet sind, der aber ja irgendwie keine echte Funktion in dem Unternehmen hatte. Was ist denn Ihr Eindruck gewesen? Was war denn seine Funktion, und wie ist er da aufgetreten? Als Elder Statesman, der als Frühstücksdirektor die Kontakte noch pflegt und repräsentiert? Also, wir wissen ja: Ganz offenbar war es ein bisschen anders. Aber wie haben Sie das wahrgenommen? Was war er für eine Person in diesem Unternehmen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich habe nach dem Treffen mit dem Herrn Ley den Herrn von Knoop daraufhin angesprochen. Noch mal: Ich bin ja quasi normales Mitglied, nicht Vorsitzender. Ich habe den Prüfungsausschuss. Der Hauptansprechpartner für den Prüfungsausschuss war der Herr von Knoop, wo ich auch sagen muss, dass er sehr konstruktiv in der Zusammenarbeit war. Den habe ich halt gefragt an der Stelle, irgendwie: Sagen Sie mal, was macht der Herr Lev eigentlich ganz konkret? Und dann hat Herr von Knoop gesagt: Der Ley hat eben diese Asienthematik, gerade im Bereich von Zukäufen, und ist fokussiert auf das China-Thema. Das lief ja damals gerade im Sommer besonders intensiv; jedenfalls wurde es mir so dargestellt.

Und das Zweite, was er gemacht hat: Es gab alte Investoren, die sehr viel mit ihm kommuniziert haben, als er noch sozusagen aktiver Finanzvorstand war, dass er da noch teilweise den Kontakt zu diesen einzelnen Personen eben hält und denen sozusagen Wirecard nahebringt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und dass er aber möglicherweise da noch involviert war aufgrund der TPA-Konstruktion, weil möglicherweise - - Also, wir wissen heute ja, dass es eine windige Konstruktion war, und vielleicht, dass er - - weil er hat als Berater einfach das Gleiche weiterverdient wie vorher als Vorstand.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das habe ich erst später erfahren, dass er quasi bei ungekürzten Bezügen weitergemacht hat. Üblicherweise behält man - so kenne ich das irgendwie aus ähnlichen Situationen - seine Assistentin oder so was und behält irgendwie die Leasingrate oder irgendwie in der Art - also ein bisschen ein Wohlfühlfaktor, nenne ich das jetzt mal -, aber die Bezüge werden typischerweise reduziert, weil die Leute sitzen dann ja nicht mehr irgendwie fünf oder sieben Tage die Woche vor Ort, sondern haben halt bestimmte Zeiten und Aufgaben, auf die halt dann die Tätigkeit beschränkt war. Das war jetzt hier außergewöhnlich. Auf der anderen Seite war er noch wohl in China viel unterwegs. Aber ich habe seine Flugabrechnungen nicht gesehen. Ich weiß nicht, was er da den ganzen Tag getrieben hat. Mir war auch im Sommer völlig unklar, dass der von beiden Organen sozusagen beauftragt wurde. Und das war auch kein Thema in dem Aufsichtsratsworkshop im August. Ich habe das im Januar oder Februar - wahrscheinlich war es eher Februar - erfahren, als der Herr von Knoop auf mich zukam mit der Frage: Wie machen wir das jetzt mit der Verlängerung des Vertrages von dem Herrn Ley? - Aber was der jetzt bei den TPAs irgendwie mitgearbeitet hat oder nicht? -Keine Ahnung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. Wir versuchen da ja auch einfach ein bisschen - - Es fällt eben sehr auf, dass das eine ein bisschen interessante Konstellation war. Wissen Sie zufällig, dass er sich irgendwie seine ganzen Altersversorgungsansprüche auf einmal hat auszahlen lassen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Weiß ich ungefähr, wenn ich ehrlich bin, seit vier Stunden oder so, als die nette Dame von der "WirtschaftsWoche"

Nur zur dienstlichen Verwendung

das irgendwie ins Netz gestellt hat. Fand ich bemerkenswert.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. Alles klar. -Herzlichen Dank. - Ich habe nicht von der vollen Zeit Gebrauch gemacht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie überraschen mich immer wieder. Danke, das ist eine positive - - Ich habe hier gerade ein bisschen jongliert. Ich komme auch gleich noch zu Ihnen mit einem Vorschlag. - Deswegen schaue ich jetzt zum Kollegen Toncar rüber. Der ist dran. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Ich möchte Sie gern noch fragen, Herr Eichelmann: Wann haben Sie denn den finalen Rajah & Tann-Bericht zur Kenntnis genommen, diesen sogenannten "Tiger"-Report?

Zeuge Thomas Eichelmann: Können Sie das noch mal wiederholen? Welchen Bericht?

Dr. Florian Toncar (FDP): Rajah & Tann, Singapur.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ah, Rajah & Tann. Der wurde mir übermittelt im Rahmen der Vorbereitung auf den Aufsichtsratsworkshop im August, und er wurde im Aufsichtsratsworkshop auch kursiv durchgesprochen. Die Frau Gärtner hat mir das damals erläutert, was da drinstand und was sozusagen dann noch gefehlt hat, auch in der Kommunikation nach außen; ein weiterer Datenpunkt, warum KPMG sinnvoll war oder überhaupt eine Sonderuntersuchung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Der finale Bericht weist ja ausdrücklich darauf hin, dass eine Prüfung nach deutschem Recht nicht erfolgt ist, erwähnt den Namen Marsalek 17-mal und empfiehlt auch, ihn zu interviewen, also eine Folgeprüfung zu machen. Wie ist denn der Aufsichtsrat mit dieser Empfehlung umgegangen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Herr Marsalek wurde von der Leiterin des Risk and Compliance Committees zusammen mit noch Weiteren - ich weiß gar nicht, wer da dabei war - interviewt, mehrfach. Ich war einmal dabei, allerdings erst im Januar 2020. Da war es aber irrelevant, weil wir ja KPMG hatten und die ganze Sache ja noch mal aufrollen ließen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, es gab als Follow-up zu Rajah & Tann tatsächlich eine - allerdings interne - Untersuchung durch die Compliance-Abteilung der Wirecard AG?

Zeuge Thomas Eichelmann: Durch das Risk and Compliance Committee.

Dr. Florian Toncar (FDP): Durch den Aufsichtsrat mit Herrn Marsalek.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. Ich war da aber nicht dabei. Ich kann nur sagen, dass diese Gespräche offensichtlich durchgeführt worden sind. Und es gab ein Gespräch, da war ich dabei. Das muss Ende des Jahres oder Anfang des Jahres 20 gewesen sein, Ende 19/Anfang 20. Ich meine, ich war schon Vorsitzender. Deswegen muss es Anfang 20 gewesen sein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie haben sich ja eingeschaltet in den Privatkredit der Wirecard Bank für Herrn Braun Anfang 2020. Sind Ihnen weitere Privatgeschäfte von Herrn Braun bekannt geworden oder in Ihrer Aufsichtsratstätigkeit irgendwie aufgefallen, private Investitionen oder Geschäfte?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Also, das, was mir bekannt wurde, steht in diesen Protokollen drin. Das sind diese 35 Millionen. Da gab es die Frage der Rückzahlung oder Nichtrückzahlung, es gab die Frage der Höhe des Zinses usw., Zinseszins und so. Das haben wir alles durchgenudelt. Im Rahmen dieser Diskussionen ging es auch darum, welche Sicherheiten er stellen kann, welche Sicherheiten er nicht stellen kann. Und mehr als das, was da drinsteht, weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist okay. Das war dann Bankkredit, ja. - Ist Ihnen je bekannt geworden, dass Herr Braun in einen Fonds Ihres früheren Aufsichtsratskollegen Klestil investiert war?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, das war mir nicht bekannt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Zu keinem Zeitpunkt? Oder bis heute nicht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, nicht bis heute. Das stand jetzt irgendwann irgendwo in irgendeiner Meldung in den letzten Tagen. Da habe ich das gelesen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, das stimmt - - Ja, Sekunde, das ist nicht ganz richtig. Es gab eine Frageliste von irgendeinem Medium irgendwann im Sommer. Da wurde das, glaube ich, kolportiert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sommer 2020, -

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): - nach der Insolvenz, da - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Weiß ich nicht, also - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, Sommer 19 oder 20?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, nein, 20, 20, 20

Dr. Florian Toncar (FDP): 20. Okay. - Haben Sie Kenntnis von einer Geldwäscheverdachtsmeldung ab dem 16.06.2020 gegen Wirecard-Mitarbeiter bekommen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich kenne nur diese Presseveröffentlichungen, die da sozusagen gemacht worden sind. Am 16.06. war mir die nicht bekannt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - "Project Panther" sagt Ihnen was?

Zeuge Thomas Eichelmann: Habe ich schon mal gehört. Da müssen Sie mir drauf helfen, welcher Deckname jetzt für welches - - Ich habe jetzt auch nicht - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ein Szenario, das durchgespielt wurde, wie -

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, Entschuldigung, weiß ich. Ja, korrekt.

Dr. Florian Toncar (FDP): - Wirecard die Deutsche Bank -

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, ja, Deutsche Bank, mhm.

Dr. Florian Toncar (FDP): - übernehmen könnte ab 200 Euro Aktienkurs. Wann haben Sie davon zum ersten Mal gehört, von der Idee, Deutsche Bank zu übernehmen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Aus der Presse und nicht vom Vorstand.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also aus der Presse. Und wann, war die Frage.

Zeuge Thomas Eichelmann: Auf jeden Fall nicht in 2019.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nach der Insolvenz vermutlich. Oder vorher?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, irgendwann dazwischen stand das schon mal irgendwo drin. Das stand schon mal irgendwo, ich sage mal, um die Insolvenz herum, ja?

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie da irgendwo mal nachgefragt, ob da was stimmt an dem Artikel? Haben Sie sich da schlaugemacht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, ich glaube, das hat sich da schon erübrigt. Ich war nur ein bisschen verwundert, dass McKinsey da eingeschaltet war, weil es gab ja auch eine Veröffentlichung von McKinsey, wo die ja für sich reklamiert haben, dass sie ganz intensiv irgendwie auf die Verfehlungen der Compliance hingewiesen haben. Und dann machen sie vier, fünf Monate später irgendwie Fusionsüberlegungen gemeinsam mit

Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Vorstand. Fand ich gewöhnungsbedürftig, ehrlich gesagt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber Sie haben keine Gespräche darüber geführt -

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Ich jetzt persönlich? - Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): - als Aufsichtsratsvorsitzender. - Es gab - -

Zeuge Thomas Eichelmann: War ich damals auch noch nicht, ne? Das war noch zu Zeiten von Wulf Matthias.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das "Project Panther" ja, aber die Kenntnisnahme, glaube ich, die Kenntniserlangung, haben Sie gesagt, war um die Insolvenz herum. Und da waren Sie natürlich Aufsichtsratsvorsitzender.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das stimmt, ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Sewing hat hier ausgesagt, dass es im Frühjahr, nämlich im Februar - also Frühjahr -, also, im Februar, März 2019, Workshops gab zwischen Wirecard, hochrangig, also auch mit Herrn Braun - - Auf Deutsche-Bank-Seite war Herr Sewing bei einzelnen Terminen dabei, aber auch Herr Achleitner. Da waren Sie jetzt natürlich noch nicht ganz im Aufsichtsrat. Aber haben denn Kooperationsüberlegungen zwischen Deutscher Bank und Wirecard ab Ihrer Amtsübernahme, ab Ihrem Amtsantritt noch eine Rolle gespielt im Aufsichtsrat?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, zu keiner Zeit.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das Thema "strategische Kreditvergabe" würde mich noch mal interessieren. Wann ist Ihnen aufgefallen, dass sozusagen ein Zusammenhang zwischen strategischer Kreditvergabe bestehen könnte? Darunter verstehe ich Kreditvergabe der Wirecard AG an Schlüsselkunden oder Kreditvergabe durch die Wirecard Bank AG, abgesichert durch Bürgschaften der Wirecard AG, an einen ähnlichen Kundenkreis. Ab wann ist Ihnen dieses Thema als ein

kritisches Thema aufgefallen, wo Dinge schieflaufen und wo vielleicht auch ein Bezug zum Thema "Betrug und Gläubigerschädigung" besteht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Dass es diese Kredite gab, war schon am Rande Thema in dem Aufsichtsratsworkshop im August 2019. Und es gab dann auch - das müssten Sie aber in den Protokollen finden - Diskussionen dazu in den Aufsichtsratssitzungen im Herbst 2019 ff., weil das ja ein Thema war - wie vorher ausgeführt - auch im Rahmen der Prüfungsschwerpunkte für EY, herauszufinden, wie die Werthaltigkeit dieser Kredite - - bestellt ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. - Der Insolvenzverwalter, Herr Jaffé, hat ja in seinem Gutachten ein ziemlich verheerendes Bild über die Liquiditätslage und auch den Kapitalverzehr, und zwar den laufenden Kapitalverzehr, der Wirecard AG gezeichnet. War dem Aufsichtsrat die Dimension auch der operativen Verluste - denn davon spricht Herr Jaffé ja ausdrücklich - - dass eben nicht nur Abfluss sozusagen über strategische Kredite, sondern operative Verluste, zu hohe Kosten - - War das dem Aufsichtsrat je bewusst, dass es dieses operative Defizit gibt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Erst nach dem Start von dem Herrn Dr. Freis. Da gibt es ja dieses - - Meinen Sie sogar das Protokoll vom 25. Juni, wenn mich nicht alles täuscht? Da gab es ja eine erste Einwertung: Was ist die wöchentliche Cashburn-Rate, also was macht man operativ an Verlust pro Woche? - Das müsste da irgendwo erwähnt worden sein. Das war die erste Aufarbeitung, wo sozusagen mit einem neuen Vorstand direkter Zugang zu den Zahlen erfolgt ist.

Und zur Liquiditätssituation hatte ich mich vorher schon geäußert. Die Banklinien wurden ja relativ spät noch vollständig gezogen, mit der Argumentation, irgendwie im Rahmen von Corona ein Liquiditätspolster vorzuhalten, wobei aber nach meiner Kenntnis ein dreistelliger Millionenbetrag bei der Wirecard Bank vorhanden war. Jedenfalls war das meine Kenntnis am 20. oder 21. Juni, an diesem besagten Sonntagsmeeting. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

davor war mir das nicht bekannt. Aber im Nachhinein ist es natürlich relativ einfach von der Logik: Weil wenn dieses TPA-Geschäft nicht existiert und man einen riesigen Luftballon aufbläst und Leute einstellt usw. usf. - - Die bekommen ja jeden Monat Gehalt. Wenn das Geschäft nur auf dem Papier dasteht, aber nicht da ist, haben Sie natürlich unmittelbar das Problem, dass Ihnen das Cash rausfließt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. - Vielleicht noch mal abschließend da eine Nachfrage: Dass das TPA-Geschäft untersucht wurde und Teil der KPMG-Prüfung war, war bekannt und zugestanden, aber es gab ja auch im Oktober 19 den "FT"-Artikel, der genau diese KPMG-Prüfung angestoßen hat, in dem ausgeführt wurde, dass Wirecard um die 100 Prozent des Konzerngewinns, manchmal sogar mehr als 100 Prozent über TPA-Partner gemacht hat, die alle ein bisschen dubios sind. Hätte das nicht auch Nachforschungen über die Profitabilität des Kerngeschäfts ohne TPA auslösen müssen? Denn das muss ja defizitär sein, wenn der Beitrag dieser drei Gesellschaften alleine 100 Prozent des Konzernergebnisses übersteigt.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das ist richtig; das war Teil der Abschlussprüfung. Und wenn Sie sich an den Artikel erinnern - ich meine, das ist der relevante -, da ging es ja um die Frage: Gibt es diese Kundengruppen der TPAs überhaupt? Da gibt es diese Diskussion um die 34 Kundengruppen. Und nach relativ kurzer Zeit hat EY da eine Analyse vorgelegt, wo sie 26 von den 34 identifizieren konnten, und acht waren noch offen. Im Laufe der Abschlussprüfung hat sich diese Zahl immer weiter verkleinert. Das, was Sie sagen, ist, von oben draufgeguckt, natürlich nachvollziehbar. In Wirklichkeit muss es ja irgendwo ein Basisgeschäft geben. Das ist das, was wir vorher diskutiert haben, die Frage: Gibt es diese Geschäftsvorfälle, oder gibt es diese nicht? Die zahlen ia ein in das Geschäft. Und dahinter stecken ja die entsprechenden Kundengruppen. Und die Analvse wur- -

Dr. Florian Toncar (FDP): Entschuldigung, meine Zeit ist auch abgelaufen. - Aber man hätte ja nur mal - - Also, selbst wenn es das TPA-Geschäft zu 100 Prozent gegeben hätte und alles richtig gewesen wäre, was da berichtet worden wäre, wäre das andere Geschäft defizitär gewesen. Das ist ja auch nicht akzeptabel.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. Bei dem anderen Geschäft irgendwie sollte ja auch - und das ist ja im Frühjahr begonnen worden - ein Kostenprojekt gestartet werden. Das hat der Vorstand sogar aus Eigeninitiative vorgeschlagen. Da gab es eine Zielvorstellung, wenn ich das richtig im Kopf habe, von circa 50 Millionen Einsparungen auf der operativen Seite. Das hatte Herr von Knoop irgendwie angetreten, irgendwann Februar, März 2020.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Toncar. - Dann ist jetzt Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke an der Reihe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Eichelmann, Sie haben vorhin erwähnt, dass Herr Ley Ihnen die Hintergründe von AllScore Payment in China geschildert hat und der dortigen Übernahme. Können Sie uns daran teilhaben lassen, was er Ihnen dort dargelegt hat?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, er hat mir etwas dazu gesagt. Er hat gesagt: Es gibt ein Projekt in China. Er hat gesagt irgendwie: Es gibt die Chance, die erste umfängliche Zahlungsverkehrslizenz in China zu bekommen. Nach meinem Verständnis war damals auch PayPal schon unterwegs in China. Aufgrund der schwierigen Diskussion zwischen den USA und China war das auf Eis gelegt worden. Und über Details hat er bei diesem Mittagessen irgendwie nicht berichtet. Die kamen dann später, in der Vorlage irgendwann - die müssten Sie auch in den Protokollen finden -, September oder so was, ja?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hatte er sich über das Engagement der Bundesregierung zur Unterstützung dieses Vorhabens irgendwie geäußert?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hatten Sie denn selbst Kontakt mit Mitgliedern der Bundesregierung zu Wirecard?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sind Sie jemals auf Herrn Fritsche gestoßen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Auch nicht auf Herrn Schmidbauer.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - War jemals im Aufsichtsrat Thema "Rechtsrisiken aus Zahlungsabwicklungen für Onlineglücksspiele und Pornografie"?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, das haben wir aufgenommen im Rahmen des KPMG-Projektes. Da gab es eine Analyse dazu, deswegen auch einer der Bausteine - ich komme wieder darauf zurück - "Internes Kontrollsystem". Und das gehört nach meinem Verständnis da rein, ist quasi ein weitergehendes Compliance-System, wenn Sie so wollen. Das ist Jahreswechsel 19 auf 20, irgendwann um den Jahreswechsel herum. Da haben wir uns da auch irgendwie - - KPMG hatte da eine sehr gute Studie dazu, die haben wir uns angeguckt, und ich fand es auch wichtig, das Thema aufzunehmen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben da auch speziell Rechtsrisiken in den USA eine Rolle gespielt, also, insbesondere im Bereich des Onlineglücksspiels?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, das USA-Thema kenne ich in der Form irgendwie aus der Presse. Es gab immer wieder irgendwie auch kritische Stimmen aus den USA zur Frage der Geschäftsabwicklung bei Wirecard, aber das hatte mit dieser sozusagen Online-Abwicklungsfragestellung nur mittelbar was zu tun. Fabio De Masi (DIE LINKE): Und hat in Ihrer Zeit der Aufsichtsrat noch mal nachgehalten bezüglich auch - - Es gab ja staatsanwaltschaftliche Ermittlungen auch in Bezug auf die Wirecard Bank, im Zusammenhang mit den Paradise Papers. Ist Ihnen das untergekommen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Die Paradise Papers sagen mir jetzt nichts. Die Wirecard Bank hat ja einen eigenen Aufsichtsrat gehabt, wie Sie wissen. Ansonsten irgendwie gab es, wie gesagt, eine Aufnahme sämtlicher Untersuchungen, die bei Wirecard gelaufen sind. Aber da müsste ich jetzt irgendwie nachschauen. Also, Sie merken, das ist mir nicht so in Erinnerung, dass ich Ihnen sagen könnte: Das war in der Sitzung oder in jener Sitzung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben ja dargestellt, dass im Prinzip die Wirecard Bank gar keine eigenständige Rolle gespielt hat, sondern weitgehend Drittvergaben aus dem Konzern heraus gesteuert wurden, dass Sie zu der Auffassung gekommen sind, dass man Wirecard insgesamt, die AG, als Finanzholding klassifizieren müsste. Können Sie noch mal darlegen, ob Sie auch noch mal persönlich in Gesprächen mit Herrn Dr. Braun zum Beispiel interveniert haben bezüglich der Situation der Wirecard Bank?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, das habe ich so nicht gesagt. Das möchte ich korrigieren, ja? Die Bank hat sehr wohl eine eigenständige Rolle gespielt, ja, hat einen Vorstand gehabt, hat einen Aufsichtsrat gehabt. Die haben entsprechende Entscheidungen getroffen. Das war aus meiner Sicht irgendwie für den AG-Aufsichtsrat an der Stelle nicht zu - - sozusagen - - Da haben wir nicht en détail reingeguckt.

Da gab es aus meiner Sicht die personelle Verflechtung. Also, vorher war es ja so, dass der Aufsichtsrat der Wirecard Bank eine reine Abordnung des Wirecard-AG-Aufsichtsrats war. Nachdem ja der Herr Henseler aus dem AG-Aufsichtsrat ausgeschieden ist, bestand der dortige Aufsichtsrat aus Herrn Matthias als Vorsitzendem, Herrn Henseler und Herrn Klestil. Und es ging ja darum, auch die Governance der Wirecard Bank deutlich zu verbessern. Wir hatten ja noch ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

weiteres Thema in meinen Augen, was unsauber war, nämlich dass der Herr von Knoop gleichzeitig Vorstand in der Wirecard Bank war und Vorstand - in dem Fall CFO - auf der Wirecard-AG-Ebene. Und da war das klare Commitment seitens von dem Herrn von Knoop, dass er da rausgeht, sobald der Vorstand in der Wirecard Bank AG neu besetzt wurde, was ja dann auch geschehen ist. Da gab es einen sehr fähigen Mitarbeiter, den ich später noch kennengelernt habe, kurz vor Ende, der, muss ich sagen, einen sehr guten Eindruck auf mich gemacht hat. Nur: Der kam nicht, wie ursprünglich mal gehofft, am 01.10. oder 01.12.19, sondern er kam erst nach meiner Erinnerung am 01.04. oder 01.03.20. Deswegen blieb der Herr von Knoop noch so lange da drin.

Und der Austausch der Aufsichtsräte auf der Wirecard-Bank-Ebene, der wurde irgendwann mal angesprochen und den haben wir dann auch versucht im April noch anzutriggern. Aber, wie Sie ja wissen, hat uns später die Zeit überholt, ja? Ich habe auch erste Kandidaten irgendwie dem Bankaufsichtsrat vermittelt, versucht, Kontakte zu knüpfen, dass die noch möglichst zeitnah da für eine saubere Governance sorgen können.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Im KPMG-Bericht ist dargestellt - - Da geht es um Elastic Engine und die Frage, wie eben bestimmte Transaktionsdaten über die eigenen Rechenzentren von Wirecard laufen. Und das wird auch in dem öffentlichen Teil des KPMG-Berichts dargestellt als ein Vorgang, den die noch nicht verifizieren konnten. Haben Sie sich denn mal als Aufsichtsrat zeigen lassen, wie es um das ganze Projekt steht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na, die Elastic Engine war ja dieses System, was im Laufe des Jahres 2019, so wie es uns dargestellt wurde, Stück für Stück die Daten auch der Drittpartner, also des wesentlichen Geschäftes, des wesentlichen Kerngeschäftes von Wirecard, übernehmen sollte. Und da war ja die Anregung, das sozusagen im Rahmen der KPMG-Geschichte aufzuarbeiten. Und die Daten wurden dann ja auch übermittelt, die angeblichen Daten, ne?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie den letzten Satz noch mal sagen? Entschuldigung, ich hatte hier gerade - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Die Erweiterung des KPMG-Projektes - nachdem das Untersuchungshemmnis ja dokumentiert wurde, also, sprich: 16 bis 18 kriegen wir nicht, weil liegt in der Hoheit der Partner - führte ja dazu, dass ein kompletter Abzug des Monats Dezember 2019 der Elastic Engine zu KPMG übertragen wurde. Das war ja genau dieser Untersuchungsschritt. Und da sollten ja die Daten von KPMG en détail analysiert werden, ob die authentisch sind oder nicht. Und da gibt es ja irgendwo auch eine Darstellung von KPMG, wo ja auch gesagt wurde irgendwie: Nach dem ersten Draufschauen - wie ich es vorher beschrieben hatte, mit forensischen Methoden usw. - sehen die Daten authentisch aus.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Zeit ist um. Ich brauche dann noch zwei, drei Fragen am Schluss.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Dann habe ich den Kollegen Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Eichelmann, können Sie auch als erfahrenes Vorstandsmitglied noch mal sagen zur grundsätzlichen Kultur in diesem Aufsichtsrat: Wurden da regelmäßig immer wieder auch einfach kritische Fragen gestellt, oder war das eher so ein Abnickgremium? Mit Blick auf die Kollegen, welche Erfahrungen haben Sie da gemacht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, also, ich finde jetzt, erst mal irgendwie der Rhythmus der Sitzungen - - Also, ich war selten in einem Gremium, wo so derartig viele Sitzungen durchgeführt worden sind. Dadurch dass die Rechtsabteilung, die Rechtsberater fast die ganze Zeit dabei waren, war da auch irgendwie ein gewisser, wie soll ich sagen, Disziplinierungsdruck dahinter. Und ich fand durchaus, dass da auch kritisch - auch gegenüber dem Vorstand kritisch - diskutiert wurde. Das hat natürlich immer mehr zuge-

Nur zur dienstlichen Verwendung

nommen, je mehr sozusagen Fragezeichen auftauchten. Aber ich fand schon, dass da kritisch diskutiert wurde.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil wenn man das Schreiben von Frau Kleingarn, die Sie nicht erlebt haben, sich anschaut, soll das ja nicht der Fall gewesen sein, bzw. das Board, also der Vorstand, hat einen abgespeist, wenn es mal irgendwie kritische Fragen gab, und sie gesagt hat: Ich kann dieser Compliance-Aufgabe oder dieser Kontrollfunktion nicht wirklich nachkommen. - Diesen Eindruck haben Sie jetzt in Ihrer Amtszeit nicht bestätigen können.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich finde das Schreiben von der Frau Kleingarn - korrigieren Sie mich, Herr Dr. Spatscheck - eine Dokumentation ihres eigenen Pflichtversagens, ihrer eigenen Pflichtverletzung. Was sie dort schreibt, ist - -Und ich habe mit ihr nur telefoniert; ich kannte das Schreiben nicht. Sie sagt mir - und ich kannte das Schreiben zum damaligen Zeitpunkt nicht -, sie ist gegangen, weil sie nicht damit einverstanden war, dass jemand, der irgendwie auf die Finanzposition gesetzt wird, der aus ihrer Sicht nicht die notwendige Qualifikation oder das notwendige Format hat - - Dann gucke ich jetzt im Nachhinein mal in die Abstimmung rein, und dann sehe ich eine Zustimmung. Dann steht da drin irgendwie, dass die Daten für den Jahresabschluss - was ja ein ganz wesentliches Thema ist - erst zu spät kamen, sodass sie nicht ordentlich geprüft werden konnten. Jedenfalls lese ich das Schreiben so. Gucke ich rein: einstimmige Billigung. Da frage ich mich: Was soll das?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben uns - - Also, ich meine, das Abstimmungsverhalten ist das eine, und das andere ist ja sozusagen: Wie hat man denn die Zeit erlebt? Ich kann auch nur sagen, was sie uns hier wieder gesagt hat, und sie hat ja für sich ihre Konsequenz quasi daraus gezogen. - Aber ich wollte Sie einfach nur nach Ihrem Eindruck fragen. Sie können ja auch nur Ihren Eindruck wiedergeben.

Stichwort "Aufsichtsrat": Wussten Sie, dass ein jetzt Ex-Aufsichtsrat der Deutschen Bank einen

engen Draht zum Vorstandsvorsitzenden von Wirecard hat, Herr Schütz?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, das wusste ich nicht; das habe ich jetzt auch irgendwie der Presse entnommen. Aber es liegt natürlich nahe, wenn beide aus Wien kommen, dass sie sich irgendwie kennen. Aber dass da ein enger Draht ist, das wusste ich - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Wien hat schon ein paar Einwohner, ne?

Zeuge Thomas Eichelmann: Bitte?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wien hat ja ein paar Einwohner. Oder ist das normal? Sie sagen: Das ist selbstverständlich.

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, aber die Community in Wien ist jetzt ja irgendwie auf der Wirtschaftsseite nicht so groß, ja, also - - Aber gut, ist ein - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt. Also, Wien springt uns immer wieder ins Auge in diesem ganzen Komplex.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich kenne den Herrn nicht, aber das ist jetzt nicht überraschend, ja?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatte das nicht überrascht, was man in der Presse da vernommen hat.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, mich hat nicht überrascht, dass die Herren sich untereinander kennen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. - Aber das, was Herr Schütz an Herrn Braun geschrieben hat, das hat Sie überrascht oder befremdet.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das fand ich schon befremdlich, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das ist etwas Außergewöhnliches für, sage ich mal, die deutsche Aufsichtsratskultur?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, das finde ich schon. Also, ich meine, das ist, sagen wir mal, weit über eine normale flapsige Bemerkung hinaus. Aber es ist ja, glaube ich, auch - - Ich weiß nicht, ist das jetzt - - Es ist ja nicht so außergewöhnlich - - Aber da, muss ich jetzt sagen, müssen Sie mit dem Herrn Schütz vielleicht Kontakt aufnehmen, wie er dazu kommt, so was zu schreiben. Ich finde das irgendwie ungebührlich, ia?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ihn jetzt halt nicht als Zeugen hier. Ich wollte es von Ihnen wissen, weil die Verbindung ist ja dann durchaus interessant. Und, ich glaube, für uns, die jetzt nicht tagtäglich in deutschen Aufsichtsräten von großen, renommierten Instituten sitzen - - Da ein Gefühl zu bekommen, was normal ist und was nicht normal ist - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Das ist nicht normal.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da verrücken ja manchmal die Maßstäbe auch, wenn man sich Wirecard anschaut. Deswegen wollen wir das hier an der Stelle auch klären. - Ich möchte Ihnen noch ein Zitat vorlesen aus - Haben Sie diese "Wirecard Story" gelesen, das Buch?

Zeuge Thomas Eichelmann: Welche meinen Sie jetzt, die von - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Buch, das "Die Wirecard Story" heißt.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ist es das von Frau Bergermann oder das -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Thomas Eichelmann: - von Herrn Leogrande? - Das von Frau Bergermann. Ich habe es nur auszugsweise gelesen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich zitiere mal daraus. Da heißt es:

Phasenweise machen sich bis zu 40 Prüfer von KPMG über Wirecard her. Das ist ja doch viel schlimmer als gedacht. Mitarbeiter wollen bemerkt haben, dass Markus Braun von der Tiefe einer solchen forensischen Prüfung äußerst überrascht ist. Wir haben gedacht, das wird so was wie eine normale Jahresabschlussprüfung. Aber das war ja dann eher wie eine polizeiliche Ermittlung. Das war uns vorher nicht klar und, ich glaube, Markus Braun auch nicht", sagt einer, der nahe dran war.

Zitat Ende. - Würden Sie das bestätigen? Kann das sein, dass Markus Braun nicht klar war, wie tief und wie ernsthaft so eine forensische Prüfung eigentlich abläuft? Und hat er sich auch nachträglich kritisch über dieses Verfahren irgendwie geäußert?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich kann dazu nichts sagen, weiß nicht, wer das irgendwie kommentiert hat. Mein Eindruck war, dass der Dr. Braun - - überrascht, würde ich nicht sagen. Ich glaube, er war vielleicht etwas genervt, ja, dass die Prüfung so tief war. Und, wie vorher dargestellt, irgendwie gegen Schluss kam durchaus auch mal der Vorschlag, ob wir das nicht aussetzen sollen oder ob man jetzt irgendwie nicht einfach Schluss macht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von ihm kam der Vorschlag.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, ja, klar, in Gesprächen. Aber nur in, sagen wir mal, nicht ernst zu nehmenden Sitzungen, einfach in Gesprächen. Sagen wir mal, ich treffe ihn auf dem Gang, und er sagt: Sag mal, können wir jetzt nicht irgendwie das KPMG mal aussetzen, weil wir sonst die Prüfung nicht durch den Tisch kriegen? Da sage ich: Bei der KPMG-Geschichte können wir nicht stoppen, weil das ist schlecht für das Unternehmen. Und aus meiner Sicht muss das ausermittelt werden. Das ist die einmalige Chance, die Sachen jetzt vom Tisch zu kriegen. - Aber es war nie Gegenstand in einer Sitzung beispielsweise. Er ist jetzt nicht in die Aufsichtsratssitzung gekommen

Nur zur dienstlichen Verwendung

und hat gesagt, er fordert irgendwie, dass wir das stoppen. Subtiler.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es hat ihn genervt. Das höre ich jetzt bei Ihnen raus.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich muss auch sagen: Er war im Ton mir gegenüber immer korrekt, ja? Es wird immer so versucht, mir jetzt da was in den Mund zu legen. Das ist nicht so.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, Sie sagten das Wort; ich wollte Ihnen nichts den Mund legen, also, ich zumindest nicht. Aber Sie sagten gerade ja irgendwie: Er wirkte genervt.

Zeuge Thomas Eichelmann: Und er hat ja auch vorgeschlagen, dass wir KPMG aussetzen respektive stoppen, damit wir mit der Jahresabschlussprüfung fertig werden können.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ja, meine Zeit ist schon wieder vorbei.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU. - Dr. Michelbach. Bitte schön.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Zunächst einmal, Herr Eichelmann, haben wir ja im Finanzausschuss 2019, 2020 mehrere Beratungen gehabt und hatten dann auch Sondersitzungen des Finanzausschusses, wo wir auch BMF-Vertreter, BaFin-Vertreter, Bundesbank-Vertreter hatten. Und alle haben uns unisono erklärt, also, Finanzholding käme überhaupt nicht - oder stünde überhaupt nicht zur Debatte. Jetzt hören wir von Ihnen, dass der Herr Hufeld Sie kontaktiert, dass es eventuell doch eine Finanzholding geben müsse. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich kann nur über die Gespräche berichten, wo ich dabei war. Ich kann Ihnen immer wieder das Gleiche sagen: Ich habe ihn angerufen nach dem KPMG-Report. Da ist das Thema von Herrn Hufeld proaktiv angesprochen worden, Finanzholding, wie ich persönlich dazu stehen würde. Ich habe ihm gesagt, dass ich das positiv sehen würde, wenn die

BaFin strenger bei der Wirecard AG auch regulieren würde. Ich habe ihm auch gesagt, dass die Überlegung besteht bei der Wirecard, noch stärker in das Finanzdienstleistungsgeschäft einzusteigen. Und dann würde es ja eh irgendwie auf der Hand liegen. Es war nicht mehr, aber auch nicht weniger als das, ja? - Und in den anderen Konsultationen war ich nicht eingebunden, wenn es da welche gegeben haben sollte.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, das war natürlich eine wesentliche Frage, was die Einstufung betrifft. Und kann es sein, dass man gemerkt hat, dass man da einen Fehler gemacht hat, und Sie eher so als Alibi dann herhalten sollten, so quasi: Ja, gut, der Aufsichtsratsvorsitzende, der Herr Eichelmann, erfahrener Finanzmarktkenner, hat auch jetzt gesagt, er meine, dass - - eine Finanzholding sei - - Das heißt, man hat Sie mehr oder minder mit dieser Frage konfrontiert, um ein Alibi für die bisherige Situation zu bekommen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Den Eindruck hatte ich nicht, ehrlich gesagt. Und, wie gesagt, man muss ja auch von der inhaltlichen Seite her kommen. Wenn die Firma immer mehr und immer weiter in das Finanzdienstleistungsgeschäft auch der AG einsteigen will, da scheint es mir logisch zu sein, dass dann auch damit verbunden immer mehr Regulierungen irgendwie auf die Firma zukommen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich teile Ihre Auffassung, dass das eine der schwerwiegenden Fehleinschätzungen war, dass man das Ganze nicht als Finanzholdingkonstrukt anerkannt hat und damit natürlich auch in die gesamte Prüfung der BaFin eingebracht hat. Das entpuppt sich natürlich jetzt als wesentliches Problem.

Jetzt ist natürlich die Frage für uns: Kamen Sie niemals auf die Idee, auch aufgrund der "Financial Times", des Zatarra-Berichts und dieser ganzen Vorwürfe, auf eine Art forensische Betrachtung des Unternehmens - - Das heißt also - - Ich denke mal, man macht sich ja dann Gedanken: Ist da mehr dahinter, wie man jetzt da das bei einer normalen Unternehmung vermutet?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Aber das war ja einer der Gründe, warum wir KPMG beauftragt haben. Wenn Sie sich den Auftrag anschauen, der an KPMG gegangen ist, dann ist es ja eine ganz klassische forensische, sogar noch weiter gehende Untersuchung, weil wir die komplette Methodenhoheit irgendwie in die Hände von KPMG gelegt haben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja. Gut. Das ehrt Sie ja. Das war ja auch von mir schon honoriert, dass Sie das gemacht haben, mutig und mit Rückgrat. Jetzt nur: Wie war das, gab es da einen Aufschrei im Aufsichtsrat, dass Sie sich da durchgesetzt haben, oder - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, da war kein Aufschrei notwendig; das war einhellige Meinung im Aufsichtsrat. Noch mal der Ablauf: Der Ablauf war der, dass der damalige Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Matthias, angesprochen wurde von einem Redakteur der "Financial Times" und sich sehr abschlägig gegenüber einer solchen Forderung geäußert hat. Diese Äußerung führte im Aufsichtsrat selbst - ich meine, an diesem Freitag um den 17./18. Oktober herum - zu einer Aufsichtsratstelefonkonferenz. Und da hat dann auch der Herr Matthias seine Meinung geändert. Dann kam noch der Vorstandsvorsitzende selber dazu, der Dr. Braun, und schlug auch vor, dass wir jetzt nicht mehr anders können, als sinnvollerweise eine Sonderuntersuchung anzuberaumen. Dann gab es die Frage: Wen nehmen wir dafür, und welche Methodikkombi wählen wir dafür? Und das lief alles an diesem Wochenende durch. Und es gibt einstimmige Beschlüsse nach meiner Kenntnis - im Aufsichtsrat war ich selbst dabei und im Vorstand irgendwie nach meiner Kenntnis auch: einstimmiger Beschluss, das entsprechend durchzuführen als Sonderuntersuchung.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, aber wenn ich die Protokolle mir anschaue, haben doch die Herren Braun und Marsalek immer wieder neue Ausreden erfunden, warum die Konten nicht nachzuweisen waren und warum das und das belegmäßig nicht stattgefunden hat. Und man hat immer Nachbesserung

versprochen. Das kam dann nicht. Also: Die Protokolle sagen aber doch eigentlich was anderes aus.

Zeuge Thomas Eichelmann: Sie haben ja gefragt irgendwie, ob es nicht Anlass gegeben hätte zu einer Beauftragung. Die Beauftragung ist ja erfolgt, wie gerade dargestellt. Und am Ende des Tages ist es auch so, ja: Wir haben den Auftrag, finde ich, relativ schnell erteilt. Die KPMG hat im Laufe des Novembers das Team hochgefahren. Kurz vor Weihnachten irgendwie kam das Ding richtig in Gang. Und im Nachhinein betrachtet, muss man auch mal sagen, dass es doch relativ schnell zu einem intensiven Ergebnis kam, also für ein DAX-Unternehmen im Rahmen und parallel zu einer Abschlussprüfung.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Haben Sie die EY-Leute mal gefragt, warum bei ihren bisherigen Prüfungen keine Bankbestätigungen angefordert wurden oder - - Was sagen die denn dazu?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, das war die Diskussion, die ich vorher beschrieben habe. Ende, na, ich glaube, Anfang Februar in 2020, da gab es diese Grundsatzdiskussion - im wahrsten Sinne des Wortes, nämlich Grundsatzabteilung und Prüfer EY, Grundsatzabteilung und Prüfer KPMG - in den Räumlichkeiten von KPMG in München. Und da wurde hin und her diskutiert mit irgendwelchen Fachgutachtern, die entsprechend belegen wollten, dass der eine recht hat und dass der andere recht hat. Am Schluss, wie gesagt, fand ich wichtig, in der Pragmatik darauf hinzuweisen, dass wir jetzt mal eine Probeüberweisung anfordern, um zu wissen, ob das Geld überhaupt da ist, ja? Und diese Diskussion wurde ja bis zum Schluss nicht aufgelöst.

Und ich hatte vorher auch darauf hingewiesen, dass auch am Schluss dann, gegen Ende der Übung, im Laufe des Juni, also quasi nach Vorlage des KPMG-Berichtes, die Diskussion dann wieder aufbrandete, wie wer nun die Unternehmung richtig sieht und richtig prüft, ja?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Hat EY gesehen, dass da ihnen die Felle

Nur zur dienstlichen Verwendung

davonschwimmen? Weil es ist doch das Wichtigste und Grundsätzlichste einer Prüfungshandlung, dass die erforderlichen Bestätigungen vorliegen. Das sagt ja auch die Wirtschaftsprüferkammer. Alle bestätigen, dass das einfach von EY nie zur Diskussion hätte gestellt werden müssen. Das ist ein absolutes Muss. Wie haben sich die da verhalten? Das kann man sich eigentlich gar nicht vorstellen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Na, wie gerade eben beschrieben - ich kann mich da nur wiederholen -: indem sie immer wieder neue Gutachten und Ansätze gefunden haben. Und dieser sozusagen Methodenstreit, nennen wir es mal, zwischen EY und KPMG, der wurde an der Stelle nicht aufgelöst, ja? Weil ist klar: Die haben ja mehrere Jahre das sozusagen anders bewertet, als KPMG das bewertet hat. Und die Vergangenheit können die ja nicht zurückdrehen. Was sollen sie denn sagen? Die haben zehn Jahre lang das geprüft, mit dem Ergebnis, das Ihnen bekannt ist, ja?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, der Methodenstreit kann ja auch irgendeinen Hintergrund haben. Was kann das für einen Hintergrund haben? Dass EY den Prüfungsauftrag und Bilanzierungsauftrag nicht verlieren wollte? Oder gab es persönliche Verbindungen? Gab es da bei Ihnen irgendwelche Vermutungen im Hintergrund?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das ist jetzt reine Spekulation. Ehrlicherweise hätte ich jetzt gedacht, das ist eine Frage, die an EY zu stellen ist und nicht an mich, ja?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, EY hat bisher ja nichts ausgesagt; die werden wir morgen dazu befragen. Die haben ja versucht, den Ausschuss zu umgehen mit ihrer Aussageverweigerung. Und Sie machen das Gott sei Dank nicht.

Jetzt ist natürlich die Frage bei mir im Raum: Sie wussten von McCrum, Sie wussten von Matthew Earl - also Zatarra-Bericht - und von der "Financial Times". Sind Sie bei Ihren Erfahrungen und Betrachtungen nicht auch vielleicht mal in die Gedanken gekommen, dass das richtig ist, was

McCrum sagt - dass dieses schnelle Wachstum bei diesem Unternehmen gar nicht sein konnte -, oder bei Matthew Earl, der uns hier erklärt hat: "Bei Wirecard hat es sich um ein Konstrukt nach einem Schneeballsystem gehandelt"?

Zeuge Thomas Eichelmann: Matthew Earl ist doch der Herr, der -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): ... den Zatarra-Bericht.

Zeuge Thomas Eichelmann: - den Zatarra-Report verfasst hat. Ich meine, immerhin irgendwie hat die Staatsanwaltschaft nach meinem Verständnis gegen Matthew Earl ermittelt. Also, ich werde mich jetzt bei Gott nicht als Hobbyaufsichtsrat über die Staatsanwaltschaft stellen.

Und ich kann es einfach nur wiederholen: Die KPMG-Übung war ja dazu gedacht - - Vielleicht hätte ich es besser erklären müssen. Da wurde ja alles gesammelt, was es bislang an Untersuchungen gab auf der einen Seite, und es wurde alles zusammengesammelt, was es an Vorwürfen gab. Und es sind ja während des KPMG-Untersuchungszeitraums noch neue Vorwürfe auch an die Firma herangetragen worden. Und das war alles der Untersuchungsgegenstand für KPMG. Und das ist ja dann Stück für Stück sozusagen abgearbeitet worden.

Ich habe auch geschrieben, die MCA-Website - - Es war ja nicht alles richtig, was da vorgeworfen wurde, aber der Kernvorwurf waren ja diese Kunden- und die TPA-Geschäfte. Und das war ja das, was dann später auch dazu geführt hat, dass Wirecard zusammengebrochen ist, das heißt die Ermittlung der Tatsachen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Eichelmann, ich muss einfach zur Ehrenrettung des Herrn Matthew Earl als Zeuge hier, der uns auch - und das hat die Oberstaatsanwältin Bäumler-Hösl bestätigt - - einfach nach Deutschland gekommen ist, aus einer Verpflichtung heraus, hier zu dem Problem Wirecard Licht ins Dunkel zu bringen - - Der hat dann ohne Anerkennung einer Rechtsposition quasi eine relativ kleine Strafe hingenommen. Er wurde, also,

Nur zur dienstlichen Verwendung

weder vorbestraft noch sonst etwas damit. Das klingt bei Ihnen so an: Na, die Staatsanwaltschaft hat ja den Herrn Matthew Earl auch da mehr oder minder angegangen. - Also, das ist ja immer die gleiche Story, die mit dem Leerverkaufsverbot, mit der Beschuldigung der Staatsanwaltschaft - - Und wenn man dahinterschaut, war das alles eine Schimäre. Das will ich nur mal deutlich machen. Das kann man nicht machen, diesen Herrn Earl, der wirklich beitragen wollte wie Sie ja auch - - dass man den irgendwo für irgendwas Negatives benutzt. Das möchte ich hier noch mal ausdrücklich im Interesse des Herrn Earl auch für den Ausschuss hier deutlich machen.

(RA Dr. Rainer Spatscheck: Kommt gleich noch eine Frage?)

Zeuge Thomas Eichelmann: Aber das habe ich doch gar nicht getan, oder? Also, das habe ich doch gar nicht getan. Ich habe es - -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Sie haben schon anklingen lassen, die Staatsanwaltschaft hat ja ermittelt, ne? Ich meine, die hat ihn gebeten, mal alles auf den Tisch zu legen, und der Herr Earl hat dementsprechend auch dann die Meldung der Staatsanwaltschaft bekommen. Das meiste ist verjährt. Aber, also, das war nicht so, dass man das vom Tisch räumen konnte, was er hier offenbart hat.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, der Zatarra-Report, Herr Dr. Michelbach, der ist ja erstellt worden weit vor meinem Engagement bei Wirecard.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Das ist richtig.

Zeuge Thomas Eichelmann: Und der Zatarra-Report war ja auch noch mal Gegenstand von KPMG. Und das Ergebnis von KPMG ist doch eindeutig. Also, von daher, wenn Sie so wollen, hat ja der Matthew Earl in diesem Punkt im Nachhinein recht gehabt, ja? Also, ich glaube, wir haben hier ein Missverständnis. Weil ich habe nichts gegen den Mann. Ich kritisiere den auch nicht. Ich wollte nur sagen: Wir haben damals sowohl die Positionen für Wirecard als auch die

Kritikpunkte an Wirecard zusammengesammelt und KPMG um eine Einwertung gebeten. Und das war der Grund. Und wie Sie wissen, sind ja da viele Leute auch bei KPMG beschäftigt worden, genau weil das einfach eine irre Anzahl von Arbeitsschritten war, die da durchzuführen gewesen sind. Aber ich kann es leider nur so erklären. Mir fällt jetzt auch nichts mehr ein, wie ich es noch mal erklären soll, ja?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/ CSU): Nein, ich respektiere ja, dass Sie das Missverständnis jetzt aufgeklärt haben. Und das wird auch im Protokoll ja dementsprechend festgehalten. Aber im Nachhinein muss man ja sagen, dass, also, diese Aussage vom Zatarra-Bericht und auch von McCrum, dass das Ganze so eine Art Tarnmodell war, mit der Strategie, eine Wirecard Bank vorne hinzustellen, 56 Gesellschaften hintendran, keine Finanzholding damit darzustellen und die Prüfung durch die BaFin nur auf die im Schaufenster stehende Wirecard Bank, also eine Art Versteckspiel - - Und das hat sich ja letzten Endes, so wie wir es jetzt im Ausschuss ermittelt haben, mehr oder minder bewahrheitet. Ich weiß nicht, das haben Sie aber nie so, sagen wir mal, forensisch betrachtet. Oder hatten Sie nie Anlass, so ähnliche Gedanken zu haben, wie sich das jetzt für uns darstellt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Aber wir haben doch forensisch geprüft. Ich glaube, die umfangreichste forensische Prüfung, die es jemals bei einem DAX-Unternehmen gegeben hat, war die KPMG-Untersuchung, die irgendwie am 31. Oktober 2019 beauftragt wurde und dann in dem sozusagen Zwischenergebnis am 28. April 2020 ein Zwischenhoch gefunden hat und später dann irgendwie beendet wurde mit dem Nachweis, dass das sozusagen ein nicht vorhandenes Geschäftsmodell ist. Das ist ja alles Forensik.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, gut, das akzeptiere ich, die Aussage. - Ich wollte jetzt nur noch abschließend wissen: Was sollten wir beim neuen Gesetz FISG noch berücksichtigen aus Ihrer Erfahrung heraus auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Wirecard AG und natürlich auch aufgrund Ihrer beruflichen Hintergründe? Was ist Ihre Auffassung, was

Nur zur dienstlichen Verwendung

sollte - - Sie haben sich ja da sicher schon mit befasst.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, aus Sicht des Aufsichtsrates zunächst mal finde ich: Dieses eine Element des schweizerischen Modells - wo es ja nicht Aufsichtsrat, sondern Verwaltungsrat heißt -, der schweizerischen AG, das eine Funktion innerhalb der AG, was sich mit Originärdaten und Primärdaten beschäftigt - in dem Fall wäre es jetzt beispielsweise Leiter der internen Revision - - dass der nicht mehr nur an den Vorstand berichtet und auch nicht nur konsultiert werden darf und so - das wäre mir jetzt persönlich zu wachsweich -, sondern dass diese Person an den Aufsichtsrat berichtet - - Der Aufsichtsrat stellt den ein - oder die; kann natürlich auch eine Dame sein -, der Aufsichtsrat befördert die, bestimmt über den Bonus, bestimmt über das Gehalt und auch über das berufliche Fortkommen, weil dann haben Sie eine echte Chance, da eine gewisse Gewaltenteilung, ein gewisses Vieraugenprinzip zu realisieren.

Zweitens hatte ich ja angedeutet, dass ich schon der Meinung bin, dass die Wirtschaftsprüferrotation eher befördert werden sollte. Ich weiß, dass es andere Positionen gibt hier im Gremium. Allerdings: Momentan könnten wir es theoretisch ja bis zu 20 Jahren ziehen. Da entsteht einfach zumindest das Gefühl, dass eine Nähe entstehen könnte.

Und was ich auch irgendwie bemerkenswert finde: Das wurde immer abgetan mit der Diskussion "Das geht nicht, weil wir dann zu wenig mittelständische Prüfer haben oder die Mittelständler, die mittelständischen Prüfungsgesellschaften, dann bei den großen Mandaten gar keine Chance mehr haben". Jetzt, mit dem Beispiel BDO bei SAP, bis vor wenigen Tagen immerhin das marktkapitalisierungsstärkste und sicherlich sehr international vernetzte Unternehmen, was wir in Deutschland haben - - zeigt ja, dass es doch gehen kann. Die haben da zwar noch nicht angefangen, aber zumindest irgendwie scheint es ja einen Ansatz dafür zu geben.

Also, das wären die beiden Dinge: bei den Wirtschaftsprüfern sozusagen die Trennung zwischen

Beratung und Prüfung vielleicht etwas zu verschärfen und die Prüfungsrotation auch irgendwie stärker zu begrenzen [sic!], als es bislang der Fall ist.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ist bei uns angekommen. - Haben Sie jemals mit dem Bundesfinanzministerium über Wirecard oder auch über das neue FISG irgendwo gesprochen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Nicht der Fall. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kav Gottschalk: Vielen Dank. - Ich schaue noch mal Richtung CDU/CSU. - Nein. Dann haben wir hier Zeit geschenkt. - Dann würde ich fragen: Ihrer Wahrnehmung nach: Ist dieser Prüfungsausschuss seitens des Vorstandes, was ja hier immer wieder anklingt, der ja eigentlich - das hat Frau Dr. Köhler hier mal ausgeführt - eher auch hilfreich ist, dass man sich koordiniert, dass der Prüfungsausschuss dann mit dem Wirtschaftsprüfer zusammenarbeitet, bessere Veränderungen vornimmt, ein Changemanagement vielleicht auch betreibt, aus Ihrer Wahrnehmung eher als störend, unnötig, vielleicht sogar feindselig betrachtet worden? Also, so eine Art Changemanagement, konnten Sie das in Ihrer Tätigkeit oder aus Gesprächen, die man sicherlich - so würde ich das ja tun - - Ihrer Vorgänger oder anderer Kollegen, die länger schon im Aufsichtsrat sind - - Sind Ihnen solche Schilderungen bekannt, oder sind solche Gespräche unter Kollegen geführt worden?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, erst mal zum Prüfungsausschuss als solchem. Es ist ja so: Der Hauptansprechpartner für den Prüfungsausschuss ist ja der Finanzvorstand, also der CFO.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Richtig.

Zeuge Thomas Eichelmann: Da muss ich ehrlich sagen, wie vorher schon gesagt: Ich fand das konstruktiv, also die Vorschläge, die wir eingebracht haben. Das bin ja nicht nur ich im Prüfungsausschuss; da gehörten ja auch der Herr Matthias

Nur zur dienstlichen Verwendung

dazu und auch die Frau Dr. Lauterbach. Die Vorschläge, die wir da gemacht haben, die sind von Herrn von Knoop aufgenommen worden und, soweit es möglich war, auch umgesetzt worden. Also, das Thema Halbjahresreview hat sich jetzt, glaube ich, erledigt. Aber da hatte ich das Gefühl, dass es eine konstruktive Art und Weise der Zusammenarbeit war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, da hat Ihnen auch keiner mal gesagt: Das war eigentlich vielleicht bis zur ersten forensischen Untersuchung, die dann 2017 im Nirwana verlief - - Also, der Eindruck drängt sich dort ja wirklich auf beim Wirecard-Vorstand: Die haben eigentlich immer erst was getan, wenn es gar nicht mehr zu verhindern war. Und alle haben dann irgendwo - - Das ist auch eine Bemerkung: Keine Fehler; wir haben konstruktiv gearbeitet. - Das ist so ein Satz, der begleitet uns hier ein halbes Jahr. Irgendwie hat keiner so richtig Fehler gemacht, und wir hatten die größte Firmenpleite in der deutschen Nachkriegsgeschichte zumindest. Und das legt für mich dann schon irgendwie - auch mit dem gesunden Menschenverstand, um Sie da zu zitieren - mal nahe: Da sind wohl doch Fehler gemacht worden. Weil wenn keiner Fehler gemacht hätte, dann müsste Wirecard ja heute vielleicht bei 200 Euro stehen, ihr Basket, der müsste durch die Decke gehen, und alle wären glücklich.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau das ist falsch. Der Basket ist nach oben begrenzt; da gibt es einen maximalen Zins.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da hält sich mein Mitleid jetzt in Grenzen, Herr Kollege.

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber vielleicht noch mal einfach die Frage: Ist Ihnen da was zugetragen worden, dass vor Ihrer Zeit und insbesondere - - Also, ich würde den Hinweis geben an den Nachfolger: Pass mal auf, du musst da aufpassen. Dieser Vorstand rührt sich nur, wenn du ihm extremst auf die Füße trittst und vielleicht dann auch mal die "Financial Times" und ein paar andere kritisch berichten; dann tun die

mal was. Aber da muss man schon schieben, drücken und vielleicht auch noch sozusagen Berichterstattung von außen haben; dann bewegen die sich mal. - Gab es solche Hinweise seitens des Aufsichtsrates Ihnen gegenüber?

Zeuge Thomas Eichelmann: Zu Einzelproblemen gab es Hinweise, zu Einzelthemen, aber nicht dazu.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie die nennen? Welche waren das beispielsweise?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na, zum Beispiel das Thema Compliance. Da ist ja dieses relativ große Projekt angeschoben worden, dann eben in der sehr detaillierten Umsetzung mit PwC. Das ist sicherlich ein Thema gewesen, was doch einiges an Änderungen gebracht hat. Das Problem in der Darstellung auch des Aufsichtsrates, zumindest des, sagen wir mal, älteren Aufsichtsrates, ist ja, dass die Dinge, die angeschoben worden sind, gar nicht mehr richtig zur Entfaltung gekommen sind. Und da stellt sich natürlich jedem die Frage: Warum hat man das nicht schon fünf Jahre vorher gemacht?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, genau.

Zeuge Thomas Eichelmann: Aber nur weil ich jetzt als Letzter bin - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, Sie haben die Frage jetzt ja verklausuliert schon bestimmt zehnmal mir gegenüber gemacht. Ich kann sie Ihnen leider nicht beantworten. Wenn ich vor zehn Jahren Aufsichtsrat gewesen wäre, kann ich hypothetisch sagen, hätte ich es anders gemacht. Ja, wahrscheinlich hätte ich es anders gemacht, aber - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die wollen wir nicht, hypothetische Fragen und "hätte", "wenn" und "aber", nein. - Also, dann noch mal eine konkrete Frage: 2016 - ich will das noch mal - den Ball noch detaillierter aufnehmen von Dr. Toncar. Herr Jaffé hat hier ausgeführt auf eine Frage von mir in diesem Gespräch, wann, würde

Nur zur dienstlichen Verwendung

er denn sagen, war dieses Geschäftsmodell - -Oder: Wann lag ein negativer Cashflow vor, wenn man das TPA-Geschäft wegnimmt? Und er hat hier relativ klar ausgeführt in dem Gespräch: Ab 2016, wenn man das TPA-Geschäft rausnimmt aus dem Konzern, hatte Wirecard bereits einen negativen Cashflow. - Das hat ganz ruhig und sachlich Herr Jaffé hier festgestellt. Und die Feststellung - Sie haben es eben selbst gesagt -, so fünf Jahre und "hätte" - - Und da stellt man sich natürlich die Frage: Eine renommierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist im Unternehmen, man hat einen Aufsichtsrat, und keiner stellt irgendwie über diesen Zeitraum - das ist 2016, 17, 18; 19 sind Sie dann dazugestoßen - - Wir sprechen also über vier Jahre, in denen niemand im Unternehmen - nun hatte EY ja auch nebenbei noch unternehmensberatende Aufträge - feststellt: Passt mal auf, seit 2016 haben wir, wenn wir das TPA-Geschäft, was dann auch noch in Asien größtenteils sich abspielt - - einen negativen Cashflow.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich glaube, wir drehen uns irgendwie so ein bisschen im Kreis an der Stelle. Also, ich kann jetzt für mich sprechen: Ich habe nach dem Workshop irgendwie ungefähr vier Wochen oder fünf Wochen gebraucht, um die Frage zu stellen, und wir haben die relativ konsequent umgesetzt.

Das Problem für den Aufsichtsrat - - Und ich will da gar keine Lanze brechen für die ehemaligen Aufsichtsratskollegen, insbesondere nachdem ich da überhaupt nicht dabei war in den Vorjahren. Aber es stellt sich natürlich schon die Frage: Wenn Sie keinen Zugang zu den Daten haben, kriegen Sie auch die Analyse nicht. Was hat Herr Dr. Jaffé gemacht? Herr Dr. Jaffé verfügt über ein ganzes Heer wahrscheinlich von Beratern, die seit Monaten nichts anderes machen, als jeden Stein umzudrehen - was ja auch gut ist, weil er nämlich da unter jedem Stein guckt -, noch einen Wert zu identifizieren, um die Geschädigten möglichst irgendwo noch, zumindest ansatzweise und teilweise, kompensieren zu können. Das verdient auch allergrößten Respekt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber das zeigt ja auch eine Verbesserung für die Zukunft. Wenn ein Aufsichtsrat nicht zumindest auf einem Auge blind sein sollte, müsste das ja in Zukunft - -Wenn wir sagen: "Wir wollen auf Nummer sicher gehen alle zusammen, dass sich kein Wirecard II ereignet", dann müssen wir genau diesen Umstand, glaube ich, zusammen ändern.

Letzte Frage, weil meine Zeit ist jetzt auch knapp: Gab es denn mal in Ihre Richtung ein Whistleblowing? Wir haben jetzt zwar festgestellt, bei der BaFin funktionierte das nicht so richtig, die Bundesbank will da auch noch ein bisschen mehr an sich arbeiten - wenn man nämlich auf die Homepage guckt: das ist schon so ein bisschen versteckt, wenn man da als Whistleblower tätig werden will -, aber trotzdem: Innerhalb des Unternehmens - neuer Aufsichtsrat kommt; Sie machen den Eindruck, und das haben Sie ja auch bewiesen, dass Sie da Ihren eigenen Weg gehen, sich nicht beeindrucken lassen -, gab es da Whistleblower, Hinweise von Mitarbeitern oder außenstehenden Personen in Ihre Richtung konkret, -

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - die Ihnen vorgelegt worden sind, Ihnen zugeschickt worden sind per Mail, per Post, wie auch immer?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Mir direkt gegenüber nicht, nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also kein Whistleblowing.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann bin ich auch jetzt schon hier leicht im Minus. - Dann geht es weiter mit Dr. Zimmermann. Bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Der Kollege Michelbach und der Kollege Hauer haben Sie ja jetzt schon mehrfach nach diesem Thema Finanzholding befragt. Und Sie haben einfach nicht das gesagt, was die hören wollten.

(Zuruf: Doch!)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Und bei Ihnen sage ich es jetzt, oder wie?

(Heiterkeit des Zeugen)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nee, nee, nee. Ich will ja was anderes hören. Deswegen setze ich noch mal an. - Nein, Spaß beiseite. Aber ist Ihnen, wie Sie das übernommen haben - - Wissen Sie, seit wann dieses Thema virulent war innerhalb der Wirecard, also diese Einstufungsfrage, der entsprechende Austausch, den es da gab, was die Einstufung angeht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, weiß ich wirklich nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es war nämlich schon seit 2017 der Fall, dass man darüber gesprochen hat. Und die Wirecard hatte versucht, eigentlich dieser Einstufung aus dem Weg zu gehen durch eine Umstrukturierung, die man geplant hatte, aber dann nie umgesetzt hat. War das mal Thema bei Ihnen, also die Bank und die Acquiring & Issuing umzustrukturieren?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Mittelbar war das mal eine Diskussion. Es gab ja einen Strategievorschlag und einen Organisationsvorschlag aus der Wirecard heraus, wie man sozusagen zukünftig das Geschäft noch verbessern möchte; Stichwort eben auch "Finanzdienstleistungen". Es gab da diese Plattform Boon, die ja nie zu einem, sagen wir mal, signifikanten Geschäft ausgebaut wurde; ich hatte es vorher vielleicht etwas vereinfacht zusammengefasst. Man wollte noch weiter in das Finanzdienstleistungsgeschäft hinein. Das gab es; aber da sind wir nicht vertieft drauf eingestiegen.

Und einfach noch mal zur Erinnerung: Diese - wie soll ich sagen? - KPMG-Übung und parallel EY-Übung, das war jetzt nicht ganz ohne. Und der Aufsichtsrat, der hatte, wie auch vorher ausgeführt, kein Aufsichtsratsbüro, gar nichts. Wir hatten noch Corona, und wir hatten irgendwie einen Leiter im Aufsichtsratsbüro - der kam am 1. April - und dazu irgendwie eine sehr, sehr gute, finde ich, rechtliche Begleitung. Und damit haben wir das Ding vorangetrieben. Mehr gab es da

nicht, ja? Also, von daher waren die Ressourcen an der Stelle eben auch beschränkt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Aber Sie hatten ja eben gesagt, dass Ihre Einschätzung dann zu dem Zeitpunkt, als Sie Aufsichtsratschef waren, klar war: Es ist eine Finanzholding.

Zeuge Thomas Eichelmann: Meine Einschätzung war, dass es nahelag, ja. Das ist richtig. Ich habe das ja, ich sage mal, an Argumenten, an Sachargumenten aufgehangen, Thema Treasury. Und wenn die zukünftige Strategie ist, vor allem auch Konsumentenkreditgeschäft aus der AG heraus zu betreiben, finde ich das relativ klar. Und ich finde es, ehrlich gesagt, in der Wirecard-Situation - - Es ist ja so: Wenn jetzt alles super ist, dann kann ja man manchmal zu viel Regulierung als negativ empfinden und auch sagen: Eigentlich ist es für die Shareholder schlecht, für die Aktionäre, weil da werden Kosten entstehen durch diese Regulierung. Warum muss man die tragen, wenn es auch ohne geht? - Hier, Wirecard in dieser, sagen wir mal, schwierigen Reputationslage über Jahre hinweg, ist es doch gut, finde ich, wenn es eine ordentliche Governance gibt. Im Prinzip hätte man - Thema IKS - nicht irgendwie mit dem Mittelfeld mitschwimmen müssen, durchschnittlich, sondern hätte wirklich irgendwie da quasi einmal die Entwicklung überspringen und wirklich ein hervorragendes System installieren müssen. Das war eigentlich der Antrieb, den ich mir vorgestellt hätte. Und das Gleiche gilt für die Regulatorik, weil Wirecard mit einer hervorragenden Reputation ist ja besser und ein aussichtsreicheres Geschäftsmodell - um es vereinfacht darzustellen - als ein weiteres Durchwursteln. Und deswegen wäre mir der Regulator als Partner, kann man fast schon sagen, recht ge-

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, der Regulator hat das im Prinzip genauso gesehen, aber es gab dann eben auch wieder teuer bezahlte Gutachten von irgendwelchen Kanzleien, die dann eben das Modell einer Umstrukturierung entwickelt haben, zu der es dann nicht gekommen ist.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, aber das eine ist eine betriebswirtschaftliche Betrachtung, das andere ist eine juristische.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja. - Zum Abschluss habe ich mich noch gefragt: Haben Sie eigentlich die "Financial Times" gelesen?

Zeuge Thomas Eichelmann: Irgendwann mal oder jeden Tag? Also, ich habe die - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, nein. Also, ich erzähle Ihnen, wie die Geschichte geht. Die Geschichte geht so: Hätten einfach alle immer nur die "Financial Times" gelesen - - Das war ja ganz einfach; da stand ja alles drin. Und sozusagen jetzt sind Sie der Aufsichtsratsvorsitzende. Man erwartet das eigentlich von jedem, der staatlicher Akteur ist. Da macht man sich immer lustig darüber, dass man das nicht gelesen hat, weil das ja alles so einfach war. Und jetzt sitzen Sie hier als ehemaliger Aufsichtsratschef, und deswegen, dachte ich, frage ich Sie doch auch noch mal, ob Sie nicht auch "Financial Times" gelesen haben, weil dann hätten Sie es doch gewusst.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich weiß nicht genau, ab wann ich es hätte wissen müssen, aber ich habe ja schon geliefert, bevor ich Aufsichtsratschef wurde. Also, denken wir noch mal irgendwie: Ich bin reingekommen. Ich habe das Unternehmen ansatzweise verstanden nach dem Aufsichtsratsworkshop; der fand Ende August statt. Und wir hatten bereits Mitte Oktober - gegen die Meinung, gegen die erstmalige oder die instinktive Meinung des alten, noch amtierenden Aufsichtsratsvorsitzenden - diese Sonderuntersuchung. Als ich Chef war, Aufsichtsratschef wurde, brauchte ich sie gar nicht mehr lesen, weil da haben wir ja schon untersucht. Aber ich habe natürlich diese Artikel zumindest mal quergelesen, weil es kam ja eine ganze Flut von Anschuldigungspapieren. Ich nehme an, das liegt Ihnen alles vor; da werden Sie das ja sehen. Wenn man das wirklich alles Wort für Wort lesen würde, dann hätte ich jetzt noch niemanden beauftragt, weil das einfach viel zu viel ist irgendwie, um als Einzelperson das durchzugehen. Aber natürlich haben die "FT"-Artikel und vor

allem vom Timing her - - Diese direkte Ansprache von dem Herrn, von dem deutschen Korrespondenten von der "FT", an den Herrn Matthias war der Auslöser vom Timing her, das zu tun. Wenn Sie mich aber fragen - ich kann Ihnen das nicht beweisen -: Ich hätte ohnehin beauftragt, weil ich niemals was billige als Aufsichtsrat, wo ich nicht vorher hundertprozentig verstanden habe, was da drinsteckt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann schaue ich weiter. - Kollege Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, vielen Dank. - Herr Eichelmann, auch wenn wir schon mal drüber gesprochen haben, würde ich einfach gerne noch mal, auch fürs Protokoll und für die weitere Verwendung der Informationen morgen, bitten - also, nicht missverstehen; Sie haben darüber schon gesprochen -, dass Sie noch mal im Zusammenhang darstellen am 8./9. Juni diese Diskussion um die Frage "KPMG-Audit nach hinten schieben". Da war die Rechtsberaterin des Aufsichtsrats tätig, Sie waren tätig. Es gingen E-Mails hin und her. Die gingen an verschiedene Prüfer, ich glaube, an Herrn Orth und Herrn Dahmen; das sind die Namen, die mir was sagen. Können Sie noch mal darstellen, wer am 8. und 9., vor allem am 9., glaube ich, was gegenüber wem kommuniziert hat - damit wir dann auch morgen noch mal weiterfragen können -, in welcher Reihenfolge?

Zeuge Thomas Eichelmann: Um das vernünftig irgendwie zu sagen, müsste ich die E-Mails jetzt alle noch mal durchlesen. Ich erinnere mich wie folgt: An dem Freitag - - Und ich habe immer Schwierigkeiten, wenn Sie mich auf einzelne Daten ansprechen. Sie haben ganze Heerscharen von Stäben, die Sie da irgendwie vorbereiten. Wenn Sie mir einen Kalender von 2020 hinlegen, dann kann ich Ihnen das besser erläutern. Es gab einen Freitag, also Einzelzahl Juni, 6., 7., ich weiß es nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): 5. ist der Freitag. Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thomas Eichelmann: Gut, 5. Juni. - Da erinnere ich mich irgendwie an ein Gespräch mit dem Herrn Dahmen und der Frau Gärtner als Rechtsberaterin. Ob der Herr Dahmen alleine war oder ob da noch weitere dabei waren, das weiß ich nicht. Und da ist uns gegenüber zumindest der Eindruck vermittelt worden - also, an den Wortlaut erinnere ich mich nicht -, dass EY leichter - oder testieren würde, wenn KPMG unterbrochen oder abgebrochen werden würde. Und das fanden wir beide - wir waren nicht zusammen in einem Raum; es war eine Telefonkonferenz -, also die Frau Gärtner und ich, danach im Austausch bemerkenswert.

Daraufhin hat Frau Gärtner auch noch mal Kontakt zu dem Herrn Orth aufgenommen*, weil der Herr Orth ja eigentlich - ich nenne es mal - so eine Art Qualitätssicherungs-, Risikomanagementfunktion bei EY hatte. Und ich muss auch sagen: Mit dem Herrn Orth, auch zu Beginn der KPMG-Prüfung, haben wir nach meinem Eindruck sehr konstruktiv und gut zusammengearbeitet. Also, ich habe da null - wie soll ich sagen? - Grund, mich an der Stelle über EY oder den Herrn Dr. Orth zu beklagen. Im Gegenteil: Der war da sehr hilfreich. - Aber das fanden wir außergewöhnlich.

Dann kam von dem Herrn Orth eine etwas andere Formulierung, also: "Nee, so kann man das nicht sehen, aber vielleicht doch" usw. Und am Schluss wollten wir es bei diesem wichtigen Punkt nicht darauf ankommen lassen, dass am Schluss irgendwie eine Art Missverständnis von A zu B und "Der hat das verstanden" und "Der hat das gesagt" und Ähnliches - - sondern irgendwie der Gedanke war - den die Frau Gärtner umgesetzt hat -, eine eindeutige E-Mail zu schreiben und KPMG*, ich sage mal, zu einer Position, zu einem Positionsbezug aufzufordern, was sie ja getan hat. Und dann kam die E-Mail eben zurück. Ob das jetzt am 8. oder am 9. war*, das weiß ich nicht. Da müssten Sie mir jetzt mal den E-Mail-Verkehr geben; dann muss ich es in Ruhe durchlesen, dann kann ich Ihnen das sagen. Aber die E-Mails liegen vor, und die sind ja eindeutig in meinen Augen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich kann die - - Oder haben Sie es gerade gekriegt? Dann können Sie es ja vielleicht doch mal sagen.

(RA Dr. Rainer Spatscheck: Sie können die - - Ich nehme an, dass Sie die auch haben, ne?)

Zeuge Thomas Eichelmann: Und das war ja auch das - - weil mir klar war, dass das wichtig war. Das hatte Herr Dr. Spatscheck ja vorhin - freundlicherweise haben Sie ihm ja das Wort erteilt -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja.

Zeuge Thomas Eichelmann: - ausgeführt. Nach meinem Verständnis hat er das bestätigt, was ich gesagt habe, aber - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Total. Ich wollte es nur noch mal im Zusammenhang hören. - Haben Sie noch was, was Sie aus den E-Mails, die Sie gerade - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Wenn Sie mir eine Chance geben, kurz - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ich gebe Ihnen alle Chancen. Es geht ja nur um die Klärung der ganzen Sache. Das ist ja auch ein wertvoller Punkt.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann würde ich gleich noch eine Bitte für den Ausschuss als Ausschussvorsitzender äußern: Können wir Ihnen die Mails, die Blätter, gleich ganz kurz abnehmen? Dann würde jemand vom Ausschusssekretariat die kopieren, damit wir sie dann hier entsprechend auch zu den Unterlagen als Beweismaterialien hätten. Wäre das möglich? - Dann würde ich gleich jemanden - - Ich weiß nicht, könnte der Kollege Fleischer - - Könnten Sie dann, wenn das möglich wäre, die Mails und die Blätter einkassieren? Dann würden wir das gleich kopieren.

(Zuruf)

Nur zur dienstlichen Verwendung

- Nee, heute Abend noch. Was wir haben, haben wir.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, wegen mir können Sie es kopieren. Meines Erachtens irgendwie steht genau das drin, was ich die ganze Zeit sage.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das wäre toll. Dann würde ich sagen, Herr Fleischer kommt zu Ihnen. Sie kriegen die auch gleich zurück.

> (RA Dr. Rainer Spatscheck: Sie müssten die ohnehin bei sich schon haben!)

- Ich weiß es jetzt nicht. Wenn mein Sekretariat sagt, zur Sicherheit - - Nicht dass wir dann doch - - Wir haben ja doch ein paar Terabyte. Insoweit: Dann haben wir es sicher, und dann passt das doch. Und das ist sehr nett von Ihnen, dass Sie da mit uns kooperieren.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, gerne. - Also, noch mal: -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ein Riesendankeschön. Super. Danke.

Zeuge Thomas Eichelmann: - Ich merke, Sie versuchen, mich da irgendwo hinzu- -

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, Sie haben die Korrespondenz jetzt? Weil dann müssen Sie es hier nicht mehr mündlich vortragen, wenn das, was Sie haben - ich weiß es ja nicht -, das alles - -

> (Einem Mitarbeiter des Ausschusssekretariats werden Unterlagen übergeben -RA Dr. Rainer Spatscheck: Das ist der komplette Thread!)

- Gut. - Dann habe ich noch eine andere Frage: Wann haben Sie denn zum ersten Mal eine Meldung bekommen von EY oder Kenntnis von einer Meldung nach Artikel 12 Abschlussprüferverordnung? Die Abschlussprüferverordnung verpflichtet den Prüfer ja, bei bestimmten qualifizierten Straftaten eine Meldung abzugeben. Haben Sie da in Ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender im Juni 2020 von einer Meldung von EY an eine deutsche Behörde Kenntnis erlangt? - Also, wenn es Ihnen jetzt nichts sagt, müssen wir es nicht künstlich auffrischen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, fällt mir jetzt -- Kann sein, fällt mir aber jetzt aktuell ad hoc nicht ein. Wir haben damals die ganzen Meldungen von EY bei dem Leiter des Aufsichtsratsbüros gesammelt; die sind alle irgendwie von der Frau Gärtner entsprechend kommentiert worden. Das sagt mir ad hoc jetzt nichts.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie haben gerade Herrn Gottschalk geantwortet, Sie seien so am 9. Juni ungefähr misstrauisch geworden. Vielleicht gebe ich es auch falsch wieder, dann müssten Sie es noch mal - - Aber es war der 9. Juni, wo Sie irgendwie nicht mehr so richtig dran geglaubt haben. Können Sie noch mal sagen oder erinnern - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee. Nee, nee, nee.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nee? Dann stellen Sie es klar.

Zeuge Thomas Eichelmann: Das war der Dienstag, an dem die Meldung von EY am Abend kam, und dann am Mittwoch danach die Meldung der zweiten philippinischen Bank, das war die Woche danach.

Dr. Florian Toncar (FDP): Dann war es der 16.

Zeuge Thomas Eichelmann: Korrekt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber der Wochentag war derselbe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich hatte jetzt geguckt - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Genau. Deswegen sage ich die ganze Zeit: Mit den Daten, -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz, stopp.

Zeuge Thomas Eichelmann: - Sie führen mich da aufs Glatteis, ja?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, nee, Sie hatten selbst "der zweite Dienstag im Juni" gesagt, und da habe ich - - steht in meinem Kalender - -

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, da haben Sie recht; da habe ich mich verzählt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, ist okay, dann ist es der 16.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, es war Dienstagnachmittag: EY informiert die BaFin, ohne den Aufsichtsrat in Kenntnis zu setzen; danach Telefonat mit der Rechtsberaterin; dann Rechtsberaterin und Eichelmann und Führung; dann Aufsichtsrat. Wir hatten aber null Unterlage und eine widersprüchliche Meldung seitens des Vorstandes. Aber am Mittwochmorgen - - Und EY hat die Unterlage auch nicht rausgerückt der ersten Bank. Am Mittwochmorgen kam die zweite Unterlage, die uns dann auch vorgelegt wurde. Und dann ging diese komische Diskussion mit dem Tolentino los: Alles ein Missverständnis. - Ab da war ich skeptisch und habe gehandelt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut, okay. Dann haben wir ja das Datum geklärt. Das war mir nur noch mal wichtig. Aber das war dann kurz vorher. Gut. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke, Dr. Toncar. - Dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Eichelmann, ich würde Sie gern noch mal fragen: Sie kennen die Aussage von Herrn Freis: "Nach einer Stunde war mir klar, dass es Betrug ist." Über welche Fähigkeiten verfügte Herr Freis, über die Sie als Vorsitzender des Controlling-Ausschusses nicht verfügten?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das weiß ich nicht. Keine Ahnung. Muss irgendjemand irgendwie - - **Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. Aber hatten Sie auch den Eindruck, dass ihm nach einer Stunde klar war, dass es Betrug ist?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, ich habe das ja vorhin kurz erwähnt: Wir haben den Herrn Freis sukzessive, sofern mir das möglich war, bevor er unterschrieben hatte als Vorstand, und dann unmittelbar danach, ich glaube, relativ gut gebrieft. Wir hatten zufälligerweise - - Und es ging ja um nichts anderes als um die Frage irgendwie: Sind die Konten da, oder sind sie nicht da? Wir hatten hier den Zufall, dass der Herr Dr. Freis mit einer ehemaligen Kollegin Kontakt aufnehmen konnte aus der Zusammenarbeit in der BIZ in Basel, wo der Herr Dr. Freis früher tätig war. Und diese Kollegin ist die Leiterin der Rechtsabteilung einer der beiden philippinischen Banken; ich weiß jetzt nicht mehr auswendig, ob es BPI oder BDO ist, auf jeden Fall eine von den beiden. Wir haben durch Zufall, nachdem wir ihn nominiert haben, noch abends - deutsche Zeit abends, mitten in der Nacht in den Philippinen - die Dame erreicht, die uns versprochen hat, am nächsten Morgen in ihre Unterlagen zu gehen, das zu überprüfen, ob die Konten existieren, ob sie nicht existieren. Und die hat sich dann bei dem Herrn Dr. Freis zurückgemeldet.

Und: Herr Dr. Freis hatte den Zugang zu den Primärdaten. Als Aufsichtsrat sehen Sie die nicht. Und zu dem Zeitpunkt, als Herr Dr. Freis anfing zu arbeiten, gab es keinen Marsalek mehr, der auf den Daten saß, und er hatte quasi direkten Zugang zu den wichtigen Datenlagen. Also, ich weiß jetzt, ehrlich gesagt, nicht - - Das hat irgendwie so den Eindruck, dass ich da irgendwas hätte anders machen sollen oder irgendwas falsch gemacht habe. Und wenn der Herr Freis das nach einer Stunde entdeckt, dann finde ich das super, weil ich habe ja den Herrn Freis ausgegraben und engagiert. Von daher bin ich ja froh, dass er es gefunden hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich finde das ja auch super. Ich frage ja nur nach, zum besseren Verständnis. - Sie haben vorher dargestellt, dass Herr Hufeld eigentlich ganz gerne da die Einstufung als Finanzholding vorgenommen hätte. Herr von Erffa hat vorher ausgeführt, dass er aus E-Mail-

Nur zur dienstlichen Verwendung

Korrespondenzen den Eindruck gewonnen hat, dass die BaFin über einen gewissen Zeitraum ganz glücklich war, wenn sie sich nicht die Aufsicht über die Wirecard AG heranziehen muss. Haben Sie jemals irgendwelche Korrespondenzen gesehen oder Schilderungen bekommen, die diesen Eindruck von Herrn von Erffa bestätigen könnten?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, die sind mir nicht bekannt, die Korrespondenzen, auf die Sie da abheben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Thomas Eichelmann: Wie gesagt, meine Gespräche zum Thema "Bank und BaFin-Kontakt", die liefen mit dem Herrn von Knoop, meines Erachtens richtigerweise, weil zum einen CFO, auf der anderen Seite eben in dieser, wie ich finde, etwas unglücklichen Doppelfunktion gleichzeitig Vorstand in der Bank. Und in dem Zusammenhang, kombiniert damit, dass die Firma sich weiterentwickeln wollte in Richtung Finanzdienstleistungen, lag das, wie gesagt, nahe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es wurde ja vorher schon mal die "Financial Times" angesprochen. Ist Ihnen noch erinnerlich, wann Sie das erste Mal die "FT"-Artikel vom März 2019 wahrgenommen haben, wo es vor allem um das TPA-Geschäft ging? Da wurden auch Bilder von drei Adressen veröffentlicht, wo sich angeblich die TPA-Partner befinden sollen. Ist Ihnen das erinnerlich?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, die Bilder sind mir nicht erinnerlich, aber dass die Artikel erschienen sind, ist mir erinnerlich, weil - wenn Sie sich erinnern - das war ja genau die Zeit, als die Auswahl für den Aufsichtsrat oder für die Ersatzgestellung im Aufsichtsrat für den Herrn Henseler gerade in die entscheidende Phase ging. Und da habe ich natürlich schon das gelesen, was veröffentlicht wurde. Ich kann jetzt auch nicht sagen, ob ich jeden Artikel da erwischt habe, aber ich habe mich da natürlich umfassend informiert. Nicht nur die Zeitungen, ich habe die Analysten mir angeguckt usw. - Klar, das war mir bekannt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und können Sie noch mal sagen, zu welchen Handlungen Sie das dann im zeitlichen Zusammenhang mit diesem Artikel veranlasst hat?

Zeuge Thomas Eichelmann: Zu gar keinen, weil ich war ja noch gar nicht irgendwie in dem - - unter dem Titel.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Aber als Sie dann Aufsichtsrat waren, haben Sie dann gesagt: "Okay, ich habe da damals die Berichterstattung wahrgenommen, und das ist ein Vorgang, den will ich jetzt erst mal prüfen, damit ich auch weiß, wo ich mich hier reingesetzt habe"?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das musste ich gar nicht, weil das ja freundlicherweise von den Rechtsberatern des Aufsichtsrates, wie vorher dargestellt, ein Teil der Vorbereitung war für diesen Aufsichtsratsworkshop. Also, da konnte man das alles durchgehen. Da wurden Tausende von Seiten irgendwie übermittelt. Ich habe da auch nicht jedes einzelne Blatt gelesen, aber ich habe das Zeug quergelesen, um mich selber einzuarbeiten, vorzubereiten. Und wir haben das dann diskutiert in dem Workshop, was man sozusagen besser machen könnte, welche Reaktionen sich anbieten.

Und ich erinnere daran: In der Hauptversammlung selber - für mich überraschend, weil, wie gesagt, Prüfungsergebnisse waren super, Analysten waren super - haben ja die einen oder anderen Aktionärsvertreter diese Sonderuntersuchung gefordert. Das hätte ja noch mal eine ganz andere Qualität, wenn die Hauptversammlung die Sonderuntersuchung beauftragt. Und in Kombination damit, dass ich dann auch um diesen Dreh herum irgendwann mal diese Anlage 8 erklärt bekommen habe - ich meine, am 24.09. -, war bei mir ja der Gedanke gereift, ich hätte gerne irgendwie noch mal eine zusätzliche Prüfung der Prüfung, wenn Sie so wollen. Und das fand ja dann statt im Rahmen von KPMG. Also: Die "FT" war ein Baustein, der zu der KPMG-Beauftragung führte.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wann haben Sie denn das letzte Mal Kontakt gehabt mit Herrn Dr. Markus Braun?

Zeuge Thomas Eichelmann: Kurz nach seinem Ausscheiden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also seit er sich in Haft befand, nicht mehr.

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein. Nein, nein, nein. Also, irgendwann in - - Also, ich meine, auf jeden Fall noch im Juni 2020. Ich weiß nicht auswendig, wann er jetzt irgendwie inhaftiert wurde, aber - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und dann schaue ich. - Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte noch mal an Ihre Anfänge zurück. Sie hatten ja geschildert, wie das Findungsverfahren gelaufen ist und dass es eben auch noch andere gab, die auch mit im Auswahlverfahren waren. Haben Sie sich je überlegt, warum Sie dann genommen worden sind? Wussten Sie, wer die anderen Kandidaten waren?

Zeuge Thomas Eichelmann: Nein, ich wusste nicht, wer die anderen Kandidaten waren. Also, mir wurde es so beschrieben, dass es relativ einhellig war, dass die Kombination zwischen der Erfahrung, die ich hatte, und eben diesem Finanzschwerpunkt - weil man suchte ja gezielt jemand, der auch den Prüfungsausschuss in einer leitenden Funktion übernehmen sollte -, dass das den Ausschlag gegeben hat. Aber warum jetzt irgendwie Eichelmann genommen wurde und nicht Meyer, Müller oder Schulze: Ich weiß es wirklich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In dem Verlauf Ihrer Zusammenarbeit dann eben auch mit dem Vorstand, auch mit Herrn Dr. Braun, hat sich das Verhältnis irgendwie verschlechtert, oder war das durchgängig sozusagen unabhängig professionell? Oder wie war Ihr Verhältnis zu Herrn Braun? Hatten Sie den Eindruck, dass er doch ungehaltener wurde ob der Entwicklung?

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, noch mal: Der Dr. Braun war mir gegenüber sowohl im Auftreten als auch irgendwie im Ton durchgängig korrekt. Und ich hatte den Eindruck, dass das Verhältnis sich weder verschlechtert noch verbessert hat, ehrlich gesagt. Er war halt so, wie er - - Oder: Er ist so, wie er ist, sage ich jetzt mal. Ich fand zum Beispiel - - Kommen wir mal darauf zurück: Wann habe ich ihn kennengelernt? Ich habe ihn zum ersten Mal gesehen am Tag - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist okay.

Zeuge Thomas Eichelmann: Und das war so total distanziert, und das blieb auch so.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. -Dann hatten Sie gesagt, bei der konstituierenden Sitzung, das sei für Sie ein bisschen irritierend gewesen, weil man sich da rumgezankt hat. Ich glaube, es ging da um den stellvertretenden Vorsitz des Aufsichtsrats, ne?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das ist richtig, ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie das noch mal schildern?

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, bei so einer konstituierenden Aufsichtsratssitzung, da ruft man ja auf, wer ist Vorsitzender oder wer bleibt Vorsitzender. Wenn das vorher geklärt ist, wird darüber nicht mehr abgestimmt. Wir hatten jetzt hier die Sondersituation, dass drei Themen zur Neubesetzung anstanden. Der Herr Henseler war zum einen stellvertretender Vorsitzender des Gesamtgremiums, er war Mitglied im Prüfungsausschuss, und er war Mitglied im Personalausschuss. Das heißt, diese drei Positionen sollten neu besetzt werden.

Im Prüfungsausschuss, wie ich es dargestellt hatte - - Das war vorher schon, mir gegenüber zumindest, kommuniziert worden in den Auswahlgesprächen. Und da alle dabei waren bei den Auswahlgesprächen, war das für mich auch klar,

Nur zur dienstlichen Verwendung

dass es irgendwie nicht konfliktreich ablaufen wird. Dann wurde gefragt, wer in den - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es ein bisschen um die Frage, wie weit der Aufsichtsrat arbeitsfähig ist, wenn die alle miteinander rumzanken. Das wäre meine Frage, weil der Aufsichtsrat soll ja Aufsicht führen, und wenn alle da sozusagen nur Einzelinteressen haben, dann ist ja die Zusammenarbeit wahrscheinlich ein bisschen schwierig. Deswegen meine Frage.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, gut, die Frage bezieht sich ja auf die Positionsbesetzung des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden oder der stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Da gab es offensichtlich unterschiedliche Meinungen zwischen drei Personen, die sich dafür interessiert haben, und es wurde da ein bissel lautstark, sage ich jetzt mal, diskutiert. Ich fand es ungewöhnlich, weil normalerweise managt man so was vorher und versucht, mit den Leuten ein Einvernehmen zu erzielen, dass alle mit Spaß und Motivation und konstruktiv dabei sind.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und danach, nachdem das entschie- - Sie haben gesagt: An dem Tag wurde das dann nicht entschieden. -Wie wurde es dann entschieden, und wie war dann die Zusammenarbeit?

Zeuge Thomas Eichelmann: Die Entscheidung - nach meinem Dafürhalten - lief so, dass der Herr Matthias Einzelgespräche geführt hat, vor allem mit den drei Personen, die sich dafür interessiert haben. Und dann ist irgendwann der Vorschlag an mich herangetreten worden, ob der Herr Klestil meine Zustimmung findet. Er hat meine Zustimmung gefunden, und dann ist die Sache erledigt gewesen. Danach gab es eigentlich - wie soll ich sagen? - keine übertriebenen Streitereien oder Zankereien oder so was.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Dann hatten Sie ja geschildert, dass Sie sich dann sozusagen langsam da eingearbeitet haben und dass dieser Aufsichtsratsworkshop im August dabei auch eine Bedeutung gehabt hat und dann hinterher auch eben die Gespräche mit EY zur Anlage 8, aber der Workshop ja auch. Da sind doch

auch die Ergebnisse von McKinsey präsentiert worden, wie Sie gesagt haben - ne? -,

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dann wurde ja PwC im Nachgang beauftragt.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich glaube, PwC ist vorher schon beauftragt gewesen zur Umsetzung.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist vorher schon beauftragt gewesen mit der Compliance-Frage.

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie trotzdem mal schildern, wie Sie die Ergebnisse von McKinsey da wahrgenommen haben und welche Rolle da auch die Darstellung zum TPA-Geschäft bereits gespielt hat oder nicht?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ich fand die McKinsey-Präsentation relativ oberflächlich, wenig kon- -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, weil es keine - -Ich bin ein Anhänger irgendwie von konkreten Zahlen, Daten, Fakten. Und wenn es darum geht, in einem Unternehmen ein Compliance-System aufzuziehen - was ja eben entsprechend verzweigt ist, wie es bei Wirecard der Fall ist, mit verschiedenen Untergesellschaften, verschiedenen juristischen Personen in verschiedenen Ländern -, dann interessiert mich natürlich bei der Compliance mal ganz konkret, wenn ich es umsetze: Wer in der Compliance sitzt wo mit welcher Mannstärke, und was genau sind die einzelnen Aufgabenbeschreibungen? Und wenn ich dann jemanden einstellen soll, um diese Compliance in der Firma aufzubauen, brauche ich eine detaillierte Aufgabenbeschreibung, weil sonst kann ich keinen Bewerber vernünftig ansprechen. Und dafür war mir das viel zu oberflächlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Helfen Sie mir, da bin ich jetzt ein bisschen - - Ich dachte, das ist das, was PwC dann machen soll. Ich dachte, McKinsey sei irgendwie beauftragt worden auch im Nachgang zu den Vorwürfen, die ja vorher laut geworden sind, und die hätten sich auch schon das TPA-Geschäft angeschaut. Habe ich das jetzt falsch in Erinnerung?

Zeuge Thomas Eichelmann: Den McKinsey-Auftrag, den ursprünglichen McKinsey-Auftrag, kenne ich nicht. Der ist ja erteilt worden, bevor ich dabei war. Die Aufgabenstellung an McKinsey war nach meinem Verständnis, eine Einschätzung abzugeben, inwieweit die Compliance-Funktion bei der Wirecard Verbesserungsnotwendigkeiten hat.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. Also, von daher war das gar nicht strittig. Genau. Sie haben gesagt: Die Konsequenzen aus diesem McKinsey-Bericht, das war eigentlich vorher schon klar. PwC war vorher schon beauftragt, und es gab gar keine große strittige Diskussion im August zu dieser Frage. Die Präsentation wurde sich angeguckt, Konsequenzen waren klar. Das ist das Ergebnis.

Zeuge Thomas Eichelmann: Mhm.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Nee, dann habe ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Dann schaue ich zunächst mal in die Runde zu
den Kollegen der CDU/CSU. - Nein. Kollegen
SPD? - Nein. Ich gucke mich an. - Nein. Dann
schaue ich zum Kollegen Toncar. - Nein. Kollege
De Masi? - Bündnis 90/Die Grünen? - Nein. Dann
stelle ich zunächst fest, dass keine Fraktion in öffentlicher Runde noch Interesse hat. Ich frage der
guten Ordnung halber: Gibt es noch in nichtöffentlicher Sitzung Interesse? - Das kann ich auch
nicht feststellen. Dann stelle ich fest, dass keine
Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung

übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Ich darf mich jetzt bei Ihnen beiden recht herzlich bedanken, auch für die wirkliche Kooperation und das Zurverfügungstellen noch der Unterlagen. Ich wünsche Ihnen beiden jetzt eine ich denke mal, Heimweg ist heute nicht mehr angenehme Nachtruhe. Und das Wichtigste in dieser Zeit: Kommen Sie gesund durch die Zeit, bleiben Sie gesund! Vielen Dank für Ihr Erscheinen. Sie sind damit entlassen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bevor wir jetzt - da haben wir uns eben drauf geeinigt - mit der Zeugenvernehmung Daniel Steinhoff fortfahren, haben wir uns - ihr schon in Absprache - interfraktionell geeinigt, in eine kurze Beratungssitzung einzutreten. Daher bitte ich, die Nichtöffentlichkeit seitens unserer Technik herzustellen, und dann bitte ich, soweit Journalisten, Medienberichterstatter - in welcher Form auch immer - oben im Rang sitzen, ganz kurz - ich denke, das wird nicht lange dauern - den Saal zu verlassen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 22.31 Uhr - Folgt Beratungssitzung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 22.44 Uhr)

Vernehmung des Zeugen Daniel Steinhoff

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann fange ich schon mal mit dem Obligatorischen an, während sich die Kollegen einfinden. - Unser dritter Zeuge des heutigen Tages, Daniel Steinhoff, hat den Saal betreten. Ich heiße Sie herzlich willkommen im Namen des Ausschusses! Ich hoffe, Sie hatten es einigermaßen angenehm in der Wartezeit, dass wir es Ihnen einigermaßen gemütlich machen konnten.

Herr Steinhoff, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übermittelt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Da, wie immer, möchte ich mich bei Ihnen bedanken, weil uns das in der Reihe der vielen Zeugen sehr viel Zeit spart, und Zeit ist hier in diesem Ausschuss ein kostbares Gut. Also, dafür noch ein Dankeschön.

Insoweit kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich Ihrerseits um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte nämlich dann die Möglichkeit, über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Dann möchte ich Sie noch bitten - das ist ganz wichtig, weil irgendwann wird das nachher auch wieder sein, dass uns der Stenografische Dienst verlässt, bei dem ich mich, wie immer an dieser Stelle, auch bedanken möchte -, dass Sie das Mikrofon benutzen, weil wir auch eine Tonaufzeichnung fertigen. Das geht ganz einfach, indem Sie den Knopf oder Button, wie man so schön heute sagt, mit dem Zeigefinger drücken. Wenn dann beide roten Lichter hier leuchten, dann ist Ihr Mikrofon aktiv geschaltet.

Herr Steinhoff, ich würde Sie zunächst kurz zur Person vernehmen wollen. Ich würde Sie da bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf, Dienst- oder Wohnort mitteilen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Herr Steinhoff, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

Zeuge Daniel Steinhoff: Vielen Dank. - Ich arbeite seit 2013 bei Wirecard, habe dort in der Rechtsabteilung angefangen und die Bereiche Aufsichtsrecht und IT-Recht insbesondere für die Wirecard Bank betreut. In den aufsichtsrechtlichen Bereich fielen auch Geldwäsche und ähnliche Themen von der Rechtsberatungsseite. Ich habe dann zu einem späteren Zeitpunkt die Compliance-Funktion nach MaRisk übernommen. Die Compliance-Beratung innerhalb der Rechtsabteilung ist dann zu einem späteren Zeitpunkt in 2016 mal erbeten worden; es gab aber kein formales Vorstandsmandat oder keine Geschäftsordnung, sondern lediglich einen Beratungsauftrag. Ende 2018 haben wir fünf Mitarbeiter in dieser Abteilung gehabt, die sich um den Teil kümmern sollte, aber das war mit Rechtsabteilungs- - also mit Beratungsanteilen sozusagen inkludiert. Insofern habe ich mit Interesse vernommen, dass einige

Nur zur dienstlichen Verwendung

meinen, wir hätten sehr ausreichende Strukturen gehabt.

Auf Druck des Aufsichtsrats - - und auch Studien, die durchgeführt wurden, wurde dann im August 2019 erstmals eine Compliance-Abteilung in der Wirecard-Gruppe eingerichtet, und ich habe die Leitung dessen übernommen. Das war also relativ kurz, bevor dann die Sonderprüfung mit KPMG begann. Die Sonderprüfung durfte ich operativ in Abstimmung mit dem Herrn Eichelmann begleiten.

Für uns war dann wichtig, dass wir nach Insolvenz erstmals vollständigen Zugriff auf Unternehmensinformationen, bestimmte Reportings bekommen haben, mit Abteilungen frei sprechen konnten. Und insofern sind wir dankbar, dass der Insolvenzverwalter uns die Möglichkeit gegeben hat, in den letzten Monaten umfangreiche Aufarbeitungen des Dritt-Acquiring-Geschäfts machen zu dürfen. Und, ich sage mal, vor diesem Hintergrund hoffe ich, dass ich zur Aufklärung in diesem Ausschuss beitragen kann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Bevor ich dann mit allgemeinen Fragen, um für die Kollegen ein bisschen mit abzuräumen, eröffnen würde, ein kurzer Hinweis für die Versorgung: So gegen halb 12 wird vorne die Versorgung sowohl für die Gäste, Journalisten wie für uns eingestellt. Also, wer nachher noch Getränke oder Ähnliches braucht, sollte sich dann vor 23.30 Uhr damit vorne eindecken.

Können Sie uns kurz noch mal - Sie haben das eben angedeutet - Ihre Aufgaben jetzt gerade im Untersuchungszeitraum 01.01.2014 bis eben Oktober 2020 erläutern und kurz nennen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ja. - Ich war in der Rechtsabteilung tätig bis August 2019, habe in der Rechtsabteilung im Schwerpunkt die Themen der Wirecard Bank betreut. Ganz überwiegend waren das Themen, die sich um Fintechs gedreht haben. Dort habe ich Kooperationsverträge und dergleichen gemacht und Beratung der Bank in aufsichtsrechtlichen Fragestellungen, habe dann die Compliance-Funktion nach MaRisk in 2015 übernommen, und im August 2019 wurde die Compliance-Abteilung eingerichtet. Zur Vollständigkeit müsste ich da sagen, dass es keinen umrissenen Aufgabenbereich bis zuletzt gab, also keine Geschäftsordnung oder eine entsprechende Arbeitsanweisung, die geregelt hat, was dieser Bereich denn eigentlich umfassen soll. Sondern wir waren dabei, ein größeres Projekt zur Implementierung eines Kontrollsystems in der Wirecard-Gruppe umzusetzen und dann auch die entsprechenden Risiken zu definieren, für die wir dann verantwortlich zeichneten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm. - Sie haben schon ein bisschen meine zweite Frage dann antizipiert, nämlich: Nach einem Bericht des Onlineportals Juve wurde die Compliance-Abteilung - Sie haben es eben gesagt: deren Leiter Sie dann wurden - im August 2019 aus der Rechtsabteilung sozusagen herausgelöst. Gab es da einen konkreten Anlass für diese Umstrukturierung? Fiel das vielleicht zufällig zum Beispiel mit dem Amtsantritt Ihres Vorzeugen, mit Herrn Eichelmann, dann entsprechend zusammen, die Umstrukturierung, oder was waren die Gründe?

Zeuge Daniel Steinhoff: Die Gründe waren, dass durch die "Financial Times" ein stärkerer Druck auf Compliance-Themen gekommen ist und dann auf Bitten des Aufsichtsrats - insbesondere, meine ich, die Frau Lauterbach, die Sie, glaube ich, hier auch schon vernommen haben - die Unternehmensberatung McKinsey beauftragt wurde, eine Bestandsaufnahme über verschiedene Strukturen zu machen. Im Rahmen dieser Analyse wurde, wie wir sozusagen auch vorher schon dem Vorstand immer mal wieder gesagt haben, festgestellt, dass eine Compliance-Abteilung eingerichtet werden sollte, die losgelöst von den Strukturen der Rechtsabteilung arbeiten sollte und die eine echte Kontrollaufgabe bekommen sollte. Und das ist dann das Ergebnis, was sozusagen daraus erwachsen ist. Der Alexander von Knoop hat das damals dann so entschieden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm. - Nach dem vorgenannten Bericht war Ihre Compliance-Abteilung eben nicht für Geldwäscheprävention zuständig. Ist das so korrekt?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Daniel Steinhoff: Korrekt. Das ist korrekt. Das hat sich dann erst relativ kurz vor Insolvenz geändert, im Mai 2020, auf mein Bestreben hin, weil ich - anders als die Aufsichtsbehörde - der Auffassung war, dass die Wirecard ein Finanzunternehmen sein könnte, und entsprechend - Sie verzeihen den Ausdruck - Rabatz beim Vorstand gemacht habe und der Markus Kohlpaintner, der Geldwäschebeauftragter auch der Bank war, dann schließlich in die Wirecard AG sozusagen gezogen wurde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist das auf - -

Zeuge Daniel Steinhoff: Und, ja, insofern kam das Thema Geldwäsche dann erst kurz vor Insolvenz dazu.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, wir haben uns nämlich gefragt: Der Herr Kohlpaintner, wo kam der so plötzlich her, dass er dann in der Öffentlichkeit sagte: "Hier, ich bin jetzt der Geldwäschebeauftragte für den Gesamtkonzern"? Das heißt, das ist auf Ihre Initiative hin dann so entstanden?

Zeuge Daniel Steinhoff: In der Tat, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: In anderen Unternehmen ist es ja durchaus üblich, dass die Geldwäscheprävention Teil der Compliance ist. Kennen Sie den Grund, warum zur Gründung, also im August 2019, bei der Wirecard AG eben die Compliance nicht für die Geldwäscheprävention tätig war? Gab es da einen Grund? Ist Ihnen da was gesagt worden, oder liegt das im Dunkeln?

Zeuge Daniel Steinhoff: Es ist nichts gesagt worden. Ich würde das eher der Trägheit der Organisation zuschreiben. Es gab schon eine definierte Verantwortlichkeit für den Bereich Geldwäsche, der eben zu der Zeit noch in der Wirecard Bank verortet war. Und, ich sage mal, erst im weiteren Verlauf ist dann über dieses Thema auch noch mal intensiver gesprochen worden. Ich habe eine Rechtsanwaltskanzlei beauftragt, mich zu beraten bei der Frage: Sind wir Finanzunternehmen oder nicht? - Und nachdem die die Auffassung geteilt haben, die wir sozusagen vorläufig hatten, haben

wir dann organisatorische Änderungen angestoßen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima. - Dann bin ich erst mal mit meinen allgemeinen Fragen durch und schaue. - Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Steinhoff, vielen Dank, dass Sie uns hier Auskunft geben. Und zwar würde mich interessieren: Haben Sie im Laufe der Jahre denn innerhalb des Konzerns noch weitere Positionen übernommen, oder auch bei Tochtergesellschaften?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich habe Prokura im Zuge - - Also, 2019, nach dem Amtsantritt, wurde mir Prokura für die deutschen Tochtergesellschaften zugebilligt. Ansonsten wären mir jetzt ad hoc keine Funktionen bekannt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kann das sein, dass es elf Unternehmen im Konzern waren, für die Sie Prokura hatten?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ja, das kann sein, ja. Die genaue Anzahl kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, aber ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kann man denn die Aufgabe überhaupt, ich sage mal, sachgerecht ausüben? Ich meine, Sie hatten ja auch Funktionen - haben wir ja gerade schon festgestellt - in der Holding: stellvertretender Geldwäschebeauftragter und Compliance und elfmal Prokura.

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich habe mich nie über Arbeitsmangel beklagt, wenn das die Frage ist. Also, die Funktionen waren nicht so ausgestattet, organisatorisch, personell, dass wir jetzt davon ausgehen hätten können, dass wir eine vollwertige Compliance-Organisation haben. Sondern mit der Beauftragung zum Aufbau einer Abteilung im August 2019 war das Bestreben da, also meinerseits da, eine Organisation zu bauen. Der Budgetplan für Ende 2020 sah 50 Stellen im Konzern vor, um dann entsprechend sowohl personell als auch strukturell diese Themen wahrzunehmen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also haben Sie nie gedacht, dass Sie so viel Prokura in so vielen Unternehmen bekommen, dass Sie sich um das Thema "Compliance und Geldwäsche" eigentlich gar nicht mehr kümmern können?

Zeuge Daniel Steinhoff: Das Thema Prokura war jetzt nicht per se mit Arbeit verbunden, sondern es war für mich ja ein Mittel, um Einblick in bestimmte Vertragsprozesse zu bekommen und dadurch quasi aus der Compliance-Funktion heraus einige Dinge zwangsweise vorgelegt zu bekommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. - Beim Thema Geldwäsche, aus Ihrer Sicht: War die Holding - -Unterlag die einer Geldwäscheaufsicht?

Zeuge Daniel Steinhoff: Wir haben die Auffassung vertreten, dass die Wirecard AG ein Finanzunternehmen im Sinne des Geldwäschegesetzes ist, und diese Ansicht wurde von einer renommierten Kanzlei, also Freshfields in dem Fall, geteilt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. - Mich würde das Thema "Altersvorsorge der Vorstände" interessieren. Wir haben vorhin von Herrn von Erffa gehört, dass es bei Herrn Ley da eine sehr üppige Regelung gegeben habe. 4,2 Millionen Euro sind da genannt worden, die da ausgezahlt worden seien. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Daniel Steinhoff: Das ist mir nur über Flurfunk, wenn Sie so wollen, bekannt, dass das Thema war. Ich kenne die vertragliche Vereinbarung nicht. Ich meine nur, mich zu erinnern, dass es damals hieß, dass Herr Ley darauf bestanden habe, dass diese Gelder getrennt von Unternehmensgeldern gehalten werden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. - Genau darum geht es mir nämlich. Deshalb habe ich da vorhin auch nachgefragt. Da hieß es vorhin von Herrn von Erffa, das Geld sei ihm ausgezahlt worden. Und ich hatte auch gehört, dass es eben nicht ausgezahlt worden sei, sondern dass es eben so eine Trennung gegeben habe. Deshalb hatte ich nach Treuhandkonten gefragt. Wie ist

da Ihr Kenntnisstand? Wohin ist das gezahlt worden?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich habe keinen Kenntnisstand in dem Sinne. Aber das, was ich damals gehört habe, war, dass auf einem separaten Treuhandkonto diese Gelder geparkt werden sollten, bis sie dann zur Auszahlung fällig seien. Welche Bedingungen daran geknüpft sind, weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist ja jetzt erst mal eigenartig, dass es dann vom Konzern getrennt sein soll, das Geld, ne?

Zeuge Daniel Steinhoff: Die Beurteilung muss ich anderen überlassen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Haben Sie sich denn damals Gedanken gemacht, warum das vielleicht so - - wieso jemand, der sich so auskennt, ein großes Interesse daran hat, dass das Geld irgendwie vom Konzern getrennt ist?

Zeuge Daniel Steinhoff: Wie gesagt, das war in meine Richtung damals Flurfunk, und es ist formal durch die Gremien - Vorstand und Aufsichtsrat, vermute ich - entsprechend durchgegangen. Der Aufsichtsrat ist ja auch über die Jahre anwaltlich begleitet worden. Insofern gehe ich davon aus, dass diese Konstruktionen sich dann angeschaut wurden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. - Ich hatte vorhin auch den Herrn von Erffa gefragt - der ist da allerdings ein bisschen wortkarg geworden an der Stelle -, wie bei den TPA-Geschäften mit den Geldeingängen umgegangen worden sei, buchhalterisch, und da sei mit Excel-Listen hantiert worden. Da hatte ich ihn gefragt, ob das denn aus seiner Sicht eine ordnungsgemäße Buchführung ist. - Können Sie uns dazu irgendwas sagen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, ich kann Ihnen zu dem Thema TPA aus heutiger Sicht einiges, glaube ich, mitgeben. Wir haben das Thema, glaube ich, jetzt relativ umfänglich versucht aufzuarbeiten, soweit es ging.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war doch gar nichts. Wir sind noch am Anfang, hier.

Zeuge Daniel Steinhoff: Bitte?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir sind hier noch am Anfang.

Zeuge Daniel Steinhoff: Nein, nein. Wir haben sozusagen jetzt in den letzten Monaten versucht, -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ach so, ja, dann erzählen Sie gerne. Berichten Sie. Ich dachte, Sie meinen, hier. Nein, nein.

Zeuge Daniel Steinhoff: - uns eine Meinung zu bilden für den Insolvenzverwalter, um eben auch für den Insolvenzverwalter eine Substanz in diesem Geschäft zu erkennen. Und wir kommen - es ist 180-seitiger Bericht geworden, plus Anlagen - zu dem Kenntnisstand, dass es das TPA-Geschäft und auch die Treuhandgelder nach unserer Einschätzung mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht gegeben hat und leiten das aus einer Vielzahl von Prüfungshandlungen ab.

Wir haben die Treuhandgelder nicht in den Bilanzen der jeweiligen Banken verorten können. Die philippinische Zentralbank hat überdies angegeben, dass das Geld auf den Philippinen nicht angekommen sein soll. Und wir leiten aus den Bankunterlagen aufgrund von Schreibfehlern, teilweise schlechten Kopien, aber auch der Angabe, dass hohe Millionenbeträge über einen Mobile Transfer überwiesen worden sein sollen, ab, dass es sich um Fälschungen dieser Unterlagen handelt.

Wir haben uns angeschaut, wie die Strukturen im Konzern waren. Ich meine, das TPA-Geschäft hatte einen Umsatzanteil größer 50 Prozent und einen Anteil am EBTA größer 95 Prozent, sodass wir davon ausgegangen waren, dass wir Strukturen vorfinden. Es sollte sich ja angeblich nach Ausführungen dessen, was der Vorstand vorgetragen hatte, vorgeblich um eine vertriebliche Aufgabe und eine IT-Aufgabe gehandelt haben.

Wir haben aber keine Strukturen und keine Ansprechpartner im Unternehmen identifizieren können, die diesen Vortrag stützen.

Wir haben einen unternehmensfernen IT-Betrieb zuordnen können, der von Herrn Bellenhaus offensichtlich betreut wurde. Wir haben uns angeschaut, ob wir zu Stichproben aus Händlerlisten Kommunikationen finden. Es wäre ja zu erwarten, dass ein Vertrieb sich um seine Kunden und die Umsatzlegung kümmert und dass es irgendwie durch Produkterweiterung, Markterweiterung eine Kommunikation gibt. Wir haben in der überwiegenden Anzahl der Händler keine Kommunikation im gesamten Unternehmen identifizieren können, die sich mit diesen Händlern in Verbindung bringen ließe. Wir haben keine Preisoder Provisionslisten und kein entsprechendes Vertriebsreporting gefunden. Wir haben kein eigenes Onboarding, also keine eigene Händlerprüfung, gefunden. Wir haben keine Risikoanalyse gefunden, die sich mit wirtschaftlichen Risiken, also Ausfall von Partnern, Ausfall von Händlern, oder dem Geschäftsmodell an sich beschäftigt.

Wir haben festgestellt, dass Testkäufe, die vom Wirtschaftsprüfer Ernst & Young durchgeführt wurden, durch Herrn Bellenhaus gelenkt wurden. Also, er hat konkrete Webseiten vorgeschlagen, und der Einkauf erfolgte mit einer Kreditkarte, die durch die Wirecard zur Verfügung gestellt wurde. Und wir haben insbesondere auch post Insolvenz Dinge festgestellt, die wir nicht erwartet hatten, also insbesondere, dass sich kein Händler und kein Partner bei dem Unternehmen gemeldet hat: kein Händler, der die Auszahlung irgendwelcher Sicherheitseinbehalte verlangt hätte, kein Händler, der nicht mehr Zahlungsabwicklung betreiben konnte, weil sein IT-Betrieb nicht mehr funktioniert, und auch kein Händler, der sich bemüht hat, die öffentliche Berichterstattung richtigzustellen. Wäre ja möglicherweise auch zu erwarten gewesen.

Wir haben überdies Zahlungen entdeckt, die uns vermuten lassen, dass Zahlungen, die an TPA-Partner gegangen sind, teilweise ins Unternehmen zurückgeflossen sind, also dass Kreislaufzahlungen gemacht wurden. Wir haben - zu dem Punkt Treuhandkonten vielleicht noch - für die

Nur zur dienstlichen Verwendung

Einzahlung auf die Treuhandkonten keine Berechnungsgrundlage nachvollziehen können. Da hatte der Vorstand immer angegeben, das sei ein bestimmter Prozentsatz vom Abbu-Volumen. Aber wir haben auch dort keine Berechnungsgrundlage nachvollziehen können und haben uns eben dann die tatsächlichen Geldbewegungen angeschaut und stellen fest, dass unter anderem für verschiedene Unternehmenstransaktionen Treuhandkonten eingerichtet wurden, wo Transaktionen teilweise dann nicht zustande kamen und wir jetzt ganz gute Argumente sehen, dass diese Gelder, die dort auf den Treuhandkonten platziert wurden, dann wieder in das Unternehmen als Zahlung eines TPA-Partners eingeflossen sind, also sprich: um ein TPA-Geschäft vorzutäuschen. Und schließlich haben wir entdeckt, dass es Zahlungen der TPA-Partner untereinander gegeben zu haben scheint, was sich mir schlicht nicht erschließt. Weil mein Verständnis wäre, dass dies, wenn, dann Wettbewerber gewesen wären und nicht Geschäftspartner, die sich gegenseitig Zahlungen zuspielen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. Gut. - Wenn ich so ein bisschen ab und zu irritiert nach links gucke, dann liegt das daran, dass da die Zeit gemessen wird. Ich habe jetzt meinen Kollegen die ausführliche Antwort hier gegönnt, und ich denke, das war auch durchaus erhellend. - Waren Sie mal in Singapur?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich war diverse Male in Singapur, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Können Sie uns sagen, wann Sie da waren und was Sie da genau gemacht haben und um welche Themen es da ging?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich kann Ihnen jetzt nicht alle einzelnen Reisedaten nennen, und ich wüsste jetzt auch aus dem Stegreif nicht, wann ich das erste Mal dort war. Wenn Sie auf die Causa Singapur sozusagen hinaus waren, dann bin ich, glaube ich, im April 2018 in Singapur gewesen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das interessiert mich auch am meisten.

Zeuge Daniel Steinhoff: Ja, das habe ich vermutet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Exakt. Da können Sie vielleicht näher was zu sagen.

Zeuge Daniel Steinhoff: Ja. Es kamen von zwei Kollegen, die in Singapur verortet waren - ein Kollege aus der Rechtsabteilung und ein Kollege aus einer lokalen Compliance - - Das ist jetzt aber keine Compliance in unserem Sinne gewesen, sondern sollte so regulatorische Themen abbilden, die in einem Geschäftsbereich verortet waren, die organisatorisch Herrn Marsalek zugeordnet waren. Es haben sich Kollegen gemeldet und haben mitgeteilt, dass sie einen Hinweisgeber hätten, der auf Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung hingewiesen habe, und dass es Verträge zu geben scheint, die wirtschaftlich nicht nachvollziehbar seien, und dass es dann einen Termin vor Ort gegeben habe, bei dem der Edo Kurniawan ein - ich glaube, "Cook the books"-Seminar wurde es bei der "Financial Times" genannt - - also eine Besprechung abgehalten haben soll, um darzulegen, wie bestimmte Bilanzsachverhalte erzeugt werden können. Diesen Sachverhalt - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und die Vorwürfe konnten da ausgeräumt werden?

Zeuge Daniel Steinhoff: Die Frage müssten Sie wahrscheinlich morgen dann in aller Tiefe stellen. Ich glaube, dass die Vorwürfe nicht schlussendlich ausgeräumt wurden, sondern dass der Prüfungsgegenstand so passend war, dass er sich ausräumen ließ, sage ich mal so. Also, die ursprüngliche These war etwas weitergehend, was die möglichen Kreisläufe angeht, sprich: Es gab die Frage: Sind Umsätze, die in Singapur irgendwie abgebildet wurden, vielleicht dem indischen Geschäft zugeflossen? - So weit ging dann nach meinem Verständnis die finale Untersuchung nicht, sondern hat sich dann hauptsächlich mit den lokalen Unregelmäßigkeiten befasst.

Ich habe damals eine Kanzlei in Singapur beauftragt, um die Aufarbeitung zu begleiten bzw. auch die Aussage des Hinweisgebers zu protokollieren, bin dann, ich würde sagen, abgestraft - ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

wahrscheinlich das richtige Wort - worden, indem ich aus der Untersuchung genommen wurde und dann erst zu einem späteren Zeitpunkt wieder hereintreten durfte. Und das Resultat sozusagen dieser Beauftragung waren dann trotzdem die Rajah & Tann-Berichte. Es gab dann sehr umfängliche Prüfungshandlungen von Ernst & Young im Frühjahr 2019 im Rahmen der Jahresabschlussprüfung, wo auch das Team von EY Forensik dann Interviews und Unterlagen sich angeschaut hat. Und dann wurde das Thema mit einer Bilanzkorrektur von, ich glaube, 2 Komma etwas Millionen Euro behoben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich komme noch mal zu einem anderen Thema, und zwar haben Sie am 8. Mai 2020 eine E-Mail geschrieben an den Herrn von Knoop mit dem Text:

> Ich hoffe, dass du mir vor dem 1.7. noch einen Bonus genehmigst

Und dann haben Sie am 12. Mai 2020 Herrn von Knoop noch gefragt, ob Sie die Geschäftsführertätigkeit in einer Tochter des Unternehmens testen dürften. Haben Sie den Bonus bekommen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Soweit ich mich erinnere, nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): War das denn im Mai 2020 die richtige Zeit, um bei Wirecard noch mal nach einem Bonus zu fragen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Im Mai 2020? War das nicht Mai 2018 oder 19?

(Abg. Matthias Hauer (CDU/CSU) blättert in seinen Unterlagen)

Matthias Hauer (CDU/CSU): 2020. Ich kann Ihnen das gerne vorlegen; dann machen wir jetzt hier einmal bitte einen Stopp. Das ist MAT A Wirecard-1.03a USB 01, Blatt 235, und das ist hier direkt auf der Seite ganz oben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen) Also, es ist nur ein Satz.

Zeuge Daniel Steinhoff: An diese konkrete E-Mail habe ich keine Erinnerung mehr; aber ich schließe nicht aus, dass ich danach gefragt habe. Hintergrund mag dann sicherlich gewesen sein, dass die Zeit bei Wirecard immer sehr arbeitsreich war und sicherlich auch in den Monaten in 2020 und trotz aller Widrigkeiten die Annahme, glaube ich, von fast allen intern war, dass das Ganze zu einem lösbaren Ende kommt. Also, bis zum Schluss hat die Belegschaft geglaubt, dass an den Vorwürfen in der Form nichts dran ist. Und insofern - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, verstehe ich alles, nur der Punkt ist ja: Es ist ja eigenartig, wenn wir so Riesen-Compliance-Themen haben und es dann in so einem Zeitpunkt noch mal um einen Bonus geht, den derjenige gegebenenfalls bekommen soll, der für Compliance zuständig ist.

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich denke, dass viel Arbeitseinsatz und Leistung belohnt werden darf. Ich glaube, gleichzeitig haben wir dokumentiert in enger Abstimmung mit dem Aufsichtsrat, dass wir ein sehr, sehr umfängliches Compliance-Programm aufsetzen wollten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie da einen guten Job gemacht bei Wirecard?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich denke, dass wir für die Zeit - - Wie gesagt, Sie müssen ja den Kontext sehen. Und für die Zeit August 2019 mit Mandat "Aufbau einer Compliance" haben wir nach meiner festen Überzeugung ein herausragendes Ergebnis in der kurzen Zeit erzielt, wenn man bedenkt, dass neben dem Aufbau der Organisation und dem Schaffen der Struktur eben auch eine Sonderprüfung gelaufen ist, die uns sehr viel abverlangt hat. Insofern, glaube ich: Ja, wir haben sehr viel Einsatz gezeigt, sehr viel Tatkraft und hätten, wenn sich dieser Betrugsfall so nicht bewahrheitet hätte oder nicht so herausgestellt hätte, sicherlich die erforderlichen Maßnahmen gehabt, um das Unternehmen sozusagen erwachsen zu machen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was ist denn mit dem Ansinnen von Ihnen passiert, dass es Sie reizen würde, mal eine Geschäftsführertätigkeit in einer Tochter zu testen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ist nichts draus geworden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie nichts mehr gehört, oder wurde das dann abschlägig beschieden?

Zeuge Daniel Steinhoff: Das ist, glaube ich, im Sande dann verlaufen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und wie war - -

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, es gab mal die Diskussion, dass ich bei der Tochtergesellschaft in Österreich eine Rolle übernehmen könnte. Das, wie gesagt, hat sich dann aber zerschlagen. Ich meine, dass das aber zeitlich vorgelagert war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie denn in den Jahren davor Bonuszahlungen bekommen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich habe gelegentlich mal Bonuszahlungen erhalten, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): In welcher Höhe?

Zeuge Daniel Steinhoff: Die genauen Beträge kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Es gab ja immer einen variablen Vergütungsanteil. Es gab jetzt Einmalzahlungen. In welcher Höhe? Ich würde mal sagen, 5 000 oder 10 000 Euro.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Über Telegram haben Sie sich Anfang Mai 2020 - also ungefähr in demselben Zeitraum - auch über eine Bettina und die Kündigung von dieser Bettina ausgetauscht. Nachdem sie einige unerfreuliche E-Mails an den Vorstand geschrieben hatte, sollte sie nun scheinbar eine hohe Abfindung erhalten - in Anführungszeichen: unter Berücksichtigung der sonstigen Gepflogenheiten. - Kam es oft vor, dass unangenehme Mitarbeiter unter Zahlung einer hohen Abfindung zum Schweigen gebracht wurden?

Zeuge Daniel Steinhoff: Das ist mir nicht bekannt. Ich kann Ihnen nur sagen, dass mir damals zur Frage der Berechnung einer möglichen Abfindungszahlung eine Liste gegeben wurde mit Mitarbeitern, die Abfindungen erhalten hätten. Das war eine Liste mit, ich glaube, ungefähr zehn Namen, was jetzt, glaube ich, für ein Unternehmen in dieser Größenordnung keine ungewöhnliche Dimension wäre.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und was waren die "sonstigen Gepflogenheiten"?

Zeuge Daniel Steinhoff: Die genaue Berechnung kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Die sonstigen Gepflogenheiten waren niedriger als das, was schlussendlich für Frau Funk diskutiert wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber sie hat mehr gekriegt als die anderen.

Zeuge Daniel Steinhoff: Sie hat meiner Kenntnis nach gar nichts dann bekommen, weil sich das Verfahren so lang hingezogen hat und dann die Insolvenz gekommen ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Leider ist die Uhr jetzt runtergelaufen. Das ist schade für uns alle.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann ist als Nächstes der Kollege Florian Toncar an der Reihe für die FDP.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Steinhoff, finde ich schon sehr ausdrucksstark, was Sie hier vorgetragen haben. Ich würde einfach gern noch mal ein bisschen abschichten, weil Sie ja viele Befunde geschildert haben: keine Kommunikation mit Händlern, keine Preislisten, kein Onboarding-Prozess, keine Risikoanalyse, Testkäufe über Websites von Herrn Bellenhaus gesteuert, keine Berechnungsgrundlage für die Einzahlungen auf den Treuhandkonten. - Wann haben Sie denn das alles rausgefunden? War das alles nach der Insolvenz, oder haben Sie einzelne dieser Befunde auch schon vor der Insolvenz bemerkt?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Daniel Steinhoff: Dass die gesamte Sonderuntersuchung nicht gut gelaufen ist, also aus unserer Sicht, das war von Anfang an so. Also, es war schwierig, Unterlagen zu beschaffen, und es war auch unplausibel, warum manche Dinge nicht da waren. Es war aber ein, sage ich mal, mühseliger Prozess. Insofern sind uns einige dieser Themen vor Insolvenz aufgefallen. Aber die Arbeitshypothese war zu dem Zeitpunkt eben eine andere. Wir hatten natürlich vor dem Hintergrund der testierten Abschlüsse, aber auch von, ich möchte mal sagen, sehr überzeugten EY-Prüfern, die auch in diversen Sitzungen mit KPMG nach meinem Empfinden sehr überzeugt oder aus innerer Überzeugung dargelegt haben, warum dieses Geschäft authentisch ist, immer wieder vorgetragen. Und insofern war bei allen, ich würde mal sagen, organisatorischen Unzulänglichkeiten, die uns aufgestoßen sind, die Arbeitshypothese immer noch: Es liegt daran, dass wir zu viel Start-up und zu wenig DAX-Konzern sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist interessant. Die Arbeitshypothese würden Sie so beschreiben, wie Sie es gerade formuliert haben: "Wir sind zu viel Start-up und zu wenig DAX-Konzern." Wer hat denn diese Arbeitshypothese eigentlich entwickelt? Gibt es bei Untersuchungen Arbeitshypothesen, und, wenn ja, wer hat die jetzt in dem Fall einfach auch entwickelt und aufgestellt?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich möchte damit sagen, dass der Vorstand immer wieder die Überzeugung zum Ausdruck gebracht hat: "Grundsätzlich ist alles gut", und, sage ich mal, den Veränderungsbedarf nach meiner Wahrnehmung nur sehr zurückhaltend wahrgenommen hat. Jetzt aus projektbegleitender Sicht, auch in Abstimmung mit dem AR, ist eben immer wieder aufgefallen, dass es schwer nachvollziehbar ist, warum bestimmte Dinge so schwierig zu bekommen sind und warum manche Dinge, die erwartbar wären, in der Organisation nicht vorgehalten werden und warum es auch personell nur so wenige Menschen sind, die sprechfähig sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): Darf ich noch mal -- Jetzt habe ich verstanden -- War die Arbeitshypothese, von der Sie gerade gesprochen haben, eine des Vorstandes oder eine auch des Abschlussprüfers?

Zeuge Daniel Steinhoff: Was der Abschlussprüfer dazu - - Der hat sich dazu mir gegenüber nach meiner Erinnerung nicht geäußert, also nicht im Sinne von: "Wir müssen erwachsen werden" oder so. Ich kenne nur, dass der Abschlussprüfer in, glaube ich, diversen Management-Lettern auch gegenüber dem Aufsichtsrat dargelegt hat, dass in bestimmten Bereichen, insbesondere im Accounting, Strukturen zu schaffen wären. Die Prüfer haben mir gegenüber nie geäußert: "Die Firma muss erwachsen werden", sondern das war jetzt unser Eindruck, zu sagen: Um die - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber wenn man - Entschuldigung - - Wenn die Empfehlung ist, es müssen Strukturen geschaffen werden, ist das doch nahe an dem, ich sage mal, nicht erwachsen gewordenen Start-up. Mit Betrug hat das jedenfalls nichts zu tun. Also, meine Empfehlung, wenn das ganze Geschäft nicht existiert, ist ja nicht: Ich muss Strukturen nachziehen. - Deswegen frage ich einfach mal nach. Also, für mich klingt das so, was Sie über den Abschlussprüfer sagen, als ob man dort jetzt eigentlich auch eher der Geschichte vom unzulänglich hoch entwickelten Start-up gefolgt ist.

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, das teile ich, insbesondere weil mir der Eindruck vermittelt wurde, dass es nicht sein könne, dass das Geschäft nicht existent sei bei allen Prüfungshandlungen, die man in den Vorjahren durchgeführt habe, weil man auch Geschäftspartner besucht habe, Unterlagen sich angeschaut habe, Transaktionen sich angeschaut habe und deswegen für sich ausschließe, dass sozusagen da - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, das ist auch plausibel. - Jetzt würde ich trotzdem nur noch mal insistieren wollen, nachdem Sie bei Herrn Hauer ja wirklich sehr ausführlich gesagt haben, wie es aussah mit dem TPA-Geschäft: War Ihnen irgendeiner der Befunde, die Sie Herrn Hauer und damit uns ja auch genannt haben, was alles

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht existierte, vor der Insolvenz schon bekannt, oder war die gesamte Antwort Ihre Kenntnis heute oder irgendwann zwischen dem Insolvenztag und heute?

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, die Einordnung ist eine Erkenntnis, die jetzt gekommen ist zwischen Insolvenz und heute. Nichtsdestotrotz sind die Unzulänglichkeiten, die wir organisatorisch hatten, uns auch vorher aufgefallen; aber eben unsere Annahme war eine andere.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist natürlich schlecht, wenn man - -

Zeuge Daniel Steinhoff: Es waren viele Schwachstellen da, die meines Erachtens nicht hätten da sein dürfen. Aber mehr hatten wir halt zu der Zeit nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wenn man mit Annahmen arbeitet, kann man gar nicht prüfen oder prüft halt falsch, wenn die Annahmen falsch sind. - Sie haben mit einem Kollegen, nämlich Fook Sun Ng - also Fook Sun reden Sie ihn an -, sich im Jahr 2019 ausgetauscht zu bestimmten Bestätigungen, die Herr Fook Sun Ng für die Unternehmen WDSG und WDAH abgeben musste gegenüber, ich glaube, irgendeiner Aufsichtsbehörde oder irgendeinem Prüfer. Das war so im August 2019. Da schreiben Sie ja schon auch relativ klar, dass Ihnen einiges nicht so klar ist. Können Sie diesen Vorgang mal im Zusammenhang darstellen oder das, was Sie davon noch erinnern?

Zeuge Daniel Steinhoff: Wenn Sie mir das zeigen, was ich da geschrieben habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, natürlich, klar. Das ist allerdings recht lang.

Zeuge Daniel Steinhoff: Das tut mir leid; aber ich habe jetzt keine - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, nein. Das ist Ihr gutes Recht, und wir wollen es ja auch wissen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Da geht es so um Centurion, heißt ein Dienstleister, um Maxcone. Da geht es um die Frage, dass nicht immer klar ist, ob den Rechnungen eine Leistung gegenübersteht oder ob die Leistungen so erbracht worden sind, ob das Geschäft dahinter so richtig läuft.

(Der Zeuge liest weiter in diesen Unterlagen)

Zeuge Daniel Steinhoff: Die E-Mail habe ich nicht in konkreter Erinnerung. Aber ich lese jetzt daraus, dass es um die Erteilung des Testats in Singapur ging und Herr Fook Sun - ich habe jetzt nicht alle Anlagen durchgelesen - offensichtlich eine Bestätigung von uns erwartet hat zur Authentizität dieser Transaktionen, die ich ihm jetzt in der Form hier nicht gewährt habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau, darauf wollte ich raus. Also, Sie haben Herrn Fook Sun Ng mit Blick auf Singapur die Authentizität bestimmter Transaktionen ja nicht bestätigen können. Haben Sie noch in Erinnerung, was danach passiert ist? Haben Sie das irgendwo gemeldet, oder wie hat Herr Fook Sun Ng das Problem gelöst? Wie war sozusagen - wenn Sie das doch wissen - der weitere Fortgang der Dinge dann?

Zeuge Daniel Steinhoff: Das erinnere ich jetzt nicht. Aber nachdem das Testat ja dann in der Folge nach meiner Erinnerung erteilt wurde, muss es dann ja irgendwie mit einer lokalen Erklärung vermutlich gelöst worden sein. Also, das habe nicht mehr -

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Aber Sie haben es niemandem gemeldet? Ich meine, das ist ja schon ein bisschen auffällig, was Sie da selber so gefunden haben. Ich finde es ja gut. Aber die Frage ist, was dann passiert ist damit.

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, gemeldet - - Ich habe es sicher mit Herrn von Knoop dann besprochen, der über regelmäßige Updates über Vorgänge, die uns da jetzt betroffen haben, informiert

Nur zur dienstlichen Verwendung

war. Aber Weiteres ist da nicht geschehen, in der Tat, ja. Also, soweit ich das jetzt erinnere.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank.

Zeuge Daniel Steinhoff: Vielleicht ergänzend, wenn ich das noch sagen darf: Ich meine, es ist ja am Ende, wenn es ein lokaler Abschluss ist, trotz aller Gruppenunterstützung ja immer noch eine lokale Geschäftsführungsfrage, auch welche Erklärungen im Rahmen der Abschlussprüfung dann abgegeben werden.

Dr. Florian Toncar (FDP): In einem zeitlichen Umfeld, in dem die Existenz von Umsätzen allerdings schon ein Thema war, ne?

Zeuge Daniel Steinhoff: Mhm.

Dr. Florian Toncar (FDP): Auch also auch in Singapur.

Zeuge Daniel Steinhoff: Mhm.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist jetzt Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion an der Reihe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Steinhoff, das ist durchaus alles interessant, was Sie berichtet haben und wie Sie da jetzt auch so ein bisschen reflektierend mit Abstand auf die Dinge draufschauen. Und es ist noch mal sehr klar geworden, dass offenbar viel Geschäft nicht existiert hat, weil niemand die Dienstleistung vermisst hat. Aber jetzt muss ich trotzdem noch mal nachhaken: Also, ich meine, Sie waren zuletzt der Chief Compliance Officer, Sie waren der stellvertretende Leiter der Rechtsabteilung.

Zeuge Daniel Steinhoff: Das war davor, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau, das war davor. - Würden Sie - - Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass Sie heute hierherkommen und uns sagen, dass Sie nichts sagen werden, weil alles, was Sie hier sagen könnten, Sie persönlich

belasten könnte. Das war meine Erwartung. Deswegen war ich sehr überrascht und bin jetzt irgendwie noch ein bisschen mehr überrascht, weil ich mich frage: Tragen Sie nicht eventuell auch Verantwortung dafür, dass nichts davon aufgedeckt wurde unter Ihrer Aufsicht?

Zeuge Daniel Steinhoff: Na ja, bei allem Verständnis, aber wenn wir im August 2019 erstmals sagen, wir reden über Compliance in der Wirecard-Gruppe - - Die formale Implementierung einer Compliance - sprich: eine Geschäftsordnung und entsprechende Befugnisse, Aufgabenverantwortlichkeiten - war bis zum Schluss nicht vorhanden. Das heißt, das Mandat von Compliance war die Schaffung von Strukturen. Das Thema haben wir vorangetrieben, parallel zu einer Sonderuntersuchung, in der wir Monate gebraucht haben, um an bestimmte Informationen heranzukommen. Insofern sehe ich mich nicht selbst belastet, weil ich glaube, dass wir mit Kräften gekämpft haben, um Informationen zu beschaffen und die Prüfung zu einem Erfolg zu führen. Dass sich sozusagen die Fakten hinterher als anders herausgestellt haben, macht das Bestreben nicht falsch.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber Sie haben selbst gesagt, Sie hatten Prokura für elf Tochterunternehmen, und auch in der Funktion als stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung kann man ja jetzt nun nicht sagen, dass Sie irgendwie ein kleiner Sachbearbeiter waren, der TPA-Geschäft gefälscht hat oder so, sondern Sie waren ja an vielen Dingen da auch mitbeteiligt. Und, ich sage mal, ich habe hier zum Beispiel auch eine E-Mail aus dem Juni 2019, da wollte Herr Bellenhaus einfach mal sämtliche Transaktionen der Wirecard Bank. Dann gab es da so ein internes Hin und Her, und da waren Sie immer auch mit drauf; macht ja irgendwie Sinn, die Rechtsabteilung da einzuschalten. Herr Wexeler hat es thematisiert, dass er das total strange findet, dass Herr Bellenhaus einfach mal alle Transaktionsdaten bekommen soll. - Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich erinnere mich an das Thema, nicht, ob ich jetzt in Kopie war. - Ich möchte jetzt aber vorweg, wenn Sie mir das hier

Nur zur dienstlichen Verwendung

so vorhalten - - Auch als Mitarbeiter in der Rechtsabteilung ist man ja abhängig beschäftigt. Das heißt, die Frage, welcher Aufgabenbereich einem zugewiesen wird, hängt im Zweifel vom Vorstand oder von der Leiterin der Rechtsabteilung ab. Mein Aufgabenbereich in der Rechtsabteilung war es primär, die Fragen der Wirecard Bank zu betreuen und Datenschutzthemen usw. Die Aufgaben habe ich erfüllt. Und jetzt sozusagen aus den Bezeichnungen zu schließen, was die innere Macht oder Befugnis war, ginge mir zu weit.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, aber wissen Sie, das Problem ist: Wir haben heute schon den Chefbuchhalter hier gehabt, der auch Chef des Controllings war, und der hat uns auch erzählt: Ja, hm, ich war zwar formal Chef des Controllings, aber ich war das gar nicht. - Jetzt haben wir den Chief Compliance Officer, und der sagt: Ja, Sie können von meinem Titel nicht auf meine Aufgabe schließen. - Das ist ja schon irgendwie - -

Zeuge Daniel Steinhoff: Das habe ich nicht gesagt, welche - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, dann habe ich Sie falsch verstanden.

Zeuge Daniel Steinhoff: Chief Compliance Officer ab August 2019: Da werden Sie dann ja sicherlich auch die Projektpläne PwC zum Ausrollen eines Compliance-Programms gesehen haben, Sie werden Personalzuwachs in verschiedenen Landesgesellschaften sehen, Sie werden sehen, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, jetzt - -

Zeuge Daniel Steinhoff: - dass wir uns bemüht haben, einige Untersuchungen durchzuführen. Also, ich glaube, das ginge jetzt zu weit. - Und die Frage stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung: Ich habe mich sicherlich nicht qua Rolle irgendwo mitverantwortlich gemacht. Und dass das Thema TPA - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ach, das können Sie ausschließen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Dass ich von irgendeinem Betrug wusste, das kann ich ausschließen, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Das ist schon mal gut. Das wäre natürlich, wenn Sie das jetzt hier umgekehrt sagen würden, auch irgendwie merkwürdig. Aber Sie glauben auch, Sie würden auch ausschließen, dass Sie vielleicht auch - - Es könnte ja auch fahrlässig sein, dass Sie irgendwas durch irgendwelche Prüfungen nicht so gemacht haben, wie man es hätte machen müssen usw. Wäre ja auch im Bereich des Möglichen. Also, ich meine, der stellvertretende Leiter der Rechtsabteilung hat sich das TPA-Geschäft angeschaut und für gut befunden.

Zeuge Daniel Steinhoff: Die Details, die wir jetzt im Rahmen der Sonderprüfung erarbeitet haben, die waren mir vorher nicht bekannt. Das Thema TPA ist jetzt, sozusagen aus heutiger Sicht, in eine noch besser darlegbare, sehr kleine Verantwortlichkeit gelegt worden. Und dass es Einzelaspekte gab, in die die Rechtsabteilung eingebunden wurde, also beispielsweise einzelne Kreditverträge, die dann entsprechend beraten und umgesetzt wurden, ändert nichts an der Tatsache, dass dieses Gesamtbild mir nicht bekannt war. Und deswegen - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, aber das ist ja sozusagen - - Dass das so war, dass Ihnen das nicht bekannt war, das ist ja klar. Die Frage ist aber doch: Hätte es Ihnen nicht bekannt sein müssen? - Wenn Sie die Aufgabe haben, das zu überprüfen, und Sie haben es nicht entdeckt und nichts gesehen, dann ist das zwar die Zustandsbeschreibung, aber dann sage ich: Hätten Sie es nicht sehen müssen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, mir ist nicht bekannt, dass ich ein Mandat gehabt hätte, TPA aufzuarbeiten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber Sie haben sich ja mit dem Thema befasst.

Zeuge Daniel Steinhoff: Ja, ab August 2019 im Rahmen der Sonderuntersuchungen und dann nach Insolvenz.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und als Sie mit EY in Singapur waren, wer war da noch alles mit dabei von EY?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich war nicht mit EY in Singapur.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie waren nicht mit EY in Singapur?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Hatten Sie, bevor Sie Chief Compliance Officer wurden - - Wie viel hatten Sie mit EY zu tun?

Zeuge Daniel Steinhoff: Gelegentlich im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen, insbesondere für die Wirecard Bank. Aus Rechtsabteilungssicht, Konzernebene, glaube ich, war es überschaubar, außer dass vielleicht einzelne Unterlagen oder so was mal geliefert werden sollten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Ganz andere Frage: Haben Sie eng mit der Kanzlei Bub Gauweiler aus München zusammengearbeitet?

Zeuge Daniel Steinhoff: Das Unternehmen: grundsätzlich ja. Ich persönlich würde nicht sagen, eng. Ich habe, glaube ich, ein oder zwei Terminen in den Kanzleiräumlichkeiten beigewohnt und auch mit dem Herrn Enderle einige Male telefoniert. Aber es gab sicherlich Personen im Unternehmen, die enger mit Bub Gauweiler zusammengearbeitet haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Um was ging es da? Was haben Sie mit Herrn Enderle besprochen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Es ging insbesondere um ein Thema. Also, die "Financial Times" war ja sozusagen Thema, und da ging es auch mal um einen Sachverhalt, der mir erinnerlich ist, zu einer Frage "eidesstattliche Versicherung", wo dann auch ein Schreiben zu der Frage "Gab es diese Bloomberg-Drohung?" an die BaFin ging. Dazu gab es mal eine Abstimmung mit Herrn Enderle.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, dann erzählen Sie doch bitte da noch mal ein bisschen mehr; das interessiert uns brennend. Was war da? Wer hat da eidesstattlich versichert? Und vor allem: Was war der - - Was haben Sie diskutiert miteinander?

Zeuge Daniel Steinhoff: Es ging - - Also, ich habe dann vernommen, dass Herr Marsalek sagte, es gäbe einen Hinweisgeber in London, der irgendwie in der Shortseller-Szene unterwegs sei und der Hinweise darauf hätte, dass die "Financial Times" irgendwie Kapitalmarktbeeinflussung probiert und dass es dazu auch irgendwie eine Aufzeichnung gebe. Und diese Aussage sollte in Abstimmung mit einer Londoner Kanzlei, meine ich, dann auch noch protokolliert werden in einer eidesstattlichen Versicherung. Und ich habe den Sachverhalt dann etwas später - - Es gab mal eine Anfrage der BaFin zu dieser Frage, die dann beantwortet wurde, dass es eben diese Vorwürfe gab und da eine eidesstattliche Versicherung irgendwie vorläge. Die Abstimmung dazu, das lief über den Herrn Enderle, weil der mit dem Herrn Marsalek dazu im Austausch war und nach meiner Kenntnis auch die Koordination mit dieser Kanzlei in London übernommen hatte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber Sie haben von diesem Umstand erst Kenntnis erlangt, nachdem das alles schon gelaufen war? Sie haben das dann nur im Nachhinein abgewickelt, weil die Staatsanwaltschaft was wollte oder die BaFin was wollte? Oder waren Sie mit Herrn Enderle in dem eigentlichen Thema?

Zeuge Daniel Steinhoff: In dem eigentlichen Thema war ich nicht. Das lief über den Herrn Marsalek primär, und ich meine, dass die Leiterin der Rechtsabteilung da auch irgendwie eingebunden war. Das habe ich nicht begleitet.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Dann würde mich noch interessieren: Können Sie uns sagen, wie hoch so im Schnitt das Honorar war, dass die Kanzlei da für die Arbeit bekommen hat?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich kann Ihnen jetzt die genauen Beträge aus dem Kopf nicht sagen, aber

Nur zur dienstlichen Verwendung

es war hoch. Ich müsste es jetzt nachschauen; ich habe die Summen jetzt gerade nicht im Kopf. Aber es war hoch, und es war pauschal, was, sage ich mal, nicht den mir gängigen Kanzleigepflogenheiten entspräche.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Also, die Kanzlei Bub Gauweiler hatte einen Pauschalvergütungsvertrag, und wenn ich Sie richtig verstanden habe, hat vor allem Herr Marsalek auf diese Dienste auch zurückgegriffen.

Zeuge Daniel Steinhoff: In dem Zusammenhang, ja. Ich glaube, instruiert wurde die Kanzlei damals auf Betreiben von dem Burkhard Ley, soweit ich mich erinnere, und der war zumindest mal bei einem Termin auch dort. Und der Herr Marsalek: Ich weiß nicht, wie viel er mit der Kanzlei zu tun hatte. Mir ist dieser konkrete Sachverhalt bekannt, und ich meine, dass es auch irgendwie, sage ich mal, Hintergrundabstimmungen mit der Presse irgendwie gegeben haben wird.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Haben Sie als Chief Compliance Officer gewusst, dass Herr Ley als externer Berater genauso viel verdient wie ein Vorstandsmitglied?

Zeuge Daniel Steinhoff: Die genaue Höhe seines Honorars kannte ich nicht. Mir wurde nur mal gesagt - weil ich hatte das Thema mit dem Herrn von Knoop mal, weil für mich die Frage war: Wettbewerbsverbot versus irgendwie Beratung oder Vergütung -, dass man da eine wirtschaftliche Lösung gefunden habe, die dem irgendwie Rechnung trage, weil Herr Ley sonst ja für, ich meine, zwei Jahre - war das nachvertragliche Wettbewerbsverbot - noch irgendwie 70 Prozent oder so was seiner letzten Vergütung, glaube ich, hätte haben dürfen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke. Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Steinhoff, Sie haben eben "Hintergrundabstimmungen" erwähnt. Ich habe das akustisch nicht richtig verstanden. Hintergrundabstimmungen in Bezug auf die Presse haben Sie erwähnt. Korrekt?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Zwischen der Kanzlei, Herrn Marsalek und - - Es gab doch auch eine Einbindung der Staatsanwaltschaft in diese Kommunikation. Korrekt?

Zeuge Daniel Steinhoff: So lese ich das jetzt auch. Wie genau der Werdegang da sozusagen im Hintergrund war, weiß ich nicht. Ich weiß aber, dass Herr Enderle wohl häufiger mal bei der Staatsanwaltschaft war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und wissen Sie, welche Pressevertreter oder welche Presseorgane Teil dieser Hintergrundabstimmung waren?

Zeuge Daniel Steinhoff: Könnte ich jetzt nur mutmaßen, weil es in München war nach meiner Kenntnis: aber - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie Kenntnis davon, wer die Eigentümer von EMIF 1A, von dem Fonds, sind, die wahren wirtschaftlichen Berechtigten?

Zeuge Daniel Steinhoff: Kenntnis wäre zu viel gesagt. Es gibt einen Vortrag in einem englischen Gerichtsverfahren von den ehemaligen Minderheitsgesellschaftern, die aussagen, dass, ich glaube, Brightyear (?) und Tuscany die beiden wirtschaftlich Berechtigten seien, wovon Brightyear - glaube ich, war es - dem Henry O'Sullivan zugeschrieben wird und Tuscany einer Dame, deren Name mir gerade entfallen ist, die wir aber nach meiner Erinnerung auch dem weiteren Umfeld von dem Herrn O'Sullivan zuordnen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): War Ihnen bekannt, dass Henry O'Sullivan sich öfters unter dem Akronym einer weiblichen Person - da steht hier Corinna Müller - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, was heißt - - Es gab damals den Wunsch seitens - - Also, es wurde als Wunsch von Herrn O'Sullivan aber transportiert über die Frau Schneider und den Herrn Marsalek, dass er im Rahmen der Sonderuntersuchungen nicht mit Klarnamen irgendwie auftauchen wolle und er sich deswegen vom Aufsichtsrat eine Zusage geben lassen wollte, dass er unter einem Decknamen - - Und Corinna Müller war dann wohl offensichtlich das Mittel der Wahl.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vorhin hatte Herr Kollege Hauer ja Ihren E-Mail-Austausch und die Frage des Bonusses mit Herrn Knoop zitiert. Ich habe hier eine andere E-Mail, die geht an Markus Braun. Da werden Sie mit einem ähnlichen Ansinnen vorstellig, und Sie betonen, dass so, wie es aussieht - - Die E-Mail ist geschrieben am 18. November 2019:

Ich bin froh, dass wir den Artikel letzte Woche, so wie es aktuell aussieht, verhindern konnten. (?)

Um welchen Artikel ging es denn dort?

Zeuge Daniel Steinhoff: Das habe ich nicht mehr in Erinnerung. Aber auch da war das Ansinnen das war ein Thema, das schon länger im Raum stand - für unsere Arbeits- -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Sie sagen, mein Vorschlag - - Also, Sie wollen einen kleinen Zuschlag in Höhe von 30 000 Euro brutto, und über der E-Mail steht: "Okay" - wie ich das interpretiere von Herrn Markus Braun.

Zeuge Daniel Steinhoff: Genau. Mhm.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie den Zuschlag bekommen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Mhm. Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Den haben Sie bekommen. Okay. - Ich frage auch deswegen, weil, ich sage mal, die Aufgabe eines Compliance Officer ist ja, die Rechtstreue des Unternehmens auch zu gewährleisten, also auch im Interesse des Unternehmens. Wenn man hier in so einer Phase darstellt, dass man sich extrem - - Also, ich sage es jetzt mal: Verzeihen Sie die Wortwahl, aber Compliance Officer für Wirecard ist ja ein richtiger Scheißjob. Verstehe ich schon, dass da ein gewisses Arbeitsleid mit einhergeht. Aber wenn Sie jetzt von der Person, die mutmaßlich Kopf dieser kriminellen Bande ist, sich einen Bonus zahlen lassen, dann ist das ja auch unter Compliance-Gesichtspunkten doch bedenklich, oder?

Zeuge Daniel Steinhoff: Na ja, ich glaube, die Betrachtung im Nachhinein ist da vielleicht etwas einfacher. Die Ratio war eine ganz einfach. Wir hatten einen Riesenhaufen Arbeit, den wir bewältigen mussten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Im Vertuschen von Vorgängen.

Zeuge Daniel Steinhoff: Nee, nicht im Vertuschen von Vorgängen, sondern die Arbeitshypothese zu dem Zeitpunkt war, dass wir in einem Unternehmen arbeiten, das mit schwachen Strukturen ausgestattet ist, dem aber in der Breite der Vorwürfe Unrecht getan wird. Und dafür haben wir uns eingesetzt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Es gibt eine weitere E-Mail von Waltraud Obermaier, Freitag, 19. Mai 2017, 10.30 Uhr, an Herrn Burkhard Ley, und sie schreibt dort:

Hallo, Herr Ley, Herr Steinhoff hat heute den finalen Kreditvertrag zu Senjo geschickt. (?)

Wie ist denn dieser Kreditvertrag zustande gekommen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich meine, dass die auf Bestreben von Herrn Marsalek für einen Kredit ausgereicht werden sollte für eine M & A-Akquisition. Wenn ich das zeitlich jetzt richtig einordne, hatten wir die Information bekommen, dass Senjo eine Firma namens Kalixa, die heute dann PXP heißt, akquirieren wolle und dass dafür ein Kredit zur Verfügung gestellt werden solle.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, Sie hatten da keinen Grund zu der Annahme, dass da etwas nicht stimmt mit dieser - -

Zeuge Daniel Steinhoff: Es gab eine Kreditvorlage, die in der Bank ordnungsgemäß genehmigt war, und wir waren beauftragt worden, einen Vertragsentwurf zu erstellen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mhm. - Und dann würde ich Sie gerne noch befragen zu einem Vorgang. Hier gibt es eine E-Mail von Ihnen an Herrn Ley, 28. November 2017. Da geht es um das Thema Finanzholding:

Hallo Burkhard, ich vermute, das Wording von Herrn Damberg

- das ist der BaFin-Sachbearbeiter -

war sehr bewusst gewählt und sollte womöglich ein Gefallen in unsere Richtung sein. (?)

Könnten Sie das denn noch mal ausführen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Daran habe ich jetzt keine konkrete Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich kann Ihnen das vorlegen.

Zeuge Daniel Steinhoff: Ja, gerne.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das schaffen wir aber wahrscheinlich nicht mehr in dieser Runde; müssen wir dann in der nächsten machen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist als Nächstes Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen dran.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Guten Abend, Herr Steinhoff! Ich will nur mal ein, zwei Sachverhalte kurz für mich verständlich klären, die Sie schon angesprochen haben. Sie sagten vorhin mit Blick auf Singapur und Rajah & Tann, Sie hätten diese Untersuchung beauftragt, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Das haben Sie sozusagen eigenhändig beschlossen, dass das gemacht werden muss?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich habe mit Rajah & Tann gesprochen und ihnen gesagt, dass sie uns behilflich sein müssen, den Sachverhalt zu dokumentieren, und uns behilflich sein sollen mit den nächsten Schritten, die daraus entstehen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann sagten Sie danach, Sie wurden - ich weiß nicht mehr, was Sie gesagt haben - abgesetzt von dem Thema.

Zeuge Daniel Steinhoff: Mhm.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abgesetzt von wem?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ich bekam die Info über die Leiterin der Rechtsabteilung, die mir mitteilte, dass der Vorstand - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mir den Namen.

Zeuge Daniel Steinhoff: Andrea Görres, die mir mitteilte, dass das Thema Singapur-Untersuchungen im Vorstand thematisiert worden sei und dass der Vorstand entschieden habe, dass sie gemeinsam mit Herrn Marsalek - so habe ich es in Erinnerung - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt für mich, die waren im Vorstand nicht happy, dass Sie sozusagen da alleine in einem Move vorgeprescht sind und es beauftragt haben, und haben Sie davon abgezogen.

Zeuge Daniel Steinhoff: So war auch meine Wahrnehmung, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt sind Sie - - Das ist natürlich Ihr Vorgesetzter. Aber hat das Misstrauen ausgelöst, oder wie haben Sie es gedeutet?

Zeuge Daniel Steinhoff: Es hat Misstrauen und auch einen gewissen Ärger ausgelöst, weil ich schon der Überzeugung war, dass das ein richtiger Schritt war, und ich nicht begeistert war, dass ich da abgezogen wurde.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, passt aber ins Muster. Das war bei "Project Ring" ähnlich so. Also, Sie waren nicht der Einzige, der sich hat abspeisen lassen. - Noch mal kurz zu der Staatsanwaltschaft: Wurden Sie eigentlich selbst von der Staatsanwaltschaft vernommen, also jetzt nach der Insolvenz?

Zeuge Daniel Steinhoff: Nach der Insolvenz wurde ich auch vernommen, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Frau Bäumler-Hösl?

Zeuge Daniel Steinhoff: Nein, von dem Herrn Bühring und einmal von einem Polizeibeamten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber gegen Sie laufen keine Ermittlungen?

Zeuge Daniel Steinhoff: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie eigentlich, dass die Staatsanwaltschaft Herrn Marsalek mal als Chief Compliance Officer irgendwo geführt hatte?

Zeuge Daniel Steinhoff: Nee, das - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht aus den Unterlagen hervor. Sie schmunzeln ein bisschen.

Zeuge Daniel Steinhoff: Das hat eine gewisse Ironie, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das finde ich auch; Ironie trifft es ganz gut. - Hat Herr Marsalek sich irgendwie mal als Compliance-Guy ausgegeben?

Zeuge Daniel Steinhoff: Das würde mich überraschen, wenn er das getan hätte. Ich weiß es nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann war das möglicherweise ein Versehen oder ein freudscher Verschreiber der Staatsanwaltschaft. - Waren Sie eigentlich in M & A-Aktivitäten irgendwie involviert?

Zeuge Daniel Steinhoff: Nur mal am Rande. Also, üblich war, dass die M & A-Abteilung selbstständig mit Anwälten zusammenarbeitet. Das ist erst in einem späteren Zeitpunkt - - ist ein Kollege in der Rechtsabteilung installiert worden für dieses Thema. Das war 2017 oder 18, vermute ich jetzt. Das Thema ist bei mir nur am Rande aufgetaucht. Ich habe jetzt zuletzt im Rahmen der Akquisition China darum gebeten, dass uns ein, ich sage mal, Kurzfragebogen zu einigen Compliance-Fragen beantwortet wird.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Thema "strategische Kredite", gehört das zum Compliance-Portfolio?

Zeuge Daniel Steinhoff: Wie gesagt, Compliance war ja jetzt nur Aufbereitung, wenn Sie so wollen, also Sonderuntersuchungen und jetzt nach Insolvenz. Insofern, ja, "strategische Kredite" hat jetzt auch dazugehört.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie da mal ein Thema auf dem Schreibtisch, also sehr konkret, beispielsweise einen strategischen Kredit, den der Vorstand dem Herrn Marsalek über die Wirecard Bank ermöglichte?

Zeuge Daniel Steinhoff: Davon gehe ich aus. Der Senjo-Kredit würde in diese Kategorie ja auch fallen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Sie sagten vorhin, dass Wirecard nach Ihrer Ansicht ein Finanzunternehmen war. Haben Sie sich mal mit der Ansicht an die Prüfer oder an die zuständigen Behörden mit Blick auf Geldwäscheaufsicht oder so gewandt?

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, ich habe das Thema intern kommuniziert, und es ist ja dann mit der Umgliederung des Bereichs Geldwäsche zu mir eine Meldung an die Behörde erfolgt, dass wir jetzt Geldwäschebeauftragte bestellt hätten. Das war aber jetzt - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Daniel Steinhoff: Im Mai 2020 muss das gewesen sein, wenngleich uns die Behörde ja bis heute nicht als Finanzunternehmen einordnet. Also, die Wirecard AG wird nach meiner Kenntnis - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja doch, Herr Hufeld hat dann Herrn Eichelmann auch angerufen im Mai 2020 und sagte, es wäre jetzt eigentlich mal Zeit dafür. Aber das war dann reichlich spät.

Zeuge Daniel Steinhoff: Nee, das ist ja - - Entschuldigen Sie, aber das wäre ja das Finanzholding-Thema.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Finanz-Holding, ja.

Zeuge Daniel Steinhoff: Das Thema Finanzunternehmen wäre ja die Regierung Niederbayern.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das ist bis heute nicht geklärt; da haben Sie recht.

Zeuge Daniel Steinhoff: Genau.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung. Ja, da haben Sie völlig recht. -Gab es eine Organisationseinheit Compliance bei der Wirecard?

Zeuge Daniel Steinhoff: Definieren Sie vielleicht "Organisationseinheit"?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Abteilung, die sich ganz explizit damit beschäftigt, nur mit Compliance.

Zeuge Daniel Steinhoff: Das war eben der Auftrag ab August 2019, dass wir das aufbauen sollten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch mal nachgeschaut: In der MaRisk steht, dass systemrelevante Institute eine eigene Organisationseinheit Compliance brauchen. Hat das was mit der Gründung Ihrer Compliance-Abteilung möglicherweise irgendwie zu tun? Gibt es da einen Zusammenhang?

Zeuge Daniel Steinhoff: Systemrelevant ist die Wirecard Bank ja nicht gewesen. Die Wirecard Bank hat nur die Compliance-Funktion nach MaRisk umsetzen - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das gesamte Unternehmen, also die AG: ein systemrelevantes Institut?

Zeuge Daniel Steinhoff: Es ist ja nicht als Finanzinstitut eingeordnet worden. Insofern ist es dann nicht - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jetzt mit Ihrer - weiß ich nicht, Sie sind Jurist, aber - - der ökonomischen Bedeutung des Unternehmens: Würden Sie es als systemrelevant klassifizieren?

Zeuge Daniel Steinhoff: Die Einordnung traue ich mir nicht zu, sage ich mal. Der Schwerpunkt der Leistungen war ja über einen langen Zeitraum eher dem Bereich IT zuzuordnen. Und insofern, glaube ich, hätte sich diese Wahrnehmung vielleicht dann geändert, wenn die Lizenzprozesse es gab ja in Asien einige Länder, in denen Lizenzen akquiriert werden sollten - dann erfolgreich gewesen wären.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine letzte Frage, wenn ich darf: Ich habe über Sie gelesen, Sie waren sieben Jahre bei einer CDU-Landtagsabgeordneten in Schleswig-Holstein als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.

Zeuge Daniel Steinhoff: Mhm.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie da mit dem Thema Glücksspiel zu tun?

(Der Zeuge schüttelt mit dem Kopf)

Zeuge Daniel Steinhoff: Die Dame war bildungspolitische Sprecherin.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch ein wichtiges Thema. - Danke.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann würde ich jetzt noch ein paar Fragen zur Reise auf die Philippinen haben. Laut MAT A BMF-4.31, Blatt 318, sind Sie Anfang März gemeinsam mit Herrn Jan Marsalek und Vertretern von KPMG, EY auf die Philippinen geflogen, um noch fehlende Informationen unter anderem zu den wirtschaftlich Berechtigten der Treuhandkonten zu beschaffen. - Ist das richtig?

Zeuge Daniel Steinhoff: Korrekt, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Von wem ging die Initiative für diese Reise auf die Philippinen genau aus?

Zeuge Daniel Steinhoff: Nach meiner Wahrnehmung war das eine Mischung sozusagen aus Abschlussprüfer und Sonderprüfer. - Dieses ganze Thema Treuhandkontenwechsel nach Manila hat uns ja, also mich, sehr spontan ereilt, wenn ich das mal so sagen darf. Wir sind ja bis Ende Januar davon ausgegangen, das Geld läge in Singapur bei einem Singapur-Treuhänder, und sind dann in einem Termin beiläufig darüber in Kenntnis gesetzt worden. Mein Verständnis war, dass Ernst & Young den Treuhänder kennenlernen wollte, dass aber KPMG auch insbesondere Interesse hatte, einen TPA-Partner kennenzulernen. Und deswegen wurde es dann so ein kombinierter Besuch aus Treuhänderbanken und dem TPA-Partner PayEasy.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gab es eine Abstimmung zwischen Ihnen und Herrn Marsalek im Vorfeld?

Zeuge Daniel Steinhoff: Das will ich nicht ausschließen, weiß ich jetzt gerade nicht aus dem Stegreif. Aber dass wir jetzt zur Frage Reise gesprochen haben, das kann sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Hat Herr Marsalek aus Ihrer Erinnerung versucht, die Reise ein bisschen hinauszuzögern?

Zeuge Daniel Steinhoff: Herr Marsalek hat - -Also, es wurde vieles stark verzögert. Die Argumente waren unterschiedlich: Die Partner wollen nicht, oder es wäre irgendwie schwierig, Dinge zu organisieren. - Insofern, sage ich mal, hatte ich in der gesamten Prüfung immer wieder das Problem, dass auf Zeit gespielt wurde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm. - Gab es eine Abstimmung im Vorfeld mit dem Herrn Tolentino?

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, nach meiner Kenntnis hat Herr Marsalek und auch die Frau Schneider mit dem Büro von Herrn Tolentino einen Austausch gehabt. Und es gab ja auch im Vorwege, also vor dem Termin, schon Unterlagen, die von dort zur Verfügung gestellt wurden. Kontoauszüge und Saldenbestätigungen sind, glaube ich, im Februar irgendwann übermittelt worden. Insofern: Ja, dort muss es eine Abstimmung gegeben haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich würde jetzt mal weiterspringen: Jetzt kommen Sie zurück, und die Autoren des Buches "Die Wirecard-Story" berichten in ihrem Buch ausführlich über die Reise auf die Philippinen im März 2020. Im Kapitel "Stippvisite beim Milliarden-Mann" - gemeint ist eben jener Treuhänder Mark Tolentino - wird über die gleichermaßen denk- wie fragwürdigen Begegnungen in Manila berichtet. Im Anschluss der Schilderungen der Reise finden sich dann folgende Sätze:

Zurück in Aschheim wird Wirecards Compliance-Chef das Treuhandmodell kritisieren. Finanzvorstand von Knoop soll sich einsichtig gezeigt haben, Braun und Marsalek seien "verhalten in ihrer Aufmerksamkeit" gewesen ...

Ist das zutreffend, dass Sie in internen Gesprächen nach der Reise das Treuhandmodell kritisiert haben?

Zeuge Daniel Steinhoff: Ja, das ist zutreffend. Ich sage mal: Nach der Reise noch mal mehr. - Ich habe aber auch im Vorwege versucht, das Treuhandmodell nachzuvollziehen, also die Ratio dahinter und auch die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit zu verstehen. Der Wechsel auf die Philippinen und die Streuung auch solcher Beträge auf nur zwei Banken usw. waren Themen, die mich



Nur zur dienstlichen Verwendung

umgetrieben haben und die ich auch insbesondere mit Herrn von Knoop, aber dann bei Gelegenheit eben auch mit Herrn Braun und Herrn Marsalek besprochen habe. Es gab dann auch die Zusicherung, dass der Herr Tolentino nur eine Übergangslösung sei und man sich bemühe, einen europäischen Weg zu finden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm. - Herr Steinhoff, im Juli 2020 waren im Zusammenhang mit der erneuten Verhaftung von Markus Braun Aussagen der Staatsanwaltschaft München I in der "FAZ" zu lesen, wonach es sich bei Wirecard um ein streng hierarchisches Unternehmen handelt, in dem Korpsgeist und Treueschwüre gegenüber Braun gegolten haben sollen. Decken sich diese Aussagen auch mit Ihren Wahrnehmungen innerhalb des Konzerns?

Zeuge Daniel Steinhoff: Also, ich war offensichtlich nicht Teil dieses Klubs.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Können Sie vielleicht die Frage beantworten, ob Markus Braun wirklich so was wie das - nennen wir es mal - Zentralhirn gewesen sei, und gab es Bereiche im Unternehmen, etwa Organisation des TPA-Geschäfts, die seiner Kontrolle entzogen waren? Was haben Sie da wahrgenommen?

(Schluss der stenografischen Protokollierung: 0.02 Uhr)

Anlage 1

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des Zeugen Stephan Freiherr von Erffa 19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Stenografisches Protokoll

der 30. Sitzung
- vorläufige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 18. März 2021,11.00 Uhr 10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1 Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung	Seite

Öffentliche Zeugenvernehmung

Stephan Freiherr von Erffa
(Beweisbeschluss Z-26)

Thomas Eichelmann (Beweisbeschluss Z-20)

Daniel Steinhoff

(Pawaishasahlusa 7, 112)

Protokolliarung bis 0.02 Ubr

(Beweisbeschluss Z-112) Protokollierung bis 0.02 Uhr

Heike Pauls (Beweisbeschluss Z-108)

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann dem endgültigen Protokoll beigefügt.

^{*} Hinweis:



wichtig -, immer das Mikrofon einzuschalten, da wir auch ein Tonprotokoll als Rückfallebene anfertigen. Das ist relativ einfach: Sie betätigen einfach den roten Knopf mit dem Zeigefinger. Dann leuchtet diese schöne Diode oder LED, und dann ist Ihr Mikrofon aktiv geschaltet. Selbiges bitte ich auch, falls die Rechtsanwältin was zum Verfahren zu sagen hat oder eine Unterbrechung möchte.

Ja, Herr von Erffa, ich würde Sie zunächst zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf, Wohn- oder Dienstort entsprechend mitzuteilen.

Zeuge Stephan von Erffa: Mein Name ist Stephan von Erffa. Ich bin 46 Jahre alt, wohne . Mein Beruf ist: Ich bin Director Accounting bei der Wirecard gewesen und im Moment ohne Arbeit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. --Herr von Erffa, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Herr von Erffa, Sie haben das Wort.

Zeuge Stephan von Erffa: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Gottschalk! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen und den anderen Ausschussmitgliedern dafür bedanken, dass ich im Dezember mit einer Videovernehmung Stellung nehmen konnte. Ich hatte damals versprochen, dass ich im Falle eines weiteren Termins hier persönlich zur Verfügung stehen werde. Deshalb bin ich heute selbstverständlich auch nach Berlin gekommen.

Ich möchte auch vorab klarstellen, dass mir die Insolvenz der Wirecard und damit natürlich auch die Folgen für die Mitarbeiter, für die Partner, Lieferanten, aber auch die Aktionäre sehr nahegehen. Es war für mich unvorstellbar, dass so was passieren konnte. Eigentlich dachte ich, dass wir bei der Wirecard ganz gut aufgestellt sind. Wir hatten verschiedene Gremien wie den Compliance-Ausschuss, die interne Revision, auch eine Abteilung für Risk und den Aufsichtsrat, der

auch stetig erweitert wurde. Außerdem gab es natürlich die internen und auch die externen Prüfungen. Aber die bestehenden Mechanismen, wie wir ja heute wissen, haben den Skandal leider nicht verhindert, was mir wirklich sehr leidtut.

Die Fragen, die Sie mir heute stellen werden, werde ich bestmöglich und so weit, wie es möglich ist, beantworten. Aber wie Sie wissen, ist immer noch ein Ermittlungsverfahren anhängig, in welchem meine Verantwortung innerhalb des Wirecard-Komplexes geprüft wird. Fragen zu diesem Verfahren selbst, aber auch dem Ermittlungsgegenstand kann ich leider daher nicht beantworten und berufe mich in diesem Bereich auf mein Auskunftsverweigerungsrecht nach § 22 PUAG. Aber Fragen insbesondere zu Themen wie der DPR-Prüfung oder zur Finanzholding oder Kontakte zur BaFin oder Finanzamt oder auch Kontakte zum ehemaligen Polizeipräsident Kindler usw. beantworte ich, soweit es mir bekannt ist, sehr gerne.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr von Erffa. - Ja, dann würde ich - das hat schon gute Tradition jetzt - zunächst mal mit allgemeinen Fragen, die ich dann für die Kollegen sozusagen gleich mit so ein bisschen abräume, beginnen und frage ganz einfach noch mal: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Also, konnten Sie noch beispielsweise Unterlagen oder andere Dinge einsehen, erhalten? Wie hat das funktioniert?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe mich insofern vorbereitet, dass ich die Kontakte noch mal nachvollzogen habe in E-Mails, die ich zu öffentlichen Stellen habe. Ansonsten habe ich natürlich im Zuge der letzten Monate mich umeingehend mit diesem Thema auseinandergesetzt und - - Aber diese spezielle - die Berührung mit öffentlichen Stellen, das hatte ich tatsächlich jetzt noch mal nachgelesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie uns - - Man konnte jetzt einiges natürlich googeln; aber wie sagt man so schön: Nichts ist wichtiger und doch dann genauer als die eigene Schilderung. -



Also, können Sie vielleicht kurz Ihren beruflichen Werdegang im Vorlauf zu Ihrer Tätigkeit bei der Wirecard AG mal darstellen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja. Also, ich hatte vorher bei Mitsubishi Heavy Industries als Controller gearbeitet und hatte - - Oder fangen wir vorher an: Ich hatte zuerst MBA studiert an der TU München, abgeschlossen mit einem Betriebswirt-schafts- - Diplom-Betriebswirt Dipl.-Wirtsch.-Ing., und habe dann bei Mitsubishi Heavy Industries angefangen. Habe da ein paar Jahre gearbeitet, bis ich dann mich bei der Wirecard beworben hatte. Ich hatte über einen Bekannten gehört, dass dort eine Stelle vakant ist als Controller und habe dementsprechend mich dort beworben. Hatte dort ein Bewerbungsgespräch mit einem Herrn Kleber (?), der damals im Finanzbereich zuständig war und hatte dann die Stelle auch bekommen, wo ich dann als einziger Controller angefangen hatte -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Können Sie mir noch mal kurz erläutern - weiß ja auch nicht vielleicht jeder -, welche Aufgaben Ihnen innerhalb des Konzerns genau übertragen waren im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit für die Wirecard AG?

Zeuge Stephan von Erffa: Es kommt drauf an, welchen Zeitraum Sie jetzt genau ansprechen. Am Anfang hatte ich, wie gesagt, angefangen im Controlling.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wann war das?

Zeuge Stephan von Erffa: Das war 2005, Anfang 2005. Später dann, als ich - - oder nachdem ich dort die Aufgabe übernommen hatte, war es so, dass der Herr Kleber (?), der mich auch im Bewerbungsgespräch interviewt hatte, gerne CFO werden wollte, als ein CFO gesucht wurde. Soweit ich das damals gehört hatte, wollte der Aufsichtsrat den Herrn Kleber (?) nicht als CFO haben, weswegen der Herr Kleber (?) dann entschieden hat, seine berufliche Karriere woanders fortzusetzen. Und entsprechend wurde Herr Kleber (?) im Bereich Buchhaltung und Finanzen ersetzt durch eine Dame, die die Nachfolge übernehmen sollte. Als CFO kam dann 2006 Herr Ley.

Und Herr Ley bat mich dann, nachdem diese Dame die Buchhaltung nicht wirklich organisiert bekommen hat, um Unterstützung, dass ich die organisatorischen Aufgaben der Buchhaltung mitübernehmen sollte, das bedeutet, nicht das fachliche Know-how, sondern die organisatorische Abhandlung der Abteilung.

Ich sollte damit die Prozesse und Arbeitsabläufe strukturieren. Ich sollte die Schnelligkeit der Buchhaltung verbessern, was ich auch in den ersten Monaten und Jahren dann tat. Die Personaldecke im Accounting war immer recht dünn und wurde auch, soweit ich das in Erinnerung habe, regelmäßig auch von den Wirtschaftsprüfern moniert. Wir mussten relativ viel manuell zu der damaligen Zeit machen. Das hat sich leider nicht bis zum Schluss auch nicht - grundlegend geändert. Es wurde zwar sehr viel automatisiert, aber es kamen immer neue Dinge hinzu, sodass wir tatsächlich stark ausgelastet waren.

Wir waren Ende 2015 für den Konzernabschluss ohne mich vier Mitarbeiter. Und mittlerweile haben wir die grob verdreifacht, die Zahl vom Anfang. Nachdem ich eben auch darauf sehr gedrungen habe, dass wir sehr adäquates Personal - - Also, da hatte ich 2017, Ende 2017, zwei Wirtschaftsprüfer - also von der Ausbildung her Wirtschaftsprüfer - eingestellt, die dann eben auch die fachliche Leitung des Abschlusses übernahmen.

Grundsätzlich wollte ich immer mehr Personal haben - aber es wurden dann im Rahmen des Budgets auch oft wieder einige Positionen herausgestrichen - weil wir als Hauptaufgabe eben auch die neuen Produkte einführen mussten. Wir mussten dafür die Anforderungen definieren. Wir mussten für die alten Produkte Prozessverbesserungen einführen, einen Qualitätszirkel einführen und eine Automatisierung vorantreiben. Das eine war auch ein großes Projekt von uns, dass wir 2016 eine neue Software eingeführt haben, die internationale Finanzkonzerne auch einsetzen, um eben auch dort die Internationalität in die Software hineinzubringen, weil mit der ersten Software war ein Ausrollen international nicht möglich.



Wenn wir 2015 eben anschauen, da waren es, wie gesagt, tatsächlich vier Mitarbeiter im Abschlussbereich. Wir waren komplett anders aufgestellt zu dem, wie wir heute waren. Wir haben sowohl im Output als auch in den Anforderungen an uns tatsächlich vieles, vieles verbessert, was uns auch so von den Wirtschaftsprüfern und auch von anderen Abteilungen widergespiegelt worden ist.

2016, im Oktober, bekam ich den Titel vom Herrn Ley des Deputy CFOs, wobei dieser Titel keine Funktionsänderung beinhaltete. Es war auch keine Kompetenz damit verbunden oder Ähnliches. Es war schlussendlich ein Titel, der es dem Herrn Ley erlaubte, repräsentative Aufgaben, zum Beispiel der Empfang von wichtigen Personen, Partnern von anderen Unternehmen oder Institutionen - zu begrüßen, dass die sich auch adäquat begrüßt fühlten. Es war damit, ich sage mal überspitzt, so eine Art Grüßonkeltitel, den man bekommen hat. Es hat weder eine monetäre noch eine disziplinarische Erweiterung des Jobs von mir bedeutet. Auch die Tätigkeit hat sich dadurch nicht geändert. Ich war weiterhin verantwortlich für die Buchhaltung innerhalb des Wirecard-Konzerns. Das bedeutet, ich hatte sowohl die beleghafte Buchhaltung am Standort München als auch die Konzernbuchhaltung am Standort München unter mir, wobei jeweils natürlich leitende Angestellte die jeweiligen Abteilungen geführt haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann würde ich noch von den allgemeinen jetzt schon zu den konkreteren, spezielleren Fragen kommen. Hatten Sie selbst jetzt - Sie haben das so gesagt - in Form dieses "Grüßaugust" Kontakt oder auch weiter gehenden Kontakt zur Bundesregierung oder Mitgliedern der Bundesregierung?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, zu Mitgliedern der Bundesregierung hatte ich zu keiner Zeit Kontakt. Mir war tatsächlich noch nicht mal bekannt, dass wir diesen Kontakt hatten. Ich hatte in dieser Funktion einmal den Kontakt zum Staatsministerium für Finanzen in Bayern, um dort abzuklären, welche Projekte machbar sind. Dieser Kontakt kam damals über den Herrn Kind-ler, der Lan despolizeipräsident war, glaube ich,

früher in Bayern. Aber sonst hatte ich so keinen, also keinen Kontakt im Sinne von Lobby oder Ähnlichem.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wäre so meine nächste Frage gewesen. Nämlich am 19. November 2018 besuchte ja die Staatsministerin für Digitales, Dorothee Bär, MdB, den Hauptstandort der Wirecard AG in Aschheim. Neben Frau Staatsministerin Bär nahmen auch Herr Dr. Markus Braun, Herr Burkhard Ley, Herr Dr. Günther Beckstein, Herr Waldemar Kindler - den Namen hatten Sie eben schon angesprochen - teil. Das ergibt sich aus einer E-Mail der Leiterin des Büros von Frau Bär, nachzufinden auf MAT A BKAmt-8.02 Blatt 10 f. - Können Sie uns hierzu was schildern, was Ihnen von diesem Treffen sowohl im Vorfeld als vielleicht auch von dem Tag bekannt war? Nahmen Sie vielleicht auch dran teil? Können Sie also da einiges zu diesem Treffen am 19. November 2018 berichten?

Zeuge Stephan von Erffa: Zu dem Treffen kann ich nichts berichten. Ich weiß, dass die bei uns am Standort waren. Aber es war auch ein Treffen - aber ich glaube, nicht dieses -, an dem ich mal teilgenommen habe. Das war ein - - Es ging allerdings nicht über die Firmenpräsentation schlussendlich hinaus und ein kurzes Hallo-Sagen. An so einem Meeting habe ich teilgenommen und dann, wie gesagt, noch mal ein Meeting im Finanzministerium in München.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, da haben wir auch nichts. - Dann würde ich zunächst mal meine Fragen, wie wir es immer so haben, abschließen. Und dann schaue ich. - Dann ist Matthias Hauer für die CDU/CSU an der Reihe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr von Erffa, mich würde zunächst interessieren: Könnten Sie noch mal genau darstellen - Sie hatten das gerade schon mal so angerissen -, was Ihre genaue Zuständigkeit im Konzern jetzt war? Also, was umfasst jetzt den Bereich Buchhaltung? Was haben Sie da konkret gemacht?

Zeuge Stephan von Erffa: Meine Aufgabe ist es, den Finanzbereich - - Nein, wir machen es genauer: Meine Aufgabe ist es, den Bereich



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Accounting - also, mein Titel ist Head of EVP (Executive Vice President) Accounting - zu leiten. Das bedeutet, ich war für die Bereitstellung der Ressourcen, für die Entscheidungen, welche Prozesse, welche Software, welche was auch immer eingeführt wird oder eben nicht eingeführt wird - - Ich war dafür zuständig, dass wir die internationale Zusammenarbeit mit den - - also die Zusammenarbeit der verschiedenen Standorte regeln und welche Anforderungen wir an neue Produkte oder neue Prozesse stellen, damit wir sie in der Buchhaltung abbilden können. Das bedeutet, ich war eine Schnittstelle zu den anderen Fachabteilungen, die mit diesen Punkten ankamen, und habe dann die Informationen, die wir hatten, oder die Entscheidungen, die wir hatten, dann an die Abteilung weitergeben. Steuer war auch in meinem Bereich.

Und ab 2017 wurde mir das Controlling unterstellt. Das war aber eigentlich nur eine hierarchische Umorganisation. Selber habe ich das Controlling jetzt nicht - - habe ich im Controlling jetzt keine Tätigkeiten entfaltet. Das wäre auch dann nicht mehr machbar gewesen vom Zeitaufwand. Und ich denke, so wie wahrscheinlich Sie vielleicht noch ein paar Stunden mehr, aber bei mir waren es auch 60, 70, manchmal auch 80 Stunden die Woche, sodass für das Controlling dann keine Zeit war. Rein organisatorisch hing es unter mir dann ab 2017.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Könnten Sie darstellen, inwieweit Sie dann einbezogen waren in die KPMG-Sonderprüfung? Wie hatten Sie da Berührungspunkte?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte es - - Für einen Bereich - das war dieses Merchant Cash Advance - war ich der Hauptansprechpartner für die KPMG. Und in dem Bereich TPA war ich der Ansprechpartner, wenn es um buchhalterische Belege ging. Und auch sonst natürlich, falls die KPMG buchhalterische Belege brauchte, war ich der Ansprechpartner, der interne Ansprechpartner zumindest, um dann die entsprechenden Anfragenden mit den Informationen - - versorgte. Das fing anfangs an mit zum Beispiel der Zusammenstellung sämtlicher Geschäftsberichte oder

Ähnlichem, Kontoauszüge oder dann irgendwelche tatsächlichen Auszüge aus der Buchhaltung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie da, was diese Kommunikation gegenüber KPMG angeht, selbst entschieden, was Sie da rausgeben und was Sie nicht rausgeben? Oder haben Sie sich da mit dem Vorstand abgestimmt? Oder wie lief da die Kommunikation mit dem, Vorstand zu dieser KPMG-Sonderprüfung?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, die Ansprechpartner für mich waren eigentlich der Herr Steinhoff vom Compliance als Hauptansprechpartner und die Frau Dagmar Schneider, die eben Ressort Marsalek war und den Vorstand in gewisser Weise vertrat in dem Komplex oder in dem Prüfungskomplex KPMG.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, die Frau Schneider hat da eine maßgebliche Rolle dann, wie ich das jetzt höre von Ihnen, gespielt.

Zeuge Stephan von Erffa: Für die Prüfung als - Ja, also für die Prüfung als Organisatorin- - Sie hat jetzt - - Sie war die Organisatorin, also das bedeutet, sie hat die Anfragen von KPMG angenommen und hat die Anfragen weitergegeben an die Fachabteilung, die Sachen eingesammelt und dann auf die Laufwerke für die KPMG bereitgestellt. Also, sie war jetzt nicht diejenige, die Entscheidungen getroffen hat; aber sie war diejenige - die organisatorische Projektleiterin neben dem Herrn Steinhoff.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie zu diesein Thema mal mit Herrn Marsalek oder Herrn Braun gesprochen, über diese KPMG-Sonderprüfung?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gab - - Natürlich gab es Gespräche. Mit dem Herrn Marsalek, glaube ich, weniger, aber mit dem Herrn Braun gab es mal ein Gespräch über die Sonderprüfung. Und Marsalek vielleicht fachlich, aber wir hatten kaum Berührungspunkte, weil mein Bereich, dieses Merchant Cash Advance, war nicht sein Bereich unbedingt. Und die anderen Bereiche, wie zum Beispiel die Belege, da brauchte man mit



Matthias Hauer (CDU/CSU): Also letzte Frage vielleicht kurz: Sie haben das als gute Zusammenarbeit mit der BaFin empfunden?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es klang also für mich, als ich diese E-Mail gelesen habe, als konstruktive Zusammenarbeit, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank einmal an den Kollegen Hauer. - Dann ist jetzt Dr. Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr von Erffa, Sie haben eingangs gesagt, Sie hätten sich nicht vorstellen können, dass die Wirecard insolvent geht, und noch mal betont, welche Governance-Schritte es gab. Nun gab es ja aber über Jahre hinweg nicht nur immer wieder Berichterstattung, sondern auch mit steigendem Konkretisierungsgrad. War Ihr Nicht-vorstellen-Können alleine auf Governance-Verbesserungen gestützt, oder muss ein Head of Accounting nicht vielleicht auch noch - na ja, wie soll man sagen? Sie kennen ja die Zahlen - - Können Sie mal ein bisschen erläutern, warum Sie sich das nicht haben vorstellen können, obwohl die Berichte ja dichter und konkreter wurden?

Zeuge Stephan von Erffa: Es fing ja schon 2017 2008 an mit Vorwürfen. Die Vorwürfe wurden regelmäßig dann auch extern überprüft, nicht nur intern, sondern auch extern überprüft. Das fing damals 2017 2008 mit einer Sonderprüfung von EY an. Wir haben dann auch den Wirtschaftsprüfer gewechselt, um ein Big Four in das Unternehmen reinzukriegen. Und immer wenn es Berichte gab, wurde das zwangsläufig natürlich auch von den Wirtschaftsprüfern überprüft. Und wir haben intern das auch überprüft.

Aber alle diese Überprüfungen haben schlussendlich nicht dazu geführt, dass - - Also, es wurde nichts unbedingt Falsches entdeckt. Manchmal wurde gesagt, wir müssen da ein bisschen die Qualitäten verbessern, was wir auch getan haben. Wir haben entsprechend zum Beispiel eben - was ich ja auch ausführte - - dass wir dann 2017 zwei Wirtschaftsprüfer noch mit eingestellt haben, um diesem gerecht zu werden. Auch die Internationalisierung, auch die Einführung von Software war ein Verbesserungsprojekt. Um mehr Kontrolle - zum Beispiel Singapur, als das Thema aufkam - auch über die Auslandsstandorte zu bekommen, wurde dieses Projekt noch mal forciert - und wir waren da auch schon bei etwa 80, 90 Prozent Umsetzung -, um direkt in die Zahlen der Tochtergesellschaften hineingucken zu können.

Also, da gab es schon durchaus Verbesserungspotenzial, was gehoben worden ist. Es wären auch noch weitere Projekte jetzt - nicht jetzt, also 2020 - zur Umsetzung gekommen, auch Com-pliance-Projekte, zu denen es jetzt nicht mehr kam. Aber grundsätzlich haben auch viele dieser Punkte sich, zumindestens aus damaliger Sicht, nicht bewahrheitet, sondern auch zum Teil diesen Mythos - den man heute sagen muss -, dass es Shortseller sind, zumindestens intern in der Wirecard durchaus eher manifestiert als infrage gestellt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben gerade gesagt, Sie hätten, ich glaube, 2017 zwei Wirtschaftsprüfer eingestellt. Habe ich das richtig verstanden? Und wer hat die eingestellt? In welcher Funktion im Konzern wurden die angehängt? Und was war sozusagen deren Aufgabe?

Zeuge Stephan von Erffa: Sie wurden eingestellt - Also, ich hatte sie eingestellt. Sie waren - Der eine war für das sogenannte externe Reporting, also das bedeutet: den Geschäftsbericht, zuständig, und der andere war für Accounting Policy zuständig, eine damals dann von mir neu geschaffene Abteilung, die die Aufgabe hat, neue Produkte oder auch alte Produkte bilanziell zu bewerten, insbesondere auf Neuerungen im IFRS und die Erfüllung von Vorgaben aus diesen Standards.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm, okay. - Und Sie haben dann noch mal gesagt, Sie hätten den Prüfer gewechselt, um eine Big-Four-Gesellschaft an Bord zu kriegen. Das würde ich einfach gern noch mal abklären. Nach meiner Kenntnis war



19/30 3. Untersuchungsausschuss

EY ja elf Jahre Prüfer bei der Wirecard AG. Wo war da - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, genau, und davor war es ein - 2007 kam EY dazu oder 08. Nee, 2007 2008 war diese Sonderuntersuchung wegen der Vorwürfe von der Schutzgemeinschaft (SDK). Das bedeutet, 2008 war EY Prüfer Sonderprüfer und war dann elf Jahre als Prüfer dabei. Das ist richtig.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, aber was war dann der Prüferwechsel, von dem Sie gesprochen haben?

Zeuge Stephan von Erffa: Das war dieses - - 2008 kam EY dazu, und vorher war es Rölfs, glaube ich.

Dr. Florian Toncar (FDP): In Ordnung. Es war kein Prüferwechsel, den wir bisher nicht kannten, sondern der -

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nee.

Dr. Florian Toncar (FDP): - aus dem letzten, vorletzten Jahrzehnt, okay. - Sie haben die Sonderuntersuchung EY angesprochen, die unter "Project Ring" ja auch firmiert. Haben Sie mitbekommen, wie die beendet wurde?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe es - - Also, ich habe jetzt ein bisschen was aus den News heraus-gel- - Damals, weiß ich, dass dieses Projekt - dass darüber diskutiert wurde, ob es eigentlich jetzt fertig ist oder nicht fertig ist, dieses Projekt. Da hatte ich noch mal nachgefragt, weil ich mich für den nächsten Jahresabschluss vorbereiten wollte. Und da hieß es, dass der jetzt - - dass man mit EY gesprochen hat und einvernehmlich diese Prüfung jetzt beendet hätte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war Ihr Kenntnisstand?

Zeuge Stephan von Erffa: Das wurde mir vom CFO Ley damals, glaube ich, noch mitgeteilt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben jetzt vorhin gesprochen über das, was Sie sich haben vorstellen können und warum auch nicht. Ich würde es noch mal einfach so hinnehmen. Aber ist Ihnen

denn in Erinnerung, dass es mal jemanden aus dem Vorstand gegeben hat, der gesagt hat - nach Zatarra oder nach den Sachen in Singapur oder nach den "Financial Times"-Berichten über das TPA-Geschäft; da gab es ja auch mehrere 2019 -, irgendjemanden aus dem Vorstand außer Ihnen - bzw. überhaupt aus dem Vorstand -, der gesagt hat: "Da müssen wir doch jetzt mal ganz anders rangehen, um das aufzuklären und mal zu gucken: Was ist da Sache in Asien?"?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es gab einen - -Nach diesem Asien-Fall gab es eine große Richtungsänderung insofern, dass man das Compliance stark an Bedeutung hat gewinnen lassen. Man hat Compliance jetzt unabhängig geschaffen. Vorher war das unterhalb der Rechtsabteilung angegliedert. Der Herr Steinhoff hatte die Aufgabe, umfangreich Mitarbeiter einzustellen. Es wurden auch tatsächlich sehr, sehr viele - wie viele es am Schluss waren, weiß ich nicht -, aber sehr, sehr viele Mitarbeiter eingestellt. Es wurden externe Berater eingestellt, die sowohl in Asien als auch in den anderen Standorten Verbesserungsmaßnahmen identifizieren und Verbesserungen vorschlagen sollten, die wir dann auch unter Federführung des Compliance - - die dann auch abgearbeitet worden sind.

Es war natürlich ein Projekt, was noch immer im Wachsen war und immer nicht final angekommen war. Wir hatten von unserer Seite auch Compliance-Maßnahmen gemacht. Wir hatten zum Beispiel die Führung in Asien ausgetauscht. Und wir hatten die Buchhaltung in Asien wesentlich enger an die Konzernbuchhaltung angeschlossen, um da eine bessere Kommunikation zu schaffen. Also, da gab es was, und das war von - Ich glaube, das war auch noch von Herrn Ley zur damaligen Zeit in Auftrag gegeben, das Projekt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich würde gerne noch mal insistieren kurz, weil mir das schon wichtig ist. Sie haben jetzt abstrakt beschrieben, was aus Ihrer Sicht Compliance-Verbesserungen waren sozusagen in den letzten Jahren und nach dem Asien-Vorgang. Aber meine Frage war eigentlich: Herr Braun hat die Vorwürfe ja immer extrem schroff zurückgewiesen und auch sehr dezidiert.



19/30 3. Untersuchungsausschuss

dass der Wirtschaftsprüfer doch sich direkt an die Fachabteilung wandte. In größeren Bereichen ist das auch normal. Also, kleinere Anfragen oder die neu sind das erste Mal, da ist man dann so ein bisschen derjenige tatsächlich - - der Postbote. Man fragt an, damit man denen auch erklärt, was der Wirtschaftsprüfer wissen will, weil Fachabteilungen das zum Teil natürlich nicht einordnen können. Aber bei so Abteilungen wie zum Beispiel eben da im Bereich TPA war es so, dass der Wirtschaftsprüfer direkt mit der Fachabteilung gesprochen hat. Aber ich weiß, dass dieser Bereich immer einer war, der bis zum Schluss offen war, weil der Wirtschaftsprüfer noch eine tiefer gehende Information brauchte oder es eine weiter führende Information gab, die immer bis zum Schluss wartete.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und wenn Sie - Also, auch noch mal ganz offen gefragt, weil wir gleich so voll in die Tiefe gegangen sind: Können oder wollen Sie was dazu sagen, was aus Ihrer Sicht am Ende, sage ich mal, schiefgelaufen ist? Also sozusagen, wir sitzen ja auch so ein bisschen hier: Was ist eigentlich passiert? - Ich weiß nicht, können Sie dazu was sagen aus Ihrer Sicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Dazu kann ich leider nichts sagen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, okay, das verstehe ich auch. - Aber Sie haben ja jetzt selbst das TPA-Geschäft angesprochen. Wie hat sich das von der Accounting-Perspektive für Sie dargestellt? Also, es gab ja durchaus - - Er hat das TPA-Geschäft angesprochen; deswegen frage ich nach. - Aber sozusagen: Können Sie dazu was sagen, also wie das vom Accounting her gelaufen ist? Weil da - - Das war ja auch mit einer speziellen Konstruktion.

Zeuge Stephan von Erffa: Das war - - Fürs Accounting ist das ein schwieriger Bereich gewesen, weil wir das sehr genau untersuchten mussten, ob das eigentlich jetzt - - wie das umsatztechnisch zu bewerten ist. Ansonsten - also, das ist jetzt aber eine IFRS-spezifische Frage - führte - - wäre aber jetzt - - Also, wäre es real gewesen oder

nicht real, wäre die Frage trotzdem dieselbe gewesen aus der Accounting-Sicht. Aber es war natürlich schon Thema.

Also grundsätzlich: Wir haben die Kunden nicht direkt gehabt, sondern die Kunden waren bei den Partnern aufgeschaltet - so dachten wir auf jeden Fall -, und wir haben von den Partnern die Belege bekommen, auf deren Grundlage wir, also die Buchhalter, dann die Buchungen getätigt haben. Also, wie es genau technisch geht: Es gibt da auch ein Schreiben von uns an die DPR, was Sie wahrscheinlich haben, in dem das relativ detailliert erläutert wird mit so ein paar Screenshots, also auf Papier, wo man das ein bisschen erläutert. Also, wenn Sie da - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Belege: großes Thema im Accounting, großes Thema auch hier bei uns. Hatten Sie mal in der ganzen Zeit einen Fall, wo bei Ihnen das Thema aufkam bzw. eben bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass man daran gezweifelt hat, dass irgendwelche Belege authentisch sind, die zur Verbuchung von was auch immer eingereicht wurden, vorgelegt wurden?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wir hatten keine - - Uns kamen im Zusammenhang mit TPA nie Zweifel, dass irgendwas nicht authentisch ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm.

Zeuge Stephan von Erffa: Wie rum? Habe ich es jetzt richtig gesagt? Also - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, nee, ich habe es aber - - Gut. Also, weil das ist ja sozusagen - - Aber war das bei der Konsolidierung des Konzernabschlusses irgendwo gängige Praxis, gewisse Posten auch noch mal sozusagen - - sich da noch mal Bestätigungen kommen zu lassen?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir haben uns immer von externer Seite auch noch Bestätigungen kommen lassen, also auch über Saldenbestätigungen von den Externen uns das noch mal bei großen Salden bestätigen lassen - das brauchte man auch für die Wirtschaftsprüfung -, ob die Buchhaltungsstände auch passen oder nicht passen.

19/30 3. Untersuchungsausschuss

Buchhaltern auch entsprechend überprüft. Die liefen jetzt nicht über meinen Tisch, solche Sachen. Ich habe es manch- - Also, jetzt zum Beispiel natürlich, wenn Belege nicht kamen, dann lief das mal über meinen Tisch, weil sie ungern den Vorstand gefragt haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Klar.

Zeuge Stephan von Erffa: Aber ansonsten ist das natürlich operativ abgewickelt worden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Sie hatten vorhin gesagt, dass Sie Wirtschaftsprüfer eingestellt haben. Gab es da auch Personalempfehlungen von EY, also dass man da gesagt hat: "Hier, da wäre jemand"? Oder ist jemand aus dem EY-Umfeld von Ihnen eingestellt worden?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, es ist so, dass wir eine - - Also, eine Dame, die kam von Telefönica, glaube ich, vorher, wo sie schon in einer ähnlichen oder der gleichen Position gearbeitet hat. Und ein Herr, der war früher mal bei EY das stimmt -, ist dann allerdings in eine Wirtschaftsprüfungskanzlei gegangen. Und dann haben wir diesen gezielt von unserer Seite aus angesprochen, weil - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Entschuldigung, weil meine Zeit abläuft. Ein Herr Ron Franke, -

Zeuge Stephan von Erffa: Genau.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - der wurde Ihnen nicht von EY empfohlen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, der wurde - - Der war bei EY, ist dann zu einer anderen Wirtschaftsprüfungskanzlei gegangen. Und dann haben wir ihn eingestellt, und haben nur bei EY einmal nachgefragt, ob das aus Compliance-Gründen in Ordnung ist, also jetzt nicht unbedingt, um eine Freigabe zu bekommen, sondern eigentlich eher, um sie nicht von unserer Seite zu - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Verstanden.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, um da nicht eine Überraschung zu schaffen, einfach mit offenen

Karten zu spielen. Und dann haben wir ihn tatsächlich - - Also, von unserer Seite kam die Initiative, und ich bin - - Ich glaube, von unserer Seite kam die Initiative oder vom Herrn Franke selbst. Nein, von unserer Seite kam die Initiative und dann aber das Okay von EY.'

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Wir haben hier eine E-Mail vorliegen, wenn ich das richtig sehe, die ging jetzt nicht an Sie; aber da schreibt Herr Ley an Herrn Loetscher [sic!]:

Wie mit Herrn Loetscher besprochen, sende ich Ihnen anbei die Kontaktdaten von Herrn Franke zu Ihrer Information. Ich gebe ihm auch Bescheid. (?)

Also irgendwie waren die - - scheint das eher so, dass das - - Und es kam von einem EY-Prüfer, von Herrn Fichtelberger. Der hat an Herrn Ley und an Herrn Loetscher geschrieben:

Anbei sende ich Ihnen die Kontaktdaten von Herrn Franke. (?)

Deswegen sind wir drauf gekommen.

Zeuge Stephan von Erffa: Wir wussten, dass er nicht mehr bei EY war und hatten dann - - Das kann sein, dass der Herr Ley - das war mir jetzt nicht bekannt, aber - - dass er noch mal gefragt hat, ob sie die Kontaktdaten vom Herrn Franke haben, um ihn zu kdontaktieren. Aber das war jetzt nicht eine Empfehlung von denen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, verstanden. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr von Erffa, Hand aufs Herz: Hatten nach Ihrer Kenntnis Herr Ley, Herr Braun oder Sie selbst Kenntnisse von betrügerischen Machenschaften bei Wirecard?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kann für andere nicht sprechen; ich hatte es nicht. keine entsprechenden Kenntnisse in Bezug auf diesen Sachverhalt.



Zeuge Stephan von Erffa: Zu den Unterlagen selbst: Das ist halt sehr tief in dem Ermittlungsverfahren, weswegen ich da jetzt nicht im Detail drauf eingehen will, also auf die einzelnen Überweisungen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie die Details, die das behindern sollten, weglassen könnten, könnten Sie es abstrakt sagen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich bräuchte noch mal bitte - entschuldigen Sie - die Frage dann.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn man einfach die schiere Menge sich anschaut: Da reden wir über 256 Millionen, die von den Trustee Accounts bei Citadelle wegüberwiesen wurden an unterschiedliche Unternehmen, unter anderem Al Alam. Dafür muss es ja einen Grund gegeben haben. Welche ökonomischen Aktivitäten oder Intentionen verbergen sich dahinter?

Zeuge Stephan von Erffa: Ach so. Das waren damals Gelder, die - so die Information - für die Vorfinanzierung von Händlervolumen benötigt wurden, da man den Kunden die Vorfinanzierung angeboten hat gegen ein Entgelt, gegen einen Aufschlag auf die Gebühren. Und dafür war dieses Geld verwendet worden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorfinanzierung im Sinne von MCA?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, genau.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie persönlich mal in Dubai?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich war in Dubai vor zehn, zwölf, elf Jahren. Nee, mein Pass hat zwei Dubai-Reisen, glaube ich, dringehabt. Also, der Pass ist zwölf Jahre gültig, also war ich, ich glaube, 20- - Wissen Sie es noch?

(RAn Dr. Sabine Stetter: Nee, weiß ich jetzt auch nicht!) Ich war zwdreimal in Dubai; das war vor sechs, sieben Jahren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beruflich, also - -

Zeuge Stephan von Erffa: Beruflich in Dubai, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie die CardSystems Middle-East dort besucht?

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, ich war bei der CardSystems Middle-East, und ich war auch in dem Büro der Al Alam.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns kurz erklären - ich habe auch immer nur wenig Zeit -, was der Geschäftszweck der CardSystems Middle-East war?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gab zwei Firmen in Dubai, die rein von unserer Seite als Einheit gesehen wurden: Das waren die CardSystems Middle-East und die Wirecard Processing. Die CardSys-tems war der vertriebliche Arm und die Proces-sing der technischere Arm. Das wurde deswegen getrennt, weil es gesellschaftsrechtliche Verträge noch gab mit dem Vorbesitzer, sodass Neukun-dengeschäft dann bei der CardSystems Middle-East aufgehängt worden ist und nicht in der Pro-cessing. Sie hatten die Aufgaben neben ebendieser technischen Abwicklung, das bedeutet, die letzte Anbindung an Visa- und Mastercard-Ser-ver, was wir vorher noch nicht im Konzern hatten, zu ermöglichen und darüber hinaus eben auch Kunden sowohl im Issuing, wie wir es nennen, als auch im Acquiring aufzuschalten und insbesondere eben auch das TPA-Geschäft mit zu übernehmen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie sagen, dass es sich hier um klassisches Finanzdienstleistungsgeschäft handelt? - Was heißt "klassisch"? Schon natürlich technologisch getrieben. Aber ist das ein Finanzdienstleistungsunternehmen gewesen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, also im Sinne der juristischen Anforderungen, glaube ich nicht,



19/30 3. Untersuchungsausschuss

weil kein Geldfluss durchs Unternehmen ist, aber im Sinne dessen, dass das, was dort passiert ist, Finanztransaktionen waren, ja, also das schon.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Mai 2020 wurde ja Al Alam, also der TPA-Partner, liquidiert. Haben Sie Kenntnisse über die Hintergründe, warum diese Gesellschaft liquidiert worden ist?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, also habe ich tatsächlich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ja vor dem Juni 2020, deswegen gibt es da ja keine Interaktion sozusagen mit der Insolvenz der Wirecard AG. Deswegen frage ich: Was ist da vorher passiert?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, tatsächlich hat es mich auch überrascht; aber es hieß oder aus den öffentlichen Unterlagen ging hervor, dass das wohl schon ein Jahr vorher beschlossen gewesen sei.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war Ihnen nie - - Also Sie haben das aus Unterlagen entnommen, Sie waren darüber nicht in Kenntnis, was mich ja wundert - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte es während der Abschlussprüfung 2019- - also im Jahr 2020 mitbekommen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Klingt aber jetzt für mich nicht so, dass Sie da so tief drin gewesen sind - dafür, dass Sie jetzt irgendwie stellvertretender CFO waren und diese Gesellschaft - - irgendwie 58 Prozent des Konzerngewinns im Jahr 2018 von dort gekommen ist. Also, da hätte ich jetzt irgendwie einen tieferen Einblick erwartet.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte den Titel stellvertretender CFO, ich war aber kein stellvertretender CFO im Sinne dessen, was man sich vorstellt, wenn man es hört. Also, ich war - so auch meine Visitenkarte und so auch meine Signatur in der E-Mail - für das Accounting zuständig, als EVP Accounting, und hatte tatsächlich

daher - - Also, bei uns in der Wirecard war diese Businesswelt, also die Beziehungen zu Kunden, zu Partnern, nicht in der Buchhaltung aufgehängt, sondern in den Fachabteilungen aufgehängt oder dann eben beim Vorstand.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das war nicht so - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, verstehe: Die Titel kann man nicht für bare Münze nehmen. - Die Staatsanwaltschaft München hat übrigens Herrn Marsalek als Chief Compliance Officer geführt. Also offenbar kommt man da mal durcheinander, was Titel angeht.

Ich will die letzte Sekunde noch für eine Frage verwenden, Herr von Erffa. Und zwar berichtet heute das "Handelsblatt", und ich zitiere da aus dem Artikel. Da heißt es:

Zum Konflikt zwischen EY und Wirecard kam es am 9. und 10. Juni 2020. Nach einem Austausch mit dem zuständigen Prüfer entstand im Aufsichtsrat ein schwerwiegender Eindruck: Danach soll EY für eine Erteilung des Testats zur Auflage gemacht haben, dass die parallel laufende Sonderprüfung durch KPMG gestoppt werde.

Zitat Ende. - Was können Sie uns zu diesem Sachverhalt sagen?

Zeuge Stephan von Erffa: Sorry, können Sie den letzten Halbsatz noch mal- - "EY ..."

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danach soll EY für eine Erteilung des Testats zur Auflage gemacht haben, dass die parallel laufende Sonderprüfung durch KPMG gestoppt werde.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich hatte, ehrlich gesagt, immer den anderen Eindruck, dass EY die



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer ist "wir"? Also, wie lief dieser Abstimmungsprozess damals im Wirecard-Management zwischen dem Erhalt des Schreibens der DPR und der entsprechenden Antwort an die DPR durch den Wirecard-Vorstand? Hat man Sie da hinzugezogen, und wie lief dieser Abstimmungsprozess neben "eine Prüfung mehr"?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich kriege das Schreiben mehr oder weniger kommentarlos, und damit übernehme ich die Aufgabe dieser DPR-Prüfung. Rein formal wird das erste Schreiben von den Vorständen unterschrieben, nämlich dieses, was Sie gerade zitiert hatten. Nichtsdestotrotz liegt der gesamte Bereich eigentlich bei mir. Ich rufe dann - in diesem Status noch nicht, nämlich in diesem Status brauchen sie nur Geschäftsberichte, also im ersten Schreiben, aber sobald dann das zweite Schreiben kommt mit den Fragen -, wir rufen dann die Fachabteilungen, die dafür nötig sind, die Juristen, die Fachabteilungen und ähnliche Abteilungen, wozu Informationen nötig sind, Risikoabteilung oder Ähnliches, zusammen. Man setzt sich zusammen in den Konferenzraum und geht das Schreiben durch und sagt: "Wer übernimmt die Fragen 1 a bis 1 c, und wer übernimmt 1 d?" usw., bis die Fragen aufgeteilt sind. Danach liefern alle Fachabteilungen mir zu. Ich mache daraus eine Antwort und schicke sie dann zurück an die DPR oder frage noch weitere Informationen von den Fachabteilungen an.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Vielen Dank. Meine Zeit ist dann leider auch vorbei. - Dann schaue ich. - Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Ja, Herr von Erffa, vielen Dank. - Ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen ja den Auftrag und die Aufgabe, Aufklärung zu führen. Bisher war es leider so, dass die Wirecard-Mitarbeiter nicht wirklich zur Aufklärung beigetragen haben. Ich schätze, wenn Sie das heute tun wollen. Und Sie haben gesagt: "Ich hätte gerne den Skandal verhindert"; eingangs haben Sie das verlautbart. Das ist natürlich als Aussage für uns jetzt positiv,

allerdings muss man natürlich hinterfragen: Ist das realistisch?

Seit 2008 wurde Wirecard von der "Financial Times" - in dem Klassiker "The House of Wirecard" natürlich dann noch im April 2015 - Betrug, Bilanzbetrug, vorgeworfen. Haben Sie diese Berichte damals gelesen, haben Sie die zur Kenntnis genommen?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir haben die gelesen und natürlich zur Kenntnis genommen und auch sowohl in die externe Prüfung - floss es sowieso ein - als auch intern in die Prozessabläufe mit aufgenommen, wobei wir anmerken müssen, dass zu den meisten Vorfällen bis hin jetzt am Ende jeweils eine Aufklärung stattgefunden hat. Wir haben den Singapur-Fall zum Beispiel in - weiß ich nicht - 20, 25, 30 Einzelpunkte unterteilt. Zu jedem dieser Einzelpunkte wurden Überprüfungen durchgeführt. Es wurden Lieferanten und Kunden befragt. Und schlussendlich führte es dazu, dass wir zwar Änderungen im Accounting machen mussten, weswegen wir auch dort Strukturen änderten, aber die waren im Millionenbereich, also im einstelligen Millionenbereich, was auch für uns natürlich trotzdem groß genug war, um Änderungen zu machen. Aber wir redeten damals nicht über Vorwürfe, die sich bewahrheitet haben, über die wir heute leider reden müssen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Also, ich kann mir doch vorstellen, wenn man Chefbuchhalter ist, dass man dann, wenn man solche Vorwürfe, zum Beispiel im Juli 2015 von der "FT" - - Die Wirecard-Bilanzen sind systematisch gewissermaßen mit Scheinfirmen letzten Endes bestückt worden. Und das sind derartig klare Vorwürfe, und da können Sie doch eigentlich als Chefbuchhalter überhaupt nicht drüber hinweggesehen haben und sagen: "Ich habe hier Prüfungsanmerkungen gemacht" oder so. Ist das bei Ihnen nicht hartnäckig verfolgt worden oder - -

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist Im Juli 2015 haben wir uns intensiv mit den Artikeln der FT auseinandergesetzt. Damals gingen wir davon aus, dass der Sachverhalt falsch interpretiert wurde. Die Anschuldigungen 2019 sind hartnäckig verfolgt worden. Jeder dieser - Nein, nicht nur jeder dieser dort angesprochenen Sachverhalte, sondern alle Sachverhalte aus diesem Bereich global - wurden überprüft, auch als forensische



19/30 3. Untersuchungsausschuss

da hat es sich ja jetzt herausgestellt, dass dieses Geschäft nicht geht. Bei den anderen Beziehungen, die wir bisher hatten, bin ich noch nicht in der Kenntnis, dass das sich um Scheinumsätze handelt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/ CSU): Gut. Das war aber letzten Endes der Vorhalt im Januar, Februar, März 2019 von McCrum von der "Financial Times".

Zeuge Stephan von Erffa: 20-

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/ CSU): -19, Januar, Februar, März 2019 gab es diese Artikel über die frei erfundenen Firmen und über die Scheinfirmen, dass die angegebenen Firmen gar nichts wissen von einer Zusammenarbeit mit Wirecard.

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, das war Januar, Februar, März 2019. Das ist dann in die Jahresabschlussprüfung für das Jahr 2018 geflossen, ja, und wurde dort überprüft. Also auch da haben wir ja das be- - also auch die Wirtschaftsprüfer haben diesen Bereich überprüft. Also es sind ja nicht nur wir intern, sondern auch die Wirtschaftsprüfer, die diesen Bereich geprüft haben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/ CSU): Und Sie haben bei Ihrer Prüfung nichts festgestellt?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wir hatten - - Also, dafür haben wir auch eine Textpassage im Geschäftsbericht geschrieben. Es wurde was festgestellt; es wurden sowohl Abgrenzungsfehler festgestellt als auch Buchungsfehler, die dann aber von kleinen einstelligen Millionenbeträgen in etwa waren. Also die größte Summe war mal, dass es 10 Millionen - - die aber sowohl auf Ausgabenseite als auch Einnahmeseite nicht gebucht wurden, sondern nur aggregiert gebucht worden waren. Aber ansonsten, wenn wir über den gleichen Sachverhalt reden, war da nichts. Also, das ist ja dann auch in den Abschluss 2019 eingeflossen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Haben Sie vom Vorstand von

Wirecard irgendwelche Vorbedingungen zur Aufstellung der Bilanzen bekommen, und gab es diese Vorgaben von den jeweiligen Vorstandsmitgliedern? Sie müssen doch Fragen gestellt haben.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, wir haben sehr intensiv im Vorfeld von Bilanzpressekonferenzen oder Analystentelefonaten über die Bilanzen gesprochen. Wir haben auch im Vorfeld, wenn Produkte eingeführt wurden, darüber gesprochen, welche Auswirkungen die auf die Bilanz potenziell haben, welche Bilanzpositionen sich dadurch stark erhöhen oder nicht stark erhöhen. Aber Vorgaben im Sinne von: "Ihr müsst das und das zwingend erreichen" gab es nicht, wobei man natürlich auch schon wusste, dass zum Beispiel größere Schwankungen in der Steuerquote oder größere Schwankungen in irgendwelchen anderen Positionen zu Nachfragen führten, und wenn man legale - um das zu betonen - Möglichkeiten hat, diese Punkte zu glätten, dann hat man auch bestehende legale Spielräume natürlich auch genutzt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. Aber Sie haben ja auch die notwendigen Eingaben dann gegenüber dem Finanzamt gemacht, und das ist ja auch alles strafbewehrt. Haben Sie da mit ruhigem Gewissen dann diese steuerlichen Bilanzen und Anmeldungen auch vollzogen, oder hat das dann der Vorstand gemacht, oder wie ist das vorgenommen worden?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, die Steuerabteilung lag bei mir, also wir hatten dann zum Schluss zumindest eine Steuerabteilung. Vorher war das von den Buchhaltern mitgemacht worden. Wir hatten sowohl die IFRS-Bilanz als auch eine Steuerbilanz. Also, drei Bilanzen - HGB, IFRS und Steuer -, die laufen ja auseinander, stark auseinander zum Teil. Und insbesondere in unserem Geschäftsfeld waren die sehr stark auseinanderlaufend.

Und wir haben natürlich - wenn ich vorhin sagte, dass wir innerhalb der legalen Möglichkeiten der Bilanzoptimierung - - darauf geachtet, dass das in allen Bereichen natürlich legal war. Es gibt aber auch jetzt Rückstellungsbereiche, die in der Steuerbilanz anders zu gliedern sind. Dementsprechend würden sie dann auch, wenn wir so einen



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Fall hätten, in der Steuerbilanz anders gegliedert werden. Aber, also, da ist mir jetzt nichts bekannt. Also, wir haben die Steuerbilanz nach bestem Wissen und Gewissen gemacht.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Jetzt ist es so, dass es ja einen Kronzeugen gibt, der sagt, Sie haben das alles gewusst. Was sagen Sie dazu?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kenne die - - Ach so, also, das ist natürlich was, wo ich jetzt keine Aussage zu machen kann, weil das eben tiefstes Ermittlungsverfahren ist.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/ CSU): Gut. - Und aus einem Chat won Ihnen, zwischen Herrn Marsalek und Frau SchneiderIhnen, geht hervor, dass Sie zum Kreis von Eingeweihten in Bezug auf das TPA-Geschäft gehört haben müssen. Im Zuge der KPMG-Ermittlungen wurde diskutiert, ob Sie als mögliches Leak in Betracht kommen, woraufhin die Frau Schneider, die persönliche Mitarbeiterin von Herrn Marsalek oder Büroleiterin, angibt:

Stephan würde es nie absichtlich

Wenn die Frau Schneider das schreibt, dann sagt die doch: "Na ja, gut, der wusste Bescheid" - geht doch daraus hervor. Also, wenn die sagt - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das ist diese E-Mail, die mir vorhin vorgelegt - - oder dieser Chatverlauf, der mir vorhin vorgelegt worden ist.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/ CSU): Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß, wie gesagt, dass man mir anscheinend nicht so weit traute, dass ich Kundenlisten bekam. Sonst hätte man sie mir auch für die DPR-Prüfung zur Verfügung gestellt. Sie wurde direkt von der Fachabteilung an die DPR geschickt, nicht über mich gehend. Ich bewerte das insofern, dass es tatsächlich die Information ist, die rausgegangen ist - ganz raus, meine ich jetzt, nicht an die Prüfer, sondern an die Presse. Und es geht hier meines Erachtens

um - - Also, ich hätte es jetzt so interpretiert - ich hoffe, dass wir den mal kriegen, dass ich den noch mal in Ruhe lesen kann -, dass es hier um Kundennamen geht, also Kundenlisten, die ja dann auch öffentlich diskutiert worden sind in der "Financial Times" und ähnlichen Zeitungen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Welche Personen bei Wirecard agierten da im Hintergrund, um die tatsächlichen Kenntnisse zu verhindern, zu verschleiern, Wegnahme der Kundenliste usw. Wer hat also diese etwas ungewöhnliche Geschäftspraktik denn durchgeführt? Wer war das?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, dass da irgendwas verschleiert worden ist, wie gesagt, das weiß ich jetzt im Nachgang. Damals war es nicht bekannt. Wer für den TPA-Bereich zuständig war, war für uns der Herr Marsalek und der Herr Bellenhaus. Das waren auch die Ansprechpartner für die Wirtschaftsprüfer und auch für uns Buchhalter. Also, die Buchhalter haben sich direkt an die zwei Herren oder auch über mich an die zwei Herren gewandt, meistens den Herrn Bellenhaus, um die nötigen Informationen zu bekommen.

Dass da verschleiert und, was weiß ich, wird: Es gab ein paar Sachen, wo man nicht so drüber redete, aber daraus resultiertedas hatte für uns eher dern Eindruck, dass es sich um Kunden handelt, die weniger vorzeigbar sind, und nicht darum, dass es das Geschäft nicht gibt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Dann gab es ja dieses "Project Panther". Was war das? War das ein Ausstiegsplan, und war das ein Ausstiegsplan aus dem Bereich des Bilanzbetrugs? Was wurde da und von wem vorgedacht, um letzten Endes vielleicht den großen Teil Bilanzbetrug zu verlassen oder gar letzten Endes das auf Dauer zuzudecken, wenn es überhaupt möglich war aufgrund der Entwicklung? Wie können Sie uns da was erklären?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe "Project Panther" - - erst aus den Akten Kenntnis darüber erhalten, was mich auch etwas verwundert hat, weil ich eigentlich gedacht hätte, ich hätte es wissen - - oder ich dachte, dass man so was, so



19/30 3. Untersuchungsausschuss

machten die Vertreter auf Sie? Haben die was fallen lassen oder - -

Zeuge Stephan von Erffa: Wir hatten ja fünf durchgeführte Prüfungen, und ich glaube, bei einer oder bei zwei Prüfungen waren die definitiv bei uns vor Ort, wirkten auch dort sehr kompetent und haben wirklich sehr tiefgehende Fragen im Bereich der Rechnungslegung, im Bereich der Bilanzierung gestellt, das schon sehr professionell. Sie sind sehr tief in den Themen drin gewesen. Die Unterlagen, die wir ihnen geschickt haben - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Darf ich da gleich einhaken?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aus unseren Unterlagen geht nämlich hervor, dass die DPR bei Ihnen am 1. April - gar kein Aprilscherz - 2019 um zusätzliche Informationen und Unterlagen bat. Das ist nachzulesen auf MAT A BMF-4.50, Blatt 13; könnte ich Ihnen vorlegen. Nach all dem, was uns bislang aber hier auch so im Untersuchungsausschuss, glaube ich, gegenwärtig geworden ist, berichtet worden ist, steht zu vermuten, dass Wirecard auch der DPR gegenüber eine Hinhaltetaktik anwandte. Können Sie diese Vermutung bestätigen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, wir haben ein einziges Mal eine Fristverschiebung - - Ich glaube, am 5. April 2019 haben wir gebeten, eine Fristverschiebung oder eine Fristverlängerung zu bekommen. Das lag daran, dass wir am 24.04. den Konzernabschluss veröffentlichen wollten und am 23.04. die Frist ursprünglich ablief. Daraufhin hatten wir gebeten, dass sie uns nach der Veröffentlichung des Konzernabschlusses noch ein paar Wochen geben. Daraufhin wurde uns eine Fristverlängerung bis 23.05.2019 gewährt.

Nichtsdestotrotz hatten wir eben nicht hinhalten wollen, sondern trotz dem, dass wir die Fristverlängerung akzeptiert bekommen haben, haben wir ihnen schon am 23.04. oder in dem Zeitraum auf jeden Fall - - nee, bis zu der ersten, also 23.04. - genau! -, also vor Ablauf innerhalb der ursprünglichen Frist, bereits den ersten Teil mit mehreren

Hundert Seiten geschickt. Und den Rest, also nur einen kleinen Rest, hatten wir ihnen an diesem Termin 23. Mai 2019, also dem zweiten Fristverlängerungstermin den Termin, auf den die Frist verlängert worden war, dann zukommen lassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Eine Frage so zwischendurch. Ich glaube, Kollege Toncar oder De Masi hatte was zum MCA-Geschäft gefragt. Ich habe mich immer gefragt, ich glaube, auch viele andere - das fällt mir jetzt so ein irgendwie -: Wie kam man auf diesen Einbehalt von 33 Prozent? Ist Ihnen da was gegenwärtig, oder musste in Ihrer Abteilung - Oder wer hat diese merkwürdige Zahl berechnet?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das ist die Fachabteilung, also das weiß ich nicht. Also, 33 Prozent ist - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Welche, wenn wir über Fach- - Wer berechnet so was bei Ihnen oder hat es berechnet im Hause, welche Fachabteilung, und gibt es da einen Namen?

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist dann alles, was um den Herrn Bellenhaus herum ist. Das ist Herrn Bellenhaus', Herrn Marsaleks Bereich gewesen, dieser TPA-Bereich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, Bellenhaus und Marsalek haben dann sozusagen diesen Einbehalt von 33 Prozent von - -

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, es ist 33 Prozent von einem Volumen, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, ja, genau.

Zeuge Stephan von Erffa: - also nicht vom gesamten Volumen, sondern nur von dem Volumen, wie es hieß "at risk" - so wurde das genannt. Das sind dann in Summe etwa 4 Prozent vom Transaktionsvolumen. Also, 33 klingt erst mal viel, ist es aber schlussendlich dann - - Das habe ich nämlich auch mal diskutiert bei uns, und das waren dann 4 Prozent, die es dann in Summe sind, vom Transaktionsvolumen - 4, 5 Prozent, so was.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben ja nachher noch Herrn Eichelmann hier. Und uns liegt



ein E-Mail-Schriftwechsel zwischen Ihnen und Herrn Eichelmann vom 20.02. vor. Hierin beschweren Sie sich bei ihm über sein Verhalten und betonen, dass Sie in 15 Jahren - ich habe mir das mal durchgelesen - bei der Wirecard niemals einen solchen Umgang mit Mitarbeitern erlebt hätten. Am Ende des Tages schrieb Herr Eichelmann Ihnen, dass er keine Basis mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sehe, er würde aber nach seinem Urlaub dann auf Sie noch mal gesondert zukommen. Bis dahin sollen Sie - - Ich glaube, da war irgendwas dann Mitte, Ende März. Können Sie sich an diesen Mailwechsel mit Herrn Eichelmann erinnern?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, an den kann ich mich erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie lief Ihre Zusammenarbeit mit Herrn Eichelmann bis zum damaligen Zeitpunkt, und können Sie uns darlegen, weshalb Herr Eichelmanns Verhalten von Ihnen mit so derart doch scharfen Worten erwidert wurde?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, die Zusammenarbeit mit dem Herrn - - Also, Herr Eichelmann hat mich nie zu irgendwelchen Themen gefragt oder Ähnliches, sondern - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, und dann ging es ja um steuerliche Beurteilung, Sie wollten was tun

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es ging immer nur - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da wurde in einer E-Mail gesagt: Das ist nicht unsere Aufgabe.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es ging immer hier auch in diesem Fall ging es darum - um das Wichtigste, nämlich die Rechnungen. Es war so, dass er uns Rechnungen zukommen hat lassen, für den Aufsichtsrat und für die Gremientätigkeit und Reisekosten. Diese Reisekosten waren noch nicht bei mir angekommen, weil sie immer an den CFO gerichtet werden. Dann kamen sie nicht zu uns runter, und wir haben die Rechnungen nicht bezahlt, und andere Rechnungen waren

dann auch noch falsch, also buchhalterisch falsch, gestellt. Es fehlte ganz einfach der Adressat. Und dann hatte ich ihn gebeten, doch - Also, dann gab es den Streit darüber, dass ich gesagt habe: Ich hätte gerne den Adressaten auf der Rechnung. - Und dann wurde das gemacht, und dann wurde auch der Adressat ergänzt.

Und dann ging es auch um die Reisekosten. Ich hatte die Belege nicht. Dann habe ich gesagt: Es tut mir leid, dass ich die Belege nicht habe. Dann hieß es: Doch ich habe sie Ihnen aber geschickt, sogar per Einschreiben. - Dann habe ich gesagt: "Wohin?" - wie so eine Diskussion dann läuft. Auf jeden Fall sagte er mir zum Schluss: Und ich erwarte, dass das Geld bis Freitag da ist. - So. Also, ich glaube, es war Freitag. Ich weiß nicht, welcher Tag es war; man müsste es noch mal überprüfen. So.

Und dann sagte ich: Solange ich da keine Anschrift drauf habe, kann ich es nicht bezahlen, und solange mir die Belege nicht vorliegen, kann ich es auch nicht bezahlen. - So. Die Belege kamen - so schlimm, wie es immer ist - kurz nach der Mail in mein Büro; sie wurden uns vom CFO unabhängig von der ganzen Kommunikation gerade zeitgleich gegeben. Wir haben die dementsprechend verbucht, und er hat tatsächlich sogar sein Geld bekommen.

Aber es ging eigentlich darin tatsächlich nur um in Anführungszeichen - blödsinnige Abrechnungsthemen. Da hatte ich regelmäßig Diskussionen. Es ging um Kilometerpauschalen fürs Privatfahrzeug usw. Es war immer etwas, es musste immer diskutiert werden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist ja schon meine Zeit ist um - starker Tobak, wenn Herr Eichelmann aus dem Aufsichtsrat dann sagt: Ich sehe keine Basis mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, Sie müssen den Herrn Eichelmann natürlich kennen: Er ist sehr impulsiv, und ich verstehe diese E-Mail auch so. Ich glaube nicht, dass er ein Freund von mir wer-



19/30 3. Untersuchungsausschuss

den wird; aber ich glaube, dass er fachlich durchaus kompetent ist, und ich glaube, dass das aber auch so ein bisschen das Polternde von ihm ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann, wer möchte? - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr von Erffa, Sie sind seit 2005 bei Wirecard. Jetzt haben wir seit letztem Jahr diesen Skandal, und Sie hatten auch genug Zeit, um zu reflektieren und auch mal die Sachen für sich vielleicht zu ordnen. Sie haben eben erwähnt, dass vieles nicht über Ihren Tisch gegangen sei. Wer ist denn aus Ihrer Sicht verantwortlich für diesen kriminellen Bilanzbetrug?

Zeuge Stephan von Erffa: Es ist eine schwierige Frage. Also, natürlich die Täter erst mal, wer auch immer das jetzt tatsächlich ist. Ansonsten glaube ich, dass sehr viele Leute zumindest - also, ich möchte mich da auch nicht rausziehen eine gewisse Verantwortung durchaus zu tragen haben. Jeder von uns muss reflektieren: Wann hat er was wo falsch gemacht, und wo war man vielleicht zu gutgläubig? Rein vom Prozessualen, glaube ich, - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also gutgläubig gegenüber wem?

Zeuge Stephan von Erffa: Wie bitte?

Cansel Kiziltepe (SPD): Gutgläubig gegenüber wem?

Zeuge Stephan von Erffa: Na ja, wenn man jetzt sieht, dass das ganze TPA kein Geschäft ist, dann hätte man vielleicht da - - Bei den Kundenbeziehungen muss man jetzt tatsächlich fragen: Hätte ich an irgendeiner Stelle tiefer einsteigen müssen in das Thema? Hätte man irgendwo noch mal hartnäckiger nach irgendwelchen Belegen oder nach anderen Belegen fragen müssen oder Ähnliches?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das wissen wir auch. Aber können Sie den oder die Täter benennen, aus Ihrer Sicht? Zeuge Stephan von Erffa: Ieh selbst - - Also, heute heißt es ja in allen Zeitungen: Herr Marsalek war es. - Wenn ich mich festlegen würde, würde ich es auch sagen. Aber, ehrlich gesagt: Ich habe keinen einzigen wirklichen Beweis, wo ich schwarz auf weiß habe, dass Herr Marsalek tatsächlich der Täter ist.

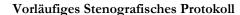
Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. Aber ich meine, im Jahr 2016 erhebt ein Mitarbeiter von EY Indien schwere Vorwürfe gegen den Vorstand, hier spielt auch der Fonds EMIF natürlich eine Rolle, und EMIF wird als Vehikel des Senior Managements benannt. Sie kennen diese Diskussionen, richtig?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Auch Ihr Name fällt in diesem Zusammenhang, und es werden hier Bestechungsvorwürfe gemacht. Was können Sie uns zu diesen Vorkommnissen sagen?

Zeuge Stephan von Erffa: Das stimmt, also ich wurde von den forensischen Prüfern von EY interviewt. Und am Schluss kamen sie damit, dass es einen Whistleblower gäbe. Ich hatte daraufhin gebeten, dass sie mir das Whistleblower-Papier zur Verfügung stellen sollten, was sie aus Datenschutzgründen nicht konnten oder nur in Auszügen. Wenn ich das jetzt lese, diese Auszüge, ist es so, dass das erst der Vorwurf ist, und beim zweiten Mal, als man den Whistleblower befragt hat, hatte sich das Ganze revidiert; er redete immer nur von Management aus Aschheim oder aus München und hat dann meinen Namen dazuge-dichtet.

Also ist es so, dass ich in diese gesamte M & A-Transaktion Indien - so wie jede andere auch, auch China oder Ähnliches - in keinster Weise eingebunden warbin. Also, das warist in einer ganz anderen Abteilung. Ich kriege es bekam dann am Schluss wenn der Deal perfekt warist, kriege ich die Closing-Dokumente, um sie dann bei uns zu konsolidieren -, im Vorfeld nicht. Das können alle juristischen und wirtschaftlichen Berater, die Abteilung usw. bestätigen, sodass das tatsächlich eher fast schon amüsant war. Aber es hat mir natürlich damals, den Aha-Effekt gegeben, weil ich





19/30 3. Untersuchungsausschuss

dann wusste, warum die Anfragen von EY, wenn ich gesagt habe: "Das ist irgendwie sehr schwierig zu bekommen", immer interessanter wurden. Das lag daran, dass - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber warum wurde dann Ihr Name genannt?

Zeuge Stephan von Erffa: Weil ich der Ansprechpartner für buchhalterische Themen in Indien war, also nicht "in Indien", sondern für die indischen Mitarbeiter am Standort München als Zuständiger für die Teilkonzerne, was Rechnungslegung angeht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also Sie hatten nichts mit den Bestechungsvorwürfen zu tun.

Zeuge Stephan von Erffa: Überhaupt nicht, nein. Also, das ist - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben gesagt, EY FIS hat Sie interviewt. Wurden auch Ihre E-Mails durchsucht?

Zeuge Stephan von Erffa: Die E-Mails wurden nicht durchsucht, aber es wurden halt sämtliche Belege der Buchhaltung durchforstet, also forensisch untersucht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wer steckt eigentlich hinter EMIF 1A?

Zeuge Stephan von Erffa: Das weiß ich nicht, aber KPMG müsste es wissen. Deswegen fand ich das eigentlich - - Also, KPMG war ja der Berater für den EMIF-Fonds. Ich weiß es nicht. Ich hatte da genauso viele Informationen oder wahrscheinlich noch weniger, als wir heute haben, nämlich damals hatte ich die Kaufdokumente, die Closing-Dokumente und auch natürlich die Due-Diligence-Berichte.

Cansel Kiziltepe (SPD): Im Ergebnis wurde ja das Team in Indien ausgetauscht, und dann ging es munter weiter wie bisher. Haben Sie sich nicht gewundert? Erst kommen diese Vorwürfe. Hat EY aus Ihrer Sicht richtig geprüft, also in der Frage EMIF und dieser Vorwürfe von EY Indien?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, richtig im Sinne der Wirtschaftsprüfungsordnung: kann ich nicht beurteilen. Richtig im Sinne von mir als außenstehendem Beobachter: Sie waren sehr intensiv, und insbesondere Indien war mehr als intensiv.

Cansel Kiziltepe (SPD): Glauben Sie eigentlich, dass die Wirtschaftsprüfer von EY von diesem Bilanzbetrug wussten?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, sicher nicht. Also, so wie ich sie einschätze, waren das wirklich typische Wirtschaftsprüfer, die sehr genau wissen, was sie tun und was sie dürfen und was sie nicht dürfen. Also, es war auch keine Zusammenarbeit in der Art und Weise. Im Gegenteil: Also, man hat ja versucht - - Oder was heißt: "man hat versucht"? EY Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die ich meine, wenn ich von EY spreche, hat ja auch keine Beratungsaufträge oder nur sehr in vergleichsweise geringem Umfang, das heißt in Höhe von etwas über EUR 1 Mio gegenüber Abschlussleistungen in Höhe von rund EUR 10 Mio für den Zeitraum 2016 bis 2019, Beratungsaufträge von uns erteilt bekommen, die sogenannte "non-audit-services" betrafen und die vom Aufsichtsrat vorab zu genehmigen waren.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wie noch mal bitte?

Zeuge Stephan von Erffa: Wie bitte?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ihr letzter Satz noch mal.

Zeuge Stephan von Erffa: EY hat ja von uns Also, es gab ja keine Zusammenarbeit in irgendeiner anderen Form außer der Wirtschaftsprüfung, also Beratungen hatten sie ja keine. Es gab solche Grenzbereiche, nämlich EY hat außer der Wirtschaftsprüfung keine Beratungsaufträge erhalten, es sei denn, es handelte sich um sogenannte "non-audit-services", die genehmigungsfähig waren und vom Aufsichtsrat auch genehmigt worden sind. Zu diesen "services" gehört zum Beispiel die IT-Prüfung. zum Beispiel. Das ist ein genehmigungsfähiger Bereich, wenn man zum Beispiel eine sogenannte ISAE-Prüfung macht. Das bedeutet, man prüft die Technik auf die nötigen Sicherheitsvorkehrungen oder auf die nötige Prozessintegrität. Solche Sachen macht der Prüfer im Jahresabschluss sowieso. Wenn man aber diese Zertifizierung braucht, ist das ein bisschen mehr Aufwand. Das kostet dann 20, 30--beispielsweise rund EUR 80.000.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Herr von Erffa, haben Sie gerade gesagt, es gab für EY keine Beraterverträge?

Zeuge Stephan von Erffa: Bis auf diese Ausnahmen, wie ich jetzt dann sagte. Also, es gibt diese — Also, nein, Beraterverträge in dem Sinne genehmigungsfähigen Ausnahmen wie

19. Wahlperiode Deutscher Bundestag - Stenografischer Dienst

Seite 38 von 199

19/30 3. Untersuchungsausschuss

nicht, sondern sie haben Prüfungen durchgeführt, zum Beispiel für die ISAE-Prüfungen oder die Doch, sie hatten eine Beratung im Bereich Geldwäsche, in der Bank allerdings, nicht im Konz- also nicht von der AG aus. Und sonst hatten sie keine, durften sie auch nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, mir sind da im Zeitverlauf eher andere Entwicklungen -

Zeuge Stephan von Erffa: Okay. Welche?

Cansel Kiziltepe (SPD): - sehr, sehr auffällig, seit 2015 etwa, dass das Verhältnis sich da so ein bisschen verschiebt zwischen Prüfung und Beratung.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und Sie schreiben auch - - Können Sie mir vielleicht sagen, was eigentlich die "Grenze des Erlaubten" ist?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, die "Grenze des Erlaubten": Es gibt einen Katalog in der Abschluss prüfungsverordnung die EU-Verordnung 537/2014, der in der die Grenzen als Beispiele aufzeigt des Erlaubten definiert ist. Wirecard-intern gab es dazu die Richtlinie "Nonaudit Service Pre-approval Guideline of Wirecard". Also, immer dann, wenn es gestaltend ist, dürfen Sie es nicht machten. Und wenn es prüfend ist, also wenn Sie - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie schreiben in einer E-Mail:

Um sicherzustellen, dass wir nicht über die Grenze des Erlaubten überschreiten [sic!], muss sehr deutlich sein, dass jeder Auftrag nur ein Approval bis zum genannten Maximalwert hat. (?)

' Also, Sie tauschen sich - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ach so, okay, das meinen Sie. - Es gibt eine Grenze von der EU, dann umgesetzt in deutsches Recht, die eine Maximalsumme vorschreibt für solche Projekte, die nicht Abschlussprüfungen sind.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also Beratung?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, aber nichtgenehmigungsfähige Beratung ist es eben nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Man kann es auch "Projekt" nennen. Wirecard hat alles "Projekt" genannt: "Project Panther", "Project Ring".

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, es ist aber Es geht um genehmigungsfähige und genehmigte zum Beispiel Beratung, was ich eben als Beispiel nannte: die Prüfung der IT im Sinne von ISAE 3402 zum Beispiel. Das ist jetzt -

Cansel Kiziltepe (SPD): Gab es jetzt nur IT-Prüfungen?

Zeuge Stephan von Erffa: - Beratung nicht im Sinne von Stunden, sondern die prüfen diese Technik durch. Das zählt aber als diese genehmigungsfähige und genehmigte Nichtabschlussprüfungsleistung.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie sprechen jetzt von dieser IT-Prüfung. Gab es noch andere Beratungsverträge?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gibt - - Oder zum Beispiel auch die DPR-Prüfungen haben sie von der Wirtschaftsprüferseite begleitet, ISAE (International Standard on Assurance Engagements) Prüfungsleistungen oder Dienstleistungen im Zusammenhang mit M&A Transaktionen haben sie erbracht oder den Comfort Letter für einen Bond oder ähnliches haben sie erstellthaben sie begleitet, von der Wirtschaftsprüferseite. Das ist auch alles was, was man jetzt genehmigen lassen muss durch den Aufsichtsrat und auch dann entsprechend als Beratung im Geschäftsbericht auftaucht. Also, wir haben es ja im Geschäftsbericht ausgewiesen, die Summen.

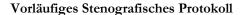
Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie schreiben dann 2017 in einer Mail an Herrn Ley und an Herrn Loetscher:

Ich darf Ihnen heute zu Ihrer und meiner Freude wieder einmal einen Stapel Pre-Approvals zusenden. (?)

Also Vorberatungsverträge.

Zeuge Stephan von Erffa: Vorgenehmigungen, genau. Zur Klarstellung: Meine Mail war an den Aufsichtsratsvorsitzenden gerichtet. Die Herren Ley und

Loetscher waren in "cc". Es ging um die Einholung der Cansel Kiziltepe (SPD): Einen Stapel Beratungsentsprechenden Genehmigungen durch den Aufsichtsrat. verträge oder - -Also, bevor ein - -19. Wahlperiode Deutscher Bundestag - Stenografischer Dienst Seite 39 von 199





19/30 3. Untersuchungsausschuss

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das ist betrifft nicht nur EY Deutschland, sondern diese Pre-Approvals haben wir gemacht für alles, was EY war. Das bedeutet, da sind - - Und wenn es ein 2 000-Euro-Auftrag war für ein Umsatzsteuerthema in, weiß ich nicht, Singapur oder in Südafrika, dann war das auch ein Sachverhalt, der vorab zu genehmigen ist, bevor EY überhaupt anfangen darf. Also, ich kann Ihnen sicherlich, wenn Sie das wollen, diese Pre-Approvals von damals zukommen lassen. Es sind immer - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Die habe ich sogar schon, und daraus ergibt sich ja meine Frage.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und aus unseren Recherchen heraus und Aufstellungen heraus wird hier deutlich, dass zum Beispiel diese - wie hieß das noch mal, diese kritische Grenze, diese EU-Rechts-Grenze - -

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, diese Absehlussprüferverordnung, die eine Grenze bei "Grenze des Erlaubten" - Ich weiß es nicht mehr; die monetäre Grenze kann ich Ihnen nicht nennen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Hier, Moment: "die Grenze des Erlaubten", genau. Die Grenze des Erlaubten, ist sie überschritten, wenn die Beratung fast das Doppelte als die Prüfung an Euro beträgt?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das - - Nein, es darf nur, ich weiß es nicht, -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, wir haben das mal berechnet - -

Zeuge Stephan von Erffa: - 30 70 Prozent der durchschnittlichen Prüfungsleistung der letzten drei Jahre oder irgend so was sein, heißt es im Gesetz.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also müssen diese Beratungsverträge deutlich kleiner -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): - vom Volumen her sein als die Prüfungsbeträge. Richtig?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): So. Und nach dieser Aufstellung von Ihnen - Stapel Beraterverträge - kommen wir auf eine Zahl für 2020 mit 2,7 Millionen Beratung und 1,6 Millionen Prüfung.

Zeuge Stephan von Erffa: Für 2020?

Cansel. Kiziltepe (SPD): Ja, also -

Zeuge Stephan von Erffa: Das muss ein Fehler sein.

Cansel Kiziltepe (SPD): - aus einer Rechnung, ja, was alles aufsummiert natürliCh.

Zeuge Stephan von Erffa: Von wann ist denn dies- -

Cansel Kiziltepe (SPD): Und da ist, glaube ich, die Grenze des Erlaubten - -

Zeuge Stephan von Erffa: Aber die E-Mail, die Sie zitieren, ist ja nicht 2020.

Cansel Kiziltepe (SPD): Nee, die ist 2017. Aber wir haben ja noch diverse andere E-Mails, die ich jetzt aufgrund der Zeit -

Zeuge Stephan von Erffa: Ach so, okay.

Cansel Kiziltepe (SPD): - nicht vortragen konnte, aber vielleicht in der nächsten Runde.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, leiten Sie die gerne zu, dann kann ich auch prüfen, inwiefern wir da Ihnen schriftlich was geben können, weil im Moment würde ich sagen, das ist ein Fehler.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, worauf ich hinauswill, ist ja, ob vielleicht die Abhängigkeiten hier, im Falle von EY und Wirecard, so engmaschig waren, dass immer, wenn es zu Krisen kam, solche Beraterverträge angeboten wurden, um alles so ein bisschen zu schlichten, sage ich mal.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich hätte jetzt tatsächlich gesagt - - Also, weil Sie sagen: 2,7 - - Ich hätte 2020 wahrscheinlich auf Anhieb überhaupt



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Zeuge Stephan von Erffa: Weil, na ja, nicht die Kreditvert- - Ja, doch, es sind Kreditverträge, also diese MCA-Verträge. Das liegt einfach - - Ich war Prokurist, und damit hatte ich öfter Sachverhalte, die jetzt abteilungsfremd waren, unterschrieben, wenn der Vorstand aus rein technischen Gründen zum Beispiel nicht greifbar war.

Dr. Florian Toncar (FDP): Klingt aber doch ein bisschen nach "stellvertretender CFO", oder nicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, es war jetzt -Nein, nein, also, die Entscheidungsgewalt hatte
ich nicht. Ich war Prokurist wie vier andere
Leute - - drei andere: die Leiterin der Rechtsabteilung oder der Leiter des Treasurys, dier
auch Prokuristen waren. Wir hatten die
Unterschriftsberechtigung nach außen hin, aber
nicht nach innen hin. Also, das bedeutet: Sobald
die Freigaben vom Vorstand da sind, konnten wir
Verträge im Sinne des Vorstands unterschreiben.
Nach innen hin wäre mir natürlich die
Verantwortung in keinster Weise gewährt
worden, solche Kreditverträge zu genehmigen
oder überhaupt zu diskutieren.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann als Nächsteg Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. Bevor ich Herrn von Erffa befrage, werde ich
gleicheinfach eine Frage von Herrn Gottschalk
beantworten, die Sie vorhin an Herrn Erffa gestellt
haben vielleicht weil Sie sich geärgert haben, dass
ich nach Verwandtschaftsverhältnissen gefragt
habe; aber für die kann man ja selber nichts -,
warum Herr Braun mich eingeladen hat nach
Aschheim: weil ich ihm einen vierseitigen
Fragenkatalog zu Geldwäschevorwürfen geschickt
habe, und zwar weit vor dem Wirecard-Skandal.
Und das ist auch bekannt. Das ist nämlich auf
Twitter veröffentlicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist das so in den Unterlagen, und ich finde das gut, weil -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, sehr gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - es geht ja um Herrn Braun und seine Kritiker.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es gab nämlich Leute, die haben schon vor dem Skandal die Hausaufgaben gemacht. - So, und jetzt kommen wir zu Herrn von Erffa.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Falls genommen, läuft auch da die Zeit natürlich erst ab jetzt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr von Erffa, bei Ihnen steht ja im Raum, dass Sie sich geweigert hätten, während Untersuchungshandlungen von EY E-Mails zu offenbaren. Können Sie dazu ausführen, was Sie daran gehindert hat, diese E-Mails zu offenbaren?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe mich nicht geweigert, die E-Mails herauszugeben, aber es erst einmal abgelehnt, vor allem weil es andere geeignetere Methoden zur Ausräumung der Verdachtsmomente gab. Es ging nur darum, dass ich diesen Vorwurf für so abwegig hielt, dass ich mit dem Vorstand - - den Vorstand gefragt habe, ob sie das jetzt wirklich wollen oder nicht. Und ich habe gesagt, dass ja mein E-Mail-Durchforsten - -Nur, dazu kommt, dass sie nichts gefunden haben, was mich - - Und ich wollte eigentlich einen "Freispruch" - in Anführungszeichen - dadurch erreichen, dass sie einfach Interviews führen mit der M & A-Abteilung, mit den Beratern, die dieses M & A-Projekt mitbegleitet haben, um einfach zu fragen, wie oft sie denn ein Involvement von mir dort drin gesehen haben. Dann hätten sie die klare Antwort bekommen, dass es kein Involvement gibt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber hätten die E-Mails nicht dazu beitragen können, gewisse Vorwürfe vielleicht zu entkräften?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, Sie - -

Zeuge Stephan von Erffa: E-Mails können niemals beitragen, dass die Vorwürfe entkräftet werden, sondern E-Mails können nur - -



19/30 3. Untersuchungsausschuss

auch genau dieses angefragt und KPMG natürlich auch.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass die Deutsche Prüfstelle Rechnungslegung Wirecard danach gefragt hat, wie man denn argumentieren könne, dass man Betrugsvorwürfen nicht nachgeh#t, dass sie nach Argumenten bei Ihnen angefragt haben?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist Ihnen nicht bekannt. - Und war es üblich, dass man hier so in umfangreichen Track Changes - - EY also auch Beratungsleistungen hinsichtlich der Beantwortung von Anfragen von DPR erbringt, also sehr umfangreich hier eingegriffen hat?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das ist tatsächlich, also soweit ich weiß, üblich; zumindest war es für uns üblich. Also, das ist auch eins von den Themen, zu denen ich vorhin befragt worden bin. Es gibt auch einen Auftrag - das sind immer so 20 000 Euro oder so was - für eine DPR-Prüfung, für die Begleitung, und dazu gehört eben auch das Durchschauen der Schreiben an die DPR. Die Kosten beliefen sich 2016 – soweit ich mich erinnere – auf EUR 130.000.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, meine Zeit ist schon wieder um, auch weil ich ja noch selber hier Fragen beantworten musste.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auch das ist unzutreffend, weil wir haben die Zeit erst in Gang gesetzt, als dieser Fragenkomplex abgehandelt war. Bleiben wir bei der Wahrheit. - Und als Nächstes Kollege Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich habe noch mal ein paar buchhalterische Fragen, und ich glaube, dass Sie als jetzt - wir gehen nicht in die Details - - Aber ich habe jetzt die Hoffnung, dass Sie als Chief Accountant das beantworten können.

Was mich jetzt, ehrlich gesagt, wundert, ist, dass ja Wirecard auf der Bilanz immer sehr hohe Liquiditätsbestände ausgewiesen hat und trotzdem zunehmend Kredite aufgenommen hat. Das muss doch bei Ihnen Fragen aufgeworfen haben. Wie lässt sich das beantworten, oder wie lässt sich das plausibilisieren, dieser Umstand?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, das stimmt, wir hatten relativ viel Liquidität. Aber wir waren natürlich auch im Bereich der Finanzdienstleistungen tätig, sodass wir auch Liquidität brauchten. Das war in gewisser Weise unser Working Capital auch. Das bedeutet: Wie ein Kleidungsverkäufer für sehr viel Geld Kleidung kauft und deswegen wenig Geld und viel Vorrat hat, war für uns das Geld ein Mittel. Wir wissen, dass wir in dem TPA-Bereich sehr viel gebunden hatten als Cash-Sicherheit. Und auf der anderen Seite gab es natürlich dann tatsächlich die Schulden, die aber auch verstärkt oder eigentlich fast ausschließlich oder ausschließlich für M & A-Projekte hergegeben worden sind, weil man gesagt hat: Die M & A-Projekte möchte ich aus dem externen Cashflow und die operativen Themen aus dem internen Cashflow stemmen. Das war also die Diskussion. Aber es stimmt: Diese Diskussion kam oft auch von den Analysten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Borgwerth und Frau Rinker und andere Experten, die wir auch hier hatten, haben uns das immer in so dieser Metapher beschrieben: "Wir haben es hier mit Autos zu tun, die in einen Tunnel fahren, aber dann nie wieder herauskommen", was die auch gewundert hat. Das hat Sie, dieser Umstand, offenbar nicht gewundert.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, es hat mich - Ich wusste ja - dachte, zu wissen, wo das Geld ist, nämlich eben auf diesen Treuhandkonten. Und das war ja schlussendlich das, was man am Ende auch ein bisschen machen wollte: dass man sehr viele externe Geldgeber bekommt, die in diese Working-Capital-Finanzierung hineingehen, nämlich zum Beispiel das Merchant Cash Advance machen. Das waren diese Verbriefungsstrukturen, die zum Schluss auch angedacht waren, um eben externe Geldgeber reinzuholen, weil das natürlich tatsächlich nicht auf Dauer skaliert.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stichwort Treuhandkonten: Wenn man in die

19/30 3. Untersuchungsausschuss

Jahresabschlüsse, wenn man in den Geschäftsbericht schaut, dann gibt es keine Angaben darüber, wie Treuhandkonten verbucht wurden. Wer hat das denn entschieden, dass das nichts im - -

Zeuge Stephan von Erffa: Es gibt eine Angabe zu dem Treuhandkonto im Geschäftsbericht, wo drinsteht, wer - - also wann ein Treuhandkonto wie zu verbuchen ist. Aber wer das entschieden hat: Also, schlussendlich haben wir genau zu dem Thema verschiedene Gutachten eingeholt, um das noch mal zu klären.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von EY? Nein.

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nee, jetzt zum Beispiel von Professor Lüdenbach und, ich weiß nicht, ein Professor - Ich kriege sie nicht zusammen; zwei, glaube ich, zwei Gutachten, die wir eingeholt haben, die das noch mal für uns klären sollten. Aber sonst haben wir natürlich auch solche Sachen vorab durch die Wirtschaftsprüfer, durch die Accounting Policy geklärt und entsprechend dann auch verbucht. Aber es gibt eine Angabe im Geschäftsbericht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es finden ja regelmäßig auch Gespräche statt, wo sich über Wertminderungen bei immateriellen Assets unterhalten wird, also Goodwill, Firmenkunden, Firmenkontakte etc. Waren Sie bei diesen Gesprächen involviert? Müssten Sie ja in Ihrer Funktion.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß nicht genau, auf welche Gespräche Sie rausgehen. Also, natürlich ist in jedem Geschäftsabschluss ein Impair-ment-Test durchzuführen. Das bedeutet: Jedes Jahr einmal, am Ende des Jahres bzw. zum Ende des Jahres, wird der Goodwill überprüft durch den sogenannten Impairment-Test, genauso wie die Kundenbeziehungen - - werden auch überprüft. Und entsprechend dem, was da rauskommt, wird entweder ein Impairment durchgeführt oder nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und den Prozess haben Sie begleitet.

Zeuge Stephan von Erffa: Also als Verantwortlicher. Ich selber bin in dem Thema - - Also, so weit reicht mein Know-how nicht, um diesen Impairment-Test durchzuführen. Aber jetzt als Übergeordneter habe ich das begleitet, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte Sie noch was anderes fragen, und zwar gibt es eine E-Mail zwischen Herrn Ley und Ihnen vom 10. März 2016. Da geht es um den Za-tarra Report, und da schreiben Sie - ich zitiere an Herrn Ley adressiert:

Was meinst du? Kann es sinnvoll sein, von uns aus eine Stellungnahme ähnlich der Analystenschreiben an den Prüfer zu senden, damit er sich informiert fühlt? (?)

Und Herr Ley antwortet: "Ja, gGute Idee" (?). -War es bei Ihnen auch Strategie, offensiv mit Vorwürfen gegenüber Wirecard umzugehen und das gegenüber dem Prüfer auch zu thematisieren?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe es immer - da stehe ich auch zu - für wichtig gehalten, dass man offen kommuniziert. Das bedeutet: Wenn es so ein Vorwurf ist, ist das Beste - - Ich meine - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben Zatarra ernst genommen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, selbstver- - Jeden Report, der kam, nimmt man ernst und muss sich mit dem auseinandersetzen, auch wenn es zum Schluss nichts - -

(Fabio De Masi (DIE LINKE): BaFin!)

Also, wenn ein Vorwurf kommt, dann muss man ja entweder sagen: "Oh, ja, das stimmt, da muss ich was korrigieren", oder ich muss sagen: "Das stimmt nicht, und das ist der Fakt. Und jetzt beurteilt selbst." Also, man muss ja eine Erklärung liefern, ob es stimmt oder ob es nicht stimmt.



19/30 3. Untersuchungsausschuss

nicht immer nur - - also Belege, die in unserer Ho- - oder waren es nicht Belege, die in unserer Hoheit sind, sondern eben auch Belege oder Informationen, die in den Unterlagen von Al Alam und den anderen Partnern waren, worauf wir jetzt gar nicht direkten Zugriff haben. Aber da müssen Sie tatsächlich - - Da ist der Herr Bellen-haus sicherlich der bessere Ansprechpartner, weil der eben diese Prüfung in dem Bereich wahrscheinlich viel hautnaher mitbekommen hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als die Treuhandkonten eingerichtet wurden, wissen Sie, von wem da die Initiative ausging, die einzurichten?

Zeuge Stephan von Erffa: Das weiß ich nicht. Ich weiß, dass die Kritik unter anderem auch von den Wirtschaftsprüfern kam, dass diese Forderungspositionen bei den einzelnen TPAs zu hoch sind und dass die Solvenz dieser TPAs diese Forderungshöhe nicht rechtfertigt und dass es nötig ist, wenn man die Werthaltigkeit - - also um die Werthaltigkeit und die Forderung nicht ausfallend werden zu lassen, dass man - - das nicht weiter steigen kann. Und dann wurden die Treuhandmodelle eingeführt. Wir hatten früher öfters gesagt, dass der Vorschlag von EY kommt. Das kann ich allerdings nicht - - Ich habe das noch mal nachgeguckt. Also, das weiß ich nicht. Ich hätte das noch vor einem halben, Dreivierteljahr gesagt, aber nach - - Ich habe es jetzt noch mal nachgeguckt in den Unterlagen. Ich finde nichts, wo irgendein Hinweis dazu kommt. So kann das sein, dass eben tatsächlich nur die Kritik von EY kam und das dann von den Fachabteilungeri diskutiert worden ist, also das bedeutet, im Ressort Marsalek diskutiert worden ist, und dann von dort der Vorschlag kam. Das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, habe ich Sie richtig verstanden: Sie sagen, EY hat das damals kritisiert, die Einrichtung der -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - Treuhandkonten.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, nee, nee, nee, EY hat die kritisiert, dass es so hohe Forderungsbestände gibt, und hat gesagt: Es kann nicht weiter so steigen, weil die Solvenz der Gesellschaften das nicht - - da in keinem Verhältnis steht. Daraufhin, wo ja das kam, wurde der Vorschlag gemacht auf jeden Fall - ich kann nicht sagen, von welcher Seite der kam - mit dem Treuhandmodell. Und das wurde sowohl von EY als auch von uns als sinnvolles und gutes Projekt - guter Prozess gesehen, weil es eben die Solvenz der TPAs außen vor lässt und eben das Geld und die Bestände sichert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und warum hat man sich für diesen Treuhänder entschieden, und warum gab es dann, ich sage mal, diesen Wechsel nach Manila?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, der Wechsel nach Manila, da war ich genauso überrascht wie die Prüfer, warum es dieser ist.

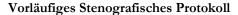
Der Zum Treuhänder Citadelle hieß es, der sei sehr bekannt in der Branche und würde dieses auch für andere machen und verfügt über gute - - oder ist dann irgendwie Bluepartner von der OCBC usw. Da gab es viele Argumente, wobei ich die jetzt nur im Zuge der Beantwortung von Fragen auch für Behörden eben in Erfahrung gebracht habe.

Schlussendlich: Die Auswahl der Partner obliegt dann auch nicht tatsächlich - - Da sind wir als Accoun-tants außen vor.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie in irgendeiner Weise mal die wirtschaftlichen Parameter des TPA-Geschäfts plausibilisiert? Also, wir haben ja festgestellt im Laufe dieser Arbeit des Untersuchungsausschusses, dass es bei solchen Zahlungsdienstleistungen - - ein sehr margenarmes Geschäft ist, und in dem Zusammenhang mit Wirecard gab es ja extrem hohe Margen. Und wie das zusammengepasst haben kann - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich möchte nicht zu sehr ins Detail gehen, -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Na, machen Sie ruhig. Wir nehmen uns die Zeit.





19/30 3. Untersuchungsausschuss

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich will Ihnen mal etwas vorlesen, was innerhalb der BaFin im Mai 2020 geschrieben wurde. Und da ist eine E-Mail von der Frau Roegele, Exekutivdirektorin, an Herrn Hufeld. Das ist MAT A BMF-25.28, Blatt 7. Da heißt es:

... wir haben gestern auf mehrfache Nachfrage von Herrn Prof. Ernst (bislang nur mündlich) erfahren, dass die DPR auf unsere Mitte Februar 2019 beauftragte Prüfung des Halbjahresabschlusses 2018 der Wirecard AG praktisch voraussichtlich seit Juni (?) 2019 inhaltlich nichts mehr gemacht hat.

Und dann, etwas mehr als einen Monat später, schreibt der Staatssekretär Herr Kukies an die Mitarbeiterin Frau Dr. Wimmer - Zitat jetzt; das ist MAT A BMF-24.54, Blatt 10 -:

> Hat DPR eigentlich inzwischen seinen Tiefschlaf beendet und die Arbeit aufgenommen?

Also, so war jetzt die Wahrnehmung im Finanzministerium und bei der BaFin, was die Prüfung der DPR angeht. Können Sie das irgendwie nachvollziehen, oder sagen Sie: "Die haben einen guten Job gemacht bei der DPR"?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir haben tatsächlich im Juni 2019 noch mal sehr viele Seiten hinterher-oder nicht hinterhergeschickt, sondern noch mal Anfragen - Also, Anfragen kamen davor, und im Juni 2019 haben wir diese beantwortet. Und danach gab es tatsächlich eine lange Zeit, in der wir ab und an die DPR informiert haben, dass jetzt die KPMG-Prüfung losgeht und wo wir gerade stehen. Aber wir hatten tatsächlich keine Anfragen von der DPR mehr bekommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Seit wann? Seit Juni 2019?

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen) Zeuge Stephan von Erffa: 18. Juni 2019 habe ich hier ein letztes Schreiben von uns mit weiteren Details für die Prüfung, und dann gibt es in den Monaten danach - - Ich habe das jetzt hier nicht genau, aber ich schätze, dass das sowohl Telefonnotizen sind als auch kurze Updates per E-Mail sind, dass bis zum Mai 2020 wohl dann wieder eine Anfrage kam.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gab es eigentlich irgendwelche Einladungen zu Festivitäten in irgendeiner Weise, wo EY zugegen war, seitens Wirecard, mal eine Betriebsfeier oder so was?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, so was nicht. Ich glaube, es gab einmal eine - - oder es gab am Ende vom Prüfungszeitraum, dass man dann zusammen abendgegessen hat oder so was. Also, so ein - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Jedes Mal oder - -

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nicht jedes Mal.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nicht jedes Jahr?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nee, in den letzten Jahren gar nicht mehr.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nee, letztes Jahr nicht, aber - -

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich meine, in den letzten Jahren gab es das auch nicht mehr.

Das kam eigentlich von den alten Wirtschaftsprüfern, wo wir noch eine sehr kleine Firma waren, und das ist dann - - Ich fand das immer - - Ich fand das nicht - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber es gab jetzt keine rauschenden Partys zwischen Ihnen, -

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - Herrn Marsalek und EY oder - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ich bin nicht der rauschende Partygänger. Nein, also, das gab es überhaupt nicht. Also, es gab mal für eine Zeit - ieh



19/30 3. Untersuchungsausschuss

weiß nicht, wann es aufgehört hatte , dass, in der man so ein Essen hatte, was man gemeinsam gemacht hat als so ein Abschlussessen. Aber das war kein - - Das war jetzt sehr bodenständig. Das war weder im "Käfer" noch sonst was, sondern im ganz normalen Lokal, ein Italiener oder so, wo die Mahlzeiten auch - - Teilweise gab es dabei auch noch einen Programmpunkt vor dem Essen, bei dem eine interaktive Aufgabe gelöst werden musste, oder beispielsweise eine Stadtführung. Restaurants waren z.B. das Restaurant im Hirschgarten, Pizzeria Hugo's, Café Reitschule.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Dann übergebe ich jetzt an den Kollegen Dr. Michelbach.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/ CSU): Herr von Erffa, ich habe ja die Situation, dass Sie als führender Mitarbeiter für uns vielleicht noch mal erhellend erklären können, was zur Wirtschaftsethik, zur Unternehmenskultur bei Wirecard stattgefunden hat. Wir wollen uns ja ein Bild umfassend machen. Sie informieren uns ja; viele andere haben das ja leider nicht gemacht.

Wir haben also einen Bericht der "Süddeutschen Zeitung" vom 19. Januar 2021 gelesen. Und da hieß es, Herr Dr. Braun "habe in der mutmaßlichen Bande bei Wirecard als "Kontroll- und Steuerungsinstanz" fungiert und "ein 'hierarchisches System' aufgebaut, das nach dem Prinzip 'teile und herrsche' funktioniert habe".

Dazu hat uns der Herr Wexeler, also der Vorstand bei der Bank, Wirecard Bank AG, berichtet, dass er unter Druck gesetzt wurde, als die Vergabe eines Darlehens an die Partnerfirma Al Alam aus Dubai infrage gestellt wurde. Wörtlich - er zitiert uns -: Ich musste in sein Büro, und ich wurde eingeschüchtert.

> ... da musste ich in seinem Büro in Anführungszeichen - "antanzen", und er hat sich dann vor mir aufgebaut; hat sein Sakko angezogen ... hat gesagt: Ich bin Eigentümer, und nur ein Eigentümer kann ablehnen.

Also, können Sie uns mal berichten: Wie war da das Verhältnis zu den Mitarbeitern? War das so unter Druck gestanden, die ganze Führung, oder wie lief das ab?

Zeuge Stephan von Erffa: Das sind jetzt natürlich Zitate gewesen aus der Ermittlungsakte, und es ist, glaube ich - - Da möchte ich deswegen nichts - - drauf eingehen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Das ist nicht aus der Ermittlungsakte, das ist aus dem Protokoll, was er uns hier verkündet hat, der Herr Wexeler. Das ist aus dem Protokoll des Untersuchungsausschusses, und dazu müssten Sie eigentlich eine Aussage treffen. Das hat mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen null zu tun. Es geht hier um das Protokoll, das Herr Wexeler geführt hat [sic!].

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich habe es nicht so empfunden. Es gab immer Druck, klar, im Sinne aber von Ziel-Erreichen und nicht im Sinne von irgendwas jetzt durchzusetzen. Also, ein Chef muss einen gewissen Druck ausüben, um etwas zu erreichen. Ich habe es jetzt aber nicht anders erlebt als in anderen Unternehmen, wo es einen starken Chef gibt. Herr Wexeler ist als Bankvorstand - - habe ich es jetzt nicht so erlebt, dass er nicht unabhängig gewesen wäre - - und auch glaube, Herrn Wexeler nachsagen zu können, dass er von seiner Personalität her genügend Rückgrat hat und auch hatte, die Entscheidungen in der Bank selbst zu treffen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut, hatte aber dann doch die Kredite vergeben. - Also, jetzt wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, weil sie nicht den Anweisungen der Konzernspitze gefolgt sind. Haben Sie Kenntnis von Abfindungen, die an Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter gezahlt worden sind, um sie zum Schweigen zu bringen? Klare Frage zu der Unternehmenskultur.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, überhaupt nicht. Also, in keinster Weise ist mir irgendwas bekannt, wo irgendjemand zum Schweigen gebracht werden sollte; auch keine Abfindung oder Entlassung.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/ CSU): Okay, danke.



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da stelle ich noch mal um, nur dass ich es richtig verstanden habe: Sie haben jetzt eben gesagt, Sie haben Herrn Wexeler nicht als eine Person wahrgenommen, weil er hat uns das hier anders in diesem Gespräch dargestellt

> (Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja!)

und ist deshalb ja auch so rausgegangen und Exit-Gespräch - - Nur noch mal deutlich und damit wir uns nicht missverstanden haben: Sie haben ihn wahrgenommen als eine Person, die nicht so, nennen wir es mal, widerstandsfähig bei Druck sei.

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, nee, die Rückgrat hat und die Entscheidungen nach seinem - seine Meinung auch durchsetzt. Also, Wexeler lässt sich nicht durch einen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Unter Druck setzen.

Zeuge Stephan von Erffa: Lässt sich nicht unter Druck setzen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ah, okay, alles klar. - Eine Nachfrage noch mal, weil ich hatte mir jetzt mal notiert - - Sie haben sehr, sehr oft habe ich jetzt auch noch mal geguckt - gesagt - Thema Steuern, das ist jetzt relativ oft bei Ihnen gefallen. Ich würde das gerne mal an der Stelle konkretisieren wollen.

Das Bundeszentralamt für Steuern hat in seiner Betriebsprüfung 2017 - - Was haben die so festgestellt? Also, vielleicht können Sie ja auch abstrakt, unter Berücksichtigung des Steuergeheimnisses, das mal für uns darstellen, was die Prüfer bei dieser Sonderprüfung des Bundeszentralamts für Steuern 2017 so festgestellt haben oder auch nicht.

Zeuge Stephan von Erffa: Wir hatten ja drei Prüfer: Das ist Körperschaftsteuer- - Wie heißt das?

(Der Zeuge berät sich spricht mit seinem Rechtsbeistand)

Amt für Körperschaften, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: - das uns geprüft hat, dann das Landesamt für Steuern und dann eben Bundeszentralamt für Steuern, jeweils beauftragt natürlich von Körperschaften. Ich dachte, dass der Prüfer, nach meinen Erinnerungen jetzt - Es gab mehrere Anfragen, zu denen ich jetzt thematisch tatsächlich keine Angaben - - Nicht weil ich es nicht will. Ich müsste es nachschauen, was das für Themen sind; die habe ich einfach nicht parat. Aber sie waren auch jetzt keine großen Themen.

Das Landesamt für Steuern, das war da stärker fokussiert auf die Auslandsverbindungen, und da ging es dann - - Wir hatten ja zwei Prüfungen laufen: 2006 bis 09 und 2010 bis 15. Die Prüfung 2006 bis 09 ist ja auch noch nicht geschlossen gewesen, weil wir da Differenzen in der Auffassung haben, was die Verrechnungspreise angingen mit Auslandsgesellschaften. Und für die Prüfung 2010 bis 15 gab es auch viele Anfragen, aber es war jetzt - - Da ging es, ich glaube - - auch Anfragen zum Bereich TPA. Also, da war es noch nicht so weit, diese Prüfung, dass wir da eine Prüfungsfeststellung hatten in dem Sinne, sondern das Einzige, wo wir wirklich, ich sage mal, im juristischen Disput waren, war diese Verrech-nungspreisthematik mit Gesellschaften im Ausland.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Was mich auch immer so ein bisschen, uns hier alle, glaube ich, stutzig gemacht hat - Frau Quadir hat das ausgeführt, Dan McCrum -: Die fühlten sich - Belege sind da natürlich schwer beizubringen doch merkwürdig von vielen Detektiven und merkwürdigen Umständen, als sie sehr kritisch zu Wirecard berichtet haben, unter Druck gesetzt. Das sind die subjektiven Schilderungen. Sind Ihnen denn jemals in Ihrer Arbeit Belege, die in einer größeren, gehäuften Zahl - - mit London und dann mit angeblich über 20 Privatdetektiven, die auf Herrn Dan McCrum seitens Jan Marsaleks



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Zeuge Stephan von Erffa: Das sind Braun und ich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ach so, Sie haben den sogar unterschrieben?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ah, ja, okay. Das ist ja interessant. - Also, Herr Braun und Sie haben den EMIF-Vertrag unterschrieben. Hat das eigentlich im weiteren Verlauf dann, nach der ganzen Abwicklung usw., noch mal irgendwann eine Rolle gespielt, EMIF-Vertrag? Haben Sie den sich irgendwann noch mal rausgesucht, später?

Zeuge Stephan von Erffa: Für die Prüfungen haben wir die sehr häufig rausgesucht. Also, die werden von den verschiedenen Prüfern natürlich angefragt, weil es ja eine wichtige M & A-Transaktion ist. Und dann wird der entsprechend auch vorgelegt, ja. Also, das ganze Package liefert dann die M & A-Abteilung - - macht dann immer so ein Package fertig.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist der Kaufvertrag, die Due-Diligence-Verträge - - die Due-Diligence-Berichte usw.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, das ist ja jetzt hier sozusagen einfach der Scan gewesen, und das war sozusagen hier - - 2015 haben Sie da mit Herrn Marsalek das alles da hin- und hergemailt. Aber interessanterweise haben wir festgestellt, dass Sie sich - - Wenn Sie Beratungs- -

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen und berät sich mit seinem Rechtsbeistand spricht mit seinem Rechtsbeistand))

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, ich guckte nur.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Wegen "Herr Marsalek, hin- und hergemailt": Das war mir - -Ich wunderte mich, warum ich mit Herrn Marsalek geemailt hätte; aber das stimmt, ja. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Und Sie selbst hatten - Also, wir haben in Ihrem Posteingang gesehen, dass Sie 2020 den auch noch mal irgendwie sich selbst, glaube ich, schicken wollten; aber das ist nicht raugegangen. Das ist in unversendeten Mails hängen geblieben. Hatte das irgendeinen besonderen Grund?

Zeuge Stephan von Erffa: 2020 war die DPR noch mal auf das Thema zu sprechen gekommen; vielleicht in dem Zuge.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Gut. - Dann: Alex Herbst, sagt der Ihnen was?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, der war früher mal, also vor meiner Zeit, anscheinend Vorstand oder was heißt "anscheinend"? Er war früher Vorstand bei der - - ich weiß nicht, bei welcher Gesellschaft.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Einer.

Zeuge Stephan von Erffa: Na ja, weil wir früher - - Früher, als wir gekommen sind, war ja nicht die börsennotierte Wirecard AG die oberste Gesellschaft, sondern da gab es eine Holding. Irgendwo da.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, also, es war jemand, der mal bei Wirecard gearbeitet hat.

Zeuge Stephan von Erffa: Im Umfeld, ja, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und wann hat er aufgehört, ungefähr?

Zeuge Stephan von Erffa: Weiß nicht. Ich bin 2005 da - - Ich habe jetzt in einem Buch gelesen, dass es 2004 war, als er aufgehört hat. Das kann ich aber nicht sagen, wann er aufgehört hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, aber sozusagen - -

Zeuge Stephan von Erffa: Vor 2005.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und was hat er danach gemacht, oder was hat - -



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Zeuge Stephan von Erffa: Der ist immer noch in der Payment-Branche tätig und macht, glaube ich - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und was war Ihre Beziehung, sage ich mal, 2015 noch zu ihm?

Zeuge Stephan von Erffa: Er hat ab und an mal Kundenbeziehungen - ich weiß zum Beispiel eine, ADAC-Oberrhein oder so was, die er der Wirecard vermittelt - - weiß ich nicht, ob er es wollte oder hat, und dann entsprechend - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, weil er hat Ihnen im März 2015 eine Mail geschickt, die ist auch relativ kurz:

Hello Stephan, what's about our hangman or did he save his life? Alex. (?)

Können Sie sich an diese Mail eventuell erinnern? Wir können sie Ihnen auch noch mal vorlegen.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich kann mich nicht erinnern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir legen sie Ihnen gerne noch mal vor. Ist auch relativ - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Zeit ist auch gestoppt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Stellt sich für mich die Frage: Who the fuck is hangman? Ist das Jan Marsalek, vielleicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Er ist cc-gesetzt. Nee, wer ist - Ach nee, er ist an - Also, nein, glaube ich nicht, dass es Marsalek ist. Herbst hatte mit Marsalek wenig zu tun gehabt. Herbst war eigentlich eher eine Beziehung - Also, da war eigentlich die Relationship zum Herrn Ley. Kann ich nichts mit anfangen. Ich schätze auch nicht, dass ich sie groß beachtet habe. Der Herr Herbst ist

manchmal - - hatte er so den Drang, in eine Richtung, in der ich - ins Lustige, nennen wir es mal so - nicht mitgegangen bin und auch irgendwie - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, gut, aber wissen Sie - - Aber sozusagen Sie kriegen so eine Mail, die ja jetzt extrem flapsig ist, und leiten sie kommentarlos an den Vorstand weiter.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich müsste in dem Zusammenhang gucken, um was es in dem Zeitraum geht. Ich kann es - -

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlangen)

So, 24 - - weitergeleitet 13.19 Uhr, 13.06 Uhr - - Müsste ich nachschauen. Also, vielleicht kriege ich es aus dem Zusammenhang von anderen Mails hin, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, na ja, gut, ich sage mal so: Entweder Sie wissen es und wollen es uns sagen, oder Sie wissen es nicht, und dann war es nicht so relevant wahrscheinlich. Also, es sagt ja auch ein bisschen was aus über offenbar Ihren Kommunikationsstil mit Herrn Marsalek. Weil ich sage mal, Sie waren der Chefbuchhalter, aber sozusagen dem Vorstand kommentarlos mal so ein Ding weiterleiten - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das muss man im Zusammenhang sehen. Eventuell haben wir vorher telefoniert über einen Sachverhalt oder ein Meeting gehabt zu einem Sachverhalt oder Ähnlichem, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: - weil sonst, gebe ich Ihnen recht, ist das - - Sonst würde ich solche E-Mails nicht kommentarlos an Marsalek weiterleiten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut. - Können Sie uns noch mal was - - Meine Kollegin hatte Sie vorhin nach diesen ganzen Beratungsverträgen gefragt. Und können Sie uns mal erklären, was



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Pre-Approvals sind, also wie das funktioniert

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist die gesetzliche Anforderung, dass Leistungen des Wirtschaftsprüfers außerhalb der Abschlussprüfung im Vorfeld durch einen Prozess freigegeben werden, bevor der Wirtschaftsprüfer damit anfängt. Und dieses geht dann über den Aufsichtsrat oder, je nachdem - - Wir hatten damals noch keinen Prüfungsausschuss, deswegen über den Aufsichtsrat, der dann rein formal dafür verantwortlich ist. Der Aufsichtsrat hat dann an den Herrn Franke oder mich das zurückdelegiert; Aufträge bis zu EUR 100 000 Euro, glaube ich. konnten wir freigeben, soweit ich mich erinnere.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - In 2017 - Oder war das üblich, dass das Volumen der Beratungsaufträge an EY so scharf berechnet werden musste, dass man nicht über die Grenzen, die pro Jahr zulässig sind, an Beratungsverträgen zu vergeben - - dass das irgendwie kritisch war?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das Juristische ist, glaube ich, erst 2019 oder 20 eingeführt worden, diese Grenze. Wir wollten sie nur auf - - Da müssten Sie einen Juristen fragen, oder ich könnte es auch nachgucken.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Das heißt aber, es hat keine Rolle gespielt offenbar.

Zeuge Stephan von Erffa: Im Vorfeld hat es eigentlich keine Rolle gespielt. Wir wollten trotzdem nicht drüberkommen, weil wir natürlich den Sinn - - oder weil ich zumindest diesen Sinn des Gesetzes durchaus gutheiße, dass man möglichst wenig Beratungen macht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, okay, okay. Haben Sie sich da mit Herrn Loetscher darüber verständigt, wie in 2017 das auch aufzuteilen ist und was da an Aufträgen möglicherweise kommt?

Zeuge Stephan von Erffa: Es ging nie - - dass Aufträge kommen, sondern wenn ein Auftrag kam - - Also, wir müssen ein bisschen unterscheiden zwischen Deutschland-EY - das ist für die die Grenze eigentlich nur gilt

eingezogen in diese Grenze - und International-EY.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber war denn nicht Herr Loetscher auch - -

Zeuge Stephan von Erffa: Herr Loetscher musste auf seiner Seite die Freigabe machen. Also, das ist ein Doppelprüfprozess. Wir mussten es freigeben, und auf deren Seite durfte auch kein Partner weltweit einen Auftrag von Wirecard annehmen an EY geben, ohne dass der Mandantenleiter - ich weiß nicht, wie der Ausdruck ist -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja.

Zeuge Stephan von Erffa: - es auf EY-Seite freigibt. Und das hat Herr Loetscher gemacht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, okay. - Ist Ihnen bewusst gewesen, dass es im März 2017 ziemlich eskaliert ist zwischen EY und dem Vorstand, was die Erteilung des Jahresabschlusses, des Testates, 2016 betrifft?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es war jedes Jahr - - gab es zum Schluss große Diskussionen um irgendwelche Belege. Aber 2017 - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es ging nicht um Belege in 2017.

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, dann habe ich es nicht mitgekriegt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): In 2017 hat EY einen Brief an den Vorstand geschrieben. Da stand so was drin: "Wenn binnen einer Woche nicht das, das, das geliefert wird, dann gibt es kein Testat, und" - ich sage mal, ich paraphrasiere "dann kündigen wir hier dieses Mandat." Das war nicht: Wir suchen irgendwie zwei, drei Belege noch. - Können Sie sich daran erinnern, dass es da - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es ging nicht um ein, zwei Belege, sondern es ging dann meistens tatsächlich am Ende, dass noch irgendwelche - -



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herr Erffa, seien Sie mir nicht böse: Ich habe Sie ganz konkret gefragt: Können Sie sich daran erinnern, dass es im März 2017 zu erheblichen Verwerfungen mit EY kam, was den Jahresabschluss 2016 angeht?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kann mich daran erinnern, nicht aber allerdings an so einen Brief und nicht, dass sie das Mandat schmeißen wollen; aber an sich, dass es Verwerfungen gab, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Der ging ja auch nicht an Sie. - Okay, also, wir halten fest: Sie können sich daran erinnern, erhebliche Friktionen am 16. März, auf den ist das auch datiert. Und ich frage auch deshalb so, weil am 21. März - da haben wir von Ihnen so ein Pre-Approval-Papier - legen Sie dem Aufsichtsrat Beratungsverträge für EY in Höhe von 400 000 Euro vor.

Zeuge Stephan von Erffa: Für was?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, 16.03. kommt ein Brandbrief von EY, und fünf Tage später kommt ein Non-Audit Service Pre-Approval, Autor: Stephan von Erffa, Version 5.0. Und da geht es eben um gut 400 000 Euro an Beratungsgeschichten, und da zuständiger Partner bei EY ist dann Herr Loetscher.

Zeuge Stephan von Erffa: Er ist immer unser zuständiger Partner, ja. Also, weiß nicht. Für was für einen Auftrag ist das? Steht da die Überschrift, so wie bei - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das sind zum Teil auch mehrere, aber das heißt sozusagen, Sie können uns jetzt nicht bestätigen, dass es irgendwelche - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kann - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dass die zeitlichen Zusammenhänge reiner Zufall sind von: EY setzt Wirecard die Pistole auf die Brust, binnen einer Woche muss Material geliefert werden, 400 000 Euro Beratung wird beauftragt, und plötzlich wird eine Woche später, ohne dass sonst irgendwas getan wurde, das Testat für 2016 erteilt. Das

ist einfach nur die Aktenlage, die ich hier habe, und jetzt habe ich - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich kann den kausalen Zusammenhang da von meiner Seite zumindest definitiv ausschließen. Wenn ich das nachschaue, was das für Projekte sind, werden wir sicherlich auch schon Anbahnungsgespräche finden mit EY, weil wenn wir das Pre-Approval haben, haben das zum Beispiel die IT-Abteilung, wenn es um IT-Prüfung geht, oder die Auslands-Gesellschaft, wenn es um etwas anderes geht, schon längst mit dem Partner durchgesprochen das kommt am Schluss erst bei uns auf-oder die Auslandsgesellschaft. Also, da wird es sicherlich E-Mails geben, die auch vielleicht davor diesen Prüflings- oder diesen Beratungsrahmen erfüllen. Es gibt keinen kausalen Zusammenhalt [sic!] Zusammenhang, und die werden sicherlich die Belege bekommen haben, sonst hätte EY dann auch nicht testiert.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, nee, die haben die Belege nicht bekommen. Das ist ja Teil des Problems. Und ich versuche ja, hier herauszufinden,

Zeuge Stephan von Erffa: Okay.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - warum die, ohne dass sie die Belege bekommen haben, am Ende Brief und Siegel gegeben haben, und ich verstehe es nicht. Das ist für mich ein Anhaltspunkt. Und das war eine ganze Latte von - - Also, es waren, glaube ich, vier oder fünf unterschiedliche Dinge. Aber die werden da freigegeben. Und am Jahresende gibt es noch mal eine ganze Reihe, auch wieder über Herrn Loetscher, glaube ich, für Indien, noch mal 400 000 Euro. Also, binnen eines Jahres, 2017: Die Bude brennt; 800 000 Euro Beratungsverträge an EY, die da rausgehen. Und wenn ich es richtig sehe - wir haben das mal zusammengerechnet gehabt -: Das war ja irgendwie das Verhältnis, was über den ganzen Zeitraum der Geschäftsbeziehungen - - 13 Millionen Euro Prüfungskosten und 2,8 Millionen Euro Beratungskosten. Und alleine in 2017 macht es "Psch!", und es geht fast 1 Million für Beratung raus, so. Das ist irgendwie auffällig, weil das ist nicht irgendwie so "Das war ja immer so" und "Wir haben da immer was rausgegeben", sondern

3. Untersuchungsausschuss

in dem Jahr gehen die Schleusen auf. Und plötzlich ist auch die Beziehung wieder gekittet.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich kann das aus meiner Sicht definitiv ausschließen, dass es da einen kausalen Zusammenhang gibt. Man müsste sich jetzt die Projekte angucken und mit den projektverantwortlichen Mitarbeitern bei uns sprechen, die sicherlich sagen können, zu welchem Zeitpunkt das eingeleitet ist und zu welchem Zeitpunkt EY ist wurde und ob sie eine Vorgabe von dem Vorstand bekommen haben, dass sie EY nehmen. Also, mir ist es nicht bekannt, dass der Vorstand - - Wenn ich irgendwelche Themen hatte, ist der Vorstand auf jeden Fall nie auf mich zugekommen und hat gesagt: Bitte, nimm EY! - Im Gegenteil: Eigentlich habe ich Ich habe zum Beispiel den Leuten immer gesagt: "Bitte, nehmt nicht EY" und "Nehmt nicht einen Prüfer in den Gesellschaften als Berater oder als Dienstleister für irgendwas", weil es eben genau zu diesen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Zimmermann, ehe Sie jetzt ansetzen - - Ich sehe das schon.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich weiß. Ja, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, weil das hat sich jetzt am Ende ziemlich unplausibel angehört, wenn Sie gesagt haben - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haken Sie da gleich in der nächsten Runde noch mal nach.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben da immer von abgeraten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann habe ich als Nächstes Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön, Herr Gottschalk. - Herr von Erffa, ich komme noch mal zurück zu "Project Ring". Übrigens: Aus den Unterlagen von KPMG geht hervor, dass EY nicht in Indien vor Ort war beim "Project Ring", weil Sie das vorhin im Kontext der Rechnung so erwähnt hatten. Müssen wir aber - - Will ich jetzt gar

nicht - - Wollte ich nur mal noch mal klarstellen. - Sind Sie im Rahmen von "Project Ring" von EY interviewt worden?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja - - Ich weiß nicht, was ein Interview ist. Ich hatte einen Termin mit Muth oder dem anderen. Wie heißt der?

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es auch mal die Anfrage nach einem sogenannten forensischen Interview mit Ihnen?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gab dieses Interview. Nee, eine andere Anfrage gab es nicht. Also, ob das forensisch war, weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Wissen Sie, ob der Vorstand von EY interviewt wurde im Kontext "Project Ring"?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, das weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich würde Ihnen gerne - ich zeige es Ihnen auch gleich noch mal - aber einfach noch mal vorlesen, was hier in der Akte steht. Gesprächsprotokoll von KPMG mit EY zum "Project Ring", MAT A KPMG-1.02, USB-53005399, Blatt 362 f., Gesprächsprotokoll, das vom 03.01.2020 stammt. Darin wird ausgeführt:

Christian Muth erklärte bzgl. der forensischen Interviews, dass diese weder mit WD Mitarbeitern noch mit Mitarbeitern von z.B. Hermes oder GI Philippines stattgefunden haben. In diesem Zusammenhang erklärte er,

- und jetzt kommt es -

dass eine Einwilligung für ein forensisches Interview mit Stephan von Erffa ... selber und vom Management vorab zurückgezogen worden sei. Es seien aber zahlreiche Informationsgespräche geführt worden ...



3. Untersuchungsausschuss

Ich zeige es Ihnen gerne noch mal, wenn Sie wollen. Aber wenn Sie das hören oder vielleicht auch gleich sehen, wäre meine Frage - aber nehmen Sie sich die Zeit -, wie Herr Muth darauf kommt, dass Sie und das Management die Einwilligung für ein forensisches Interview bei "Pro-ject Ring" zurückgezogen haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einsicht -Der Zeuge berät sich spricht mit seinem Rechtsbeistand)

Können wir die Uhr - - genau.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich erinnere mich nicht, dass ich ein forensisches Interview abgelehnt hätte. Ich sehe auch keinen Grund, ein forensisches Interview abzulehnen. Dies ist der zweite Absatz, der hier genannt ist. Das ist das, was ich vorhin erwähnt hatte. Dass es eine Interviewanfrage gab, ist mir nicht bekannt gewesen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich würde es ganz gerne noch mal nachgucken in irgendwie Kommunikation, aber - - Also, tatsächlich auch das Wort "forensisches Gutachten" höre ich, ehrlich gesagt, das erste Mal.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Aber man weiß ja in der Regel, egal ob man jetzt eine Vorstellung davon hat, was forensisch ist oder nichtforensisch, ob man eine Anfrage, eine Einwilligung mal zurückgezogen hat, oder? Also, haben Sie mal was zurückgezogen gegenüber EY?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, aus diesem Gutachten wurde die Diskussion, ob Mails freigegeben worden sind oder nicht - - Daraufhin habe ich mit dem Vorstand gesprochen, und der Vorstand hat dann gesagt: Nein, wir geben die Mails nicht raus. - Da gab es noch eine oder zwei Mails danach, wie ich vorhin ausführte. Aber ich erinnere mich nicht, dass ich ein Gespräch zurückgezogen hätte, also nicht von mir aus zumindest. Glaube ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Dann müssen wir vielleicht versuchen, das noch mal mit EY weiter aufzuklären. - Waren Sie beteiligt in der, sagen wir mal, Vorbereitung eines Termins im Jahr 2020 in Manila, wo Herr Marsalek mit den Prüfern von EY und KPMG vor Ort war?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, also, der ganze Bereich war rein in dem anderen Feld.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ihnen wird sicherlich der Name Bettina Funk etwas sagen.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist ja eine frühere leitende Mitarbeiterin von Wirecard aus dem Personalbereich, die dann ausgeschieden ist aus dein Unternehmen:

Zeuge Stephan von Erffa: Dass sie ausgeschieden ist, das wusste ich nicht. Aber sie war dann krank irgendwann. Aber ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Oder so. Also, dann war sie einfach länger nicht da.

Zeuge Stephan von Erffa: Genau.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie, ob diese Frau eine Abfindung in erheblicher Höhe bekommen hat oder gefordert hat? Gab es da Verhandlungen über Abfindungszahlungen?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ob es Verhandlungen gab über Abfindungen, weiß ich nicht. Ob sie welche bekommen hat, weiß ich auch nicht. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass sie, wenn sie es gefordert hätte, eine bekommen hätte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Also, Sie waren mit dem Vorgang einer möglichen einvernehmlichen Trennung von dieser Mitarbeiterin nicht befasst. Oder an welcher Stelle waren Sie befasst?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich war mit dem Vorgang nicht befasst. Ich hatte im Vorfeld mitbekommen, dass man mit der Qualität nicht ganz



19/30 3. Untersuchungsausschuss

zufrieden war - also, ich war auch nicht ganz zufrieden mit der Qualität -, und deswegen wurde überlegt, wie man die Qualität im HAHR-Bereich verbessern konnte. Und. dann wurde eine zweite Dame, Frau Roesener, glaube ich, eingesetzt, die dann eine Weile parallel dazu arbeiten sollte, und dann irgendwann - so ist meine nichtoffizielle, also meine Flurfunkwahrnehmung - eben den kompletten Bereich HAHR übernehmen sollte, was sie dann ja auch zum Schluss getan hat.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie hatten mit dem Herrn Kindler - habe ich Sie richtig verstanden? - nur Berührungspunkte im Kontext des Themas "Bürgerkarten, bayerisches Finanzministerium", sonst nicht mehr, oder gab es noch etwas anderes?

Zeuge Stephan von Erffa: Vielleicht auch für eine Rechnungsklärung oder so was.

Dr. Florian Toncar (FDP): Seiner eigenen Rechnungen.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, so was; aber sonst nix, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut, das kann ich mir vorstellen. Okay. - Hatten Sie mal mit Klaus-Dieter Fritsche zu tun?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie, wer das ist? - Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Jetzt ja. Also, vorher hätte er mir nichts gesagt, aber jetzt hier aufgrund der Medien sagt er mir was.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Können Sie uns was sagen über die variable, die erfolgsbezogene Vergütung der Firma Spitzberg Partners im Kontext AllScore-Erwerb?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, also, auch Spitzberg Partners war mir - - Also, mir war gar nicht bekannt, dass wir eine - - wobei mir Spitzberg Partners als Name auch nicht den Zusammenhang hergestellt hätte zum Herrn von Guttenberg.

Eine variable Vergütung ist mir nicht bekannt. Spitzberg Partners hatte ich gehört. Als Namen hätte ich den gehabt, weil er mir mal bei der Rechnungsprüfung durchgelaufen ist. Dass das einen Zusammenhang mit dem Herrn zu Guttenberg gegeben hat, wusste ich zu dem Zeitpunkt allerdings nicht. Und dass es eine Variable gibt, wusste ich auch nicht, also höre ich jetzt erst.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann hat als Nächstes das Wort der Kollege Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

(RAin Dr. Sabine Stetter meldet sich zu Wort)

RAn Dr. Sabine Stetter: Herr Vorsitzender, Entschuldigung bitte. Könnten wir mal eine kurze Pause machen, und wäre es bitte möglich, dass wir auch wieder neues Wasser usw. bekommen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das Erste auf jeden Fall sowieso. Ich wollte eigentlich auch anbieten - ich habe das hier eben schon, deswegen bin ich ein bisschen rumgelaufen, mit den Kollegen besprochen -: Wir hätten jetzt noch den Kollegen De Masi, den Kollegen Bayaz, und dann wollte ich Ihnen eh eine Unterbrechung und Pause anbieten. Wäre das okay? Das wäre jetzt vielleicht noch eine Viertelstunde in etwa. Halten wir die noch durch? Weil dann wollte ich eine Pause machen - dann wäre die Runde abgeschlossen -, wenn das okay ist.

Und für Wassernachschub: Selbstverständlich bitte ich, dass sowohl dem Rechtsbeistand als auch dem Zeugen Getränke in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Das ist völlig klar.

RAn Dr. Sabine Stetter: Danke sehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das machen wir. Und wenn Sie damit einverstanden sind, dann würde ich eben nach Herrn Bayaz unterbrechen, damit Sie auch mal entsprechend die Gedanken frei laufen lassen können.



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das ist eine E-Mail von 2016. Also, ich war jetzt bei - - Also, da hätte ich - - Zu 2016 kann ich - - Also, gemeint hatte ich jetzt die Prüfung, die jetzt aktuell für diese Vorhalte oder für diese Themen rund um das TPA-Geschäft und um die Singapur-Affäre geht.

Diese Prüfung von 2016: Das bedeutet, das ist der Prüfungszeitraum

> (Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

2014. Das wird die Prüfung 2014 sein, schätze ich. Ich kann noch mal gucken, was wir darauf geantwortet haben, aber wahrscheinlich - - Ich weiß nicht, ob Sie das haben; sonst kann ich das gerne noch mal nachschauen, was wir da geschaut haben.

Also, die E-Mail von vorhin oder die Antwort von vorhin war auf dieses bezogen gewesen, wobei ich diese auch nicht in Erinnerung hätte und vielleicht sogar dasselbe beantwortet hätte, einfach aus dem Grund, dass mir das in keinster Weise präsent gewesen wäre.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber das wäre "terrific", wenn Sie da noch mal nachschauen könnten und - -

Zeuge Stephan von Erffa: Also, was wir da geantwortet haben, können wir sicherlich nachschauen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Müssen Sie nicht jetzt machen; Sie haben ja später auch Pause und so. Mir ging es einfach nur darum, dass Sie vielleicht dann später noch mal darstellen können, wie denn dann so der Austausch mit der DPR ablief.

Ich würde Sie auch gerne noch einmal zu weiteren Vorgängen befragen. - Jetzt muss ich gucken. - Genau. Haben Sie Kenntnis von den Testüberweisungen der viermal 110 Millionen Euro, die von EY gefordert wurden vom Treuhänder?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe Kenntnis, dass die von EY gefordert worden sind und dass da, ich glaube, vom Treasury, auch irgendwas veranlasst worden ist. Das habe ich. Wann, wie wo und in welchem Zeitraum usw., die Details: Habe ich keine, habe ich nicht, die Kenntnisse.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Holten beklagte sich am 27. Mai 2020, dass Markus Braun nervös wurde wegen der Zahlungen. Wissen Sie hierzu etwas?

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, da kann ich auch nichts zu sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Laut Frau Schneider war das Geld am 27.05.2020 noch immer nicht unterwegs, über zwei Wochen, nachdem Herr Fichtelberger Frau Schneider das Drohen einer Probeüberweisung angekündigt hatte. Dazu wissen Sie auch nichts?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich weiß, dass diese Testüberweisungen nicht eben in einem normalen Zeitraum eingegangen sind und dass das zu, nennen wir es mal, Missstimmung bei allen Beteiligten geführt hat. Das weiß ich. Aber jetzt die Details, warum sie nicht eingegangen sind, ob sie schon in Auftrag gegeben worden sind oder Ähnliches: Dazu kann ich nichts sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr von Knoop hat bereits am 25. Mai 2020 angekündigt, dass die Jahresabschlussprüfung 2019 zur Not mit eingeschränktem Testat abgeschlossen werden sollte. Kennen Sie Hintergründe zu diesem Vorgang?

Zeuge Stephan von Erffa: Wem hat er das zugesichert? Also, nee, das kenne ich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Kennen Sie nicht? Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich kenne die nicht. Also - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das reicht erst mal so weit. - Ihre Kollegen wundern sich - - Also, Herr Holten war in der Kommunikation mit einem Herren, dessen Namen - - Rastede, Herr



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und auch die Historie von Herrn Fritsche bei den Nachrichtendiensten des Bundes?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, finde ich nicht so ganz plausibel, weil Sie uns gerade gesagt haben, Sie haben das erst durch die Medien erfahren, aber gleichzeitig einen Beratervertrag unterschrieben haben. Finde ich, passt nicht so ganz zusammen.

Mich würde noch mal interessieren das Thema Burkhard Ley. Der war ja bis Ende 2017 im Vorstand. Und anschließend hat er noch einen Beratervertrag gehabt. Haben Sie den auch unterschrieben?

Zeuge Stephan von Erffa: Weiß ich nicht, wer den unterschrieben hat. Der Beratervertrag, der anschließend unterzeichnet worden ist, ist die Fortsetzung des Vertrags als Vorstand. Er hatte einen Wettbewerbsverbot im Vertrag des Vorstandes, und dieses Wettbewerbsverbot sah eine Entschädigung vor für dieses - - also als Gegenpol zu dem Wettbewerbsverbot. Und das Honorar, das er damals bekommen hat für seinen Beratervertrag, der sich an seine Vorstandstätigkeit anschloss, war in etwa - - war nicht in etwa, sondern deckte einfach dieses Wettbewerbsverbot ab. Und dafür war Herr Ley als Berater für die Wirecard unterwegs. Und - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das waren die 900 000 Euro brutto jährlich, -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, genau, das war dieses — es ging um ein Fixgehalt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - plus Auto, Assistentin, Bonus usw.?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, die Summen kann ich jetzt nicht bestätigen, aber so in der Größenordnung, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und welche Leistung hat der Herr Ley dafür noch erbracht?

Zeuge Stephan von Erffa: Beratertätigkeit im Bereich von M & A usw.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber kann jetzt nicht sein, dass er einfach ganz gute Kenntnisse hatte über das, was so passiert im Konzern, und deshalb da bei Laune gehalten werden sollte? Da haben Sie nichts zu gehört?

Zeuge Stephan von Erffa: Das wäre nicht meine Entscheidung gewesen, aber ich glaube, den Grund Ihnen vorhin genannt zu haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie ist das eigentlich bei den Altersversorgungsthemen der Vorstände gelöst? Gab es da auch irgendwelche Gelder, die dafür vielleicht auf Treuhandkonten oder so deponiert wurden?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, die Altersversorgung: Es gab eine feste Summe, die im Namen des Vorstands an irgendwelche Lebensversicherungsgesellschaften gezahlt worden ist. Und ansonsten gab es Gehaltskomponenten, die den Titel trugen "Altersvorsorge", aber de facto wie ein Fixgehalt zu sehen waren, die auch entsprechend im Geschäftsbericht erläutert worden sind. Und - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber mich interessiert konkret diese Altersvorsorge, die dann angelegt wurde auf - -

Zeuge Stephan von Erffa: Bei Herrn Ley gab es einen ein bisschen anderen Vertrag für den letzten Zeitraum seiner Tätigkeit, in dem 4,2 Millionen - glaube ich, war die Summe - angesammelt werden sollten und im Falle des Ausscheidens oder Ablebens an ihn bzw. die Hinterbliebenen zu zahlen wären.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das waren aber andere Regelungen als jetzt bei anderen Vorständen. Das war schon mehr, oder?

Zeuge Stephan von Erffa: Das war schon mehr, ja, deut-

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, ist das nicht eher so ein Abschiedsgeschenk dann?



19/30 3. Untersuchungsausschuss

noch mal schauen, was hier überhaupt noch großartig bei mir offen ist. - Also, ich stelle auch fest von meiner Seite jetzt aus, dass ich keine Fragen mehr habe, weil die Frage eben, die hat mir der Kollege Hauer sozusagen vor der Nase weggeschnappt, was noch mal den Herrn Frit-sche angeht.

Also, insoweit schaue ich mal zu den Kollegen der SPD-Fraktion rüber. - Wer möchte? - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, vielen Dank. - Mich beschäftigen die Beraterverträge noch immer sehr, weil das doch sehr auffällig ist, wie sich das verschiebt über die Zeit hinweg. Ich möchte jetzt ein Beispiel, ein Jahr rausgreifen, 2019. Dort ist eine Übersicht der angefallenen Arbeitsstunden für die Wirecard-Jahres- und -Konzernabschlussprüfung 2019. Und hier wird genau aufgelistet, wie viele Stunden wofür geleistet wurden.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)

Genau. Und in der ersten Spalte - Darstellung nach Arbeitsbereichen - steht dort - - ist etwa in der Mitte, was auch grau unterlegt ist, ein Gesamthonorar festgelegt für 2019. In der zweiten Spalte steht dann ein Wert, 3,5 Millionen Euro.

Zeuge Stephan von Erffa: Da unten, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie es?

Zeuge Stephan von Erffa: Unten in diesem großen - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Ja, da.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Und dann werden die 3,5 Millionen noch mal aufgesplittet für die Abschlussprüfung und für Beratungsleistungen. Und der erste Wert ist der Wert für Beratungsleistungen; 2,096 steht dort, also 2,1 Millionen. Und

dann steht eine Zeile darunter: Davon Abschlussprüfung, also von den 3,5 Millionen, 1,4 Millionen. Und das Verhältnis von Beratung mit 2,1 Millionen zu

Abschlussprüfungsleistungen mit 1,4 Millionen ist schon bemerkenswert, finde ich.

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist keine Beratung; das ist alles Abschlussprüfung. Der Bereich, den sie nur unterschieden haben, ist die Abschlussprüfung von den Sachen, die vor der Auftragsannahme oder bei der Beauftragung des Auftrags bekannt waren, und dem, was sie jetzt hier "Allegation" nennen. Also, das ist alles, was über jetzt zum Beispiel Presse oder Whistleblower oder was auch immer auf sie noch hinzukam. Das wird extra aufgelistet nach dem Motto: "Schaffen sie eigentlich das, was sie geplant haben an Kosten?", also: "Haben sie falsch geplant, oder ist das jetzt was Neues?" Das ist das Entscheidende. Dieser ganze Zettel als Ganzes, jede einzelne Zeile auf diesem Zettel ist Abschlussprüfung.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie sagen also, in dieser Übersicht ist keine Leistung, die Beratung beinhaltet?

Zeuge Stephan von Erffa: Keine einzige, ja. Es handelt sich ausschließlich um Abschlussprüfungskosten.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Ich lese noch mal die E-Mail dazu, nicht dass sie da - - Aber diese Tabellen haben wir regelmäßig im Abschluss bekommen, um einfach zu sehen, ob wir noch Rückstellungsbedarf hatten für die Kosten. - Ja, also, es ist nur Abschlussprüfung 2019.

Cansel Kiziltepe (SPD): Können Sie dann noch mal darlegen, wie "Allegations" als Abschlussprüferleistung definiert werden kann?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, den Begriff selber: Wie sie ihn definieren, kann ich nicht sagen. Also, so wie ich es verstehe, ist "Allegation" das, was die Vorwürfe, die kommen aus dem Markt, nenne ich es jetzt mal, also sowohl von Pressevertretern als auch Whistleblowern als auch von



19/30 3. Untersuchungsausschuss

und er hat als Beraterhonorar schlussendlich genau die Summe bekommen, die er als Wettbewerbsverbot sowieso bekommen hätte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Verstanden. Wissen Sie, ob er sich seine Altersvorsorge, seine Zusagen von Wirecard, hat auszahlen lassen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, also, ich meine, sehr sicher mich erinnern zu können, dass im Geschäftsbericht das auch – also, da gibt es die Zahlung, "Auszahlung", "Zufluss" – dass ich das da aufgenommen hatte als Auszahlung. Die Auszahlung von Herrn Ley ist nicht mehr im Geschäftsbericht angegeben, da er zu dem Zeitpunkt schon als Vorstand ausgeschieden war. Dennoch meine ich mich zu erinnern, dass sie vorgenommen wurde.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und gab es irgendwann mal mit dieser Konstruktion dann Probleme, mit dieser Beraterkonstruktion, Stichwort "Scheinselbstständigkeit", oder so was?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß, dass es eine Diskussion gab, wie das jetzt abzurechnen ist, also was das jetzt ist, also ob das jetzt - - ob wir eigentlich das Wettbewerbsverbot bezahlen oder die Beratertätigkeit bezahlen, wo ich dann, ich glaube, auch mal gefragt worden bin von der Personalabteilung - - wie die das sieht. Und dann sagte ich: Also, ich kann es nicht beurteilen, ich bin kein Personalrechtler. Aber ich würde es im Zweifel einfach als Angestellter machen; da macht man auf keinen Fall was falsch. - Das war meine These, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Haben Sie auch einen Dienstwagen für Herrn Ley die ganze Zeit dann noch in den Büchern gehabt?

Zeuge Stephan von Erffa: Das weiß ich, ehrlich gesagt, nicht, ob er auch einen Dienstwagen - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Wäre das aus Ihrer Sicht eher ungewöhnlich für einen externen Berater, dem einen Dienstwagen zu stellen vonseiten des Unternehmens?

Zeuge Stephan von Erffa: Für einen externen Berater? Also, im klassischen Sinne - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, der Herr Ley war natürlich kein externer Berater; der hat ja zur Familie gehört. Aber - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ich glaube, dass er als Angestellter angemeldet worden ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, natürlich, als Angestellter ist ja was anderes. Aber er ist ja bei Ihnen dann als Externer geführt worden.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ich weiß nicht - - Also, tatsächlich: Mit dem Dienstwagen weiß ich es nicht. Also, da müssten - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, das wäre dann die Sache also auch der Personalabteilung. Aber grundsätzlich: Externe Berater haben eigentlich keine Autos.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber Sie waren doch auch zwischenzeitlich noch für das Controlling verantwortlich, oder?

Zeuge Stephan von Erffa: Rein formal war ich für das Controlling - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, aber wissen Sie: Also, diese rein formale Geschichte, das ist - Also, ich meine - -

Zeuge Stephan von Erffa: Aber auch das Controlling hat nicht die Dienstwägen verwaltet, sondern das HR.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das Controlling sollte andere Dinge machen; das stimmt. Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist als Nächstes Dr. Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, vielen Dank. -Herr von Erffa, können Sie sich erinnern, dass im Herbst 2019 es Diskussionen gab zwischen der Wirecard AG und der Wirecard Bank AG im Hinblick auf bestimmte Wertberichtigungen im Kreditportfolio der Bank, die Wertberichtigungen aufseiten der Wirecard AG für dieselben Kreditnehmer nach sich ziehen könnten?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, ist auch Thema des Ermittlungsverfahrens, deswegen - -



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Lead des Vertrages hat sich geändert, und dementsprechend sollte der Vertrag einfach - - oder war die Empfehlung der Rechtsanwälte, sie einfach zu vereinfachen und möglichst wenige Regelungen zu haben, die später das Handling komplizieren.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber um das noch mal klarzuziehen: Auf wessen Initiative ging es jetzt zurück, dass 2019 die Zweckbindung des Kredits entfallen ist?

Zeuge Stephan von Erffa: Das kann ich nicht sagen; also da müssten Sie den Herrn Holten vom Treasury fragen, ob das von ihm oder vom Vorstand kam. Das kann ich nicht sagen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber von Wirecard ging diese Initiative aus? Das würde mir schon mal reichen. Oder ging sie von den Banken aus?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, ich denke, dass es von - - Also, wir, also die Wirecard, haben diesen Vertrag als Muster aufgebaut und dann alle gebeten, daran teilzunehmen oder nicht. Genau, also, von Wirecard, würde ich sagen. Genaue Details - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Hätte ich jetzt auch gedacht. Das ist ja auch im Interesse von Wirecard, -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): - keine Zweckbindung mehr zu haben. - Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Dann hat als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke das Wort.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Danke. - Herr von Erffa, konnten Sie jetzt womöglich schon in der Pause sich noch mal vergewissern, wie der Austausch mit der DPR stattgefunden hat, den ich vorhin angesprochen habe, also was Sie da zurückgemeldet haben an - -

Zeuge Stephan von Erffa: Nee, Entschuldigung. Das habe ich tatsächlich nicht ge- - Ich habe die

Zahlungsmittel - - Wer war das? Das waren auch Sie - - Nee, das war - - Waren Sie mit den Zahlungsmitteln? Nee, diesen anderen Punkt: Entschuldigung, das habe ich vergessen.

(Der Zeuge berät sich spricht mit seinem Rechtsbeistand)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, dann müssen wir das noch nachholen. - Ich würde Sie gerne fragen, ob Sie Kenntnisse haben von Briefkastenfirmen, die in Hongkong und auf den British Vir-gin Islands mutmaßlich von Herrn Bellenhaus aufgesetzt wurden und über die auch Gelder an Wirecard-Mitarbeiter liefen.

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist jetzt auch tiefstes Ermittlungsverfahren, deswegen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, Sie haben Kenntnis davon, aber es ist Gegenstand des Ermittlungsverfahrens?

Zeuge Stephan von Erffa: Aus dem Ermittlungsverfahren habe ich Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich Sie fragen, ob jemals bei Wirecard - - Es gab ja mal - ich glaube, im Zuge der Paradise Papers auch Ermittlungen wegen Zahlungsabwicklungen für Onlineglücksspiel. Waren Sie damit jemals befasst, mit diesen Ermittlungen?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein. Also, das lief immer über die Compliance-Abteilung bzw. im Legal.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie Kenntnis davon, dass jemals Risiken aus Zahlungsabwicklungen im Bereich der Pornografie auch im Hinblick auf kinderpornografische Angebote thematisiert wurden bei Wirecard?

Zeuge Stephan von Erffa: Dass wir Kinderpornografie abgewickelt hätten?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein. Es gab einen - - Ich weiß, dass ganz am Anfang, als ich da war,



3. Untersuchungsausschuss

ein Ermittlungsverfahren ging, wo wir mit einem BKA-Beamten zusammengearbeitet hatten, um herauszubekommen, ob in einem ganz speziellen Fall es potenziell um Kinderpornografie geht. Aber was da rausgekommen ist, weiß ich nicht. Ich hatte es nur am Rande mitbekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wissen Sie noch, welches Jahr das war?

Zeuge Stephan von Erffa: 06, 07, so was. Fabio

De Masi (DIE LINKE): 2006, 2007, okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, aber - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, wir müssen uns noch mal an das Bundeskriminalamt wenden; gut.

Zeuge Stephan von Erffa: Ich weiß nur noch, dass es, ich glaube, ein Herr Katz war. - Nee, Herr Kind oder Herr Katz.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Es gab ja eine interessante Abrechnungspraxis. Hat denn jemals eine Corinna Müller bei Ihnen Dinge abgerechnet?

Zeuge Stephan von Erffa: Corinna Müller?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. - Oder kennen Sie dieses Akronym, sage ich mal, "Corinna Müller", wissen Sie, wer sich hinter "Corinna Müller" verbirgt?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Henry O'Sul-livan, also eine etwas behaarte Corinna Müller sozusagen.

Zeuge Stephan von Erffa: Okay. Nein, also - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das war Ihnen nicht bekannt? - Okay. Sind Ihnen Abrechnungen für, ich sage mal, Ausflüge nach Benguerra in Mosambik bekannt?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. - Nee, ich frage nur. Ich vermute jetzt auch, dass Herr Marsalek nicht nach dem 19. Juni noch irgendwelche Reisekostenabrechnungen bei Ihnen eingereicht hat.

Zeuge Stephan von Erffa: Also, nein.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, die Cessnal)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weiß ich nicht, also über Österreich und Minsk. Gut, Spaß beiseite!

Dann würde ich Sie gerne fragen zum Thema "Escrow Accounts": Herr Holten, der Treasurer von Wirecard, wunderte sich darüber, dass in 2019 ein Nettoaufbau von 900 Millionen Euro auf den Treuhandkonten stattfand, während es in den Jahren 2015 bis 2018 nur rund 300 Millionen Euro im Jahr waren. Wie haben Sie sich denn diese Steigerung erklärt?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, auch das ist natürlich jetzt wieder tiefstes Ermittlungsverfahren; deswegen will ich da jetzt nicht -in die Details gehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Braun hat Anfang Juni offenbar erklärt, dass das Geld der Probeüberweisung von der Zentralbank der Philippinen aufgehalten worden sei. Was wissen Sie hierzu?

Zeuge Stephan von Erffa: Das habe ich als Flurfunk auch gehört; wissen tue ich dazu nichts.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Wissen Sie denn, wie die angeblichen Guthaben während der laufenden KPMG-Untersuchung auf die Konten von Tolentino3 gelangt sein sollen, von welchem Konto und wann? Und haben Sie sich darüber vergewissert als Head of Accounting?

Zeuge Stephan von Erffa: Wir hatten Kontoauszüge von dem neuen Treuhänder bekommen. Aber von welchem Konto es ging oder Ähnliches: Nein, das wir haben uns nicht vergewissert, sondern es entsprechend umgebucht von dem einen



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Zeuge Stephan von Erffa: Glaube ich, weil es so Kinderpornografie und dann der Name war; deswegen hatte ich ihn in Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Alles klar. Aber Sie wissen nicht, ob es da zur Einstellung der Ermittlungen oder Ähnlichem kam? Das wissen Sie nicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Also, es war so - Also, wie diese Ermittlungen weiter - - sind, weiß ich nicht. Es kam nur dann - - Zig Jahre später gab es dann einen Mitarbeiter aus der Buchhaltung, der ausgeschieden ist und der dann das Gespräch gesucht hatte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie den Namen nennen?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, ist ein Herr Zapf.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Zapf.

Zeuge Stephan von Erffa: Und der sagte dann, dass er irgendwann in der Vorzeit eine Hausdurchsuchung bei sich hatte -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: - wegen der Transaktionen auf der Firmenkreditkarte. Wir konnten uns das nicht erklären. Und er kam auch zig Jahre danach, was halt ein bisschen ungünstig ist, weil dann kann man relativ wenig tun. Und das wurde dann von der Compliance aufgearbeitet, und die hat dann festgestellt, dass diese Transaktion, die damals in diesem Zusammenhang - die lief eigentlich gar nicht direkt über uns, sondern über PayPal - - kinderpornografischer Natur ist und im Auftrag vom BKA gemacht oder im Auftrag des BKA-Beamten gemacht worden ist, was dann halt drei Jahre später keiner mehr wusste. Deswegen ist mir das ein bisschen in Erinnerung geblieben, weil es ein Mitarbeiter - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie erläutern, was Sie meinten mit "im Auftrag des BKA-Beamten"? Das war dann - -

Zeuge Stephan von Erffa: Es sollte – soweit ich mich erinnere - eine Testtransaktion auf einen Kundenaccount gemacht werden, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: - und irgendwie hatten die keine eigenen Kreditkarten und baten uns, das zu machen. Wir haben eine Firmenkreditkarte gemacht, die rein namentlich auf diesen armen Sachbearbeiter lief. Und dadurch - - drehte sich dann der Kreis. Aber das wurde erst drei Jahre später durchs Compliance dann aufgeklärt, weil eben sich dann der Mitarbeiter darüber zu Recht jetzt - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, seine Kreditkarte wurde quasi genutzt für eine Fake-Transaktion?

Zeuge Stephan von Erffa: Genau. Das war so eine globale, also global als Firmenreisekarte benutzte Kreditkarte - damals hatten wir noch nicht so viele -, wo er als Sachbearbeiter dahinter stand, weil er die Buchhaltung für diese Karte gemacht hat, und entsprechend lief das irgendwie auf seine Person zurück.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, es ging nicht darum, dass - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so. Ja, ich fand es gerade so spannend. Aber - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, wir bewegen uns aber außerhalb des Untersuchungszeitraums, wollte ich nur so kurz - - Der ist 01.01.2014 bis Oktober 2020.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, wenn es drei Jahre später - - Na ja, gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: War ja nur so ein Hinweis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich glaube, da gibt es - - Also, es gab ja - - hat er geantwortet so und hatte einen Rechtsbeistand dabei. - Das heißt, es





19/30 3. Untersuchungsausschuss

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trauen Sie es ihm denn zu?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte bisher kein schlechtes Gefühl mit Herrn Braun - aber das hatte ich mit den anderen auch nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Herrn Marsalek auch nicht?

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, also, dass der - -

(RAn Dr. Sabine Stetter: Herr Vorsitzender, ich glaube, jetzt geht es drum, den Fragen bitte Einhalt zu gebieten! Das sind Mutmaßungen!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Entschuldigung? Bitte noch mal.

RAn Dr. Sabine Stetter: Ich hätte die Bitte, dass diese Fragen, wo es um Mutmaßungen geht - -

'(Zuruf des Abg. Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU))

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz ruhig, ganz gesittet! Ich möchte nur, einfach hören, was die Anwältin sagt. - Bitte schön.

RAn Dr. Sabine Stetter: Ich hätte die Bitte, dass Fragen, wo es um Spekulationen, Mutmaßungen und Bewertungen und so was geht, bitte Einhalt geboten wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist Ihr gutes Recht. Der Zeuge soll sagen, was er wahrgenommen, tatsächlich gesehen, geschmeckt, gefühlt, gerochen etc. hat. Insoweit muss der Zeuge sie nicht beantworten, aber Herr Bayaz kann es natürlich versuchen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, also - -

(Der Zeuge berät sich spricht mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Stephan von Erffa: Ja, also, ich glaube, dass schlussendlich das auch gesagt ist zu dem Thema, was ich - - Also, es ist tatsächlich nur Mutmaßung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich keine weiteren Fragen; danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Danke, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich noch mal - -

Zeuge Stephan von Erffa: Ich hatte noch mal ein Thema zu dem Geschäftsbericht, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut.

Zeuge Stephan von Erffa: - Seite 142.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann investiere ich die 3,33 Minuten; die haben Sie, um das noch aufzuklären.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, genehmigt.

Zeuge Stephan von Erffa: Seite 142 im Geschäftsbericht 2018, unter dem Kapitel "Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente". Da steht dann ein Zitat, was dann in der Mitte des Satzes - "die zum Teil nicht - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie die Seite noch mal? Entschuldigung!

Zeuge Stephan von Erffa: 142.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Stephan von Erffa: Also: Mittel, "die zum Teil nicht direkt" - - oder - - "auf Rechnung von Wirecard gehalten werden", und dann geht der Satz entsprechend weiter. Also, das Wort "Treuhand" kommt nicht drin vor, sondern Zahlungsmittel, "die nicht direkt" oder "zum Teil nicht direkt" - - oder - - "auf Rechnung von Wirecard gehalten werden"; das ist die Formulierung im Mittelteil des Satzes.



19/30 3. Untersuchungsausschuss

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das muss ich mir auch noch mal in Ruhe anschauen. Dann kommen wir vielleicht noch mal auf Sie zu.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, gut. - Dann schaue ich noch mal zu den Koa-Fraktionen - nein -, schaue mich an - nein -, schaue jetzt etwas länger Richtung Fabio De Masi und habe schon Dr. Toncar mit dem Kopf schütteln sehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): So. Herr von Erffa, haben Sie denn Kenntnis von Parteispenden, die von Wirecard oder vom Wirecard-Vorstand in Deutschland oder in Österreich getätigt wurden?

Zeuge Stephan von Erffa: Es gibt eine, ich nenne es jetzt mal, Richtlinie - ich weiß nicht, ob die formal verabschiedet ist - oder eine Übereinkunft, dass keine Parteispenden gemacht werden. Ich weiß das deswegen, weil wir einmal an - wie heißt der Laden? - Wirtschaftsverein -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wirtschaftsrat der Union, -

Zeuge Stephan von Erffa: - der Union.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - haben Sie gesponsert, ja.

Zeuge Stephan von Erffa: Da haben wir mal was gesponsert. Habe ich gefragt: Ist das - - Dann hieß es: Nein, es ist keine Parteispende, sondern ein Wirtschaftsverein, der einer Partei nahesteht, und das sei vom Gesamtvorstand - - okay.

(Unruhe bei der CDU/CSU und der SPD)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Lassen Sie sich nicht irritieren da!

Zeuge Stephan von Erffa: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Waren Sie fertig mit Ihrer Antwort?

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Sie haben noch mal diese Einladung von Herrn Marsalek durch Herrn Sarkozy - - Können Sie sich noch erinnern, was das war, also, weiß ich nicht, Foie gras testen irgendwie?

Zeuge Stephan von Erffa: Ich habe das - - Es fiel auf, weil es so ein - - Es lag bei der Assistenz noch auf dem Schreibtisch, als ich da gewartet habe, so ein formelles, dekoratives Schreiben mit so einer schön gedruckten Schreibschrift, wo er zu einem Regierungsdiner oder Regierungsabendessen eingeladen war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Ja, die geben sich Mühe, die Franzosen. Ich bin Mitglied der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung; die machen immer sehr hübsche Einladungskarten, das stimmt.

So, dann würde ich Sie gerne noch einmal fragen - - Ach so, genau, das hatten wir noch nicht geklärt: die Kommunikation mit der DPR. Wir müssen jetzt irgendwie eine geeignete Möglichkeit finden, dass Sie mir noch mal darstellen, was Sie denn an die DPR zurückkommuniziert haben auf diese E-Mail hin. Wie können wir das denn machen?

Zeuge Stephan von Erffa: Diese von 2016?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wären Sie in der Lage, wenn Sie jetzt noch mal diesen Raum aufsuchen, das beizubringen, oder können Sie das schriftlich machen? Oder wie - -

(RAin Dr. Sabine Stetter: Ich würde vorschlagen, dass wir das im Nachgang anschauen und dann schauen, ob eine Antwort darauf gegeben werden kann! Und, wenn ja, dann würde ich das an den Herrn Vorsitzenden schicken!)



19/30 3. Untersuchungsausschuss

- Also schriftlich wollen Sie das machen?

(RAn Dr. Sabine Stetter: Schriftlich, ja!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wäre das okay, Kollege De Masi, wenn wir es so - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, gut; danke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wenn nicht, schreiben wir halt noch mal eine Einladungskarte, auch in Schreibschrift.

Zeuge Stephan von Erffa: Haben Sie das Datum? Das war 2016, ne? Das ist März 2016, war das, ne, die

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, exakt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann machen wir das so.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann schaue ich noch mal zu Dr. Bayaz rüber. - Bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Ich habe mir das jetzt mittlerweile in dem Geschäftsbericht angeschaut, Seite 124, die Sie eben genannt hatten.

Zeuge Stephan von Erffa: 142.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 142, entschuldigen Sie. Sie sind der Buchhalter, Sie haben die Zahlen im Blick, sehr gut. - Da heißt es ja auch, dass sozusagen diese Gelder kurzfristig operativ zur Verfügung stehen. Wäre es dann nicht die Aufgabe von einem Accoun-tant, das mal zu testen, also zu sagen: "Da liegen 1,x Milliarden. Ich lasse jetzt mal 50 Millionen Probeüberweisung machen, ob das auch kurzfristig zur Verfügung steht"? Ist das nicht ein Instrument, was Sie in Erwägung hätten ziehen sollen?

Zeuge Stephan von Erffa: Na ja, dieses Geld war ja aus dem Zwecke dort hinterlegt, um kurzfristig, nämlich für einen Schaden aus den Geschäftsbeziehungen, zur Verfügung zu stehen. Also, das bedeutet, die Idee dieses Geldes oder der Grundsachverhalt dieses Geldes ist, kurzfristig zur Verfügung stehen, denn sobald -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Stephan von Erffa: - ein Schaden bei einem unserer Kunden entsteht, hätte man dieses Geld von dem Treuhandkonto genau dafür verwendet.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber das war jetzt nicht meine Frage. Meine Frage: Warum hat man das nicht mal ge-challengt und probiert, ob Sie auch wirklich kurzfristig da rankommen? Denn das ist ja offenbar nicht passiert.

Zeuge Stephan von Erffa: Nein, das ist nicht passiert. Aber da gab es auch nicht jetzt von unserer Seite her die Notwendigkeit, sondern das ist eigentlich Definition des Vertrages. Also, das haben wir jetzt bei der Commerzbank auch nicht gemacht. Also, wir sind, wissen Sie - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, aber Commerzbank und Treuhandkonto auf den Philippinen, hätte ich jetzt gesagt - auch als Buchhalter in Aschheim -, das sind für mich zwei verschiedene Dinge, wo man unterschiedliche Maßstäbe auch anlegen kann.

(Der Zeuge berät sieh spricht mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Stephan von Erffa: Gut, ja, das ist natürlich dann auch wieder - - Also, das ist dann wieder in dem Detailgrad, wo ich dann - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist was?

Zeuge Stephan von Erffa: Das ist ein Detailgrad, in dem ich dann jetzt nicht auf diesen Sachverhalt Treuhandkonto eingehen möchte.

3. Untersuchungsausschuss

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es die Ermittlungen betrifft?

Zeuge Stephan von Erffa: Genau, weil es - - Genau

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, die Antwort auf die Frage, warum Sie das nicht mal probiert haben, kurzfristig an das Geld zu kommen, tangiert den Ermittlungszusammenhang?

(Der Zeuge berät sich spricht mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dann muss ich das glauben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. -Hier hat sich nichts geändert. Ich schaue jetzt noch mal zu den Kollegen rüber. - Ich stelle fest, auch dort gibt es keine weiteren Fragen. Dann stelle ich fest, dass kein Bedürfnis besteht, hier in öffentlicher Sitzung zu fragen.

Ich frage der guten Ordnung halber noch: Gibt es Bedürfnis, in nichtöffentlichem Modus Fragen zu stellen? - Auch da sehe ich keine Wortmeldungen. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Des Weiteren muss ich jetzt aber noch ein Schweigegebot aussprechen, abstimmen lassen. Herr von Erffa, Frau Dr. Stetter, Sie hatten Einblick in eine VS-Geheim eingestufte Unterlage. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung und schaue ins Rund. - Sehe keinen Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen. Ich stelle fest, der Ausschuss macht dem Zeugen von Erffa und seinem Rechtsbeistand Dr. Stetter die Geheimhaltung der als Geheim oder Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihnen zur Vernehmung zur Kenntnis gelangt sind. Der Zeuge und sein Rechtsbeistand werden darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

Zeuge Stephan von Erffa: Welcher Sachverhalt ist dieses - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war der, als Sie eben noch mal - - als Herr De Masi zwar sehr geschickt aus der "Financial Times" zitierte -

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - und Sie dort vor dem Stuhl -

Zeuge Stephan von Erffa: Okay, danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - quasi über dem Computer knieten, um einen stillen Vorhalt sich anzuschauen; das ist der gemeinte Sachverhalt, jetzt ein bisschen sehr abstrakt durch das wirklich geschickte Vorgehen. Aber ich muss das so tun an dieser Stelle, weil diese Unterlage eben so eingestuft ist.

Zeuge Stephan von Erffa: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ansonsten darf ich mich jetzt zur Teatime bei Ihnen insoweit verabschieden, mich ganz recht herzlich bedanken, dass Sie hier sich sehr kooperativ gezeigt haben. Ich wünsche auch der Anwältin eine gute Heimkehr. Und bleiben Sie in diesen schwierigen Zeiten beide gesund! Toi, toi, toi! Ich bedanke mich bei Ihnen, und einen guten Tag noch!

RAn Dr. Sabine Stetter: Herzlichen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne.

Anlage 2

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des Zeugen Thomas Eichelmann



Per Telefax: +49 (0) 30 227-36333

Per E-Mail: 3.untersuchungsausschuss@bun-

destag.de

Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode

Platz der Republik 1

11011 Berlin

DR. THOMAS KANTENWEIN**

RECHTSANWALT I STEUERBERATER WIRTSCHAFTSPRÜFER

FRANZ ZIMMERMANN*

DIPL.-KFM. I STEUERBERATER WIRTSCHAFTSPRÜFER

DR. RAINER SPATSCHECK*

RECHTSANWALT

FACHANWALT FÜR STEUERRECHT FACHANWALT FÜR STRAFRECHT

KIRSTEN FOX*

DIPL.-KFFR. (STEUERBERATERIN

DR. ALEXANDER KRÖCK*

RECHTSANWALT

DR. GERHARD WIDMAYER*

DIPL.-KFM. I STEUERBERATER

MARCUS VAN BEVERN*

RECHTSANWALT I FACHANWALT FÜR BANK- UND KAPITALMARKTRECHT

DR. ANNETT KUHLI*

RECHTSANWÄLTIN I STEUERBERATERIN FACHANWÄLTIN FÜR STEUERRECHT

SVEN CERANOWSKI*

RECHTSANWALT FACHANWALT FÜR STEUERRECHT DR. STEFAN HACKEL*

RECHTSANWALT I STEUERBERATER FACHANWALT FÜR HANDELS-UND GESELLSCHAFTSRECHT

ANNA HASZPRUNAR

DIPL.-KFFR. I STEUERBERATERIN

ANTIE MUSKULUS-BARTHEL

M.SC. I STEUERBERATERIN WIRTSCHAFTSPRÜFFRIN

VERENA FORNALIK

DIPL.-KFFR. I STEUERBERATERIN

BENJAMIN WAGNER

B.A. I STEUERBERATER

NICO KÖPPEL, LL.M.

RECHTSANWALT

DR. CAROLIN SABEL RECHTSANWÄLTIN

RECHTSANWÄLTIN

FACHANWÄLTIN FÜR STEUERRECHT

DR. MARTINA SUNDE

RECHTSANWÄLTIN I STEUERBERATERIN

* Partner i.S.d. PartGG

" Of Council

Zeugenvernehmung des Herrn Thomas Eichelmann vom 18. März 2021 vor dem 3. Untersuchungsausschuss

Anmerkungen zum vorläufigen stenographischen Protokoll

12. April 2021 RS/JM/XA Dok. Nr. 507493

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf die Zeugenvernehmung von Herrn Thomas Eichelmann am 18. März 2021 und das uns dazu übersandte vorläufige stenographische Protokoll.

Gerne nehmen wir nun zum Protokoll Stellung und bringen Korrekturen bzw. Ergänzungen vor.

Im Einzelnen:

- Seite 91 des Protokolls, linke Spalte, zweiter Absatz
 - o Dort heißt es:

"Zeuge Thomas Eichelmann: Gut. Welcher fehlt noch, Herr Dr. Raue?

(Dr. Florian Toncar (FDP):

"Der Linksunterzeichner"

haben Sie gerade gesagt!)

- Ist der Herr Budde.

(Dr. Florian Toncar (FDP):

Wer?)

- Herr Budde von Ernst & Young.





(Dr. Florian Toncar (FDP): Genau!)"

o Anmerkung:

Wir sind nicht der Ansicht, dass Herr Eichelmann hier Herrn Dr. Raue angesprochen hat. Vielmehr wurde das Gespräch mit Herrn Gottschalk geführt. Sollte Herr Eichelmann tatsächlich Herrn Dr. Raue angesprochen haben, dann war dies ein Versehen.

• Seite 91 des Protokolls, linke Spalte

Dort heißt es:

"Final fand das Treffen, wenn ich es richtig im Kopf habe, am 24.09. statt; aber bitte nageln Sie mich jetzt nicht auf den Tag fest! Wenn es sehr wichtig sein sollte, sagen Sie es mir; dann würde ich noch mal gerade eben gucken, ob ich das hier notiert habe, ja?"

Anmerkung:

Das Treffen fand am 24. September 2019 in den Räumen von EY München statt.

Seite 92 des Protokolls, rechte Spalte, zweiter Absatz

Dort heißt es:

"Die habe ich dann kurz vor dem Workshop und kurz nach dem Workshop noch mal gelesen und durchgearbeitet, weil mir die relativ umfangreich erschien - vor dem Hintergrund meiner eigenen Mandatstätigkeiten von früher. Sie erschien mir deswegen umfangreich, weil, wie vorher erwähnt, wir hatten ja die Situation, dass es ein eingeschränktes Testat gab und die entsprechend positiven Analystenreports dazu."

o Anmerkung:

Laut unseren handschriftlichen Notizen aus der Vernehmung hat Herr Eichelmann von einem uneingeschränkten Testat gesprochen. Falls Herr Eichelmann hier entgegen unserer Einschätzung von einem eingeschränkten Testat gesprochen hat, dann handelte es sich um ein Versprechen. Gemeint war natürlich ein uneingeschränktes Testat.

Seite 100 des Protokolls, linke Spalte, erster Absatz

Dort heißt es:



"Der Vorstand hat im Laufe der Diskussionen, als ich auch persönlich das Geschäft immer besser verstanden habe, gesagt, dass der große Cut im Laufe des Jahres 2019 war und ab circa der zweiten Jahreshälfte alle Datenbestände unter der Hoheit der Gesellschaft lagen. Also haben wir in einer Entscheidung Mitte März uns darauf verständigt, dass die Daten, die bei der Gesellschaft liegen und normalerweise einfach zu analysieren sein müssten, von KPMG zu analysieren sind. Und hier ist auch die Besonderheit eingetreten, dass KPMG darauf bestanden hat, die Daten auf ihren eigenen Server spielen zu wollen, was dann im Laufe der letzten Märztage, Anfang Apriltage geschehen ist. Genaue Daten müsste ich sozusagen nachforschen, weiß ich jetzt nicht auswendig. Also, jedenfalls hat das auf jeden Fall bedeutet, dass der 31. März nicht zu halten war. Also entweder hätte man sagen müssen: "Wir belassen es dabei. Wir schreiben in den Bericht rein: Da ist ein Untersuchungshemmnis, da kommen wir nicht weiter", oder man musste eben die Zeit verlängern. Dann wurde zunächst eine Verlängerung diskutiert bis zum 22. April - das wurde ja auch veröffentlicht in einer Adhoc am 12. März. Diese Ad-hoc am 12. März war im Übrigen insoweit nach meiner Kenntnis - - Ich war noch nicht dabei, weil die Ad-hocs werden vom Vorstand rausgegeben; aber nach meiner Kenntnis wurde die Ad-hoc mit KPMG besprochen und abgestimmt. Da stand eben drin: Wir verlängern das vor dem Hintergrund des Fokus auf 2019 für das Drittpartnergeschäft."

Anmerkung:

Hier möchten wir nur klarstellend anführen, dass die Ad-hoc-Meldung vom 12. März 2020 nach Kenntnis von Herrn Eichelmann mit KPMG abgestimmt war. Persönlich in diese Abstimmung eingebunden war er aber nicht.

• Seite 108 des Protokolls, rechte Spalte, dritter und vierter Absatz

o Dort heißt es:

"Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Das muss man ja erst mal sacken lassen, die Aussage. Haben Sie diese Aussage geteilt? Sie als Aufsichtsrat haben ja sicherlich das TPA-Geschäft verstanden. Sie waren ja Aufsichtsrat.

Zeuge Thomas Eichelmann: Na ja, wenn ich ganz ehrlich sein soll, habe ich es natürlich auch nicht verstanden; sonst hätte ich ja früher merken müssen, dass es gar nicht existiert oder zumindest nicht in dem Umfang, wo es angeblich hätte da sein sollen. Aber ich habe mich, um genau zu sein, wie die anderen auch darauf verlassen irgendwie, dass nicht zehn Jahre lang irgendwas geprüft wird, was gar nicht existiert oder zumindest in weiten Teilen nicht existiert."



Anmerkung:

Diese Äußerung von Herrn Eichelmann wurde teilweise in der Presse missverständlich dargestellt. Deshalb stellen wir richtig: Gemeint war, dass das TPA-Geschäft an sich verstanden wurde. Nicht verstanden wurde aber, dass Teile dieses Geschäfts nicht vorhanden waren und es sich um einen "Fake" gehandelt hat.

Seite 118 des Protokolls, rechte Spalte, letzter Absatz

Dort heißt es:

"Und in der Ausführung des Blogs dann, wenn es so dargestellt ist, muss ich mich auch dagegen verwehren. Das habe ich ja vorher schon getan. Ich habe nicht aktiv gehandelt. So wie das da jetzt beschrieben wurde, indiziert es ja, als hätte ich eine aktive Handlung vorgenommen. Es gibt einfach feste Endfälligkeitszeitpunkte. Und an diesen Zeitpunkten wird halt geguckt - am Beispiel der Hunde -, wo die vier Hunde stehen, ob die sozusagen über der Hürde stehen oder unter der Hürde. Und wenn eben einer der Hunde unter der Hürde ist, dann kriegen Sie den Hund. Sie kriegen nicht irgendwie den Komplett-Reverse, Sie kriegen eine Aktie. Wenn - in diesem Fall war das eben Wirecard - die Aktie dann sozusagen in den Konkurs geht, was alle zehn Jahre circa mal vorkommt, dann haben Sie in der Tat fast einen Vollverlust. Sie haben eine unwertige Aktie. Aber Sie haben eben die Aktie als Wert bekommen. Das ist aber kein aktives Handeln."

Anmerkung:

Geschrieben wird hier von einem "Komplett-Reverse". Dabei dürfte es sich um einen Übertragungsfehler handeln, da damit sicher Barrier Reverse Convertible gemeint war.

S. 125 des Protokolls, linke Spalte, dritter Absatz:

Dort heißt es:

"Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sind mit Daten so genau. Welcher Dienstag vom Datum her genau?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das war der zweite Dienstag im Juni. Da müsste ich jetzt in den Kalender gucken."

Anmerkung:

Gemeint war hier der dritte Dienstag im Juni (16. Juni 2020).



Seite 126 des Protokolls, linke Spalte, zweiter Absatz

O Dort heißt es:

"Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Gut. - Jetzt ist da ein Widerspruch. Wir haben einen Bericht der Zeitschrift "Capital", wo Sie einem Vertrauten gesagt haben sollen – ich zitiere wörtlich -: Auch wenn ich nur eine Pommesbude führen würde, würde ich es anders machen. Das ist ja für einen Aufsichtsratsvorsitzenden eine klare Aussage, würde ich mal sagen. Gut. - Ich will dazu nur sagen: Das war ja eine Erkenntnis, wo man hätte eigentlich sofort die Reißleine ziehen müssen.

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, an die Aussage im Spezifischen kann ich mich nicht mehr erinnern. Dann müssten Sie Ross und Reiter nennen, wann ich das wem gesagt haben soll. Was ich gesagt habe, ist in der Tat, dass es erhebliche Organisationsmängel gibt. Das habe ich auch in dem "manager magazin"-Umfeld gesagt. Und was daraus ja entstanden ist, ist die Erweiterung des KPMG-Berichtes, der KPMG-Untersuchung auf das Thema IKS, Internes Kontrollsystem. Das ist genau das Thema. Es fehlt irgendwie an dem Checks-and-Balances-System oder fehlte an dem Checks-and-Balances-System in dem Unternehmen, und genau das sollte eingeführt werden.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Ich denke mal, das Zitat wird richtig sein; es ist ja eine anerkannte Zeitschrift mit gut recherchierenden Journalisten. - Was haben Sie unternommen, um da eine Professionalisierung, eine Änderung der Strukturen einzuleiten? Vielleicht können Sie uns dazu wenigstens was sagen."

Anmerkung:

Herr Eichelmann hat bereits in seiner Vernehmung deutlich gemacht, dass er sich an eine solche Äußerung nicht erinnern kann. Wichtig ist für uns, erneut in aller Deutlichkeit als Ergänzung zum Protokoll darzustellen, dass Herr Eichelmann weder mit Reporter der "Capital" gesprochen hat noch kann er sich an eine solche Aussage erinnern. Auf keinen Fall wurde ein solches Zitat auch autorisiert.

Seite 128 des Protokolls, linke Spalte, zweiter Absatz

o Dort heißt es:

Zeuge Thomas Eichelmann: Also, Sie hatten ja vorher gefragt oder jemand aus dem Kreis hatte gefragt, ab wann mir sozusagen klar war oder



die Befürchtung da war, dass diese Gelder nicht vorhanden sind. Das war, glaube ich, der Dienstag vor diesem 18. - oder wenn der 18. - Müssen Sie mal gucken, was für ein Wochentag das ist. Das ist genau diese Woche gewesen.

Und dann kam von einer Bank ein Schreiben. Das hatte eine komische Formulierung. Wir haben ja im Aufsichtsrat auch jemanden, der Englisch-Native-Speaker ist, also englisch muttersprachlich. Da fiel das Wort "spurious" zum Beispiel. Und das zweite Schreiben hatte genau die gleiche Formulierung. Jetzt müssen Sie mir zugestehen: EY hat uns das erste Schreiben nicht zur Verfügung gestellt, es lag nur der BaFin vor. Das zweite Schreiben haben wir dann zu Gesicht bekommen, also das, was dann an dem Mittwochvormittag oder Mittwoch um die Mittagszeit eingegangen ist. Und ob das jetzt wirklich gleich ist, weiß ich bis heute nicht, weil ich kenne es einfach nicht."

o Anmerkung:

Das richtige Datum ist nicht der 18. Juni 2020, sondern der 16. Juni 2020. An diesem Tag fand auch – wie bereits in unserem Schreiben vom 07. April 2021 mitgeteilt – ein Telefonat mit Herrn Hufeld statt.

• Seite 129 im Protokoll, rechte Spalte, erster Absatz

Dort heißt es:

"Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: (CDU/CSU): Sie können sich sicher auch an den HerrnJaffé wenden. Also, wichtig wäre, dass wir für das Protokoll diese Fragestellung beantwortet bekommen, wer das gefragt hat. Das ist ein wichtiger Punkt."

o Anmerkung:

Wie bereits in unserem Schreiben vom 07. April 2021 mitgeteilt, konnte dieser Punkt leider nicht mehr im Nachhinein beantwortet werden. Nicht ersichtlich ist aber, wie Herr Jaffé diese Frage beantworten können sollte.

• Seite 131 des Protokolls, linke Spalte, fünfter und sechster Absatz

Dort heißt es:

"Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann würde ich da noch mal gerne aufsetzen wollen. Nach einem Bericht vom "Handelsblatt" vom 29. Juni 2020 soll eine Intervention der BaFin vom 24. auf den 25. Juni 2020 den Ausschlag für die Insolvenzmeldung der Wirecard gegeben haben. Ist



das zutreffend? Und wenn ja, bzw.: können Sie sich an dieses Gespräch dann noch erinnern?

Zeuge Thomas Eichelmann: Das ist, wie gesagt, ein Gespräch gewesen. Es wird ja auch in dem Protokoll, was ich gerade gesehen habe, erwähnt. Ich müsste jetzt noch mal reingucken, aber ich meine, es ist das gleiche wahrscheinlich. Das ist ja nicht mit mir geführt worden oder mit dem Aufsichtsrat, das ist mit dem Vorstand geführt worden. Diese Frage müssen Sie eigentlich dem Herrn Dr. Freis stellen. Da war ich nicht dabei. Wie gesagt, die Zusammenkunft mit der BaFin war am Sonntag davor. Und da ging es ja noch dadrum, eventuell Lösungswege zu eruieren. Später lagen ja dann die Detailzahlen vor, wie es mit Cash-Plan usw. aussah."

Anmerkung:

Hier möchten wir nur klarstellend anführen, dass die Entscheidung zur Insolvenzanmeldung alleine durch den Vorstand getroffen worden ist. Zwar gab es, wie in unserem Schreiben vom 07. April 2021 erwähnt, ein Telefonat zwischen Herrn Hufeld und Herrn Eichelmann am 25. Juni 2020 zum Thema der Insolvenz. Richtiger Ansprechpartner zu diesem Thema ist aber Herr Freis.

Seite 139 im Protokoll, linke Spalte, fünfter Absatz

Dort heißt es:

"Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, das ist irgendwie, wie sich das - das geht ja gar nicht anders - - Das ist sehr ordentlich irgendwie - - die Ad-hocs sind sehr ordentlich veröffentlicht worden. Am 18. Mai - ich meine, ein Freitag - ist das veröffentlicht worden."

Anmerkung:

Diese Ad-hoc-Mitteilung wurde nicht am 18. Mai, sondern am 08. Mai 2020 veröffentlicht. Zudem möchten wir betonen, dass die Entscheidung über die Änderung der Vorstandszuständigkeiten alleine durch den Aufsichtsrat getroffen wurde.

Seite 139 des Protokolls, rechte Spalte, vierter Absatz

Dort heißt es:

"Zeuge Thomas Eichelmann: Nee, nee, nee. Ich will nur sagen: Ich sage ja immer das Gleiche. Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich mit dem Herrn Hufeld über das Inhaberkontrollverfahren gesprochen habe."



Anmerkung:

Unser Mandant kann sich nach bestem Gewissen – diese Telefonate fanden immerhin fast vor einem Jahr statt - nicht mehr daran erinnern, dass das "Inhaberkontrollverfahren" Thema bei Gesprächen mit Herrn Hufeld war.

Seite 140 des Protokolls, rechte Spalte, achter und neunter Absatz

Dort heißt es:

"Fabio De Masi (DIE LINKE): Zu diesem Aufsichtsratsprotokoll, das, glaube ich, der Kollege Michelbach thematisiert hatte, wo es um die Einschätzung der BaFin ging, dass diese Aussagen der philippinischen Banken, dass die Belege "spurious" seien, auch eine gegen Wirecard gerichtete Aktion sein könnten, nur zum besseren Verständnis: Diese Aussage wurde von Herrn Hufeld getroffen. Korrekt?

Zeuge Thomas Eichelmann: Korrekt. Ich habe nur mit ihm gesprochen."

o Anmerkung:

Wie ebenfalls bereits in unserem Schreiben vom 07. April 2021 dargestellt, wurde diese Aussage von Herrn Hufeld getroffen.

Seite 141 des Protokolls, rechte Spalte, erster und zweiter Absatz

Dort heißt es:

"Fabio De Masi (DIE LINKE): Fand in der Zeit irgendeine Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft in München statt oder auch mit der BaFin auf Ihre Verdachtsmomente gegenüber Herrn Marsalek?

Zeuge Thomas Eichelmann: Ja, die BaFin war informiert, dass wir den rausnehmen. Das war Teil dieser Gespräche. Wie gesagt: Inhaberkontrollverfahren erinnere ich mich nicht, aber dass ich alle informiert habe, dass wir den Herrn Marsalek jetzt freistellen werden. Ich habe auch informiert, dass wir den Dr. Braun freistellen werden, dann natürlich später und nicht am selben Tag – das wussten wir da ja noch nicht -, sondern kurz bevor wir es auch veröffentlicht haben, und die Staatsanwaltschaft zum damaligen Zeitpunkt, ja. Wir haben, meine ich - wenn der 16. der Dienstag ist, das war ja dieser erste Tag, wo es sozusagen rauskam -, auf der Seite des Berichtsberaters Clifford Chance dort auch den Strafrechtler oder den Leiter der Strafrechtspraxis dazugenommen. Und der hat auch irgendwie den Kontakt zur Staatsanwaltschaft, namentlich Frau Bäumler-Hösl, aufgenommen."

8



Anmerkung:

Zur Klarstellung möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Herr Eichelmann Herrn Hufeld jeweils zeitnah über die Personalentscheidungen betreffend Herrn Marsalek und Herrn Braun informiert hat (vgl. hierzu unser Schreiben vom 07. April 2021). Die Information der Staatsanwaltschaft erfolgte durch Herrn Hugger am 16. Juni 2020.

• <u>Seite 172 des Protokolls, rechte Spalte, vorletzter Absatz (weiter auf Seite 173</u> des Protokolls)

Dort heißt es:

"Zeuge Thomas Eichelmann: Um das vernünftig irgendwie zu sagen, müsste ich die E-Mails jetzt alle noch mal durchlesen. Ich erinnere mich wie folgt: An dem Freitag - - Und ich habe immer Schwierigkeiten, wenn Sie mich auf einzelne Daten ansprechen. Sie haben ganze Heerscharen von Stäben, die Sie da irgendwie vorbereiten. Wenn Sie mir einen Kalender von 2020 hinlegen, dann kann ich Ihnen das besser erläutern. Es gab einen Freitag, also Einzelzahl Juni, 6., 7., ich weiß es nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): 5. ist der Freitag. Ja.

Zeuge Thomas Eichelmann: Gut, 5. Juni. - Da erinnere ich mich irgendwie an ein Gespräch mit dem Herrn Dahmen und der Frau Gärtner als Rechtsberaterin. Ob der Herr Dahmen alleine war oder ob da noch weitere dabei waren, das weiß ich nicht. Und da ist uns gegenüber zumindest der Eindruck vermittelt worden - also, an den Wortlaut erinnere ich mich nicht -, dass EY leichter - - oder testieren würde, wenn KPMG unterbrochen oder abgebrochen werden würde. Und das fanden wir beide - wir waren nicht zusammen in einem Raum; es war eine Telefonkonferenz -, also die Frau Gärtner und ich, danach im Austausch bemerkenswert.

Daraufhin hat Frau Gärtner auch noch mal Kontakt zu dem Herrn Orth aufgenommen, weil der Herr Orth ja eigentlich - ich nenne es mal — so eine Art Qualitätssicherungs-, Risikomanagementfunktion bei EY hatte. Und ich muss auch sagen: Mit dem Herrn Orth, auch zu Beginn der KPMG-Prüfung, haben wir nach meinem Eindruck sehr konstruktiv und gut zusammengearbeitet. Also, ich habe da null - wie soll ich sagen? - Grund, mich an der Stelle über EY oder den Herrn Dr. Orth zu beklagen. Im Gegenteil: Der war da sehr hilfreich. - Aber das fanden wir außergewöhnlich.

Dann kam von dem Herrn Orth eine etwas andere Formulierung, also: "Nee, so kann man das nicht sehen, aber vielleicht doch" usw. Und am Schluss



wollten wir es bei diesem wichtigen Punkt nicht darauf ankommen lassen, dass am Schluss irgendwie eine Art Missverständnis von A zu B und "Der hat das verstanden" und "Der hat das gesagt" und Ähnliches - - sondern irgendwie der Gedanke war - den die Frau Gärtner umgesetzt hat -, eine eindeutige E-Mail zu schreiben und KPMG, ich sage mal, zu einer Position, zu einem Positionsbezug aufzufordern, was sie ja getan hat. Und dann kam die E-Mail eben zurück. Ob das jetzt am 8. oder am 9. war, das weiß ich nicht. Da müssten Sie mir jetzt mal den E-Mail- Verkehr geben; dann muss ich es in Ruhe durchlesen, dann kann ich Ihnen das sagen. Aber die E-Mails liegen vor, und die sind ja eindeutig in meinen Augen."

o Erste Anmerkung:

Wir gehen davon aus, dass Ihnen der entsprechende E-Mail-Verkehr zwischen Frau Gärtner und Herrn Dr. Orth vorliegt. Falls dies nicht der Fall sein sollte, möchten wir an dieser Stelle auf die richtigen Daten hinweisen: Frau Gärtner sandte die E-Mail zur Klärung der Frage "Abbruch der KPMG-Prüfung als Voraussetzung für das Testat?" an Herrn Dr. Orth am 09. Juni 2020. Herr Orth antwortete darauf am 10. Juni 2020.

Zweite Anmerkung: Im letzten Abschnitt wurde zudem KPMG mit EY verwechselt. Hier war EY gemeint.

Als Nachtrag zu unserem Schreiben vom 07. April 2021 möchten wir noch anführen, dass Herr Eichelmann eine handschriftliche Aufzeichnung zu seinem Telefonat vom 16.06.2020 um 20:48 Uhr mit Herrn Hufeld gefunden hat. Ausweislich dieser Notiz wurde, wie in unserem Schreiben beschrieben, das Thema der fehlenden Guthaben bei einer der philippinischen Banken angesprochen und es wurde der Hinweis erteilt, dass der Aufsichtsrat die Information der Staatsanwaltschaft veranlasst hat. Zudem teilte Herr Eichelmann mit, dass die entsprechende BaFin-Fachabteilung durch EY um ca. 17:30 Uhr informiert worden sei. Herr Hufeld kannte dieses Thema noch nicht, äußerte die Vermutung, dass um 17:30 Uhr eventuell das Büro nicht mehr besetzt war und meinte zudem, dass EY Wirecard seit langem kenne und sich das Cash über Jahre aufgebaut habe.



Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Beste Grüße



Dr. Rainer Spatscheck